Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/5902

25. 11. 76

Sachgebiet 700

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Jahresgutachten 1976/77 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vorwort

1. Gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. November 1966 und vom 8. Juni 1967 [1]) legt der Sachverständigenrat hiermit sein dreizehntes Jahresgutachten vor [2]).

2. Die Wirtschaft der Bundesrepublik befindet sich wieder im Aufschwung. Sie ist jedoch von einem hohen Beschäftigungsstand noch weit entfernt. Dies wird sich mit dem Fortgang des Aufschwungs zwar bessern, aber Vorsorge ist angezeigt, damit nicht auf Jahre ein Mangel an Arbeitsplätzen bestehen bleibt. Eine neue Dynamik des Investierens ist nötig, soll diese Gefahr beseitigt werden. Verbesserte Rahmenbedingungen können dazu helfen, wenn sie mehr Anreize geben, zukunftsträchtige Neuerungen aufzuspüren. Mehr Investieren würde für alle Vorteile bringen. Die Furcht, diese Vorteile könnten allzu ungleich verteilt sein, darf nicht hindern, die gegebenen Chancen zu ergreifen, sondern muß dazu herausfordern, neue Wege der Verteilungspolitik zu gehen.

Der Staat hat 1976 den Weg der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen eingeschlagen. Dieser Weg muß zu Ende gegangen werden. Mehr als 40 vH der gesamtwirtschaftlichen Einkom-

[1]) Das Gesetz mit den Änderungen durch das Änderungsgesetz vom 8. November 1966 und durch die den Sachverständigenrat betreffenden Bestimmungen des „Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" vom 8. Juni 1967 sowie die §§ 1 bis 3 dieses Gesetzes sind als Anhang I und II angefügt. Wichtige Bestimmungen des Sachverständigenratsgesetzes sind im Vorwort der Jahresgutachten 1964/65 bis 1968/69 erläutert.

[2]) Eine Liste der bisher erschienenen Jahresgutachten und der Sondergutachten ist als Anhang III abgedruckt.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn 1
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 821, Goethestraße 56,
5300 Bonn-Bad Godesberg 1, Telefon (0 22 21) 36 35 51

mensströme fließen inzwischen durch seine Kassen. An allem, was die Bürger unternehmen, ist der Staat mit einem hohen Anteil beteiligt. Sollen die Belastungen nicht immer weiter steigen, so kann das Drängen auf mehr Effizienz in der Staatstätigkeit nicht nachlassen. Hinzu kommt, daß letztlich nur auf diese Weise der Staat Handlungsspielraum zurückgewinnt, sei es für neue und drängende öffentliche Aufgaben, sei es für einen künftigen Bedarf an expansiver Finanzpolitik. Konsolidierung des Staatshaushalts und wachstumspolitische Vorsorge ist daher das wiederum doppelseitige wirtschaftspolitische Motto, unter dem das vorliegende Gutachten steht.

Der Bundesrepublik ist in der Welt eine erhöhte wirtschaftliche Verantwortung zugewachsen. Sie wird sie annehmen müssen, auch wenn dies im Einzelfall binnenwirtschaftliche Probleme des Strukturwandels kurzfristig eher verschärfen sollte. Die Bundesrepublik versucht, zur Lösung der Probleme in der Welt auf der Basis der marktwirtschaftlichen Ordnung beizutragen, mit der sie selbst so erfolgreich gewesen ist. Sie kann dies glaubwürdig nur tun, wenn sie die marktwirtschaftlichen Regeln auch auf ihre internationalen Wirtschaftsbeziehungen konsequent anwendet.

Große Sorge bereitet nach wie vor die Aufgabe, mehr Konvergenz in der Wirtschaftspolitik der europäischen Länder herbeizuführen. Die Politik des Sichbehelfens im Einzelfall hatte keine befriedigenden Ergebnisse. Wenn immer in Europa Ansätze für die Bereitschaft vorhanden sein sollten, Regeln zu vereinbaren, die Solidarität und Anpassungszwang enger miteinander verbinden, so sollten sie genutzt werden. Der Sachverständigenrat widmet sich im vierten Kapitel dieses Gutachtens einem der Kernprobleme dieser Art, der Frage nach den Möglichkeiten einer harmonisierten Geldpolitik in Europa.

3. Am 29. Februar 1976 lief die zweite Amtsperiode von Prof. Dr. Norbert Kloten als Vorsitzender des Sachverständigenrates ab. Der Sachverständigenrat wählte Prof. Dr. Olaf Sievert für die Zeit vom 1. März 1976 bis 28. Februar 1979 zum neuen Vorsitzenden.

4. Der gesetzlichen Regelung entsprechend schied Prof. Dr. Norbert Kloten aufgrund seiner Berufung zum Präsidenten der Landeszentralbank Baden-Württemberg am 23. April 1976 aus dem Sachverständigenrat aus. Herr Kloten hatte dem Sachverständigenrat seit dem 1. Juni 1969 angehört. Der Bundespräsident berief am 23. Juni 1976 Prof. Dr. Gerhard Fels vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel für die restliche Amtsperiode zum Nachfolger.

5. Die Amtsperiode von Prof. Dr. Kurt Schmidt war am 29. Februar 1976 abgelaufen. Der Bundespräsident berief ihn für eine weitere Amtsperiode zum Mitglied des Sachverständigenrates.

Zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers vom 25. November 1976 — 14 (42) — 600 06 — Gu 13/76.

6. Der Sachverständigenrat hatte in den vergangenen zwölf Monaten mehrfach Gelegenheit, mit dem Bundesminister für Wirtschaft, dem Bundesminister der Finanzen sowie mit dem Präsidenten und den Mitgliedern des Direktoriums der Deutschen Bundesbank aktuelle konjunktur- und währungspolitische Fragen zu erörtern. Aus gegebenem Anlaß führte der Rat Gespräche mit dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Die Urteilsbildung des Rates erleichterten Berichte des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit und des Direktors des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Der Vorsitzende des Sozialbeirats unterstützte den Rat wiederum in Fragen der Sozialpolitik.

Wie in früheren Jahren hat der Rat Vertreter der Sozialpartner, des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Bundesverbandes der deutschen Industrie zu anstehenden Problemen gehört. Mit Vertretern des Deutschen Städtetages erörterte der Rat konjunkturpolitische Probleme in der Haushaltsführung der Gemeinden.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften gab dem Sachverständigenrat im Oktober 1976 Gelegenheit zu einem ausführlichen Gespräch über wirtschaftspolitische Probleme der Europäischen Gemeinschaften.

Der Rat nahm an den Sitzungen der Konzertierten Aktion beim Bundesminister für Wirtschaft teil.

7. Mit Vertretern der Wirtschaftswissenschaften an Hochschulen und Forschungsinstituten hat der Rat Gespräche führen können, die ihm für seine Arbeit wertvolle Hinweise vermittelt haben.

Zur Frage der „Entwicklung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1975 und 1976" stellten ihm Prof. Dr. Buchholz und Prof. Dr. Manegold aus Braunschweig eine schriftliche Ausarbeitung zur Verfügung. Zusammen mit Prof. Dr. Heidhues, Göttingen, Prof. Dr. Weinschenck, Stuttgart-Hohenheim und Diplom-Kaufmann Rodemer, Kiel, diskutierten sie mit dem Rat aktuelle und konzeptionelle Probleme der europäischen Agrarpolitik.

8. Dr. Karl-Heinrich Oppenländer, München, stand dem Rat für ein Gespräch über Fragen der Forschungs- und Technologiepolitik zur Verfügung; mit Herrn Dr. Andreas Kees, Brüssel, konnte der Rat Fragen der europäischen Geldpolitik erörtern. Wiederum hat der Deutsche Industrie- und Handelstag durch kurzfristige Umfragen bei den Kammern dem Sachverständigenrat besonders aktuelle Informationen zukommen lassen. Darüber hinaus hat er auf Bitten des Rats eine umfassende Unternehmensbefragung zur Beschäftigungsentwicklung in der Industrie durchführen lassen, an der sich 57 Kammern beteiligt haben. Hierfür sei ein besonderer Dank ausgesprochen.

9. Bei den Abschlußarbeiten an dem vorliegenden Gutachten haben uns Prof. Dr. Hermann Albeck, Saarbrücken, Prof. Dr. Manfred Feldsieper, Köln, Dr. Hans-Hagen Härtel, Düsseldorf, geholfen. Wir fanden ferner wiederum wertvolle Unterstützung durch Diplom-Volkswirt Bernhard Filusch, Essen, Prof. Dr. Hans Jürgen Schmahl, Hamburg und Diplom-Volkswirt Klaus-Dieter Schmidt, Kiel. Ihnen allen gilt der Dank des Rates.

10. Die volkswirtschaftliche und die statistische Abteilung der Deutschen Bundesbank haben wie immer den Sachverständigenrat bei seinen statistischen Arbeiten in großzügiger Weise unterstützt, in zahlreichen Einzelfragen beraten und ihm bei der Materialbeschaffung wertvolle Hilfe geleistet.

Unterstützung bei der Beschaffung von Informationen und statistischem Material hat der Sachverständigenrat außerdem durch die Kommission der Europäischen Gemeinschaften erfahren.

Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt war auch in diesem Jahr sehr gut. Der weit über das Normale hinausgehende Einsatz vieler Angehöriger des Amtes, insbesondere der ständigen Mitarbeiter der Verbindungsstelle, hat die Arbeiten des Rates wesentlich erleichtert. Allen Beteiligten zu danken, ist dem Rat ein besonderes Anliegen.

11. Auch dieses Jahresgutachten hätte der Sachverständigenrat ohne die unermüdliche Arbeit seiner Mitarbeiter nicht erstellen können. Dem wissenschaftlichen Stab des Rates gehörten beim Abschluß dieses Gutachtens an: Diplom-Volkswirt Heiner Flassbeck, Dr. Willy Friedmann, Diplom-Volkswirt Gerhard Kaufhold, Diplom-Volkswirt Ulrich Stiehler, Dr. Carsten Thoroe, Diplom-Volkswirt Rainer Vollmer, Dr. Dieter Wermuth.

Ein besonderes Maß an Verantwortung für die wissenschaftliche Arbeit des Stabes hatte der Generalsekretär des Sachverständigenrates, Dr. Hans J. Barth, zu tragen.

Alle Fehler und Mängel, die das Gutachten enthält, gehen indessen allein zu Lasten der Unterzeichneten.

Wiesbaden, 19. November 1976

G. Fels A. Gutowski G. Scherhorn K. Schmidt O. Sievert

Inhalt

Seite

Eine kürzere Fassung 1

Erstes Kapitel: Die Konjunkturlage 19

Teil A: Der internationale Rahmen 19

I. Weltwirtschaft wieder im Aufschwung 19
Aber: Wirtschaftspolitische Ziele noch nicht erreicht 22
Weltwirtschaftliche Verteilungsprobleme 27

II. Verschärfung der Ungleichgewichte in Europa 30
Steiles Stabilitätsgefälle 31
Noch hohe öffentliche Defizite 34
Geldpolitik ohne einheitliches Konzept 35
Zur europäischen Agrarpolitik 36

Teil B: Die Binnenkonjunktur 1976 39

I. Überblick 39
Wieder im Aufschwung 39

II. Deutliche konjunkturelle Erholung 40
Kräftige Belebung der Auslandsnachfrage 40
Wieder größere Ausgabeneigung der Verbraucher 42
Lageraufbau als Verstärker 44
Ausreichende Investitionsneigung? 45
Deutlicher Produktionsanstieg 47

III. Nur allmähliche Besserung am Arbeitsmarkt 50
Arbeitslosigkeit aufgrund von Merkmalsdifferenzen zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt 60

IV. Korrektur der Einkommensverteilung 61
Abermals maßvolle Lohnabschlüsse 61
Verbesserte Ertragslage 68
Kräftige Umverteilung der Markteinkommen 70

V. Inflationssockel weiter abgebaut 71
Industrielle Erzeugerpreise konjunkturell anziehend 71
Weiterhin hohe landwirtschaftliche Erzeugerpreise 73
Weiter abgeschwächter Anstieg der Verbraucherpreise 74

VI. Die Außenwirtschaft im Aufwind 76
Kräftige Ausweitung des Außenhandels 76
Internationale Wettbewerbsfähigkeit durch hohe Aufwertung gefährdet? 78
Direktinvestitionen: Kein nennenswerter Export von Arbeitsplätzen 82
Kapitalverkehr im Zeichen neuer Währungsunruhen 84

Seite

VII. Geldpolitik: Zentralbankgeldmenge kräftig ausgeweitet 85
Kompensationsaufgabe nicht gelöst 88
Nach wie vor reichlicher Finanzierungsspielraum 90
Sensibler Kapitalmarkt 93

VIII. Finanzpolitik: Konsolidierung eingeleitet 95
Verhaltener Ausgabenanstieg 96
Konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen 102
Noch kräftige expansive Impulse 103
Konsolidierung und mittelfristige Finanzplanung 109
Fiskalische Lasten der Rezession 110
Erfahrungen aus der Rezessionsbekämpfung 111

Zweites Kapitel: Die voraussehbare Entwicklung 114

I. Die voraussichtliche Entwicklung der Auslandskonjunktur 114

II. Die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur 117

Drittes Kapitel: Konsolidierung und wachstumspolitische Vorsorge 125

Teil A: Mehr investieren 125

I. Selbstheilungskräfte zu schwach? 125
Noch Unsicherheit 125
Lohnniveau und Beschäftigung 126
Vorsorge auf der Angebotsseite 127
Strukturwandel und Beschäftigung 128
Investitionen und Beschäftigung 130

II. Für mehr Arbeitsplätze 131
Nachfragesteuerung und Angebotssteuerung 131
Stabilisierung der Erwartungen 132
Zukunftsorientierte Strukturpolitik 133
Gegen Rationierung der Arbeit 134
Für neue Arbeitsplätze 135
Für mehr Mobilität 137

III. Fortsetzung der Konsolidierung und der Steuerreform 139
Konsolidierung — quantitativ 139
Konsolidierung — qualitativ 141
Fortsetzung der Steuerreform 142

IV. Zu Gewinnbeteiligung und Vermögensbildung 144

V. Marktpolitik 148

Seite

Teil B: Sicherung des Aufschwungs 151

I. Die stabilitätspolitische Situation 151
Was zu erreichen ist 154

II. Was zu tun ist 155
Geldpolitik 155
Währungspolitik 158
Einkommenspolitik 158
Zur Rentenversicherung 161
Finanzpolitik 1977 164
Agrarpolitik 167

III. Ein Programm 168

Viertes Kapitel: Geldpolitik in Europa 172

I. Die Aufgabe 172

II. Für eine Steuerung der Geldbasis 174
Zur Wahl der Steuergröße 174
Instrumentalprobleme 175
Zur Festlegung der Zuwachsrate der Geldbasis 178

III. Harmonisierte Geldpolitik im Währungsverbund 179

IV. Harmonisierte Geldpolitik bei „anpassungsfähigen" Wechselkursen .. 180

Anhang

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 185

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft 187

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates 188

IV. Brief des Sachverständigenrates vom 6. Oktober 1976 an den Bundesminister für Wirtschaft 189

V. Methodische Erläuterungen 201

VI. Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages zum Problem der Dauerarbeitslosigkeit 205

VII. Bemerkungen zur Konstruktion eines Index staatlich administrierter Verbraucherpreise 209

VIII. Zur Schätzung des Arbeitsplatzpotentials und des Erwerbspersonenpotentials 212

IX. Statistischer Anhang 215

Sachregister 301

Verzeichnis der Schaubilder

		Seite
1	Industrieproduktion ausgewählter Länder	23
2	Zur realen Bewertung ausgewählter Währungen auf Lohnkostenbasis	31
3	Gewogene Auf- und Abwertungen ausgewählter Währungen	32
4	Konjunkturelle Nachfrageschwankungen	41
5	Verfügbares Einkommen, Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte	42
6	Käufe der inländischen Haushalte für den privaten Verbrauch	43
7	Indikatoren zur Lagerhaltung	44
8	Investitionsgüternachfrage	45
9	Investitionsziele	46
10	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotential	47
11	Arbeitsproduktivität	49
12	Arbeitslose, offene Stellen, Kurzarbeiter	51
13	Entwicklung der Erwerbstätigkeit	54
14	Kapitalintensität und Arbeitsplatzpotential im Unternehmensbereich	54
15	Löhne und Gehälter in der Gesamtwirtschaft	66
16	Zur Gewinnentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe	70
17	Zur Entwicklung der Rohstoff- und Grundstoffpreise	71
18	Zur Preisentwicklung auf der Erzeugerstufe	72
19	Zur Preisentwicklung auf den Nahrungsmittelmärkten	73
20	Zur Preisentwicklung in den einzelnen Verbrauchsgütergruppen	75
21	Entwicklung staatlich administrierter Verbraucherpreise im Zyklus und im Trend	76
22	Deutscher Export und Welthandel	77
23	Außenhandelspreise und Terms of Trade	78
24	Zur Außenhandelssituation der Bundesrepublik Deutschland	82
25	Zur Entwicklung der Zentralbankgeldmenge	86
26	Zur Entstehung von Zentralbankgeld	88
27	Zur Entwicklung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes	90
28	Ausgewählte Zinssätze in der Bundesrepublik Deutschland	92
29	Mittelaufkommen, Laufzeiten und Emissionsrendite von Wertpapieren	93
30	Struktur der öffentlichen Ausgaben	98
31	Sozialprodukt und wichtige Komponenten	119
32	Prognose und Programm	170

Verzeichnis der Tabellen im Text

		Seite
1	Reales Bruttosozialprodukt in wichtigen Industrieländern	20
2	Salden der Handels- und Leistungsbilanz ausgewählter Länder	21
3	Arbeitslosenquoten in ausgewählten Ländern	24
4	Lohnkosten je Produkteinheit in ausgewählten Ländern	25
5	Verbraucherpreise in ausgewählten Ländern	26
6	Externe Finanzierung des außenwirtschaftlichen Defizits der Entwicklungsländer	28
7	Die Staatshaushalte in den EG-Ländern	35
8	Konsumentenkredite	43
9	Die Entwicklung am Arbeitsmarkt	50
10	Zur Auslastung des potentiellen Arbeitsvolumens	52
11	Entwicklung der Erwerbstätigkeit in ausgewählten Wirtschaftsbereichen	56
12	Zur Struktur der Arbeitslosigkeit (I)	57
13	Zur Struktur der Arbeitslosigkeit (II)	59
14	Einkommenspolitisch wichtige Ereignisse	62
15	Zur Entwicklung der Reallohnposition	67
16	Verteilung des Volkseinkommens	68
17	Zur Entwicklung der funktionellen Einkommensverteilung	69
18	Zur Entwicklung der Zahlungsbilanz	79
19	Zur realen Bewertung der D-Mark	81
20	Zur Entwicklung der Direktinvestitionen	83
21	Maßnahmen der Deutschen Bundesbank	85
22	Zur Entwicklung der Zentralbankgeldmenge	87
23	Netto-Absatz festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten	94
24	Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	97
25	Finanzpolitisch wichtige Ereignisse	99
26	Ausgaben der Länder 1976	101
27	Das Aufkommen der wichtigsten Einzelsteuern	102
28	Die Haushalte der Gebietskörperschaften in konjunktureller Sicht	104
29	Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte	106
30	Gemeinsamer Haushalt der öffentlichen Hand in konjunktureller Sicht	108
31	Das strukturelle Defizit der öffentlichen Haushalte	109
32	Die voraussehbare wirtschaftliche Entwicklung in westlichen Industrieländern	116
33	Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	120
34	Einnahmen und Ausgaben des Staates	123
35	Konsolidierung der öffentlichen Haushalte	140
36	Rentenniveau	163
37	Die Haushalte der Gebietskörperschaften 1977	165
38	Zur wirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1977	169
39	Wichtige geldpolitische Instrumente in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft	176

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

	Seite
1* Bevölkerung und Erwerbstätige in den EG-Ländern	220
2* Beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose in den EG-Ländern	221
3* Bruttoinlandsprodukt in den EG-Ländern	222
4* Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in den EG-Ländern	223
5* Verfügbares Nettovolkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in den EG-Ländern	224
6* Privater Verbrauch in den EG-Ländern	225
7* Staatsverbrauch in den EG-Ländern	226
8* Bruttoanlageinvestitionen in den EG-Ländern	227
9* Außenhandel der EG-Länder	228
10* Industrielle Produktion in den EG-Ländern	229
11* Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern	230
12* Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	232
13* Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen	233
14* Beiträge zusammengefaßter Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt	234
15* Sozialprodukt und Volkseinkommen	238
16* Verteilung des Volkseinkommens	240
17* Volkseinkommen und Produktivität	241
18* Verwendung des Sozialprodukts	242
19* Investitionen	246
20* Einkommen und Ersparnis der privaten Haushalte	248
21* Käufe der inländischen privaten Haushalte für den Privaten Verbrauch nach Verwendungszwecken	250
22* Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu den anderen Sektoren der Volkswirtschaft und zur übrigen Welt	252
23* Vermögensbildung, Sachvermögensbildung und Finanzierungssalden	254
24* Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften	256
25* Kassenmäßige Steuereinnahmen	258
26* Verschuldung der öffentlichen Haushalte	259
27* Konsolidierte Bilanz des Bankensystems (Geldvolumenrechnung)	260
28* Zahlungsmittelbestände und Kredite	262
29* Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie	263
30* Auftragsbestand in der Verarbeitenden Industrie	266
31* Umsatz in der Industrie	268
32* Industrielle Produktion	271
33* Beschäftigte in der Industrie	272
34* Geleistete Arbeiterstunden in der Industrie	274
35* Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde in der Industrie	275
36* Baugenehmigungen	276
37* Auftragseingang und Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe	277
38* Umsatz, Beschäftigung und Produktion im Bauhauptgewerbe	278
39* Einzelhandelsumsatz	279
40* Zahlungsbilanz	280
41* Kapitalverkehr mit dem Ausland	282
42* Außenhandel: Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte	284
43* Aus- und Einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik	285
44* Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	286
45* Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	287
46* Warenausfuhr nach Ländergruppen	288
47* Wareneinfuhr nach Ländergruppen	289
48* Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	290
49* Index der Grundstoffpreise	291
50* Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte	292
51* Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise	293
52* Index der Ausfuhrpreise	294
53* Index der Einfuhrpreise	295
54* Preisindex für die Lebenshaltung, alte Systematik, 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte	296
55* Preisindex für die Lebenshaltung, neue Systematik, 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte	297
56* Preisindex für die Lebenshaltung, neue Systematik, alle privaten Haushalte	298
57* Preisindex für die Lebenshaltung, alte Systematik, Zusatzdarstellung	299
58* Löhne und Gehälter	300

Statistische Materialquellen

Angaben aus der amtlichen Statistik für die Bundesrepublik Deutschland stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Diese Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West); andere Gebietsstände sind ausdrücklich angemerkt.

Material über das Ausland wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen. Darüber hinaus sind in einzelnen Fällen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

Abkürzungen

BA	=	Bundesanstalt für Arbeit
BMA	=	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
BMF	=	Bundesministerium der Finanzen
BML	=	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMWi	=	Bundesministerium für Wirtschaft
DIW	=	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
EFTA	=	Europäische Freihandelsvereinigung
EG	=	Europäische Gemeinschaften
EGKS	=	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
ERP	=	Marshallplan
ESVG	=	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
Eur	=	Rechnungseinheit der Europäischen Gemeinschaften (= 0,88867088 Gramm Feingold)
FE	=	Forschung und Entwicklung
HWWA	=	HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg
IAB	=	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit
Ifo	=	Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München
IFW	=	Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
ILO	=	Internationale Arbeitsorganisation
IWF/IMF	=	Internationaler Währungsfonds
JG	=	Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
JWB	=	Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
OECD	=	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Offa	=	Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG
OPEC	=	Organisation ölexportierender Länder
RWI	=	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
SG	=	Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
SZR	=	Sonderziehungsrechte
UN	=	Vereinte Nationen
WSI	=	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH, Düsseldorf

Zeichenerklärung

—	=	nichts
0	=	weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
.	=	kein Nachweis
...	=	Angaben fallen später an
— oder |	=	der zeitliche Vergleich ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt
×	=	Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu

Eine kürzere Fassung

Weltwirtschaft wieder im Aufschwung

1*. Die Weltwirtschaft, die 1975 den tiefsten konjunkturellen Einbruch seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt hatte, konnte sich im Jahre 1976 deutlich erholen. Zugleich zeigte sich jedoch, daß die Fehlentwicklungen, die 1974 in die weltweite Stabilisierungskrise geführt hatten, in zahlreichen Ländern noch keineswegs überwunden waren, so daß der Aufschwung von Anfang an auf einem hohen Inflationssockel und mit gefährlichen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten begann. Zu diesen ungelösten Problemen, die die vorangegangene Hochkonjunktur hinterlassen hatte, trat jetzt noch die in der Rezession entstandene Arbeitslosigkeit hinzu.

Trotz der lebhaften Verbrauchernachfrage fehlte daher die Grundlage für ein frühes Vertrauen der Investoren in die Dauerhaftigkeit des Aufschwungs. Immerhin erhöhte sich das Sozialprodukt der westlichen Industrieländer 1976 gegenüber dem Vorjahr real um 5 vH, womit bis zur Jahreswende kaum jemand gerechnet hatte. Die Industrieproduktion stieg um 8½ vH, und das Welthandelsvolumen dehnte sich um 9 vH aus. Vom Frühjahr an ließ allerdings die Zunahme der Nachfrage überall wieder merklich nach (Ziffer 1).

2*. Während der weltweiten konjunkturellen Erholung zeigten sich im Ausgabeverhalten der Privaten zwischen den einzelnen Industrieländern kaum Unterschiede. Zunächst waren es die Verbraucher, die ihre Ausgaben kräftig steigerten. Zwar veränderte sich die Einkommensverteilung nicht weiter zugunsten der Arbeitnehmer. Doch da die privaten Haushalte nicht wieder wie im vergangenen Jahr einen deutlich größeren Teil ihres verfügbaren Einkommens sparten, als es dem langjährigen Trend entsprochen hätte, fielen ihre Ausgaben 1976 sehr viel höher aus als 1975. Nachdem der aufgestaute Bedarf gedeckt war, beruhigte sich die Konsumnachfrage im Verlauf dieses Jahres wieder. Sie blieb jedoch lebhaft genug, der Industrie den inzwischen erreichten Grad der Kapazitätsauslastung zu sichern. Als die Vorräte der Industrie an Vor- und Zwischenprodukten kaum mehr den produktionsnotwendigen Bedarf deckten, verlangte die anhaltende Nachfragebelebung eine rasche Aufstockung der Läger (Ziffern 3 ff.).

3*. So wie die unausgelasteten Sachkapazitäten den Anreiz zu neuen Investitionen noch gering hielten, so ließen die allenthalben reichlich vorhandenen Arbeitszeitreserven die Hoffnung auf einen zügigen Abbau der Arbeitslosigkeit noch unerfüllt. Im Bereich der Industrieländer waren 1976 im monatlichen Durchschnitt mehr als 14 Mio Personen ohne Arbeit, nur eine halbe Million weniger als im Durchschnitt des vorangegangenen Jahres.

Der Inflationssockel in den westlichen Industrieländern ist immer noch außerordentlich hoch. Zwar gingen die Teuerungsraten, nachdem sie 1974 in die Höhe geschnellt waren, im Laufe der Rezession überall zurück. Doch nie zuvor mußte zu Beginn eines konjunkturellen Aufschwungs ein so hoher Preisanstieg hingenommen werden wie in diesem Jahr. Gewiß hat die Bekämpfung der Inflation seit 1974 in der Wirtschaftspolitik größeres Gewicht erlangt; doch in den meisten Ländern konnte mit den Stabilisierungsbemühungen seither noch kein dauerhafter Erfolg sichergestellt werden. Neue stabilitätspolitische Sorgen bereitete die Verteuerung der Rohstoffe (Ziffern 10 ff.).

4*. Daß weltweit sowohl die Arbeitslosigkeit als auch der Preisauftrieb nicht schneller zurückgingen, lag nicht zuletzt an der schwachen Investitionstätigkeit. Eine spürbare Vergrößerung der Produktionskapazitäten hat der allgemeine Nachfrageanstieg bislang noch nirgendwo ausgelöst. Nicht von der Hand zu weisen ist die verbreitete Befürchtung, daß in etlichen Ländern die Rezession eine schon vorher entstandene Investitionslücke drastisch vergrößert habe und daß noch nicht abzusehen sei, wie diese Investitionslücke in den kommenden Jahren geschlossen werden soll (Ziffer 16).

5*. Mit der Nachfragebelebung wurde bereits Ende 1975 sichtbar, daß die Rezession die Zahlungsbilanzprobleme zwar gemildert, aber nicht beseitigt hatte. Vor allem in Europa entwickelten sich Einfuhr und Ausfuhr der einzelnen Länder auseinander, und die Ziele einer binnenwirtschaftlichen Belebung und eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts ließen sich nicht lange miteinander vereinbaren. Die Fehlbeträge in der Handelsbilanz reichten zum Teil an die Defizite von 1974 heran, dem Jahr unmittelbar nach der Ölkrise. Hinter den wieder zunehmenden internationalen Ungleichgewichten standen die Unterschiede zwischen den internen Stabilisierungserfolgen der einzelnen Länder. Auch die steigende Rohstoffeinfuhr belastete die Handelsbilanz der westlichen Industrieländer gegenüber der übrigen Welt. Im Jahre 1976 entstand ein Defizit von rund 11 Mrd Dollar, nachdem die Rezession den von der Ölkrise erzeugten Einfuhrüberschuß vorübergehend hatte verschwinden lassen (Ziffern 6, 17).

Stabilitätsgefälle in Europa

6*. Vor dem Hintergrund höchst unterschiedlicher nationaler Stabilisierungserfolge in der Rezession gerieten zu Beginn des Jahres 1976 die Wechselkurse in Bewegung. Die daran anknüpfenden spekulativen Kapitalströme verstärkten die Bewegung

noch. Nach dem Austritt Frankreichs im März 1976 konnte zwar das feste Wechselkursgefüge der sogenannten Schlange, der neben der Bundesrepublik, den Benelux-Ländern und Dänemark auch Norwegen und Schweden angehören, von den Notenbanken zunächst verteidigt werden, ohne daß das geldpolitische Kompensationspotential des stabilsten Landes, nämlich der Bundesrepublik, überfordert wurde. Doch wurde im Laufe des Jahres mehr und mehr klar, daß diejenigen, die auf Änderung der Wechselkurse setzten, die Bestimmungsfaktoren realistischer Wechselkurse durchaus auf ihrer Seite hatten. Zum einen verminderte sich die Inflationsdifferenz gegenüber der Bundesrepublik nicht; zum anderen war es in diesen Ländern weder in der Geldpolitik noch in der Einkommenspolitik noch in der Finanzpolitik zu solchen Anpassungen gekommen, wie sie den Stabilisierungserfolgen in der Bundesrepublik zugrundelagen.

Den Regierungen war aber an festen Wechselkursbeziehungen zur D-Mark mehr gelegen denn je. Denn die Bindung an die im Kurs gegenüber Drittwährungen eher steigende D-Mark wirkte im gesamten Floating-Block dem in der weltweiten konjunkturellen Erholungsphase besonders spürbaren Auftrieb der Importkosten entgegen. Das Beispiel anderer Länder mit floatenden Währungen nährte allenthalben die Sorge, mit einmalig gemeinten Korrekturen der Wechselkurse die Wechselkurserwartungen an den Märkten zu verunsichern statt zu stabilisieren und eine nur schwer zu kompensierende Verteuerung der Einfuhr in Kauf nehmen zu müssen. Überdies schien mit dem Argument der schwindenden nationalen Währungsreserven einkommenspolitische Mäßigung und geldpolitische Restriktion im Inland leichter durchsetzbar. Mit solchermaßen festen, aber unrealistischen Wechselkursen blieb diesen Ländern nichts anderes als der Versuch übrig, die bislang versäumte einkommens- und geldpolitische Anpassung nachzuholen. Das Realignment vom 18. Oktober 1976 milderte den Anpassungszwang, beseitigte ihn aber nicht (Ziffern 31 ff.).

7*. In der monetären Politik der Jahre 1975 und 1976 zeigte sich, daß die Länder der Europäischen Gemeinschaft von einer Verstetigung der inländischen Geldversorgung noch weit entfernt sind. Der schubartigen Ausdehnung des Geldangebots im Vorjahr folgte in diesem Jahr unter dem Zwang zunehmender außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte eine mitunter drastische Verlangsamung der monetären Expansion. Dort, wo in der Vergangenheit der Finanzierungsspielraum besonders weit gesteckt worden war, erwies es sich als unmöglich, einem abermals beschleunigten Preisanstieg mit den Mitteln der Zinspolitik ausreichend entgegenzuwirken. An den Devisenmärkten fand dies in den anhaltenden Kursverlusten der Währungen dieser Länder seinen Ausdruck. Zwar haben die Zentralbanken Frankreichs und Großbritanniens 1976 der inländischen Geldnachfrage erstmals Zuwachsraten vorgegeben, doch wurden diese nach wie vor aus den Zielen einer antizyklischen Zinspolitik abgeleitet, ohne daß man den in der Vergangenheit angehäuften Finanzierungsreserven ausreichend Rechnung trug. Das Jahr 1976 lehrt, daß ohne eine glaubwürdige Steuerung der monetären Expansion im Inland eine stetige Wirtschaftspolitik nicht möglich ist (Ziffern 42 ff.).

Binnenkonjunktur: deutliche Erholung

8*. In der Bundesrepublik stand die wirtschaftliche Entwicklung 1976, ebenso wie in den meisten anderen westlichen Industrieländern, im Zeichen einer deutlichen Erholung. Zwar wurde diese noch zu einem guten Teil von den staatlichen Expansionsmaßnahmen des vergangenen Jahres und außerdem von der Belebung der Auslandsnachfrage gestützt, doch festigte sich auch die Ausgabeneigung im Innern. Der Finanzierungsspielraum, der schon im letzten Jahr weit höhere Ausgaben zugelassen hätte, wurde nun stärker genutzt. In den meisten Bereichen konnte die Produktion spürbar ausgeweitet werden; im Jahresdurchschnitt 1976 dürfte sie in der Wirtschaft insgesamt um 5½ vH höher sein als im Vorjahr, eine Steigerung, wie sie im Herbst 1975 unter dem noch frischen Eindruck der Rezession vielen kaum vorstellbar war. Gegenwärtig, ein Jahr später, ist gleichwohl Unzufriedenheit zu finden. Der Aufschwung, der in seiner Anfangsphase so unerwartet kräftig gewesen war, ist seit dem Frühjahr nur langsam vorangekommen. Wohl hatte dies auch sein Gutes, denn es dämpfte die Preisauftriebstendenzen, die sich früher als sonst nach der konjunkturellen Wende auf einigen Märkten bemerkbar gemacht hatten; zugleich zögerten aber die Unternehmen, mehr zu investieren und mehr Arbeitskräfte einzustellen. Obwohl die Sommerflaute inzwischen überwunden zu sein scheint, ist Vollbeschäftigung noch nicht abzusehen.

9*. Die ersten Anzeichen für eine Besserung der Konjunkturlage waren bereits im Herbst 1975 sichtbar geworden. Sie wurden damals jedoch, wo sie nicht vor dem Hintergrund der ungewöhnlich niedrigen Kapazitätsauslastung und der hohen Arbeitslosigkeit völlig verblaßten, weithin mit Skepsis aufgenommen. Der Einbruch der Auslandsnachfrage, die Zurückhaltung von Investoren und Konsumenten, die immer größer werdende Staatsverschuldung und der daraus folgende Konsolidierungsbedarf, all dies hatte die Zukunftserwartungen so stark belastet, daß Vertrauen in einen deutlichen Aufschwung sich nicht durchsetzen wollte. Eine Zunahme des realen Sozialprodukts von 6 vH im Jahre 1976 anzustreben und zugleich auf einen weiteren Rückgang des Preisauftriebs zu setzen, wie es der Sachverständigenrat in seinem Sondergutachten vom August 1975 vorgeschlagen hatte, schien weit über das Mögliche hinauszugehen. Mittlerweile ist offenkundig, daß das Ziel nicht zu weit gesteckt war; nicht nur die konjunkturellen Auftriebskräfte wurden unterschätzt, auch die Wende hat sich früher als allgemein wahrgenommen vollzogen.

10*. Rückblickend läßt sich der Beginn des Aufschwungs auf den Sommer 1975 datieren. Die Ver-

braucher, die bis dahin einen ungewöhnlich großen Teil ihres verfügbaren Einkommens, das durch die Steuerreform kräftig gestiegen war, gespart und allein ihre Automobilnachfrage deutlich gesteigert hatten, holten nun immer zahlreicher Käufe nach (Ziffern 65 ff.). Mit der Verbesserung des Konjunkturklimas in wichtigen Partnerländern begann auch die Auslandsnachfrage wieder zu steigen (Ziffern 61 ff.). Außerdem waren die Läger an Vorprodukten inzwischen soweit abgebaut, daß der Bedarf für die laufende Produktion selbst dort, wo diese auf ihrem niedrigen Stand verharrte, neue Bestellungen notwendig machte (Ziffern 69 ff.). Die Investoren schließlich hatten zwar gezögert, zuletzt die befristete Investitionszulage aber doch genutzt und in beachtlichem Umfang Aufträge vergeben, wenn sie auch auf deren Ausführung fürs erste nicht drängten (Ziffern 72 ff.).

11*. Daß die Bundesregierung im August 1975 ein weiteres Ausgabenprogramm beschloß, das vor allem der Bauwirtschaft zugute kam und das verhindern sollte, daß die Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten noch einmal stark stieg, trug wohl ebenfalls zur Wende bei (Ziffer 76). Es hieße jedoch diese und die vorangegangenen Expansionsmaßnahmen der Finanzpolitik überschätzen, würde die Überwindung der Rezession allein ihnen zugeschrieben. Mit seinen eigenen zusätzlichen Ausgabenprogrammen hat der Staat lediglich verhindert, daß die öffentliche Nachfrage, den rückläufigen Steuereinnahmen folgend, hinter der geplanten zurückblieb. Mit der Investitionszulage und den Steuererleichterungen, die auf eine Anregung der privaten Nachfrage zielten, hat er zwar die privaten Investoren und Konsumenten in den Stand gesetzt, mehr Nachfrage zu entfalten; zur Wirkung kamen diese Maßnahmen jedoch erst, als die Unsicherheit in den Zukunftserwartungen nachließ, die nicht nur, aber auch aus den rasch gestiegenen Defiziten des Staates rührte. So gesehen waren die Expansionsprogramme eher ein Beitrag zur Verhinderung eines noch tieferen Abschwungs, während die ersten Schritte zur Konsolidierung, die im Herbst 1975 getan wurden, ein Beitrag zum Aufschwung waren (Ziffern 230 ff.).

12*. Was die Geldpolitik betrifft, so hat diese dem Aufschwung Raum gegeben, indem sie sich an den Produktionsmöglichkeiten und nicht am aktuellen Finanzierungsbedarf orientierte. In welchem Maße ein reichliches Geldangebot genutzt wird, hat sie jedoch nicht in der Hand. Daß die Unternehmen und privaten Haushalte über genügend Geld verfügen konnten, war ihnen bis zum Sommer 1975 jedenfalls nicht Anlaß genug, wieder mehr auszugeben. Erst als sich die Ertragserwartungen und die Einkommensaussichten besserten, wurden vorhandene Kassenbestände aufgelöst und zinsgünstige Kredite in Anpruch genommen (Ziffern 172 ff.).

13*. Da die meisten Unternehmen, sieht man von den Investitionsgüterherstellern ab, den Nachfrageanstieg unverzüglich zur Produktionsausweitung nutzten, um ihre Kapazitäten besser auszulasten und so ihre stark geschrumpften Gewinnmargen zu erhöhen, war das reale Sozialprodukt um die Jahreswende 1975/76 bereits deutlich höher als im Jahresdurchschnitt 1975, nämlich um reichlich 3 vH. Mehr als die Hälfte des gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstiegs, der sich im Jahresdurchschnitt 1976 gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1975 ergibt, ist somit Ausdruck der unerwarteten Stärke des Aufschwungs in den letzten Monaten des vorigen Jahres (Ziffern 61 ff.).

14*. Das Expansionstempo blieb auch Anfang 1976 hoch. Vom Frühjahr an verlangsamte es sich allerdings deutlich. Mit der Verbesserung des Konjunkturklimas war die Ausgabeneigung zwar soweit gewachsen, daß die Auftriebskräfte weiterhin die Oberhand behielten; die konjunkturanregenden Maßnahmen der Finanzpolitik begannen jedoch an Schubkraft zu verlieren, der drängendste Nachholbedarf der Konsumenten war gedeckt, die Vorproduktläger waren aufgefüllt und über die Anstoßwirkungen der Investitionszulage hinaus war es zu einer kumulativen Verstärkung der Investitionsneigung nicht gekommen. Manche Unternehmen zögerten zudem, die Produktion im bisherigen Maße auszuweiten, weil der Spielraum für eine schnelle Normalisierung der Gewinnspannen kleiner wurde, sobald die Fertigung ohne zusätzliche Arbeitskräfte nicht mehr gesteigert werden konnte. So wurde zwar die Kurzarbeit abgebaut, und immer häufiger wurden wieder Überstunden geleistet; die Neigung, den Personalbestand zu vergrößern, war jedoch geringer als in früheren Aufschwungsphasen, die Neigung zu Preisanhebungen vielfach höher.

15*. Die Preissteigerungen haben sich dann im Jahresverlauf wieder abgeschwächt, nicht zuletzt weil die kräftige Höherbewertung der D-Mark der Verteuerung importierter Vorprodukte entgegenwirkte und bei den Fertigwaren den Wettbewerb mit ausländischen Anbietern verschärfte. Im Jahresdurchschnitt dürften die Verbraucherpreise nur um 4½ vH höher sein als im Vorjahr; damals hatte der Geldwertschwund noch 6 vH betragen. Dagegen kam der Abbau der Arbeitslosigkeit nur langsam voran (Ziffern 128 ff.). Anfang des Herbstes, der günstigsten Beschäftigungszeit im Jahr, waren noch 900 000 Arbeitslose gemeldet. Die Sorge, es könne sich bei der Erholung nur um ein Zwischenhoch handeln, blieb das Jahr über verbreitet. Inzwischen haben Nachfrage und Produktion wieder etwas angezogen, und für einen Fortgang des Aufschwungs spricht mehr als für eine Umkehr der konjunkturellen Entwicklung. Das besagt allerdings nicht, daß Vollbeschäftigung auf mittlere Sicht schon gewährleistet wäre (Ziffern 88 ff.).

Eine Zwischenbilanz

16*. Die Beschäftigungsprobleme, die mit der Rezession offenkundig wurden, sind nicht allein das Erbe zyklischer Abschwungskräfte im Innern und in der Welt. Sie rühren auch daher, daß im ganzen nicht zueinander passende Ansprüche — Lohnan-

sprüche und Gewinnansprüche, Ansprüche des Staates und des Auslandes — über Jahre hinweg zu Lasten des Geldwerts gegangen waren, die Produktionsstruktur verzerrt und die Investitionsneigung mehr und mehr beeinträchtigt hatten. In ihrem Kern waren die Beschäftigungsprobleme längst angelegt, bevor es zur Rezession kam.

Was das Jahr 1976 an Fortschritten zu ihrer Lösung gebracht hat, ist daher nicht allein am erreichten Beschäftigungsgrad zu messen; zu fragen ist auch, ob die Verzerrungen im Verhältnis der Kosten zu den Unternehmenserträgen und der Investitionen zu den übrigen Nachfragekomponenten geschwunden sind, ob sich also die Voraussetzungen gebessert haben, bei Rückgewöhnung an stabilere Preise wieder Vollbeschäftigung zu erreichen.

17*. Erwünscht und von der Wirtschaftspolitik schon für 1975 angestrebt war vor allem eine Belebung der Binnennachfrage. Im Hinblick auf die beträchtliche Unterbeschäftigung war jedoch auch der Anstieg der Auslandsnachfrage willkommen, zumal deren Einbruch zuvor nicht nur zusätzliche Kapazitäten und Arbeitskräfte freigesetzt, sondern auch die Zukunftserwartungen von Investoren und Konsumenten beeinträchtigt und so dazu beigetragen hatte, daß die Ausweitung des Finanzierungsspielraums und die Steuererleichterungen zunächst nicht die erhoffte Wirkung gehabt hatten. Daß sich heimische Produkte trotz der neuerlichen Höherbewertung der D-Mark als wettbewerbsfähig erwiesen — die deutsche Ausfuhr stieg von der zweiten Jahreshälfte 1975 an rascher als der Welthandel —, wirkte dem aufgekommenen Exportpessimismus entgegen.

Anzeichen dafür, daß sich erneut eine Exportlastigkeit herausbilden könnte, gab es 1976 nicht. Der Anteil der Ausfuhr an der Gesamtnachfrage war mit 23 vH zwar wieder etwas höher als im Vorjahr, aber deutlich niedriger als 1974, als wegen des Vorlaufs, den die Bundesrepublik in der Stabilisierungspolitik gehabt hatte, ein starkes Konjunkturgefälle gegenüber dem Ausland entstanden war. Bedingt durch die zunehmende Ausgabeneigung im Inland ist 1976 auch die Einfuhr beschleunigt gestiegen; ihre Zunahme übertraf sogar die der Ausfuhr. Der Überschuß im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland bildete sich weiter zurück (Ziffern 146 ff.).

18*. Der Staat konnte, ja mußte das Produktionspotential verstärkt in Anspruch nehmen, solange es an privater Nachfrage fehlte. Auch im Jahre 1976 waren kräftige expansive Impulse noch konjunkturgerecht. Sollten für den notwendigen Anpassungsprozeß jedoch nicht falsche Signale gesetzt werden, so mußte der Staat rechtzeitig erkennen lassen, welche Ansprüche er nach der Phase des Nachfragemangels auf mittlere Sicht geltend machen wollte (Ziffern 202 ff.).

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Haushaltsstruktur, das die Bundesregierung im Herbst 1975 vorlegte, sollte dem Rechnung getragen werden. Beabsichtigt war, den Anstieg der öffentlichen Ausgaben in den Jahren 1976 bis 1979 so zu begrenzen, daß private und öffentliche Ansprüche bei mäßigen Abgabeerhöhungen einander nicht im Wege stehen, wenn sich der Aufschwung kräftigt.

19*. Noch läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, ob dies tatsächlich der Fall sein wird, obwohl auch die Länder ihre mittelfristigen Ausgabenpläne gekürzt haben und der in den Haushalten der Gebietskörperschaften angelegte expansive Impuls von gut 34 Mrd DM im Jahre 1975 auf rund 15 Mrd DM im Jahre 1976 zurückging. Unsicher ist, ob Bund und Länder an den Kürzungen festhalten werden, wenn die Einnahmen im Zuge des weiteren Aufschwungs wieder reichlicher fließen. Überdies haben die Länder mehrheitlich der ins Auge gefaßten Erhöhung der Mehrwertsteuer ihre Zustimmung verweigert. Bleibt es dabei, so sind bei Fortgang des Aufschwungs weitere Haushaltskürzungen geboten, auch wenn die Steuereinnahmen konjunkturbedingt steigen (Ziffern 211 ff.). Denn solche Mehreinnahmen sind Reflex verstärkter Wirtschaftstätigkeit der Privaten, also nicht Ausdruck eines zunehmenden, sondern eines schrumpfenden Spielraums für konjunkturgerechte Staatsausgaben (Ziffern 215 ff.).

20*. Ob die privaten Ansprüche künftig nicht nur besser als in der Vergangenheit zu den staatlichen Ansprüchen passen werden, vorausgesetzt die Konsolidierung gelingt, sondern auch besser miteinander in Einklang stehen werden, läßt sich aus dem bisherigen Verlauf des Aufschwungs gleichfalls nicht eindeutig schließen. In der Einkommensverteilung ist es zwar zu einer deutlichen Korrektur gekommen, und die Belebung des privaten Verbrauchs belegt, daß mäßige Lohnsteigerungen keineswegs zu einer geringeren Güternachfrage führen müssen und damit den Investoren an Erlösen nehmen, was sie diesen an Kosten ersparen; daß die Bruttoanlageinvestitionen des Unternehmenssektors 1976 um rund 7 vH höher sein dürften als im letzten Jahr, ist jedoch noch kein verläßliches Zeichen für eine nachhaltige Besserung der Investitionsneigung.

21*. Die Zunahme der Investitionen in diesem Jahr beruht zu einem erheblichen Teil auf jenen Aufträgen, die aufgrund der Investitionszulage 1975 erteilt worden waren; im Jahresverlauf 1976 sind die Bestellungen nur zögernd gestiegen.

Angesichts der brachliegenden Kapazitäten mag die Erklärung naheliegen, daß mit den im letzten Jahr bestellten und in diesem Jahr gelieferten Produktionsanlagen der Investitionsbedarf bereits vorgreifend gedeckt worden war. Für einen Teil der Investoren dürfte dies wohl zutreffen. Es haben aber auch Unternehmen in Bereichen, deren Kapazitäten bereits wieder voll ausgelastet waren, mit der Vergabe neuer Aufträge gezögert. Das muß nicht auf unzureichende Entlastung auf der Kostenseite hindeuten; möglich ist auch, daß sich die Unternehmen ihrer künftigen Absatzchancen nicht sicher waren und deshalb zunächst einmal die weitere Konjunkturentwicklung abwarten wollten. Mancher Investor scheute wohl auch das Risiko, neue Märkte

zu erschließen, wenn sich die Nachfrage von den alten Märkten abgewandt hatte; manchem fehlte auch das erforderliche Risikokapital. Daß Inflationserfahrungen den Rückgang der längerfristigen Zinsen hemmten, dürfte ebenfalls eine Rolle gespielt haben. Gleichwohl ist nicht auszuschließen, daß viele Unternehmen über das Jahr 1976 hinaus mit einer Kostenentwicklung rechneten, die sie davon abhielt, mehr zu investieren.

22*. Rücksicht auf die Risiken, die ein zu hohes Kostenniveau für die Beschäftigung mit sich bringt, ist in der Lohnpolitik seit 1975 unverkennbar. Die damals vereinbarten Lohnsteigerungen, die nur noch etwa halb so hoch wie 1974 waren, hatten zwar noch keine Verbesserung der Ertragslage gebracht, weil es den Unternehmen nun an Nachfrage fehlte; für die Rückgewinnung eines hohen Beschäftigungsstandes war dennoch ein wichtiger Schritt getan.

Die Lohnvereinbarungen des Jahres 1976 ließen bei zunehmenden Aufträgen Spielraum für eine Erholung der Erträge. Das Bestreben der Gewerkschaften ging dahin, den Arbeitnehmern mit den Lohnerhöhungen einen Ausgleich für die voraussichtlichen Preissteigerungen zu sichern. Was aufgrund steigender Produktivität an gesamtwirtschaftlichem Einkommen mehr erzielt werden konnte, wurde damit gewissermaßen den Unternehmen zugestanden. Angesichts der reichlichen Produktivitätsreserven, die in dem niedrigen Auslastungsgrad des Produktionspotentials lagen, war dies nicht wenig (Ziffern 119 ff.).

23*. Ganz ohne Anteil am produktivitätsbedingten Einkommenszuwachs sind die Arbeitnehmer 1976 allerdings nicht geblieben, denn die Preissteigerungen im Inland fielen geringer aus, als bei den Lohnabschlüssen angenommen worden war. Nicht Konstanz des Reallohns war also das Ergebnis, sondern ein Anstieg, der je Beschäftigten gerechnet mit fast 3 vH sogar deutlich höher war als im Vorjahr (Ziffern 112 ff.). Da die Importpreise stärker als die Exportpreise stiegen, war auch das Ausland an dem Mehreinkommen zu beteiligen, das 1976 insgesamt zu verteilen stand. Den Unternehmen blieb dennoch ein weit größerer Teil als in den vergangenen Jahren; sowohl der Gewinnsumme als auch der Gewinnmarge nach besserte sich ihre Ertragslage spürbar. Für eine nachhaltige Belebung der Investitionsneigung kommt es mit darauf an, daß diese Besserung von den Unternehmen nicht als nur kurzfristig angesehen wird. Denn Investitionen sind in die Zukunft reichende Entscheidungen, die auf der Erwartung gründen, daß sich der heute zu leistende Aufwand morgen und übermorgen auszahlt.

24*. Belastend für die Beschäftigungschancen wäre es, würden sich die Arbeitnehmer, die Verbesserung der Gewinne vor Augen, im nachhinein übervorteilt fühlen. Belastend wäre es indes nicht minder, würden die Unternehmen den künftigen Spielraum für ausreichende Erträge zu eng einschätzen und aus Sorge, die Korrektur der Einkommensverteilung könne nicht weit genug gehen oder bald wieder rückgängig gemacht werden, mehr Investitionen nicht wagen oder ihre Gewinnansprüche über verstärkte Preisanhebungen durchzusetzen suchen.

25*. Nicht nur für den Abbau der Arbeitslosigkeit wäre dies hemmend, sondern auch für die Rückgewöhnung an einen stabileren Geldwert.

Preissteigerungen im Verlauf des Aufschwungs brauchten Inflationserwartungen nicht zu fördern, herrschte allseits das Vertrauen, daß die Geldentwertung über den Konjunkturzyklus hinweg abnimmt. Dem steht jedoch noch die schlechte Erfahrung der vergangenen Jahre entgegen. Die Stabilisierungspolitik hat diese zwar unterbrochen; das Vertrauen, daß der Preisauftrieb im Trend weiter nachläßt, scheint aber noch nicht soweit gefestigt, daß es auf sichtbare Beweise schon verzichten könnte. Bereits die Preissteigerungen im Verlauf dieses Jahres haben offenbar hier und da der Meinung Vorschub geleistet, daß auf mittlere Sicht eher mit steigenden als mit weiter fallenden Inflationsraten zu rechnen sei, wie sich etwa am Kapitalmarkt zeigte, wo im Frühjahr vorübergehend die Zinsen wieder anzogen und die Anleihelaufzeiten wieder kürzer wurden (Ziffern 191 ff.).

26*. Wenn auch die Gefahr eines Rückfalls in die Inflationsgewöhnung inzwischen wieder kleiner geworden ist, kommt es doch darauf an, daß die Bundesbank an einer Expansion der Geldbasis festhält, die Spielraum für Vollbeschäftigung auf mittlere Sicht läßt, nicht aber für die Finanzierung inflatorischer Ansprüche (Ziffern 172 ff.).

Um niemanden im Unklaren über ihren Kurs zu lassen, hat die Bundesbank seit 1975 die von ihr angestrebte Zuwachsrate der Zentralbankgeldmenge jeweils vor Beginn des Jahres bekanntgegeben. Daß die tatsächliche Ausweitung der Zentralbankgeldmenge die angekündigte 1975 dann doch etwas überschritt und 1976 wohl noch deutlicher übertreffen wird, könnte — wenn nicht Zweifeln in die Festigkeit des geldpolitischen Kurses der Boden entzogen wird — die Unternehmen in der Preispolitik, die Tarifpartner in der Lohnpolitik und den Staat bei der Konsolidierung seiner Haushalte zu einer Haltung verleiten, die das, was an Anpassung der gesamtwirtschaftlichen Ansprüche noch zu leisten ist, erschweren, wenn nicht gar verhindern würde. Mit Nachgiebigkeit wäre, wie die Erfahrung lehrt, für die Vollbeschäftigung nichts gewonnen.

Die voraussichtliche Entwicklung

27*. Anders als im vergangenen Jahr, als die Talsohle erreicht, die konjunkturelle Situation aber noch so labil war, daß wir in bezug auf den Verlauf und die Intensität der Aufwärtsbewegung keine deutlich beste Setzung wagten, scheint uns diesmal die Basis für die Prognose sicherer. Der Konjunkturaufschwung dauert nun fünf Vierteljahre, und wir erwarten weder eine Ermüdung noch eine Übersteigerung. Von den Rahmenbedingungen her sehen

wir derzeit gute Chancen, daß sich der Aufschwung stetig fortsetzt.

Das heißt nicht, daß wir ein anderes Verlaufsmuster ausschließen; die tatsächliche Entwicklung kann von unserer besten Setzung abweichen, sowohl nach oben wie nach unten.

28*. Im Herbst 1976 überwiegen in der Weltkonjunktur die Aufschwungskräfte. Die ungelösten Stabilisierungsprobleme haben Länder wie Großbritannien, Italien, Frankreich und Dänemark in jüngster Zeit zu Restriktionsmaßnahmen gezwungen, von denen vielerorts befürchtet wird, sie könnten nicht nur den Aufschwung in diesen Ländern selbst hemmen, sondern auch auf die Handelspartner so stark ausstrahlen, daß mit einer erneuten Abschwächung der Weltkonjunktur zu rechnen sei.

Obwohl auch wir hier Risiken sehen, teilen wir eine solche pessimistische Einschätzung nicht. Die Ausgangslage ist, im ganzen gesehen, durchaus günstig, günstiger jedenfalls als vor der Weltrezession. Seit 1974, als die Wirtschaftspolitik überall zunehmender Inflationsgewöhnung begegnen mußte, haben gerade die Länder mit einem besonders hohen Gewicht im Welthandel — die Vereinigten Staaten, Japan und auch die Bundesrepublik — beträchtliche Stabilisierungserfolge bei Preisen und Kosten erzielt und sich so die Voraussetzung für eine nachhaltige Expansion geschaffen; die Selbstverstärkungskräfte dürften den Aufschwung dort 1977 in Gang halten. Die konjunkturellen Impulse, die davon ausgehen, werden auch den „Problemländern" zugute kommen (Ziffern 244 ff.).

29*. In der Bundesrepublik Deutschland haben sich die Anzeichen für eine Fortsetzung des Aufschwungs in jüngster Zeit verstärkt. Wichtige Konjunkturindikatoren, insbesondere der Auftragseingang bei der Industrie, zeigen nach der Sommerflaute wieder nach oben, andere, wie die industrielle Produktion, nicht mehr nach unten. Der aufgekommene Konjunkturpessimismus dürfte daher keine breite Basis mehr haben (Ziffern 253 ff.).

30*. Um Mißverständnisse zu vermeiden: Zu unserem Konjunktururteil paßt nicht die Vorstellung von einem Boom, der rasch wieder an Kapazitätsgrenzen stoßen und auch das Problem der Arbeitslosigkeit binnen kurzem beseitigen könnte. Vielmehr entspricht unserer Erwartung ein moderater Aufschwung, der nach und nach an Kraft gewinnt und der sich, nachdem er bislang zu einem erheblichen Teil von den Anstoßwirkungen der Konjunkturprogramme gezehrt hat, allmählich selbst trägt.

31*. Insgesamt rechnen wir für den Jahresdurchschnitt 1977 mit einer Zunahme des Exportvolumens (Waren und Dienste) um 9 vH, nach 11½ vH im Jahre 1976. Dies bedeutet nicht nur eine Abschwächung im Jahresdurchschnitt, sondern auch im Jahresverlauf. In Anbetracht der Risiken, die sich aus den Zahlungsbilanzschwierigkeiten einiger wichtiger Partnerländer ergeben, halten wir eine vorsichtige Einschätzung der Exportentwicklung für geboten (Ziffer 258 f.).

32*. Der private Verbrauch wird eine wichtige Konjunkturstütze bleiben. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte wird — nicht zuletzt wegen der Zunahme der Beschäftigung — merklich stärker expandieren als 1976. Allein daraus ergäbe sich eine spürbare Belebung der Verbrauchskonjunktur. Es kommt hinzu, daß im nächsten Jahr längerfristig gebundene, prämienbegünstigte Spareinlagen in einer Größenordnung von 20 Mrd DM zusätzlich frei werden, von denen mit Sicherheit ein beträchtlicher Teil ausgegeben wird.

In unserer Rechnung haben wir die Zuwachsrate der privaten Verbrauchsausgaben im Jahresdurchschnitt auf etwa 9 vH veranschlagt. Dies bedeutet nach der verhältnismäßig schwachen Expansion in den letzten Monaten auch eine Beschleunigung des realen Verbrauchs (Ziffer 260).

33*. Die weitere Belebung der Nachfrage und die Zunahme der Kapazitätsauslastung wird die Unternehmen veranlassen, ihren Attentismus in bezug auf die Erweiterung der Kapazitäten allmählich aufzugeben. Eine neue Welle von Erweiterungsinvestitionen halten wir allerdings nicht für wahrscheinlich. Die Unternehmen haben 1976 wieder deutlich höhere Erträge erwirtschaftet; nach den Annahmen unserer Prognose wird sich ihre Ertragslage auch 1977 weiter verbessern. Bei tendenziell nachgebenden Realzinsen für Geldkapital dürfte es für sie daher wieder attraktiver werden zu investieren. Eine weitere Belebung der Investitionsneigung deutet sich auch in den bekanntgewordenen Planungen der Unternehmen an. Wir gehen davon aus, daß sich die in letzter Zeit erkennbare Belebung der Investitionsneigung im bisherigen Tempo fortsetzt. Bei den realen Ausrüstungsinvestitionen rechnen wir im Jahresdurchschnitt 1977 mit einer Zuwachsrate von 7½ vH (Ziffer 261).

34*. Die realen Bauinvestitionen werden aller Voraussicht nach 1977 nur um 2 vH zunehmen und damit noch schwächer als in diesem Jahr (2½ vH). Wie 1976 findet die Baukonjunktur auch 1977 im Wohnungsbau und im gewerblichen Bau ihre Stütze. Hingegen zeichnet sich bei den Bauaufträgen der öffentlichen Hand allenfalls eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau ab.

Die Investitionsquote, das heißt der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Sozialprodukt, bleibt mit 23 vH auf ihrem Tiefstand (Ziffern 267 f.).

35*. Unsere Einschätzung vom Verlauf der Investitionskonjunktur basiert auf der Annahme, daß die Lohnpolitik ihren im vergangenen Jahr eingeschlagenen Kurs beibehält.

36*. Bei der angenommenen Nachfrageentwicklung wird es zu einer spürbaren Ausweitung der Produktion kommen: Das reale Sozialprodukt, das in den Sommermonaten nicht mehr zugenommen hatte, wird erneut expandieren.

Den Zuwachs des realen Sozialprodukts veranschlagen wir für 1977 im Jahresdurchschnitt auf 4½ vH. Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials wird dabei auf 93½ vH ansteigen, aber noch um gut 3½ Prozentpunkte unter der Normalauslastung bleiben.

37*. Obwohl die Unternehmen, um die Produktion zu steigern, in Zukunft wieder zusätzliche Arbeitskräfte einstellen müssen, rechnen wir nicht damit, daß die Arbeitslosigkeit schon 1977 auf ein erträgliches Maß zurückgeht.

Bei unserer Prognose sind wir davon ausgegangen, daß durch das arbeitsmarktpolitische Programm der Bundesregierung eine nennenswerte Zahl von Arbeitsplätzen zusätzlich besetzt werden kann, doch gilt es übertriebene Erwartungen zu dämpfen. Alles in allem rechnen wir damit, daß am Jahresende 1977 die Anzahl der Arbeitslosen um rund 250 000 niedriger sein wird als am Jahresende 1976; da es zu einem verstärkten Rückgang aber wohl erst in der zweiten Jahreshälfte kommen wird, ergibt sich daraus für den Jahresdurchschnitt 1977 noch einmal eine Arbeitslosenzahl in einer Größenordnung von 900 000, nach 1 060 000 im Jahre 1976.

38*. Unter den gegebenen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, knappe Geldversorgung und verschärfter Wettbewerb aus dem Ausland, werden die Preiserhöhungsspielräume recht eng sein — enger als 1976. Zudem ist der Nachfrageanstieg, den wir erwarten, keineswegs so kräftig und die Kapazitätsauslastung nicht schon so hoch, als daß es sich für die Unternehmen in ihrer Mehrzahl nicht mehr lohnte, über den Preis um die Nachfrage zu konkurrieren. Hoffnungen auf geringere Preissteigerungsraten sind auch daraus zu schöpfen, daß die Preise für Nahrungsmittel deutlich langsamer steigen dürften als in diesem Jahr. Ohne die steuerbedingte Verteuerung von Tabak und Branntwein würden wir damit rechnen, daß die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 1977 um rund 3½ vH höher sind als 1976; einschließlich der Steuererhöhung rechnen wir mit einem Anstieg um knapp 4 vH.

Mittelfristige Beschäftigungsprobleme

39*. Obwohl der Konjunkturaufschwung sich 1977 fortsetzen wird, bringt er die deutsche Wirtschaft dem Ziel nur wenig näher, das gegenwärtig am stärksten verletzt ist: der Rückgewinnung eines hohen Beschäftigungsstandes. Anlaß zur Sorge bietet insbesondere der Investitionsattentismus, den selbst solche Unternehmen an den Tag legen, denen der Aufschwung bereits eine höhere Kapazitätsauslastung gebracht hat. Zweifel werden laut, ob die Selbstheilungskräfte im nationalen wie im internationalen Wirtschaftssystem stark genug sind, daß die Unternehmen die Investitionschancen finden, die hohe Wachstumsraten sichern, und die neuen Arbeitsplätze schaffen können, die einen hohen Beschäftigungsstand ermöglichen (Ziffern 274 ff.).

40*. Diese Unsicherheit hat mittelfristige Beschäftigungs- und Wachstumsprobleme wieder deutlicher hervortreten lassen. Es verstärkt sich der Eindruck, daß die Rezession und Entwicklungen, die ihr vorausgegangen sind, doch mehr an Schäden materieller wie immaterieller Art hinterlassen haben, als in einem normalen Aufschwung wieder behoben werden kann.

Der materielle Schaden besteht darin, daß die Rezession allem Anschein nach eine Lücke an Arbeitsplätzen in unserer Volkswirtschaft hinterlassen hat. Arbeitsplätze, die wegen der Investitionsschwäche nicht entstanden oder durch Strukturwandel wettbewerbsunfähig geworden sind, müssen neu geschaffen oder ersetzt werden, bevor für jeden Arbeitswilligen wieder eine Stelle vorhanden ist. Diese Aufgabe dürfte die Elastizität unserer Wirtschaft stark beanspruchen, zumal der Strukturwandel, den es zu bewältigen gilt, mehr als bisher auf unbekanntes Terrain zu führen scheint.

41*. Der immaterielle Schaden ist darin zu sehen, daß bittere Erfahrungen die Verhaltensweisen der Investoren verändert haben und Zukunftsvertrauen noch nicht recht haben aufkommen lassen. Sollte die Vorstellung sich ausbreiten, daß Investitionszurückhaltung im Aufschwung die beste Versicherung gegen Absatzkrisen ist und daß Erweiterungsinvestitionen am besten erst dann vorgenommen werden, wenn die Auftragsbücher überquellen, so wäre der unternehmerische Elan dahin, der bis Anfang der 70er Jahre immer wieder einen zu Vollbeschäftigung passenden Produktionsapparat hatte entstehen lassen. Noch spezifischer: Wenn die mittelfristigen Risiken im Investitionskalkül so hoch bewertet werden, daß nur noch Projekte zum Zuge kommen, die sich schneller amortisieren als früher, muß die Gesellschaft auf einen Teil des Mehrertrags verzichten, den Produktionsumwege bringen können. Unsicherheit verursacht hohe Kosten.

42*. Die Vermutung, daß eine Arbeitsplatzlücke besteht, die erst im Laufe der nächsten Jahre wieder geschlossen werden kann, beruht auf mindestens drei Gründen. Erstens haben die Ursachen, die eine Stabilisierungskrise notwendig machten, zu einer Gewinnkompression geführt, die mit einem Schwund von Arbeitsplätzen verbunden war. Zweitens und nicht unabhängig davon scheint der Strukturwandel in den letzten Jahren nicht mehr beschäftigungsneutral gewesen zu sein. Drittens könnte es sein, daß die Investoren auf dem Entwicklungsniveau, das die Bundesrepublik inzwischen erreicht hat, länger als früher nach profitablen Projekten Ausschau halten und höhere Risiken in Kauf nehmen müssen. Schließlich kommt erschwerend hinzu, daß der Arbeitsmarkt aufgrund der demographischen Entwicklung in den nächsten Jahren zusätzlich belastet wird. Man hat sicher keinen Anlaß, die Elastizität der Marktwirtschaft gering zu schätzen. Gerade in der Bundesrepublik, die an ständigen Strukturwandel durchaus gewöhnt ist und sich dem internationalen Wettbewerb stets in besonderem Maße gestellt hat, liefert die wirt-

schaftliche Entwicklung hierfür eindrucksvolle Beispiele. Vernünftige Vorsorge sollte darauf allein jedoch nicht setzen (Ziffer 287).

43*. Wir haben an anderer Stelle dargelegt, daß 1976 vermutlich fast 800 000 Arbeitsplätze weniger vorhanden waren als 1973 (Ziffer 95). Dabei ist die Anzahl der gegenwärtig verfügbaren Arbeitsplätze modellhaft aus der Größe des Kapitalstocks und aus Annahmen über die durchschnittliche Kapitalausstattung je Arbeitsplatz, die Kapitalintensität, gewonnen worden. Diese Schätzung kann sich vor allem in einer Rezession als unscharf erweisen, weil einerseits als Ausdruck der Investitionszurückhaltung Anlagen länger genutzt werden, andererseits als Folge von Konkursen und Betriebsstillegungen Anlagen vorzeitig verschrottet werden oder in ihrem wirtschaftlichen Wert sinken. Unbekannt ist auch, welcher Teil des jetzt nicht genutzten Arbeitsplatzpotentials zwar noch existiert, aber vermutlich nicht wieder genutzt werden wird. Welcher der Effekte überwiegt, ist schwer zu sagen. Je mehr man sich aber vom Tiefpunkt der Rezession entfernt, um so mehr dürften die zunächst unterbliebenen Verschrottungen nachgeholt werden.

44*. Was die künftige Entwicklung der Kapitalintensität anlangt, so ist unsicher, ob sich der Anstieg im gleichen Tempo fortsetzt wie vor der Rezession. Auf der einen Seite deutet eine Welle von Rationalisierungsinvestitionen darauf hin, daß der Kapitaleinsatz je Arbeitsplatz gegenwärtig beschleunigt gesteigert wird. Auf der anderen Seite ist nicht ausgeschlossen, daß die veränderte Lage auf dem Arbeitsmarkt und das veränderte Klima der Lohnpolitik, wenn es anhält, den Anstieg der Kapitalintensität zumindest auf mittlere Sicht bremsen. Welcher dieser Effekte in den nächsten Jahren überwiegt, ist ebenfalls schwer abzuschätzen.

45*. Der Sachverständigenrat hat mit einigen Modellrechnungen versucht, unter alternativen Annahmen über die künftige Entwicklung der Kapitalintensität und Annahmen über das künftige Arbeitskräftepotential der Größenordnung nach zu schätzen, wieviele Arbeitsplätze geschaffen, das heißt Investitionen getätigt werden müssen, wenn bis 1980 wieder ein hoher Beschäftigungsstand möglich sein soll. Selbst wenn man annimmt, daß sich der bisherige Anstieg der Kapitalintensität, was den Trend angeht, in Zukunft nicht beschleunigt, sondern eher abflacht und daß das Arbeitskräftepotential nicht wieder so stark beansprucht wird wie Anfang der 70er Jahre, also selbst wenn man sehr vorsichtige Annahmen trifft, ist ein jährlicher Zuwachs der realen Bruttoanlageinvestitionen im Unternehmenssektor in der Größenordnung von 8 vH bis 10 vH nötig, damit so viele Arbeitsplätze geschaffen werden, daß bis 1980 die bestehende Arbeitsplatzlücke geschlossen wird und eine neue sich nicht auftut. Das Risiko, daß dabei zuviel Arbeitsplätze entstehen werden, ist gering. Denn Anfang der 80er Jahre werden noch mehr Jugendliche das erwerbsfähige Alter erreichen als heute schon (Ziffern 298 ff.).

Für mehr Arbeitsplätze

46*. Das verfügbare Instrumentarium der globalen Konjunktursteuerung ist darauf ausgerichtet, Schwankungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials und der Beschäftigung durch Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zu mildern und den Anstieg des Preisniveaus in Grenzen zu halten. Das in Wachstum und Struktur richtige Angebotspotential hervorzubringen, ist hingegen in erster Linie Aufgabe des Marktes. Dabei braucht eine Gefährdung der wirtschaftspolitischen Ziele im allgemeinen auch nicht befürchtet zu werden — solange genügend Produktions- und Investitionsmöglichkeiten erkannt werden und es an Zukunftsvertrauen nicht fehlt, sie zu nutzen.

47*. Seit der Krise sind an diesem Vertrauen Zweifel aufgekommen. Sie sollten zwar nicht Anlaß geben, nun gar nicht mehr auf die Dynamik zu vertrauen, die der Marktwirtschaft innewohnt und die nicht selten unterschätzt worden ist. Die auch für 1977 zu erwartende hohe Arbeitslosigkeit und die Unsicherheit, die 15 Monate nach Beginn des Aufschwungs immer noch vorherrscht, lassen es aber nicht zu, sich über die Zweifel hinwegzusetzen. Vielmehr erscheint es geboten, sich im Sinne der Vorsorge auf der Angebotsseite rechtzeitig nach Möglichkeiten umzuschauen, durch die ein zusätzlicher Beitrag zur Realisierung der wirtschaftspolitischen Ziele geleistet werden kann. Die Mittel, die in Betracht kommen, sollten allerdings von einer Art sein, die gewährleistet, daß sie die Selbstheilungskräfte stärken und auch dann nicht schädlich sind, wenn Vollbeschäftigung wieder erreicht ist.

48*. Auf eine Verbesserung der Bedingungen auf der Angebotsseite ist die Wachstums- und Strukturpolitik ausgerichtet. Wachstumspolitik soll helfen, jene Produktionsmöglichkeiten in der Volkswirtschaft entstehen zu lassen, die für jeden, der es wünscht, einen Ausbildungsplatz, einen Arbeitsplatz mit möglichst guten Einkommenschancen und Arbeitsbedingungen sowie die Chance zum beruflichen Aufstieg schaffen. Sie hat mit einer Strategie des Wachstums um jeden Preis ebensowenig zu tun wie mit einer künstlich forcierten Nachfrageexpansion. Strukturpolitik soll insbesondere die Mobilität und Anpassungsfähigkeit von Arbeitskräften wie Investoren so fördern, daß diese so schnell und reibungslos wie möglich dahin finden, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Das hat nichts mit dirigistischer Struktur- oder Investitionslenkung zu tun, auch nichts mit dem Ansinnen, der Staat habe mit strukturpolitischen Mitteln gefällig die Schäden zu beseitigen, die andere durch Mißbrauch ihrer Marktmacht angerichtet haben.

49*. Die Ratio einer Wachstums- und Strukturpolitik, so wie wir sie unter den heutigen Gegebenheiten für notwendig erachten, liegt darin, daß der Staat, der am Gewinn hoch beteiligt ist, auch stärker als bisher das Innovations- und Investitionsrisiko mitträgt. Es geht darum, daß durch veränderte staatliche Rahmenbedingungen auf Dauer neue Pro-

duktionswege und neue Produktionsumwege erleichtert werden. Eine Investitionsförderung der Art und des Umfangs, wie sie in den fünfziger Jahren vor allem mit massiven Sonderabschreibungen und direkten Investitionshilfen betrieben wurde, steht allerdings nicht zur Debatte. Sie wäre, wenn sie wirksam sein sollte, fiskalisch so teuer, daß der Staat gleichzeitig keine Konsolidierungsstrategie glaubhaft verfolgen könnte oder an anderer Stelle die Belastbarkeit des Steuerzahlers weiter erproben müßte. Die negativen Verteilungswirkungen, die mit einer massiven Investitionsförderung verbunden wären, könnten überdies neue Verteilungskämpfe entfachen und die Vertrauensbasis für die Einkommenspolitik zerstören. Deren Erfolg wäre dadurch leicht zunichte gemacht. Temporäre Investitionserleichterungen konjunkturpolitischer Art kommen als Instrument der mittelfristigen Angebotspolitik ebenfalls nicht in Betracht. Es geht hier ja nicht darum, daß Investitionsausgaben aus konjunkturpolitischen Gründen vorgezogen werden, sondern daß auf Dauer mehr Arbeitsplätze geschaffen werden (Ziffern 303 ff.).

50*. Die Aufgaben der Angebotsförderung liegen vornehmlich darin, es den Unternehmen zu erleichtern, mehr Investitionschancen aufzuspüren und wahrzunehmen, und die Fähigkeit der Arbeitnehmer, einen Arbeitsplatz zu finden, in beruflicher und räumlicher Hinsicht zu verbessern. Was die Unternehmen anbelangt, geht es darum, ihren Investitionen für neue Produkte und Produktionsprozesse, die in der Regel besonders risikobehaftet sind, allgemein mehr Förderung angedeihen zu lassen und insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen den Anschluß an neue Technologien und neue Markttrends zu erleichtern. Was die Wahl der Instrumente anlangt, so sind wir der Auffassung, daß es gute Gründe dafür gibt, die steuerlichen Abschreibungsmodalitäten einem erhöhten Investitionsrisiko anzupassen, die staatlichen Anreize für Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen der privaten Unternehmen kräftig zu erhöhen, und die Gründung neuer Unternehmen mehr zu fördern als bisher. Für die Arbeitnehmer wären über die Förderung der beruflichen Bildung, Umschulung und Wiedereingliederung hinaus Hemmnisse der räumlichen Mobilität abzubauen und, wo nötig, auch gezielte Mobilitätshilfen zu gewähren. Wichtig erscheint, daß diese Maßnahmen nicht nur — wie bisher — flankierenden Charakter haben, sondern eine Dosierung erhalten, die ihrem Stellenwert für Beschäftigung und Wachstum angemessen ist (Ziffern 311 ff.).

51*. Über den Stellenwert der Strukturpolitik in der marktwirtschaftlichen Ordnung hat es in der öffentlichen Diskussion Mißverständnisse gegeben. Insbesondere ist der Eindruck entstanden, Strukturpolitik könne ein Ersatz für eine beschäftigungsgerechte Lohnpolitik oder ein Ersatz für globale Nachfragesteuerung sein. Strukturpolitik ist aber ebenso wie Wachstumspolitik ein Mittel der gesamtwirtschaftlichen Angebotsförderung. Beide entlasten zwar eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik von der Angebotsseite her, weil sie es erleichtern, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und die Mobilität der Beschäftigten und Investoren zu erhöhen. Strukturpolitik kann aber nicht die Lohnpolitik aus der Verantwortung für den Beschäftigungsgrad entlassen, die darin besteht, daß die Lohnpolitik nicht zu einem Kostenniveau führen darf, bei dem die existierenden oder neu zu schaffenden Arbeitsplätze nicht besetzt werden können.

52*. Strukturpolitik, die sich auf die Angebotsseite der Volkswirtschaft bezieht, kann auch nicht an die Stelle der bisher praktizierten globalen Nachfragesteuerung treten. Die Globalsteuerung hat allerdings an Wirksamkeit dadurch verloren, daß Inflation und scharfe Verteilungskämpfe die Erwartungen, auf die sich wirtschaftliche Entscheidungen gründen, unsicher gemacht haben (JG 75 Ziffer 381). In einer Welt unsicherer Erwartungen ist der Globalsteuerung vor allem aufgetragen, Mißtrauen über die mittelfristige Entwicklung der finanz- und geldpolitischen Steuergrößen gar nicht erst aufkommen zu lassen, genauer: deren Trend durch in die Zukunft reichende Festlegungen für den privaten Sektor besser vorhersehbar zu machen. Das ist eine Vorbedingung auch für erfolgreiche Angebotssteuerung.

53*. Die Mittel, die für eine angebotsfördernde Wachstums- und Strukturpolitik aufzuwenden sind, wären verschwendet, wenn es mittelfristig gesehen an Stetigkeit in der Lohnpolitik der Tarifparteien, in der Haushaltspolitik des Staates und in der Geldmengenpolitik der Bundesbank fehlte. Soll einer angebotsorientierten Strategie zu einem größtmöglichen Erfolg verholfen werden, so sind mittelfristige Festlegungen notwendig:

— Die Lohnpolitik leistet ihren Beitrag zum Abbau der Arbeitsplatzlücke nur dann, wenn sie erkennbar werden läßt, daß Investitionen, die oft Engagements für viele Jahre erfordern, sich auch auszahlen. Die konjunkturelle Entzerrung der Verteilungsrelationen, die seit 1975 im Gange ist, wird bei Fortsetzung des Aufschwungs in absehbarer Zukunft viele Arbeitsplätze wieder wettbewerbsfähig werden lassen. Damit darüber hinaus Investitionen vorgenommen werden, die Arbeitsplätze schaffen, bedarf es der Gewißheit, daß es in Zukunft zu einer verteilungspolitischen Konfrontation wie etwa 1974 nicht mehr kommen wird. Die anstehende Lohnrunde 1977 wird unter diesen Gesichtspunkten zukunftweisende Bedeutung haben. Vereinbarungen über Gewinn- und Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer können zur Entlastung beitragen.

— Die Finanzpolitik hat dafür zu sorgen, daß die Privaten wieder mehr Vertrauen in die Einnahmen- und Ausgabengestaltung des Staates gewinnen. Zu diesem Zweck muß die 1976 begonnene Konsolidierung konsequent fortgesetzt werden. Einer Umstrukturierung der Staatsausgaben zugunsten zukunftweisender Aufgaben braucht dies nicht im Wege zu stehen. Wie die Gebietskörperschaften den Bedarf an öffentlichen Gütern auf mittlere Sicht einschätzen und

wie sie diesen zu finanzieren gedenken, müssen sie in der mehrjährigen Finanzplanung kundtun. Wichtig ist insbesondere, daß der Staat nicht durch zu hohe Verschuldung den Kapitalmarkt so sehr belastet, daß für die Finanzierung privater Investitionen zu wenig Raum bleibt; dies kostet im Zweifel Arbeitsplätze.

— Die Geldpolitik muß ihren Kurs der vorangekündigten stetigen Geldmengenexpansion beibehalten und damit die Inflationserwartungen auch weiterhin kontinuierlich zurückschrauben. Das ist nicht nur stabilitäts-, sondern auch wachstumsgerecht. War in der Vergangenheit die Auffassung verbreitet, daß Inflation Beschäftigung und Wachstum fördere, so hat zumindest die letzte Krise hier für Klarheit gesorgt: Die Investoren können in einem von der Inflation angetriebenen Verteilungskampf nicht lange auf der Gewinnerseite sein; spätestens in einer nachfolgenden Stabilisierungskrise geraten sie auf die Verliererseite. Sachvermögen schützt vor Inflationsschäden nicht, wenn seine Rendite durch die Inflation und deren Folgen in Mitleidenschaft gezogen wird. Nur Konsequenz in der Geldmengenpolitik kann bewirken, daß beides, die Bildung von Geldvermögen wie auch die Bildung von Realkapital, lohnend erscheint.

54*. Auch diejenigen Erwartungen müssen sich stabilisieren, die sich auf das Verhalten der Unternehmen richten. Die Marktpolitik, also die Gesamtheit der der Förderung des Wettbewerbs und des Verbraucherinteresses dienenden staatlichen Maßnahmen, ist notwendig, die Wirksamkeit der Geldpolitik zu sichern und die Lohnpolitik zu entlasten:

— Eine stabilisierungsgerechte Geldmengensteuerung kann zwar verhindern, daß die gesamtwirtschaftliche Ausgabenexpansion erheblich und auf Dauer über das von ihr gewollte Maß hinausgeht, nicht aber, daß einzelne Unternehmen, Gruppen oder Bereiche der Wirtschaft sich durch Anwendung von Marktmacht dem Druck auf ihre Preise entziehen und diesen dadurch verstärkt auf andere lenken, die sich weniger gut abschirmen können (JG 74 Ziffer 431 ff.).

— Die Vermutung aber, daß Gewinne marktstarker Unternehmen nicht auf Leistung, sondern auf Machtanwendung zurückgehen, kann die Gewerkschaften dazu veranlassen, einen Anteil an Übergewinnen solcher Art zu erstreiten, was zur Folge hat, daß mit den marktmachtbestimmten Gewinnen der einen zugleich der für eine rasche Expansion förderliche Pioniergewinn aktiver und neuerungsfreudiger anderer Unternehmen weggesteuert wird (JG 75 Ziffer 318).

Nur dadurch, daß alles getan wird, durch Wettbewerbs- und Verbraucherpolitik die Entfaltung von Marktmacht auf Gütermärkten zu verhindern und die Ausübung bestehender Macht einzudämmen, wird die Lohnpolitik vor dem untauglichen Versuch bewahrt, die Verteilungswirkungen der Machtanwendung zu neutralisieren.

Ein Programm der wachstumspolitischen Vorsorge

55*. Nach unserer Status-quo-Prognose werden die ungenutzten Produktionsreserven weiter abnehmen. Sie werden zwar groß genug bleiben, auch einem kräftigeren Anstieg der Ausgaben Raum zu geben, ohne daß die Rückkehr zu einem stabilen Geldwert gefährdet sein müßte. Für die Rückkehr zu einem hohen Beschäftigungsstand kommt es aber auch darauf an, wofür die vorhandenen Produktionsreserven in Anspruch genommen werden. Sind es nicht vor allem die Investoren, die eine stärkere Nachfrage entfalten, als wir in unserer Prognose angenommen haben, so ist nicht auszuschließen, daß der Aufschwung nach 1977 an Kapazitätsgrenzen stößt, ohne daß die Arbeitslosigkeit bis dahin auch nur annähernd abgebaut ist.

56*. Die Wirtschaftspolitik sollte solchen Risiken mit einem Programm der wachstumspolitischen Vorsorge vorbeugen, das zwar weiterhin auf die Marktkräfte setzt, zugleich aber die Chance für einen nachhaltigen Investitionsanstieg vergrößert, der für 1977 die Nachfrage schafft, welche die vorhandenen Kapazitäten besser auslastet, und für die Jahre danach mehr Kapazitäten bereitstellt. Eine solche Politik muß vor allem darauf zielen, daß die Unternehmen in ihrem Investitionskalkül die Risiken niedriger einschätzen können als die Chancen, die eine zunehmende, wenngleich in der Struktur sich wandelnde Nachfrage ihnen bietet.

57*. Und so könnte das Programm und die Rollenverteilung in der Wirtschaftspolitik aussehen:

A. Die Geldpolitik sorgt für einen Finanzierungsspielraum, der bei sinkender Inflationsrate einen Zuwachs des realen Sozialprodukts von 6 vH möglich sein läßt. Das heißt konkret:

   — Die Bundesbank stellt 1977 im Jahresdurchschnitt 6½ vH mehr Zentralbankgeld zur Verfügung (mit Mehrwertsteuererhöhung 7 vH).

B. Die Währungspolitik bleibt bei beweglichen Wechselkursen gegenüber den Währungen außerhalb des europäischen Währungsverbunds. Sie strebt eine neue Grundlage für die Währungsbeziehungen in der Europäischen Gemeinschaft an, die der geldpolitischen Divergenz in Europa wirksame Grenzen zieht. Das heißt konkret:

   — Sie wirkt auf die Vereinbarung und Sicherung einer strengen Vorgabe für die Geldversorgung in der Gemeinschaft hin.

C. Die Finanzpolitik vermindert die expansiven Impulse der öffentlichen Haushalte. Zugleich setzt sie die Konsolidierung der Staatsfinanzen durch Maßnahmen auf der Einnahmenseite fort. Das heißt konkret:

   — Die Ausgaben im Gesamthaushalt aller Gebietskörperschaften werden 1977 um 5 vH auf 402 Mrd DM erhöht.

— Mit Wirkung vom 1. Juli 1977 wird der Regelsatz der Mehrwertsteuer von 11 vH auf 12 vH heraufgesetzt, der ermäßigte Satz von 5½ vH auf 6 vH. Dies führt 1977 zu Mehreinnahmen von 2½ Mrd DM.

D. Die Bundesregierung beschließt ein mittelfristig orientiertes Programm für Wachstum und Vollbeschäftigung, das die Ertragserwartungen der Investoren festigt, die Innovations- und Investitionsrisiken mindert und die Bereitschaft sowie die Fähigkeit der Arbeitnehmer zur Mobilität erhöht. Das heißt konkret:

— Es treten steuerliche Regelungen, wie Abschreibungserleichterungen in Kraft, die es den Investoren gestatten, die Steuerbelastung ihrer gegenwärtigen Erträge zu Lasten ihrer künftigen Erträge zu vermindern.

— Es wird in verstärktem Maße die betriebliche Forschung und Entwicklung gefördert, und zwar mehr als bisher auch in Klein- und Mittelbetrieben.

— Die Gründung neuer Unternehmen wird durch zinsgünstige Kredite verstärkt gefördert und durch Beseitigung institutioneller Hemmnisse erleichtert.

— Der Staat gewährt über das bereits beschlossene Arbeitsmarktprogramm hinaus Hilfen, durch die die regionale und berufliche Mobilität der Arbeitnehmer verbessert wird.

Für dieses Programm werden 3 Mrd DM bereitgestellt, wovon ein Drittel durch Kürzungen an anderer Stelle aufgebracht wird.

E. Die Sozialpolitik trifft Entscheidungen darüber, wie die gesetzliche Rentenversicherung mittelfristig wieder ins finanzielle Gleichgewicht gebracht werden soll; sie macht 1977 einen ersten Schritt in Richtung Konsolidierung. Das heißt konkret:

— Die Erhöhung der Renten zum 1. Juli 1977 wird nicht voll ausgezahlt, sondern ein Teil davon wird in Form eines Beitrags der Rentner zu ihrer Krankenversicherung einbehalten, oder es wird eine andere Maßnahme entsprechender finanzieller Wirkung getroffen. Die Rentenversicherung wird dadurch 1977 um 2½ Mrd DM entlastet.

F. Die Lohnpolitik kräftigt das Vertrauen, daß die Lohnentwicklung auf mittlere Sicht zu Vollbeschäftigung paßt. Sie sucht nach Wegen, die den Verteilungsproblemen Rechnung tragen, wie sie bei einer kräftigen Investitionskonjunktur auftreten können, die zwar noch nicht wahrscheinlich, aber erwünscht ist. Das heißt konkret:

— Die Tarifabschlüsse des Jahres 1977 halten den Kontakt mit denen dieses Jahres.

— Die Tarifparteien einigen sich darauf, daß ein Teil der vorgesehenen Einkommensverbesserungen nicht als Lohn ausgezahlt, sondern durch einen Anspruch der Arbeitnehmer ersetzt wird, der sich nach der Höhe der Gewinne richtet. Da die Arbeitnehmer den Unternehmen durch die Umwandlung von ertragsunabhängigem in einen teilweise ertragsabhängigen Lohn einen Teil des Verlustrisikos abnehmen, kann ihr Gewinnanspruch im Durchschnitt mehr erbringen, als sie sonst erhielten.

58*. Diese Politik ist nicht darauf gerichtet, kurzfristig und womöglich nur vorübergehend Nachfrage und Produktion zu stimulieren. Indem sie die wachstumspolitischen Rahmenbedingungen verbessert, soll sie vielmehr dazu beitragen, daß sich rascher eine Produktionsstruktur herausbildet, die auf Dauer Vollbeschäftigung verspricht. Dabei ist auch gewollt, daß sie der Volkswirtschaft schon 1977 eine zusätzliche Steigerung bei Produktion, Beschäftigung und Einkommen bringt. Um diese sichtbar zu machen, haben wir die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht nur unter den Bedingungen des wirtschaftspolitischen Status-quo, sondern auch unter den Bedingungen des Programms vorausgeschätzt.

59*. Alles in allem dürfte die Binnennachfrage unter diesen Umständen um fast 1 vH höher sein, als wir unter den Bedingungen unserer Status-quo-Prognose angenommen haben. Die Zunahme der inländischen Produktion wird nicht entsprechend groß sein, weil ein Teil der Mehrnachfrage ausländischen Anbietern zugute kommt. Zu erwarten ist auch, daß die vermehrte Binnennachfrage in einigen Bereichen die Kapazitäten auslastet und die Unternehmen weniger auf die Auslandsmärkte drängen. Das Sozialprodukt dürfte gleichwohl um 5 vH bis 5½ vH zunehmen. Die Anzahl der Arbeitslosen könnte am Jahresende noch einmal um etwa 100 000 niedriger sein, als unter den Bedingungen unserer Status-quo-Prognose zu erwarten ist.

Der Anstieg der Verbraucherpreise braucht nicht größer zu sein, als wir in unserer Prognose unterstellt haben, sieht man von der Mehrwertsteuererhöhung ab; einschließlich der zusätzlichen Verteuerung durch die Steuererhöhung werden die Verbraucherpreise um 4 vH bis 4½ vH höher sein als 1976.

60*. Ebenso wie unter Status-quo-Annahmen halten wir es auch unter den Bedingungen dieser Politik für möglich, daß der Aufschwung günstiger verläuft als hier gekennzeichnet. Auf der anderen Seite kann die hier zur Diskussion gestellte Strategie nicht nur die Chancen erhöhen, daß es besser kommt, als wir in unserer Status-quo-Prognose vorausgeschätzt haben, sondern sie kann auch das Risiko vermindern, daß es schlechter kommt. Sie ist um so dringlicher, je skeptischer man etwa hinsichtlich der Weltkonjunktur ist. Die Investitionsnachfrage muß dann frühzeitig an Kraft gewinnen, damit dämpfende Einflüsse aus dem Ausland leichter überwunden werden können. Es wäre jedoch illusorisch anzunehmen, die Wirtschaftspolitik könne die exportorientierte deutsche Wirtschaft völlig von Konjunktureinflüssen aus dem Ausland ab-

schirmen. Ebensowenig könnte sie eine dauerhaft unzureichende Nachfrage der privaten Investoren und Konsumenten überspielen. Schafft die Wirtschaftspolitik mit einer Strategie der wachstumspolitischen Vorsorge die Voraussetzungen für genügend Investitionen und bewahrt sie sich durch einen Vorrat an vergabereifen öffentlichen Investitionsprojekten konjunkturpolitischen Spielraum, dann tut sie genug.

Zu den Bereichen der Wirtschaftspolitik

61*. Im Prozeß der Stabilisierung seit dem Frühjahr 1973, durch den die Inflationsrate von zeitweise fast 8 vH auf heute unter 4 vH gedrückt werden konnte und durch den gute Chancen für weitere Schritte in dieser Richtung geschaffen wurden, hatte die Geldpolitik eine führende Rolle. Seit zwei Jahren ist sie eine Politik mit vorangekündigtem Mengenziel.

62*. Die Bundesbank wird ihr Geldmengenziel 1976 nicht voll verwirklichen. Daß sie dies im September als unvermeidlich eingestand, ohne deutlich sichtbare Versuche unternommen zu haben, nach Kräften gegenzuhalten, ist mehr als ein Schönheitsfehler. Das Kapital an Glaubwürdigkeit, das die Bundesbank aus den vergangenen Jahren mitbringt, wird allerdings von dem Verfehlen des Geldmengenziels 1976 nicht gleich aufgezehrt werden. Was die Grundlinie angeht, ist die Fähigkeit und der Wille der Bundesbank erwiesen, bei ihrem vorangekündigten Kurs zu bleiben. Immerhin: Der Spielraum für die weitere Expansion der Geldbasis im Jahre 1977 ist gleichsam teilweise schon genutzt.

63*. Wie in den beiden vergangenen Jahren sollte die Bundesbank den verbleibenden Spielraum quantitativ bezeichnen und damit der Geldpolitik eine Zielgröße für die Expansion der (bereinigten) Zentralbankgeldmenge im Jahre 1977 vorgeben. Nach dem Konzept einer stetigen, am gesamtwirtschaftlichen Produktionspotential orientierten Steuerung der Geldbasis dürfte unter Berücksichtigung der jüngsten Entwicklung die (bereinigte) Zentralbankgeldmenge im Durchschnitt des Jahres 1977 um etwa 6½ vH größer sein als im Durchschnitt des Jahres 1976 (eine allfällige Erhöhung der Mehrwertsteuer wäre zu berücksichtigen).

64*. Auch im Jahre 1977 könnte die Bundesbank vor dem Problem stehen, daß ihr bei gegebenen Konditionen für die Abgabe von Zentralbankgeld die monetäre Expansion davonläuft. Mit kräftiger werdendem Konjunkturaufschwung müßten die Reaktionen der Bundesbank dann aber robuster ausfallen. Eine monetäre Expansion entsprechend der genannten Zielgröße von 6½ vH beziehungsweise 7 vH für die Zunahme der Zentralbankgeldmenge reicht für die Finanzierung auch einer kräftigen Produktionsausweitung völlig aus. Und die Bundesbank dürfte mit eindämmenden Maßnahmen nicht mehr lange warten, falls etwa die Abweichung vom geplanten Pfad noch größer werden sollte. Ein verspäteter Kurswechsel müßte nur neue Unstetigkeit in die Ausweitung des monetären Rahmens bringen, deren ungünstige Folgen sehr schwer zu kalkulieren sind.

65*. Die Unterschiede zwischen den Inflationsraten in der Welt werden weiterhin groß sein. Das gilt selbst dann, wenn es in einer Reihe von Ländern, die ihre Stabilisierungsanstrengungen verstärken, zu Erfolgen kommt. Zu Unterschieden in der Inflationsrate gehören Veränderungen der Wechselkurse, mögen auch eine Zeitlang andere Faktoren das Geschehen am Devisenmarkt dominieren.

66*. Da außer der Schweiz kein Land eine niedrigere Inflationsrate aufweist und 1977 aufweisen wird als die Bundesrepublik, ist eine weitere Höherbewertung der Mark im Prinzip programmiert. Um wieviel läßt sich allerdings kaum vorhersagen. Großes Vertrauen in die wirtschaftliche Stabilität dieses Landes kann den Kurs der Mark deutlich über das hinaustreiben, was von der Preis- und Kostenentwicklung der Bundesrepublik verglichen mit dem Ausland wettbewerbsneutral wäre, Käufe und Verkäufe der Bundesbank an den Devisenmärkten können allenfalls glättend wirken. Aufhalten könnte sie eine kraftvolle Tendenz dieser Art kaum.

67*. Immerhin: Daß es trotz zeitweise überaus starker Bewegungen beim Kurs für die Mark dauerhafte Probleme hinsichtlich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen nicht gegeben hat, sollten diejenigen sehen, die angesichts der erneuten Aufwertungstendenzen sich Sorgen machen (Ziffern 406 ff.).

Einkommenspolitik

68*. Daß das stabilitätspolitische Augenmaß, das die Tarifpartner in diesem wie im vergangenen Jahr bei der Lohnfindung bewiesen haben, sich bisher nicht auch in verbesserten Beschäftigungschancen ausgewirkt hat, weil die Investitionstätigkeit verhalten blieb, ist noch kein Grund für die Annahme, daß es vergebens gewesen wäre. Auch in den kühnsten Konjunkturprognosen des Jahres 1975 ist nicht angenommen worden, daß der Aufschwung die Vollbeschäftigung schnell und vollständig wieder herbeiführen würde. Zu dem normalen Zeitbedarf des Abbaus der Arbeitslosigkeit traten diesmal erschwerende Umstände noch hinzu.

Gesamtwirtschaftlich ist entscheidend, daß sich das Vertrauen in eine Lohnpolitik weiter festigen kann, die in den Erwartungen der Unternehmer Spielraum für ertragreiche, die Beschäftigungschancen verbessernde Investitionen läßt. Die Bedingungen dafür sind gut. Wir sehen keinen Anhaltspunkt für die Erwartung, es könnte 1977 zu Abschlüssen kommen, die eine weitere Verbesserung der Erträge ausschließen.

69*. Auf der anderen Seite braucht auch die Erwartung der Arbeitnehmer auf einen weiteren An-

stieg der realen Einkommen nicht enttäuscht werden. Bei weiter sinkender Preissteigerungsrate wird das schon dann der Fall sein, wenn die nominalen Lohnerhöhungen sich in der Nachbarschaft der für 1976 typischen Tarifabschlüsse halten. Es besteht daher kein Anlaß, in der lohnpolitischen Diskussion, die den Rahmen für die kommende Lohnrunde setzt, den Anschluß an die Lohnsteigerungsraten des Jahres 1976 aufzugeben. Ein Drängen auf einen wesentlich beschleunigten Anstieg der Nominallöhne könnte von der Befürchtung ausgehen, andernfalls würde es zu einer unangemessenen Steigerung der Gewinne kommen. Dies mag verständlich erscheinen. Doch für die Arbeitnehmer kommt es vor allem auf den Lohn an, und zwar real und für möglichst viele. Leicht wird übersehen, daß weder das Ausmaß der Preissteigerungen im Jahre 1977, das den Reallohn mitbestimmt, noch die Verbesserung der Beschäftigungslage schon festliegen. Auf beides hat die Tarifpolitik Einfluß. Daß die Zunahme der Gewinneinkommen sich in angemessenen Grenzen hält, hängt von den Bedingungen ab, die dafür sorgen sollen, daß die Inflationsrate weiter zurückgeht. Daß solche Bedingungen auch 1977 gegeben sind, halten wir für ausreichend wahrscheinlich, wenn die Geldpolitik einen konsequent auf Fortgang des Stabilisierungsprozesses ausgerichteten Kurs beibehält. Auch die Entwicklung des Wechselkurses sorgt für Wettbewerb und trägt dazu bei, daß bei der Entwicklung der Gewinne die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Insoweit gleicht die Situation im lohnpolitischen Verteilungskampf nicht der in früheren Jahren, als die Wechselkurse noch unbeweglich waren.

70*. Was die lohnpolitischen Rahmenbedingungen heute am stärksten von denen der 60er und frühen 70er Jahre unterscheidet, ist die Politik der stetigen und kalkulierbaren Geldmengensteuerung. War es in Zeiten einer sich beschleunigenden Inflation zwar dem Gemeinwohl abträglich, aber doch aus den Eigeninteressen verständlich, daß alle der erwarteten Preissteigerung vorauszueilen suchten, so liegt es nun sowohl im gemeinsamen Interesse als auch im eigenen Vorteil, darauf zu setzen, daß für die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben ausreichend, aber nicht zuviel Geld bereitgestellt wird.

71*. In letzter Zeit ist eine Tendenz verstärkt sichtbar geworden, die Einkommen in der unteren Hälfte der Lohnpyramide durch einen Sockelbetrag überdurchschnittlich anzuheben. Diese Tendenz kann die Lohnpolitik zweifach in Widerspruch zur Arbeitsmarktpolitik bringen: wenn sie die Unterschiede im Entgelt für unterschiedlich qualifizierte Tätigkeiten soweit einebnet, daß der Anreiz zum Erwerb höherer Qualifikation wesentlich vermindert wird, und wenn durch Anhebung von Mindestlöhnen in schnellerem Tempo Arbeitsplätze unrentabel werden, als durch Ausbildung und Fortbildung das Angebot an minderqualifizierten Arbeitskräften geringer wird. Die Lohnpolitik sollte daher den Kontakt zur Arbeitsmarktpolitik nicht verlieren, die einen großen und besonders wichtigen Teil ihrer Maßnahmen dazu einsetzt, die geringen Beschäftigungschancen minderqualifizierter Arbeitskräfte durch Erhöhung der Qualifikation zu verbessern. Eine solche Politik sollte auch nicht von den Einkommensregelungen für den öffentlichen Dienst behindert werden; hier ist wegen des geringeren Arbeitsplatzrisikos die Gefahr besonders groß, daß solche Gesichtspunkte vernachlässigt und damit falsche Beispiele gesetzt werden (Ziffern 420 ff.).

Zu Gewinnbeteiligung und Vermögensbildung

72*. Investieren ist riskant. Nur deshalb sind Gewinne aus Eigenkapital gerechtfertigt, die über den üblichen Zinsertrag von Fremdkapital hinausgehen. Wird die Basis für die Übernahme von Risiko verbreitert, so ist die Aussicht, daß mehr investiert wird, gut. Wer in Form von Aktien, Beteiligungen und anderen Eigenkapitaltiteln spart, trägt zur Verbreiterung dieser Basis bei. Er ist damit auch gleichzeitig am Gewinn beteiligt. Dieser konventionelle Weg steht allen offen.

73*. Die Arbeitnehmer können sich auch noch auf andere Weise am Gewinn beteiligen, wenn sie dies mit den Arbeitgebern im Tarifvertrag vereinbaren (Ziffern 362 ff.). Die notwendige Bedingung dafür, daß diese Beteiligung die Investitionsneigung nicht vermindert, sondern eher erhöht, besteht darin, daß ein Teil des Lohns der Arbeitnehmer nach vorher mehr oder weniger festgelegten Regeln unter den Vorbehalt der Gewinnerzielung in der Branche oder auch in einzelnen Unternehmen gestellt wird. Da die aufsummierten Gewinne ganzer Branchen in den meisten Jahren positiv sind, würde die Übernahme von Risiko durch die Arbeitnehmer auch meist mit einem Mehr an Einkommen honoriert. Die Unternehmer hätten eine breitere Basis für das mit Investitionen verbundene Risiko.

74*. Von derartigen Vereinbarungen ist man heute vielleicht weniger weit entfernt als noch vor wenigen Jahren. Es sollte jedoch nicht verkannt werden, daß die Grundvorstellungen der Gewerkschaften und der Unternehmensverbände noch weit auseinanderklaffen.

75*. Aussichten, bei beiden Tarifvertragsparteien auf Zustimmung zu stoßen, haben möglicherweise die im Bundeswirtschaftsministerium angestellten Überlegungen, die Einkommensverhandlungen in zwei Phasen aufzuspalten. In der ersten Phase sollen die Löhne auf der Grundlage eher vorsichtiger Vorausschätzungen der wirtschaftlichen Entwicklung ausgehandelt werden. In der zweiten Phase wäre dann anhand der Ist-Ergebnisse über vermögenswirksame Leistungen zu verhandeln, die sowohl einen Ausgleich für eventuell zu niedrige Abschlüsse in der ersten Phase bringen als auch für eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Vermögenszuwachs sorgen sollen.

76*. Eine Zweiteilung der Tarifverhandlungen dieser Art kann die Lohnfindung erleichtern, gleich-

wohl wegen der nachträglichen Gewinnausschüttung zu im Durchschnitt höheren Gesamteinkommen der Arbeitnehmer führen und doch das Risiko der Unternehmer vermindern und ihre Investitionsbereitschaft stärken. Zweifel sind jedoch angebracht. Zwar wird der Gewinn im Zeitablauf nivelliert. Wenn aber Jahr für Jahr der volle Gewinn ex post zur Disposition steht und die Arbeitnehmer hohe Gewinnanteile für sich durchsetzen, wird der Wert einer Beteiligung am Risiko, die in gewinnschwachen Jahren oder in Jahren mit Verlust zum Tragen kommt, erheblich geschmälert. Das kann die gesamtwirtschaftliche Funktion der Gewinne in Frage stellen.

77*. Dieser Mangel ließe sich dadurch beheben, daß schon im vorhinein von den Tarifvertragsparteien ausgehandelt wird, wie hoch der Anteil der Arbeitnehmer an den noch unbekannten Gewinnen jeweils sein soll. In diesem Fall würde, insbesondere wenn derartige Beteiligungsregeln für mehrere Jahre in Kraft gesetzt werden und nur unter vorweg festgelegten Bedingungen revidiert werden dürfen, ein erhebliches Moment der Unsicherheit beseitigt und das Vertrauen der Unternehmer in eine mittelfristig stetige Entwicklung der Löhne gestärkt. Kommen dann Abschlüsse sowohl über die Tariflohnanhebung als auch — im voraus — über das Ausmaß der Gewinnbeteiligung zustande, bei denen die Minderung der Gewinnchance für die Unternehmer durch die Minderung der Verlustgefahr aufgewogen wird, dann dürfte damit auch die Investitionsneigung gefördert werden.

78*. Bei der Einführung eines solchen zweigeteilten Systems müßte eine Vereinbarung darüber getroffen werden, wie der Gewinn in Abhängigkeit von seiner Höhe nachträglich aufgeteilt werden soll. Ebenfalls bei der Einführung wäre ein einmaliger Abschlag von der Lohnsteigerungsrate vorzunehmen, die ohne Gewinnbeteiligung ausgehandelt worden wäre. Dies ist nötig, weil ein Teil des Lohns — in Wirklichkeit nur ein Teil des sonst möglichen Lohnanstiegs — unter den Vorbehalt der Gewinnerzielung gestellt werden muß, da andernfalls keine Beteiligung am Risiko gegeben wäre, die das Äquivalent für die Gewinnbeteiligung ist. Die Abschlußzahlung könnte um so höher sein, je höher der Gewinn ist.

79*. Eine solche Zweiteilung von Tarifverhandlungen, bei denen gesonderte Tarifverträge über den Tariflohnanstieg für die Dauer des jeweiligen Tarifvertrages und über die Regeln, nach denen die Arbeitnehmer am nachträglich ermittelten Gewinn des jeweils nächsten Jahres beteiligt werden, hat gegenüber der herkömmlichen Praxis von Tarifverträgen eine Reihe von Vorzügen:

— Die Unternehmen werden bei ihren Investitionsentscheidungen von einem wesentlichen Unsicherheitsmoment befreit, weil die Entwicklung der Kosten für die Beschäftigten weniger Risiken enthält; das erhöht die Investitionsbereitschaft.

— Die Arbeitnehmer erhalten ein Einkommen, das sich aus Tariflohn und Abschlußzahlung zusammensetzt und in der Regel höher ist als das, was sie ohne Gewinnbeteiligung erhielten; das verbessert die Verteilung zugunsten der Arbeitnehmer.

— Die Einkommen der Arbeitnehmer sind stärker vom Branchengewinn abhängig. Dadurch wird ein Teil des Arbeitsplatzrisikos in Einkommensrisiko transformiert; das verbessert die Beschäftigungslage.

80*. Erwünscht wäre ohne Zweifel, daß die aus einer Gewinnbeteiligung fließenden Beträge für zusätzliche Investitionen zur Verfügung stehen. Je mehr davon in der Form von Eigenkapital angelegt wird, desto besser für die Investitionsbereitschaft angesichts der knappen Eigenkapitaldecke eines Großteils der deutschen Unternehmen. Diese erwünschte Entwicklung würde gefördert, wenn für die im Zusammenhang mit der Gewinnbeteiligung erbrachten vermögenswirksamen Leistungen der Rahmen des 624 DM-Gesetzes stärker genutzt würde. Da der Rahmen des 624 DM-Gesetzes in manchen Branchen schon in erheblichem Maße ausgeschöpft ist, wird erwogen, den steuerfreien Höchstbetrag um 50 vH aufzustocken. Würden Möglichkeiten gefunden, die staatlichen Aufwendungen für die Sparförderung im ganzen nicht zu erhöhen, so würde eine solche Aufstockung nicht in Widerspruch zur notwendigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte stehen. Ebenso ist in der Diskussion, den Katalog der Anlagemöglichkeiten im Rahmen dieses Gesetzes um zusätzliche Beteiligungsformen, wie stille Beteiligung und Aktien von anderen Gesellschaften, aber auch GmbH- und KG-Beteiligungen, bei denen allerdings bisher die Bewertungsprobleme noch nicht hinreichend gelöst zu sein scheinen, zu erweitern. Das würde, wenn es geschieht, der verstärkten Bildung von Eigenkapital dienen.

Zur Rentenversicherung

81*. Die kritische Lage der Rentenversicherung hat sich 1976 weiter zugespitzt. Das Defizit beträgt rund 8 Mrd DM. Werden die Renten auch im nächsten Jahr entsprechend dem Rhythmus der vergangenen Jahre angepaßt und werden keine Sanierungsmaßnahmen ergriffen, so erreicht das Defizit 1977 eine Größenordnung von 15 Mrd DM. Die gesetzliche Rücklage der Rentenversicherung — sie beträgt drei Monatsausgaben — wird dann etwa Ende 1977 unterschritten. Daß das Defizit mittelfristig von selbst zurückgeht, scheint bei weiterer Stabilisierung des Geldwerts und bei Lohnsteigerungsraten, die dies berücksichtigen, ausgeschlossen zu sein. Eine Sanierung ist also dringend notwendig. Mehrere Maßnahmen stehen zur Diskussion (Ziffern 432 ff.).

82*. Einer Erhöhung der Beitragssätze zur Rentenversicherung stehen gewichtige Bedenken entge-

gen. Die Belastung der privaten Haushalte und der Unternehmen mit Steuern und Sozialabgaben ist bereits so hoch, daß bei zusätzlichen Belastungen mit stabilitätsgefährdenden Abwehrreaktionen der Betroffenen gerechnet werden muß, zumal wenn außerdem die Mehrwertsteuer erhöht werden soll.

83*. Die Begrenzung des Beitrags der Rentenversicherung zur Deckung der Aufwendungen für die Krankenversorgung der Rentner auf 11 vH der Rentenausgaben würde die Beitragszahler der Krankenversicherung nicht nur jetzt, sondern zukünftig vermutlich noch zunehmend belasten. Auf die Dauer ist es wohl nicht der einen Solidargemeinschaft — den Krankenversicherten — zuzumuten, daß sie die andere — die Rentenversicherten — sogar zunehmend subventioniert. Dem Argument, eine Beitragserhöhung der Krankenversicherung könnte vermieden werden, wenn die Krankenversicherung entsprechend Ausgaben einsparte, ohne die Leistungen zu vermindern, kann sich der Sachverständigenrat nicht anschließen.

84*. Als Sofortmaßnahmen blieben noch zu erwägen,

— die Rentenanpassung um ein halbes Jahr hinauszuschieben, und

— einen Krankenversicherungsbeitrag der Rentner, etwa in Höhe von 5 vH der Renten, einzuführen.

Jede der Maßnahmen für sich genommen und auf ein volles Jahr gerechnet, würde die Rentenversicherung um etwa 5 Mrd DM entlasten.

85*. Beide Maßnahmen gleichzeitig etwa zum 1. Juli 1977 einzuführen, muß wohl außer Betracht bleiben, weil damit per Saldo eine Senkung der verfügbaren Renteneinkommen um 5 vH für die zweite Hälfte des Jahres 1977 verbunden wäre.

Eine der Maßnahmen muß aber 1977 ergriffen werden, wenn die Rentenversicherung 1978 nicht vor demselben Problem stehen soll wie gegenwärtig. Nur wenn die eine Maßnahme ergriffen wird, kann 1978 die zweite folgen. Für 1977 bleibt auch dann, wenn die Rentenanpassung verzögert oder ein Krankenversicherungsbeitrag der Rentner eingeführt wird, noch ein erhebliches Defizit bei der Rentenversicherung (rund 10 Mrd DM beziehungsweise 12½ Mrd DM). Ein solches Defizit stellt die Rentenversicherung vor schwerwiegende Finanzierungsprobleme.

86*. Selbst wenn beide Maßnahmen in zwei Schritten 1977 und 1978 ergriffen werden, ist die Konsolidierung der Rentenversicherung nicht abschließend gelöst. Dazu bedarf es weiterer Maßnahmen. Bevor aber Beitragserhöhungen vorgenommen werden, sollten die zahlreichen schon seit längerem diskutierten Möglichkeiten gründlich überprüft werden. Dabei wäre zu bedenken, daß schließlich die Qualität des Rentenversicherungssystems und überhaupt der Rahmenbedingungen, die für die Altersvorsorge auf der Aufbringungs- und auf der Leistungsseite von Bedeutung sind, nicht ausschließlich an der globalen Finanzierbarkeit zu messen ist, wenn diese gegenwärtig auch im Vordergrund der Diskussion steht.

Finanzpolitik

87*. Die wichtigste Aufgabe der Finanzpolitik in den nächsten Jahren ist die Fortsetzung der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Die Defizite müssen auf ein normales Maß zurückgeführt werden, damit das noch immer bestehende Mißtrauen gegenüber der Schuldenpolitik des Staates weiter abgebaut, der Kapitalmarkt entlastet wird und der Staat Handlungsspielraum zurückgewinnt.

Steigende Zinsen infolge verschärfter Konkurrenz zwischen staatlicher und privater Kreditnachfrage würden die Zunahme der Investitionsneigung abbremsen; zudem könnte erneut Mißtrauen entstehen, daß der Staat nun doch nicht mit seiner Konsolidierungsaufgabe zurechtkommt, ein Mißtrauen, das insbesondere 1975 die Investitionsneigung erheblich beeinträchtigt hat.

Zwar ist 1976 die Konsolidierung ein gutes Stück vorangekommen, aber die Aufgabe ist keineswegs bewältigt. Vor allem steht noch die Entscheidung über die Mehrwertsteuererhöhung aus. Das verbreitet Unsicherheit unter den potentiell von der Steuererhöhung Betroffenen, aber auch Ungewißheit darüber, ob die Konsolidierung in ausreichendem Maße gelingen wird.

Von der Entscheidung über die Mehrwertsteuer hängt es nicht unerheblich ab, wie stark der Ausgabenzuwachs in den nächsten zwei Jahren gedrosselt werden muß, damit die Konsolidierungsaufgabe erfüllt werden kann. Die Einschränkung des Ausgabenanstiegs ist freilich nur die quantitative Seite des Problems. Sollen die Ausgaben nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft im Zaum gehalten werden, soll also kein Stau von mittelfristig nicht aufschiebbaren staatlichen Aufgaben entstehen, muß die Ausgabenseite umstrukturiert werden. Diese wohl noch schwierigere qualitative Seite des Konsolidierungsproblems scheint bei der Kürzung der Ausgabenwünsche viel zu wenig berücksichtigt worden zu sein.

88*. Der Mangel an Investitionen und Arbeitsplätzen läßt es nicht zu, daß der Staat einfach Ausgaben kürzt, wo er kann, und dabei womöglich gerade jene Ausgaben beschneidet, die komplementär zu privaten Investitionen sind, die wichtige Vorleistungen für private Investitionen darstellen, die private Investitionen anregen, oder solche Ausgaben, die direkt Arbeitsplätze schaffen oder die es leichter machen, einen Arbeitsplatz zu finden. Auf diese aber kommt es gerade an.

89*. Die Devise „Konsolidierung und wachstumspolitische Vorsorge" scheint der Finanzpolitik auf den ersten Blick widersprüchliche Aufgaben zu stellen. Bei näherem Zusehen zeigt sich indessen, daß sie gleichzeitig gelöst werden können.

Geht man davon aus, daß die Mehrwertsteuer zum 1. Juli 1977 um einen Prozentpunkt im Regelsatz und um einen halben Prozentpunkt im ermäßigten Satz erhöht wird, dann steht für 1977 und für 1978 ein Spielraum für einen Ausgabenanstieg von 5 vH beziehungsweise 4 vH zur Verfügung, wenn das Haushaltsvolumen 1978 wieder konjunkturneutral sein soll. Für diese Lösung spricht, daß dabei das öffentliche Geld knapp bleibt, der Staat also weiterhin gezwungen ist, rationell zu wirtschaften. Andererseits wird durch die Anhebung der Mehrwertsteuer der finanzielle Spielraum des Staates etwas erweitert und so die Revision der Ausgabenstruktur erleichtert.

90*. Grundsätzlich wäre es wünschenswert, wenn der zusätzliche Finanzierungsbedarf, der sich aus den wachstumspolitisch begründeten Maßnahmen ergibt, dadurch gedeckt werden könnte, daß bei anderen öffentlichen Ausgaben, die unter wachstumspolitischem Gesichtspunkt weniger dringlich erscheinen, entsprechende Kürzungen vorgenommen würden. Wir erwarten indessen nicht, daß es kurzfristig möglich sein wird, eine Kürzung der Ausgaben an anderen Stellen in diesem Ausmaß vorzunehmen; wir halten es jedoch sehr wohl für möglich und realistisch, zumindest ein Drittel des zusätzlichen Finanzierungsbedarfs durch Einsparungen bei weniger dringlichen Aufgaben aufzubringen (Ziffern 338 ff.).

Marktpolitik

91*. Die Aufgabe, durch eine wirksame Marktpolitik die Stabilisierungspolitik zu unterstützen, ist trotz der Weiterentwicklung des Wettbewerbs- und Verbraucherrechts dringlich geblieben. Zur Rückgewinnung von Vollbeschäftigung bei Preisstabilität kommt viel darauf an, daß weiterbestehende Mängel des marktmachteindämmenden Regelwerks nicht dazu Anlaß geben, Marktmacht mit untauglichen Mitteln zu bekämpfen, sondern daß durch marktpolitische Maßnahmen dafür gesorgt wird, daß der Marktzutritt frei bleibt, der Wettbewerb nicht beschränkt wird und die Nachfrager in der Lage sind, ihr Interesse wirksam geltend zu machen. Drei Aufgaben stellen sich: Marktmacht muß, vor allem durch Weiterentwicklung der Fusionskontrolle, energischer bekämpft werden; soweit sie dennoch entsteht oder bestehen bleibt, muß einer mißbräuchlichen Ausübung wirksamer begegnet werden; und schließlich muß der von Kontrollinstanzen und von den Verbrauchern ausgeübte Preiswiderstand gefördert werden (Ziffern 380 ff.).

Agrarpolitik

92*. Den Fehlentwicklungen in der europäischen Agrarpolitik, die sich in wachsenden Überschüssen, zunehmender Belastung der Verbraucher, einer Verdrängung ausländischer Anbieter von traditionellen Märkten, in stark steigenden Finanzierungslasten und in einem abnehmendem Tempo des strukturellen Anpassungsprozesses der Landwirtschaft äußern, muß entgegengewirkt werden (Ziffern 45 ff.). Rationale Entscheidungen werden aber dadurch erschwert, daß um Einzelinteressen von oftmals geringer Bedeutung gefeilscht und gerungen wird, als seien es Lebensfragen der Nation. Sie gewinnen dadurch politisch ein Gewicht, das gesamtwirtschaftliche Kosten-Nutzen-Überlegungen in den Hintergrund drängt.

Vieles spricht dafür, die gemeinsame Agrarpolitik von Grund auf zu reformieren; an Vorschlägen mangelt es nicht. Die von der Bundesregierung geforderte Bestandsaufnahme der gemeinsamen Agrarpolitik im letzten Jahr hat indes gezeigt, daß eine solche grundlegende Reform auf EG-Ebene gegenwärtig politisch nicht durchzusetzen ist. Wenn aber die Agrarpreispolitik weiterhin Kern der europäischen Agrarpolitik sein soll, dann ist unabdingbar, daß sie stärker auf mittelfristige Zielsetzungen ausgerichtet wird.

93*. Die Agrarpolitik muß darauf verpflichtet werden, mittelfristige Marktgleichgewichte herzustellen. Bei der Abschätzung der Gleichgewichtslagen auf den Einzelmärkten muß den handelspolitischen Interessen von Drittländern mehr Raum gegeben werden. Handelspolitische und außenpolitische Rücksichten erfordern darüber hinaus, daß die Europäische Gemeinschaft die Weltagrarmärkte weniger intensiv als Puffer zum Ausgleich von Störungen auf den eigenen Agrarmärkten nutzt und auch ihre Außenhandelspolitik mit Agrargütern stärker mittelfristig ausrichtet.

94*. Anerkannt ist, daß die mittelfristigen Einkommenschancen der Landwirte in entscheidendem Maße davon abhängen, auf wieviel Erwerbstätige sich die zukünftige Nachfrage nach Agrarerzeugnissen aufteilt; je mehr Personen aus der Landwirtschaft ausscheiden, desto besser sind die Einkommenschancen für die, die bleiben. Denn bei geringem Bevölkerungswachstum in der Europäischen Gemeinschaft steigt die Nachfrage nach Agrarerzeugnissen nur verhalten. Dem muß in der Einkommenszielsetzung der Agrarpolitik stärker Rechnung getragen werden. Eine Politik, die durch Erhaltungssubventionen den strukturellen Anpassungsprozeß der Landwirtschaft zu verzögern sucht, läuft letztlich den einkommenspolitischen Zielen zuwider und ist auf die Dauer gesehen nicht zu finanzieren. Verstärkt wird der Zwang zur Anpassung überdies durch den raschen technischen Wandel in der Landwirtschaft mit seinen produktionssteigernden Wirkungen.

Der strukturelle Anpassungsprozeß der Landwirtschaft sollte durch die Agrarpolitik nicht behindert, sondern gefördert werden. Die Einkommenspolitik muß unangemessene Härten dieses Anpassungsprozesses abfangen. Orientierungsgröße für die soziale Lage kann dabei nur das Einkommen von Personen, nicht die Entlohnung einzelner Produktionsfaktoren sein, und zwar das Nettoeinkommen, da den Landwirten eine Reihe von Vergünstigungen im Bereich der staatlichen Umverteilungsmaßnahmen — vor allem im steuerlichen Bereich — eingeräumt sind.

95*. Anhebungen der Marktordnungspreise in dem Ausmaß vergangener Jahre sind mit diesen Zielsetzungen nicht zu vereinen. Widerstand gegen überzogene Preisforderungen dient dem Stabilisierungsprozeß, dem Abbau struktureller Überschüsse, dem strukturellen Anpassungsprozeß der Landwirtschaft und damit mittelfristig auch den Einkommenschancen der Landwirte selbst.

Forderungen einzelner Länder auf Preisanhebungen sollten bei den nächsten Preisverhandlungen zunächst daraufhin überprüft werden, inwieweit sie durch Abbau eines negativen Grenzausgleichs erfüllt werden können. Sollte die Bundesregierung eine Anhebung der Marktordnungspreise auf EG-Ebene nicht verhindern können, so müßte sie durch eine entsprechende Senkung des Grenzausgleichs ein Durchschlagen der Preisbeschlüsse auf die Marktordnungspreise in D-Mark abfangen. Die für die Landwirte günstige Einkommensentwicklung im Wirtschaftsjahr 1975/76 dürfte eine solche Entscheidung erleichtern. Einkommenseinbußen aufgrund der Dürreschäden in einigen Regionen können kein Argument für allgemeine Preisanhebungen sein (Ziffern 454 ff.).

Geldpolitik in Europa

96*. Die Bemühungen um ein weiteres wirtschaftliches und währungspolitisches Zusammenwachsen in Europa haben in den letzten Jahren zahlreiche Rückschläge erlitten. Der Traum von einer alsbald zu schaffenden Währungsunion, die für ein inzwischen sehr eng verflochtenes Wirtschaftsgebiet wie das der Europäischen Gemeinschaft ein durchaus sinnvolles und erstrebenswertes Ziel darstellt, ist verflogen. Ernüchterung hinsichtlich des währungspolitisch Machbaren breitet sich aus, aber auch eine zunehmende Besorgnis, die sich steigernden Währungsunruhen, ein Rückfall in nationalstaatliche Praktiken und währungspolitische Alleingänge einzelner oder mehrerer Partnerstaaten könnten das Fundament der Wirtschaftsgemeinschaft letztlich zum Einsturz bringen und das inzwischen Erreichte, vor allem die Zollunion, ernsthaft in Frage stellen.

97*. Der Inflationsstoß der vergangenen Jahre und seine Folgen haben sichtbar gemacht, daß durch eine permanente und sich laufend beschleunigende Geldentwertung nur vorübergehend — solange die Geldillusion noch groß ist —, nicht aber auf Dauer ein höheres Beschäftigungsniveau in einer Volkswirtschaft erreicht werden kann. Sehr rasch, so hat sich überall gezeigt, bleibt die belebende Wirkung aus, die die Injektion zusätzlichen Geldes zunächst auszulösen vermag. Ja, die Inflation erweist sich schließlich als Investitionsrisiko und gefährdet Wachstum und Beschäftigung. Infolgedessen hat in den Ländern Europas die Bereitschaft zugenommen, die Geldversorgung, die als die Quelle jeden Inflationsprozesses anzusehen ist, so zu regulieren, daß ein höheres Maß an Stabilität als in den vergangenen Jahren verwirklicht werden kann. Auch gewinnt die Einsicht an Boden, wenngleich noch nicht genug, daß es dazu, in welcher Form auch immer, einer unabhängigen Geldpolitik bedarf — derart, daß alle, die private Wirtschaft nicht nur, sondern auch der Staat als Fiskus, den von der Geldpolitik vorgegebenen Handlungsspielraum zu respektieren, sich an ihm anzupassen haben. Soll mehr Stabilität erreicht werden, dürfen sie ihn nicht einfach ignorieren können, um nachher die Korrektur der durch ihre Mißachtung der geldpolitischen Rahmenbedingungen entstandenen, wirtschaftlich und sozial nicht erwünschten Zustände zu erzwingen (Ziffern 469 ff.).

98*. Es bietet sich als neues Grundprinzip an, die multilaterale Solidarhilfe der Partner, auch die in Form der Interventionsverpflichtungen im Rahmen des Währungsverbundes, unter den Vorbehalt zu stellen, daß alle Länder Abstriche an der Autonomie der nationalen Geldpolitik machen und gemeinsam festgelegte geldpolitische Zielgrößen einhalten.

Die Nichteinhaltung geldpolitischer Verabredungen wäre also zu verbinden mit einer automatischen Sanktion, die in dem Verlust des Anspruchs auf Solidarhilfe der Partner besteht. Verabredungen ohne Sanktionen reichen nicht aus. Und auf die frühzeitige Sanktion kommt es an, damit Illusionen hinsichtlich der Dauerfolgen einer nachgiebigen Geldpolitik nicht länger eine Chance haben. Die Objektivierung der Geldversorgung ist der Zwang, Problemlösungen rechtzeitiger zu finden. Deshalb gilt allemal, daß ein neuer Beginn in Europa, der wieder zu einem echten Zusammenhalt der Partner führen soll, bei der Geldpolitik anzusetzen hat.

99*. Die Probleme, die für eine Harmonisierung der Geldpolitik in Europa vordringlich gelöst werden müssen, betreffen somit

— zum einen die Abstimmung der monetären Zielgröße bei grundsätzlicher Autonomie der einzelnen Länder im instrumentellen Bereich,

— zum anderen die Gestaltung des währungspolitischen Rahmens, der für die Verwirklichung realistischer monetärer Zielvorstellungen zweckmäßig ist,

— zum dritten die Vervollständigung der Spielregeln in Form von Sanktionen, die gelten sollen, wenn ein verabredetes geldpolitisches Ziel nicht eingehalten wird.

100*. Nach eingehender Erörterung dieser Probleme kommt der Sachverständigenrat zu dem Schluß, daß weder die instrumentellen noch die institutionellen Unterschiede ausreichen, den europäischen Ländern eine Begründung dafür zu liefern, eine konsequente, mittelfristig stetige Geldmengensteuerung ließe sich nicht alsbald realisieren.

Es läßt sich auch zeigen, daß trotz aller Schwierigkeiten der Ausgangssituation auch die währungspolitischen Probleme einen gemeinsamen Versuch nicht ausschließen, die Versorgung mit Geld dem Plebiszit des Tages zu entziehen (Ziffern 475 ff.).

Weltwirtschaftliche Verteilungsprobleme

101*. Zu den ungelösten Problemen, die den weltweiten Aufschwung belasten, gehört auch, daß die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den Industrieländern und den OPEC-Staaten einerseits und den Entwicklungsländern andererseits noch nicht dauerhaft gemindert werden konnten (Ziffern 19 ff.). Die nahe gerückten Grenzen der Verschuldungsfähigkeit bestärkten die rohstoffexportierenden Länder in ihrer in den letzten Jahren erkennbar gewordenen Neigung, nicht mehr so sehr das Verlangen nach einem größeren Kapitalzufluß als vielmehr wieder die Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung obenanzustellen. Den entscheidenden Ansatzpunkt, eine bessere Einkommensverteilung zu erreichen und gleichzeitig die Unabhängigkeit von den „Geberländern" zu erhöhen, sehen sie nun schon seit mehreren Jahren in der Errichtung eines zentralen internationalen Interventionsfonds, der die Rohstoffpreise stabilisieren und darüber hinaus an die Entwicklung der Fertigwarenpreise koppeln soll. Auf der IV. Welthandelskonferenz der Vereinten Nationen, die im Mai 1976 in Nairobi stattfand, wurden all diese Forderungen präsentiert.

102*. Die Industrieländer hatten dieser Tendenz lange genug selbst Vorschub geleistet, indem sie aus falsch verstandenem Eigeninteresse eine Integration der Entwicklungsländer in den Welthandel durch protektionistische Schranken behinderten. Mitunter mußte es so scheinen, als ob die Industrieländer mit komplizierten Einfuhrbestimmungen und mit Mengenbeschränkungen erste Wettbewerbserfolge der Entwicklungsländer am Weltmarkt verhindern wollten.

103*. Die Länder der Europäischen Gemeinschaft haben durch das im Februar 1975 mit sechsundvierzig afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten geschlossene „Abkommen von Lomé" endlich einen besseren Weg beschritten. Das Abkommen sieht neben Finanzhilfen und Erleichterungen für die Einfuhr aus diesen Ländern auch die Stabilisierung der Erlöse für eine Reihe wichtiger Exportgüter aus Mitteln des Entwicklungsfonds der EG vor. Mit diesem Ansatz stellt das Abkommen von Lomé der Forderung nach einer internationalen „Rohstoffmarktordnung" eine klare Alternative entgegen. Nicht die Weltmarktpreise ihrer Güter, sondern das, worauf es für die Entwicklungsländer im wesentlichen ankommt, nämlich ihre Devisenerlöse, werden stabilisiert. Um dieses Ziel zu erreichen, sollte das Beispiel der europäischen „Agrarmarktordnung" und eine ähnliche Mittelverschwendung, wie sie die administrative Festsetzung von Preisen erzwingt, nicht auf internationaler Ebene wiederholt werden. Direkte Ausgleichszahlungen, wie sie das Abkommen von Lomé vorsieht, erfüllen für die Entwicklungsländer den gleichen Zweck und sind für die Weltwirtschaft als Ganzes billiger.

104*. Auch das allgemeine Präferenzenschema, das die Europäische Gemeinschaft bereits Mitte 1971 in Kraft gesetzt und seitdem wiederholt ergänzt und erweitert hat, ist ein Beispiel für die Bestrebungen, die Marktstellung der Entwicklungsländer gegenüber den Industrieländern grundsätzlich zu verbessern. Es ist in seinem Nutzen für viele Entwicklungsländer allerdings begrenzt, weil komplizierte Kontingentierungsregeln den zollfreien Zugang oft nicht gerade leicht machen.

Was die Rohstoffpreise selbst anbelangt, so stellt sich ökonomisch die Alternative nicht zwischen einem integrierten Fonds und einem Komplex von individuellen Warenabkommen. Wichtiger wäre es, den Forderungen nach direkten Marktinterventionen konstruktive Vorschläge zum Ausgleich ungewollter Verteilungswirkungen der Weltmarktschwankungen entgegenzustellen. In diese Richtung weisende Ansätze zu einer kompensatorischen Erlösstabilisierung sind bereits vorhanden — so etwa in dem erwähnten Abkommen von Lomé wie auch im Internationalen Währungsfonds. Sie sollten weiterentwickelt und nachgeahmt werden.

Für die Gruppe der ärmsten Entwicklungsländer, die am Welthandel noch kaum beteiligt sind, läßt sich auf diese Weise vorerst nur wenig gewinnen. Hier kann nur ein großzügiger internationaler Finanzausgleich, also Entwicklungshilfe, weiterhelfen. Wie viele, aber nicht alle Industrieländer, ist die Bundesrepublik von dem in den Vereinten Nationen gemeinsam gesteckten Ziel, 0,7 vH des Sozialprodukts der Industrieländer für öffentliche Entwicklungshilfe bereitzustellen, noch weit entfernt.

ERSTES KAPITEL
Die Konjunkturlage

TEIL A
Der internationale Rahmen

I. Weltwirtschaft wieder im Aufschwung

1. Die Weltwirtschaft, die 1975 den tiefsten konjunkturellen Einbruch seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt hatte, konnte sich im Jahre 1976 deutlich erholen. Produktion und Handel stiegen zunächst in unerwartetem Tempo. Zugleich zeigte sich jedoch, daß die Fehlentwicklungen, die 1974 in die weltweite Stabilisierungskrise geführt hatten, in zahlreichen Ländern noch keineswegs überwunden waren, so daß der Aufschwung von Anfang an auf einem hohen Inflationssockel und mit gefährlichen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten begann. Zu diesen ungelösten Problemen, die die vorangegangene Hochkonjunktur hinterlassen hatte, trat jetzt noch die in der Rezession entstandene Arbeitslosigkeit hinzu.

Die bescheidenen Stabilisierungserfolge, die die Rezession gebracht hatte, wurden vielerorts von expansiven Impulsen der Wirtschaftspolitik wieder bedroht. Trotz der lebhaften Verbrauchernachfrage fehlte daher die Grundlage für ein frühes Vertrauen der Investoren in die Dauerhaftigkeit des Aufschwungs. Immerhin erhöhte sich das Sozialprodukt der westlichen Industrieländer 1976 gegenüber dem Vorjahr real um 5 vH, womit bis zur Jahreswende kaum jemand gerechnet hatte. Die Industrieproduktion stieg um 8½ vH, und das Welthandelsvolumen dehnte sich um 9 vH aus. Vom Frühjahr an ließ allerdings die Zunahme der Nachfrage überall wieder merklich nach.

Auch außerhalb des Bereichs der Industrieländer brachte das Jahr 1976 eine Besserung der wirtschaftlichen Lage. Der weltweite Anstieg der Rohstoffnachfrage verhalf vielen Entwicklungsländern wieder zu höheren Devisenerlösen, mit denen sie den seit 1974 bedrohlich gewordenen Anstieg ihrer Auslandsschulden bremsen konnten. In gewissem Maße waren auch die Staatshandelsländer bemüht, ihre Auslandsverschuldung nicht mehr so stark ansteigen zu lassen wie zuvor. Da vorübergehend auch die OPEC-Länder ihre Einfuhr nur langsam weiter ausdehnten, nahm die Ausfuhr der Industrieländer in Drittländer, die in der Rezession Produktion und Beschäftigung noch gestützt hatte, 1976 kaum weiter zu.

2. Am kräftigsten und nachhaltigsten hat sich die Wirtschaftstätigkeit in den Vereinigten Staaten belebt. Das Sozialprodukt der Vereinigten Staaten war 1976 real um 6½ vH höher als 1975 (Tabelle 1). In Japan hatte der Aufschwung zur gleichen Zeit wie in Nordamerika eingesetzt, gewann aber nicht die gleiche Stärke und Stetigkeit. Günstiger als erwartet entwickelte sich seit Mitte 1975 die Konjunktur in der Bundesrepublik und auch in Frankreich. Allerdings kollidierten in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft — mit Ausnahme der Bundesrepublik — die inneren Auftriebskräfte schon früh mit außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten. Am schmerzhaftesten bekam dies 1976 Italien zu spüren, wo nach der konjunkturellen Wende im vergangenen Jahr der Aufschwung mit einem Verfall des Wechselkurses und zunehmender währungspolitischer Restriktion einherging. In Großbritannien ließen die Zahlungsbilanzlage und die Wirtschaftspolitik überhaupt erst im Frühjahr 1976 eine Belebung der Binnennachfrage zu. In den kleineren Industrieländern fiel der Nachfrageanstieg im Vorjahresvergleich bescheidener aus, weil sie zuvor von der Weltrezession entweder zu einem späteren Zeitpunkt oder in geringerem Maße erfaßt worden waren.

3. Während der weltweiten konjunkturellen Erholung zeigten sich im Ausgabeverhalten der Privaten zwischen den einzelnen Industrieländern wie schon in der Zeit des vorangegangenen Abschwungs kaum Unterschiede. Die Ölkrise — Ende 1973 — hatte dem ohnehin zunehmenden Kostenauftrieb einen neuen Schub verliehen und dadurch die Unternehmen und die privaten Haushalte zu größerer Vorsicht in ihren Ausgabeplänen veranlaßt. Das zwar inflationssichere, aber illiquide Sachvermögen hatte an Attraktivität verloren, so daß fortan die Privaten überall eine Verbesserung ihrer Liquiditätslage anstrebten. Die Verbraucher stockten ihre liquiden Rücklagen auf, die Unternehmen tilgten ihre kurzfristigen Schulden, und die Güternachfrage ging zurück. Als im Verlauf der Rezession die Drosselung der Sachausgaben sich wechselseitig verstärkte, die Preissteigerungen schneller als erwartet nachließen und schließlich auch die monetäre Politik den Zugang zu Liquidität wieder erleichterte, waren die finanziellen Rücklagen in ihrem Verhältnis zu den laufenden Ausgaben schließlich höher, als den Privaten noch rentabel erscheinen konnte. Im Laufe des Jahres 1975 nahm die Neigung, Güteranschaffungen weiter hinauszuschieben, mehr und mehr ab.

Tabelle 1

Reales Bruttosozialprodukt in wichtigen Industrieländern

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Land	1960 bis 1972 [1]	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976 [2]
Bundesrepublik Deutschland	+ 4,9	+ 5,8	+3,0	+3,4	+5,1	+0,4	−3,2	+5,5
Belgien	+ 4,9	+ 6,2	+3,7	+5,4	+5,3	+4,3	−1,4	+3,4
Dänemark [3]	+ 4,8	+ 3,3	+3,6	+5,0	+3,8	+1,8	−0,7	+5,0
Frankreich [3]	+ 5,8	+ 5,9	+5,0	+5,5	+6,5	+3,9	−1,2	+5,0
Großbritannien [3]	+ 3,1	+ 2,2	+1,6	+3,5	+5,2	−0,2	−1,7	+0,9
Irland [3]	+ 4,0	+ 2,7	+3,3	+4,0	+5,3	+1,0	−0,5	+3,3
Italien [3]	+ 5,5	+ 4,9	+1,4	+3,4	+6,3	+3,4	−3,7	+4,5
Niederlande [3]	+ 5,2	+ 5,9	+4,3	+4,4	+4,2	+2,0	−1,1	+4,3
EG der Neun [4]	+ 4,9	+ 5,6	+3,0	+4,0	+5,4	+2,0	−2,5	+4,7
Vereinigte Staaten	+ 4,1	− 0,5	+2,8	+6,1	+5,9	−2,1	−1,8	+6,3
Japan	+11,0	+10,5	+6,3	+9,4	+9,9	−1,8	+2,1	+5,9
Österreich	+ 5,1	+ 7,9	+5,2	+7,1	+5,8	+4,4	−2,0	+4,0
Schweden [3]	+ 4,2	+ 4,6	+0,3	+2,5	+3,1	+4,1	+0,6	+1,3
Schweiz	+ 4,7	+ 4,4	+4,3	+5,8	+3,5	−0,8	−9,0	+0,5
Industrieländer insgesamt [4]	+ 5,4	+ 2,6	+3,4	+5,7	+6,3	−0,1	−1,4	+5

[1] Durchschnittlich jährliche Veränderung.
[2] Eigene Schätzung.
[3] Bruttoinlandsprodukt.
[4] den Anteilen am Bruttosozialprodukt zu Wechselkursen von 1973.

Quelle: OECD; für EG der Neun: Kommission der Europäischen Gemeinschaften

4. Zunächst waren es die Verbraucher, die ihre Ausgaben kräftig steigerten. Zwar veränderte sich die Einkommensverteilung nicht weiter zugunsten der Arbeitnehmer. Doch da die privaten Haushalte nicht wieder wie im vergangenen Jahr einen deutlich größeren Teil ihres verfügbaren Einkommens sparten, als es dem langjährigen Trend entsprochen hätte, fielen ihre Ausgaben 1976 sehr viel höher aus als 1975.

Als erstes hatte sich 1975 die Nachfrage nach Automobilen belebt. Dies förderte die Tendenz zu einem internationalen Konjunkturgleichschritt, denn die Produktionsstätten der Automobilhersteller sind über fast alle Industrieländer verteilt. Die Automobilproduktion in den Industrieländern übertraf im ersten Halbjahr 1976 ihren durchschnittlichen Vorjahresstand um 23 vH. Mehr und mehr kamen auch andere langlebige Konsumgüter in den Ausgabeplänen der Verbraucher zum Zuge. Nachdem der aufgestaute Bedarf gedeckt war, beruhigte sich die Konsumnachfrage im Verlauf dieses Jahres wieder. Sie blieb jedoch lebhaft genug, der Industrie den inzwischen erreichten Grad der Kapazitätsauslastung zu sichern.

5. Als die Vorräte der Industrie an Vor- und Zwischenprodukten kaum mehr den produktionsnotwendigen Bedarf deckten und sich die Relation zwischen dem laufenden Absatz und den Beständen an unverkauften Gütern wieder normalisierte, verlangte die anhaltende Nachfragebelebung eine rasche Aufstockung der Läger. In den Vereinigten Staaten hatte sich die Wende im Lagerzyklus schon in der ersten Jahreshälfte 1975, in den anderen Ländern erst in der zweiten Jahreshälfte durchgesetzt. Während des ersten Halbjahres 1976 trug der Lageraufbau beinahe ein Drittel zum Anstieg des Sozialprodukts der Industrieländer bei.

Die Unternehmen finanzierten den Lageraufbau überwiegend aus eigenen Mitteln. Für langfristige Investitionen wurden die zusätzlichen Gewinne kaum verwandt, weil infolge der vorangegangenen ungünstigen Umsatzentwicklung die finanzielle Position der Unternehmen durch die Drosselung der Sachausgaben alleine noch nicht ausreichend entlastet worden war. Den von der Mitte des Jahres 1975 ab zu verzeichnenden Anstieg der Umsätze und der Gewinne nutzten die Unternehmen daher zunächst zur weiteren Verbesserung ihrer Liquidi-

Tabelle 2

Salden der Handels- und Leistungsbilanz ausgewählter Länder

Land	1972	1973	1974	1975	1976 [1]
	Mio US-Dollar				
	Handelsbilanzsalden				
Bundesrepublik Deutschland	+ 8 167	+15 215	+21 940	+17 182	+17 000
Belgien-Luxemburg	+ 1 029	+ 1 223	+ 878	+ 92	− 1 100
Dänemark	− 431	− 1 135	− 1 788	− 1 292	− 2 500
Frankreich	+ 1 299	+ 776	− 3 859	+ 1 444	− 3 400
Großbritannien	− 1 745	− 5 687	−12 309	− 7 091	− 6 850
Irland	− 378	− 527	− 1 077	− 400	− 700
Italien	+ 817	− 3 959	− 8 473	− 1 155	− 2 950
Niederlande	+ 438	+ 959	+ 669	+ 877	+ 2 000
EG-Länder	+ 9 196	+ 6 865	− 4 019	+ 9 660	+ 1 500
Vereinigte Staaten	− 6 409	+ 951	− 5 278	+ 9 030	− 7 750
Kanada	+ 1 625	+ 2 722	+ 1 557	− 480	+ 700
Japan	+ 8 971	+ 3 686	+ 1 436	+ 5 028	+ 9 750
Österreich	− 1 155	− 1 506	− 1 429	− 1 394	− 2 500
Schweden	+ 1 252	+ 2 156	+ 607	+ 743	+ 1 250
Schweiz	− 1 269	− 1 686	− 2 109	+ 461	+ 1 450
OECD-Länder	+11 200	+11 000	−26 500	+ 5 472	−11 350
OPEC-Länder [2]	+13 000	+21 600	+81 000	+54 000	+64 000
Entwicklungsländer (ohne OPEC-Länder) [3]	− 4 800	− 2 500	−16 000	−24 500	−19 000
	Leistungsbilanzsalden				
Bundesrepublik Deutschland	+ 1 042	+ 4 341	+ 9 759	+ 3 851	+ 4 500
Belgien-Luxemburg	+ 1 113	+ 1 141	+ 911	+ 508	− 600
Dänemark	− 67	− 472	− 987	− 512	− 1 700
Frankreich	+ 297	− 691	− 5 943	− 66	− 5 250
Großbritannien	+ 349	− 2 039	− 8 532	− 3 704	− 3 100
Irland	− 134	− 219	− 708	− 50	− 200
Italien	+ 2 266	− 2 509	− 7 816	− 554	− 2 550
Niederlande	+ 1 290	+ 2 310	+ 2 028	+ 1 574	+ 2 350
EG-Länder	+ 6 156	+ 1 862	−11 288	+ 1 047	− 6 550
Vereinigte Staaten	− 5 462	+ 7 469	− 2 592	+11 697	− 950
Kanada	− 626	+ 15	− 1 676	− 4 881	− 4 850
Japan	+ 6 625	− 136	− 4 693	− 682	+ 3 500
Österreich	− 166	− 313	− 485	− 312	− 1 300
Schweden	+ 255	+ 1 157	− 932	− 1 585	− 1 450
Schweiz	+ 220	+ 280	+ 171	+ 2 586	+ 3 900
OECD-Länder	+10 300	+10 200	−33 000	− 6 250	−21 750
OPEC-Länder [2]	+ 2 600	+ 3 500	+65 000	+40 000	+51 000
Entwicklungsländer (ohne OPEC-Länder) [3]	− 5 400	− 2 500	−17 000	−26 500	−21 000

[1] Eigene Schätzung aufgrund von Unterlagen Organisationen.

[2] Abu Dhabi, Algerien, Dubai, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Schardscha, Venezuela.

[3] Afrika ohne Republik Südafrika, Mittel- und Südamerika, Asien ohne Japan und Staatshandelsländer, Ozeanien.

Quelle: IMF, OECD

tätslage, wobei sie allerdings neben zusätzlichen finanziellen Rücklagen nun auch wieder größere Gütervorräte hielten. Dies lag um so näher, als sich die Grund- und Rohstoffe zum Teil wieder erheblich verteuerten, was ein möglichst frühzeitiges und reichliches Eindecken mit solchen Gütern rentabel erscheinen ließ. Der zunehmende Rohstoffbedarf in den Industrieländern und der damit einhergehende Anstieg der Rohstoffpreise verbesserten zugleich die Lage vieler Entwicklungsländer (Ziffern 19 f.).

6. Die steigende Rohstoffeinfuhr belastete allerdings die Handelsbilanz der westlichen Industrieländer gegenüber der übrigen Welt. Im Jahre 1976 entstand ein Defizit von rund 11 Mrd Dollar, nachdem die Rezession den von der Ölkrise erzeugten Einfuhrüberschuß vorübergehend hatte verschwinden lassen (Tabelle 2). Der Menge nach stieg die Einfuhr der Industrieländer aus Drittländern um 11½ vH, die Ausfuhr nahm lediglich um 5 vH zu. Während mit Fertigwarenexporten nur um 7 vH höhere Preise erzielt werden konnten, mußten für die Rohstoffimporte 9 vH mehr bezahlt werden. Insgesamt stand für die Industrieländer einem Anstieg ihrer Ausfuhrpreise um 6 vH eine Verteuerung der Importe um 8 vH gegenüber. Damit setzte sich die seit 1972 zu beobachtende Verschlechterung der Relation zwischen Ausfuhrpreisen und Einfuhrpreisen nach der konjunkturellen Unterbrechung von 1975 fort. Diese Relation — die Terms of Trade — ging gegenüber dem Vorjahr um 2 vH zurück und entspricht nun wieder dem Stand in der zweiten Hälfte des Jahres 1974.

7. Noch mehr als der gesamte Welthandel dehnte sich der Warenaustausch zwischen den westlichen Industrieländern aus. Dabei verteilte sich der Anstieg von Importen und Exporten auf die einzelnen Handelspartner ungleichmäßig. Die stärkste Ausfuhrsteigerung konnte Japan verzeichnen, vor allem weil die japanische Exportindustrie von der früh und kräftig expandierenden amerikanischen Binnennachfrage besonders stark profitierte. Während die amerikanische Handelsbilanz nach dem Überschuß von 9 Mrd Dollar im Jahre 1975 dieses Jahr wieder ein Defizit von fast 8 Mrd Dollar aufwies und gleichzeitig auch der im Vorjahr entstandene Exportüberschuß der Europäischen Gemeinschaft von fast 10 Mrd Dollar auf 1½ Mrd Dollar schrumpfte, konnte Japan seinen Ausfuhrüberschuß auf 10 Mrd Dollar verdoppeln, obwohl die japanische Wirtschaft am stärksten und die amerikanische Wirtschaft am wenigsten von Rohstoffeinfuhren aus Entwicklungsländern abhängen. In der ungleichen Verteilung des Einfuhranstiegs und des Ausfuhranstiegs auf die einzelnen Länder zeigt sich, daß die konjunkturelle Erholung in den Vereinigten Staaten und in der Europäischen Gemeinschaft im wesentlichen auf dem Anstieg der Binnennachfrage, in Japan hingegen trotz des frühen Wendepunkts der inländischen Nachfrageentwicklung überwiegend auf dem Anstieg der Auslandsnachfrage beruhte.

8. Die Wende in den konjunkturellen Erwartungen wie auch in der Produktionstätigkeit hatte sich in den führenden Industrieländern nahezu gleichzeitig vollzogen (Schaubild 1). Überall waren die Bestände an unverkauften Gütern im ersten Vierteljahr 1975 auf ihrem Höchststand; die Industrieproduktion hatte in Japan im März 1975, in den Vereinigten Staaten im April und in Westeuropa im Mai ihren Tiefpunkt erreicht. Während aber in den Vereinigten Staaten und in Japan Nachfrage und Produktion im Frühjahr 1975 prompt anzogen, hat sich die europäische Konjunktur erst nach dem Sommer merklich beschleunigt.

9. Die Belebung der amerikanischen Wirtschaft nahm, getragen von der Verbrauchernachfrage, den steilsten Verlauf. Von zusätzlichen Exporten wurden Produktion und Beschäftigung zunächst kaum angeregt. Gegenüber dem zweiten Halbjahr 1975 stieg die amerikanische Ausfuhr im ersten Halbjahr 1976 real nur um 4 vH, die Einfuhr dagegen um 13 vH. In Japan hatte es 1975 zunächst den Anschein gehabt, als ob der Antrieb durch die amerikanischen Importe und die inländische Automobilnachfrage genügen würden, den Anschluß an den Erholungsprozeß in den Vereinigten Staaten zu halten. Doch in den letzten Monaten des Jahres 1975 gerieten die Selbstverstärkungskräfte noch einmal ins Stocken, weil institutionelle Einflüsse — insbesondere verschärfte Umweltschutzauflagen für die Automobilindustrie — neue Produktionskürzungen bewirkten und Entlassungen, die zuvor administrativ erschwert worden waren, sich plötzlich wieder häuften. Als Folge ließ die gerade in Gang gekommene Importtätigkeit wieder nach. Inzwischen aber hatten in Westeuropa die verbesserten konjunkturellen Aussichten die Kaufneigung der Verbraucher geweckt, so daß fortan die inneren Aufschwungskräfte der Vereinigten Staaten, Frankreichs und der Bundesrepublik die Weltkonjunktur gemeinsam antrieben, während in Japan Produktion und Beschäftigung bis zum Frühjahr 1976 in erster Linie vom Export bestimmt, also eher mitgezogen wurden. Als sich danach die Ausgabeneigung der Privaten in Japan erneut und in Großbritannien erstmals belebte, während sich in den meisten anderen Ländern der Lageraufbau und der Anstieg der Verbrauchernachfrage deutlich verlangsamten, wurde der internationale Konjunkturgleichschritt noch enger; dennoch ließ in den folgenden Monaten das Tempo des Aufschwungs nach. Unterschiede zeigten sich allerdings im zeitlichen Verlauf der Investitionstätigkeit; sie blieb zwar 1976 im allgemeinen noch träge, in den Vereinigten Staaten, in der Bundesrepublik und in Japan nahm sie aber das Jahr über allmählich zu.

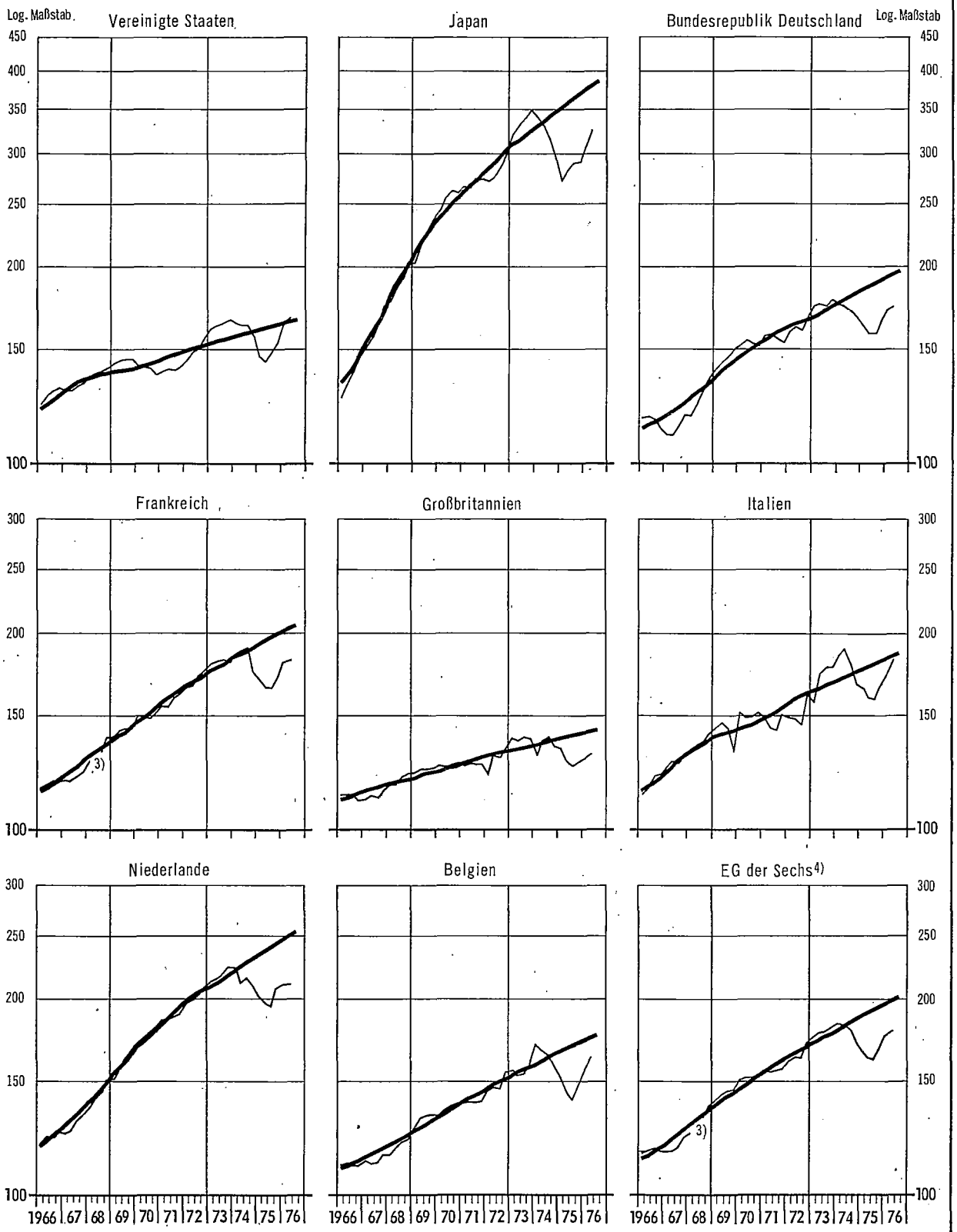
Aber: Wirtschaftspolitische Ziele noch nicht erreicht

10. Der konjunkturelle Aufschwung verbesserte zwar die weltwirtschaftliche Lage, er machte aber auch die Probleme sichtbar, die die Rezession entweder ungelöst gelassen oder neu geschaffen hatte. So wie die unausgelasteten Sachkapazitäten den

Schaubild 1

INDUSTRIEPRODUKTION AUSGEWÄHLTER LÄNDER

Saisonbereinigter Verlauf[1] und Trend[2], 1963 = 100



1) Durchschnitte aus saisonbereinigten Monatszahlen, Quelle: OECD. – 2) Trendberechnung nach dem Verfahren der Deutschen Bundesbank; Berechnung für den Zeitraum 1.Vj.1962 bis 4.Vj.1974, extrapoliert für 1975 und 1976. – 3) Mai, Juni 1968: Generalstreik in Frankreich. – 4) Gebietsstand vor dem 1.1.1973; zusammengewogen mit den Anteilen am Bruttoinlandsprodukt 1970 (in jeweiligen Preisen und Wechselkursen).

SR 76 0729

Anreiz zu neuen Investitionen noch gering hielten, so ließen die allenthalben reichlich vorhandenen Arbeitszeitreserven die Hoffnung auf einen zügigen Abbau der Arbeitslosigkeit noch unerfüllt. Zwar wurde überall Kurzarbeit immer seltener und Überstundenarbeit wieder häufiger, doch stiegen in einigen europäischen Ländern die Arbeitslosenzahlen im Frühjahr 1976 erneut an. Nur in den Vereinigten Staaten hatte die Zunahme der Produktion auch schon vorher einen nennenswerten Abbau der Arbeitslosigkeit bewirkt. Hier übertraf die Beschäftigtenzahl der verarbeitenden Industrie ihren Tiefstand vom Juni 1975 zuletzt um 5 vH. Im gleichen Zeitraum ging die Arbeitslosenquote von 9 vH auf weniger als 8 vH zurück. Diese Abnahme wäre noch deutlicher ausgefallen, hätte nicht auch das Angebot an Arbeitskräften seit dem vergangenen Jahr wieder zugenommen. In Westeuropa und in Japan blieb der Rückgang der Arbeitslosigkeit gering. Im Bereich der Industrieländer waren 1976 im monatlichen Durchschnitt noch mehr als 14 Mio Personen ohne Arbeit, nur eine halbe Million weniger als im Durchschnitt des vorangegangenen Jahres (Tabelle 3).

11. Der Inflationssockel in den westlichen Industrieländern ist immer noch außerordentlich hoch. Zwar gingen die Teuerungsraten, nachdem sie 1974 in die Höhe geschnellt waren, im Laufe der Rezession überall zurück. Doch noch nie zuvor mußte zu Beginn eines konjunkturellen Aufschwungs ein so hoher Preisanstieg hingenommen werden wie in diesem Jahr. Gewiß hat die Bekämpfung der Inflation seit 1974 in der Wirtschaftspolitik größeres Gewicht erlangt; doch in den meisten Ländern konnte mit den Stabilisierungsbemühungen seither noch kein dauerhafter Erfolg sichergestellt werden.

12. Dabei waren die Kostendaten, die die Einkommenspolitik setzte, nicht einmal ungünstig. Es gelang, wenn auch in unterschiedlichem Maße, die im Vorjahr eingeleitete einkommenspolitische Mäßigung 1976 fortzusetzen. In den meisten Ländern fielen die Tarifabschlüsse niedriger aus als im Vorjahr. So blieben die Lohnsteigerungen hinter dem Zuwachs der Produktivität zurück, der bei zunehmender Kapazitätsauslastung allenthalben beträchtlich war. Der Anstieg der Lohnstückkosten war daher überall merklich geringer (Tabelle 4). Sie lagen im Durchschnitt des Jahres 1976 in den Vereinigten Staaten aber immer noch um rund 4 vH, in Japan um 7½ vH und in der Europäischen Gemeinschaft um 7 vH — die Bundesrepublik ausgenommen, um 10 vH — höher als 1975.

Die Preispolitik der Unternehmen war allerdings nicht nur von der Lohnkostenentwicklung dieses Jahres bestimmt. In vielen Ländern, besonders in Westeuropa, wo die Kapazitätsauslastung später als in den Vereinigten Staaten und in Japan zu

Tabelle 3

Arbeitslosenquoten in ausgewählten Ländern [1])

Land	1971	1972	1973	1974	1975	1976		
						1. Vj.	2. Vj.	August
	vH							
Bundesrepublik Deutschland [2])	0,9	1,1	1,2	2,6	4,7	5,8	4,7	4,1
Belgien [3])	2,9	3,5	3,7	4,1	6,7	8,6	8,2	8,4
Dänemark [4])	3,7	3,6	2,5	5,2	11,1	13,2	8,6	8,1
Frankreich [2])	2,1	2,3	2,3	2,9	4,9	5,7	4,9	4,9
Großbritannien [2])	3,4	3,8	2,7	2,7	4,4	5,7	5,6	6,4
Italien [2])	5,4	5,6	5,3	5,1	5,6	6,2	5,8	5,8 a)
Niederlande [2])	1,6	2,7	2,7	3,3	4,8	5,6	4,7	5,2
Vereinigte Staaten [5])	5,9	5,6	4,9	5,6	8,5	8,5	7,4	7,6
Kanada [5])	6,4	6,3	5,6	5,4	7,1	7,9	7,0	6,6
Japan [5])	1,2	1,4	1,3	1,4	1,9	2,4	2,0	1,8 a)
Schweden [5])	2,5	2,7	2,5	2,0	1,6	1,9	1,5	1,6

[1]) Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen. Aus methodischen Gründen sind die Zahlen für die aufgeführten Länder untereinander nicht vergleichbar.
[2]) Anteil der registrierten Arbeitslosen an den abhängigen, in einigen Ländern auch allen Erwerbspersonen.
[3]) Anteil der Bezieher von Arbeitslosenunterstützung an den gegen Arbeitslosigkeit Versicherten.
[4]) Anteil der arbeitslosen Mitglieder der gewerkschaftlichen Unterstützungskassen an der Gesamtzahl der Mitglieder.
[5]) Anteil der durch ermittelten Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen.
a) Juli.

Quelle für Grundzahlen: Labour Office und EG (Frankreich und Italien)

Tabelle 4

Lohnkosten je Produkteinheit [1]) in ausgewählten Ländern

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH [2])

Land	1970	1971	1972	1973	1974	1975 [4])	1976 [4])
Bundesrepublik Deutschland [3])	+11,2	+10,0	+ 6,1	+ 8,0	+ 9,2	+ 7,8	+ 2
Belgien	+ 5,6	+ 9,2	+ 8,7	+ 8,5	+15,2	+21	+ 8,5
Dänemark	+11,3	+ 9,2	+ 7,6	+12,4	+17,3	+16,5	+ 6,5
Frankreich	+ 6,8	+ 6,6	+ 6,4	+ 8,6	+15,4	+17	+ 6,5
Großbritannien	+ 9,3	+ 8,0	+ 9,0	+ 9,1	+20,1	+31	+13
Irland	+13,1	+12,0	+10,0	+14,0	+17,4	+22	+11,5
Italien	+11,3	+12,8	+ 8,0	+13,8	+20,7	+24,7	+13
Niederlande	+ 7,2	+ 9,8	+ 7,7	+10,8	+12,2	+15,5	+ 7
Vereinigte Staaten	+ 6,9	+ 3,7	+ 4,1	+ 6,0	+11,4	+ 7,7	+ 4
Japan	+ 9,0	+10,6	+ 6,5	+14,9	+26,5	+12,5	+ 7,5
Schweiz	+ 5,6	+11,5	+ 9,9	+10,5	+ 8,3	+ 9,5	+ 3

[1]) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts.
[2]) Aus Angaben in Landeswährung.
[3]) Eigene Schätzung.
[4]) Schätzungen auf 0,5 Prozentpunkte gerundet.

Quelle: DIW

steigen begonnen hatte, mehrten sich die Versuche der Unternehmen, wenigstens einen Teil der in den vergangenen zwei Jahren aufgestauten Lohnkostenlast jetzt, da die Nachfrage es wieder zuließ, in den Preisen weiterzuwälzen.

13. Neue stabilitätspolitische Sorgen bereitete die Verteuerung der Rohstoffe. In den Industrieländern lagen 1976 die Preise eingeführter Rohstoffe um 9 vH über ihrem Vorjahresniveau, nachdem sie 1975 gegenüber 1974 im Durchschnitt unverändert geblieben waren. Während die Preiserhöhungen auf den Märkten für industrielle Rohstoffe mit der weltweiten Nachfragebelebung — vor allem in der Phase des Lageraufbaus — zu erklären sind, stand hinter der sehr viel kräftigeren Verteuerung landwirtschaftlicher Rohstoffe überwiegend eine Verknappung des Angebotes. In zahlungsbilanzschwachen Ländern verstärkten sinkende Wechselkurse den außenwirtschaftlichen Kostendruck, so insbesondere in Italien und in Großbritannien. Im Sommer ließ der Auftrieb der Rohstoffpreise wieder nach.

14. Es hatte den Anschein, als ob die anfänglich kräftige Nachfragebelebung die Fortwälzung der Rohstoffkosten sowie der in der Rezession aufgestauten Kostenlast gestatten würde. Um die Jahreswende 1975/76 schien sich überall auf der Großhandelsstufe eine neue Teuerungswelle anzubahnen. Im Verlauf des Jahres bestätigte sich dies jedoch nicht. Der Preisanstieg ließ wieder nach. Die Verbraucherpreise, die im Bereich der OECD im Durchschnitt des Jahres 1975 noch um 11½ vH gestiegen waren, lagen im September 1976 um 9 vH höher als zwölf Monate zuvor (Tabelle 5).

15. Von allen westlichen Industrieländern hatte die Schweiz den mit Abstand größten Erfolg in der Inflationsbekämpfung aufzuweisen. Die jährliche Teuerungsrate, die im Durchschnitt des Vorjahres noch fast 7 vH betragen hatte, ging bis zum Herbst des Jahres 1976 auf weniger als 1 vH zurück. Seit Jahresbeginn ist der Preisindex der Lebenshaltung nicht mehr gestiegen. Dieser rasche Gewinn an Stabilität hatte aber einen hohen Preis. Nirgendwo war 1975 das Sozialprodukt so stark geschrumpft wie in der Schweiz, nämlich real um 9 vH. Auch 1976 nahm es um weniger als 1 vH und damit ungleich langsamer zu als in allen anderen Industrieländern. Dabei machte es der hohe Ausländeranteil an der Erwerbsbevölkerung aus nationaler Sicht leichter als anderswo, die Beschäftigungsverluste zu ertragen. Auf dem Höhepunkt der Arbeitslosigkeit zu Beginn des Jahres 1976 betrug die offizielle Arbeitslosenzahl nur rund 30 000 (rund 1 vH der Erwerbsbevölkerung); seit Ende 1974 aber hatte eine mehr als dreimal so hohe Zahl von ausländischen Arbeitnehmern das Land verlassen.

Die Stabilisierung des Preisniveaus war nicht nur eine Folge des Nachfragemangels, sondern auch Ergebnis entschlossener Politik, die sich bereits 1972 der Inflationsbekämpfung verschrieben hatte. Zwar war es dabei mehrfach zu direkten Eingriffen gekommen, wie etwa der Plafondierung der Bankkre-

Tabelle 5

Verbraucherpreise in ausgewählten Ländern

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum [1])

Land	1960 bis 1969 [2])	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1. Hj. 1976	Letzter Monatsstand
	vH								Monat
Bundesrepublik Deutschland	+2,6	+3,4	+5,3	+5,5	+ 6,9	+ 7,0	+ 6,0	+ 5,2	+ 3,8	Okt
Belgien	+2,9	+4,0	+4,3	+5,5	+ 7,0	+12,7	+12,8	+ 9,9	+ 9,3	Sep
Dänemark	+6,0	+6,4	+5,5	+6,9	+ 9,3	+15,4	+ 9,6	+ 7,3	+ 7,7	Aug
Frankreich	+3,9	+5,3	+5,5	+5,9	+ 7,3	+13,7	+11,8	+ 9,5	+ 9,5	Aug
Großbritannien	+3,8	+6,4	+9,5	+6,8	+ 9,4	+15,9	+24,2	+19,3	+13,8	Aug
Irland	+4,4	+8,3	+8,9	+8,7	+11,3	+17,0	+20,9	+16,2	+18,9	Aug
Italien	+3,8	+5,0	+5,0	+5,6	+10,4	+19,1	+17,0	+14,2	+17,0	Aug
Luxemburg	+2,3	+4,6	+4,7	+5,2	+ 6,1	+ 9,6	+10,7	+10,6	+ 9,4	Sep
Niederlande	+4,2	+4,4	+7,5	+7,8	+ 8,0	+ 9,6	+ 9,9	+ 9,4	+ 8,3	Aug
Vereinigte Staaten	+2,4	+5,9	+4,3	+3,3	+ 6,2	+11,0	+ 9,1	+ 6,2	+ 5,6	Aug
Kanada	+2,6	+3,3	+2,9	+4,8	+ 7,6	+10,9	+10,8	+ 8,9	+ 6,2	Aug
Japan	+5,5	+7,8	+6,3	+4,9	+11,1	+24,5	+11,8	+ 9,1	+ 8,8	Aug
Österreich	+3,5	+4,1	+4,7	+6,3	+ 7,5	+ 9,5	+ 8,4	+ 7,5	+ 7,4	Aug
Schweden	+3,7	+7,0	+7,4	+6,5	+ 6,1	+13,8	+ 9,8	+11,1	+ 9,4	Aug
Schweiz	+3,3	+3,5	+6,6	+6,7	+ 8,7	+ 9,8	+ 6,7	+ 2,3	+ 0,9	Sep

[1]) Aus Angaben in Landeswährung.
[2]) Durchschnittlich jährliche

Quelle: OECD, SAEG; Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle

dite, einem partiellen Baustopp und einer Überwachung von Preiserhöhungen. Ungleich wirksamer aber waren die Mäßigung der Lohnsteigerungen und die Verlangsamung der monetären Expansion. Der Lohnanstieg in der Industrie ging von rund 10 vH 1974 auf weniger als 2 vH zu Beginn dieses Jahres zurück. Die Geldmenge M1, also die Summe aus Bargeld und Sichtguthaben bei den Banken, war Ende 1975 kaum größer als drei Jahre zuvor.

Außenwirtschaftliche Faktoren erleichterten der Schweiz ihre Stabilisierungspolitik, ja verstärkten diese sogar. Aufgrund der gegebenen Produktionsstruktur fiel die Vervierfachung des Rohölpreises 1974 weniger ins Gewicht als in den Nachbarländern. Vor allem aber: Die fortdauernde Inflation in Europa trieb große Mengen von Geldkapital in die Schweizer Währung, so daß die anhaltende Aufwertung des Franken am Markt die Importkosten der Schweiz spürbar senkte. Der gewogene Wechselkurs des Franken ist seit Anfang 1975 um 20 vH gestiegen, seit Anfang 1976 allein um 12 vH. Die damit einhergehende Verteuerung der Exportgüter im Ausland verstärkte noch die Bemühungen um eine weitere Dämpfung des Kostenanstiegs im Inland, zumal ein Teil des schweizerischen Ausfuhrsortiments besonders lebhafter internationaler Konkurrenz ausgesetzt ist.

Wenn dieser Erfolg wegen der besonderen Bedingungen in der Schweiz den stabilitätspolitischen Zielen der anderen Länder auch nicht ohne weiteres als Maßstab dienen kann, so macht er doch klar, daß Inflation keineswegs unvermeidlich ist.

16. Daß weltweit sowohl die Arbeitslosigkeit als auch der Preisauftrieb nicht schneller zurückgingen, lag nicht zuletzt an der schwachen Investitionstätigkeit. Eine spürbare Vergrößerung der Produktionskapazitäten hat der allgemeine Nachfrageanstieg bislang noch nirgendwo ausgelöst. In den meisten Ländern gingen im Vorjahresvergleich die privaten Anlageinvestitionen real sogar ein weiteres Mal zurück, wenn sich auch im Verlauf des Jahres 1976 die Zeichen einer Belebung mehrten. Nur in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik, die im Zyklus den Partnerländern voraus sind, sowie in den von der Weltrezession weniger hart getroffenen skandinavischen Ländern nahm das Volumen der privaten Anlageinvestitionen auch im Vorjahresvergleich bereits wieder merklich zu.

Da der Nachfrageanstieg bislang fast überall vom privaten Verbrauch angetrieben wurde, erreichte der Anteil der privaten Anlageinvestitionen am Sozialprodukt in den meisten westlichen Industrieländ-

dern einen neuen Tiefstand. Zuallererst findet hierin die konjunkturelle Entwicklung der vergangenen zwei Jahre, die durch die niedrigste Kapazitätsauslastung der Nachkriegszeit gekennzeichnet war, ihren Niederschlag. Für sich genommen, stützt dieser jüngste Rückgang der Investitionsquoten noch nicht die Sorgen um die mittelfristigen Beschäftigungs- und Wachstumschancen der Gesamtheit der westlichen Industrieländer. Nicht von der Hand zu weisen ist allerdings die verbreitete Befürchtung, daß in etlichen Ländern die Rezession eine schon vorher entstandene Investitionslücke drastisch vergrößert habe und daß noch nicht abzusehen sei, wie diese Investitionslücke in den kommenden Jahren geschlossen werden soll.

In Großbritannien und Italien hat die Expansion der öffentlichen Investitionen die langjährige Abschwächung der privaten Investitionstätigkeit bei weitem nicht zu kompensieren vermocht. Auch in den Benelux-Ländern und in der Bundesrepublik war die Investitionslücke schon vor der Rezession ausgeprägt.

17. Mit der Nachfragebelebung wurde bereits Ende 1975 sichtbar, daß die Rezession die Zahlungsbilanzprobleme zwar gemildert, aber nicht beseitigt hatte. Vor allem in Europa entwickelten sich Einfuhr und Ausfuhr der einzelnen Länder auseinander, und die Ziele einer binnenwirtschaftlichen Belebung und eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts ließen sich nicht lange miteinander vereinbaren (Ziffer 28). Die Fehlbeträge in der Handelsbilanz reichten zum Teil an die Defizite von 1974 heran, dem Jahr unmittelbar nach der Ölkrise. Hinter den wieder zunehmenden internationalen Ungleichgewichten standen die Unterschiede zwischen den internen Stabilisierungserfolgen der einzelnen Länder, denn die daraus resultierenden, mitunter spektakulären Wechselkursveränderungen entsprachen nicht immer diesen Unterschieden. Teilweise unterstützten sie die Stabilisierungsbemühungen, teilweise liefen sie ihnen zuwider.

Die Vereinigten Staaten, Japan und die Bundesrepublik, auf die zusammen rund ein Drittel der Weltausfuhr entfällt, waren neben der Schweiz die Länder mit den größten Stabilisierungserfolgen. Nicht einheitlich war jedoch die Veränderung ihrer Handelsbilanz. In Japan war das Inflationstempo drastisch zurückgegangen. Hier hatte sich in der Zeit der weltweiten Rohstoffverteuerung zwischen 1972 und 1974 ein großer Stabilitätsrückstand gegenüber den anderen Industrieländern aufgetan, der nicht durch eine entsprechende Abwertung des Yen ausgeglichen worden war. Durch die Halbierung des Verbraucherpreisanstiegs auf 12 vH im vergangenen Jahr und durch den weiteren Rückgang der Teuerungsrate auf 9 vH in diesem Jahr konnte nun das Stabilitätsgefälle entscheidend verringert werden. Und auch dies glich die Kursentwicklung des Yen nur teilweise aus. So ergibt sich, daß die japanische Exportindustrie in den vergangenen zwei Jahren, rechnet man in ausländischer Währung, ihre Preise sehr viel weniger erhöhen mußte als der größte Teil der internationalen Konkurrenz, vor allem als die Vereinigten Staaten. Die japanischen Anbieter nutzten dies und vergrößerten ihre Marktanteile im Ausland erheblich. In Auslandswährung gerechnet waren in der ersten Hälfte des Jahres 1976 japanische Angebote nicht teurer als zwei Jahre zuvor. Demgegenüber mußte in der Welt für deutsche Produkte inzwischen rund 15 vH und für amerikanische Produkte rund 25 vH mehr bezahlt werden als vor zwei Jahren. Blickt man allerdings bis vor den Beginn der weltweiten Rohstoffverteuerung, nämlich bis zum ersten Halbjahr 1972 zurück, so zeigt sich, daß die jüngste Verbesserung der Wettbewerbsposition japanischer Anbieter nicht mehr gebracht hat als einen Ausgleich der vorangegangenen Verschlechterung. In mittelfristiger Betrachtung ist es daher nicht verwunderlich, daß die Wechselkurse zwischen der D-Mark und dem Dollar einerseits und dem Yen andererseits im Aufschwung der Weltkonjunktur weitgehend stabil geblieben sind. Der Dollarkurs wurde von dem steigenden amerikanischen Handelsbilanzdefizit wenig beeinträchtigt. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1976 sank der Dollarkurs gegenüber der D-Mark um rund 2 vH, gegenüber dem Yen um rund 2½ vH.

18. Im Sommer wurde der Dollarkurs jedoch von den seit Jahresbeginn zunehmenden Erschütterungen des europäischen Wechselkursgefüges erfaßt (Ziffer 30). Ende Oktober hatte die amerikanische Währung gegenüber der D-Mark rund 9 vH, gegenüber dem Yen rund 4 vH ihres Wertes zu Anfang des Jahres verloren. Im gleichen Zeitraum sanken die gewogenen Wechselkurse des britischen Pfundes und der italienischen Lira gegenüber Jahresbeginn jeweils um rund 20 vH. Der französische Franken, der im März aus dem europäischen Festkursverbund ausgeschieden war, büßte rund 10 vH ein. Die D-Mark gewann hingegen rund 12 vH. Im Oktober kam es schließlich — am Markt schon früher erwartet — zu einer Anpassung der Interventionskurse in der europäischen Währungsschlange. Sie blieb allerdings äußerst gering (Ziffer 170).

Weltwirtschaftliche Verteilungsprobleme

19. Zu den ungelösten Problemen, die den weltweiten Aufschwung belasten, gehört auch, daß die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den Industrieländern und den OPEC-Staaten einerseits und den Entwicklungsländern andererseits noch nicht dauerhaft gemindert werden konnten. Schon vor der Rezession hatte der Preisanstieg für mineralische und agrarische Rohstoffe den rohstoffexportierenden Entwicklungsländern nicht so viel zusätzliche Erlöse gebracht, wie sie benötigten, um die drastisch verteuerten Ölimporte bezahlen zu können. Dem OPEC-Kartell war es zudem gelungen, den Ölpreis auch durch die Rezession hindurch zu halten, während auf den übrigen Rohstoffmärkten die Preise 1975 stark fielen. Diejenigen Entwicklungsländer, die auf die Ausfuhr von Rohstoffen und auf die Einfuhr von Erdöl angewiesen sind, wurden daher durch die Weltrezession besonders hart getroffen. Anders als in früheren vergleichba-

ren Phasen der Weltkonjunktur konnten es diese Länder jedoch durch einen sprunghaften Anstieg ihrer Auslandsverschuldung vermeiden, ihre Importausgaben zu kürzen. Größere internationale Finanzierungsmöglichkeiten erleichterten dies. Nimmt man die Jahre 1972 bis 1976 zusammen, so zeigt sich, daß die rohstoffexportierenden Entwicklungsländer eine Zunahme oder einen Rückgang der Exporterlöse durch verminderte beziehungsweise verstärkte Neuverschuldung kompensiert haben, so daß sie das Niveau ihrer realen Güterimporte wenigstens halten konnten. Letztlich haben sie damit gleichsam selbst „kompensatorische Erlösstabilisierung" betrieben. Die Bedingungen für einen weiteren Anstieg der Einfuhr sind hingegen nicht günstig. Denn die Erlösstabilisierung war wegen der überaus scharfen Weltrezession nicht kostenlos. Und diese Kosten belasten zusammen mit den noch nicht bewältigten Kosten der Erdölverteuerung die Zukunft.

Bis zum Ende des Jahres 1975 ist die Auslandsverschuldung sämtlicher erdölimportierender Entwicklungsländer zusammen auf schätzungsweise 120 Mrd Dollar angewachsen, verglichen mit rund 75 Mrd Dollar Ende 1973. Der rapide ansteigende Zins- und Tilgungsaufwand belastet die Importfähigkeit der Entwicklungsländer. Das Volumen der Einfuhr aus den Industrieländern, nimmt — nach einem leichten Rückgang im Jahre 1975 und einem Anstieg von 17 vH im Jahre 1974 — im Jahre 1976 trotz des weltweiten Aufschwungs voraussichtlich nur um 1½ vH zu.

20. Das Verhältnis zwischen den Ausfuhrpreisen der nicht-erdölexportierenden Entwicklungsländer und der Industrieländer verschlechterte sich 1975 für die Entwicklungsländer wieder um rund 14 vH, nachdem es sich 1973 um 14 vH und 1974 um weitere 7½ vH verbessert hatte. Im Zusammenhang damit stieg ihr Handelsbilanzdefizit kräftig an, und der Finanzierungsbedarf für den Importüberschuß und die Schuldentilgung, der 1973 rund 15 Mrd Dollar ausgemacht hatte, belief sich 1975 auf 46½ Mrd Dollar (Tabelle 6).

Tabelle 6

Externe Finanzierung des außenwirtschaftlichen Defizits der Entwicklungsländer [1])

Mrd US-Dollar

	1973	1974	1975	1976 [2])
Saldo der Leistungsbilanz [3])	— 7	—27	—36	—29
Tilgung von Auslandsschulden	— 8½	— 9½	—10½	—12½
Gesamter Finanzierungsbedarf	—15½	—36½	—46½	—41½
Offizielle Kapitalhilfe [4])	14½	19½	24¼	26
bilateral				
OECD	8½	10½	14	15
OPEC	1	2½	3½	3
sonstige	2	2½	2	1½
multilateral	3¼	4¼	5¼	6½
Private Direktinvestitionen (netto)	3½	4¼	4	4
IWF-Ziehungen	½	2	2¼	3½
Kommerzielle Bankkredite	9	18	22	21
Internationale Anleiheemissionen	¾	¼	½	1
Sonstige Zuflüsse [5])	— 4¼	— 4½	— 9	— 9
Gesamter Kapitalzufluß	24	39½	44	46½
Veränderung der Währungsreserven [6])	8½	3	— 2½	5

[1]) Ohne OPEC.
[2]) Vorläufige
[3]) Ohne offizielle Übertragungen.
[4]) Zuschüsse und Darlehen.
[5]) Einschließlich der nicht erfaßten Posten und statistischen Ermittlungsfehler.
[6]) Internationale Reserven in der Definition des IWF.

Quelle: Morgan Guaranty Trust Company

Auch 1976 sind dafür voraussichtlich mehr als 40 Mrd Dollar aufzubringen, obwohl der Einfuhrüberschuß deutlich zurückgeht. Mit zunehmender Verschuldung muß ein immer größerer Anteil der Deviseneinnahmen für den Schuldendienst abgezweigt werden. Im Jahr 1974 waren es rund 7½ vH, 1976 bereits 9 vH. Der Anteil an den Exporterlösen stieg im gleichen Zeitraum von 11 vH auf 13 vH. Der Umfang des Schuldendienstes wird 1977 trotz einer weiteren Verminderung des Handelsbilanzdefizits den gesamten Finanzierungsbedarf der Entwicklungsländer aller Voraussicht nach erneut vergrößern. Die Schwierigkeiten und damit die Kosten der Kapitalbeschaffung dürften nach der Ausschöpfung der sogenannten Ölfazilität des Internationalen Währungsfonds in diesem Jahr, mit der die Zahlungsbilanzhilfe für die von der Erdölverteuerung besonders hart getroffenen Länder finanziert worden war, und in Anbetracht der zunehmenden Nachfragekonkurrenz an den internationalen Kreditmärkten eher zu- als abnehmen.

Die Auslandsverschuldung, mit der die Entwicklungsländer zunächst eine Drosselung ihres wirtschaftlichen Wachstums verhindern wollten, droht jetzt, da das Gewicht des Schuldendienstes von Jahr zu Jahr schwerer wird, selbst eine Verlangsamung des Entwicklungsprozesses zu erzwingen. Auch die offizielle Kapitalhilfe der Industrieländer und der OPEC-Länder, deren Konditionen leichter zu tragen sind, kann diese Gefahr nicht beseitigen. Denn Zweck der Kapitalhilfe ist es nicht, die Finanzierungslücke der Entwicklungsländer, die der Markt nicht schließt, mit öffentlichen Mitteln zu decken.

21. Die Entwicklungsländer erwarten dies auch nicht. Vielmehr bestärkten die nahe gerückten Grenzen der Verschuldungsfähigkeit gerade die rohstoffexportierenden Länder in ihrer in den letzten Jahren erkennbar gewordenen Neigung, nicht mehr so sehr das Verlangen nach einem größeren Kapitalzufluß als vielmehr die Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung obenanzustellen. Im Kern geht es ihnen dabei um eine internationale Umverteilung durch administrierte Welthandelspreise. Der steigende Rang dieser Forderung ist schon seit 1964 auf den alle vier Jahre stattfindenden Welthandelskonferenzen der Vereinten Nationen (UNCTAD) sichtbar geworden. Doch erst als sich in den siebziger Jahren der Preisauftrieb weltweit beschleunigte, räumten die Entwicklungsländer dem Thema Priorität ein; im Jahre 1973 wurde die gesamte Welt durch die Ölpreispolitik der OPEC-Staaten damit konfrontiert.

Die Industrieländer hatten dieser Tendenz lange genug selbst Vorschub geleistet, indem sie aus falsch verstandenem Eigeninteresse eine Integration der Entwicklungsländer in den Welthandel durch protektionistische Schranken behinderten. Mitunter mußte es so scheinen, als ob die Industrieländer mit komplizierten Einfuhrbestimmungen und mit Mengenbeschränkungen erste Wettbewerbserfolge der Entwicklungsländer am Weltmarkt verhindern wollten.

Inzwischen ist die Enttäuschung in den Entwicklungsländern so groß, daß ihnen neue Modelle der Erlösstabilisierung, die Transferzahlungen der Industrieländer zum Ausgleich von Preisschwankungen am Weltmarkt vorsehen, nicht mehr genügen, zumal sie von solchen Mechanismen auch größere wirtschaftliche Abhängigkeit befürchten. Den entscheidenden Ansatzpunkt, eine bessere Einkommensverteilung zu erreichen und gleichzeitig die Unabhängigkeit von den „Geberländern" zu erhöhen, sehen sie nun schon seit mehreren Jahren in der Errichtung eines zentralen internationalen Interventionsfonds, der die Rohstoffpreise stabilisieren und darüber hinaus an die Entwicklung der Fertigwarenpreise koppeln soll. Weiterreichende Markteingriffe — von nationalen Exportquoten bis hin zu Beschränkungen der Rohstoffsubstitution — sollen gegebenenfalls ein solches System absichern.

22. Auf der IV. Welthandelskonferenz der Vereinten Nationen, die im Mai 1976 in Nairobi stattfand, wurden all diese Forderungen präsentiert. Einen zentralen Interventionsfonds für die wichtigsten mineralischen und agrarischen Rohstoffe lehnten die meisten Industrieländer strikt ab. Dies war verständlich. Den rohstoffexportierenden Ländern wird durchaus zugestanden, daß eine Preisstabilisierung auch in den Industrieländern womöglich die Versorgungssicherheit erhöhen und die konjunkturellen Erwartungen verstetigen würde. Ebensowenig wird die Notwendigkeit bestritten, den Industrialisierungsprozeß der Entwicklungsländer und damit deren Importtätigkeit vor Schwankungen der Weltkonjunktur nach Möglichkeit abzuschirmen. Doch zu diesem Zweck eine marktwidrige Festsetzung der Rohstoffpreise zu vereinbaren, würde eine unüberschaubare Fehlleitung von Ressourcen nach sich ziehen und früher oder später das wirtschaftliche Wachstum in der ganzen Welt gefährden.

23. Die Länder der Europäischen Gemeinschaft haben durch das im Februar 1975 mit sechsundvierzig afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten geschlossene „Abkommen von Lomé" einen besseren Weg beschritten. Das Abkommen sieht neben Finanzhilfen und Erleichterungen für die Einfuhr aus diesen Ländern auch die Stabilisierung der Erlöse für eine Reihe wichtiger Exportgüter aus Mitteln des Entwicklungsfonds der EG vor. In diesem Jahr wurden von den dafür bis 1980 bereitgestellten 375 Mio RE erstmals 75 Mio RE aufgewendet. Die am wenigsten entwickelten Länder dieser Gruppe brauchen Kompensationszahlungen dieser Art nicht zurückzuzahlen.

Mit diesem Ansatz stellt das Abkommen von Lomé der Forderung nach einer internationalen „Rohstoffmarktordnung" eine klare Alternative entgegen. Nicht die Weltmarktpreise ihrer Güter, sondern das, worauf es für die Entwicklungsländer im wesentlichen ankommt, nämlich ihre Devisenerlöse, werden stabilisiert. Um dieses Ziel zu erreichen, sollte das Beispiel der europäischen „Agrarmarktordnung" und eine ähnliche Mittelverschwendung, wie sie die administrative Festsetzung von Preisen

erzwingt, nicht auf internationaler Ebene wiederholt werden. Direkte Ausgleichszahlungen, wie sie das Abkommen von Lomé vorsieht, erfüllen für die Entwicklungsländer den gleichen Zweck und sind für die Weltwirtschaft als Ganzes billiger.

24. Auch das Allgemeine Präferenzenschema, das die Europäische Gemeinschaft bereits Mitte 1971 in Kraft gesetzt und seitdem wiederholt ergänzt und erweitert hat, ist ein Beispiel für die Bestrebungen, die Marktstellung der Entwicklungsländer gegenüber den Industrieländern grundsätzlich zu verbessern. Aufgrund dieser Regelung kann die Einfuhr gewerblicher Halb- und Fertigwaren aus Entwicklungsländern bis zu gewissen Höchstgrenzen (Plafonds) zollfrei vorgenommen werden. Allerdings sind die Präferenzen für Textilerzeugnisse, auf die mit Abstand der höchste Anteil der Fertigwarenimporte aus Entwicklungsländern entfällt, sehr stark eingeschränkt.

Das Präferenzenschema der Europäischen Gemeinschaft ist in seinem Nutzen für viele Entwicklungsländer überdies begrenzt, weil komplizierte Kontingentierungsregeln den zollfreien Zugang oft nicht gerade leichtmachen. So werden die begünstigten Waren etwa nach dem Kriterium der Empfindlichkeit, das heißt nach dem Grad der möglichen Beeinträchtigung der Marktstellung europäischer Anbieter eingeteilt, und bei der Einfuhr unterschiedlich streng überwacht. Zudem werden die zollfreien Kontingente für die Entwicklungsländer auf die einzelnen Mitgliedsländer aufgeteilt. Das führt dazu, daß in einzelnen Ländern die Einfuhr bereits wieder mit dem Zoll belastet wird, während in anderen Ländern Teile des zollfreien Kontingents noch unausgenutzt sind. Darüber hinaus sind im Rahmen der Kontingente für die einzelnen Waren wiederum Höchstbeträge für den Import aus einem einzelnen Entwicklungsland (Länderbutoirs) vorgesehen. Dies soll dazu dienen, auch den rückständigeren und weniger konkurrenzfähigen Entwicklungsländern bessere Absatzchancen zu eröffnen. Auch dies führt dazu, daß die Summe der einzelnen Kontingente häufig nicht ausgeschöpft wird.

All diese Regelungen im Verbund mit einer Reihe weiterer administrativer Hemmnisse komplizieren das Allgemeine Präferenzenschema der Europäischen Gemeinschaft oftmals derart, daß man an die Komplexität und den Perfektionismus der Agrarmarktordnungen erinnert wird. Der handelschaffende Effekt zugunsten der Entwicklungsländer wird dadurch kleingehalten.

25. Im Prinzip eröffnet aber die Begünstigung der Einfuhr von Fertigwaren aus Entwicklungsländern durchaus einen gangbaren Weg, um die Entwicklungsländer von den Schwankungen der Rohstoffpreise unabhängiger zu machen. Das quantitative Gewicht solcher Handelserleichterungen ist freilich — verglichen mit dem Umfang des Rohstoffhandels — vorerst noch gering. Was die Rohstoffpreise selbst anbelangt, so stellt sich ökonomisch die Alternative nicht zwischen einem integrierten Fonds und einem Komplex von individuellen Warenabkommen. Wichtiger wäre es, den Forderungen nach direkten Marktinterventionen konstruktive Vorschläge zum Ausgleich ungewollter Verteilungswirkungen der Weltmarktschwankungen entgegenzustellen. In diese Richtung weisende Ansätze zu einer kompensatorischen Erlösstabilisierung sind bereits vorhanden — so etwa in dem erwähnten Abkommen von Lomé wie auch beim Internationalen Währungsfonds. Sie sollten weiterentwickelt und nachgeahmt werden. Sich davon eine rasche Verminderung des Wohlstandsgefälles in der Welt zu versprechen, wäre freilich vermessen. Für die Gruppe der ärmsten Entwicklungsländer, die am Welthandel noch kaum beteiligt sind, läßt sich auf diese Weise vorerst nur wenig gewinnen. Hier kann nur ein großzügiger internationaler Finanzausgleich, also Entwicklungshilfe, weiterhelfen. Wie viele, aber nicht alle Industrieländer ist die Bundesrepublik von dem in den Vereinten Nationen gemeinsam gesteckten Ziel, 0,7 vH des Sozialprodukts der Industrieländer für öffentliche Entwicklungshilfe bereitzustellen, noch weit entfernt.

II. Verschärfung der Ungleichgewichte in Europa

26. Die wirtschaftliche Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft war in den vergangenen zwölf Monaten von einem zunächst unerwartet kräftigen Aufschwung gekennzeichnet, der aber im Frühjahr merklich abflachte. Im Vorjahresvergleich nahm das Sozialprodukt in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft 1976 um 4½ vH zu. Der Handel zwischen den Ländern der Gemeinschaft dehnte sich erheblich stärker aus als der jeweilige Inlandsabsatz, so daß die nationalen Märkte wieder enger verflochten sind. Den stabilitäts- und beschäftigungspolitischen Zielen kam man in der Europäischen Gemeinschaft hingegen kaum näher. Die Arbeitslosigkeit ist unvermindert hoch. Im Durchschnitt des Jahres 1967 waren immer noch 4,7 Millionen Personen oder 4,4 vH der Arbeitskräfte ohne Arbeitsplatz. Die Inflationsrate ging auf der Verbraucherstufe von 12½ vH im Vorjahr lediglich auf 10½ vH in diesem Jahr zurück. Da die nationalen Stabilisierungserfolge zudem sehr unterschiedlich ausfielen, wurden die aus dem vorangegangenen Zyklus übernommenen Zahlungsbilanzprobleme der Mitgliedsländer wieder akut.

27. Wie in den anderen Industrieländern beruhte auch in der Europäischen Gemeinschaft der Aufschwung auf einer kräftigen Belebung der Verbrauchernachfrage. In der ersten Hälfte des Jahres kam der Lageraufbau zu den konjunkturellen Impulsen des privaten Verbrauchs hinzu, was sowohl den innergemeinschaftlichen Handel als auch die Einfuhr aus Drittländern weiter ansteigen ließ. In Anbetracht der nach wie vor großen Kapazitätsreserven griffen die Nachfrageanstöße auf die Investitionstätigkeit allerdings noch nicht in nennenswertem Maße über. Erst in der Mitte des Jahres mehrten sich in einigen Bereichen die Zeichen einer lebhaf-

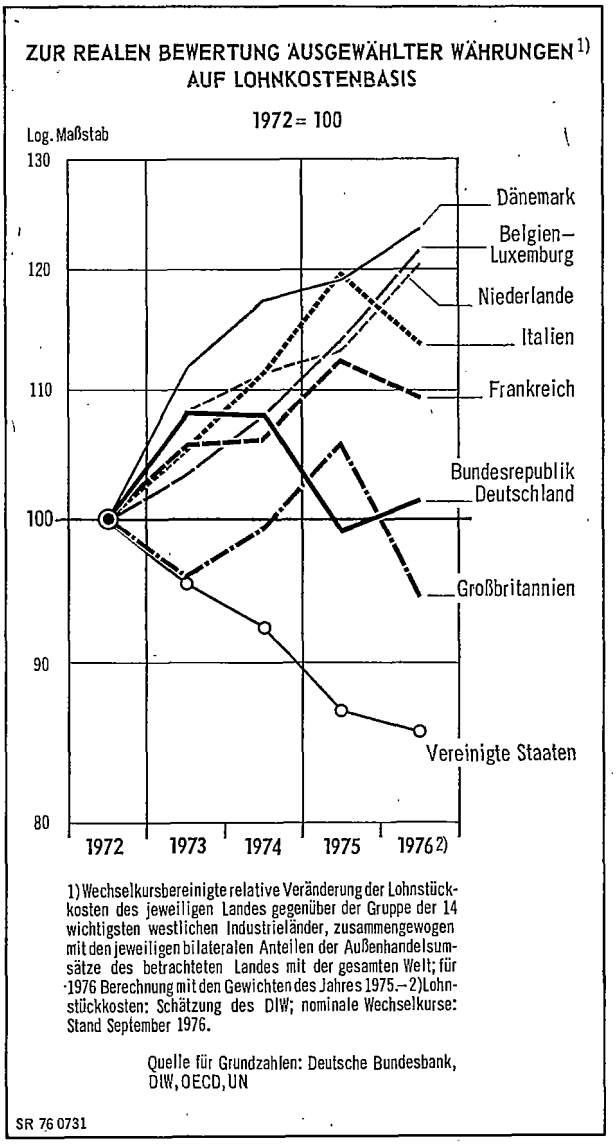
teren Nachfrage nach Ausrüstungsgütern. In jenen Ländern, in denen es um die private Investitionsneigung — gemessen am Stand der konjunkturellen Erholung — am schlechtesten bestellt war, nämlich in Belgien, in Dänemark und in den Niederlanden, war die Arbeitslosigkeit besonders hoch (Tabelle 3).

28. Die Konjunktur in der Bundesrepublik lief der Entwicklung in Belgien, Frankreich und Italien um ein bis zwei Monate voraus. Etwas größer war der zeitliche Rückstand der Niederlande und insbesondere Großbritanniens. Die außenwirtschaftliche Lage der einzelnen Länder wurde im Verlauf des Aufschwungs von der allgemeinen Nachfragebelebung höchst unterschiedlich beeinflußt. In den Ländern, in denen die Ausgabebereitschaft der Verbraucher nicht nur von den in den letzten Jahren angesammelten Ersparnissen der privaten Haushalte, sondern auch von hohen Lohnsteigerungen zu Beginn des Jahres 1975 angeregt worden war, brachte der zunehmende internationale Handel von der Mitte des Jahres 1975 ab wieder größere Defizite. Dies galt für Frankreich, für Belgien, für Dänemark und für Italien. In diesen Ländern war zwischen dem Sommer 1975 und dem Frühjahr 1976 die Verbrauchernachfrage besonders kräftig angestiegen; trotz des Konjunkturgleichschritts blieb die Ausfuhrentwicklung hinter der Einfuhrentwicklung zunächst deutlich zurück. Vom zweiten Halbjahr 1975 zum ersten Halbjahr 1976 vergrößerten sich die Handelsbilanzdefizite in Dänemark von 1 Mrd Dollar auf 1,4 Mrd Dollar, in Frankreich von 1,9 Mrd Dollar auf 2,7 Mrd Dollar und in Italien von 1,9 Mrd Dollar auf 3,5 Mrd Dollar. Demgegenüber verzeichnete Großbritannien bei zunächst noch verhaltener Ausgabeneigung der Verbraucher eine überaus günstige Exportentwicklung, die der verzögerten binnenwirtschaftlichen Erholung bis zur Mitte des Jahres vorauseilte. Auch die Niederlande, in denen sich die Binnennachfrage nur sehr allmählich erholte, profitierten anfangs von den Bestellungen der Partnerländer besonders stark. Nachdem im Frühjahr der Nachfrageanstieg abflachte, bildeten sich die extremen Ungleichgewichte im innergemeinschaftlichen Handel, die sich in den letzten Monaten des Jahres 1975 aufgetan hatten, zwar zurück. Doch die Gegensätze zwischen den Außenhandelsergebnissen der einzelnen Länder waren 1976 aufs ganze Jahr gesehen ungleich krasser als im vergangenen Jahr. In Italien und Dänemark kamen die Defizite der Handelsbilanz wieder dem Umfang von 1974 nahe.

Steiles Stabilitätsgefälle

29. Da die Bundesrepublik schon 1973 in der monetären Restriktion und 1975 in der Mäßigung der Lohnpolitik den Partnerländern vorangeschritten war, verfügte sie zu Beginn des Aufschwungs über einen beträchtlichen Stabilitätsvorsprung, der im Wechselkurs noch nicht vollständig ausgeglichen war (Schaubild 2). Diese reale Abwertung bescherte nun, als die Ausgabeneigung in der zweiten Hälfte

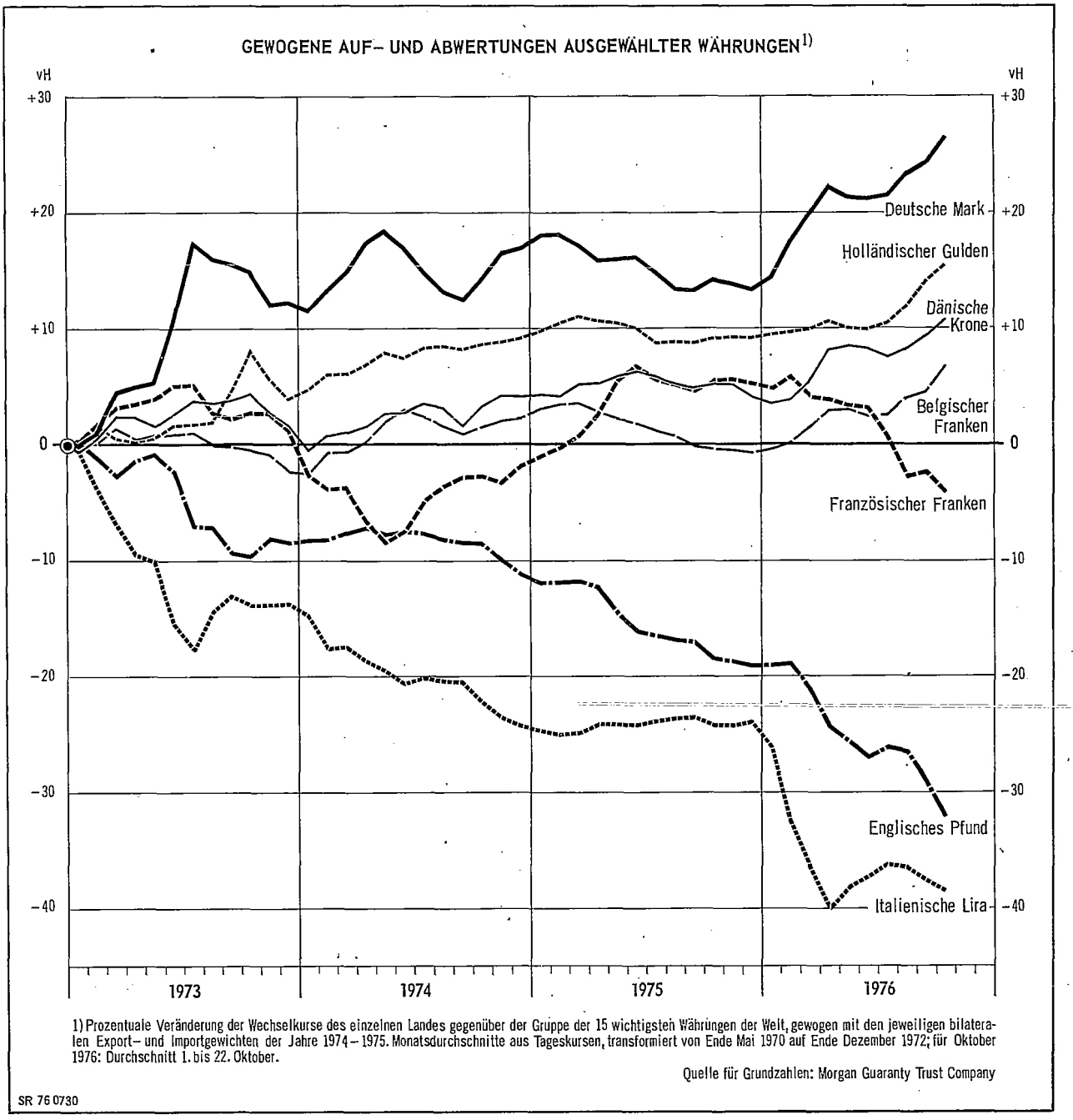
Schaubild 2



des Jahres 1975 fast überall in der Gemeinschaft zunahm, den deutschen Anbietern einen steigenden Anteil am innergemeinschaftlichen Handel. Gerade in den Ländern, von denen die Impulse der zusätzlichen Verbrauchernachfrage ausgingen, hatte der 1975 noch anhaltende Lohnkostenauftrieb eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der Bundesrepublik verhindert. In diesen Ländern war es bis zur Jahreswende 1975/76, als sich mit dem Nachfrageanstieg auch der Preisanstieg wieder beschleunigte, weder zu einer ausreichenden Verbesserung der Gewinnerwartungen noch zu einer entsprechenden Anpassung der Wechselkurse gekommen. Vielmehr hatte die Rezession und die damit verbundene vorübergehende Verbesserung der Zahlungsbilanzlage eine Verringerung des Stabilitätsrückstandes vorgetäuscht. Tatsächlich aber waren am Ende des Jahres 1975 die in D-Mark berechneten Lohnstückkosten der Industrie in Frankreich noch um 12 vH, in Italien um 14 vH, in der Bundesrepublik aber überhaupt nicht mehr höher als zwölf Monate zuvor.

30. Vor diesem Hintergrund höchst unterschiedlicher nationaler Stabilisierungserfolge in der Rezession gerieten zu Beginn des Jahres 1976 die Wechselkurse in Bewegung. Die daran anknüpfenden spekulativen Kapitalströme verstärkten die Bewegung noch, denn allein schon in Anbetracht der anhaltenden Preisberuhigung in der Bundesrepublik war an eine rasche Verminderung des europäischen Stabilitätsgefälles und damit an eine baldige Umkehr der Kurstendenzen schwer zu glauben. So löste eine Kapitalflucht aus Großbritannien und aus Italien in den ersten Monaten des Jahres einen Einbruch der Pfund- und Lirakurse aus (Schaubild 3). Allein zwischen Januar und April büßte die britische Währung 7½ vH, die italienische Währung 20 vH an Wert ein. Auch der französische und der belgische Franken wurden in Mitleidenschaft gezogen. Frankreich schied ohne langes Zögern aus dem Floating-Block aus. Dem folgte zwar keine spektakuläre Talfahrt des französischen Franken, wie sie Lira und Pfund durchzustehen hatten, doch schon im Juli geriet die französische Währung erneut unter Druck. Diesmal blieb auch der holländische Gulden, der bis zu Beginn des Jahres stets nahe der oberen Interventionskurse bewertet worden war, nicht verschont. Zwischen Juli und Oktober mußten sämtliche Währungen in ihrer Stellung zur D-Mark eine neue Abwertungswelle über sich erge-

Schaubild 3



1) Prozentuale Veränderung der Wechselkurse des einzelnen Landes gegenüber der Gruppe der 15 wichtigsten Währungen der Welt, gewogen mit den jeweiligen bilateralen Export- und Importgewichten der Jahre 1974–1975. Monatsdurchschnitte aus Tageskursen, transformiert von Ende Mai 1970 auf Ende Dezember 1972; für Oktober 1976: Durchschnitt 1. bis 22. Oktober.

Quelle für Grundzahlen: Morgan Guaranty Trust Company

SR 76 0730

hen lassen, bis im Oktober die D-Mark gegenüber den anderen Währungen des Floating-Blocks geringfügig aufgewertet wurde (Ziffer 170).

31. Nach dem Austritt Frankreichs im März 1976 konnte zwar das feste Wechselkursgefüge der Währungsschlange, der neben der Bundesrepublik, den Benelux-Ländern und Dänemark auch Norwegen und Schweden angehören, von den Notenbanken zunächst verteidigt werden, ohne daß das geldpolitische Kompensationspotential des stabilsten Landes, nämlich der Bundesrepublik, überfordert wurde. Doch wurde im Laufe des Jahres mehr und mehr klar, daß diejenigen, die auf Änderung der Wechselkurse setzten, die Bestimmungsfaktoren realistischer Wechselkurse durchaus auf ihrer Seite hatten. Zum einen verminderte sich die Inflationsdifferenz gegenüber der Bundesrepublik nicht, auch wenn die Preissteigerungsraten in Belgien, in Dänemark und in den Niederlanden von durchschnittlich 10 vH zu Jahresbeginn auf knapp 9 vH in der Jahresmitte zurückgingen; zum anderen war es in diesen Ländern weder in der Geldpolitik noch in der Einkommenspolitik noch in der Finanzpolitik zu solchen Anpassungen gekommen, wie sie den Stabilisierungserfolgen in der Bundesrepublik zugrunde lagen.

Den Regierungen war aber an festen Wechselkursbeziehungen zur D-Mark mehr gelegen denn je. Denn die Bindung an die im Kurs gegenüber Drittwährungen eher steigende D-Mark wirkte im gesamten Floating-Block dem in der weltweiten konjunkturellen Erholungsphase besonders spürbaren Auftrieb der Importkosten entgegen. Das Beispiel anderer Länder mit floatenden Währungen nährte allenthalben die Sorge, mit einmalig gemeinten Korrekturen der Wechselkurse die Wechselkurserwartungen an den Märkten zu verunsichern statt zu stabilisieren und eine nur schwer zu kompensierende Verteuerung der Einfuhr in Kauf nehmen zu müssen. Überdies schien mit dem Argument der schwindenden nationalen Währungsreserven einkommenspolitische Mäßigung und geldpolitische Restriktion im Inland leichter durchsetzbar. Mit solchermaßen festen, aber unrealistischen Wechselkursen blieb diesen Ländern nichts anderes als der Versuch übrig, die bislang versäumte einkommens- und geldpolitische Anpassung nachzuholen. Das Realignment milderte den Anpassungszwang, beseitigte ihn aber nicht.

32. Von allen Ländern im Floating-Block hatte Dänemark mit den größten Problemen zu kämpfen. Seine Währungspolitik ist traditionell davon bestimmt, die Finanzierung des Handelsbilanzdefizits den Marktkräften zu überlassen. Allerdings war im Zuge der außerordentlich expansiven Finanzpolitik auch die Auslandsverschuldung des öffentlichen Sektors zwischen dem ersten Vierteljahr 1974 und dem ersten Vierteljahr 1976 um 50 vH gestiegen. Inzwischen entfielen fast zwei Drittel der dänischen Staatsschulden auf Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland. Zu Beginn des Jahres, als der Einfuhrüberschuß rapide anschwoll, nahm an den Devisenmärkten das Vertrauen in die dänische Währung mehr und mehr ab. Eine Dämpfung der Binnennachfrage aber, wie sie für die Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts immer dringlicher wurde, fiel schwer, weil die Arbeitslosigkeit noch hoch war.

Die Politik der dänischen Notenbank war von Jahresbeginn an durch umfangreiche Devisenmarktinterventionen und durch die mehrfache Verteuerung kurzfristiger Finanzierung gekennzeichnet. Zwischen Januar und Juli schrumpften die Devisenreserven um ein Viertel, der Diskontsatz wurde von 7½ % auf 11 % heraufgesetzt. Der Rentenmarkt wurde hingegen gestützt. In der ersten Hälfte des Jahres 1976 nahm der Bestand an öffentlichen Schuldtiteln in den Händen der Notenbank um ein Drittel zu.

Zwar verlangsamte sich der Preisauftrieb von 9 vH auf 7½ vH, doch stiegen Preise, Löhne und Geldmenge noch immer schneller als in der Bundesrepublik.

33. Auch in den Niederlanden und in Belgien verlangten die Notenbanken in Anbetracht des Drucks auf ihre Währungen höhere Zinsen und höhere Pflichtreserven. In beiden Ländern waren auch 1975 noch die Löhne weit stärker als in der Bundesrepublik gestiegen. Doch konnten einkommenspolitische Konsequenzen erst für 1977 gezogen werden (Ziffer 38). Der Anstieg der Verbraucherpreise ließ im Laufe des Jahres geringfügig nach. Im Vorjahresvergleich machte er in Belgien zuletzt noch 9½ vH, in den Niederlanden 8½ vH aus.

34. Der Franken verlor seit dem Austritt Frankreichs aus der Schlange im März 1976 rund 10 vH an Wert. Die Notenbank erhöhte inzwischen den Diskontsatz in mehreren Schritten von 8 % auf 10½ % und unterwarf die Kreditinstitute einer strengeren Mindestreservepflicht. Darüber hinaus wurden die Kreditplafonds herabgesetzt. Doch die Abwertungserwartungen konnten damit nicht beseitigt werden; denn der Lohnanstieg hatte seit Beginn der Rezession noch immer nicht nennenswert nachgelassen (Ziffer 38). Das Inflationstempo ging zwar im weiteren Verlauf des Jahres von 11 vH auf 9 vH zurück, die Inflationsdifferenz zu den Ländern des Floating-Blocks verminderte sich aber nicht. Im Herbst verhängte die Regierung einen absoluten Preisstopp, der bis zum Ende des Jahres gilt.

35. In denjenigen Ländern der Gemeinschaft, die nicht dem Festkursverbund angehören, erwies sich der Stabilitätsrückstand noch immer als viel zu groß, als daß schon wieder an eine gemeinschaftliche Stützung ihrer Währungen hätte gedacht werden können. Schließlich waren solche inneren Ungleichgewichte, wie sie Frankreich gerade erneut zum Verlassen des Floating-Blocks gezwungen hatten, in Italien und in Großbritannien allemal gegeben. Doch mußte die Gemeinschaft in diesem Jahr erleben, wie diese Länder in ungleich schärfere währungspolitische Zielkonflikte als die Länder des Währungsverbundes gerieten, obwohl beide Länder in großem Umfang Zahlungsbilanzhilfe aus dem

Ausland — zusammen schätzungsweise 10 Mrd Dollar — erhielten. In Italien und in Großbritannien verlieh die rapide Abwertung dem von den Rohstoffpreisen ohnehin beschleunigten Anstieg der Importkosten einen bedrohlichen Auftrieb, der sich rascher im inländischen Konstenniveau niederschlug, als sich die wechselkursbedingte Verbilligung der Ausfuhr in entsprechenden Absatzerfolgen hätte auszahlen können.

36. In Italien stiegen in den ersten vier Monaten des Jahres die Einfuhrpreise um rund 25 vH, die Großhandelspreise um rund 13 vH. Um die Kapitalflucht zu stoppen, griffen die italienischen Währungsbehörden wie schon in der Vergangenheit zu umfangreichen Kapitalverkehrskontrollen — vor allem von Zahlungen im Außenhandel — sowie zu drastischen Zinserhöhungen. Von Mai 1976 ab mußten für alle Importe 50 vH des Einfuhrwertes zinslos bei der Zentralbank hinterlegt werden, woraufhin das laufende Handelsbilanzdefizit um fast ein Drittel zurückging. Der Diskontsatz wurde in mehreren Schritten von 6 % auf 12 % verdoppelt. Die Liquiditätsverknappung erwies sich als scharf. Der Anstieg der Verbraucherpreise, der zuvor ein bedrohliches Tempo erlangt hatte, ließ deutlich nach. Allerdings konnte nicht mehr verhindert werden, daß sich im Vorjahresvergleich die Inflationsrate von 11 vH zu Jahresbeginn wieder auf 18 vH im dritten Vierteljahr erhöhte. Der Kurs der Lira konnte sich im Sommer erholen, weil ein Teil des Fluchtkapitals zurückfloß, sank danach aber erneut ab.

37. In Großbritannien wurde nach der plötzlichen Flucht aus dem Pfund am Anfang des Jahres die inländische Inflation von der Abwertung nicht im gleichen Maße angeheizt wie in Italien. Zum einen ging der Kursverfall des Pfundes zunächst nicht so weit wie derjenige der Lira; zum anderen — und dies war ungleich wichtiger — war der Einkommenspolitik bereits im Herbst 1975 mit einer Begrenzung der Tariflohnerhöhungen auf durchschnittlich 11 vH eine rigorose Dämpfung des Lohnkostenanstiegs gelungen, so daß die Teuerungsrate, die zu Beginn des Jahres 1976 noch 24 vH betragen hatte, deutlich abnahm. Allerdings hat sich im weiteren Jahresverlauf der Preisauftrieb wieder beschleunigt. Im Oktober lag das Verbraucherpreisniveau noch um rund 14 vH über dem des Vorjahres. Vom Frühjahr an belebte sich die Binnennachfrage. Das Defizit der Handelsbilanz, das sich bis zum Frühjahr laufend verringert hatte, wurde durch beschleunigt steigende Importausgaben vergrößert. Trotz des einkommenspolitischen Erfolges im Innern kam an den Devisenmärkten kein Vertrauen zustande, daß dieser Erfolg nachhaltig sein würde. Vielmehr mußte das Pfund nach dem Sommer einen abermaligen Kurseinbruch hinnehmen. Der Zinssatz der Bank von England wurde im Laufe des Jahres von 10 % auf zuletzt 15 % heraufgesetzt. Die Regierung beabsichtigt nun, die Verschuldungsmöglichkeiten beim Internationalen Währungsfonds voll auszuschöpfen.

38. In der Einkommenspolitik hatten auch die anderen Länder Stabilisierungserfolge aufzuweisen, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Am geringsten waren sie in Frankreich; dort fielen die Lohnsteigerungen mit 16 vH trotz des Rückgangs der Teuerungsrate kaum niedriger aus als 1975. In den anderen Ländern der Gemeinschaft blieben die Lohnerhöhungen deutlich unter denen des Vorjahres. Die Effektivlöhne stiegen im Verlauf des Jahres 1976 nicht mehr schneller als die Verbraucherpreise. In Dänemark, in Belgien und in den Niederlanden bedeutete dies eine Zunahme um 8 vH bis 10 vH, in Italien einen Anstieg von 18 vH.

Darüber hinaus setzten sich die Bemühungen um weitere einkommenspolitische Mäßigung fort. In Belgien und in Italien wurden sowohl obere Verdienstgruppen als auch bestimmte Teuerungsfaktoren aus der fortbestehenden Lohnindexierung ausgeklammert. In den Niederlanden und in Dänemark, wo die neuen Lohnleitlinien nicht mehr den vollen Inflationsausgleich zulassen, wurde die Tarifautonomie faktisch ausgesetzt. In Frankreich wurde im Herbst neben dem dreimonatigen Preisstopp eine Beschränkung der Lohnerhöhungen auf den Ausgleich der Inflationsrate angekündigt, während in Großbritannien die zweite Phase der Einkommenspolitik mit einer bis April 1977 befristeten Begrenzung der nominalen Lohnerhöhungen auf durchschnittlich 4½ vH begann.

Noch hohe öffentliche Defizite

39. Die Empfehlungen der EG-Kommission hatten für das Jahr 1976 noch einmal eine expansive Finanzpolitik zugunsten des Anstiegs der Beschäftigung vorgesehen. Die expansiven Impulse sollten aber insgesamt nicht verstärkt und im Jahresverlauf vermindert werden. In den meisten Ländern der Gemeinschaft verwirklichte die Finanzpolitik 1976 einen solchen Kurs annähernd. In den ersten Monaten kamen noch neue fiskalische Maßnahmen zugunsten privater Investitionen und arbeitsmarktpolitischer Vorhaben zu den konjunkturpolitischen Anstößen im vorangegangenen Jahr hinzu, doch im weiteren Verlauf des Jahres 1976 ging es den Regierungen überwiegend darum, die expansiven Impulse abzuschwächen.

40. Die öffentlichen Defizite waren auch 1976 noch außerordentlich hoch. Nur in Frankreich und in der Bundesrepublik wurden sie bereits vermindert. Das Finanzierungsdefizit der nationalen Zentralhaushalte insgesamt, das — bezogen auf das Sozialprodukt der Gemeinschaft — in den Jahren 1973 und 1974 rund 2½ vH ausgemacht hatte und 1975 auf rund 5½ vH gestiegen war, ging in diesem Jahr wieder auf 4½ vH zurück.

Wenn sich in den meisten Ländern die Defizite absolut noch weiter vergrößerten, dann geschah dies nicht zuletzt deshalb, weil Einnahmeausfälle bei den direkten Steuern infolge expansiver steuerpolitischer Maßnahmen im Vorjahr erst 1976 kassenwirksam wurden. Außerdem nahmen mehrere Län-

der in diesem Jahr bislang verzögerte Anpassungen der Einkommensbesteuerung an die Geldentwertung vor, indem sie vor allem den Freibetrag erhöhten und die Proportionalzone des Steuertarifs ausdehnten. Aber auch das Ausgabeniveau blieb außerordentlich hoch. Zwar zeigte sich bei den Zuwachsraten der öffentlichen Ausgaben eine deutliche Abschwächung, doch muß dies vor dem Hintergrund des Jahres 1975 gesehen werden. Damals war es aufgrund zahlreicher Nachtragshaushalte zu einer Steigerung der Ausgaben um 23 vH gekommen. Nachtragshaushalte blieben in diesem Jahr weitgehend aus. Die tatsächlichen Staatsausgaben waren 1976 um rund 12 vH höher als 1975. Die Zuwachsraten in den einzelnen Ländern lagen noch immer weit auseinander (Tabelle 7). Ausgesprochen hoch blieben sie in Belgien, in Italien und vor allem in den Niederlanden, wo sich das öffentliche Defizit gegenüber 1975 fast verdoppelte.

Auch außerhalb der Zentralhaushalte verschlechterte sich die finanzielle Lage des öffentlichen Sektors 1976 noch einmal. Die Defizite der Sozialversicherungen und lokalen Körperschaften nahmen zu, weil die Zuschüsse aus den Zentralhaushalten trotz der ungünstigen Lage am Arbeitsmarkt von Kürzungen nicht verschont blieben. Und schließlich mußte auch der aus den Haushaltsplänen ausgegliederte öffentliche Unternehmenssektor, auf den in den meisten Ländern der größte Teil der staatlichen Investitionsbudgets entfällt, mit exzessiver Auslandsverschuldung zur Stützung der Wechselkurse herhalten.

41. In den Ländern mit dem größten Stabilitätsrückstand begann die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen nicht ohne Komplikationen. Die Erhöhung von indirekten Steuern und öffentlichen Tarifen, wie sie in den meisten Ländern vorgenommen wurde, erschwerte die Dämpfung des Preisauftriebs, vor allem in Frankreich und in Italien. Der Versuch, die Beteiligung der Notenbanken an der Finanzierung der öffentlichen Defizite zu verringern, indem der Staat stärker auf die Kapitalmärkte zurückgriff, ließ die Zinsen steigen, die Anleger hielten sich in Erwartung weiter steigender Zinsen zurück. Besonders in Italien, aber nicht nur dort, hat die Notenbank, um einem übermäßigen Anstieg des Zinsniveaus entgegenzuwirken, in erheblichem Umfang am Rentenmarkt interveniert, was wiederum den gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsspielraum in stabilitätspolitisch bedenklichem Maße erweiterte.

Geldpolitik ohne einheitliches Konzept

42. Die Geldpolitik blieb auch 1976 in den meisten Ländern der Gemeinschaft zinsorientiert. Im Gegensatz zum Vorjahr, als um der Beschäftigung willen das Zinsniveau so weit wie möglich gesenkt werden sollte, waren es jetzt die außenwirtschaftlichen Zwänge, die den Kurs weithin diktierten.

In allen Ländern, mit Ausnahme Großbritanniens, hatten die Notenbanken in der Mitte des Jahres

Tabelle 7

Die Staatshaushalte [1]) in den EG-Ländern

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Jahr	Bundesrepublik Deutschland [2])	Belgien	Dänemark	Frankreich	Großbritannien	Irland	Italien	Niederlande
				Ausgaben				
1973	+11,9	+13,3	+10,6	+11,0	+13,8	+22,5	+36,0	+18,2
1974	+13,3	+15,5	+23,0	+14,9	+34,6	+27,6	+17,3	+16,3
1975	+15,6	+25,2	+20,1	+26,7	+30,5	+35,5	+25,5	+23,0
1976 [3])	+ 6	+15½	+ 9½	+ 8	+16½	+22½	+24½	+19
				Einnahmen				
1973	+14,4	+17,1	+16,8	+11,6	+13,2	+19,7	+12,4	+18,1
1974	+ 6,8	+19,0	+10,0	+20,0	+24,0	+18,5	+27,5	+ 8,1
1975	+ 1,6	+19,3	+ 3,0	+ 3,4	+23,2	+21,9	+25,6	+13,0
1976 [3])	+ 8½	+16½	+11	+17	+20½	+28½	+29½	+ 9

[1]) Nach Abgrenzung der EG-Kommission; vorläufige und Vorschüsse.
[2]) Bundeshaushalt.
[3]) Eigene Schätzung.

Quelle: Kommission der Europäischen Gemeinschaften

1975 mit Auszahlungen an den Staat und der Freigabe von Pflichtreserven der Kreditinstitute den Finanzierungsspielraum kräftig ausgeweitet. Da 1974 nur in der Bundesrepublik und in Dänemark eine deutliche Verlangsamung der monetären Expansion gelungen war und nun eine abermalige — konjunkturpolitisch gewollte — Vergrößerung des Finanzierungsspielraums hinzukam, war in allen Ländern das monetäre Potential so groß, daß allein seine volle Ausschöpfung schon die Finanzierung des Aufschwungs erlaubt hätte. Doch in den folgenden Monaten setzte die Geldpolitik ihre Expansion fort, so daß die zunehmende Auslastung der Produktionskapazitäten in der Gemeinschaft nicht mit einer entsprechend intensiveren Auslastung des zuvor geschaffenen Finanzierungsspielraums einherging. Offensichtlich ließen sich die meisten Zentralbanken davon leiten, einem Anstieg des Zinsniveaus vorzubeugen.

43. Infolge der unterschiedlichen Teuerungsraten und infolge des unterschiedlichen Gewichts, das dem Bemühen um niedrige Zinsen beigemessen wurde, war das Tempo der monetären Expansion in den einzelnen Ländern bis zum Frühjahr 1976 höchst ungleich. In der ersten Jahreshälfte übertraf die Zentralbankgeldmenge in der Bundesrepublik ihren Vorjahresstand um 10 vH, in Italien dagegen um rund 20 vH. Erst als diese Ungleichgewichte auch an den Devisenmärkten sichtbar wurden, korrigierten die betroffenen Zentralbanken ihren expansiven Kurs.

Dem zunehmenden Konflikt zwischen den Kapitalabflüssen und dem Wunsch, den Anstieg des Zinsniveaus zu begrenzen, versuchten die zuständigen Instanzen in mehreren Ländern mit einer gespaltenen Geldpolitik zu begegnen. So wurde vor allem in Belgien, in Italien und in den Niederlanden die Kursstützung langfristiger Wertpapiere von einer Forcierung des Zinsauftriebs für Anlagen in kurzen Fristen begleitet, von der man sich ausreichende Zahlungsbilanzwirkungen erhoffte. Zielvorstellungen darüber, welche Wirkungen auf die inländische Geldmenge mit diesen entgegengesetzten Impulsen erzielt werden sollten, bestanden offenbar nicht. Angesichts der unverminderten Geldmengenexpansion reichten die Zinserhöhungen nicht aus, die Abwertungserwartungen zu überspielen. In der zweiten Hälfte des Jahres wurde der geldpolitische Kurs daher verschärft. Als Instrumente dienten neben weiterer Verteuerung des Notenbankkredits eine stärkere Belastung der Banken mit Pflichtreserven sowie strengere Vorgaben für die Ausweitung des Kreditvolumens.

Am deutlichsten verlangsamte sich im Verlauf des Jahres die monetäre Expansion in Italien und in Dänemark. In beiden Ländern war sie allerdings im Vorjahr auch am kräftigsten gewesen. In Großbritannien, wo die Geldpolitik ihren restriktiven Kurs die Rezession hindurch beibehalten hatte, beschleunigte sich demgegenüber die Ausdehnung des Geldangebots, als im Frühjahr die inländische Nachfrage spürbar anzog.

44. In der monetären Politik der Jahre 1975 und 1976 zeigte sich, daß die Länder der Europäischen Gemeinschaft von einer Verstetigung der inländischen Geldversorgung noch weit entfernt sind. Der schubartigen Ausdehnung des Geldangebots im Vorjahr folgte in diesem Jahr unter dem Zwang zunehmender außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte eine mitunter drastische Verlangsamung der monetären Expansion. Dort, wo in der Vergangenheit der Finanzierungsspielraum besonders weit gesteckt worden war, erwies es sich als unmöglich, einem abermals beschleunigten Preisanstieg mit den Mitteln der Zinspolitik ausreichend entgegenzuwirken. An den Devisenmärkten fand dies in den anhaltenden Kursverlusten der Währungen dieser Länder seinen Ausdruck. Zwar haben die Zentralbanken Frankreichs und Großbritanniens 1976 der inländischen Geldnachfrage erstmals Zuwachsraten vorgegeben, doch wurden diese nach wie vor aus den Zielen einer antizyklischen Zinspolitik abgeleitet, ohne daß man den in der Vergangenheit angehäuften Finanzierungsreserven ausreichend Rechnung trug. Das Jahr 1976 lehrt, daß ohne eine glaubwürdige Steuerung der monetären Expansion im Inland eine stetige Wirtschaftspolitik nicht möglich ist.

Zur europäischen Agrarpolitik

45. Die Probleme der Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft haben sich weiter verschärft. Die einseitige Ausrichtung der Agrarpreispolitik auf einkommenspolitische Ziele hat zu steigenden Kosten und zunehmendem Protektionismus geführt. Die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Mitgliedsländern hat die gemeinsame Agrarpolitik zunehmend belastet.

46. Der Grad der Integration auf dem europäischen Agrarmarkt hat 1976 weiter abgenommen. Die einzelnen Mitgliedsländer waren bemüht, die Wechselkursänderungen nicht voll auf die Agrarmärkte durchschlagen zu lassen. Sie fingen diese weitgehend durch Änderungen des Grenzausgleichs auf. Die abwertenden Länder wollten die preiserhöhenden Wirkungen aus stabilitätspolitischen Gründen verhindern, die aufwertenden Länder die preissenkenden aus Rücksicht auf die Einkommen der Landwirte vermeiden. Darüber hinaus nahm Italien, anders als von Mai 1974 bis März 1975, Marktordnungswaren der gemeinsamen Agrarpolitik nicht von der Bardepotpflicht aus.

Die Marktordnungspreise sind in einer gemeinsamen europäischen Rechnungseinheit festgelegt. Wird die Währung eines Landes z. B. abgewertet, so steigen die Marktordnungspreise in nationalen Währungseinheiten um den Abwertungssatz, wenn die Austauschrelation zwischen nationaler Währung und Rechnungseinheit (grüne Parität) im gleichen Umfang herabgesetzt wird. Weichen die Marktpreise nicht von den Marktordnungspreisen ab, dann werden die Marktordnungsprodukte in dem abwertenden Land um den vollen Abwertungssatz teurer, gleichviel ob sie im Inland erzeugt oder eingeführt werden. Daher hat in diesem Fall eine Wechselkursänderung auf den Außenhandel mit Marktordnungsgütern kurzfristig nur Preiswirkungen, aber keine Men-

genwirkungen. Es fehlt also insoweit an einem handelsbilanzpolitischen Interesse an der Abwertung, das deren stabilitätspolitische Nachteile aufwiegen könnte. Will man daher das Durchwirken einer Wechselkursänderung auf die Preise für Ernährungsgüter unterbinden, so kann dies in der Europäischen Gemeinschaft dadurch geschehen, daß man den Wechselkurs spaltet, indem man die grüne Parität nicht abwertet.

Marktordnungsgüter werden dann zu einem anderen Wechselkurs gehandelt als die übrigen Güter, zu den sogenannten grünen Währungseinheiten. Damit keine Arbitragegeschäfte zum Zuge kommen können, wird der Unterschied zwischen Wechselkurs und grüner Währungseinheit durch einen Grenzausgleich — auch Währungsausgleich genannt — aufgefangen, der dem Betrag nach die Wechselkursdifferenz ausgleicht. Ändert ein Land beispielsweise bei einer Abwertung um 10 vH nicht auch seine grüne Parität und führt statt dessen einen negativen Grenzausgleich von 10 vH ein, dann müssen die heimischen Exporteure von Marktordnungsgütern eine Abgabe an den EG-Agrarfonds in Höhe von 10 vH des Warenwertes — berechnet zu Marktordnungspreisen — zahlen, den heimischen Importeuren wird ein entsprechender Betrag aus dem EG-Agrarfonds erstattet.

Der Grenzausgleich ist im Laufe des Jahres 1976 trotz mehrmaliger Veränderung der grünen Paritäten im Zusammenhang mit den starken Wechselkursänderungen beträchtlich heraufgesetzt worden. Am 8. November 1976 betrug er für das Vereinigte Königreich −45,0 vH, für Irland −29,3 vH, für Italien −17,0 vH, für Frankreich − 16,4 vH, für die Benelux-Länder +1,4 vH und für die Bundesrepublik Deutschland +9,3 vH. Für Agrarexporte aus der Bundesrepublik in das Vereinigte Königreich beispielsweise wurde Anfang November 1976 ein Grenzausgleich in Höhe von 9,3 vH des Warenwertes — berechnet zu Marktordnungspreisen — als Erstattung an den deutschen Exporteur gezahlt und 45 vH als Erstattung an den britischen Importeur. Abgerechnet wird der Grenzausgleich über den EG-Agrarfonds, der Saldo aus Erstattungen und Abgaben wird aus diesem finanziert. Bei den gegenwärtigen Sätzen wird der EG-Haushalt durch den Grenzausgleich mit jährlich mehr als 1,1 Mrd RE belastet, das sind über 4 Mrd DM. Nettozahler von Grenzausgleichsbeiträgen sind Frankreich (etwa 300 Mio RE), Irland (etwa 200 Mio RE) und die Bundesrepublik (etwa 20 Mio RE), Nettoempfänger das Vereinigte Königreich (etwa 1 200 Mio RE), Italien (etwa 400 Mio RE) und die Benelux-Länder (etwa 40 Mio RE). Das Interesse, das die durch diesen immanenten Finanzausgleich begünstigten Länder am Grenzausgleich haben, macht es schwer, das Niveau der Grenzausgleichssätze — wie ursprünglich eigentlich vorgesehen — tendenziell zu senken.

47. In der europäischen Agrarpolitik werden die Grenzen einer einkommensorientierten Preispolitik immer deutlicher sichtbar.

— Die finanziellen Lasten der Agrarpolitik steigen stark an. Seit 1971 sind die Finanzierungskosten für die Agrarmarktordnungen jährlich um durchschnittlich fast 25 vH gestiegen. Für 1976 waren Ausgaben des Agrarfonds in Höhe von 6,2 Mrd RE veranschlagt. Von dem gesamten Ausgabenvolumen des EG-Haushalts entfallen mehr als 73 vH auf den Agrarfonds.

— Weitgehend ausgeschöpft scheint der Spielraum, Einkommensverbesserungen für die Landwirte in der Gemeinschaft durch eine Erhöhung des Selbstversorgungsgrades zu Lasten von Drittländern und heimischen Verbrauchern durchzusetzen. Die Verbraucher zahlen für die meisten Agrarerzeugnisse Preise, die nicht unbeträchtlich über den Weltmarktpreisen liegen. Bei einer Reihe von Erzeugnissen gibt es dauerhafte Überschüsse. Ihr Absatz auf dem Weltmarkt führt zu noch stärkeren Konflikten mit handelspolitischen Interessen einzelner Drittländer als das Abschöpfungssystem allgemein, weil Abschöpfungen global wirken, der Abbau von Überschüssen aber oft nur durch ein gezieltes Unterbieten auf regionalen Einzelmärkten möglich ist. Auch die Abschirmung der Gemeinschaft vor ausländischer Konkurrenz mit Marktordnungsprodukten belastet die Beziehungen zu Drittländern, vor allem wenn Einfuhrregulierungen abrupt geändert werden, so daß ausländische Lieferanten sich nicht mehr ohne Verluste auf andere Abnehmer umstellen können, oder wenn Einfuhrerleichterungen immer nur für kurze Zeit gewährt werden, so daß den Produzenten und Importeuren die Disposition über Gebühr erschwert wird. Eine Ausweitung des Agrarprotektionismus auf weitere Erzeugnisse ist nur unter Inkaufnahme hoher volkswirtschaftlicher Kosten möglich, weil mit zunehmendem Grad der Selbstversorgung auf Produkte ausgewichen werden muß, die in der Gemeinschaft nur zu vergleichsweise hohen Kosten produziert werden können.

— Das Tempo des strukturellen Anpassungsprozesses der Landwirtschaft hat sich verlangsamt. Da die Nachfrage nach Nahrungsmitteln nur verhalten steigt und der rasche technische Fortschritt in der Landwirtschaft produktionssteigernd wirkt, kann eine immer geringer werdende Anzahl von Landwirten das nötige Angebot schaffen. Das durchschnittliche Einkommen der Landwirte kann also auf mittlere Sicht um so mehr steigen, je mehr von ihnen aus der Landwirtschaft abwandern — immer vorausgesetzt, der ständige Ankauf und die kostspielige Verwertung von Überschüssen sollen vermieden werden. Seit 1972 ist die Abwanderung deutlich geringer geworden. Dies war zum Teil eine Folge verringerter Erwerbsmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft, zum Teil hat aber auch die vergleichsweise günstige Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft, forciert durch starke Preissteigerungen unter Inkaufnahme wachsender Überschüsse, die Neigung zur Abwanderung vermindert.

48. Den Schwierigkeiten auf den EG-Märkten sucht die gemeinsame Agrarpolitik bislang vor allem dadurch zu begegnen, daß sie sich bemüht, das Netz des Interventionismus enger zu knüpfen und auszuweiten. Mehr als 2 500 Verordnungen, Erlasse und sonstige Entscheidungen wurden allein in den ersten neun Monaten 1976 vom EG-Ministerrat und von der EG-Kommission zur Durchsetzung der

Agrarpolitik verabschiedet. Geplant werden neue Marktordnungen für Kartoffeln, für Schaffleisch und für Alkohol. Obwohl man lange Zeit vor den zahlreichen Problemen, die eine Marktorganisation für Kartoffeln aufwirft, zurückgeschreckt war, hält man angesichts extrem hoher Marktpreise den Zeitpunkt für gekommen, auch hier eine Marktorganisation mit Stützungsmaßnahmen, Beihilfen zur Lagerung, Schutzklauseln und Verknappungsklauseln zu verabschieden. Den spektakulären Kartoffelpreis in diesem Jahr hätte aber auch eine Kartoffelmarktordnung nicht verhindern können, wenn man den Beteuerungen der Agrarpolitiker glauben darf, daß keine Möglichkeiten ausgelassen worden sind, den Anstieg der Kartoffelpreise einzudämmen. Eine Kartoffelmarktordnung würde wohl vor allem die Aufgabe haben, den Anschluß des Kartoffelpreises an die kräftig erhöhten Marktordnungspreise der anderen Produkte zu sichern. Dieser Anschluß wird gegenwärtig über den Markt gehalten, indem der Anbau von Kartoffeln auf das Preisverhältnis der Kartoffeln zu den Marktordnungsprodukten reagiert. Ein anderes Beispiel für die Zunahme des Interventionismus ist die geplante Abgabe für pflanzliche Öle und Fette. Sie soll den „Wettbewerbsnachteil" von Butter ausgleichen, der darin gesehen wird, daß der Marktordnungspreis für Butter auf das zwei- bis dreifache des gegenwärtigen Marktpreises für Margarine und Speiseöl festgesetzt worden ist.

49. Für die Schwierigkeiten der EG-Agrarpolitik und die Grenzen der einkommensorientierten Agrarpreispolitik ist der Milchmarkt ein treffliches Beispiel. Hier waren schon in der Anfangsphase der gemeinsamen Agrarpolitik strukturelle Überschüsse, der sogenannte Butterberg, entstanden. Da der Interventionspreis für Butter hoch über dem Weltmarktpreis lag, waren Verkäufe auf dem Weltmarkt kostspielig, und Verkaufsaktionen ans Ausland zu Schleuderpreisen, wie z. B. an die Sowjetunion, brachten die Marktordnung für Milch auch in der breiten Öffentlichkeit in Mißkredit.

Auf der Suche nach weniger kostspieligen und weniger unpopulären Alternativen senkte man den Interventionspreis für Butter, erhöhte dafür aber den für Magermilchpulver in der Hoffnung, so die einkommensorientierten Anhebungen des Milchpreises ohne ein weiteres Anschwellen der Butterüberschüsse durchzusetzen. Gleichzeitig wollte man durch den Export von Magermilchpulver einen Beitrag zur Eiweißversorgung breiter Bevölkerungsschichten in der Dritten Welt leisten. Es zeigte sich aber sehr schnell, daß der Markt auf die Veränderung des Preisverhältnisses von Milchfett zu Milcheiweiß, besonders aber auf die starke Verteuerung von Milcheiweiß im Verhältnis zu anderen Eiweißträgern viel kräftiger reagierte, als erwartet worden war. Die Landwirte nahmen weniger Magermilch von den Molkereien zurück und verfütterten dafür preiswertere Eiweißfuttermittel, wie z. B. Fischmehl oder Sojamehl. So ging in der Bundesrepublik der Anteil der an Landwirte zurückgelieferten Magermilch an der gesamten Milchanlieferung bei Molkereien von fast 21 vH im Jahre 1971 auf rund 10½ vH im Jahre 1974 zurück. Auch die Futtermittelhersteller wichen trotz Beihilfen, die für die Verwendung von Magermilchpulver zur Verfütterung gezahlt wurden, auf andere Eiweißträger aus. Der Absatz von Magermilchpulver für die menschliche Ernährung stagnierte im Inland. Auch im Ausland ließen sich im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe nur relativ geringe Mengen unterbringen, nicht zuletzt wegen der Verteilungsschwierigkeiten in den Empfängerländern. Selbst zum Nulltarif finden sich nicht genügend Abnehmer, wenn Brüssel nicht auch noch die Finanzierung für den Transport und die Verteilung übernimmt.

Die Folge waren explosionsartig anschwellende Interventionsbestände bei Magermilchpulver — von 1973 bis 1975 verzehnfachten sie sich auf mehr als 1 Mio Tonnen — und ein starkes Anwachsen der Kosten der Milchmarktordnung. Das Problem der strukturellen Überschüsse auf dem Milchmarkt drängt mehr denn je zu einer Lösung. Man hat es nur verlagert. Neben einem etwas verkleinerten Butterberg stehen jetzt Berge von Magermilchpulver. Der Kern des Problems ist geblieben, der Milchpreis ist zu hoch.

50. Dem Druck der Milchmarktüberschüsse sucht man durch eine Beteiligung der Landwirte an der Überschußbeseitigung zu entkommen. Der erste Schritt wurde getan, indem man Magermilchpulver zur Verfütterung verstärkt subventionierte; die Mittel dafür wurden durch Abgaben auf andere Eiweißfuttermittel aufgebracht. So wurden auf der Suche nach Auswegen aus dem Dilemma der Überschüsse auch hier immer mehr Produkte in administrative Regelungen einbezogen. Die Landwirte, wenn auch nicht in erster Linie die Milcherzeuger, trugen als Nachfrager von Eiweißfuttermitteln die Kosten dieser Überschußbeseitigungsaktion. Durch ein kompliziertes und aufgeblähtes System von Zuschüssen, Beihilfen und Abgaben soll erreicht werden, daß der durch administrative Eingriffe aus dem Gleichgewicht gebrachte Markt wieder zu einem Gleichgewicht findet. Als nächstes sollen die Milcherzeuger selbst die Kosten der Überschußbeseitigung mittragen. Eine Erzeugerabgabe liefe aber faktisch auf eine Milchpreissenkung hinaus, die man unter massivem Einsatz finanzieller Mittel hatte vermeiden wollen. Allerdings muß man mit der Abgabe nicht alle Milcherzeuger gleichmäßig belasten.

Die Abgabe auf Eiweißfuttermittel wurde nicht über den 30. Oktober 1976 hinaus verlängert. Daß die Dürreschäden in den besonders betroffenen Regionen Betriebe in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdeten, nahm man zum Anlaß, die Landwirtschaft von der Kostenseite her durch den Wegfall dieser Abgabe global zu entlasten. Die Entscheidung über die Erzeugerbeteiligung wurde indessen vorerst vertagt.

51. Trotz aller Schwierigkeiten auf den Agrarmärkten wurden die Marktordnungspreise auch für das Wirtschaftsjahr 1976/77 wieder kräftig angehoben. Die EG-Kommission hatte eine Preiserhöhung um durchschnittlich 7,5 vH vorgeschlagen, der

EG-Ministerrat beschloß eine Heraufsetzung der Marktordnungspreise um 7,7 vH. Gleichzeitig wurde vereinbart, zu Beginn des Wirtschaftsjahres die grünen Paritäten für die Bundesrepublik um 2,5 Prozentpunkte und für die Benelux-Länder um 0,6 Prozentpunkte aufzuwerten, für Italien um 6 Prozentpunkte und für Irland um 2 Prozentpunkte herabzusetzen. Dies verhinderte allerdings nicht, daß im Verlauf des Jahres im Zusammenhang mit den starken Wechselkursänderungen trotz weiterer Änderungen einzelner grüner Paritäten der Grenzausgleich weiter anstieg.

52. Die Preisbeschlüsse sind ein weiteres Beispiel dafür, daß die europäische Agrarpolitik den Kontakt zu dem Prinzip verloren hat, daß die Preise auf mittlere Sicht auch einen Marktausgleich bewirken sollen. Die Preisfestsetzung wird ausgerichtet an kurzfristigen Einkommenszielen; stabilitätspolitische Ziele treten dahinter zurück. Nur bei Abwertungen rückt man stabilitätspolitische Bedenken in den Vordergrund und entzieht sich den preiserhöhenden Wirkungen durch ein Heraufsetzen des Grenzausgleichs, in einigen Ländern wohl nicht zuletzt wegen der dadurch möglichen Subventionierung des Nahrungsmittelverbrauchs aus dem EG-Agrarfonds. Die finanziellen Lasten der Agrarpolitik schwellen weiter an, und dies losgelöst von finanzpolitischen Erfordernissen. Der Agrarprotektionismus wird ausgeweitet, ungeachtet der Kollision mit Zielen der Außenpolitik und der Entwicklungspolitik. Die mittelfristigen Rückwirkungen der Agrarpolitik auf den strukturellen Anpassungsprozeß der Landwirtschaft schließlich werden vernachlässigt und dadurch die Einkommenschancen der Landwirte für die Zukunft vermindert.

TEIL B

Die Binnenkonjunktur 1976

I. Überblick

53. In der Bundesrepublik stand die wirtschaftliche Entwicklung 1976, ebenso wie in den meisten anderen westlichen Industrieländern, im Zeichen einer deutlichen Erholung. Zwar wurde diese noch zu einem guten Teil von den staatlichen Expansionsmaßnahmen des vergangenen Jahres und außerdem von der Belebung der Auslandsnachfrage gestützt, doch festigte sich auch die Ausgabeneignung im Innern. Der Finanzierungsspielraum, der schon im letzten Jahr weit höhere Ausgaben zugelassen hätte, wurde nun stärker genutzt. In den meisten Bereichen konnte die Produktion spürbar ausgeweitet werden; im Jahresdurchschnitt 1976 dürfte sie in der Wirtschaft insgesamt um 5½ vH höher sein als im Vorjahr, eine Steigerung, wie sie im Herbst 1975 unter dem noch frischen Eindruck der Rezession für viele kaum vorstellbar war. Gegenwärtig, ein Jahr später, ist gleichwohl Unzufriedenheit zu finden. Der Aufschwung, der in seiner Anfangsphase so unerwartet kräftig gewesen war, ist seit dem Frühjahr nur langsam vorangekommen. Wohl hatte dies auch sein Gutes, denn es dämpfte die Preisauftriebstendenzen, die sich früher als sonst nach der konjunkturellen Wende auf einigen Märkten bemerkbar gemacht hatten; zugleich zögerten aber die Unternehmen, mehr zu investieren und mehr Arbeitskräfte einzustellen. Obwohl die Sommerflaute inzwischen überwunden zu sein scheint, ist Vollbeschäftigung noch nicht abzusehen.

Wieder im Aufschwung

54. Die ersten Anzeichen für eine Besserung der Konjunkturlage waren bereits im Herbst 1975 sichtbar geworden. Sie wurden damals jedoch, wo sie nicht vor dem Hintergrund der ungewöhnlich niedrigen Kapazitätsauslastung und der hohen Arbeitslosigkeit völlig verblaßten, weithin mit Skepsis aufgenommen. Der Einbruch der Auslandsnachfrage, die Zurückhaltung von Investoren und Konsumenten, die immer größer werdende Staatsverschuldung und der daraus folgende Konsolidierungsbedarf, all dies hatte die Zukunftserwartungen so stark belastet, daß Vertrauen in einen deutlichen Aufschwung sich nicht durchsetzen wollte. Eine Zunahme des realen Sozialprodukts von 6 vH im Jahre 1976 anzustreben und zugleich auf einen weiteren Rückgang des Preisauftriebs zu setzen, wie es der Sachverständigenrat in seinem Sondergutachten vom August 1975 vorgeschlagen hatte, schien weit über das Mögliche hinauszugehen. Mittlerweile ist offenkundig, daß das Ziel nicht zu weit gesteckt war; nicht nur die konjunkturellen Auftriebskräfte wurden unterschätzt, auch die Wende hat sich früher als allgemein wahrgenommen vollzogen.

55. Rückblickend läßt sich der Beginn des Aufschwungs auf den Sommer 1975 datieren. Die Verbraucher, die bis dahin einen ungewöhnlich großen Teil ihres verfügbaren Einkommens, das durch die Steuerreform kräftig gestiegen war, gespart und allein ihre Automobilnachfrage deutlich gesteigert hatten, holten nun immer zahlreicher Käufe nach. Mit der Verbesserung des Konjunkturklimas in wichtigen Partnerländern begann auch die Auslandsnachfrage wieder zu steigen. Außerdem waren die Läger an Vorprodukten inzwischen so weit abgebaut, daß der Bedarf für die laufende Produktion selbst dort, wo diese auf ihrem niedrigen Stand verharrte, neue Bestellungen notwendig machte. Die Investoren schließlich hatten zwar gezögert, zuletzt die befristete Investitionszulage aber doch ge-

nutzt und in beachtlichem Umfang Aufträge vergeben, wenn sie auch auf deren Ausführung fürs erste nicht drängten.

56. Daß die Bundesregierung im August 1975 ein weiteres Ausgabenprogramm beschloß, das vor allem der Bauwirtschaft zugute kam und das verhindern sollte, daß die Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten noch einmal stark stieg, trug wohl ebenfalls zur Wende bei. Es hieße jedoch diese und vorangegangene Expansionsmaßnahmen der Finanzpolitik überschätzen, würde die Überwindung der Rezession allein ihnen zugeschrieben. Mit seinen eigenen zusätzlichen Ausgabenprogrammen hat der Staat lediglich verhindert, daß seine tatsächliche Nachfrage, den rückläufigen Steuereinnahmen folgend, hinter der geplanten zurückblieb. Mit der Investitionszulage und den Steuererleichterungen, die auf eine Anregung der privaten Nachfrage zielten, hat er zwar die privaten Investoren und Konsumenten in den Stand gesetzt, mehr Nachfrage zu entfalten; zur Wirkung kamen diese Maßnahmen jedoch erst, als die Unsicherheit in den Zukunftserwartungen nachließ, die nicht nur, aber auch aus den rasch gestiegenen Defiziten des Staates rührte. So gesehen waren die Expansionsprogramme eher ein Beitrag zur Verhinderung eines noch tieferen Abschwungs, während die ersten Schritte zur Konsolidierung, die im Herbst 1975 getan wurden, ein Beitrag zum Aufschwung waren.

57. Was die Geldpolitik betrifft, so hat sie dem Aufschwung Raum gegeben, indem sie sich an den Produktionsmöglichkeiten und nicht am aktuellen Finanzierungsbedarf orientierte. In welchem Maße ein reichliches Geldangebot genutzt wird, hat sie jedoch nicht in der Hand. Daß die Unternehmen und privaten Haushalte über genügend Geld verfügen konnten, war ihnen bis zum Sommer 1975 jedenfalls nicht Anlaß genug, wieder mehr auszugeben. Erst als sich die Ertragserwartungen und die Einkommensaussichten besserten, wurden vorhandene Kassenbestände aufgelöst und zinsgünstige Kredite in Anspruch genommen.

58. Da die meisten Unternehmen, sieht man von den Investitionsgüterherstellern ab, den Nachfrageanstieg unverzüglich zur Produktionsausweitung nutzten, um ihre Kapazitäten besser auszulasten und so ihre stark geschrumpften Gewinnmargen zu erhöhen, war das reale Sozialprodukt um die Jahreswende 1975/76 bereits deutlich höher als im Jahresdurchschnitt 1975, nämlich um gut 3 vH. Mehr als die Hälfte des gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstiegs, der sich im Jahresdurchschnitt 1976 gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1975 ergibt, ist somit Ausdruck der unerwarteten Stärke des Aufschwungs in den letzten Monaten des vorigen Jahres.

59. Das Expansionstempo blieb auch Anfang 1976 hoch. Vom Frühjahr an verlangsamte es sich allerdings deutlich. Mit der Verbesserung des Konjunkturklimas war die Ausgabeneigung zwar so weit gewachsen, daß die Auftriebskräfte weiterhin die Oberhand behielten; die konjunkturanregenden Maßnahmen der Finanzpolitik begannen jedoch an Schubkraft zu verlieren, der drängendste Nachholbedarf der Konsumenten war gedeckt, die Vorproduktläger waren aufgefüllt und über die Anstoßwirkungen der Investitionszulage hinaus war es zu einer kumulativen Verstärkung der Investitionsneigung nicht gekommen. Manche Unternehmen zögerten zudem, die Produktion im bisherigen Maße auszuweiten, weil der Spielraum für eine schnelle Normalisierung der Gewinnspannen kleiner wurde, sobald die Fertigung ohne zusätzliche Arbeitskräfte nicht mehr gesteigert werden konnte. So wurde zwar die Kurzarbeit abgebaut, und immer häufiger wurden wieder Überstunden geleistet; die Neigung, den Personalbestand zu vergrößern, war jedoch geringer als in früheren Aufschwungsphasen, die Neigung zu Preisanhebungen vielfach höher.

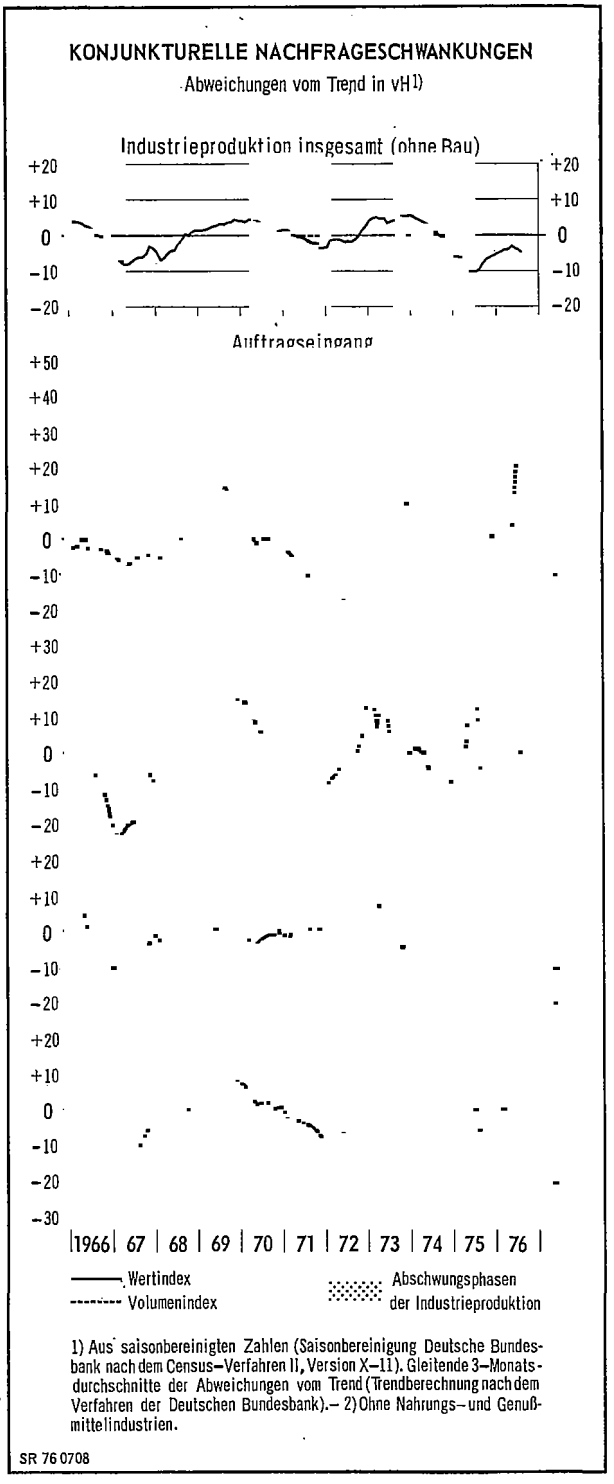
60. Die Preissteigerungen haben sich dann im Jahresverlauf wieder abgeschwächt, nicht zuletzt weil die kräftige Höherbewertung der D-Mark der Verteuerung importierter Vorprodukte entgegenwirkte und bei den Fertigwaren den Wettbewerb mit ausländischen Anbietern verschärfte. Im Jahresdurchschnitt dürften die Verbraucherpreise nur um 4½ vH höher sein als im Vorjahr; damals hatte der Geldwertschwund noch 6 vH betragen. Dagegen kam der Abbau der Arbeitslosigkeit nur langsam voran. Anfang des Herbstes, der günstigsten Beschäftigungszeit im Jahr, waren noch 900 000 Arbeitslose gemeldet. Die Sorge, es könne sich bei der Erholung nur um ein Zwischenhoch handeln, blieb das Jahr über verbreitet. Inzwischen haben Nachfrage und Produktion wieder etwas angezogen, und für einen Fortgang des Aufschwungs spricht mehr als für eine Umkehr der konjunkturellen Entwicklung. Das besagt allerdings nicht, daß Vollbeschäftigung auf mittlere Sicht schon gewährleistet wäre.

II. Deutliche konjunkturelle Erholung

Kräftige Belebung der Auslandsnachfrage

61. Die Auslandsnachfrage, deren Einbruch die Rezession 1975 noch einmal verschärft und die Erholung verzögert hatte, gehörte 1976 zu den wichtigsten Auftriebskräften (Schaubild 4). Bereits im Herbst letzten Jahres war erkennbar, daß sie ihren Tiefpunkt hinter sich hatte und wieder anzog. Die ausländischen Bestellungen bei der verarbeitenden Industrie waren seit Mitte 1975 beträchtlich gestiegen. Für eine weitere Belebung sprach, daß sich die Konjunktur in wichtigen Industrieländern, allen voran die Vereinigten Staaten, wieder zu festigen begann, und daß der expansive Kurs der Wirtschaftspolitik auch dort, wo sich der Aufschwung bis dahin noch nicht durchgesetzt hatte, einen Nachfrageanstieg erwarten ließ. Wie stark dieser im ganzen sein würde, war allerdings ungewiß.

Schaubild 4



Vielfach herrschten zudem Zweifel, ob die Wettbewerbsfähigkeit nicht doch gelitten hatte, ob also, selbst wenn sich die Nachfrage im Ausland kräftig belebte, ein ebenso großer Anteil davon wie früher auf die heimischen Exporteure entfallen würde.

62. Die Entwicklung Ende 1975 schien solche Zweifel zu rechtfertigen. In allen Bereichen der Industrie gingen die Auslandsaufträge wieder zurück, obwohl sich die Konjunktur in mehr und mehr Partnerländern zu erholen begann. Der Rückschlag war indes nur von kurzer Dauer. Anfang 1976 zogen die Aufträge aus dem Ausland erneut kräftig an. Ganz wich die Unsicherheit damit jedoch nicht; sie erhielt vielmehr neue Nahrung, als der gewogene Wechselkurs der D-Mark, der in den Sommermonaten 1975 deutlich nachgegeben hatte und danach bis zur Jahreswende stabil geblieben war, in der Folgezeit spürbar stieg und die Exportaufträge bis ins Frühjahr 1976 hinein den Umfang vom Jahresbeginn nicht mehr ganz erreichten. In den Sommermonaten kam es jedoch, durch einzelne Großaufträge mitbedingt, zu einem neuen Nachfrageschub aus dem Ausland. Auch danach gingen die Bestellungen deutlich über das Niveau der ersten Jahreshälfte hinaus. Wie lebhaft die Auslandsnachfrage insgesamt war, zeigt sich daran, daß die verarbeitende Industrie in den ersten neun Monaten 1976 dem Volumen nach 25 vH mehr ausländische Aufträge buchen konnte als ein Jahr zuvor.

63. Den Ausschlag dafür gab ohne Zweifel, daß sich die Konjunktur in den westlichen Industrieländern rasch belebt hatte, vor allem in den Partnerländern der Europäischen Gemeinschaft (Ziffern 26 ff.), die fast die Hälfte unserer Ausfuhr aufnehmen. Dennoch wären die Exportaufträge nicht so stark gestiegen, hätten die heimischen Unternehmen nicht zudem Marktanteile zurückgewinnen können, die sie im Vorjahr eingebüßt hatten. Da auch die ausländischen Produzenten noch über genügend freie Kapazitäten verfügten, spielten günstige Lieferfristen für die Erteilung von Aufträgen im allgemeinen wohl kaum eine Rolle. Wichtiger war, daß die heimischen Exporteure im Preis konkurrieren konnten. Wegen des Wechselkursanstiegs der D-Mark — vom Jahresanfang 1976 bis Ende September betrug er im gewogenen Durchschnitt gegenüber allen anderen Währungen 12 vH — mußten sie sich allerdings nicht selten mit einer geringeren Verbesserung ihrer Gewinnspanne als im Inlandsabsatz begnügen. Sie konnten zwar ihre Ausfuhrpreise, die sie 1975 überwiegend stabil gehalten hatten, wieder erhöhen, vom Frühjahr 1976 ab im allgemeinen jedoch nur noch wenig.

64. Die Verteilung der Auslandsaufträge auf die einzelnen Industriebereiche spiegelt deutlich die konjunkturellen Auftriebskräfte im Ausland wieder. Bedingt durch den Lageraufbau, der in den Industrieländern einsetzte, und den steigenden Bedarf für die laufende Produktion, konnten zunächst die Hersteller von Vorprodukten den kräftigsten Nachfrageanstieg verzeichnen, so insbesondere die chemische Industrie, weniger ausgeprägt die Stahlhersteller und mit einiger Verzögerung auch die Produzenten von Baustoffen. Im Frühjahr 1976 war der größte Teil der Absatzeinbußen aufgeholt, zu denen es in der Rezession gekommen war. Danach verloren die lagerzyklischen Einflüsse jedoch an Bedeutung, so daß die Bestellungen im weiteren Jahresverlauf verhaltener ausfielen. Eine zügige Belebung der Auslandsaufträge war vom Spätsommer 1975 an

auch in den Verbrauchsgüterindustrien zu beobachten, die seit Anfang 1974, und damit länger als die meisten anderen Bereiche, einen Rückgang ihres Exportgeschäfts hatten hinnehmen müssen. Da der private Konsum 1976 in den meisten Ländern die wichtigste Triebfeder des Aufschwungs blieb, hielt die Zunahme der Auslandsnachfrage nach Verbrauchsgütern das Jahr über an, wenn über den Sommer auch mit deutlich vermindertem Tempo. Von den Investitionsgüterherstellern konnte zunächst lediglich die Automobilindustrie, der die allenthalben anziehende Nachfrage nach Personenwagen zugute kam, einen Anstieg ihrer Exportaufträge verzeichnen. Dagegen sanken die Bestellungen von Ausrüstungsgütern nach einem vorübergehenden Orderschub im Herbst 1975, der meist noch zurückhaltenden Investitionsneigung im Ausland entsprechend, bis zum Frühjahr 1976 fast wieder auf das Rezessionsniveau des Vorjahres. In den Sommermonaten nahmen die Auslandsaufträge dann jedoch sprunghaft zu. Einzelne Großaufträge im Anlagenbau haben hierzu zwar wesentlich beigetragen, doch scheint sich inzwischen die Investitionsbereitschaft in den Industrieländern auch im ganzen zu bessern (Ziffer 16). Noch läßt sich allerdings nicht mit Sicherheit sagen, wie stark diese Auftriebskräfte sind und ob sie angesichts der stabilisierungspolitischen Anstrengungen wichtiger Partnerländer anhalten werden.

Wieder größere Ausgabeneigung der Verbraucher

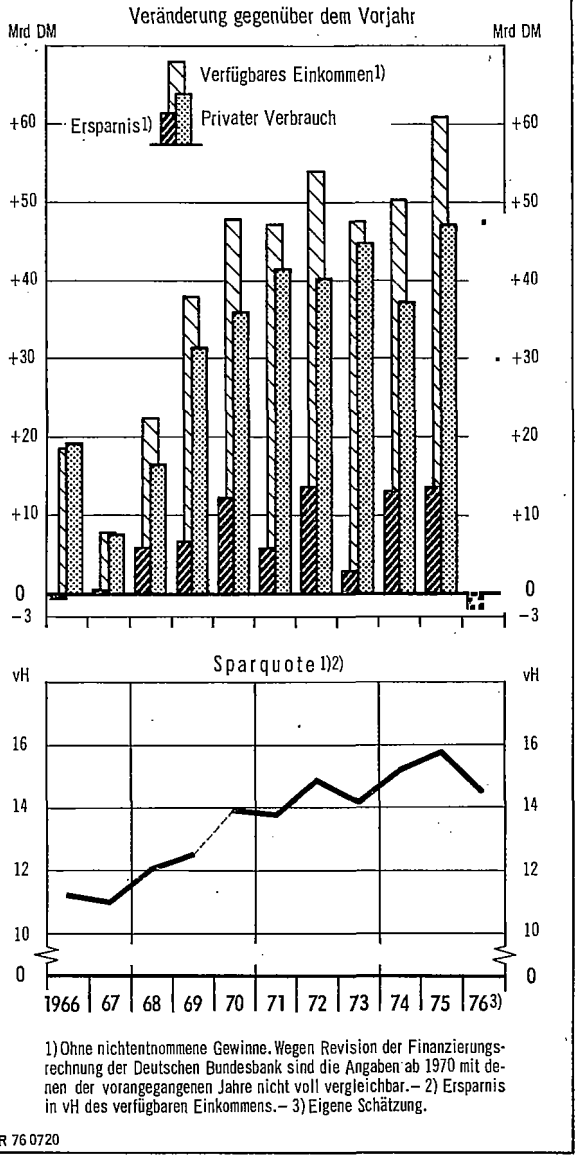
65. Auch im Inland zählte der private Verbrauch 1976 zu den stärksten Konjunkturstützen. Vom Herbst 1975 an holten die Haushalte in immer größerer Zahl Käufe nach, die sie aus Unsicherheit über die weitere Wirtschaftsentwicklung und ihre künftige finanzielle Lage bis dahin aufgeschoben hatten. Als die Welle der Nachholkäufe im Frühjahr 1976 abebbte, stiegen die Ausgaben eine Weile zwar langsamer, doch haben sie zuletzt wieder angezogen. Um rund 3½ vH dürfte die nachgefragte Gütermenge 1976 zunehmen; das ist mehr als im vergangenen Jahr, obwohl das verfügbare Einkommen damals, nicht zuletzt aufgrund der Steuer- und Kindergeldreform, um fast 10 vH gestiegen war, während es sich diesmal nur um etwa 6½ vH erhöhte. Gewiß, den Konsumenten kam dabei zustatten, daß die Teuerungsrate nicht mehr 6 vH wie im Vorjahr betrug, sondern nur noch reichlich 4½ vH; bedeutsamer aber war, daß die Haushalte weniger sparten. Die Verbrauchsausgaben nahmen 1976 mit etwas mehr als 8 vH deutlich stärker zu als das verfügbare Einkommen. Die Sparquote, die den Anteil der Ersparnis am Einkommen mißt, ging von 15,8 vH im Jahre 1975 auf 14½ vH zurück (Schaubild 5).

66. Wären die Verbraucher so zurückhaltend geblieben wie im vergangenen Jahr, hätten die Konsumausgaben bei dem Mehreinkommen von rund 46 Mrd DM, das den Haushalten 1976 zufloß, nicht um fast 48 Mrd DM zugenommen, sondern nur um gut 39 Mrd DM. Je deutlicher sich jedoch das Konjunkturklima besserte, um so stärker waren die Konsumenten bereit, wieder mehr von ihrem laufenden Einkommen auszugeben. Wo größere Anschaffungen anstanden, wurde die Kaufbereitschaft zudem dadurch gefördert, daß die Haushalte auf Ersparnisse zurückgreifen konnten, die sich aufgrund des Aufschiebens von Käufen in den beiden vorangegangenen Jahren angesammelt hatten. Viele zögerten auch nicht länger, die zinsgünstigen Kredite zu nutzen und sich wieder stärker zu verschulden, wie die beträchtliche Zunahme der Konsumentenkredite zeigt (Tabelle 8).

Damit bestätigt sich erneut, daß der private Verbrauch nicht allein von der Höhe des laufenden Einkommens abhängt, sondern auch von dem Einkommen, das die Haushalte für die Zukunft erwarten, und von dessen Kaufkraft. Je größer mit steigendem Lebensstandard der Anteil von Ausgaben

Schaubild 5

VERFÜGBARES EINKOMMEN, VERBRAUCH UND ERSPARNIS DER PRIVATEN HAUSHALTE



1) Ohne nichtentnommene Gewinne. Wegen Revision der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank sind die Angaben ab 1970 mit denen der vorangegangenen Jahre nicht voll vergleichbar. – 2) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens. – 3) Eigene Schätzung.

SR 76 0720

Tabelle 8

Konsumentenkredite [1])

Monatsende	Bestand	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat	
	Mrd DM		vH
1972 März	37,04	+ 6,72	+22,2
Juni	39,84	+ 7,16	+21,9
September	41,89	+ 7,80	+22,9
Dezember	44,97	+ 8,99	+25,0
1973 März	46,44	+ 9,40	+25,4
Juni	48,88	+ 9,04	+22,7
September	49,14	+ 7,25	+17,3
Dezember	50,00	+ 5,03	+11,2
1974 März	48,90	+ 2,46	+ 5,3
Juni	49,93	+ 1,05	+ 2,1
September	50,01	+ 0,87	+ 1,8
Dezember	49,91	− 0,09	− 0,2
1975 März	49,73	+ 0,83	+ 1,7
Juni	51,31	+ 1,38	+ 2,8
September	53,33	+ 3,32	+ 6,6
Dezember	56,22	+ 6,31	+12,6
1976 März	58,05	+ 8,32	+16,7
Juni	62,54	+11,23	+21,9
September	65,52	+12,19	+22,9

[1]) Bankkredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen; ohne Kredite für den Wohnungsbau.

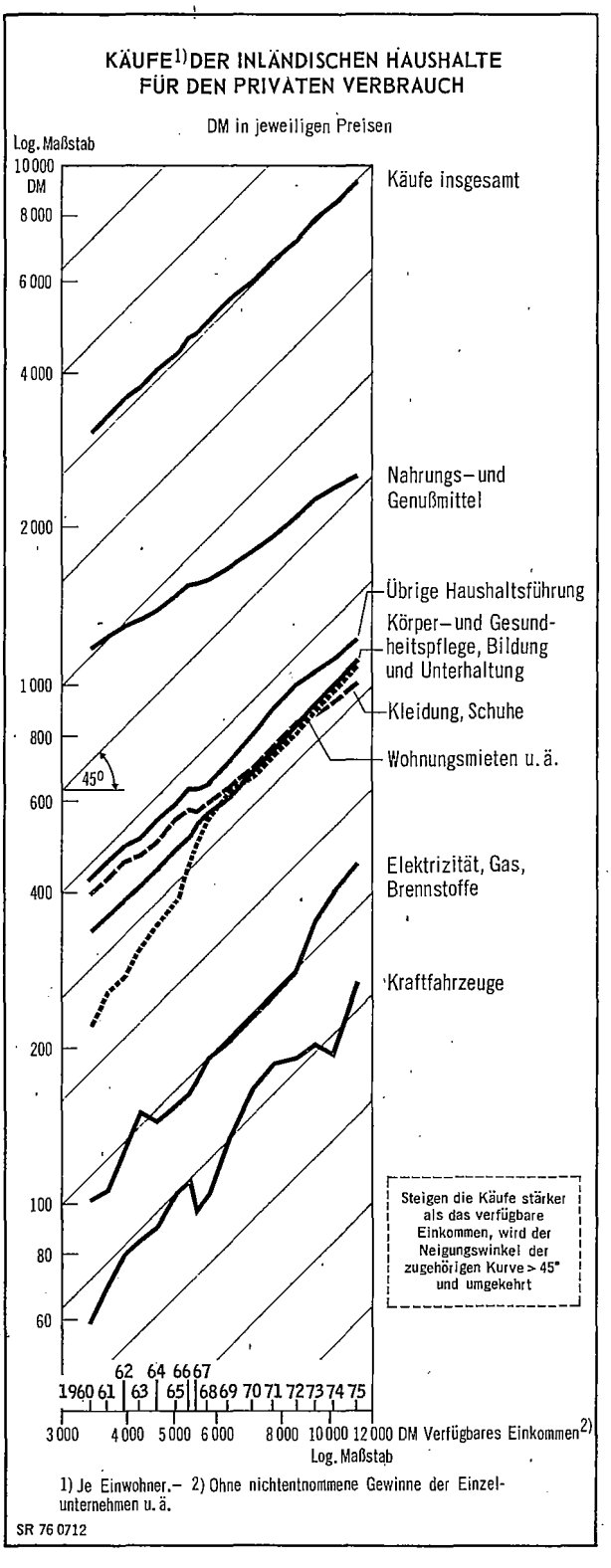
Quelle: Deutsche Bundesbank

wird, die auf nicht lebensnotwendige Güter entfallen, um so eher lassen sich Käufe auf einen späteren Zeitpunkt vertagen. Dies kann die Stetigkeit der Verbrauchsnachfrage im Zyklus mindern; im Jahre 1976 hat es den Aufschwung gefördert.

67. Neben den Reiseausgaben, deren Expansion zu Jahresbeginn allerdings überschätzt wurde, haben vor allem die Käufe von Kraftfahrzeugen, die im Vorjahr schon kräftig angestiegen waren, noch einmal deutlich zugenommen. Von Januar bis September 1976 waren die Neuzulassungen von Personenwagen um 11½ vH höher als ein Jahr zuvor; da viele Haushalte in den ersten Monaten des Jahres geplante Käufe vorgezogen hatten, um den angekündigten Preissteigerungen zu entgehen, war die Nachfrage danach bis zum Sommer zwar rückläufig, doch hat sie inzwischen wieder stark angezogen. Zu umfangreichen Nachholkäufen war es vom Herbst 1975 an bei elektrotechnischen Erzeugnissen sowie bei Möbeln und sonstigen Einrichtungsgütern gekommen; schon bald nach der Jahreswende wurde indes deutlich, daß die Nachfrage nach diesen Gütern nicht mehr so lebhaft ist wie in den Jahren des Wohnungsbaubooms. Stetiger, aber insgesamt weniger ausgeprägt war die Zunahme der Nachfrage nach Nahrungsmitteln sowie nach Bekleidung und Schuhen.

68. Sieht man die Verbrauchsnachfrage nicht nur vor dem konjunkturellen Hintergrund, sondern auch in der längerfristigen Entwicklung, so wird zweierlei deutlich: Die Ausgaben nehmen im Trend zwar weniger zu als das verfügbare Einkommen,

Schaubild 6



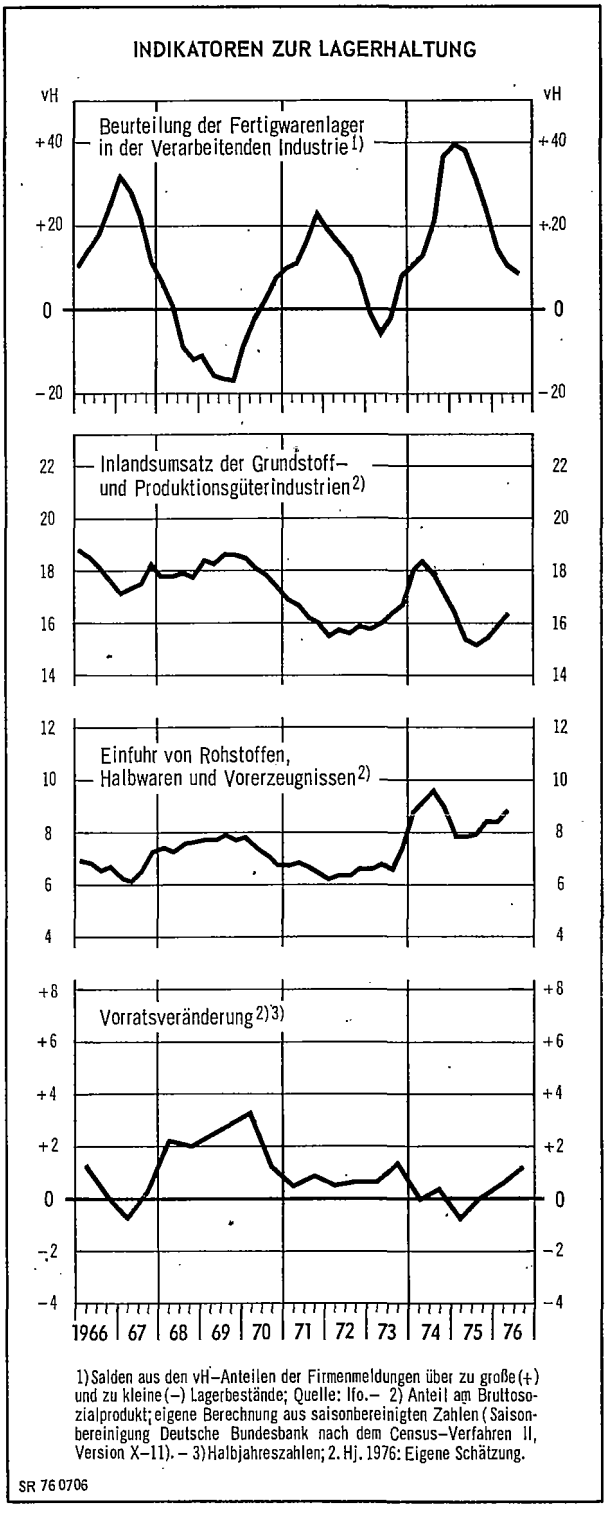
doch ist dies, im Ganzen jedenfalls, nicht Ausdruck für das Erreichen von Sättigungsgrenzen; was sich darin niederschlägt, ist eher, daß die Fähigkeit zu sparen mit dem Einkommen steigt. Die Aufteilung der Ausgaben, und dies ist das zweite, verschiebt sich allerdings mit zunehmendem Einkommen (Schaubild 6). Für Wohnung und Energie wird ein steigender Anteil der Ausgaben verwandt, ebenso für Verkehrsleistungen; auf Ausgaben für die Gesundheitspflege, für Bildung und Unterhaltung entfällt im wesentlichen ein gleichbleibender Anteil, ein sinkender dagegen auf Kleidung und vor allem auf Nahrungsmittel. Das Verbraucherverhalten im Jahre 1976 bestätigt also auch die Trenderfahrung.

Lageraufbau als Verstärker

69. In den Lagerdispositionen der Unternehmen war vom Sommer 1975 an ebenfalls ein deutlicher Umschwung zu erkennen (Schaubild 7). Nachdem die Vorproduktläger im Abschwung weitgehend abgebaut worden waren, erforderte allein die Aufrechterhaltung der laufenden Produktion vermehrte Käufe von Vorerzeugnissen. Mit der Nachfrage begannen bald auch die Preise auf den Grundstoffmärkten, die zuvor deutlich nachgegeben hatten, wieder zu steigen. Um den zunehmenden produktionsnotwendigen Bedarf später nicht zu höheren Preisen decken zu müssen, verstärkten die Verarbeiter daraufhin ihre Vorratskäufe, zumal die Kosten der Lagerhaltung angesichts der gesunkenen Zinsen vergleichsweise niedrig waren. Zunächst kam die Aufstockung der Vorproduktläger vor allem inländischen Anbietern zugute. Gegen Jahresende 1975 wurden auch vermehrt Rohstoffe, Halbwaren und Fertigwarenvorerzeugnisse aus ausländischer Produktion auf Lager genommen. Bis ins Frühjahr 1976 hinein setzte sich der Lageraufbau unvermindert fort. Danach verlangsamte er sich. Vielen Unternehmen schienen nun offenbar ihre Vorräte fürs erste reichlich genug bemessen, zumal sie die Produktion nicht mehr so rasch wie in der Anfangsphase des Aufschwungs ausdehnten und Lieferengpässe vorerst weder bei den inländischen noch bei den ausländischen Anbietern von Vorprodukten zu befürchten waren.

70. Zu einem nennenswerten Aufbau von Fertigwarenlägern ist es dagegen bislang nur im Handel gekommen. Um für die weitere Belebung der Verbrauchsnachfrage gerüstet zu sein, hatte vor allem der Einzelhandel bis zum Sommer 1976 seine Vorräte kräftig aufgestockt. Dabei waren seine Absatzerwartungen teilweise aber wohl zu optimistisch, so daß er zuletzt wieder etwas verhaltener orderte. In der Industrie hatten die Unternehmen demgegenüber den Nachfrageanstieg in der zweiten Jahreshälfte 1975 noch genutzt, um ihre Bestände an fertigen Erzeugnissen abzubauen. Dies gilt insbesondere für die Investitionsgüterhersteller, die dem von der Investitionszulage ausgelösten Nachfrageschub mit ihrer Produktion nicht annähernd gefolgt waren. Aber auch die Hersteller von Verbrauchsgütern

Schaubild 7



1) Salden aus den vH-Anteilen der Firmenmeldungen über zu große (+) und zu kleine (–) Lagerbestände; Quelle: Ifo. – 2) Anteil am Bruttosozialprodukt; eigene Berechnung aus saisonbereinigten Zahlen (Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X–11). – 3) Halbjahreszahlen; 2. Hj. 1976: Eigene Schätzung.

SR 76 0706

hatten zum Teil aus Lagerbeständen geliefert. Im Verlauf des Jahres 1976 wurden die Fertigwarenläger zwar wieder aufgestockt, doch blieben die Unternehmen bestrebt, nicht mehr Produkte auf Lager zu nehmen, als sie in absehbarer Zeit zu verkaufen erwarteten.

71. Nachdem die Vorratsbildung insgesamt bereits in der zweiten Jahreshälfte 1975 konjunkturell gestiegen war, obwohl der Abbau der Fertigwarenlä-

ger den Aufbau der Vorproduktläger teilweise kompensiert hatte, verstärkte sie sich im ersten Halbjahr 1976 kräftig. Mit reichlich 13 Mrd DM waren die Vorratsinvestitionen fast dreimal so hoch wie ein Jahr zuvor. Wenngleich sich die Zunahme inzwischen abgeflacht hat, dürfte der Lageraufbau auch in der zweiten Jahreshälfte 1976 deutlich über das vorjährige Ausmaß hinausgehen. Aufs ganze Jahr gesehen wird er jedoch weniger zur Ausweitung der Gesamtnachfrage beitragen als in den Aufschwungsphasen früherer Zyklen.

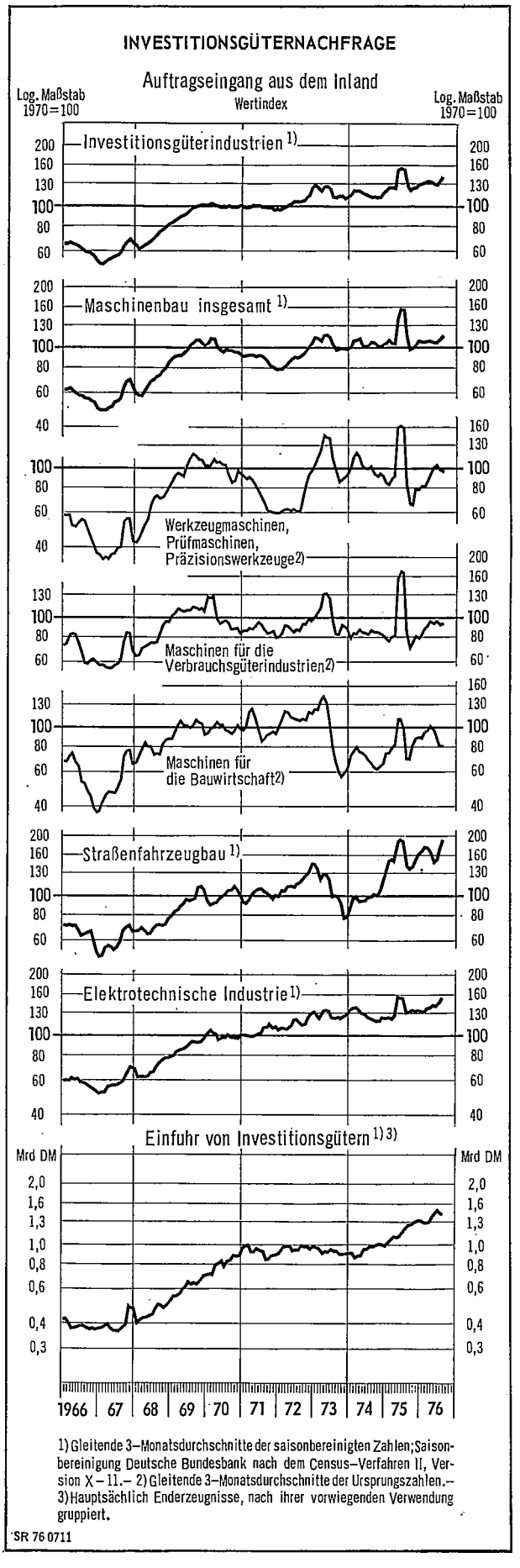
Ausreichende Investitionsneigung?

72. Wenn es das Jahr über unsicher blieb, ob sich der Aufschwung nachhaltig festigen werde, so vor allem, weil die Unternehmen zögerten, mehr Investitionsgüter zu bestellen. Dabei hatte es zunächst durchaus den Anschein, als ob sie ihre Zurückhaltung lockerten. Nachdem sie zur Jahresmitte 1975 Aufträge in großer Zahl vergeben hatten, um sich den Anspruch auf die Investitionszulage zu sichern, waren ihre Bestellungen bei den Investitionsgüterindustrien weniger als vielfach erwartet gesunken; noch vor der Jahreswende hatte die Nachfrage überdies erneut zu steigen begonnen mit der Folge, daß im Frühjahr 1976 dem Volumen nach 7 vH mehr Ausrüstungsgüter bei inländischen Herstellern in Auftrag gegeben wurden als im Herbst des vergangenen Jahres. Danach ging die Nachfrage jedoch wieder zurück, obwohl sich die Kapazitätsauslastung spürbar erhöhte, der Kostendruck nachließ und es an Finanzierungsmitteln nicht fehlte. Erst in letzter Zeit hat sie wieder angezogen.

Insgesamt wurden von Januar bis September 1976 dem Werte nach nur 1½ vH mehr Ausrüstungsgüter im Inland bestellt und dem Volumen nach sogar 2 vH weniger als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Selbst wenn man berücksichtigt, daß wesentlich mehr Investitionsgüter als früher aus dem Ausland bezogen werden, hat sich die Investitionsnachfrage gegenüber dem Vorjahr kaum erhöht.

73. Zu fragen ist, inwieweit der Orderschub, den die Investitionszulage Mitte 1975 ausgelöst hatte, das Bild verzerrt, das sich aus der Nachfrageentwicklung im Jahre 1976 bezüglich der Investitionsneigung ergibt. Einer Unternehmensbefragung des Ifo-Instituts zufolge hatte die überwiegende Anzahl der Unternehmen auf die Zulage nicht mit einer Aufstockung ihrer Investitionspläne, sondern mit einem Vorziehen von Aufträgen reagiert. Da die meisten dieser Investitionsvorhaben bis Mitte 1976 abgeschlossen sein mußten, wenn die Zulage nicht verlorengehen sollte, kann wohl angenommen werden, daß die vorgezogenen Aufträge sonst zum größten Teil in der zweiten Jahreshälfte 1975 und in der ersten Hälfte des Jahres 1976 vergeben worden wären. Verteilt man daher die Bestellungen der Monate Juni und Juli 1975, soweit sie über das vorherige — von der Investitionszulage anscheinend nur wenig beeinflußte — Niveau hinausgingen, auf diesen Zeitraum, so stellt sich die Investitionsnachfrage zweifellos günstiger dar.

Schaubild 8



1) Gleitende 3-Monatsdurchschnitte der saisonbereinigten Zahlen; Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X – 11. – 2) Gleitende 3-Monatsdurchschnitte der Ursprungszahlen. – 3) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

SR 76 0711

74. Eine so kräftige Belebung der Investitionsneigung wie in der Aufschwungsphase früherer Zyklen ist allerdings auch dann nicht auszumachen. Deutlicher als die Bestellungen bei den Investitionsgüterindustrien insgesamt spiegeln dies die Inlandsaufträge beim Maschinenbau wider (Schaubild 8); denn dieser stellt, anders als etwa die elektrotechnische Industrie oder die Automobilindustrie, nur Ausrüstungsgüter und nicht auch Verbrauchsgüter her.

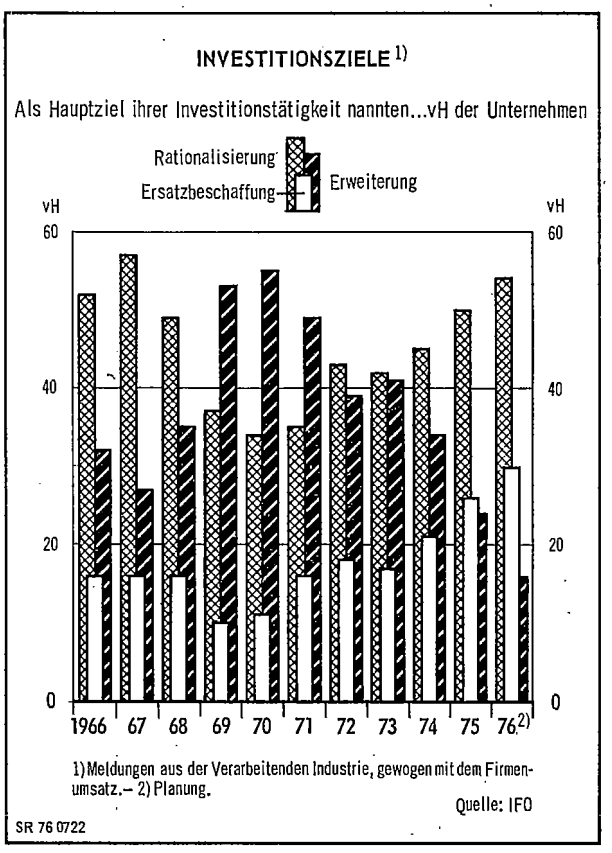
Am geringsten blieb die Investitionsneigung, wie die Nachfrage nach Werkzeugmaschinen, Prüfmaschinen und Präzisionswerkzeugen zeigt, bei den Investitionsgüterherstellern selbst; sie haben zwar die Investitionszulage ebenso wie die Verbrauchsgüterhersteller besonders stark genutzt, sich danach jedoch mehr als diese mit Bestellungen zurückgehalten. In der Bauwirtschaft, die zwei Jahre lang ihre im Zuge des inflationsgetriebenen Baubooms zu groß geratenen Kapazitäten verringert hatte, schien sich die Investitionsneigung mit dem Anstieg der Baunachfrage zu festigen; als dieser jedoch im Sommer ins Stocken geriet, flaute auch die Nachfrage nach Baumaschinen wieder ab.

Daß die Bereitschaft, mehr zu investieren, in der Industrie wenig ausgeprägt war, weniger als in den meisten anderen Wirtschaftsbereichen, bestätigt auch der Ifo-Investitionstest. Danach haben die Industrieunternehmen zwar zumeist seit dem Herbst 1975 ihre Investitionspläne für 1976 nach oben revidiert; nicht selten bedeutet dies jedoch nur, daß damals geplante Investitionseinschränkungen nicht verwirklicht wurden und daß von dem Rücktrittsvorbehalt, unter dem die zulagenbedingten Aufträge im Sommer 1975 vielfach vergeben worden waren, kein Gebrauch gemacht wurde. Eine kräftige Zunahme der Investitionsneigung war dagegen im Handel, in der Landwirtschaft und in der Energiewirtschaft zu verzeichnen.

75. Während die Unternehmen 1968, kaum daß die Rezession überwunden war, wieder Mut zu vermehrten Erweiterungsinvestitionen gefaßt hatten, obwohl ihre Kapazitäten damals nicht viel höher als heute ausgelastet waren, haben 1976 zumindest in der Industrie noch weniger Unternehmen als im Vorjahr in der Absicht investiert, ihre Produktionsanlagen zu erweitern (Schaubild 9).

Zum Teil mag dies darauf zurückzuführen sein, daß die Investoren auf eine anhaltende Belebung der Nachfrage noch nicht setzen wollten, auf manchen angestammten Märkten wohl auch nicht wie früher setzen konnten. Zum Teil mag es aber auch daran liegen, daß den Unternehmen selbst bei verbesserten Absatzchancen ausreichende Erträge noch nicht sicher genug schienen; dafür spricht, daß der Anteil der Investoren, die vor allem rationalisieren wollten, weiter zugenommen hat und daß, ungeachtet der mäßigen Lohnsteigerungen, die Eindämmung der Personalkosten dabei nach wie vor im Vordergrund stand. Häufiger als sonst war dies mit der Einführung neuer Produktionsmethoden verbunden. Noch mehr Unternehmen als im Vorjahr wollten außerdem mit ihren Investitionen vorrangig alte Anlagen

Schaubild 9



ersetzen. Nicht verkannt werden sollte allerdings, daß auch mit Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen in der Regel eine gewisse Kapazitätserweiterung einhergeht.

76. Da Bauinvestitionen erfahrungsgemäß in erster Linie der Erweiterung vorhandener Produktionsanlagen dienen, wäre es kaum überraschend gewesen, wenn sich die Nachfrage nach Betriebsgebäuden und Geschäftsbauten, obwohl sie im allgemeinen zinsempfindlicher ist als die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern, weit weniger noch als diese belebt hätte. Das war 1976 jedoch nicht der Fall. Zwar gingen die Baugenehmigungen bis in den Sommer hinein wieder zurück, nachdem bis Anfang des Jahres offenbar jene Anträge bearbeitet waren, die die Unternehmen im Hinblick auf die Investitionszulage Mitte vorigen Jahres in beträchtlichem Umfang gestellt hatten; wie der Auftragseingang beim Bauhauptgewerbe zeigt, waren die Genehmigungen jedoch nicht nur auf Vorrat eingeholt worden. Die Mehrzahl dieser Bauvorhaben wurde im Verlauf des Jahres auch in Angriff genommen. An der Auftragsvergabe gemessen, war die gewerbliche Baunachfrage in der ersten Jahreshälfte 1976 um 4½ vH höher als ein Jahr zuvor. Die Erklärung dafür ist wohl vor allem in der hohen Investitionsneigung des Handels zu sehen, der im Gegensatz zur Industrie bei seinen Investitionen mehr Bauten als Ausrüstungen benötigt. Zuletzt wurden allerdings wieder weniger Aufträge vergeben.

77. Im Wohnungsbau, der besonders tief in die Krise geraten war, hat sich die Nachfrage inzwischen offenbar gefangen. Der Einfluß der Investitionszulage war dabei weniger ausgeprägt als in den anderen Bereichen, weil sie nicht von privaten, sondern nur von gewerblichen Bauherren beansprucht werden konnte. Diese haben sie zwar genutzt, wie an der großen Zahl von Baugenehmigungen zu erkennen ist, die vor allem gemeinnützigen Wohnungsunternehmen Anfang 1976 erteilt wurden; zum Teil wurden die Genehmigungen jedoch nur vorsorglich eingeholt, denn selbst mit der Zulage sind Bauprojekte auch bei den gesunkenen Hypothekenzinsen oft noch nicht rentabel. Dagegen hat sich die Nachfrage im Eigenheimbau, für die Rentabilitätserwägungen meist eine geringere Rolle spielen als die monatliche Zinsbelastung der Bauherren, von der zweiten Jahreshälfte 1975 an zunehmend verstärkt. Zu der beschleunigten Auftragsvergabe dürfte die Zinsverbilligung für die Zwischenfinanzierung von Bauspardarlehen im Rahmen des Konjunkturprogramms vom August 1975 beigetragen haben. Insgesamt übertrafen die Wohnungsbaugenehmigungen, obwohl sie in den Sommermonaten etwas zurückgingen, von Januar bis September 1976 den entsprechenden Vorjahreswert um 17 vH; die Auftragsvergabe war um 11½ vH höher als vor Jahresfrist. Damit dürfte die Nachfrage etwa 400 000 bis 420 000 Wohnungen im Jahr entsprechen, einem Volumen, das zwar um mehr als 300 000 Wohnungen hinter dem von der Flucht in die Sachwerte geprägten Niveau des Jahres 1972 zurückbleibt, den mittelfristigen Bedarf je Jahr aber wohl nur wenig unterschreitet.

78. Die öffentliche Baunachfrage, die in den beiden vorangegangenen Jahren die Konjunktur gestützt und vor allem verhindert hatte, daß die Beschäftigung in der Bauwirtschaft noch weiter sank, hat sich 1976 deutlich abgeschwächt. Nachdem das Sonderprogramm vom August des letzten Jahres zu einem Vorziehen von geplanten Bauprojekten geführt hatte, nahmen sowohl die Baugenehmigungen als auch die Auftragsvergabe spürbar ab. Im Durchschnitt der ersten neun Monate 1976 erteilten öffentliche Bauherren dem Hochbau ebenso wie dem Tiefbau über ein Zehntel weniger Aufträge als ein Jahr zuvor.

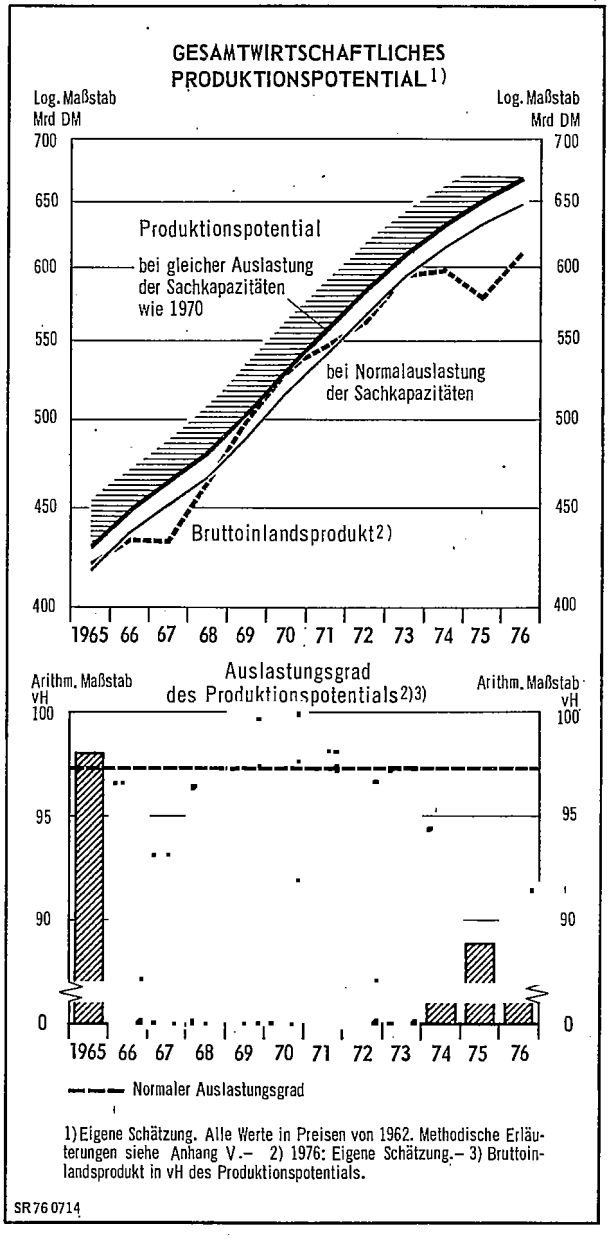
79. Die Ausgaben für Bauten und Ausrüstungen, die nicht die Auftragsvergabe, sondern die Fertigstellung und die Lieferung spiegeln, dürften 1976 insgesamt um 7 vH höher sein als 1975. Von den Ausgaben für Ausrüstungen, die um fast 9½ vH zunahmen, beruhte ein erheblicher Teil auf Bestellungen, die im Zusammenhang mit der Investitionszulage im vorigen Jahr aufgegeben worden waren. Dagegen dürfte der Zuwachs der Bauausgaben um reichlich 5 vH die vermehrte Auftragsvergabe im Wirtschaftsbau und im Wohnungsbau noch nicht vollständig wiedergeben, zum einen, weil sich die Investitionszulage hier verzögert auswirkt, zum anderen, weil die Ausführung von Bauaufträgen meist längere Zeit erfordert.

Preisbereinigt haben die Anlageinvestitionen 1976 um schätzungsweise 5 vH und damit erstmals seit Anfang der siebziger Jahre wieder deutlich zugenommen. Ihr Anteil am realen Sozialprodukt blieb indes mit 23 vH niedriger als in jedem der letzten zwanzig Jahre.

Deutlicher Produktionsanstieg

80. Die gesamtwirtschaftliche Produktion nimmt seit Mitte 1975 wieder zu. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird 1976 knapp 6 vH höher sein als im Vorjahr, nachdem es 1974 kaum seinen Vorjahresstand übertroffen hatte und 1975 sogar um fast 3½ vH gesunken war. Der Auslastungsgrad des Produktionspotentials verbesserte sich gleichzeitig von 89 vH im Jahre 1975 auf 91½ vH im Jahre 1976; als normal sehen wir eine Kapazitätsauslastung von 97¼ vH an (Schaubild 10).

Schaubild 10



1) Eigene Schätzung. Alle Werte in Preisen von 1962. Methodische Erläuterungen siehe Anhang V.– 2) 1976: Eigene Schätzung.– 3) Bruttoinlandsprodukt in vH des Produktionspotentials.

SR 76 0714

81. In der Industrie hatten die Unternehmen angesichts steigender Auftragseingänge seit Sommer 1975 ihre Produktion wieder zügig ausgeweitet. Im Frühsommer 1976 geriet der Aufschwung jedoch ins Stocken, da erneut Unsicherheit über die künftige Geschäftsentwicklung aufkam. Die vorangegangene Expansion war aber so kräftig gewesen, daß die Produktion der verarbeitenden Industrie im Durchschnitt der ersten neun Monate 1976 um nicht weniger als 9 vH höher war als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

82. Einen langen zeitlichen Vorlauf im Aufschwung besaß der Straßenfahrzeugbau; dort hatte die Produktion bereits zu Beginn des Jahres 1976 — nachdem sie zuvor bereits zwölf Monate lang ausgedehnt worden war — ein so hohes Niveau erreicht, daß sie im weiteren Verlauf nur noch langsam gesteigert werden konnte. In den Verbrauchsgüterindustrien hatte der konjunkturelle Tiefpunkt erst im Sommer 1975 gelegen; die Produktion wurde seitdem rasch erhöht, stagnierte dann aber vom Frühjahr 1976 an für mehrere Monate. Noch ausgeprägter war das zyklische Muster in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien. Aus einer Situation stark gedrückter Produktion setzte dort Mitte 1975 ein stürmischer Aufschwung ein; trotz des Rückgangs der Auftragseingänge vom Frühjahr 1976 an wurde die Produktion nur in einzelnen Bereichen zurückgenommen. Anders als nach der Rezession von 1967 dauerte es diesmal lange, bis auch die Produktion von Investitionsgütern anzog. Nach dem Orderschub, den die Investitionszulage Mitte letzten Jahres ausgelöst hatte, waren die Auftragsbestände der Hersteller von Ausrüstungsgütern zwar beträchtlich gestiegen; da weitere Aufträge aber nur zögernd vergeben wurden, blieben die Produzenten zurückhaltend.

83. Seit Anfang 1976 wird auch wieder mehr gebaut, gemessen an der Produktion von Baustoffen in den ersten neun Monaten des Jahres um fast 4 vH mehr als im Vorjahr. In den Jahren 1974 und 1975 war das Bauvolumen allerdings um rund ein Fünftel geschrumpft. Am kräftigsten fiel die Belebung 1976 im gewerblichen Bau aus; hier kam es im Jahresdurchschnitt zu einem realen Produktionsanstieg von rund 7 vH. Im Wohnungsbau dürften die Unternehmen 1976 ihre realen Bauleistungen gegenüber 1975 um voraussichtlich 2 vH bis 3 vH erhöhen, wenn auch die Anzahl der fertiggestellten Wohnungen mit knapp 400 000 Einheiten noch einmal niedriger sein wird als im Vorjahr. Am ungünstigsten ist das Bild im öffentlichen Hochbau und im Straßenbau. Immerhin konnte die Bautätigkeit 1976 trotz rückläufiger Auftragsvergabe etwa auf dem Niveau von 1975 gehalten werden, nicht zuletzt wohl aufgrund der Ausführung der Konjunkturprogramme vom Herbst 1975.

84. Kräftiger als der Absatz aus inländischer Produktion nahm 1976 der Absatz von Waren und Dienstleistungen zu, die im Ausland erzeugt wurden. Dies hatte nicht nur konjunkturelle Gründe, sondern entspricht auch dem langfristigen Trend zu wachsender weltwirtschaftlicher Verflechtung. Machte die Einfuhr 1960 nur rund 14 vH des Gesamtangebots aus, so betrug ihr Anteil 1976 bereits knapp 26 vH (1975: 25 vH). Bemerkenswert ist, daß diese Entwicklung in der zurückliegenden Rezession im Gegensatz zu der von 1966/67 nicht unterbrochen wurde, sondern unvermindert anhielt. Die deutschen Unternehmen konnten ihre freien Produktionsreserven diesmal nicht in zusätzliche Anteile am Inlandsmarkt ummünzen. Vor allem der Import von Investitionsgütern stieg 1976, wie schon 1975, rascher als der Absatz aus heimischer Produktion. Anfang der siebziger Jahre hatte die Einfuhr von Investitionsgütern trotz der beträchtlichen Aufwertung der D-Mark nur etwa so zugenommen wie der Inlandsabsatz dieser Güter. Die jüngste Entwicklung bedeutet die Rückkehr zu dem Trend steigender Marktanteile ausländischer Produzenten. Ähnliches gilt auch für den Markt von Grundstoffen und Produktionsgütern. Bei ausländischen Verbrauchsgütern war es dagegen zu keiner Trendabweichung gekommen. Ihr Anteil am deutschen Markt steigt mit der wachsenden weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung seit fast zehn Jahren unaufhaltsam an.

85. Das Produktionspotential wuchs 1976 nur noch um 2,4 vH, gegenüber 2,7 vH im Jahre 1975. Der Kapitalstock nahm 1976 trotz der kräftig gestiegenen Investitionen noch einmal mit einer geringeren Rate zu als 1975; in die Berechnung der Zugänge zum Kapitalstock gehen nämlich sowohl die Investitionen des Vorjahres wie die des laufenden Jahres jeweils zur Hälfte ein, so daß die Zunahme der Investitionen im Jahre 1976 teilweise kompensiert wird durch den Rückgang im Jahre 1975. Zudem hielt der trendmäßige Rückgang der Kapitalproduktivität, also das, was je Kapitaleinheit hergestellt wird, auch 1976 an [1]).

86. Die Auslastung der Kapazitäten war vor allem im industriellen Sektor, der heftigeren konjunkturellen Schwankungen ausgesetzt ist als die Gesamtwirtschaft, in der vergangenen Rezession sehr weit zurückgegangen. Die Anlagen der Industrie waren im zweiten Vierteljahr 1975 nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung nur noch zu rund 79 vH genutzt; Mitte 1973, auf dem Höchststand des vorhergehenden Aufschwungs, waren es fast 92 vH. Die rasche Expansion der Produktion seit der zweiten Jahreshälfte 1975 führte aber umgekehrt auch dazu, daß die Kapazitätsspielräume rascher abnahmen als in der Gesamtwirtschaft, zumal das industrielle Produktionspotential seit der Rezession nur noch sehr langsam

[1]) Die empirische oder tatsächliche Kapitalproduktivität wird zwar 1976, wie in jedem Aufschwungsjahr, kräftig zunehmen, in die Potentialberechnung gehen aber nicht die empirischen Werte der Kapitalproduktivität, sondern die Trendwerte ein. Auf Schwierigkeiten, die sich bei der Ermittlung der in diesem Jahr anzusetzenden trendmäßigen Kapitalproduktivität ergaben, gehen wir in Anhang V näher ein.

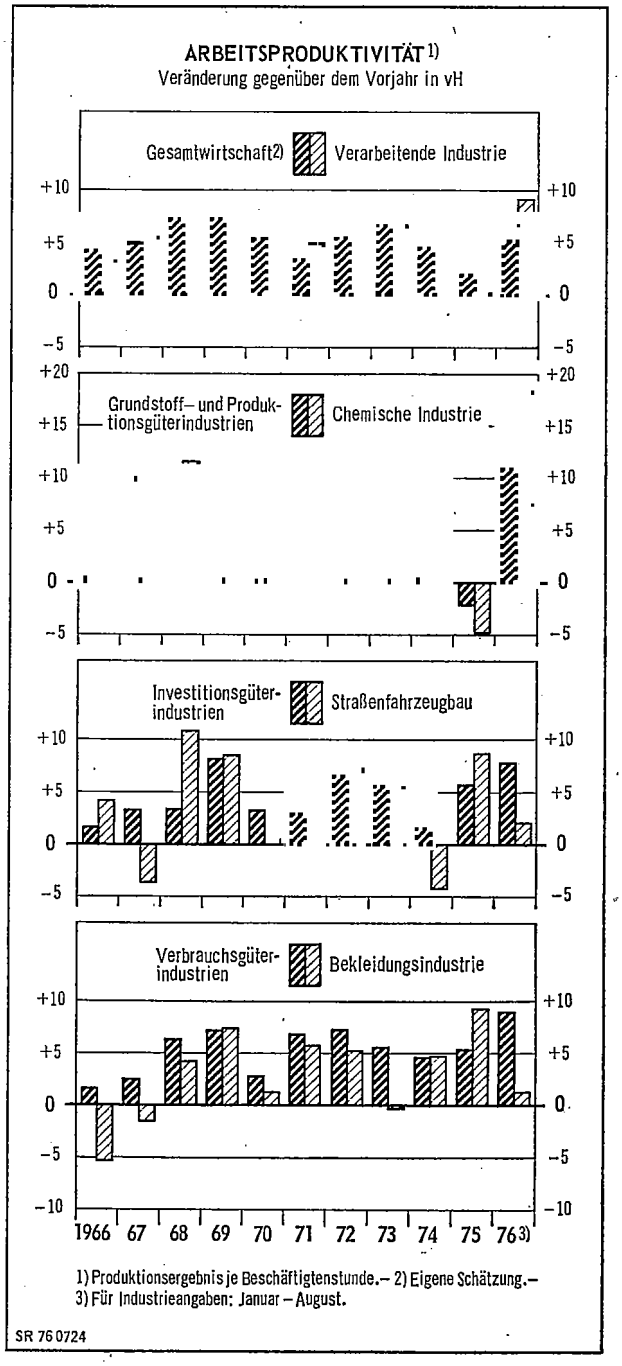
steigt. Bis zum Herbst 1976 verbesserte sich der Auslastungsgrad in der Industrie auf 85 vH; im Durchschnitt der Jahre seit 1960 hat er 88 vH betragen.

Dabei zeigten sich erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen. Engpässe traten 1976 bereits im Straßenfahrzeugbau und in einzelnen Konsumgüterindustrien auf. Steigend, aber immer noch sehr niedrig, war die Auslastung der industriellen Kapazitäten im Grundstoff- und Produktionsgütersektor sowie im Maschinenbau und in dem Teil der Elektroindustrie, der Investitionsgüter herstellt. Das gleiche gilt für die Bauwirtschaft.

87. Wie in vergleichbaren Aufschwungsjahren der Vergangenheit wurde auch 1976 eine starke Zunahme des Produktionsergebnisses je Beschäftigten erzielt. Während der Rezession hatten sowohl die Arbeitskräfte als auch die Sachanlagen nicht so eingesetzt werden können, wie es betriebswirtschaftlich optimal gewesen wäre. Eine volle Anpassung des Personalbestandes an die niedrigere Produktion war nur teilweise möglich gewesen, häufig wohl auch aus Kostengründen nicht sinnvoll, soweit damit gerecht wurde, daß es über kurz oder lang wieder zu einer Verbesserung der Geschäftslage kommen würde. Die Produktion konnte deshalb im Aufschwung eine Weile ohne zusätzliche Arbeitskräfte gesteigert werden.

Die Produktion je geleisteter Arbeitsstunde, also die Arbeitsproduktivität auf Stundenbasis, dürfte 1976 in der Gesamtwirtschaft um reichlich 5 vH (1975: 1½ vH), in der Industrie sogar um 8½ v H (1975: 3 vH) höher sein als im Durchschnitt des Vorjahres. Am kräftigsten waren die Steigerungsraten dort, wo der Auslastungsgrad besonders tief gesunken und der Produktionsanstieg steil war. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür bietet die chemische Industrie, in der das Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde 1976 um nicht weniger als 15 vH höher sein dürfte als 1975. In bereits zu Jahresbeginn gut beschäftigten Branchen, wie im Straßenfahrzeugbau und in der Bekleidungsindustrie, waren die Produktivitätsgewinne 1976 dagegen nicht mehr so groß (Schaubild 11).

Schaubild 11



III. Nur allmähliche Besserung am Arbeitsmarkt

Arbeitslosigkeit

88. Im Jahresdurchschnitt 1976 waren erneut mehr als eine Million Menschen arbeitslos, kaum weniger als 1975 (Tabelle 9). Im Januar wurde mit 1,35 Millionen der höchste Stand der Arbeitslosigkeit seit 1959 gemessen. Bereinigt um Saisoneinflüsse sinkt die Anzahl der Arbeitslosen zwar schon seit Herbst 1975; die Besserung vollzog sich jedoch nur in kleinen Schritten. Es wäre nicht einmal dazu gekommen, wenn nicht viele Frauen die Stellensuche gänzlich aufgegeben hätten und wenn nicht zahlreiche Ausländer in ihre Heimatländer zurückgekehrt wären.

Ein zutreffenderes Bild von der Entwicklung am Arbeitsmarkt vermitteln die Zahlen über die Beschäftigung. Die Anzahl der Beschäftigten erreichte, schaltet man saisonale Gründe aus, ihren Tiefpunkt zu Beginn des Jahres 1976 und stagnierte dann mehrere Monate. Erst in der zweiten Jahreshälfte hat sie anscheinend wieder zu steigen begonnen. Im Jahresdurchschnitt werden 1976 noch etwa 145 000 Menschen weniger beschäftigt sein als 1975.

Im Jahre 1968, dem Jahr nach der letzten großen Rezession, hatte sich die Erholung am Arbeitsmarkt wesentlich rascher durchgesetzt (Schaubild 12). Damals hatte sich die Arbeitslosigkeit schon im Sommer auf rund eine Viertelmillion und damit um fast die Hälfte gegenüber dem Tiefpunkt des vorhergehenden Konjunkturabschwungs verringert. Auch die Beschäftigung konnte zu dieser Zeit bereits wieder kräftig gesteigert werden. Im nachhinein erscheint die damalige Krise daher im Vergleich zur heutigen Situation eher als ein kurzfristiger Einbruch, dem schon rasch wieder die gewohnte Vollbeschäftigung folgte. Daß dies nicht so empfunden wurde, mag seine Ursache darin gehabt haben, daß die Arbeitslosenquote zuvor viele Jahre lang regelmäßig gesunken war und ihr kräftiger Anstieg 1967 deshalb um so mehr beunruhigte. Auch waren die sozialen Probleme wohl größer als heute: Ältere Menschen waren noch nicht so gegen Entlassungen geschützt, der Anteil der Arbeitslosen, die

Tabelle 9

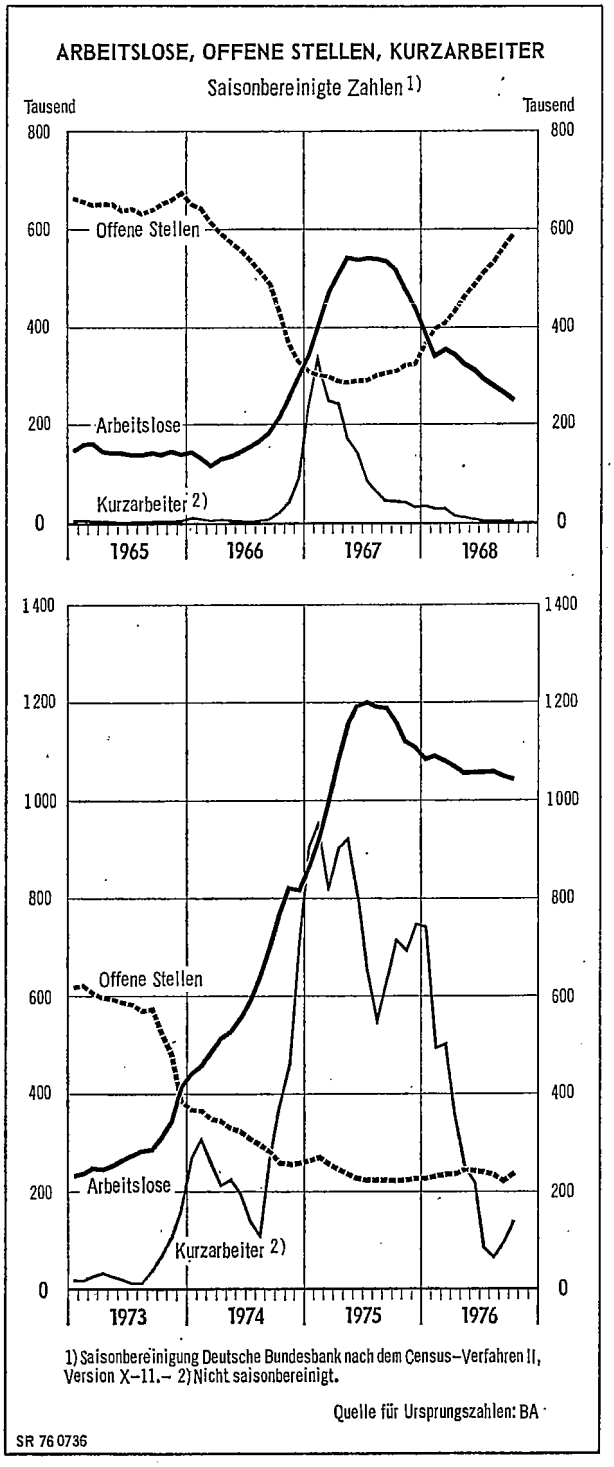
Die Entwicklung am Arbeitsmarkt

Jahr	Abhängige Erwerbstätige		Arbeitslose	Kurzarbeiter	Offene Stellen	Stille Reserve [2]	Arbeitslosenquote [3]
	insgesamt	darunter Ausländer [1]					
	1 000						vH
1960	20 257	279	271	3	465	47	1,3
1961	20 730	507	181	3	552	—	0,9
1962	21 032	629	155	4	574	—	0,7
1963	21 261	773	186	11	555	—	0,9
1964	21 484	902	169	2	609	—	0,8
1965	21 757	1 119	147	1	649	—	0,7
1966	21 765	1 244	161	16	540	43	0,7
1967	21 054	1 014	459	143	302	264	2,1
1968	21 183	1 019	323	10	488	138	1,5
1969	21 752	1 366	179	1	747	—	0,8
1970	22 246	1 807	149	10	795	—	0,7
1971	22 414	2 128	185	86	648	90	0,8
1972	22 435	2 285	246	76	546	144	1,1
1973	22 564	2 425 [4]	273	44	572	151	1,2
1974	22 152	2 323 [4]	582	292	315	197	2,6
1975	21 420	2 061	1 074	773	236	365	4,8
1976 [4]	21 275	1 910	1 060	280	231	516	4,7

[1] 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni.
[2] Erwerbspersonenpotential abzüglich Erwerbstätige und Arbeitslose.
[3] Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (abhängige Erwerbstätige + Arbeitslose).
[4] Eigene Schätzung.

Quelle: BA (ausgenommen abhängige Erwerbstätige und Arbeitslosenquote)

Schaubild 12



Zweitverdiener waren, lag erheblich niedriger, zudem kam es zu einer stärkeren Konzentration der Arbeitslosigkeit auf bestimmte Regionen und Branchen.

89. Gemessen am Rückgang der Auslastung des Produktionspotentials auf 89 vH hätte die Arbeitslosigkeit 1975, so hoch sie für sich genommen war, noch höher ausfallen können. Daß es dazu nicht kam, ist auf eine Reihe von Faktoren, die gleichsam als Puffer wirkten, zurückzuführen; sie verhinderten, daß sich die Produktionsschwäche voll in den Arbeitslosenzahlen niederschlug, sie verzögerten dann aber im Aufschwung den Abbau der Arbeitslosigkeit (Tabelle 10):

— Die „stille Reserve": Hierzu zählen Personen, die nicht als arbeitslos registriert sind, aber eine bezahlte Tätigkeit aufnehmen würden, wenn es wieder genügend Stellenangebote gäbe. Die stille Reserve besteht zu mehr als zwei Dritteln aus Frauen. Sie nahm von 1973 bis 1976 um 365 000 Personen zu, davon allein um rund 150 000 von 1975 auf 1976. Es ist charakteristisch für die Spätphase einer Rezession und auch noch für den Beginn eines Aufschwungs, daß die Zahl derer steigt, die sich nach Ausschöpfen ihrer Ansprüche auf Arbeitslosengeld, spätestens also nach einem Jahr (JG 75 Ziffern 112 f.), nicht mehr als arbeitslos melden. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt entsprechend. Dadurch, daß sich diese Erwerbspersonen im Aufschwung wieder um offene Stellen bemühen und damit als Konkurrenten der registrierten Arbeitslosen auftreten, geht die statistisch ausgewiesene Arbeitslosigkeit langsamer zurück.

— Kurzarbeit: Entlassungen ließen sich zu einem erheblichen Teil dadurch vermeiden, daß auf Kurzarbeit ausgewichen werden konnte. Für die ausgefallenen Stunden konnten — und können — die Betriebe ihren Mitarbeitern 68 vH des Nettoentgelts erstatten, das diese sonst während der normalen Arbeitszeit erzielt hätten. Die Kosten wurden von den Arbeitsämtern übernommen. Im Jahresdurchschnitt 1975 waren 773 000 Personen von Kurzarbeit betroffen. Ohne diese Ausweichmöglichkeit hätten die Unternehmen, grob gerechnet, noch weitere 170 000 Arbeitskräfte entlassen. Der Konjunkturaufschwung fand auf dem Arbeitsmarkt seinen deutlichsten Niederschlag darin, daß die Kurzarbeit zügig verringert wurde.

— Überstunden: Ein anderer Puffer, der 1974 und 1975 Entlassungen verhindert hatte, 1976 jedoch Neueinstellungen verzögerte, bestand darin, daß während der Rezession die Zahl der Überstunden erheblich reduziert worden war — in der Industrie um mehr als ein Drittel — und 1976 wieder mehr Überstunden geleistet wurden.

— Produktivitätsreserven: Die Unternehmen hatten während der Zeit niedriger Kapazitätsauslastung in erheblichem Umfang Arbeitskräfte auch dann gehalten, wenn sie nicht voll beschäftigt werden konnten, sei es weil die ungünstige Geschäftslage nur als vorübergehend angesehen wurde, sei es weil der Produktionsbedarf die Weiterbeschäftigung bestimmter Fachkräfte erforderte oder sei es weil die Kündigungsschutzregelungen Entlassungen erschwerten. Im Aufschwung brauchten deshalb nicht sofort neue Mitarbeiter eingestellt zu werden.

90. Die Arbeitslosigkeit wurde sowohl während des Konjunktureinbruchs als auch während der anschließenden Erholungsphase dadurch vergleichsweise niedrig gehalten, daß die Anzahl der ausländ-

Tabelle 10

Zur Auslastung des potentiellen Arbeitsvolumens

Jahr	Erwerbspersonen			Durchschnittliche Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen			Arbeitsvolumen		
	Potential	Erwerbstätige	Auslastungsgrad $\frac{(2)}{(1)} \cdot 100$	Potential	effektiv	Auslastungsgrad $\frac{(5)}{(4)} \cdot 100$	Potential (1) · (4)	effektiv (2) · (5)	Auslastungsgrad $\frac{(8)}{(7)} \cdot 100$
	1 000		vH	Stunden		vH	Mio Stunden		vH
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
1960	26 442	26 092	*98,7*	2 214	2 154	*97,3*	58 548	56 195	*96,0*
1961	26 634	26 453	*99,3*	2 196	2 126	*96,8*	58 483	56 238	*96,2*
1962	26 700	26 545	*99,4*	2 169	2 098	*96,7*	57 919	55 702	*96,2*
1963	26 794	26 608	*99,3*	2 130	2 057	*96,6*	57 063	54 725	*95,9*
1964	26 799	26 630	*99,4*	2 123	2 078	*97,9*	56 901	55 341	*97,3*
1965	26 927	26 780	*99,5*	2 101	2 061	*98,1*	56 574	55 205	*97,6*
1966	26 902	26 698	*99,2*	2 087	2 040	*97,8*	56 133	54 473	*97,0*
1967	26 552	25 829	*97,3*	2 052	2 005	*97,7*	54 479	51 785	*95,1*
1968	26 311	25 850	*98,2*	2 041	1 999	*98,0*	53 691	51 669	*96,2*
1969	26 430	26 251	*99,3*	2 004	1 983	*98,9*	52 968	52 054	*98,3*
1970	26 731	26 582	*99,4*	1 992	1 969	*98,9*	53 243	52 346	*98,3*
1971	26 925	26 650	*99,0*	1 984	1 954	*98,5*	53 431	52 070	*97,5*
1972	26 982	26 592	*98,6*	1 954	1 920	*98,3*	52 718	51 058	*96,9*
1973	27 083	26 699	*98,4*	1 934	1 887	*97,5*	52 381	50 295	*96,0*
1974	26 943	26 164	*97,1*	1 911	1 853	*97,0*	51 489	48 487	*94,2*
1975	26 742	25 303	*94,6*	1 890	1 818	*96,2*	50 542	45 998	*91,0*
1976 [1])	26 616	25 040	*94,1*	1 905	1 845	*96,9*	50 709	46 199	*91,1*

[1]) Eigene Schätzung.

Quelle: IAB (ausgenommen Erwerbstätige)

dischen Arbeitskräfte vermindert wurde. So willkommen diese Entlastung aus nationaler arbeitsmarktpolitischer Sicht auch gewesen sein mag, so darf darüber doch nicht vergessen werden, daß sich damit gleichzeitig die chronischen Beschäftigungsprobleme in den Heimatländern der ausländischen Arbeitskräfte entsprechend verschärft haben dürften.

Vor dem Anwerbestopp von November 1973 gab es in der Bundesrepublik etwa 2 650 000 ausländische Erwerbspersonen, Mitte 1976 dürften es nur noch 2 200 000 gewesen sein. Der Rückgang kam vor allem dadurch zustande, daß freiwillig Abwandernde kaum mehr durch Zuwandernde ersetzt wurden. Die Abnahme des gesamtwirtschaftlichen Erwerbspersonenpotentials um 2 vH im selben Zeitraum kann zu vier Fünfteln dieser Abwanderung zugerechnet werden. [1])

[1]) Zum Erwerbspersonenpotential einer Volkswirtschaft zählen neben den Erwerbstätigen und registrierten Arbeitslosen alle die, die bei günstigen Arbeitsmarktbedingungen einen Arbeitsplatz annehmen würden.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

91. Entlastet wurde der Arbeitsmarkt in gewissem Umfang auch durch gezielte Maßnahmen des Staates. Unter dem Eindruck steigender Arbeitslosenzahlen waren im Dezember 1974, im August 1975 und im Januar 1976 Arbeitsmarktprogramme beschlossen worden. Deren Beschäftigungswirkungen lassen sich allerdings nur schwer abschätzen. Als ziemlich erfolglos erwiesen sich die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des Programms vom De-

noch Fußnote 1

Die Berechnung dieses Potentials ist mit großen Unsicherheiten behaftet. Schwierigkeiten bereiten vor allem zwei Aspekte. Zum einen ändert sich die Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung sowohl im Trend — von 1960 bis heute sank sie in der Bundesrepublik von 60½ vH auf etwa 53 vH, in Zukunft dürfte sie wieder leicht ansteigen — wie auch konjunkturell. Zum anderen ist der Arbeitsmarkt nicht hermetisch gegen das Ausland abgeschlossen. In Zeiten starken Nachfragesogs kann sich das Erwerbspersonenpotential durch Zuwanderung beträchtlich erhöhen, in Rezessionen durch Abwanderung vermindern.

zember 1974. Von den bereitgestellten Mitteln in Höhe von 600 Mio DM wurden nur zwei Drittel in Anspruch genommen. Die auf sechs Monate befristeten Lohnkostenzuschüsse von 60 vH des Bruttoarbeitsentgelts an solche Arbeitgeber, die Arbeitslose bis zum 1. Mai 1975 für nicht nur vorübergehende Tätigkeiten einstellten und dadurch ihre Belegschaft vergrößerten, fanden zu diesem Zeitpunkt, als die Absatzerwartungen noch ungünstig waren, keinen Anklang. Die finanzielle Unterstützung von Umzügen (Mobilitätszulage), die längerfristig Arbeitslosen gewährt wurde, war so bescheiden bemessen, daß sie wohl von jenen, die ohnehin umzogen, gern in Anspruch genommen wurde, aber kaum jemanden veranlaßt haben dürfte, an einem andern Ort nach einem Arbeitsplatz zu suchen.

92. Günstiger fällt das Urteil über die sogenannten allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung aus. Die Mittel hierfür betrugen 1975 und 1976 insgesamt 900 Mio DM, von denen etwa 200 Mio DM ursprünglich für die beiden oben beschriebenen Programme vorgesehen waren, dann aber übertragen wurden. Mit Zuschüssen zu den Lohnkosten von 60 vH und mehr wurden Projekte gefördert, die „im öffentlichen Interesse liegen und sonst nicht, nicht in demselben Umfang oder erst zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt worden wären". Begünstigt werden sollte möglichst nur die Begründung von Dauerarbeitsverhältnissen. Verwendet wurden die Mittel meist für Investitionen der Gemeinden, beispielsweise für das Erschließen von Industriegelände oder den Bau von Straßen, Kindergärten, Wanderwegen, Sportplätzen und Wasserversorgungsanlagen. Die Kosten dieses Programms waren für die öffentliche Hand insgesamt gering, da an anderer Stelle, vor allem beim Arbeitslosengeld, gespart werden konnte. Ein weiterer Vorteil lag darin, daß die Beschäftigungseffekte ohne Verzögerung eintraten. Nicht auszuschließen waren, wie bei allen solchen Programmen, Mitnehmereffekte, die hier darin bestanden, daß die Gemeinden Zuschüsse für Projekte in Anspruch nahmen, die sie ohnehin zu diesem Zeitpunkt durchgeführt hätten. Dies macht Angaben darüber, um wieviel die Arbeitslosenzahl durch diese Maßnahmen verringert werden konnte, sehr schwierig. Nach Berechnungen des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ergab sich für das Jahr 1976 eine Entlastung des Arbeitsmarkts in Höhe von 65 000 Personen (einschließlich Mitnehmereffekt).

93. Im Januar 1976 wurde vom Bund ein 100-Mio-DM-Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit verabschiedet, durch das für Jugendliche unter 25 Jahren die Teilnahme an berufsvorbereitenden Lehrgängen finanziell gefördert wurde. Da von den arbeitslosen Jugendlichen zwei Drittel keine abgeschlossene Berufsausbildung besitzen, dürften hierbei auch auf mittlere Frist günstige Auswirkungen zu erwarten sein.

94. Anfang November 1976 beschloß die Bundesregierung ein zusätzliches arbeitsmarktpolitisches Programm in Höhe von 430 Mio DM. Im einzelnen handelt es sich dabei um die folgenden Maßnahmen:

- Arbeitslosen, die schon sechs Monate lang ohne Beschäftigung sind, wird auf Antrag eine einmalige Mobilitätszulage in Höhe von 500 DM gewährt; für jeden weiteren Monat der Arbeitslosigkeit erhöht sich die Zulage um 150 DM bis zu einem Höchstbetrag von 1 400 DM. Ein Arbeitsloser, der eine neue Stelle annimmt, hat Anspruch auf diese Unterstützung, wenn die tägliche Rückkehr vom Arbeitsplatz zum Wohnort nicht zumutbar erscheint, oder wenn das Bruttoarbeitsentgelt aus dem neuen Arbeitsverhältnis um mehr als 15 vH niedriger ist als das frühere Einkommen oder schließlich, wenn am neuen Arbeitsplatz eine andere Tätigkeit als am alten ausgeübt und dabei kein höheres Bruttoarbeitsentgelt erzielt wird. Die Arbeit muß bis zum 31. Mai 1977 aufgenommen werden.
- Soweit in den beschriebenen Fällen die Annahme einer neuen Stelle mit einem Umzug verbunden ist, werden die Umzugskosten voll ersetzt, sofern der Umzug spätestens neun Monate nach der Arbeitsaufnahme stattfindet. Zusätzlich wird eine Einrichtungsbeihilfe von pauschal 4 000 DM gewährt; für den Ehegatten erhöht sich dieser Betrag um 2 000 DM, für jeden weiteren Familienangehörigen um 800 DM.
- Die Mittel für Eingliederungshilfen nach § 54 Arbeitsförderungsgesetz werden aufgestockt. Unternehmen, die bis Ende 1977 Arbeitslose einstellen, die schon über ein Jahr ohne Beschäftigung sind, erhalten Darlehen und Zuschüsse. Es wird mit Kosten von durchschnittlich 6 000 DM je Vermittlungsfall gerechnet.

Die Bundesanstalt für Arbeit hat ihre Haushaltsansätze für Arbeitsförderungsmaßnahmen im Jahre 1977 gegenüber dem laufenden Jahr kräftig angehoben und gleichzeitig die Vorschriften für die Förderungsmöglichkeiten weitergehend ausgelegt. Verstärkte Hilfe soll vor allem den Problemgruppen des Arbeitsmarkts zugute kommen — längerfristig Arbeitslosen, Frauen, Schwerbehinderten, Älteren, Angestellten und nicht qualifizierten Jugendlichen. Insgesamt sind dafür im Haushalt der Bundesanstalt 1,2 Mrd DM vorgesehen.

Beschäftigung

95. Der Abbau der Beschäftigung, der drei Jahre lang angehalten hatte, kam erst Mitte 1976, zwölf Monate nach der konjunkturellen Wende, zum Stillstand. Von 1973 bis 1976 hatte die Anzahl der abhängig beschäftigten Erwerbspersonen um 1,3 Millionen abgenommen (Schaubild 13).

In den vorangegangenen zehn Jahren war sie noch um fast ebenso viel gestiegen, nachdem während der Phase des Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft, von 1950 bis 1963, nicht weniger als 7,3 Millionen Menschen zusätzlich hatten beschäftigt werden können. Häufig wird gefragt, ob sich im Verlaufe der langanhaltenden Rezession das Angebot

Schaubild 13

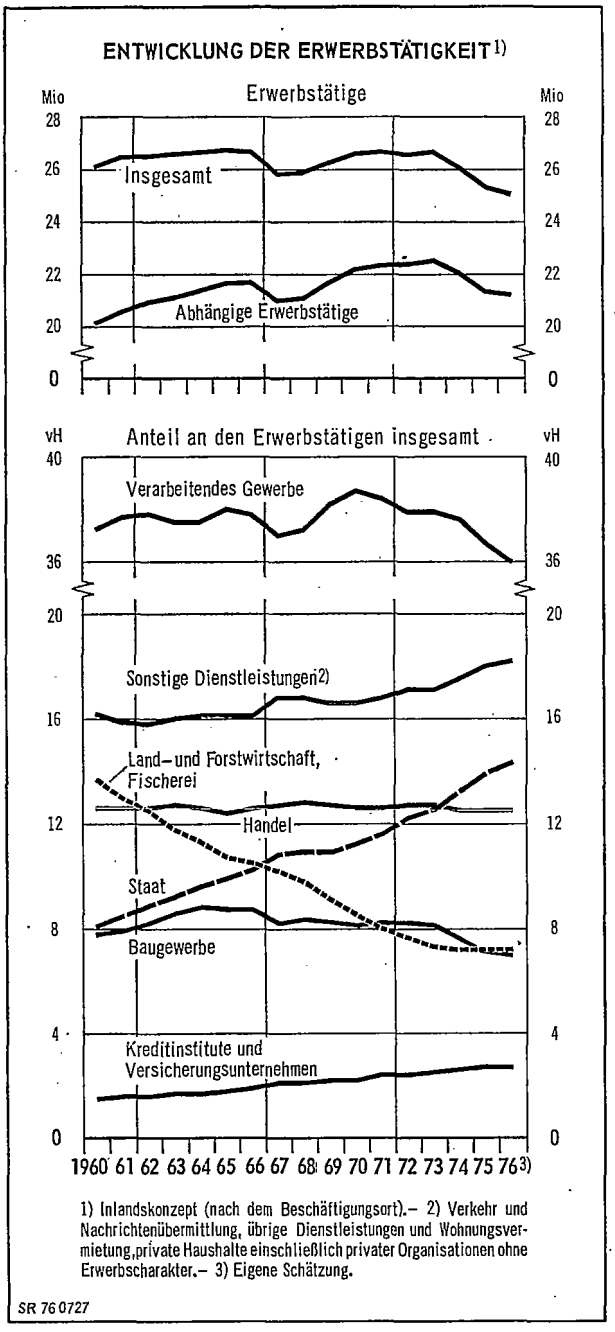
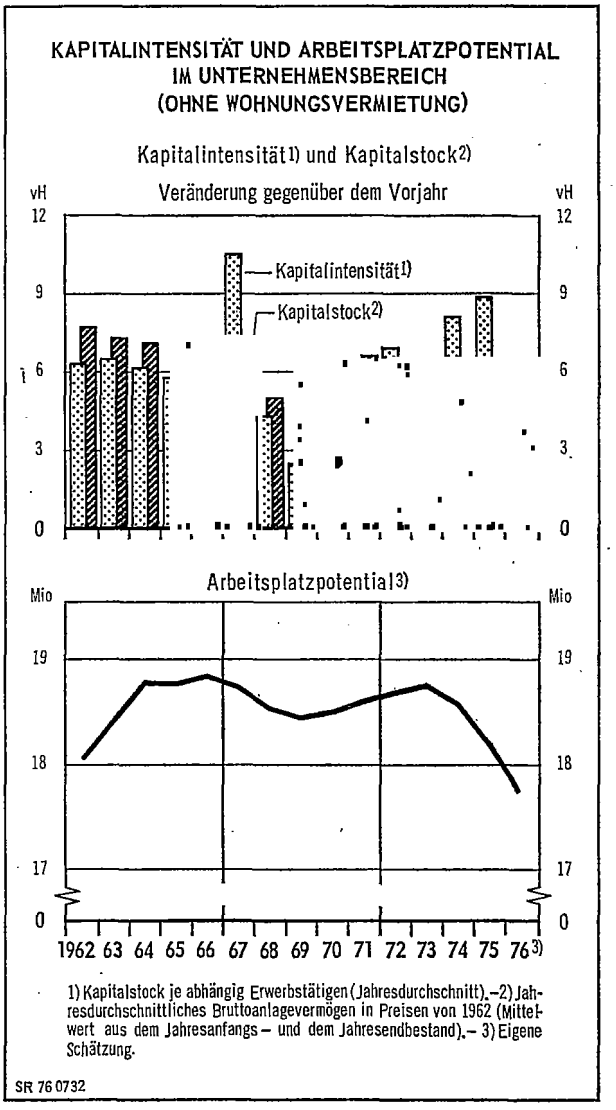


Schaubild 14



an Arbeitsplätzen auf Dauer vermindert habe, ob also Arbeitsplätze nicht nur wegen unzureichender Nachfrage vorübergehend unbesetzt geblieben, sondern in großem Umfang auch weggefallen und nicht in üblichem Maße neue geschaffen worden sind. Soweit diese Vermutung zutrifft, wäre zu befürchten, daß auch der konjunkturelle Aufschwung die hohe Arbeitslosigkeit nicht binnen kurzem voll beseitigen kann, weil es bei Vollauslastung aller Kapazitäten nicht genügend Arbeitsplätze geben würde. Die Anzahl der Arbeitsplätze hängt ab von der Höhe des Kapitalstocks und der Kapitalausstattung je Arbeitsplatz (Kapitalintensität). Zwar sind auch in den vergangenen Jahren noch mehr neue Anlagen in Betrieb genommen worden, als aus technischen und wirtschaftlichen Gründen aus dem Produktionsprozeß ausschieden. Die Zunahme des Kapitalstocks war aber zuletzt so gering, daß bei dem Anstieg der Kapitalausstattung je Arbeitsplatz per Saldo die Anzahl der Arbeitsplätze zurückging (Schaubild 14).

Insgesamt hat sich die Anzahl der Arbeitsplätze nach unserer Rechnung, der ein hypothetischer Trendverlauf der Kapitalintensität zugrunde liegt, von 1973 bis 1976 um fast 800 000 vermindert (Anhang VIII).

In den Jahren 1966 bis 1969, während und nach der letzten größeren Rezession, waren es nur etwa 450 000 gewesen. Damals hatte es trotz des Investitionsbooms, der 1968 einsetzte, bis Ende 1970 gedauert, ehe dieser Rückgang ausgeglichen worden war. Der Aufholprozeß vollzog sich dann aber schließlich sehr rasch. Im Jahre 1970 war die Nachfrage so stark, daß sogar mehr Arbeitsplätze geschaffen wurden, als Arbeitskräfte vorhanden waren. Nur durch vermehrte Überstunden, durch Mobilisierung aller Reserven und durch die forcierte

Anwerbung von Gastarbeitern konnte damals der Engpaß am Arbeitsmarkt überwunden werden. Für die kommenden Jahre kann nicht einfach mit einer ähnlichen Entwicklung gerechnet werden.

96. Fragen nach den Gründen für den drastischen Beschäftigungsabbau seit 1973 sowie nach der künftigen Personalpolitik standen im Mittelpunkt einer Umfrage, die der Deutsche Industrie- und Handelstag unter seinen Mitgliedsfirmen im September 1976 auf Bitten des Sachverständigenrates veranstaltete. Einige Ergebnisse der Umfrage sind in Anhang VI wiedergegeben.

Als wichtigste Ursache für die Verminderung der Beschäftigtenzahl in den befragten Unternehmen um fast 9 vH von 1973 bis 1976 erwies sich der konjunkturelle Rückgang der Produktionstätigkeit während dieser Zeitspanne. An zweiter Stelle wurden Rationalisierungsanstrengungen als Motiv für den Personalabbau genannt, also vorwiegend wohl der Ersatz von Arbeitskräften durch Kapitalgüter als Folge der kräftigen Lohnsteigerungen der vergangenen Jahre. Der Rationalisierungsaspekt stand in den arbeitsintensiven Verbrauchsgüterindustrien sogar im Vordergrund. In den Nahrungs- und Genußmittelindustrien war er schon deshalb mit Abstand am wichtigsten, weil dort die Produktion auch während der Rezession ausgeweitet worden war; in den anderen Bereichen der Industrie war sie dagegen deutlich eingeschränkt worden. Immerhin mehr als ein Zehntel aller Betriebe gaben an, daß sie ihre Beschäftigung voraussichtlich auf Dauer vermindert hätten. Nur ein verschwindend kleiner Anteil der Betriebe hatte während der Rezession sein Personal verringert, weil die Produktion teilweise ins Ausland verlagert worden war. Lediglich in den Verbrauchsgüterindustrien wurde dieser Ausweg vergleichsweise häufig gewählt.

Bis 1979 planen die befragten Unternehmen insgesamt, ihren Personalbestand wieder leicht zu vergrößern. Die durchschnittliche Zuwachsrate ist aber mit knapp 1½ vH so gering, daß damit der vorherige Rückgang bei weitem nicht ausgeglichen wird. Vermutlich sind diese Vorausschätzungen aber durch die konjunkturelle Lage, namentlich durch die unterdurchschnittliche Kapazitätsauslastung negativ beeinflußt. Sie signalisieren nicht schon mit großer Wahrscheinlichkeit eine dauerhafte Abnahme der Beschäftigung in der Industrie. Immerhin teilten drei Viertel der Firmen mit, sie würden neue Mitarbeiter einstellen, wenn sich Kapazitätsauslastung und Bestelleingang nachhaltig verbessern würden.

Eine Teilauswertung weiterer Fragen führte zu den folgenden vorläufigen Ergebnissen: Die Beschäftigungsaussichten für minderqualifizierte Arbeitskräfte — Arbeiter wie Angestellte — sind voraussichtlich auch künftig schlecht; am günstigsten scheinen sie noch in den Verbrauchsgüterindustrien zu sein. Groß ist der Bedarf vor allem an Facharbeitern, größer offenbar noch als der an höher qualifizierten Angestellten. Voraussichtlich wird der Anteil der weiblichen Beschäftigten an der Gesamtbelegschaft aller Betriebe in Zukunft etwa so hoch bleiben wie gegenwärtig. Steigende Anteile werden in den Verbrauchsgüterindustrien und in den Nahrungs- und Genußmittelindustrien vorausgesehen, wo der Anteil der — meist unterdurchschnittlich qualifizierten und entlohnten — Frauen ohnehin groß ist. Am stärksten dürfte der Frauenanteil in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien abnehmen. Dort könnte als Folge des Anwerbestopps allerdings am ehesten ein Mangel an ausländischen Arbeitskräften auftreten.

97. Für die Zunahme der Beschäftigung seit der Jahresmitte 1976 war entscheidend, daß in der Industrie nunmehr wieder mehr Arbeitskräfte eingestellt als freigesetzt wurden. Drei Jahre lang hatte die Beschäftigung in diesem Bereich drastisch abgenommen; 1976 lag sie um eine Million oder 12 vH unter dem Stand von 1973, obwohl nicht weniger produziert wurde als damals (Tabelle 11). Im Jahre 1976 zeigte sich die verbesserte Beschäftigungssituation auch daran, daß die Anzahl der Arbeitslosen, die zuvor in der Industrie beschäftigt waren, schon im Sommer um rund ein Fünftel niedriger war als ein Jahr zuvor, sowie daran, daß fast gänzlich auf Kurzarbeit verzichtet werden konnte. Facharbeiter waren in einzelnen Branchen schon wieder knapp.

Einen Mangel an Facharbeitern gab es 1976 auch in der Bauwirtschaft, obwohl dort die Lage wegen der nur leichten Produktionszunahme ungünstiger war als in der Industrie. Die Beschäftigung wurde — wenn auch verlangsamt — noch einmal zurückgenommen; im Jahresdurchschnitt 1976 war sie um ein Viertel niedriger als 1973. In keinem anderen Wirtschaftszweig war es während des Abschwungs zu einer ähnlich starken Verminderung der Mitarbeiterzahlen gekommen. Der Prozeß der Strukturbereinigung, der nach den inflationsbedingten Übersteigerungen der frühen siebziger Jahre unvermeidlich geworden war, dürfte nunmehr abgeschlossen sein. Offenbar hat sich ein erheblicher Teil der entlassenen Bauarbeiter inzwischen anderen Berufen zugewandt; viele ausländische Bauarbeiter dürften in ihre Heimat zurückgekehrt sein. Anders ist die Tatsache nicht zu erklären, daß 1976 trotz verminderter Beschäftigung die Arbeitslosigkeit in den Bauberufen um rund die Hälfte unter dem Vorjahresniveau lag.

In den Dienstleistungsbereichen wurde die Beschäftigung sowohl 1975 als auch 1976 leicht ausgedehnt. Im Gegensatz zu früheren Jahren reichte diese Zunahme aber nicht aus, die Freisetzung von Arbeitskräften in den anderen Sektoren der Wirtschaft auszugleichen. Einen hohen Einstellungsbedarf hatten nach wie vor Banken, Versicherungsunternehmen, das Gaststättengewerbe und das Dienstleistungshandwerk. Auch der öffentliche Dienst weitete seine Beschäftigung 1976 noch einmal um fast 1½ vH aus. Der Handel dagegen verminderte trotz deutlich gestiegener Umsätze seinen Personalbestand weiter. Bahn und Post konnten angesichts ihrer offenbar noch beträchtlichen Produktivitätsspielräume auch 1976 bei ihrer restriktiven Einstellungspolitik bleiben; die Beschäftigung ging dort um nicht weniger als 3½ vH zurück.

Tabelle 11

Entwicklung der Erwerbstätigkeit in ausgewählten Wirtschaftsbereichen

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1 000

Jahr	Staat	Private Organisationen [1]	Chemische Industrie, Mineralölverarb. usw. [2]	Dienstleistungsunternehmen [3]	Nachrichtenübermittlung [4]	Stahl-, Maschinen-, Fahrzeugbau	Energiewirtschaft [5]	Elektrotechnik, Feinmechanik, Herst. v. EBM-Waren usw. [6]	Sonstiger Verkehr [7]	Groß- und Einzelhandel, Handelsvermittlung
1961	+ 130	+ 7	+ 42	+ 40	+ 11	+ 97	+ 2	+ 84	+ 1	+ 45
1962	+ 119	+ 9	+ 15	+ 54	+ 14	+ 67	+ 7	+ 12	+ 2	+ 4
1963	+ 97	+ 13	+ 14	+ 81	+ 12	± 0	+ 7	+ 9	+ 6	− 2
1964	+ 96	+ 11	+ 22	+ 48	+ 2	+ 31	+ 5	+ 28	+ 4	− 2
1965	+ 87	+ 17	+ 39	+ 62	+ 1	+ 66	+ 4	+ 69	+ 2	− 17
1966	+ 80	+ 14	+ 29	+ 66	+ 3	+ 23	+ 2	− 20	± 0	+ 32
1967	+ 70	+ 20	− 40	+ 55	+ 3	− 116	± 0	− 114	± 0	− 67
1968	+ 25	+ 15	+ 36	+ 63	− 2	+ 35	+ 2	+ 39	+ 5	+ 8
1969	+ 56	+ 19	+ 59	+ 45	+ 3	+ 157	+ 1	+ 138	+ 4	+ 30
1970	+ 120	+ 21	+ 50	+ 48	+ 9	+ 127	+ 2	+ 90	+ 5	+ 18
1971	+ 110	+ 15	± 0	+ 49	+ 20	+ 41	± 0	− 32	+ 10	+ 17
1972	+ 137	+ 12	− 8	+ 41	+ 15	− 48	+ 4	− 23	+ 10	+ 16
1973	+ 96	+ 13	+ 9	+ 12	+ 6	+ 42	+ 1	+ 55	+ 11	+ 7
1974	+ 113	+ 1	+ 1	+ 21	− 1	− 20	+ 1	− 22	± 0	−116
1974 [8]	3 446	570	1 026	3 066	490	2 644	233	1 951	495	3 272
1960—1974										
1 000 [9]	+1 336	+ 187	+ 268	+ 685	+ 96	+ 502	+ 38	+ 313	+ 60	− 27
vH [9]	+ *63,3*	+*48,8*	+*35,4*	+*28,8*	+*24,4*	+*23,4*	+*19,5*	+*19,1*	+*13,8*	− *0,8*

Jahr	Baugewerbe	Holz-, Papier-, Druckereigewerbe	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Steine und Erden, Feinkeramik, Glasgewerbe	Eisen- und NE-Metallerzeugung u. -bearbeitung	Leder- und Bekleidungsgewerbe	Textilgewerbe	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Bergbau	Private Haushalte
1961	+ 47	+ 12	+ 7	+ 10	+ 30	+ 11	− 6	− 132	− 29	− 41
1962	+ 88	− 4	+ 7	− 1	− 21	+ 2	− 22	− 142	− 38	− 65
1963	+103	− 19	− 7	− 12	− 23	− 11	− 15	− 163	− 38	− 7
1964	+ 60	− 12	− 31	+ 6	+ 4	− 18	− 18	− 142	− 19	− 22
1965	± 0	+ 2	+ 3	± 0	+ 16	− 3	− 9	− 126	− 16	− 36
1966	− 30	− 26	− 7	− 10	− 48	− 21	− 11	− 86	− 23	− 23
1967	−192	− 15	− 11	− 29	− 87	− 62	− 53	− 152	− 51	− 4
1968	+ 30	± 0	+ 1	− 9	− 2	− 25	− 1	− 115	− 37	− 21
1969	+ 6	+ 22	− 14	+ 7	+ 17	+ 5	+ 21	− 128	− 14	− 20
1970	± 0	+ 11	− 13	+ 5	+ 15	− 23	− 11	− 133	+ 6	− 26
1971	+ 20	+ 4	− 3	+ 4	− 19	− 30	− 23	− 118	− 3	− 10
1972	− 2	− 11	− 8	+ 1	− 27	− 16	− 24	− 106	− 20	− 6
1973	− 17	+ 16	+ 1	− 3	− 3	− 37	− 28	− 84	− 22	− 1
1974	−178	− 41	− 26	− 24	− 9	− 80	− 44	− 72	− 9	− 4
1974 [8]	1 977	1 012	941	425	858	570	428	1 882	249	95
1960—1974										
1 000 [9]	− 65	− 61	−101	− 55	− 157	− 308	− 244	−1 699	− 313	− 286
vH [9]	− *3,2*	− *5,7*	− *9,7*	−*11,5*	−*15,5*	−*35,1*	−*36,3*	− *47,4*	−*55,7*	−*75,1*

[1] Ohne Erwerbscharakter.
[2] Kunststoff-, Gummi- und
[3] Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Gaststätten- und Beherbungsgewerbe, übrige Dienstleistungen.
[4] Deutsche
[5] Einschließlich Wasserversorgung.
[6] Einschließlich Optik, von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren.
[7] Verkehr ohne Eisenbahnen, Schiffahrt, Wasserstraßen, Häfen.
[8] Anzahl in 1 000.
[9] Veränderung 1974 gegenüber 1960.

Quelle: IAB

Offene Stellen

98. Die Anzahl der offenen Stellen stagnierte im bisherigen Verlauf des Aufschwungs bei etwa 230 000, wenn man von saisonalen Schwankungen absieht. Die offenen Stellen sind allerdings nur ein unzureichender Maßstab für die tatsächliche Nachfragesituation am Arbeitsmarkt. Da das Arbeitsangebot im allgemeinen noch reichlich war, wurde die Hilfe der Arbeitsämter bei Neueinstellungen weniger als sonst beansprucht.

Auffallend ist, daß die Zahl der offenen Stellen für Angestellte im Herbst 1976 noch um rund 17 vH niedriger war als im gleichen Zeitraum 1975, die Angebote für Arbeiter jedoch bereits wieder um 11 vH höher lagen.

99. Deutlicher auf die verbesserte Lage am Arbeitsmarkt weist dagegen die Statistik der Stellenvermittlungen durch die Arbeitsämter hin, die für die ersten zehn Monate des Jahres eine Steigerung von rund 9 vH gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zeigt. Trotz dieses Anstiegs dürfte die Anzahl der Vermittlungen 1976 aber immer noch um etwa 18 vH niedriger sein als im Durchschnitt der Jahre 1968 bis 1973.

Struktur der Arbeitslosigkeit

100. Zu Beginn eines Abschwungs sind gewöhnlich zuerst die Arbeiter von Entlassungen betroffen; sie werden jedoch nach der konjunkturellen Wende von den Unternehmen auch zuerst wieder eingestellt. Angestellte hingegen sind zunächst besser gegen den Verlust ihres Arbeitsplatzes geschützt, es dauert dann aber auch länger, ehe sie im Aufschwung eine neue Stelle finden. Zuerst erhöht sich der Bedarf an Mitarbeitern, die unmittelbar in der Produktion gebraucht werden. Im September 1976 war daher die Arbeitslosenquote für Arbeiter mit 4,3 vH schon deutlich niedriger als vor einem Jahr (5,4 vH), die für Angestellte war mit 3,4 vH gegenüber 3,2 vH sogar höher als damals (Tabelle 12).

Tabelle 12

Zur Struktur der Arbeitslosigkeit (I)

Arbeitslosenquoten in vH [1])

	1973	1974		1975		1976	
	September	Mai	September	Mai	September	Mai	September
Insgesamt	1,0	2,0	2,4	4,4	4,4	4,2	3,9
Nach Beschäftigungsverhältnis							
Angestelltenberufe	0,7	1,5	1,8	2,7	3,2	3,3	3,4
Arbeiter und „übrige"	3,1	2,5	3,0	5,9	5,4	5,0	4,3
Nach Berufsausbildung							
abgeschlossene Lehre, Anlernung [2])	0,7	1,4	1,8	3,4	3,0	3,0	...
Berufsfachschule, Fachschule Fachhochschule	0,7	1,1	1,3	1,7	2,6	2,2	...
Hochschule	0,6	0,8	1,0	1,3	1,5	1,8	...
ohne abgeschlossene Berufsausbildung [3])	1,3	3,0	3,5	6,5	6,7	6,6	...
Nach ausgewählten Berufen							
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	0,4	1,1	1,2	3,1	3,3	2,9	2,3
Montierer und Metallberufe, anderweitig nicht genannt	4,0	10,3	9,0	18,2	30,5	22,1	18,4
Textil- und Bekleidungsberufe	2,1	5,1	4,3	5,1	6,3	5,3	4,8
Bauberufe	0,7	4,2	3,0	7,1	5,3	4,4	3,0
Warenkaufleute	1,4	2,8	3,4	5,1	5,9	6,1	6,1
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	0,9	1,5	1,8	3,0	3,6	4,0	4,1

[1]) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen nach Mikrozensus-Ergebnissen.
[2]) Bis Mai 1975 einschließlich Anlernung; September 1975 ohne Anlernung; Mai 1976 einschließlich Arbeitslose mit einer Ausbildung in einem anerkannten Anlernberuf. Vorjahresvergleiche sind nur bedingt aussagefähig.
[3]) Bis Mai 1975 ohne Anlernung; September 1975 einschließlich Anlernung; Mai 1976 einschließlich betriebliche Anlernung. Vorjahresvergleiche sind nur bedingt aussagefähig.

Quelle: IAB

Diese Zahlen vermitteln allerdings vermutlich ein zu günstiges Bild von der Beschäftigungssituation für Arbeiter. Abgesehen davon, daß das Arbeitsplatzrisiko für Arbeiter immer noch deutlich größer ist als das für Angestellte, wenn auch um weniger als früher, muß man berücksichtigen, daß von den abgewanderten Ausländern die meisten Arbeiter waren. Befänden sich diese auch heute noch in der Bundesrepublik, wäre die Arbeitslosenquote für Arbeiter entsprechend höher.

101. Als Folge der konjunkturellen Belebung verloren in diesem Jahr zwar weniger Menschen ihre Arbeitsplätze als im vergangenen, gleichzeitig hat sich aber die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit stark erhöht. Im Mai 1976 waren knapp 45 vH aller Arbeitslosen schon ein halbes Jahr oder länger ohne Beschäftigung (1975: 32 vH), 17 vH oder 160 000 Personen sogar länger als ein Jahr Arbeitslosengeld mehr, sie sind auf die knapper bemessene Arbeitslosenhilfe, Ersparnisse oder die Hilfe ihrer Angehörigen angewiesen (JG 75 Ziffer 113). Im Durchschnitt dauerte die Arbeitslosigkeit für Arbeiter länger als für Angestellte, für Männer länger als für Frauen, für Ältere länger als für Jüngere.

Aus zwei Gründen ermöglichen die angeführten Daten zur Dauer der Arbeitslosigkeit keine zutreffende Aussage darüber, wieviel Menschen inzwischen tatsächlich schon lange Zeit ohne Erwerbstätigkeit sind. Auf die Abwanderung ausländischer Arbeitskräfte wurde schon hingewiesen, ebenso darauf, daß viele Zweitverdiener, insbesondere Frauen, nach Ausschöpfen ihrer Unterstützungsansprüche in die „stille Reserve" überwechseln und damit nicht mehr als Arbeitslose geführt werden.

Die Dauer der Arbeitslosigkeit hat sich vor allem für solche Personen erhöht, deren Qualifikation nicht den Anforderungen der Arbeitgeber entsprach oder deren Einkommensansprüche vergleichsweise hoch waren. Anders als zu Zeiten eines angespannten Arbeitsmarkts waren die Unternehmen in der Lage, aus einem großen Angebot an Arbeitslosen diejenigen auszuwählen, die ihren Vorstellungen am besten entsprachen. Der Anteil an schwer vermittelbaren Stellensuchenden stieg im Verlauf der Rezession und auch noch im Jahre 1976 deutlich an und damit auch die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit.

102. Auch 1976 war das Beschäftigungsrisiko um so größer, je geringer die berufliche Qualifikation war. Mehr als die Hälfte aller Arbeitslosen hatte keine abgeschlossene Berufsausbildung; bei den Beschäftigten macht dieser Anteil nur etwa 27 vH aus. Facharbeiter waren bereits wieder stark gesucht; dies gilt insbesondere für Schlosser, Elektriker, Metallarbeiter, Monteure, Bauarbeiter und ähnliche produktionsnahe Berufe.

Am niedrigsten ist die Arbeitslosenquote für Akademiker. Allerdings ist das Klima am Arbeitsmarkt für sie rauher geworden. Die Arbeitslosenzahlen weisen eine stark steigende Tendenz auf. Im Mai waren 40 vH mehr Akademiker ohne Anstellung als vor Jahresfrist. Die Nachfrage von Wirtschaft und Staat nach hochqualifizierten Mitarbeitern stieg zuletzt bei weitem nicht mehr so rasch wie die Zahl der Hochschulabsolventen, die eine Anfangsstellung suchten. Im Jahre 1976 verließen fast doppelt so viele Akademiker die Hochschulen wie noch vor zehn Jahren. Vor allem Lehrer, Juristen wie auch Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler hatten angesichts der zurückhaltenden Personalpolitik des Staates erhebliche Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden. Viele von ihnen hatten ihre Ausbildung ausschließlich auf die Anforderungen des öffentlichen Dienstes ausgerichtet und waren daher zunächst ohne berufliche Alternative.

103. Besonders ungünstig, ungünstiger noch als 1975, entwickelte sich die Arbeitsmarktlage für Frauen. Während bis Oktober 1976 die Arbeitslosenquote der Männer auf 3,1 vH zurückging, stieg die der Frauen zeitweilig noch an und lag im Oktober bei 5,8 vH, obwohl binnen Jahresfrist über 100 000 Frauen in die stille Reserve abgewandert waren. Der Anteil der Frauen an den abhängig Erwerbstätigen beträgt 37 vH, der Anteil an den Arbeitslosen aber rund 52 vH (Tabelle 13).

Der entscheidende Grund für die vergleichsweise schlechte Situation der Frauen im Erwerbsleben beruht, unabhängig von der gegenwärtigen Lage, auf ihrer meist unterdurchschnittlichen beruflichen Qualifikation. Diese resultiert nicht nur aus der meist kürzeren Ausbildung der Mädchen, sondern auch daraus, daß diese nur zu einem weit geringeren Prozentsatz als ihre männlichen Altersgenossen eine Berufsausbildung erhalten. Dieser Nachteil läßt sich im späteren Leben meist nicht mehr ausgleichen.

Es verwundert daher nicht, daß die Mehrzahl der Frauen in Berufen zu finden ist, die keine besondere Qualifikation erfordern. Einfache Arbeiten können aber am ehesten durch Rationalisierung entbehrlich gemacht werden. Der Anreiz zu solchen Maßnahmen ist heute auch deshalb groß, weil in den vergangenen Jahren in den Lohngruppen für einfache Arbeiten die höchsten Einkommenssteigerungen durchgesetzt worden sind.

Die Alternative, bei Entlassungen durch Wohnortwechsel an anderer Stelle eine neue Arbeit aufzunehmen, besteht zumindest für verheiratete Frauen kaum. Sie verdienen aus den oben erwähnten Gründen meist weniger als ihre Männer. Der Anstoß zum Umzug geht daher im allgemeinen vom Ehemann aus.

Außer durch ihre Ausbildungsdefizite sind Frauen im Berufsleben auch dadurch benachteiligt, daß sie die häusliche Arbeit verrichten und die Kinder erziehen. Soweit Kinder zu versorgen sind, müssen Frauen ihre Berufstätigkeit oft ganz aufgeben. Während dieser Zeit geht ein Großteil der erlernten beruflichen Fähigkeiten verloren. Bei einer späteren Rückkehr in den Beruf stehen solchen Frauen dann wieder nur einfachere und damit schlechter entlohnte Tätigkeiten offen. Frauen, die sowohl den Haushalt führen als auch gleichzeitig außerhalb arbeiten wollen, sind meist auf Teilzeitbeschäftigung

Tabelle 13

Zur Struktur der Arbeitslosigkeit (II)

Arbeitslosenquoten in vH [1])

	September										
	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
Insgesamt	0,5	1,6	0,8	0,5	0,5	0,7	0,9	1,0	2,4	4,4	3,9
Nach Geschlecht											
Männer	0,5	1,6	0,8	0,4	0,3	0,5	0,7	0,7	2,0	3,7	3,0
Frauen	0,5	1,5	0,8	0,6	0,7	1,0	1,2	1,4	3,2	5,5	5,5
Nach Nationalität											
Deutsche	0,5	1,7	0,9	0,6	0,6	0,7	1,0	1,1	2,4	4,2	3,9
Ausländer	0,2	0,7	0,3	0,2	0,2	0,4	0,5	0,6	2.8	5,8	3,8
Nach Altersgruppen											
unter 20	0,2	0,8	0,3	0,3	0,4	0,5	0,8	1,1	3,7	6,0	4,3
unter 25	0,3	1,0	0,4	0,3	0,4	0,6	0,8	1,1	3,5	6,4	...
25 bis unter 55	0,3	1,2	0,5	0,3	0,3	0,6	0,7	0,8	2,1	3,9	...
55 und älter	1,7	4,1	2,5	1,3	0,9	1,3	1,9	1,7	2,5	4,6	...
Nach Landesarbeitsamtsbezirken											
Schleswig-Holstein-Hamburg	0,5	1,4	0,8	0,5	0,5	0,6	0,9	1,0	2,3	4,0	3,8
Niedersachsen-Bremen	0,7	2,0	1,1	0,7	0,7	1,0	1,4	1,4	2,9	4,9	4,6
Nordrhein-Westfalen	0,7	1,9	1,2	0,6	0,5	0,7	1,1	1,2	2,9	4,6	4,4
Hessen	0,5	1,3	0,6	0,4	0,4	0,6	0,8	0,9	2,4	4,3	3,8
Rheinland-Pfalz-Saarland	0,5	2,1	1,1	0,6	0,6	0,7	0,9	1,1	3,0	5,1	4,5
Baden-Württemberg	0,1	0,5	0,2	0,1	0,2	0,3	0,4	0,5	1,5	3,6	2,8
Nordbayern	0,7	2,3	0,9	0,5	0,5	0,8	0,8	0,8	2,2	5,1	4,5
Südbayern	0,5	1,3	0,7	0,4	0,4	0,6	0,7	0,8	2,3	4,0	3,5
Berlin (West)	0,5	1,3	0,7	0,4	0,5	0,6	0,8	0,8	1,7	3,3	3,0

[1]) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen nach Mikrozensus-Ergebnissen.

Quelle: IAB

angewiesen, die aber in einem Jahr wie 1976 nicht so häufig angeboten wird. Viele Unternehmen bieten offenbar nur dann Halbtagsstellen an, wenn ihnen keine andere Wahl bleibt. Meist begründen sie ihre grundsätzliche Abneigung mit technischen und organisatorischen Problemen, die nach ihrer Meinung durch eine unkonventionelle Aufteilung der Tages- oder Wochenarbeitszeit entstünden. Vermutlich dürften sie aber auch oft die Effizienz von Mitarbeitern zu ungünstig einschätzen, die nicht während einer vollen Vierzig-Stunden-Woche in ihren Betrieben anwesend sind. Manches ließe sich hier mit ein wenig mehr Phantasie zum beiderseitigen Nutzen besser regeln. Im Oktober 1976 befanden sich unter 490 000 arbeitslosen Frauen 165 000, die lediglich an Teilzeitarbeit interessiert waren.

104. Im Herbst 1976 waren die Beschäftigungsprobleme für Jugendliche zwar insgesamt noch größer als für die übrigen Altersgruppen, im Vergleich zum Vorjahr hatte sich ihre Situation jedoch ein wenig gebessert. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen (Personen unter 20 Jahren) sank in diesem Zeitraum von 116 000 auf 96 000.

Junge Menschen sind in vieler Hinsicht mobiler als ältere und können daher in einem Aufschwungsjahr wie 1976 rascher eine Stelle finden. Während der vorangegangenen Rezession waren sie allerdings auch besonders benachteiligt gewesen: Der Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer hat sich seit 1967 erheblich verbessert; außerdem stoppten zahlreiche Unternehmen in der jüngsten Vergangenheit die Neueinstellung von Mitarbeitern und verminderten damit die Zahl der angebotenen Anfangsstellungen. Aus beiden Gründen ging die konjunkturell bedingte Einschränkung der Gesamtbeschäftigung in überdurchschnittlichem Maße zu Lasten der Jugendlichen.

Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit ist trotz der leichten Besserung der Lage keineswegs gegenstandslos geworden. Sorge bereitet vor allem das Angebot an Ausbildungsplätzen. Während in den sechziger Jahren etwa 40 vH der bekannten Ausbildungsstellen unbesetzt blieben, ist dieser Anteil nun auf 10 vH gedrückt worden. Die beruflichen Wahlmöglichkeiten der Schulentlassenen haben sich also erheblich verschlechtert. Für viele Berufe, denen die Jugendlichen zuneigen, lassen sich nur sehr schwer Ausbildungsplätze finden; reichlich angeboten werden dagegen solche Lehrstellen, die vielen nicht attraktiv genug erscheinen. Der Ausleseprozeß, den der zunehmende Wettbewerb um die begehrteren Lehrstellen ausgelöst hat, ging vor allem zu Lasten solcher Jugendlicher, die eine weitere Ausbildung besonders nötig hätten: Schulabgänger mit schlechten Noten, Absolventen von Sonderschulen, Schul- und Ausbildungsabbrecher, Kinder ausländischer Arbeitnehmer.

Im Zuge des Aufschwungs werden vermutlich viele dieser jungen Menschen einen Arbeitsplatz annehmen, der keine besondere Qualifikation erfordert. Das Problem wird dadurch aber nur vertagt, spätestens bis zur nächsten Rezession. Es wird sich zudem noch dadurch verschärfen, daß die Zahl der Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen von 1977 an bis einschließlich 1982 auf jährlich rund 950 000 ansteigen wird gegenüber etwa 700 000 pro Jahr zu Beginn dieser Dekade. Es ist noch nicht sicher, daß die geplante Vermehrung von Ausbildungsplätzen ausreichen wird, die Lücke, die sich hier abzeichnet, zu schließen.

105. Im Oktober 1976 waren nur noch 84 000 Ausländer arbeitslos gegenüber 135 000 ein Jahr zuvor. Die wichtigsten Gründe für diesen kräftigen Rückgang der Arbeitslosenzahlen liegen in der Abwanderung von ausländischen Arbeitskräften in ihre Heimatländer sowie darin, daß der Zuzug von Ausländern, soweit sie nicht aus Ländern der Europäischen Gemeinschaft kommen, auch 1976 weiterhin durch staatliche Anordnung erschwert ist. Seit November 1973 besteht für sie ein Anwerbestopp. Wer danach zuzuwandern versuchte, erhielt im allgemeinen keine Arbeitserlaubnis.

Dies gilt auch für Kinder, deren Eltern bereits vor dem Stichtag in der Bundesrepublik beschäftigt waren. Familien, die nicht getrennt zu leben bereit sind, bleibt in solchen Fällen daher nur der Ausweg, daß die Eltern die Bundesrepublik wieder verlassen. Ausländische Jugendliche, die bereits vor November 1973 in der Bundesrepublik lebten, können nach Beendigung ihrer Schulzeit einen Ausbildungsplatz erhalten, sofern sie damit nicht Deutsche verdrängen; nicht vorgesehen ist, daß sie nach Abschluß der Ausbildung eine Arbeitserlaubnis erhalten. Auch ihnen dürfte dann keine andere Wahl bleiben als abzuwandern.

Bei der Besetzung von offenen Stellen müssen nach einer Vorschrift des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung deutsche Arbeitslose gegenüber ausländischen bevorzugt werden, auch wenn letztere eine Arbeitserlaubnis besitzen. Erst dann, wenn sich für die betreffenden Stellen keine geeigneten deutschen Bewerber melden, werden Ausländer berücksichtigt.

Die hier angeführten Beispiele für eine Diskriminierung ausländischer Arbeitskräfte bedeuten allerdings nicht, daß administrativer Zwang der einzige oder auch nur der wichtigste Grund für die erheblichen Abwanderungen der vergangenen beiden Jahre war. Die meisten Ausländer kehren wohl immer noch freiwillig in ihre Heimat zurück.

Arbeitslosigkeit aufgrund von Merkmalsdifferenzen zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt

106. Die oben beschriebene Unausgewogenheit in der Verteilung der Arbeitslosigkeit auf einzelne Gruppen der Bevölkerung war insgesamt gesehen weniger kraß als in der Rezession von 1967. Regionale, branchen- und berufsspezifische Arbeitslosenquoten wichen 1975 nicht so stark vom Durchschnitt ab. Der Schluß liegt daher nahe, daß die Struktur von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt besser zueinander paßte als damals und damit zumindest eine der nicht-konjunkturell bedingten Komponenten der Arbeitslosigkeit an Bedeutung verloren hat. Zu berücksichtigen ist jedoch, daß dieses Bild möglicherweise auch auf der Tatsache beruht, daß die Rezession 1974/75 nahezu die gesamte Volkswirtschaft erfaßte. Auch dies würde erklären, daß die Arbeitslosigkeit in dem einen Fall ungleichmäßiger verteilt war als im anderen. Es ist also so gesehen durchaus Raum für die weitverbreitete These, daß sich hinter den gegenwärtig hohen Arbeitslosenzahlen, überlagert von starken konjunkturellen Komponenten, auch ein Problem von erheblichen Merkmalsdifferenzen zwischen Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt verbirgt.

107. Das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit kommt dagegen in mehreren Untersuchungen zu dem Schluß, daß die Arbeitslosigkeit aufgrund solcher Differenzen nicht nur im Vergleich zur Gesamtarbeitslosigkeit gering sei, sondern auch im Zeitablauf abgenommen haben.

Eine Studie des Instituts geht davon aus, daß in einer Situation hoher Unterbeschäftigung, wie sie 1975 herrschte, die Zahl der angebotenen Arbeitsplätze, die von den Arbeitsuchenden nicht besetzt werden, die Größenordnung angibt, in der Angebot und Nachfrage nicht zueinanderpassen [1]). Wenn die Arbeitslosigkeit hoch ist, müßten — so die Überlegung — eigentlich alle frei werdenden oder neu geschaffenen Arbeitsplätze umgehend vermittelt werden können, von einem fluktuationsbedingten Minimum an offenen Stellen einmal abgesehen. Die Anzahl der nicht besetzten Arbeitsplätze wird dann folgerichtig als ein Maß für die „strukturelle"

[1]) U. Cramer, W. Klauder, D. Mertens, L. Reyher, E. Spitznagel: Zum Problem der „strukturellen Arbeitslosigkeit", Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 9. Jg., 1976, 1, S. 70—83.

Unvereinbarkeit von Angebot und Nachfrage aufgrund von Merkmalsunterschieden genommen.

In den beiden Rezessionsjahren 1967 und 1975, die das Nürnberger Institut miteinander vergleicht, gab es jeweils im Oktober 310 000 bzw. 210 000 offene Stellen. Von beiden Größen wird ein Betrag von 85 000 abgezogen, der die Anzahl an offenen Stellen repräsentiert, die fluktuations- und friktionsbedingt auch in Zeiten saisonal und konjunkturell stärkster Arbeitskräftenachfrage nicht besetzt werden können. Eine solche Situation herrschte im September 1965; damals waren aber immer noch 85 000 Arbeitslose gemeldet. Für 1975 ergibt sich so eine Restgröße von 125 000 angebotenen Arbeitsplätzen, „die aus Strukturdiskrepanzen der oben erwähnten Art heraus nicht mit den Arbeitslosen zur gleichen Zeit besetzt werden konnten. Dies entspricht einer Zahl von rund 12 vH der Arbeitslosen vom gleichen Zeitpunkt". Da für 1967 die vergleichbaren Zahlen 225 000 und 62 vH betragen, kann nach dieser Rechnung gefolgert werden, daß die „so definierte strukturelle Komponente in der Arbeitslosigkeit im Herbst 1967 ausgeprägt höher (war) als 1975".

108. Die Aussagekraft dieser Rechnung hängt in hohem Maße davon ab, ob die beiden Rezessionsjahre wirklich miteinander vergleichbar sind. Dies trifft aber nur begrenzt zu. Die Anzahl der offenen Stellen schwankt konjunkturell; je tiefer ein Wirtschaftsabschwung ausfällt, um so deutlicher nimmt sie ab, weil es den Unternehmen um so leichter fällt, Arbeitsplätze zu besetzen, je mehr Arbeitslose vorhanden sind. Im Jahre 1975 kamen auf 100 den Arbeitsvermittlungsstellen gemeldete Einstellungswünsche 209 Arbeitsuchende, 1967 aber nur 135. Die Zahl derer, die um angebotene Arbeitsplätze konkurrierten, war also 1975 sehr viel größer; es verwundert daher auch nicht, daß die Wahrscheinlichkeit, für eine offene Stelle einen passenden Bewerber zu finden, entsprechend höher war und folglich die Gesamtzahl unbesetzt gebliebener Stellen niedriger.

109. Doch gibt es auch Überlegungen, die in die Gegenrichtung gehen. Sie sind allerdings weniger quantifizierbar als die vorhergehenden. So spricht manches dafür, daß die „Sucharbeitslosigkeit" 1975 höher gewesen sein könnte als 1976. Möglicherweise haben sich inzwischen Verhaltensänderungen vollzogen, die dazu geführt haben können, daß sich die Arbeitslosen mehr Zeit lassen als früher, ehe sie eine neue Stelle annehmen, oder daß sie weniger abgeneigt sind, längere Zeit arbeitslos zu bleiben, zumal die „zweitverdienenden" Familienangehörigen, die heute unter den Arbeitslosen stärker vertreten sind als damals, von der Arbeitslosigkeit nicht so hart betroffen sind. Weitere Ursachen für solche Verhaltensänderungen könnten etwa sein:

- die bessere finanzielle Versorgung der Arbeitslosen,
- die Abschaffung des erniedrigenden „Stempelngehens",
- die Möglichkeiten für ältere Menschen, nach einem Jahr der Arbeitslosigkeit in den Ruhestand zu treten,
- der Vorteil, sich nach Ausschöpfen der Arbeitslosenunterstützung weiter als arbeitslos registrieren zu lassen, weil dadurch rentenrechtliche Ansprüche gewahrt bleiben.

110. Ein weiterer Versuch des Nürnberger Instituts, die Höhe und Entwicklungsrichtung der strukturellen Arbeitslosigkeit zu ermitteln [1]), geht davon aus, daß es dann keine strukturellen Probleme auf dem Arbeitsmarkt gäbe, wenn alle Arbeitslosen gleich gute Chancen auf einen neuen Arbeitsplatz hätten. Wenn etwa — um diesen Gedanken an einem Beispiel zu verdeutlichen — jeder einzelne Arbeitsuchende nach einer für alle einheitlichen Frist wieder eine neue Beschäftigung fände, könnte die Arbeitslosigkeit offensichtlich nicht darauf zurückzuführen sein, daß Angebot und Nachfrage von ihren besonderen Merkmalen her nicht zueinander passen. Sie wäre nicht „strukturell", sondern allein konjunkturell zu erklären. Aus der Abweichung der tatsächlich beobachteten Verteilung der Dauer der individuellen Arbeitslosigkeit von der durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit kann dann auf den nicht-konjunkturellen Anteil geschlossen werden. Dieser war danach 1967 mit rund 12 vH höher als im Jahre 1975 mit 10 vH.

111. Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die beiden hier skizzierten Analysen trotz gewisser Einwände im wesentlichen die Hypothese stützen, daß die Arbeitslosigkeit aufgrund von Merkmalsdifferenzen zwischen Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt ein im Vergleich zur Gesamtarbeitslosigkeit kleineres Problem darstellt. Vorhandene Arbeitsplätze werden nicht erkennbar mühsamer besetzt als früher. Die entscheidende Frage ist damit aber nicht beantwortet. Sie lautet: Gibt es Anzeichen dafür, daß die Menge der angebotenen Arbeitsplätze gegenwärtig und in der Zukunft zu gering ist, um wieder zu Vollbeschäftigung zu kommen (Ziffern 282 ff.)?

IV. Korrektur der Einkommensverteilung

Abermals maßvolle Lohnabschlüsse

112. Noch deutlicher als ein Jahr zuvor stellten die Lohnverhandlungen 1976 den Klimawechsel in der Einkommenspolitik unter Beweis. Die Tarifabschlüsse standen im Zeichen der Reallohnsicherung. Im Laufe des Jahres zeigte sich, daß die Rate des Geldwertschwundes niedriger ausfiel, als die Sozialpartner wohl unterstellt hatten, so daß die Arbeitnehmer mehr als nur einen Ausgleich für den

[1]) U. Cramer: Zum Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit. Ein Nachtrag zum Meßproblem. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 9. Jg., 1976, 2, S. 221—224.

Anstieg der Verbraucherpreise erreichten. Zugleich haben sich die Erwartungen der Unternehmen, die auf eine Verbesserung der Erträge gerichtet waren, weitgehend erfüllt.

113. Die Lohnrunde war nur schleppend in Gang gekommen. Erst im März und Anfang April 1976 schlossen die Tarifparteien der Metallindustrie neue Lohn- und Gehaltsabkommen, die durchweg eine Anhebung der tariflichen Arbeitsentgelte um 5,4 vH vorsahen (Tabelle 14). Diese Steigerungsrate wurde für alle weiteren Lohnabschlüsse zur Richtschnur. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, die in der Mehrzahl zunächst gefordert hatten, die Tarifverdienste aller Einkommensgruppen einheitlich um 135 DM anzuheben, willigten schließlich in eine prozentuale Verbesserung um 5 vH, mindestens jedoch 85 DM, ein. Im industriellen Bereich wurden danach in rascher Folge neue Tarifverträge vereinbart, die nahezu alle Tariflohn- und -gehaltserhöhungen von 5,4 vH für die Dauer eines Jahres festlegten. Im Baugewerbe, wo die Produzenten erst allmählich an eine anhaltende Nachfragebelebung glaubten, und im Steinkohlenbergbau, wo wieder hohe Halden unverkaufter Kohle die Erträge drückten, blieben die Tarifvertragsparteien mit Erhöhungen von 5,3 vH und 5,25 vH knapp unter dem Verhandlungsergebnis der Metallindustrie. Demgegenüber setzte die Gewerkschaftsführung in der Druckindustrie, nachdem zwei Schlichtungsversuche zu keiner Einigung geführt hatten, mit zwei Arbeitskämpfen eine Verbesserung der Tarifverdienste um 6 vH durch. Bei den nachfolgenden Tarifverhandlungen fand das Beispiel der Druckindustrie jedoch keine Nachahmung. Im privaten Dienstleistungsgewerbe kam es ebenfalls zu Abschlüssen zwischen 5,4 vH und 6 vH. Selbst im Herbst, als sich die konjunkturelle Erholung deutlich abgezeichnet hatte, wurden in der Papierindustrie noch Erhöhungen der Tariflöhne zwischen 6 vH und 6,25 vH sowie der Tarifgehälter um 5,9 vH vereinbart.

Tabelle 14

Einkommenspolitisch wichtige Ereignisse

Monat		
1976		
Januar	Arbeitslosenversicherung	Ab 1. Januar 1976 gelten in der Arbeitslosenversicherung sowohl höhere Beitragssätze als auch höhere Bemessungsgrenzen. Ein Arbeitnehmer hat nunmehr 3 vH (vorher 2 vH) seines monatlichen Bruttoeinkommens an die Arbeitslosenversicherung abzuführen. Die monatliche Bemessungsgrenze beträgt 3 100 DM (vorher 2 800 DM).
	Krankenversicherung	In der Krankenversicherung wird der durchschnittliche Beitragssatz zum 1. Januar 1976 von 10,04 vH auf 11,22 vH erhöht. Die monatliche Bemessungsgrenze beträgt nunmehr 2 325 DM gegenüber 2 100 DM im Jahre 1975.
	Rentenversicherung	In der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten wird die Beitragsbemessungsgrenze zum 1. Januar 1976 von 2 800 auf 3 100 DM angehoben.
		Das Altersruhegeld der Landwirte wird für 625 000 Landwirte um 11,1 vH erhöht.
		Die Renten im Rahmen der gesetzlichen Unfallversicherung steigen für 1 Million Rentenberechtigte zum 1. Januar 1976 um 11,7 vH.
	Staatliche Prämienförderung	Der Prämiensatz für die Sparprämie wird von 20 vH auf 14 vH, die Wohnungsbauprämie von 23 vH auf 18 vH gesenkt.
März	Metallindustrie Begünstigte: 3 466 000	In allen Tarifbezirken der Metallindustrie kommen die Tarifparteien überein, die Tariflöhne und -gehälter um 5,4 vH zu erhöhen. Die Frage, zu welchem Zeitpunkt die prozentualen Lohn- und Gehaltsanhebungen wirksam und welche Monate pauschal entgolten werden sollen, wird von Tarifgebiet zu Tarifgebiet unterschiedlich geregelt. In der Mehrzahl der neuen Tarifverträge wird vereinbart, daß die Arbeitnehmer ab 1. Januar 1977 einen zusätzlichen Urlaubstag erhalten.
	— Nordwürttemberg/Nordbaden, Südwürttemberg-Hohenzollern, sog. Nordverbund, Saarland Begünstigte: 797 000	Anhebung der Tariflöhne und -gehälter zum 1. April 1976. Für die ersten drei Monate des Jahres 1976 wird eine monatliche Pauschale in Höhe von 110 DM gewährt.

noch Tabelle 14

Monat		
1976		
März	— Bayern Begünstigte: 628 000	Anhebung der Tariflöhne und -gehälter zum 1. März 1976. Eine Pauschale in Höhe von 110 DM wird nur für den Februar 1976 gezahlt. Die 18- bis 29jährigen Arbeitnehmer erhalten ab 1. Januar 1976 einen weiteren Urlaubstag.
	— Hessen, Rheinland-Pfalz Begünstigte: 448 000	Anhebung der Tariflöhne und -gehälter zum 1. Januar 1976. Zusätzlich wird eine einmalige Pauschale von 60 DM gezahlt.
	Privates Bankgewerbe Begünstigte: 155 000	Die Tarifpartner beschließen, die Tarifgehälter rückwirkend zum 1. März 1976 um 5,4 vH anzuheben. Die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt zwölf Monate. In einem neuen Manteltarifvertrag wird außerdem vereinbart, die sogenannte Haushaltszulage zum 1. März 1976 auf 25 DM festzusetzen. Für die 19- bis 27jährigen und die 32- bis 34jährigen Arbeitnehmer wird eine Verlängerung des Urlaubs um 1 bis 2 Tage vereinbart.
April	Metallindustrie — Niedersachsen, Volkswagen-Werke AG, Berlin (West) Begünstigte: 450 000	Anhebung der Tariflöhne und -gehälter zum 1. Januar 1976 um 5,4 vH. Die Gruppe der 18- bis 29jährigen Arbeitnehmer erhält schon zum 1. Januar 1976 einen zusätzlichen Urlaubstag. Für die 94 000 Beschäftigten des VW-Werkes treten diese Vereinbarungen zum 1. Februar 1976 in Kraft.
	— Südbaden Begünstigte: 120 000	Anhebung der Tariflöhne und -gehälter zum 1. April 1976. Für die ersten drei Monate des Jahres 1976 wird eine Pauschale von insgesamt 330 DM vereinbart.
	— Nordrhein-Westfalen Begünstigte: 1 023 000	Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter zum 1. Januar 1976. Alle Arbeitnehmer erhalten ab 1. Januar 1976 einen Tag mehr Urlaub.
	Baugewerbe Begünstigte: 1 103 000	Die Tarifparteien stimmen einem Schlichtungsvorschlag zu, der eine Anhebung der Tariflöhne und -gehälter um 5,3 vH zum 1. Mai 1976 vorsieht. Darüber hinaus wird beschlossen, den Zeitpunkt für die Beanspruchung des Wintergeldes (nach § 70 ff. AFG) um 14 Tage auf den 1. Dezember eines Jahres vorzuverlegen.
	Öffentlicher Dienst (einschl. Bundesbahn und Bundespost) — Arbeiter und Angestellte Begünstigte: 2 320 000	Die Tarifparteien einigen sich darauf, die Tariflöhne und -gehälter zum 1. Februar 1976 für die Dauer von zwölf Monaten um 5 vH, mindestens aber um 85 DM zu erhöhen. Insgesamt ergibt sich daraus eine prozentuale Steigerung des Tariflohn- und -gehaltsniveaus im öffentlichen Dienst von 5,3 vH.
	— Beamte Begünstigte: 1 600 000	Die Dienst- und Versorgungsbezüge der Bundesbeamten werden rückwirkend zum 1. Februar 1976 um 5 vH, mindestens aber um 85 DM erhöht.
	Steinkohlenbergbau Begünstigte: 200 000	Die Tariflöhne und -gehälter werden zum 1. Mai 1976 um 5,25 vH für die Dauer von zwölf Monaten aufgestockt. Außerdem wird beschlossen, die als Treueprämien gezahlten vermögenswirksamen Leistungen zum 1. Oktober 1976 von 312 DM auf 468 DM zu erhöhen.
	Privates Versicherungsgewerbe Begünstigte: 200 000	Die Tarifgehälter werden zum 1. April 1976 um 5,4 vH, mindestens aber um 90 DM angehoben. Der tarifliche Grundurlaub wird um einen Tag auf dreiundzwanzig Arbeitstage erhöht.
	Papier-, Pappe- und Kunststoffverarbeitende Industrie Begünstigte: 114 000	Die Tariflöhne und -gehälter werden zum 1. Januar 1976 für die Dauer von zwölf Monaten um 5,6 vH erhöht.
	Groß- und Außenhandel — Schleswig-Holstein Begünstigte: 32 000	Die Tariflöhne und -gehälter werden zum 1. Mai 1976 um 5,4 vH erhöht.
	— Bayern Begünstigte: 180 000	Die Tariflöhne und -gehälter werden zum 1. März 1976 um 5,6 vH erhöht.
Mai	Einzelhandel — Hessen Begünstigte: 124 000	Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter zwischen 5,5 vH und 6 vH rückwirkend zum 1. März 1976.
	— Nordrhein-Westfalen Begünstigte: 380 000	Die Tariflöhne und -gehälter werden zum 1. Februar 1976 um 5 vH, zum 1. Mai 1976 um 1,0 vH und zum 1. Januar 1977 um durchschnittlich 5,0 vH beziehungsweise 4,1 vH angehoben. Die Laufzeit des neuen Tarifvertrags beträgt vierzehn Monate.

noch Tabelle 14

Monat		
1976		
Mai	— Baden-Württemberg Begünstigte: 170 000	Die tariflichen Löhne und Gehälter werden zum 1. April 1976 um 6,2 beziehungsweise 6,6 vH angehoben.
	— Bayern Begünstigte: 250 000	Anhebung der Tariflöhne und -gehälter zum 1. Juni 1976 um 5,9 vH. Die Vertragsdauer beträgt elf Monate.
	Druckindustrie — Arbeiter Begünstigte: 145 000	Erst nach einem Arbeitskampf und zwei gescheiterten Schlichtungsversuchen können sich die Tarifvertragsparteien darauf einigen, die tariflichen Ecklöhne zum 1. Juni 1976 um 6 vH zu erhöhen. Für die Monate April und Mai 1976 wird eine Pauschalzahlung von 275 DM vereinbart. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von zwölf Monaten.
	Groß- und Außenhandel — Hamburg Begünstigte: 70 000	Gewerkschaft und Arbeitgeber kommen überein, die Tariflöhne ab 1. April 1976 um 5,4 vH anzuheben.
	— Niedersachsen Begünstigte: 120 000	Die Tarifparteien beschließen, die Tariflöhne und -gehälter ab 1. Mai 1976 um 5,4 vH zu erhöhen.
	— Nordrhein-Westfalen Begünstigte: 280 000	Die tariflichen Löhne und Gehälter werden zum 1. Januar 1976 um 5,4 vH erhöht. Zudem wird das tarifliche Urlaubsgeld für Beschäftigte unter 18 Jahren auf 246 DM, von 18 bis 29 Jahren um 36 DM auf 312 DM und für Beschäftigte über 30 Jahre um 42 DM auf 438 DM angehoben.
	Textilindustrie — Baden-Württemberg, Hessen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Südbayern, Nordbayern, Berlin (West) Begünstigte: 191 000	Die Tarifvertragsparteien beschließen, die Tariflöhne ab dem 1. Mai 1976 (im Tarifbezirk Bremen/Niedersachsen erst zum 1. Juni 1976 und in Berlin [West] erst zum 1. Juli 1976) um 5,6 vH zu erhöhen. Die Jahressonderzahlungen werden um 5 vH eines Monatseinkommens auf 40 vH aufgestockt. Die Laufzeit der Lohntarifverträge beträgt ein Jahr.
	— Nordrhein Begünstigte: 38 000	Mit Wirkung vom 1. Mai 1976 werden die Tariflöhne um 5,1 vH, mindestens aber um 33 Pf in der Stunde erhöht. Die Jahressonderzahlungen werden um 10 vH auf 45 vH aufgestockt.
	— Westfalen Begünstigte: 37 000	Die Tariflöhne werden zum 1. Mai 1976 um 5,1 vH heraufgesetzt. Das Urlaubsgeld wird um 75 DM auf 400 DM aufgebessert, die jährlichen Sonderzahlungen um 5 vH auf 40 vH eines Monatsverdienstes aufgestockt. Der Lohntarifvertrag hat eine Laufzeit von einem Jahr.
	Bekleidungsindustrie Begünstigte: 225 000	Für die Mehrzahl der Tarifgebiete in der Bekleidungsindustrie wird vereinbart, die Tariflöhne ab 1. Mai 1976 um 5,4 vH anzuheben. Der tarifliche Urlaub wird für alle Arbeitnehmer um einen Tag auf 25 Tage erhöht. Das Abkommen wird für die Dauer von zwölf Monaten geschlossen.
Mai/Juni	Chemische Industrie Begünstigte: 636 000	Die tariflichen Verdienste werden um 5,85 vH, mindestens aber um 85 DM aufgestockt. Für die Tarifgebiete Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein mit 300 000 Beschäftigten tritt der neue Tarifvertrag zum 1. April 1976, für die Tarifgebiete Bremen, Niedersachsen, Westfalen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Berlin (West) mit 259 000 Beschäftigten erst zum 1. Mai 1976 in Kraft, für die 77 000 Beschäftigten der chemischen Industrie in Bayern und im Saarland zum 1. Juni 1976.
	Landwirtschaft — Landarbeiter Begünstigte: 100 000	Die Tarifparteien beschließen, die tariflichen Löhne der Landarbeiter für die Dauer eines Jahres rückwirkend zum 1. Januar 1976 um durchschnittlich 7,2 vH aufzubessern.
Juli	Gesetzliche Rentenversicherung	Das neunzehnte Rentenanpassungsgesetz sieht vor, daß die Renten der 11,5 Millionen Altersrentner und der 2,2 Millionen Empfänger von Kriegsopferrenten mit Wirkung vom 1. Juli 1976 um 11 vH angehoben werden.

noch Tabelle 14

Monat		
1976		
September	Papier- und Zellstoff-erzeugende Industrie Begünstigte: 60 000	
	— Bayern, Baden-Württemberg, Mittelrhein, Pfalz-Rheinhessen, Berlin (West)	Zum 1. September 1976 werden die Tariflöhne durchschnittlich um 6,13 vH (im Tarifgebiet Hessen um 6,17 vH, im Tarifgebiet Bayern um durchschnittlich 6 vH), die Tarifgehälter um 5,9 vH erhöht. Zusätzlich werden die Ausbildungsvergütungen einheitlich um 35 DM angehoben. Im Tarifgebiet Baden-Württemberg wird die Sozialzulage um 10 DM auf 20 DM, im Tarifgebiet Bayern das 13. Monatsgehalt für 1976 um 50 DM, für 1977 um 40 DM aufgestockt.
	— Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein	Die Tariflöhne werden zum 1. September 1976 um durchschnittlich 6 vH, die Tarifgehälter um 5,9 vH erhöht. Außerdem werden zum 1. Juni 1977 die vermögenswirksamen Leistungen um 13 DM auf 26 DM aufgestockt. Die Ausbildungsvergütungen werden für das 1. und 2. Ausbildungsjahr um 33 DM und für das 3. und 4. Ausbildungsjahr um 36 DM aufgebessert.
	— Westfalen	Zum 1. September 1976 werden die Tariflöhne um durchschnittlich 6,25 vH, die Tarifgehälter um 5,9 vH angehoben. Die Ausbildungsvergütungen werden für das 1. Ausbildungsjahr um 34 DM, für das 2. Ausbildungsjahr um 41 DM, für das 3. Ausbildungsjahr um 44 DM und für das 4. Ausbildungsjahr um 58 DM erhöht.
Oktober	Metallindustrie Begünstigte: 4 000 000	Die vermögenswirksamen Leistungen werden von bisher monatlich 26 DM (jährlich 312 DM) zum 1. Juli 1976 auf monatlich 39 DM (jährlich 468 DM) und zum 1. Januar 1960 auf monatlich 52 DM (jährlich 624 DM) erhöht. Die Laufzeit des Vertrages endet am 31. Dezember 1982. Weiterhin wird beschlossen, ab 1. Januar 1977 das 13. Monatseinkommen um 10 vH eines Monatsverdienstes aufzustocken. Dieser Vertrag kann erstmals zum 31. Dezember 1978 gekündigt werden.

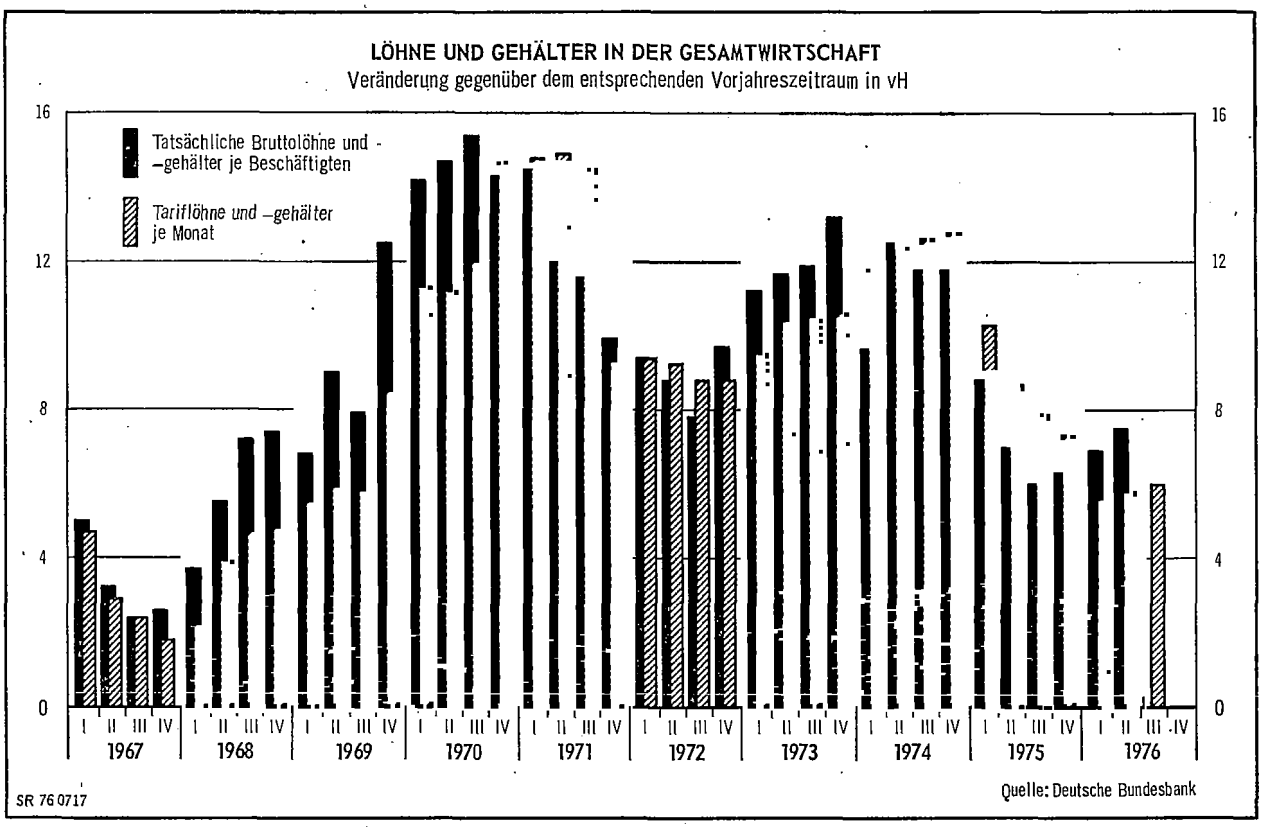
114. Neben den reinen Lohnsteigerungen wurden auch in diesem Jahr Verbesserungen der tariflichen Nebenleistungen vereinbart; so wurde vielfach der Jahresurlaub verlängert, das Urlaubsgeld aufgestockt oder das Weihnachtsgeld erhöht. Nimmt man dies und die Tarifanhebungen hinzu, die bereits im Sommer und im Herbst letzten Jahres vereinbart worden waren, aber erst im Laufe des Jahres 1976 wirksam geworden sind, dann ergibt sich eine durchschnittliche Steigerungsrate der Tarifverdienste von 5,8 vH. Im Jahre 1975 hatte diese Rate noch 9,3 vH, 1974 sogar 13,0 vH betragen.

115. Wie schon im Jahre 1975 haben die Unternehmen häufig die Tariflohnsteigerungen nicht dem Prozentsatz, sondern dem absoluten Betrage nach auf die Effektivverdienste aufgeschlagen. Die Lage am Arbeitsmarkt erlaubte es ihnen zudem, bei Neueinstellungen nur den Tariflohn zu vereinbaren. Dies hätte dazu geführt, daß die Effektivverdienste schwächer gestiegen wären als die tariflichen Arbeitsentgelte. Da aber 1976 wieder vermehrt Überstunden geleistet wurden, haben die Effektivverdienste insgesamt doch etwas stärker zugenommen als die Tarifverdienste (Schaubild 15). In der Gesamtwirtschaft dürften sie im Jahresdurchschnitt um 6,7 vH höher sein als 1975. Damals hatte ihr Anstieg 8,4 vH betragen, im Jahr davor 13,0 vH.

116. Während sich also die Zunahme der effektiven Stundenverdienste gegenüber dem Vorjahr noch einmal abschwächte, ist die Summe der Löhne und Gehälter, die 1975 nur um 3,5 vH zugenommen hatte, diesmal fast doppelt so stark gestiegen, nämlich um 6,9 vH. Die Zunahme der Arbeitnehmereinkommen liegt vor allem daran, daß weniger Kurzarbeit vorkam und mehr Überstunden geleistet wurden; außerdem war die Anzahl der Arbeitstage größer als 1975, und die Anzahl der Beschäftigten, die im letzten Jahr erheblich gesunken war, ging im Jahresdurchschnitt 1976 nur noch leicht zurück. Je beschäftigten Arbeitnehmer gerechnet ergibt sich ein Einkommensanstieg von 7,7 vH, nach einer Zunahme von 7,0 vH im Jahre 1975.

117. Daß sich die Zurückhaltung in der Lohnpolitik nicht zum Nachteil der Arbeitnehmer ausgewirkt hat, wird auch in der gestiegenen Kaufkraft der

Schaubild 15



Lohneinkommen sichtbar. Da die Verbraucherpreise 1976 nur noch um 4,6 vH gestiegen sind, blieb dem einzelnen Arbeitnehmer ein Reallohnzuwachs von 3,0 vH. Im vorangegangenen Jahr hatte der Anstieg des durchschnittlichen Bruttolohnes die Inflationsrate nur um knapp 1 vH übertroffen.

118. Das Maß an Zurückhaltung, das die Arbeitnehmer 1976 in der Lohnpolitik gezeigt haben, läßt sich an der Veränderung der Reallohnposition ablesen (Tabelle 15):

— Gemessen am Produktionsergebnis je Erwerbstätigen im privaten Bereich der Wirtschaft hätte das Realeinkommen je Arbeitnehmer 1976 um 7,2 vH kostenniveauneutral erhöht werden können.

— Das an Inländer verteilbare Mehrprodukt wurde um 0,4 vH dadurch gemindert, daß die Volkswirtschaft infolge der Verschlechterung des realen Austauschverhältnisses mit dem Ausland (Terms-of-Trade) für eine bestimmte Menge von Importgütern mehr an eigenen Gütern in das Ausland liefern mußte [1]).

— Eine weitere Verringerung um 0,7 vH ergibt sich aus der Zunahme der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, die von den Unternehmen zugunsten der Arbeitnehmer abgeführt werden und daher nicht noch einmal zu verteilen sind.

[1]) Als Terms-of-Trade-Effekt wird die Differenz (in Prozentpunkten) zwischen den Veränderungsraten des „Gross National Income" und des realen Bruttoinlandsprodukts (Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962) bezeichnet. Das Gross National Income wird dadurch ermittelt, daß vom realen Bruttoinlandsprodukt der Außenbeitrag in Preisen von 1962 abgezogen und der Außenbeitrag zu Importpreisen von 1962 hinzuaddiert wird. Dieser wird errechnet, indem man den nominalen Außenbeitrag mit dem Preisindex der Einfuhr (Basisjahr 1962) deflationiert (JG 66 Anhang VI).

Tabelle 15

Zur Entwicklung der Reallohnposition [1])

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Jahr	Realer Verteilungsspielraum				Reale Verteilung			Reallohnposition der Arbeitnehmer (7)—(4)
	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen	Terms-of-Trade-Effekt [2])	Lohnkosteneffekt der Arbeitgeberbeiträge [3])	insgesamt (1)+(2)—(3)	Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer (Inland)	Preisindex für die Lebenshaltung [4])	Reale Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer (5)—(6)	
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
1964	+7,4	±0	−0,7	+8,2	+ 9,6	+2,3	+ 7,1	−1,0
1965	+5,5	−0,2	−0,2	+5,5	+ 8,9	+3,3	+ 5,4	−0,1
1966	+3,4	−0,1	+0,4	+2,9	+ 7,0	+3,5	+ 3,4	+0,5
1967	+3,6	−0,0	+0,2	+3,4	+ 3,1	+1,5	+ 1,6	−1,7
1968	+7,4	+0,2	+0,6	+7,0	+ 6,5	+1,2	+ 5,2	−1,7
1969	+7,0	−0,2	+0,5	+6,3	+ 8,9	+1,5	+ 7,3	+0,9
1970	+5,0	+0,7	+0,3	+5,4	+15,4	+3,4	+11,6	+5,9
1971	+2,9	+0,7	+0,7	+2,9	+11,1	+5,3	+ 5,5	+2,5
1972	+4,1	+0,5	+0,7	+3,9	+ 9,0	+5,2	+ 3,6	−0,3
1973	+5,3	−0,6	+0,9	+3,7	+12,0	+6,6	+ 5,1	+1,4
1974	+3,2	−1,7	+0,3	+1,1	+11,1	+7,0	+ 3,8	+2,7
1975	+0,3	+1,6	+0,8	+1,1	+ 6,8	+6,0	+ 0,8	−0,3
1976 [5])	+7,2	−0,4	+0,7	+6,0	+ 7,7	+4,6	+ 3,0	−2,9

[1]) Gesamtwirtschaft ohne Staat. Berechnung der Spalten (4), (7) und (8) durch multiplikative Verknüpfung.
[2]) Gesamtwirtschaft.
[3]) Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung einschließlich zusätzlicher Sozialaufwendungen der Arbeitgeber.
[4]) des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, abzüglich der darin enthaltenen Verbrauchsteuererhöhungen (Mehrwertsteuer; Steuern auf Branntwein, Mineralöl, Tabak); eigene Schätzung.
[5]) Eigene

Die Preissteigerungen dieses Jahres für gegeben genommen, hätte also alles in allem die Lohnentwicklung zu einem Anstieg der realen Lohneinkommen je Arbeitnehmer um 6,0 vH führen können, ohne das Kostenniveau in der privaten Wirtschaft zusätzlich zu belasten [1]). Tatsächlich haben die Reallöhne nur um 3,0 vH zugenommen. Die Reallohnposition der Arbeitnehmer ist also um 2,9 vH zurückgegangen.

[1]) Nach dem Konzept der kostenniveauneutralen Lohnpolitik müßte in die Würdigung der Einflußgrößen, die auf das gesamtwirtschaftliche Kostenniveau einwirken, nicht nur die Erhöhung der Lohnkosten, sondern auch die Veränderung der Kapitalkosten eingehen (JG 64 Ziffer 248). Die Fehlermarge, mit der eine Schätzung der Kapitalkosten aufgrund unzureichender empirischer Grundlagen behaftet sein würde, hat den Sachverständigenrat bisher davon abgehalten, diese Kostengröße in die Berechnung des realen Verteilungsspielraumes mit aufzunehmen. Die Verzinsung des Kapitalvermögens ist deswegen schwer zu erfassen, weil nur für das Anlagevermögen, nicht jedoch für das Umlaufvermögen entsprechendes Datenmaterial zur Verfügung steht. Schwierigkeiten bereitet es außerdem, Änderungen der Abschreibungen, die aufgrund konjunkturpolitischer Sonderregelungen vorgenommen werden, von jenen zu trennen, die vorgenommen werden, weil sich die Lebensdauer der Anlagen — etwa wegen veränderter Produktionstechnik — verlängert oder verkürzt. Noch schwieriger ist es, von den beobachteten Zinskostensteigerungen solche abzutrennen, die das Ergebnis eines monetären Restriktionskurses sind. Steigen die Zinsen wie etwa im Jahre 1973, als die Bundesbank die Finanzierungsspielräume zunehmend einengte, so ist dies nicht einem Zinsanstieg gleichzusetzen, der aus einem veränderten Knappheitsverhältnis zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital resultiert. All dies begründet die Vorbehalte des Sachverständigenrates dagegen, die Entwicklung der Kapitalkosten in die Ermittlung der Reallohnposition einzubeziehen. Werden Veränderungen der Kapitalkosten nicht berücksichtigt, so ist damit stillschweigend unterstellt, daß sich die Kapitalkosten je Produkteinheit wie die Lohnstückkosten entwickelt haben.

Tabelle 16

Verteilung des Volkseinkommens

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Zeitraum	Volks-einkommen	Einkommen aus				Entnommene Gewinne und Vermögens-einkommen	Laufende Übertragungen vom Staat [1]	Verfügbares Einkommen [2]
		unselbständiger Arbeit		Unternehmertätigkeit und Vermögen				
		brutto	netto	brutto	netto	private Haushalte [3]		
1965—1975 [4]	+ 8,4	+ 9,5	+ 7,6	+ 6,2	+ 6,4	+ 9,9	+11,5	+ 8,9
1971	+10,7	+13,3	+10,7	+ 5,4	+ 5,2	+12,1	+11,6	+11,0
1972	+ 9,1	+ 9,7	+ 9,1	+ 7,9	+ 8,1	+14,7	+13,6	+11,3
1973	+11,8	+13,5	+ 9,0	+ 7,9	+ 3,6	+ 8,4	+11,6	+ 9,0
1974 [5]	+ 7,3	+ 9,6	+ 7,9	+ 1,9	+ 1,6	+ 6,0	+15,0	+ 8,7
1975 [5]	+ 4,0	+ 4,1	+ 3,6	+ 3,8	+ 6,2	+ 8,3	+24,2	+ 9,7
1976 [6]	+ 9,4	+ 7,4	+ 4,3	+14,5	+14,2	+ 9,3	+ 8,3	+ 6,6
1974 1. Hj. [5]	+ 7,1	+10,2	+ 9,1	+ 0,1	− 2,8	− 1,8	+15,2	+ 7,5
2. Hj. [5]	+ 7,5	+ 9,1	+ 6,7	+ 3,5	+ 5,8	+12,4	+14,8	+ 9,9
1975 1. Hj. [5]	+ 3,4	+ 4,7	+ 4,5	+ 0,0	+ 3,0	+14,0	+24,9	+11,6
2. Hj. [5]	+ 4,6	+ 3,6	+ 2,8	+ 7,2	+ 9,1	+ 4,1	+23,5	+ 8,0
1976 1. Hj. [5]	+10,1	+ 6,3	+ 3,0	+20,0	+20,3	+ 9,5	+ 8,5	+ 6,0
2. Hj. [6]	+ 8,8	+ 8,4	+ 5,6	+ 9,9	+ 8,9	+ 9,1	+ 8,0	+ 7,2

[1] Nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen.
[2] Ohne nichtentnommene der Einzelunternehmen u. ä.
[3] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[4] Durchschnittlich jährliche
[5] Vorläufige Ergebnisse.
[6] Eigene

Verbesserte Ertragslage

119. Mit einer Zunahme von 14,5 vH sind die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen erstmals nach 1968 wieder stärker gestiegen als die Arbeitnehmereinkommen (Tabelle 16).

Weil andere, informativere Verteilungsindikatoren nicht zur Verfügung stehen, beherrscht der Vergleich zwischen den Veränderungsraten der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen und der Einkommen aus unselbständiger Arbeit die Diskussion um die Einkommensverteilung. Die Korrektur der Einkommensverteilung wird 1976 in einem Rückgang der Lohnquote sichtbar, des Anteils der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen. Die Lohnquote ist auf 70 vH, den Wert des Jahres 1973, gesunken (Tabelle 17). Berücksichtigt man, daß der Anteil der Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Beschäftigten weiter zugenommen hat, so ergibt sich eine bereinigte Quote, die mit 63,7 vH ebenfalls auf das Niveau des Jahres 1973 zurückgegangen ist.

120. *Die Würdigung der Einkommensverteilung wird nach wie vor dadurch erschwert, daß eine befriedigende Aufspaltung der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nicht möglich ist. An Vorschlägen, diesen mißlichen Zustand zu ändern, ist seit Jahren kein Mangel. Der Sachverständigenrat hat die Notwendigkeit, die Unternehmensgewinne zeitnah und detailliert auszuweisen, den staatlichen Entscheidungsorganen in seinen Gutachten immer wieder in Erinnerung gerufen. Auch in jüngster Zeit hat er hierfür Vorschläge unterbreitet* [1].

121. Aus dem Anstieg der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen läßt sich nicht unmittelbar auf die Entwicklung der eigentlichen Unternehmensgewinne schließen. Um diese auszuweisen, müßten von den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen die Arbeitsein-

[1] Der Sachverständigenrat hat den Teilnehmern der Konzertierten Aktion ein Arbeitspapier zugeleitet, in dem er sich mit den Möglichkeiten einer aktuelleren Erfassung und weiteren Aufgliederung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen auseinandersetzt (Anhang IV).

Tabelle 17

Zur Entwicklung der funktionellen Einkommensverteilung

vH

Jahr	Lohnquote		Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen
	tatsächlich [1]	bereinigt [2]	
1960	60,6	60,6	77,2
1961	62,2	61,6	78,0
1962	64,0	62,7	78,8
1963	64,4	62,5	79,5
1964	64,3	61,7	80,3
1965	64,7	61,7	80,9
1966	65,7	62,4	81,2
1967	65,9	62,7	81,1
1968	63,9	60,4	81,6
1969	65,2	60,9	82,5
1970	66,7	61,7	83,4
1971	68,3	62,9	83,9
1972	68,7	63,0	84,2
1973	69,8	63,8	84,5
1974	71,3	65,1	84,5
1975	71,4	65,2	84,5
1976 [3]	70,0	63,7	84,8

[1] Bruttoeinkommen aus Arbeit in vH des Volkseinkommens.
[2] Lohnquote bei konstant gehaltenem Anteil der an den Erwerbstätigen im Jahre 1960.
[3] Eigene Schätzung.

kommen der Selbständigen sowie die Zinseinkommen der privaten Haushalte und die Einkommen aus Vermietung und Verpachtung einschließlich des Mietwerts eigengenutzter Wohnungen abgesetzt werden. Für die Arbeitseinkommen der Selbständigen mag man einen stärkeren Anstieg ansetzen, als er sich für die Einkommen der abhängig Beschäftigten ergeben hat, allemal aber wohl keinen so starken, wie er bei den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zu verzeichnen war. Die Einkommen der privaten Haushalte aus Geldvermögen dürften 1976 weniger stark zugenommen haben als noch ein Jahr zuvor: Das Geldvermögen der privaten Haushalte ist 1976 weiter gestiegen, wenn auch verlangsamt; die Zinssätze sind gegenüber dem Vorjahr aber spürbar gefallen. Die Einkommen aus Vermietung und Verpachtung werden 1976 trotz niedrigerer Hypothekenzinsen wegen des langsameren Anstiegs der Mieten ebenfalls weniger als im Vorjahr und weniger als die sonstigen Gewinn- und Vermögenseinkommen gestiegen sein. Alles in allem werden die eigentlichen Unternehmensgewinne deshalb durchaus stärker zugenommen haben als die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

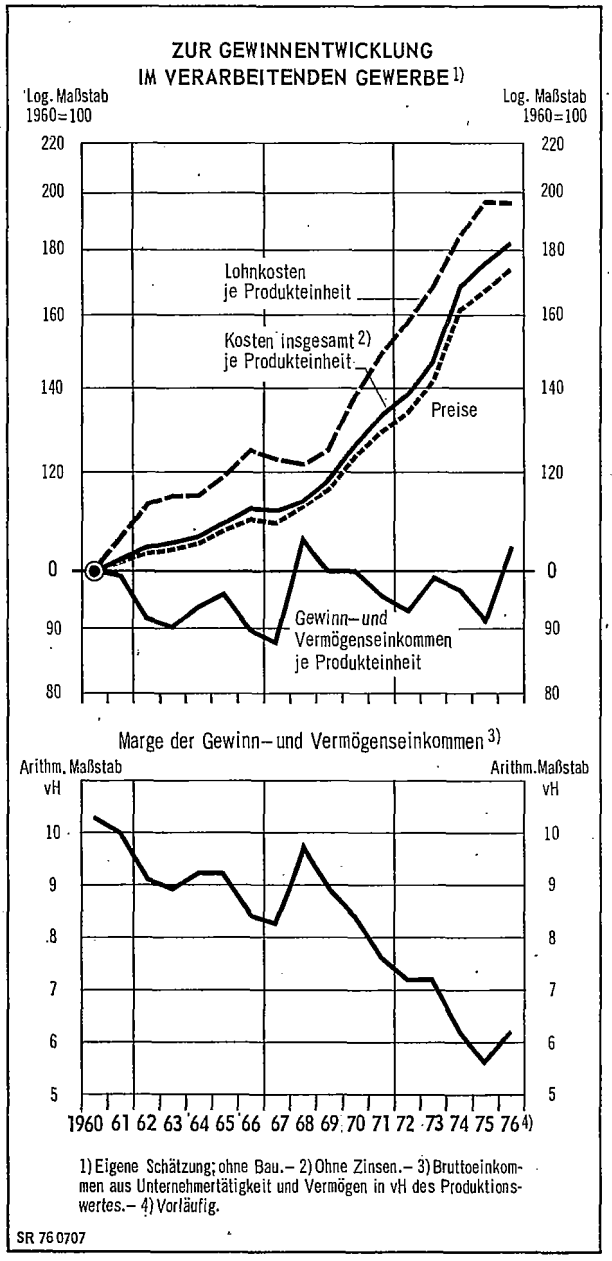
122. Nicht nur die Summe der Gewinne, sondern auch die Gewinnmargen, der Gewinn je Umsatzeinheit, dürften 1976 gestiegen sein.

Die maßvollen Lohnabschlüsse und die steigende Kapazitätsauslastung haben 1976 eine spürbare Minderung des Lohnkostendrucks bewirkt. In der Gesamtwirtschaft sind die Lohnkosten je Produkteinheit vom zweiten Halbjahr 1975 an leicht zurückgegangen; in der Industrie, wo die Produktivitätsfortschritte überdurchschnittlich hoch ausfielen, waren die Lohnstückkosten im zweiten Vierteljahr 1976 um rund 3 vH niedriger als in den Sommermonaten des Vorjahres. Da die Ausweitung der Produktion danach einen vermehrten Arbeitseinsatz erforderte, die Produktivität also nicht mehr so rasch stieg, nahmen die Lohnkosten je Produkteinheit im weiteren Verlauf des Jahres wieder leicht zu. Insgesamt dürften sie in der Gesamtwirtschaft im Jahr 1976 um 1½ vH höher sein als im Jahr zuvor. Da die Kapazitätsauslastung stieg und das Zinsniveau nochmals sank, ist zu vermuten, daß die Kapitalkosten je Produkteinheit im Jahresdurchschnitt 1976 zurückgegangen sind. Selbst wenn es richtig sein sollte, daß die gesamten Stückkosten wegen der Verteuerung der importierten Rohstoffe und Vorprodukte dennoch gestiegen sind, so ist doch wahrscheinlich, daß dieser Anstieg geringer ist als jener der Umsätze je Produkteinheit, sprich: die Preise noch stärker gestiegen sind. Die Gewinnmargen haben sich deshalb 1976 wohl wieder deutlich verbessert.

123. *Quantitative Angaben lassen sich nur mit großen Vorbehalten machen. Für die Berechnung der Gewinnmargen der verarbeitenden Industrie und des verarbeitenden Handwerks, besonders konjunkturreagibler Bereiche, sind Angaben für die Produktionswerte und die Kosten erforderlich. Diese sind nur bis zum Jahre 1974 vorhanden. Schon die Gewinnmarge für das Jahr 1975 ist mit besonderen Schätzrisiken behaftet. Hierfür standen immerhin teilweise Angaben für den Produktionswert, nicht aber für die Kosten zur Verfügung. Eine Schätzung der Bruttoumsatzrendite für das Jahr 1976 hat deswegen eine noch unsicherere Zahlenbasis. Aktuelle Anhaltspunkte über die Entwicklung von Produktionswerten und Kosten gibt es wohl für den industriellen Bereich, nicht jedoch für das Handwerk. Für den Produktionswert im gesamten verarbeitenden Gewerbe scheint uns eine Zunahme um 10 vH wahrscheinlich. Unter Berücksichtigung der aufgetretenen Lohnsteigerungen und der Verteuerung der Vorleistungen aus dem Ausland und unter der Voraussetzung, daß die Kostenstruktur im übrigen jener der letzten Jahre entspricht, kann mit einem Anstieg der Kosten von insgesamt 10 vH gerechnet werden. Mit diesen Annahmen ergibt sich eine Verbesserung der Gewinnmarge von 5,6 vH im Jahre 1975 auf 6,2 vH im Jahre 1976, also um rund ein Zehntel (Schaubild 16).*

124. *Wir haben ferner versucht, in einer Modellrechnung drei Hypothesen darüber zu formulieren, was als „Normalisierung" der Gewinnmargen angesehen werden könnte. Als ausreichend wird in der ersten Version die Gewinnmarge der Jahre 1960 bis 1970 (rund 9 vH), in der zweiten Version die der Jahre 1965 bis 1975 (rund 8 vH) und in der dritten Version die der Jahre 1970 bis 1975 (rund 7 vH) unterstellt. Der Normalisierungsbedarf entspricht der Differenz zwischen der jeweils als ausrei-*

Schaubild 16



chend angesehenen Gewinnmarge und der bisher niedrigsten im Jahre 1975 (rund 5½ vH). Wenn sich 1976 eine Gewinnmarge von 6,2 vH einstellen sollte, wie wir das für wahrscheinlich halten, dann wäre der so definierte Normalisierungsbedarf in der dritten Version, der mit dem geringsten Anspruch, knapp zur Hälfte gedeckt, in der ersten, der mit dem höchsten Anspruch, nur zu knapp einem Fünftel. In Anbetracht des großen Fehlerrisikos, das mit einer Schätzung der Bruttoumsatzrendite eingegangen wird, haben wir außerdem berechnet, um wieviel der Normalisierungsbedarf bei Gewinnmargen von 6 vH und 6½ vH gedeckt sein würde. Für die erste Version wäre dieser bei 6 vH zu rund einem Zehntel, bei 6½ vH zu rund einem Fünftel erfüllt; in der dritten Version wäre er zu knapp einem Drittel beziehungsweise zu knapp zwei Dritteln gedeckt. Man muß dabei beachten, daß diese Modellrechnung sich nur auf das verarbeitende Gewerbe bezieht, den Bereich also, der in den letzten Jahren unter dem stärksten Anpassungsdruck stand. Für die anderen Bereiche würden sich zum Teil günstigere Werte ergeben, wenn die verfügbaren Daten eine zeitnahe Schätzung der Gewinnmargen zuließen. Im übrigen soll mit dieser Modellrechnung nicht der Anspruch erhoben werden, den tatsächlichen Korrekturbedarf quantifiziert zu haben. Dieser läßt sich nicht quantifizieren, schon deshalb nicht, weil es eine „normale" Gewinnspanne nicht gibt. Richtig sind letztlich die Gewinnmargen, die sich am Markt ergeben, wenn die Wirtschaftspolitik die richtigen Daten setzt, namentlich für Wettbewerb sorgt, und wenn dabei Vollbeschäftigung herauskommt.

Kräftige Umverteilung der Markteinkommen

125. Das Volkseinkommen, die Summe aller im Produktionsprozeß entstandenen Einkommen, ist 1976 um 9,4 vH auf rund 873 Mrd DM gestiegen. An dem Unterschied zwischen der Verteilung dieser Markteinkommen und der Verteilung der Nettoeinkommen, die sich dadurch ergibt, daß der Staat einerseits Einkommen an private Haushalte und Unternehmen überträgt, andererseits aber von den privaten Wirtschaftssubjekten Abgaben fordert, läßt sich ablesen, wie kräftig der Staat auch 1976 in die Einkommensverteilung eingegriffen hat. Die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sind mit 14,2 vH etwa so gestiegen wie die Bruttoeinkommen. Wohl waren die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer für das Jahr 1976 spürbar nach oben korrigiert worden, doch dürfte diese Anpassung noch nicht der tatsächlichen Entwicklung der Gewinn- und Vermögenseinkommen entsprochen haben.

Die Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit sind dagegen weniger stark gestiegen als die Bruttoeinkommen. Die Einkommen der privaten Haushalte nach Abzug der Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge waren um 4,3 vH, die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit um 7,4 vH höher als im Vorjahr. Die Differenz geht nicht nur auf erhöhte Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer zurück, die um 13,4 vH auf rund 67 Mrd DM gestiegen sind; auch die Lohnsteuer hat aufgrund der höheren Beschäftigung spürbar zugenommen, und zwar um 14,3 vH auf rund 83 Mrd DM. Zum Teil ist dies durch das Hineinwachsen der Einkommen in die Progressionszone des Steuertarifs zu erklären, zum Teil durch die geringeren Rückerstattungen, die im Zuge des Lohnsteuerjahresausgleichs geleistet wurden (Ziffern 211 ff.).

126. Nicht mehr so stark wie im Vorjahr ist das Einkommen gestiegen, das den privaten Haushalten für Konsum und Sparen letztlich zur Verfügung steht. Dieses verfügbare Einkommen, das sich zusammensetzt aus den Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögensbesitz sowie den staatlichen Einkommenszahlungen und das den privaten Haushalten nach Abzug aller Abgaben verbleibt, war mit 735 Mrd DM um 6,6 vH höher als 1975. Fast 190 Mrd DM stammen aus staatlichen Einkommensübertragungen, wie beispielsweise Renten, Arbeitslosenunterstützung, Versorgungsleistungen an Kriegsopfer, Kindergeld, Beamtenpensionen. Der

Anteil dieser staatlichen Transferzahlungen am verfügbaren Einkommen ist 1976 auf fast 25½ vH gestiegen.

127. Daß der Anstieg der staatlichen Übertragungen an die privaten Haushalte 1976 noch immer beträchtlich war, liegt zum einen an den abermals kräftigen Rentenerhöhungen; die Renten der 11,5 Mio Altersrentner sowie die Versorgungsleistungen für 2,2 Mio Kriegsopfer wurden um 11 vH angehoben. Zum anderen hielten die Unterstützungen der Bundesanstalt für Arbeit den Umfang der Transferzahlungen hoch; im Jahre 1976 wurden noch rund 10 Mrd DM Arbeitslosenunterstützung und Kurzarbeitergeld gezahlt, 1975 waren es 10,8 Mrd DM gewesen. Darüber hinaus flossen den privaten Haushalten etwa 3 Mrd DM Förderungsmittel für die berufliche Fortbildung und Umschulung zu.

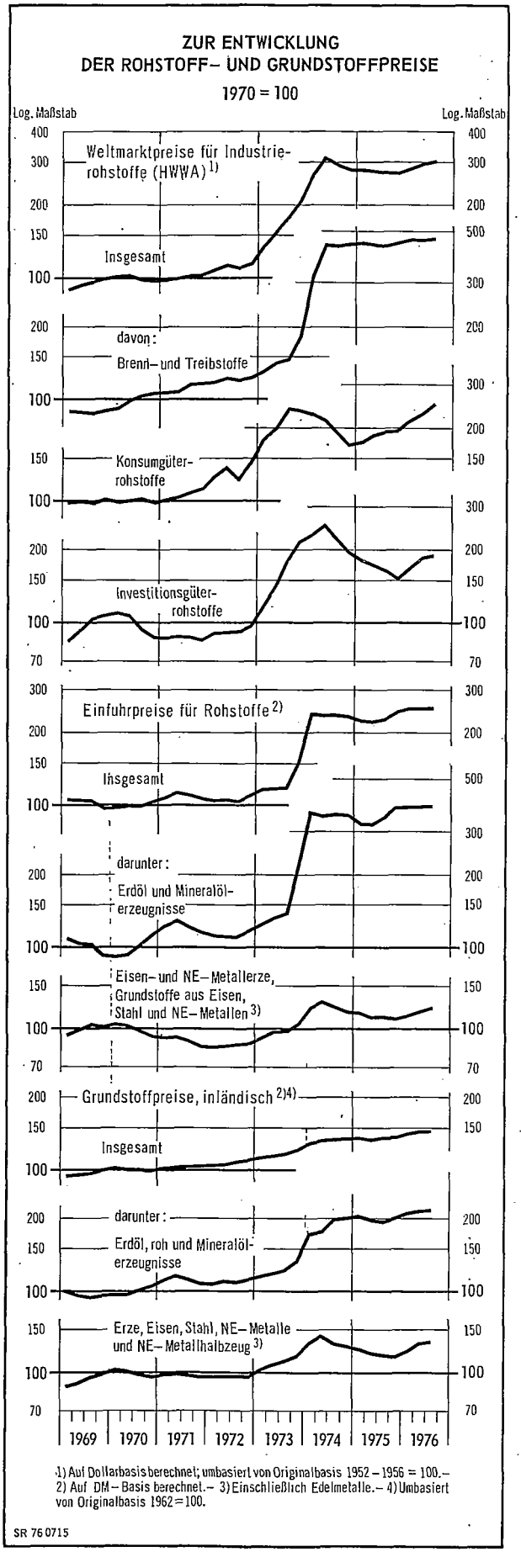
V. Inflationssockel weiter abgebaut

128. Das für 1976 gesetzte Stabilitätsziel, das Tempo des Geldwertschwundes um wenigstens einen Prozentpunkt zu drosseln, ist erreicht worden. Daß dies nicht selbstverständlich war, zeigt der Blick auf die entgegenwirkenden Faktoren. Steigende Importpreise erzwangen ein starkes Anziehen der Preise für Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, die preistreibende Wirkung der EG-Agrarpolitik wurde durch ungünstige Ernten noch verstärkt. So sehr diese Tendenzen auch zu beklagen sind, so wenig darf doch übersehen werden, daß gegen sie ein Mehr an Stabilität errungen werden konnte, das vor einem Jahr nur wenige für erreichbar gehalten haben.

Industrielle Erzeugerpreise konjunkturell anziehend

129. Angesichts der besonders niedrigen Kapazitätsauslastung war für 1976 nicht selbstverständlich, daß sich der Preisauftrieb auf der industriellen Erzeugerstufe wieder beschleunigen würde. Die größeren Absatzmengen bei mäßig steigenden Kosten hätten für sich genommen eine Verbesserung der Stückgewinne versprochen. Tatsächlich war die Zunahme der industriellen Erzeugerpreise jedoch stärker als in vergleichbaren Konjunkturphasen. Vor allem in der ersten Hälfte des Jahres 1976 nutzten einige Unternehmen die Erholung der Nachfrage zu Preisanhebungen. Die Verteuerung der importierten Rohstoffe und Halbwaren, die kräftiger war als in vergleichbaren Aufschwungsjahren, bot Anlaß dazu. Nach und nach hat jedoch die kräftige Höherbewertung der D-Mark dem Preisauftrieb bei den Rohstoffen und Halbwaren entgegengewirkt. Importierte Rohstoffe waren in den ersten neun Monaten des Jahres 1976 immerhin durchschnittlich um 12,7 vH, Halbwaren aus dem Ausland um 8,3 vH teurer als ein Jahr zuvor (Schaubild 17). Am stärksten zogen deshalb die Preise in den Grundstoff- und Produktionsgüterin-

Schaubild 17

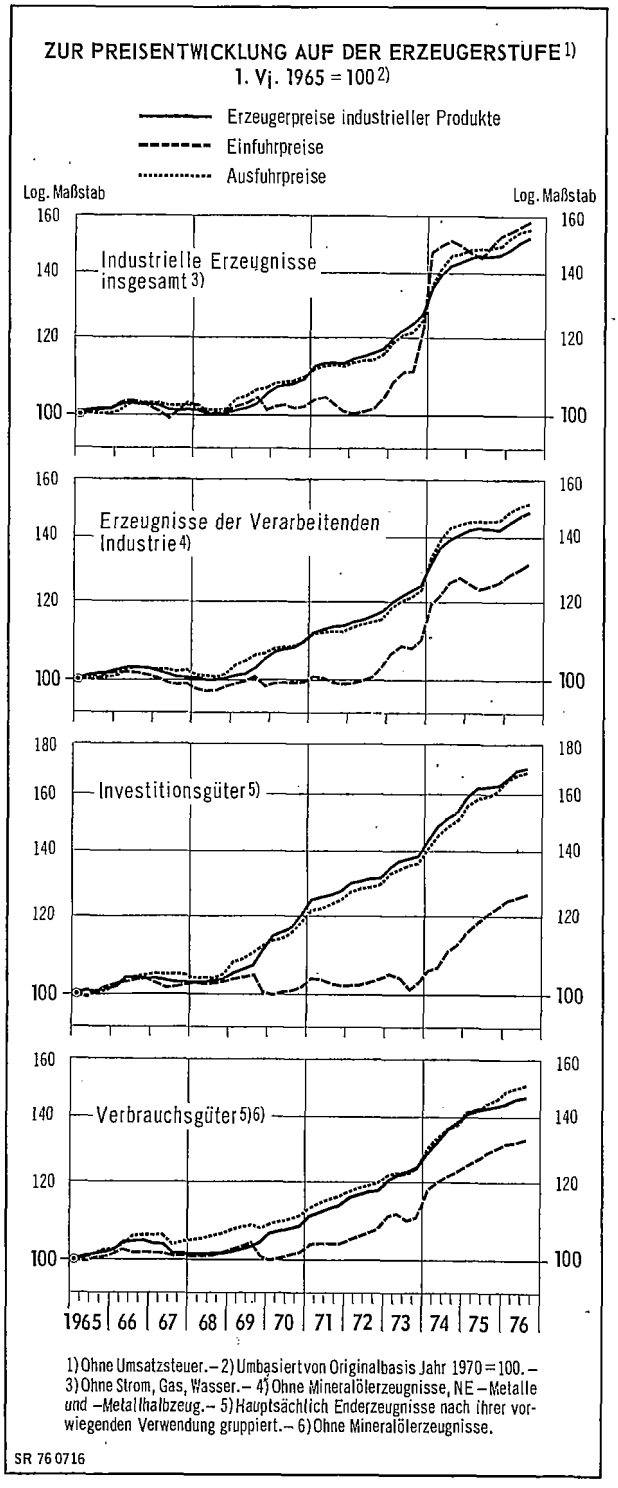


dustrien an, wobei der vom Lageraufbau ausgehende Nachfrageschub die Weitergabe dieser Preiserhöhungen begünstigte. Geringer fielen die Preissteigerungen in den Investitionsgüterindustrien aus, wo die Nachfrage nur langsam zunahm. Insgesamt waren industrielle Erzeugnisse im Oktober 1976 um 4,6 vH teurer als zwölf Monate zuvor.

130. In einigen Branchen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien waren sogar beträchtliche Preiserhöhungen möglich, so vor allem im Bereich der NE-Metalle, der von der weltweit regen Nachfrage nach Automobilen profitierte. Die Stahlproduzenten, die 1975 noch im Kampf gegen weitere Absatzeinbußen ihren Kunden Preisabschläge gewährt hatten, konnten in den Fühjahrsmonaten 1976 Rabatte streichen, danach sogar merklich höhere Preise durchsetzen. Auch Erdöl und Mineralölerzeugnisse verteuerten sich spürbar. Als zur Jahresmitte die konjunkturellen Auftriebskräfte sowohl im Inland als auch im Ausland etwas schwächer wurden und auf den Weltmärkten die Preise für Rohstoffe und Halbwaren wieder sanken, wobei die kräftige Aufwertung der D-Mark zusätzlich preisdämpfend wirkte, trat bei den Preisen für die Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien Beruhigung ein. Vor allem die Hersteller von NE-Metallen und von chemischen Erzeugnissen konnten kaum noch höhere Preisforderungen durchsetzen. Auch die Unternehmen der Stahlindustrie taten sich wieder schwerer, ihre Produkte zu den erhöhten Listenpreisen abzusetzen. Im Oktober 1976 mußten die Unternehmen der nachgelagerten Produktionsstufen für die Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien insgesamt 5,8 vH mehr bezahlen als im gleichen Monat des Vorjahres. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1976 lagen die Preise für die Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien im Durchschnitt um 3,8 vH über dem vergleichbaren Niveau des Jahres 1975.

131. Den heimischen Herstellern von Investitionsgütern gestattete die Zurückhaltung der Nachfrage 1976 nur leichte Preiserhöhungen. Die Unternehmen hatten hier allerdings auch geringere Ertragseinbußen auszugleichen als in anderen Industriebereichen. Auf den Exportmärkten hatten sie bis in das Jahr 1975 hinein trotz merklicher Konkurrenz ausländischer Anbieter die Preise ihrer Produkte spürbar heraufzusetzen vermocht. Da sich der Preisauftrieb in den meisten Partnerländern weniger als im Inland abschwächte, konnten die Investitionsgüterhersteller trotz der Höherbewertung der D-Mark bis zum Frühjahr 1976 die Exportpreise in D-Mark gerechnet stärker anheben als die Preise im Inlandsabsatz. Danach fielen die Preiserhöhungen im Auslandsgeschäft wie auf den inländischen Absatzmärkten etwa gleich aus. Zuletzt kosteten Ausrüstungsgüter im Inlandsabsatz 4,5 vH, im Auslandsabsatz 4,9 vH mehr als im Vorjahr (Schaubild 18). Die Erzeugerpreise für Verbrauchsgüter hatten schon im ersten Vierteljahr 1976 angezogen. Als der Nachholbedarf gedeckt war und sich danach die Nachfrage nach Verbrauchsgütern wieder beruhigte, waren kaum noch Preiserhöhungen möglich. Im Oktober 1976 waren Verbrauchsgüter um 2,1 vH teurer als ein Jahr zuvor.

Schaubild 18



132. Daß die Preise auf der industriellen Erzeugerstufe so stark angezogen haben, stimmt mit der aus der Erfahrung der früheren Konjunkturzyklen gewonnenen Verlaufsvorstellung schlecht überein, nach der im Aufschwung die zunehmende Nachfra-

ge zunächst zu im wesentlichen gleichbleibenden Preisen versorgt wird und größere Preissteigerungen erst vorgenommen werden, wenn die Kapazitäten wieder ausgelastet sind und die Nachfrage weiter drängt, so daß sich die dann zunehmende Knappheit der Güter in steigenden Preisen auswirkt. Daß es diesmal schon bei noch erheblich unterausgelasteten Kapazitäten zu Preiserhöhungen kam, geht wohl auf ein Zusammentreffen mehrerer Faktoren zurück: das Steigen der Importpreise, ein ohnehin noch als überhöht empfundenes Kostenniveau, die enttäuschten Erwartungen im Vorjahr, Mißtrauen in die Nachhaltigkeit der Nachfragebelebung. Dadurch, daß sich in zahlreichen Industriegruppen die Zahl der inländischen Anbieter durch Zusammenschlüsse und Konkurse weiter verringert hat, ist wohl auch die Zahl der Branchen gestiegen, bei denen in einer Situation wie der gegenwärtigen gleichförmiges Verhalten möglich geworden ist und diese Möglichkeit zu Preissteigerungen auf Kosten der Mengenausweitung genutzt wurde.

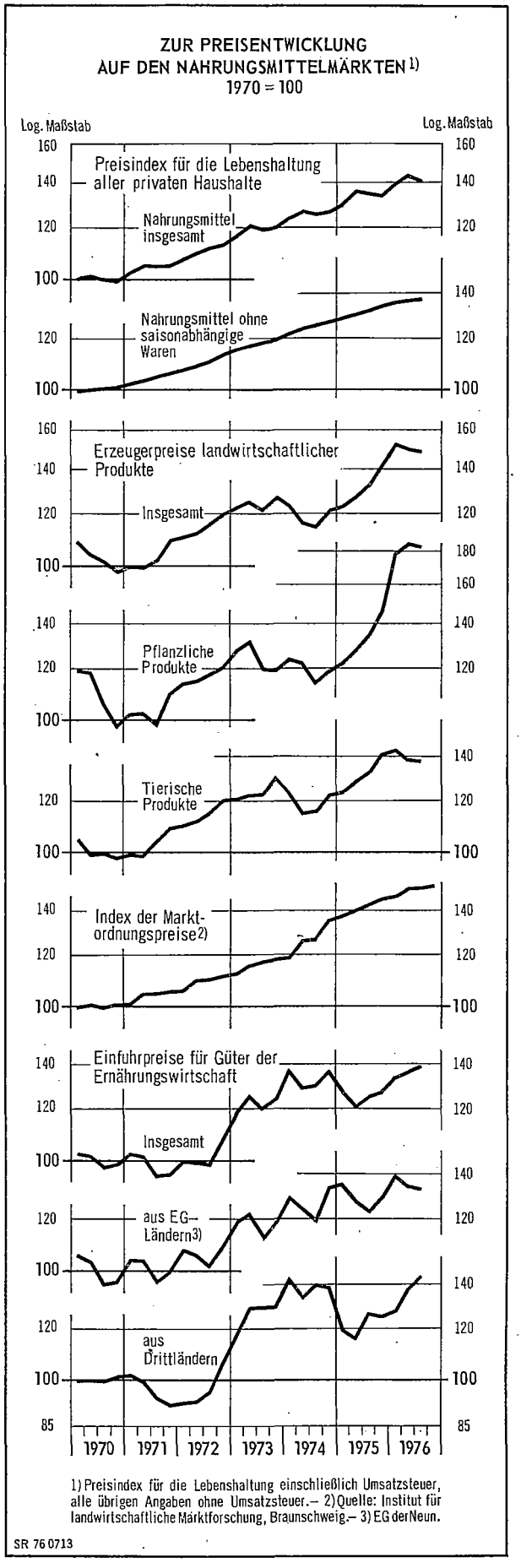
133. Schwächer als in der Industrie sind die Preise in der Bauwirtschaft gestiegen. Im Wohnungsbau, wo nach dem Zusammenbruch der Spekulationswelle viele Unternehmen zum Ausscheiden aus dem Markt gezwungen worden waren, blieb der Wettbewerb rege. Nennenswert mehr als ein Ausgleich für die gestiegenen Lohnkosten sowie die höheren Baustahlpreise konnte durch Preissteigerungen wohl nicht erzielt werden. Im August 1976 lagen die Preise für Wohngebäude um 4,0 vH höher als ein Jahr zuvor. Die Preise für Bürogebäude haben zur Jahresmitte ihr Vorjahresniveau um 4,0 vH, die Preise für gewerbliche Betriegsgebäude um 4,8 vH übertroffen. Begünstigt durch staatliche Modernisierungsprogramme haben die Unternehmen, die sich mit der Instandhaltung von Wohngebäuden befassen, die Preise ihrer Bauleistungen binnen Jahresfrist um 3,8 vH heraufgesetzt. Im Tiefbau, wo es vielfach an Anschlußaufträgen öffentlicher Bauherren fehlte, lagen die Preise im Spätsommer 1976 lediglich um 1,6 vH über dem entsprechenden Vorjahresstand.

Weiterhin hohe landwirtschaftliche Erzeugerpreise

134. Auf den Märkten für landwirtschaftliche Erzeugnisse ist es teilweise zu spektakulären Preissteigerungen gekommen. Der starke Preisauftrieb, der bereits im zweiten Halbjahr 1974 eingesetzt hatte, hielt bis in die erste Hälfte des Jahres 1976 an. Eine Wende in der Preisentwicklung um die Jahresmitte war zunächst nur von kurzer Dauer. Die anhaltende Trockenheit im Sommer führte in einigen Gebieten zu beträchtlichen Ernteausfällen. Die Angebotsverknappung bei einigen Produkten ließ die Preise erneut steigen.

135. Auch wenn die Preissteigerungsraten auf einzelnen Märkten zum Teil mit zyklischen Angebotsschwankungen, zum Teil mit witterungsbedingten Verknappungen zu erklären sind, so ist doch nicht zu übersehen,

Schaubild 19



1) Preisindex für die Lebenshaltung einschließlich Umsatzsteuer, alle übrigen Angaben ohne Umsatzsteuer.– 2) Quelle: Institut für landwirtschaftliche Marktforschung, Braunschweig.– 3) EG der Neun.

SR 76 0713

— daß der EG-Ministerrat durch seine Preisbeschlüsse erhebliche Preissteigerungen auf breiter Front vorprogrammiert hatte; der Index der Marktordnungspreise lag 1976 um fast 19 vH über dem Stand des Jahres 1974 (Schaubild 19),

— daß die Agrarpolitiker den Preisauftrieb auf Teilmärkten weit über das vorgegebene Maß hinausgehen ließen und nur wenig unternahmen — teilweise allerdings wohl auch nur wenig unternehmen konnten —, um den Preissteigerungen wirksam zu begegnen.

136. Geringe Ernteerträge hatten 1975 bei vielen pflanzlichen Produkten die Preise in die Höhe schnellen lassen, zumal sich die Agrarpolitik nur zaghaft um zusätzliche Importe bemüht hatte. Die Erwartung, daß die neue Ernte 1976 ein größeres Angebot und eine Wende in der Preisentwicklung bringen würde, wurde durch die anhaltende Trokkenheit enttäuscht. Zwar wurden die engen Importregelungen auf einigen Märkten zeitiger gelockert als im Vorjahr, die Ernteausfälle waren aber auch größer, so daß eine nachhaltige Dämpfung des Preisauftriebs nicht eintrat. Die Preise für pflanzliche Produkte, die 1975 bereits ihr Vorjahresniveau um 22,2 vH übertroffen hatten, lagen im September 1976 noch einmal um 32,8 vH über dem Vorjahresniveau. Besonders spektakulär war die Preisentwicklung bei Kartoffeln; schon 1975 waren die Kartoffelpreise auf der Erzeugerstufe um 128,4 vH höher gewesen als im Vorjahr, im September dieses Jahres waren sie abermals binnen Jahresfrist um mehr als das Doppelte gestiegen und betrugen nun mehr als das Vierfache dessen, was sie im Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1974 gekostet hatten.

137. Bei tierischen Produkten verlief die Preisentwicklung weniger dramatisch. Zwar waren auch hier die Erzeugerpreise im Jahre 1975 um 10,2 vH gestiegen; reichlicheres Angebot auf den Schlachtviehmärkten brachte aber im Frühjahr 1976 die Preiswende. Verstärkt wurde das Angebot im Sommer durch vorzeitige Rinderverkäufe aufgrund des Futtermangels. Einem stärkeren Sinken der Preise infolge eines Angebotsstoßes in der Hitzeperiode im Juli kamen die staatlichen Interventionsstellen zuvor, indem sie Rinder aufkauften. Auf ihrem Jahrestiefstand im Juli 1976 lagen die Schlachtviehpreise nur um 4,3 vH unter dem Jahresdurchschnitt 1975. Bereits im August, als der Angebotsdruck nachließ, zogen die Preise wieder an. Im September 1976 waren die Preise für tierische Produkte wieder um 2,2 vH höher als ein Jahr zuvor.

138. Auf dem Rindermarkt waren die Marktordnungspreise seit der weltweiten Rindfleischknappheit im Jahre 1972 kräftig und kontinuierlich angehoben worden; der Orientierungspreis wurde von 1972 bis 1976 durchschnittlich um mehr als 12 vH je Jahr heraufgesetzt. Während zunächst die Marktordnungspreise an den hohen Marktpreis angepaßt worden waren, hatten schon bald Prämien und Käufe staatlicher Interventionsstellen den Marktpreis abstützen müssen. Steigende Lagerbestände an Rindfleisch haben die Agrarpolitiker aber nicht gehindert, die Marktordnungspreise weiter anzuheben. So konnte es nicht ausbleiben, daß trotz reichlichen Angebots im Sommer 1976 die Rinderpreise auf ihrem Tiefstand noch um 25,3 vH über dem Durchschnitt der Jahre 1970 und 1971 lagen. Für das Wirtschaftsjahr 1976/77 wurde der Orientierungspreis für Rinder noch einmal um 5,0 vH, der Interventionspreis um 4,6 vH heraufgesetzt.

139. Auch auf dem Milchmarkt haben die Überschußprobleme die Agrarpolitiker nicht von weiteren Preisanhebungen abgehalten. Im September 1976 lag der Milchpreis um 4,6 vH über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Bei den Preisverhandlungen für das Wirtschaftsjahr 1976/77 wurde eine Erhöhung des Richtpreises für Milch zum 15. März 1976 um 1,6 vH und zum 16. September 1976 um weitere 3,0 vH beschlossen.

140. Wenn auch erhebliche Preissteigerungsraten auf den Agrarmärkten der Europäischen Gemeinschaft durch die Preisbeschlüsse des EG-Ministerrates vorgezeichnet waren, so hätte der Preisanstieg in der Bundesrepublik durch einen stärkeren Abbau des Grenzausgleichs doch geringer ausfallen können. Der Grenzausgleich, der in den Jahren 1973 und 1974 bei 12 vH gehalten worden war, wurde indes nur zögernd abgebaut, 1975 um 2 Prozentpunkte und im März 1976 um weitere 2,5 Prozentpunkte. Bei der jüngsten Aufwertung der D-Mark wurde er wieder um 1,8 Prozentpunkte auf nunmehr 9,3 vH angehoben. In Höhe dieses Satzes wird beim Importeur von Marktordnungsgütern eine Abgabe auf den Marktordnungspreis erhoben und dem Exporteur eine Erstattung gezahlt (Ziffer 46).

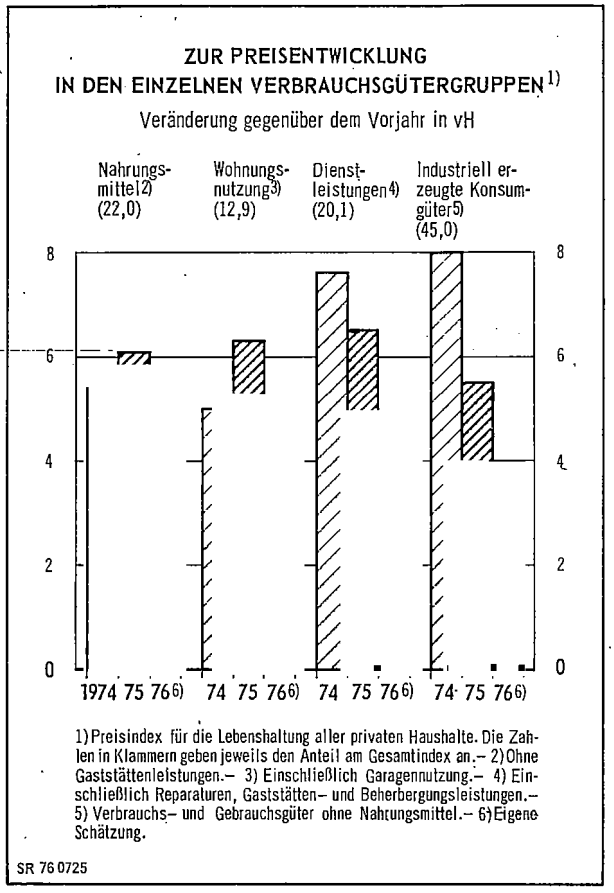
Weiter abgeschwächter Anstieg der Verbraucherpreise

141. Auf der Verbraucherstufe hat der Preisauftrieb weiter nachgelassen. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1976 betrug die Teuerung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum 4,7 vH; im Oktober 1976 war die Lebenshaltung sogar nur um 3,8 vH teurer als ein Jahr zuvor.

Daß die Dämpfung der Inflationsrate in die Breite ging, spiegelt die Preisentwicklung der einzelnen Verbrauchsgütergruppen wider (Schaubild 20). Im Durchschnitt der ersten zehn Monate des Jahres 1976 waren industriell erzeugte Konsumgüter um 3,9 vH, Dienstleistungen um 4,9 vH und die Wohnungsnutzung um 5,2 vH teurer als ein Jahr zuvor. Nur bei den Nahrungsmitteln war die Teuerungsrate mit 5,9 vH fast so hoch wie im Vorjahr.

142. Die Preisentwicklung für industriell gefertigte Konsumgüter, die im Warenkorb der privaten Haushalte das größte Gewicht besitzen, hat am meisten zur Dämpfung des Geldwertschwundes beigetragen; die Preiserhöhungen für Automobile, aber auch die Verteuerung von Elektrizität und Wasser sowie von Heizöl und Kraftstoffen wurden

Schaubild 20



durch die abnehmenden Preissteigerungsraten bei den übrigen Gütern dieser Warengruppe mehr als aufgewogen.

Auch die Preise für private Dienstleistungen sind 1976 nicht mehr so stark gestiegen. Dort, wo der Staat Dienstleistungen anbot, wurden die Preise anders als noch im vergangenen Jahr, als aufgestauter Kostendruck zu kräftigen Preisanhebungen geführt hatte, ebenfalls nur mäßig heraufgesetzt. Niedrigere Hypothekenzinsen und die nach wie vor große Zahl ungenutzter Wohnungen bewirkten, daß die Mieten nicht mehr so stark wie im Vorjahr stiegen. Die Mietnebenkosten wie Kosten der Hausverwaltung und die öffentlichen Versorgungstarife und Abgaben, die auf die Mieter umgelegt werden können, zogen dagegen überdurchschnittlich stark an. Für die privaten Haushalte hat sich das Wohnen dennoch weniger stark verteuert als noch ein Jahr zuvor.

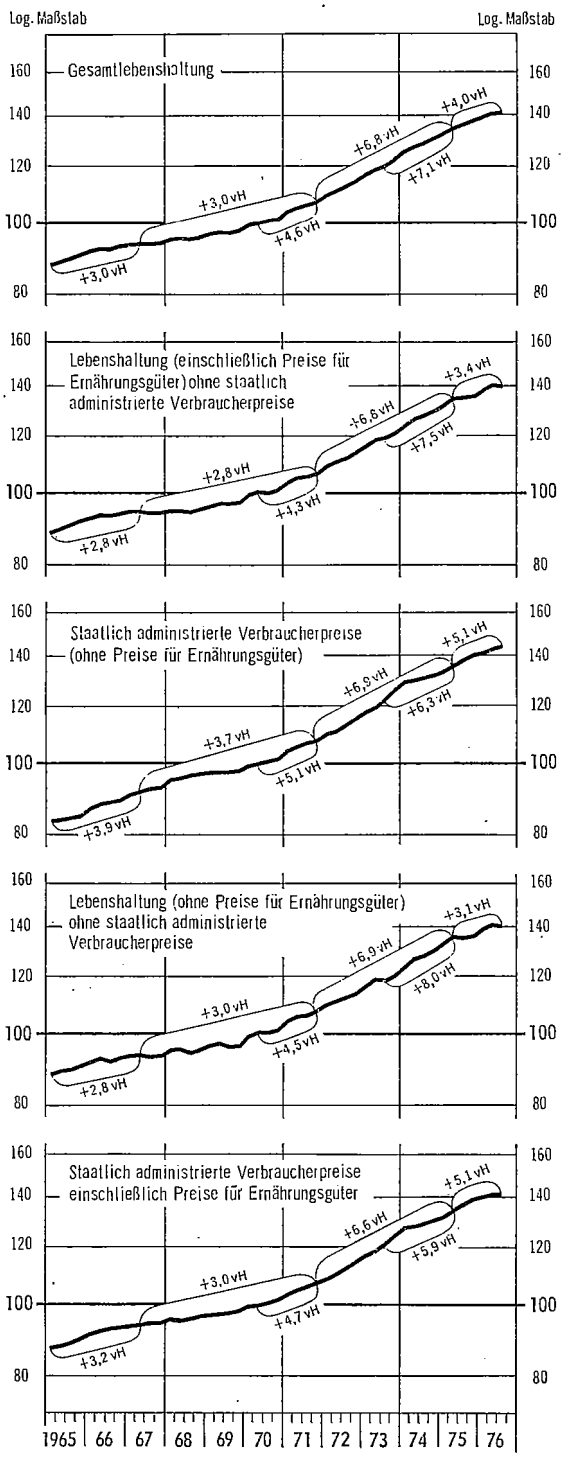
143. Die Preissteigerungen auf den landwirtschaftlichen Erzeugermärkten schlugen im Frühjahr 1976 immer stärker auf die Verbraucherstufe durch. Erst in den Sommermonaten begann sich der Anstieg der Nahrungsmittelpreise wieder zu verlangsamen, da Schlachtvieh und später Gemüse reichlicher angeboten wurden. Der Preisauftrieb bei den von der Dürre besonders betroffenen Produkten hat anders als vielfach befürchtet eine weitere Beruhigung nur vorübergehend aufhalten können. Immerhin waren im Durchschnitt der ersten zehn Monate tierische Produkte für die Verbraucher noch um 6,8 vH teurer als ein Jahr zuvor. Der Einzelhandel, der im Jahre 1975 die Preissteigerungen für Schlachtfleisch noch größtenteils in den Handelsspannen aufgefangen hatte, weitete diese 1976 kräftig aus. Bei pflanzlichen Produkten schwächte sich der Preisauftrieb seit dem Frühjahr 1976 ab. Im Durchschnitt der ersten zehn Monate waren die Preise für pflanzliche Produkte um 5,3 vH höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

144. *Vielfach werden auch die Erhöhungen der staatlich administrierten Preise dafür verantwortlich gemacht, daß die Inflationsrate nicht weiter gesunken ist. Als Nachweis dafür wird die Steigerungsrate eines Index staatlich administrierter Preise dem Anstieg des Preisindex für die übrigen Verbrauchsgüter gegenübergestellt. Den Beweis für den preistreibenden Einfluß der administrierten Preise anhand eines derartigen Indexvergleichs führen zu wollen, ist nicht ohne Probleme (Anhang VII). Nach der Art und dem Grad, wie der Staat auf bestimmte Verbraucherpreise Einfluß nimmt, kann man vier Gruppen von Verbraucherpreisen in einem Index staatlich administrierter Preise zusammenfassen. Die erste Gruppe umfaßt alle Verbraucherpreise, die direkt vom Staat festgelegt werden, wie Verkehrstarife, Postgebühren, Gebühren für kulturelle Einrichtungen und Sportanlagen. Zu der zweiten Gruppe zählen die Preise von Waren und Dienstleistungen, für die in der Regel nur ein staatliches Mitspracherecht besteht. Dazu gehören etwa die Tarife der öffentlichen Versorgungsunternehmen, die Mieten im sozialen Wohnungsbau, die Tarife im Gesundheitswesen. In der dritten Preisgruppe sind die Preise derjenigen Waren erfaßt, die der Verbrauchsbesteuerung unterliegen, also bestimmte Nahrungsmittel, Genußmittel, Heizöl und Kraftstoffe. Hier mischen sich in der Preisentwicklung Änderungen der Verbrauchsteuersätze und Preisänderungen, die marktbedingt sind. Dies gilt auch für die vierte Preisgruppe, die die Preise all jener Agrarprodukte enthält, die im Rahmen des europäischen Agrarmarktes einer Marktordnung unterliegen. Stellt man den Anstieg der staatlich administrierten Preise den Steigerungsraten der nicht administrierten Verbraucherpreise für die beiden zurückliegenden Zyklen und insbesondere für die Abschwungsphasen gegenüber, so zeigt sich, daß die Waren und Dienste des öffentlichen Sektors auf längere Sicht sich nicht durchgängig stärker verteuert haben als die Preise im privaten Sektor (Schaubild 21). Dies gilt, gleichgültig, ob man die Preise der genannten Ernährungsgüter den staatlich administrierten Preisen zurechnet oder nicht. In letzter Zeit allerdings sind die administrierten Verbraucherpreise stärker gestiegen als die übrigen. Einen Nachweis für preistreibende Einflüsse des einen oder des anderen Sektors läßt sich aufgrund der beobachteten Entwicklung nicht führen, ganz abgesehen davon, daß bei einem solchen Nachweis auch die Produktivitätsentwicklung berücksichtigt werden müßte.*

145. *Die Gründe, warum in jüngster Vergangenheit die staatlich administrierten Preise in zahlreichen Einzelfällen stärker als die Preise in der Privatwirtschaft heraufgesetzt worden sind, sind vielschichtig. Hinter den Preissteigerungen steht vielfach das Bemühen, Verluste weniger durch direkte Zuschüsse aus den Haushalten der Gebietskörperschaften abzudecken, als vielmehr über höhere Preise das Verhältnis von Kosten und Erträgen im öffentlichen Sektor zu verbessern. Die hohen Lohnsteigerungen in den letzten Jahren hatten die Kosten emporschnellen lassen. Leere öffentliche Kassen hatten*

Schaubild 21

ENTWICKLUNG STAATLICH ADMINISTRIERTER VERBRAUCHERPREISE IM ZYKLUS UND IM TREND[1)]
1970 = 100



1) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.– Die genannten Prozentsätze stellen die Jahresraten der Preissteigerungen in den betreffenden Zeiträumen dar.– Erläuterungen zu "staatlich administrierte Verbraucherpreise" siehe Anhang VII.

SR 76 0726

dann dazu gedrängt, mehr als in der Vergangenheit von den privaten Haushalten annähernd kostendeckende Preise zu fordern. Wie hoch kostendeckende Preise sein müssen, ist allerdings auch eine Frage der Produktivität. Noch sind die Zweifel derer nicht ausgeräumt, die im öffentlichen Sektor ungenutzte Produktivitätsreserven vermuten.

VI. Die Außenwirtschaft im Aufwind

Kräftige Ausweitung des Außenhandels

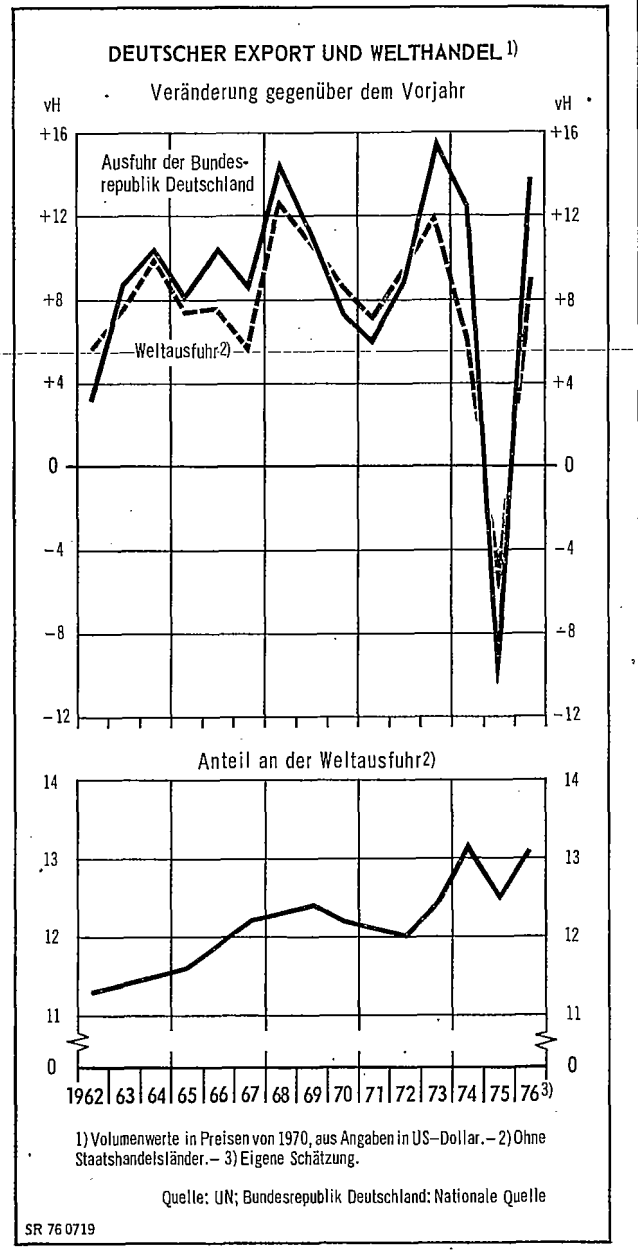
146. Der Außenhandel der Bundesrepublik expandierte 1976 unbeeinträchtigt von dem Geschehen auf den Devisenmärkten. Seit Mitte 1975, als die Rezession weltweit überwunden war, gewannen überall die Auftriebskräfte eine zunehmend breitere Basis. Der Welthandel weitete sich um etwa 9 vH aus. Die Bundesrepublik trug nicht unerheblich zur Kräftigung des weltweiten Aufschwungs bei; sie importierte in den ersten neun Monaten dieses Jahres dem Volumen nach 16 vH mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum, in dem die deutschen Importe trotz des Konjunkturtiefs ebenfalls noch angestiegen waren, wenn auch langsam. Andererseits profitierten auch die deutschen Exporteure von der internationalen Nachfragebelebung in ganz besonderem Maße. Die Exporte übertrafen bis zum Herbst 1976 das entsprechende Vorjahresergebnis um 14 vH. Diese Entwicklung ist um so bemerkenswerter, als im vergangenen Jahr noch Unsicherheit darüber bestand, ob sich nicht die internationale Wettbewerbsposition der deutschen Unternehmen verschlechtert habe. Denn erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik hatte die Ausfuhr 1975 real gesehen abgenommen; auch der Anteil am Welthandel war zurückgegangen (Schaubild 22). Inzwischen ist deutlich geworden, daß sich die deutschen Anbieter auf den internationalen Märkten nach wie vor gut behaupten.

Der Außenbeitrag, der Saldo aus dem Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland, wird in diesem Jahr etwas niedriger liegen als 1975. Er verringert sich nach unserer Schätzung um etwa 3½ Mrd DM auf rund 22 Mrd DM. Dies entspricht einem Anteil von knapp 2 vH am Sozialprodukt.

147. Die Entwicklung der Ausfuhr in einzelne Ländergruppen verlief zwar wie immer differenziert, doch war überall im Laufe des Jahres eine kräftige Belebung zu verspüren.

Die Länder der Europäischen Gemeinschaft, die fast die Hälfte des Exports der Bundesrepublik aufnehmen, importierten 1976 wieder kräftig, so daß die Lieferungen dorthin in den ersten neun Monaten 1976 um 22,9 vH höher ausfielen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Etliche europäische Länder, vor allem die Partner im europäischen Währungsverbund, halten an einem Wechselkurs fest, der die deutschen Exporte begünstigt. Anders als

Schaubild 22



früher in vergleichbaren Konjunkturphasen besteht dennoch Unsicherheit über die weitere Entwicklung unserer Ausfuhr, weil sich einige wichtige Handelspartner in Europa wegen immer noch zu hoher Inflationsraten und zunehmender Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu Stabilisierungsanstrengungen gezwungen sahen, die den konjunkturellen Aufschwung dort vorzeitig zum Stillstand bringen könnten.

Die ölexportierenden Länder weiteten ihre Importe aus der Bundesrepublik seit Mitte des Jahres wieder verstärkt aus, nachdem diese fast neun Monate auf hohem Niveau stagniert hatten. Diese Entwicklung dürfte auch damit zusammenhängen, daß die Finanzierungsspielräume für die OPEC-Länder 1975 wegen rückläufiger Öleinnahmen enger geworden waren, daß diese ihre Importe aber wieder ausdehnten, als ihnen höhere Einnahmen durch vermehrte Ölimporte der Industrieländer im Zuge der weltweiten Konjunkturbelebung zuflossen.

Für die nicht Erdöl exportierenden Entwicklungsländer waren die Folgen der durch die Ölkrise verursachten, außergewöhnlich starken Importverteuerungen auch 1976 noch nicht überwunden. Nur allmählich haben diese Länder im Verlauf des Jahres 1976 ihre Importe aus der Bundesrepublik wieder etwas erhöht; im Durchschnitt der ersten neun Monate waren unsere Exporte in diese Länder aber kaum höher als ein Jahr zuvor.

Die Lieferungen deutscher Exporteure in die Staatshandelsländer stagnieren seit Ende des Jahres 1974. Die Veränderung im politischen Klima hat hier offenbar nur vorübergehend die Bereitschaft erhöhen können, den Warenaustausch kurzfristig um mehr auszudehnen, als es die eigenen ökonomischen Möglichkeiten, das heißt auch die Verschuldungsgrenzen dieser Länder mittelfristig zulassen.

148. Die Einfuhr der Bundesrepublik, die sich im Jahre 1975 differenziert entwickelt hatte, zeigt in diesem Jahr einen kräftigen Anstieg bei allen Warengruppen.

Die Einfuhr von Maschinen, Kraftfahrzeugen und elektrotechnischen Erzeugnissen nahm wie schon 1975 auch in diesem Jahr am stärksten zu. Daneben aber führte die heimische Nachfrageexpansion und der damit verbundene Lageraufbau zu einem kräftigen Importzuwachs bei den Produkten, die wie Rohstoffe, Halbwaren und Vorerzeugnisse wegen der gedämpften Produktionstätigkeit im Inland bis Ende 1975 nur wenig gefragt waren.

Dem Werte nach übertraf die Einfuhr in den ersten neun Monaten 1976 das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums um 21,5 vH; dem Volumen nach entsprach dies einer Steigerung um 16 vH.

In der regionalen Zusammensetzung unserer Importe haben sich keine wesentlichen Änderungen ergeben. Überdurchschnittlich nahmen lediglich die Bezüge aus den Staatshandelsländern sowie aus Großbritannien und aus der Schweiz zu. Während es schon seit dem zweiten Vierteljahr 1976 zu verstärkten Lieferungen der Entwicklungsländer kam, stiegen die Öleinfuhren erst seit Mitte des Jahres kräftig an.

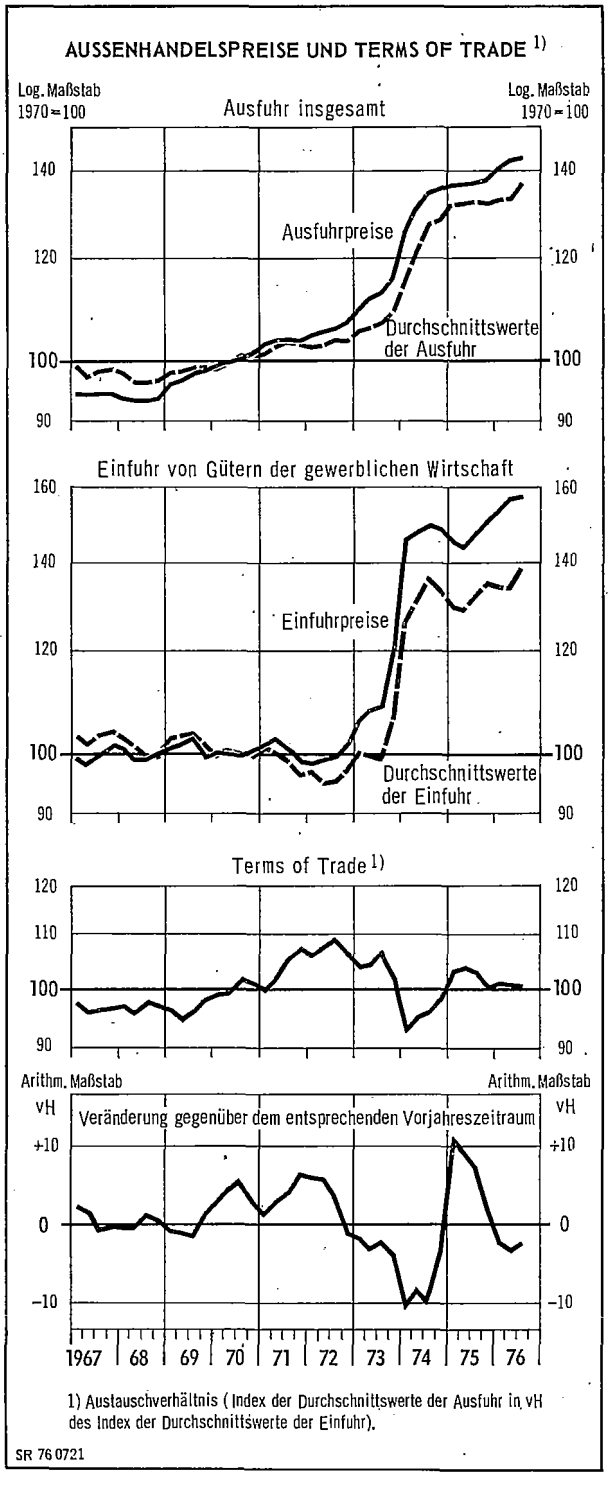
149. Der Überschuß der Handelsbilanz — der Saldo von Wareneinfuhr und Warenausfuhr — lag in den ersten neun Monaten 1976 um 3,4 Mrd DM unter dem Vorjahresergebnis. Er dürfte für das gesamte Jahr 1976 kaum höher als 1973 ausfallen; mit etwa 30 Mrd DM wäre er aber immer noch fast doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Jahre 1966 bis 1972.

150. Daß der Überschuß der Handelsbilanz nicht noch höher ausfiel, lag auch daran, daß die Einfuhrpreise stärker stiegen als die Ausfuhrpreise, sich also die sogenannten Terms of Trade wieder zuungunsten des Inlandes entwickelten. Die Ver-

schlechterung der Terms of Trade (Schaubild 23) ergab sich in erster Linie durch die im Zuge des weltweiten Konjunkturaufschwungs wieder ansteigenden Rohstoffpreise und die starke Verteuerung importierter Halbwaren. Die erheblichen Preisschwankungen bei diesen Gütern lassen sich weitgehend zurückführen auf ein vergleichsweise starres Angebot und starke zyklische Nachfrageschwankungen in den Industrieländern. Sie fallen daher um so höher aus, je größer der Konjunkturgleichschritt ist. Der Index der Einfuhrpreise lag im September um 7,7 vH über dem entsprechenden Vorjahresstand.

Der Index der Ausfuhrpreise hingegen war im September 1976 um 4,4 vH höher als im Jahr zuvor. Überdurchschnittlich stark hatten hier die Preise für Halbwaren und Investitionsgüter angezogen.

Schaubild 23



151. Das für die Bundesrepublik seit vielen Jahren übliche Defizit der Dienstleistungsbilanz fiel in diesem Jahr geringer aus. In den ersten neun Monaten 1976 war es mit 3,1 Mrd DM um rund 2 Mrd DM geringer als vor Jahresfrist. Vor allem das Defizit im Reiseverkehr ist erheblich zurückgegangen. Wie auch früher in Jahren einer geringen Expansion der Einkommen sind die Ausgaben für Auslandsreisen nicht mehr so rasch gestiegen. Lediglich im Winterreiseverkehr ergaben sich noch hohe Zuwachsraten. Hinzu kam, daß die Kapitalertragsbilanz, hauptsächlich wegen geringerer Zinsaufwendungen für im Ausland aufgenommene Kredite, bereits im ersten Halbjahr 1976 mit einem ebenso hohen Überschuß (rund 1 Mrd DM) abschloß wie im gesamten Jahr 1975.

152. Die Geldüberweisungen ausländischer Arbeitnehmer in ihre Heimatländer waren auch 1976 rückläufig, da wegen der schlechten Arbeitsmarktlage viele Ausländer als Arbeitslose weniger Geld zur Verfügung hatten oder in ihre Heimatländer abwanderten. Wegen des Anwerbestopps scheint die Fluktuation bei den ausländischen Arbeitskräften abzunehmen. Immer höher dürfte auch die Anzahl der Ausländer werden, die ihre Familie in Deutschland haben; das vermindert ebenfalls die Überweisungen (Tabelle 18). Gleichwohl wird die Höhe des Defizits der Übertragungsbilanz im ganzen kaum abnehmen, weil die staatlichen Zahlungen — in erster Linie die Übertragungen des Bundes an die Europäische Gemeinschaft — stark angestiegen sind.

Die Leistungsbilanz, in der der Waren- und Dienstleistungsverkehr mit den Übertragungen zusammengefaßt ist, wies in den ersten neun Monaten einen Überschuß von 4,4 Mrd DM auf. Für das ganze Jahr 1976 ist ein ähnlich hoher Überschuß wie 1975 zu erwarten.

Internationale Wettbewerbsfähigkeit durch hohe Aufwertung gefährdet?

153. Im Verlaufe des Jahres 1976 kam es zu einer kräftigen Höherbewertung der Mark gegenüber fast allen Währungen. Bis Ende Oktober ist der (gewogene) Außenwert der D-Mark um über 13 vH gegenüber dem Stand vom Jahresende 1975 gestiegen. Er lag damit in den Monaten Januar bis Oktober 1976 im Durchschnitt um rund 5 vH höher als im vergangenen Jahr. Die Aufwertung der D-Mark verlief indes während des Jahres nicht stetig; sie war auch unterschiedlich stark gegenüber den einzelnen Währungen (Ziffern 18, 168 ff.).

Tabelle 18

Zur Entwicklung der Zahlungsbilanz

Salden in Mio DM

Zeitraum	Leistungsbilanz					Kapitalbilanz			Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen [6]	Devisenbilanz [7]
				Übertragungsbilanz						
	insgesamt [1]	Handelsbilanz [2]	Dienstleistungsbilanz [3]	insgesamt [4]	darunter Überweisungen ausländischer Arbeitskräfte	insgesamt [5]	langfristiger Kapitalverkehr	kurzfristiger Kapitalverkehr		
1965	− 6 223	+ 1 203	− 1 049	− 6 377	−2 150	+ 2 142	+ 1 137	+ 1 005	+2 798	− 1 283
1966	+ 488	+ 7 958	− 1 175	− 6 295	−2 500	− 599	− 342	− 257	+2 063	+ 1 952
1967	+10 006	+16 862	− 434	− 6 422	−2 150	−11 848	− 2 930	− 8 918	+1 702	− 140
1968	+11 856	+18 372	+ 796	− 7 312	−2 150	− 6 125	−11 201	+ 5 076	+1 278	+ 7 009
1969	+ 7 498	+15 584	+ 664	− 8 750	−3 300	−18 679	−23 040	+ 4 361	+ 919	−14 361
1970	+ 3 183	+15 670	− 2 728	− 9 759	−5 000	+15 113	− 934	+16 047	+3 616	+22 650
1971	+ 3 081	+15 892	− 1 314	−11 497	−6 450	+10 616	+ 6 293	+ 4 323	+2 661	+10 989
1972	+ 2 474	+20 278	− 3 795	−14 009	−7 450	+12 015	+15 551	− 3 536	+1 201	+15 194
1973	+11 496	+32 979	− 5 641	−15 842	−8 450	+13 227	+12 950	+ 277	+1 705	+16 149
1974	+25 136	+50 846	− 9 357	−16 353	−8 000	−24 835	− 5 782	−19 053	−2 207	− 9 137
1975	+ 9 477	+37 276	−10 710	−17 089	−6 600	−11 708	−16 552	+ 4 844	+ 12	+ 3 261
1975 1. Vj.	+ 5 192	+10 555	− 1 598	− 3 765	−1 700	− 1 427	− 3 285	+ 1 858	+1 234	+ 4 999
2. Vj.	+ 1 817	+ 9 208	− 3 289	− 4 102	−1 600	− 6 682	− 5 261	− 1 421	+ 912	− 3 953
3. Vj.	− 1 095	+ 8 270	− 5 065	− 4 300	−1 700	+ 1 211	− 5 283	+ 6 494	−2 802	− 2 686
4. Vj.	+ 3 564	+ 9 243	− 757	− 4 922	−1 600	− 4 809	− 2 722	− 2 087	+ 666	+ 4 901
1976 1. Vj.	+ 3 395	+ 8 539	− 1 174	− 3 970	−1 500	+ 6 857	− 870	+ 7 727	− 471	+ 9 781
2. Vj.	+ 1 561	+ 7 671	− 1 575	− 4 535	−1 450	− 3 974	+ 220	− 4 194	−1 168	− 3 581
3. Vj.	− 552	+ 8 462	− 4 460	− 4 554	−1 550	+ 5 197	+ 2 802	+ 2 395 a)	−1 182 b)	+ 3 463

1) Einschließlich der hier nicht gesondert ausgewiesenen Ergänzungen zum Warenverkehr.
2) Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik; Einfuhr cif, Ausfuhr fob.
3) Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Fracht- und Versicherungskosten.
4) Eigene Leistungen: —.
5) Kapitalexport: —.
6) Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischen Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten).
7) der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank einschließlich der deutschen Reserveposition im IWF und der Sonderziehungsrechte (Zunahme: +).
a) Ohne Handelskredite.
b) Einschließlich Handelskredite.

Quelle: Deutsche Bundesbank

154. Trotz dieser kräftigen Aufwertung sind die Exporte stark gestiegen. Zu fragen ist freilich, ob und inwieweit die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf dem Weltmarkt von der Aufwertung des Wechselkurses der D-Mark beeinträchtigt wird. Die Veränderung des (gewogenen) Aufwertungssatzes allein sagt noch nichts darüber aus. Die Kosten- und Preisentwicklung bei uns wie bei unseren Handelspartnern muß mit ins Bild gerückt werden. Aber auch wenn man das tut, ist eine ganz kurzfristige, auf die jeweils aktuelle Entwicklung abstellende Beobachtung zur Abschätzung der Wettbewerbssituation der deutschen Unternehmen im internationalen Rahmen nicht hinreichend. Kurzfristige Wechselkursbewegungen hängen vielfach vom Tagesgeschehen ab und sind nicht notwendigerweise von den mittelfristigen Unterschieden in der Preis- und Kostenentwicklung der einzelnen Länder bestimmt. Über solche kurzfristigen Ausschläge der Wechselkurse helfen Kurssicherungs-

geschäfte, zeitliche Verschiebungen der Aufträge, die Stabilität traditioneller Lieferbeziehungen und die Pufferfunktion der Gewinne hinweg.

155. Die Wettbewerbsfähigkeit für den Durchschnitt der Unternehmen eines Wirtschaftssektors zu bestimmen, ist keine leichte Aufgabe. Nicht nur die Preise, sondern auch Faktoren wie Lieferfähigkeit, Angebotssortiment, Qualität und Service entscheiden darüber, wie konkurrenzfähig Unternehmen auf dem Weltmarkt sind. Daher läßt sich die Wettbewerbsfähigkeit nicht in einer einzigen Zahl ausdrücken. Setzt man sich darüber hinweg, weil man annehmen darf, daß die Höhe der Preise eine besondere Bedeutung für die Konkurrenzfähigkeit eines Unternehmens oder eines Wirtschaftsbereiches besitzt, so muß doch im Bild bleiben, daß die erzielten Preise bereits das Resultat aus Angebot und Nachfrage darstellen. Können Anbieter im Wettbewerb nämlich nicht die Preise durchsetzen, die der Kostenentwicklung entsprechen, so spiegeln die erzielten Preise mehr Wettbewerbsfähigkeit vor, als sich wegen der Gewinnkompression auf Dauer aufrechterhalten läßt. Umgekehrt können hohe Preise, die nicht mit der Entwicklung der Kosten zusammenhängen, eine gute Marktstellung signalisieren.

156. Dies würde es nahelegen, zur Bestimmung der Wettbewerbssituation anstatt eines Vergleichs der Preisentwicklung einen Vergleich der Kostenentwicklung vorzunehmen. Dazu müßte man auf die Stückkosten (Kosten je Produkteinheit) zurückgreifen. In ihnen sind bereits Unterschiede in der Produktivitätsentwicklung eingefangen, die für die Wettbewerbsfähigkeit von Belang sind. Ein solcher Vergleich scheitert aber daran, daß es keine Zeitreihen zur Veränderung der gesamten Stückkosten gibt. Man muß sich infolgedessen auf die Betrachtung der mit Abstand wichtigsten Kostenkomponente, der Lohnkosten, beschränken. Will man in die Untersuchung möglichst viele unserer wichtigen Handelspartner einbeziehen, so kann man allerdings nur die Veränderung der Lohnstückkosten (Lohnkosten je Produkteinheit) in der Gesamtwirtschaft zum Vergleich heranziehen, da nur für wenige Länder Zahlen über die Entwicklung der Lohnkosten in der Industrie zur Verfügung stehen. Nun ist aber nicht ausgemacht, daß die Lohnstückkostenentwicklung in der Gesamtwirtschaft genügend repräsentativ ist für die des Exportsektors; immerhin zeigen aber Vergleichsrechnungen für die Bundesrepublik und sechs wichtige Industrieländer, für die entsprechende Zahlen verfügbar sind, daß auf mittlere Sicht die Entwicklung der Lohnstückkosten in der Industrie, die für den Exportsektor eher repräsentativ sein dürfte, zwar nicht ganz parallel zu der Veränderung der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft verläuft, daß jedoch die Abweichungen bei uns und in diesen Ländern in die gleiche Richtung gehen. Damit ist aber noch nicht der Einwand ausgeräumt, daß die Unterschiede in der Veränderung der anderen Kostenkomponenten, die die Entwicklung der Gesamtkosten je Produkteinheit mitbestimmen, nicht überall die gleichen sein müssen wie die Unterschiede in der Veränderung der Lohnstückkosten. Dieser Faktor fällt allerdings um so weniger ins Gewicht, je größer der Anteil der Lohnkosten an den Gesamtkosten ist, wobei es vor allem darauf ankommt, daß die Entwicklung der Lohnstückkosten möglichst für die Veränderung aller Kosten stehen kann, die sich — anders etwa als die Kosten für international gehandelte Rohstoffe — von Land zu Land unterschiedlich verändern.

157. Da also ein einfacher internationaler Vergleich weder der Preise noch der Kosten eine abschließende Aussage hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit unserer Exporteure erlaubt, scheint es zweckmäßig, als zusätzliches Indiz die Stellung unserer Exporteure auf dem Weltmarkt heranzuziehen. Denn auf mittlere Sicht müßten zu hohe Preise und zu hohe Löhne die Absatzchancen unserer Exporteure mindern, niedrige sie verbessern. Allerdings schlagen sich in den Veränderungen des Anteils auf den internationalen Märkten auch konjunkturelle Faktoren und Integrationseffekte nieder. Zudem würde dieser Indikator eine Verschlechterung der Wettbewerbssituation erst mit Verspätung anzeigen. Aus diesen Veränderungen allein Rückschlüsse auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Exportbereichs einer Wirtschaft ziehen zu wollen, würde demnach auch nicht ausreichen.

158. Dies alles muß gesehen werden, will man sich ein angemessenes Urteil über die durchschnittliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure anhand empirischer Vergleiche bilden. In Tabelle 19 und Schaubild 24 werden solche Vergleiche auf der Basis vorstehender Überlegungen für den Zeitraum von 1962 an versucht.

Die Lohnstückkosten in der Bundesrepublik sind in der Zeit von 1962 bis 1968 längst nicht so stark gestiegen wie im Ausland. Damit hat sich — auch bei Berücksichtigung der in diesem Zeitraum nur geringfügigen Wechselkursänderungen — gleichsam eine reale Abwertung der D-Mark (auf Basis der Lohnkosten) ergeben (Tabelle 19 Spalte 9). Dies läßt auf eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in diesem Zeitraum schließen. Die Außenhandelspreise der Bundesrepublik sind im gleichen Zeitraum — unter Berücksichtigung der Wechselkursveränderungen — allerdings nahezu ebenso stark gestiegen wie im Ausland. Die reale Bewertung der D-Mark (auf Basis der Ausfuhrpreise) [1]) blieb also praktisch unverändert (Tabelle 19, Spalte 8). Der Unterschied weist darauf hin, daß sich die Gewinnsituation im Außenhandel damals wohl deutlich gebessert hat, also möglicherweise ein Wettbewerbsvorsprung entstand, wenngleich auch nicht ganz in dem von der realen Abwertung (auf Lohnkostenbasis) angedeuteten Ausmaß, weil sich

[1]) Bei dem internationalen Preisvergleich ist man auf die in diesem Zusammenhang nicht voll befriedigenden Durchschnittswerte der Ausfuhr angewiesen, die annäherungsweise die Preisentwicklung bei den Exporten wiedergeben. Nur in ganz wenigen Ländern außer der Bundesrepublik wird ein Ausfuhrpreisindex ermittelt, in den die Preise bei Abschluß der Außenhandelsgeschäfte (Kontraktpreise) eingehen.

Tabelle 19

Zur realen Bewertung der D-Mark

Jahr	Exportpreise [1]			Lohnkosten [2]			Gewogene Wechselkursentwicklung der D-Mark [4]	Reale Bewertung [3] der D-Mark auf	
	Ausland [4]	Bundesrepublik Deutschland	Preisdifferenz (1)—(2) [5]	Ausland [4]	Bundesrepublik Deutschland	Lohnkostendifferenz (4)—(5) [5]		Preisbasis (7)—(3) [5]	Kostenbasis (7)—(6) [5]
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH		
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
1962	.	.	.	+ 5,7	+ 6,3	−0,6	+0,5	.	+ 1,1
1963	+ 1,0	+ 1,2	− 0,2	+ 6,4	+ 3,8	+2,5	+0,4	+0,6	− 2,0
1964	+ 2,1	+ 0,9	+ 1,2	+ 5,1	+ 2,5	+2,5	+0,3	−0,9	− 2,1
1965	+ 1,4	+ 2,2	− 0,8	+ 4,9	+ 4,4	+0,5	−0,5	+0,3	− 1,0
1966	+ 1,5	+ 1,8	− 0,3	+ 5,0	+ 4,6	+0,4	+0,1	+0,4	− 0,3
1967	+ 0,5	− 0,4	+ 0,9	+ 3,9	+ 0,3	+3,6	+0,3	−0,6	− 3,2
1968	+ 0,1	− 0,3	+ 0,4	+ 3,9	+ 0,1	+3,8	+1,2	+0,8	− 2,5
1969	+ 3,9	+ 2,6	+ 1,3	+ 5,6	+ 4,2	+1,3	+2,9	+1,6	+ 1,6
1970	+ 6,1	+ 2,7	+ 3,3	+ 7,3	+11,2	−3,5	+8,5	+5,0	+12,4
1971	+ 3,1	+ 2,5	+ 0,6	+ 8,6	+10,0	−1,3	+2,8	+2,2	+ 4,2
1972	+ 2,0	+ 0,7	+ 1,3	+ 7,2	+ 6,1	+1,0	+2,0	+0,7	+ 1,0
1973	+10,3	+ 3,5	+ 6,6	+ 9,6	+ 8,0	+1,5	+9,7	+2,9	+ 8,1
1974	+28,2	+15,0	+11,5	+14,7	+ 9,2	+5,0	+4,9	−5,9	− 0,1
1975 [6]	+ 8,9	+ 7,2	+ 1,6	+17,6	+ 7,8	+9,1	+0,3	−1,3	− 8,1
1976 [6]	+ 8,2	+ 2,3	+ 5,8	+ 7,8	+ 2	+5,7	+7,8	+1,9	+ 2,0

[1] Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr, 1970 = 100; in nationaler Währung.
[2] Bruttoeinkommen aus unselbständiger Beschäftigung je Einheit des realen Bruttosozialprodukts; in nationaler Währung.
[3] Reale Aufwertung: +; reale Abwertung: —.
[4] Belgien—Luxemburg, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Niederlande, Vereinigte Staaten, Kanada, Japan, Österreich, Norwegen, Schweden, Schweiz, zusammengewogen mit den jeweiligen Anteilen am Außenhandelsumsatz der Bundesrepublik Deutschland; für 1976 zusammengewogen mit den Anteilen am Außenhandelsumsatz der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1975.
[5] Berechnung durch Verknüpfung.
[6] Spalten (4) und (5) Schätzung des DIW, übrige Angaben eigene Schätzung.

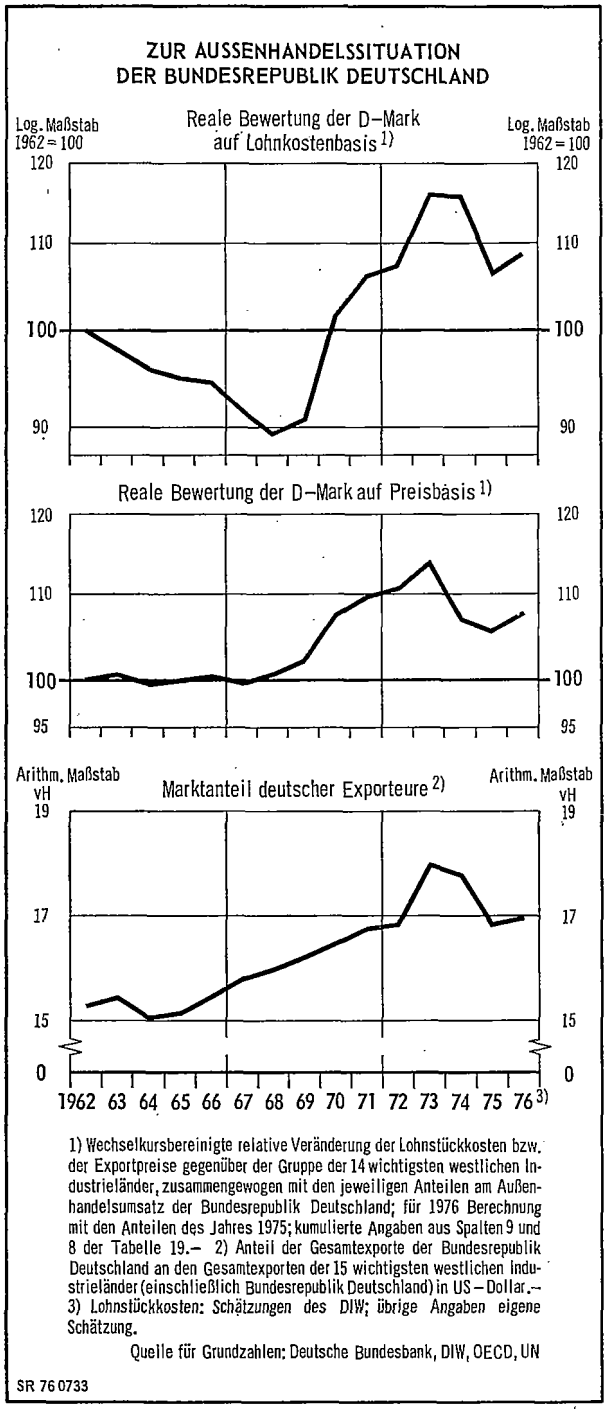
Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank, DIW, OECD, UN

andere Kosten nicht so entwickelt haben mögen. Insbesondere kann man vermuten, daß der reale Wechselkurs (auf Lohnkostenbasis) Wettbewerbsvorteile wie Wettbewerbsnachteile überzeichnet, weil die Veränderung der Rohstoffkosten meist allen Ländern gemeinsam ist. Der Marktanteil unserer Exporteure ist in diesem Zeitraum zunächst unverändert geblieben, hat sich dann aber ab 1966 mit dem starken konjunkturellen Abschwung zunehmend verbessert (Schaubild 24).

159. Der Wettbewerbsvorsprung, der sich bis 1968 wohl herausgebildet hatte, wurde in den folgenden Jahren durch die Lohnkostenexplosion in der Bundesrepublik im Verbund mit der permanenten Aufwertung der D-Mark stark abgebaut und verwandelte sich — verglichen mit dem Ausgangsjahr 1962 — in einen Wettbewerbsnachteil. Von 1969 bis 1973 stiegen die Lohnstückkosten in der Bundesrepublik — gemessen in den Währungen unserer Handelspartner — in jedem Jahr stärker als bei unseren Handelspartnern. Das gleiche, allerdings abgeschwächt, gilt auch für die Entwicklung der Ausfuhrpreise der Bundesrepublik, ebenfalls gemessen in den Währungen unserer Handelspartner. Insgesamt gesehen kam es zu einer kräftigen realen Höherbewertung der D-Mark (auf Kostenbasis wie auch auf Preisbasis).

Trotz dieser deutlichen realen Höherbewertung der D-Mark konnten unsere Exporteure in diesem Zeitraum in etwa den Marktanteil halten, ja leicht steigern, den sie bis zum Ende der Phase der deutlichen Unterbewertung der D-Mark hatten erobern können. Im Jahre 1973 kam es dann zu einem starken Anschwellen unseres Exportanteils; dies hängt zweifellos zusammen mit der sehr frühzeitigen Re-

Schaubild 24



1) Wechselkursbereinigte relative Veränderung der Lohnstückkosten bzw. der Exportpreise gegenüber der Gruppe der 14 wichtigsten westlichen Industrieländer, zusammengewogen mit den jeweiligen Anteilen am Außenhandelsumsatz der Bundesrepublik Deutschland; für 1976 Berechnung mit den Anteilen des Jahres 1975; kumulierte Angaben aus Spalten 9 und 8 der Tabelle 19.– 2) Anteil der Gesamtexporte der Bundesrepublik Deutschland an den Gesamtexporten der 15 wichtigsten westlichen Industrieländer (einschließlich Bundesrepublik Deutschland) in US-Dollar.– 3) Lohnstückkosten: Schätzungen des DIW; übrige Angaben eigene Schätzung.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank, DIW, OECD, UN

SR 76 0733

striktionspolitik in der Bundesrepublik, die ein Konjunkturgefälle zum Ausland schuf, das die deutschen Exporteure zu verstärkten Exportanstrengungen veranlaßte. Dies wirkte weit in das Jahr 1974 hinein, da im Zusammenhang mit der Ölkrise deutsche Exporte stark nachgefragt wurden. Die weltweite Rezession hat hier wieder zu einer Normalisierung geführt, zunächst sogar darüber hinaus.

160. In der realen Bewertung der D-Mark hat sich nach 1973 eine deutliche Korrektur ergeben. Der Anstieg der Löhne und Preise in der Bundesrepublik war — gemessen in den Währungen unserer Partner — bis zur Jahresmitte 1976 deutlich geringer als im Ausland. Es kam zu einer realen Abwertung. Erst die starke Höherbewertung der D-Mark an den Devisenmärkten seit dem Frühjahr hat diese Entwicklung gestoppt und bewirkt, daß erneut eine leichte reale Aufwertung der D-Mark die Folge war.

161. Berücksichtigt man überdies die Faktoren, die neben dem Preis die Wettbewerbsfähigkeit bestimmen, so ist wohl festzustellen, daß die deutschen Exporteure zumindest nicht schlechter dastehen, als ihre Konkurrenten aus anderen Ländern.

Die Chancen für die Exporteure in der Bundesrepublik sind günstig, wenn auch nicht mehr so ausgezeichnet wie in der zweiten Hälfte der 60er Jahre. Die notwendige Korrektur der damaligen Unterbewertung der D-Mark hat dies mit sich gebracht. Diese Korrektur war aber 1971 oder spätestens 1972 abgeschlossen. Mitte 1976 standen die deutschen Exporteure im internationalen Vergleich von der Kostenseite her zumindest nicht schlechter da als 1971 und von der Preisseite war ihre Position eher noch günstiger. Auch die Stellung der Exporteure auf dem Weltmarkt war ähnlich stark wie damals.

In jüngster Zeit ist der Wettbewerb auf inländischen und ausländischen Märkten für die deutschen Unternehmen mit der kräftigen Höherbewertung der D-Mark wieder härter geworden, denn die Aufwertung ging über das hinaus, was von der Preis- und Kostenentwicklung her wettbewerbsneutral gewesen wäre.

Direktinvestitionen: Kein nennenswerter Export von Arbeitsplätzen

162. Beschäftigungsprobleme im Innern bei steigenden Direktinvestitionen im Ausland haben die Sorge aufkommen lassen, mit den Direktinvestitionen könne ein Export von Arbeitsplätzen verbunden sein. Im Jahre 1975 hatten deutsche Unternehmen anders als in den Jahren zuvor erheblich mehr im Ausland investiert als ausländische Unternehmen im Inland; der Saldo bei den Direktinvestitionen hatte sich auf 2,7 Mrd DM belaufen (Tabelle 20). [1]) Auch 1976 dürfte bei den Direktinvestitionen der Kapitalexport durch deutsche Unternehmen überwiegen, obwohl die ausländischen Direktinvestitionen in der Bundesrepublik nach dem starken, wohl nicht zuletzt konjunkturell bedingten Rückgang 1975 im bisherigen Verlauf des Jahres wieder deutlich höher ausgefallen sind.

163. In der Vergangenheit hatten deutsche Unternehmen in den Vereinigten Staaten nur in bescheі-

[1]) Diese Aussage stützt sich auf die Statistik der Direktinvestitionen, die anhand der Meldungen nach der Außenwirtschaftsverordnung erstellt wird. Die Daten sind mit denen der Zahlungsbilanzstatistik nicht voll vergleichbar. Hier wird für 1975 nur ein Saldo von 1,6 Mrd DM bei den Direktinvestitionen ausgewiesen.

Tabelle 20

Zur Entwicklung der Direktinvestitionen

Ende des Zeitraums	Deutsche Direktinvestitionen im Ausland			Ausländische Direktinvestitionen im Inland		Saldo (2)—(5)
	Bestand [1]	Zugang [2]	Relation [3]	Bestand [4]	Zugang [2]	
	Mio DM		vH	Mio DM		
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
1961	4 110	+ 948	*1,1*	(296) [a]	+(296) [a]	×
1962	4 956	+ 846	*0,9*	1 687	+1 391	− 544
1963	6 071	+1 115	*1,1*	3 190	+1 504	− 388
1964	7 205	+1 134	*1,0*	5 195	+2 005	− 871
1965	8 317	+1 112	*0,9*	7 744	+2 549	−1 437
1966	9 995	+1 678	*1,3*	10 628	+2 885	−1 207
1967	12 057	+2 062	*1,8*	14 518	+3 890	−1 828
1968	14 349	+2 292	*1,8*	16 767	+2 249	+ 44
1969	17 618	+3 269	*2,2*	18 871	+2 104	+1 165
1970	21 113	+3 495	*1,9*	21 600	+2 729	+ 766
1971	23 781	+2 668	*1,3*	25 586	+3 986	−1 319
1972	26 597	+2 816	*1,3*	29 314	+3 729	− 912
1973	32 235	+5 638	*2,5*	35 442	+6 901	−1 263
1974	36 765	+4 530	*2,0*	39 926	+4 484	+ 46
1975	41 992	+5 227	*2,4*	42 454	+2 528	+2 699
1975 1. Hj.	39 204	+2 439	*2,4*	40 859	+ 933	+1 506
1976 1. Hj.	44 743	+2 752	*2,5*	44 347	+1 893	+ 859

[1] Bestand aus Zugängen seit 1952.
[2] Zugang gegenüber dem vorangegangenen Zeitraum.
[3] Anteil des Zugangs an den Bruttoanlageinvestitionen im Inland.
[4] Bestand aus Zugängen seit 1961.
a) Meldepflicht besteht erst seit dem 1. September 1961.

Quelle: BMWi

denem Maße investiert, wahrscheinlich deshalb, weil wegen der langanhaltenden Überbewertung des US-Dollar gegenüber der D-Mark Direktinvestitionen zu teuer waren. Insofern kann von einem gewissen Nachholbedarf an deutschen Direktinvestitionen dort gesprochen werden. Die Direktinvestitionen in den Vereinigten Staaten haben inzwischen die Spitzenposition unter den Auslandsanlagen deutscher Investoren eingenommen. Im Jahre 1975 übertrafen sie erstmals die allerdings stark rückläufigen Engagements amerikanischer Investoren in der Bundesrepublik. Auch in Großbritannien haben deutsche Unternehmen in jüngster Zeit mehr direkt investiert als britische Unternehmen hierzulande. Dafür dürfte allerdings weniger die starke Pfundabwertung als vielmehr die Integration Großbritanniens in den gemeinsamen Markt ausschlaggebend gewesen sein.

164. Die Auslandsinvestitionen insgesamt beliefen sich in den vergangenen drei Jahren auf 2 vH bis 2½ vH der inländischen Anlageinvestitionen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß unsere Statistik bislang die Auslandsaktivität deutscher Unternehmen nur unvollkommen abbildet; sie berücksichtigt nicht die reinvestierten Gewinne und, zumindest nicht vollständig, Investitionen, die über internationale Kapitalmärkte finanziert wurden [1]). Schon von der Größenordnung her kann von einem nennenswerten „Export von Arbeitsplätzen" nicht die Rede sein.

Das Schwergewicht der Auslandsinvestitionen lag eindeutig in den Industrieländern; fast 50 vH unserer Anlagen im Ausland entfielen allein auf Frankreich, die Schweiz, die Vereinigten Staaten, Belgien/Luxemburg und Kanada. Der auf Entwicklungsländer entfallende Anteil stagniert trotz der zunehmenden Bedeutung Brasiliens als Anlageland seit Jahren bei unter 30 vH; ohne Brasilien und Spanien

[1]) Durch die 35. Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung vom 3. April 1976 ist die Meldepflicht erweitert worden. Einmal im Jahr haben heimische Unternehmen nunmehr auch den Bestand und ausgewählte Positionen der Zusammensetzung des Auslandsvermögens zu melden, wobei auch die mittelbare Beteiligung als Vermögen gezählt wird. Eine entsprechende Meldepflicht gilt für ausländische Vermögen im Bundesgebiet.

(hier ist vor allem für den Fremdenverkehr investiert worden) gerechnet, belief er sich auf nur etwa 13½ vH. Die erwähnte Unternehmensbefragung des Deutschen Industrie- und Handelstages (Ziffer 96) belegt, daß bei der Standortwahl in den wachstumsstarken und exportintensiven Branchen wie der Chemie, der Elektrotechnik und des Maschinenbaus, die den größten Teil der Direktinvestitionen vornehmen, die Absatzorientierung im Vordergrund steht und daß Kostenüberlegungen, mögen sie auch inzwischen an Bedeutung gewonnen haben, dahinter weit zurückstehen. Für das große Gewicht der Investitionen im Ausland, die unabhängig vom relativen Standortvorteil vorgenommen werden, spricht auch, daß die Wirtschaftsbereiche mit den höchsten Direktinvestitionen im Ausland zugleich auch die Bereiche sind, in denen Ausländer bei uns die meisten Mittel angelegt haben, sieht man einmal von der Mineralölverarbeitung ab, die bei den ausländischen Investitionen im Inland vorn liegt.

165. Da die Erschließung und die Sicherung von Märkten offenbar Haupttriebfedern der Auslandsinvestitionen sind, ist anzunehmen, daß dadurch Arbeitsplätze im Inland eher gesichert denn vernichtet werden. Die Exportchancen verbessern sich direkt, wenn im Ausland Vertriebsorganisationen und Kundendienstnetze aufgebaut werden. Sie dürften sich aber auch dann verbessern, wenn zur Erschließung des Marktes Produktionsstätten im Ausland errichtet werden, weil so eher auf die jeweiligen Marktbesonderheiten eingegangen werden kann und damit die Lieferungen aus den inländischen Betrieben gesteigert oder die Bezüge von Zulieferern aus dem Inland erhöht werden können.

Daneben gibt es auch in konsumnahen Branchen Auslandsinvestitionen, die aus verschlechterten Standortbedingungen im Inland resultieren. Sie können in einer Phase gesamtwirtschaftlicher Unterbeschäftigung auf kurze Sicht Probleme mit sich bringen. Verlagerung einfacher Arbeiten in ausländische Produktionsstätten können aber auch einen positiven Beschäftigungseffekt im Inland haben, denn dadurch wird unter Umständen erst ermöglicht, daß die inländische Produktion aufrechterhalten wird.

Kapitalverkehr im Zeichen neuer Währungsunruhen

166. Der Saldo der Leistungsbilanz und der Saldo der Kapitalbewegungen, die beide notwendigerweise gleich groß sind, waren 1976 nicht allein von den Marktkräften bestimmt. Die Bundesbank hat im Rahmen ihrer Interventionspflicht gegenüber den Partnerländern im europäischen Währungsverbund in großem Umfang Devisen angekauft, und damit dem Ausland Kredite gewährt. Der Druck auf den Wechselkurs aus dem Devisenangebot wurde so zu einem Teil von der Bundesbank aufgefangen.

167. In den Mittelpunkt des Interesses rücken meist die Kapitalströme, die kurzfristig besonders stark auftreten oder als Einzelposten ein besonders großes Gewicht an der gesamten Kapitalbewegung besitzen. Im Jahre 1974 waren dies die Handelskredite der Unternehmen, die in engem Zusammenhang mit dem Exportboom standen, 1975 die zinsinduzierten Kapitalexporte der Banken bei längeren Fristigkeiten; 1976 bestimmten die kurzfristigen Kapitalzuflüsse, die von den Währungsunsicherheiten ausgelöst wurden, das Bild.

168. Beim Kapitalverkehr der Banken und Unternehmen lassen sich für die ersten zehn Monate dieses Jahres drei Abschnitte deutlich unterscheiden.

Von Januar bis April 1976 führten der Kursverfall des englischen Pfundes und der italienischen Lira sowie die Spekulation um den französischen Franken zu starken Kapitalzuflüssen in die Bundesrepublik; allein der Nettokapitalimport der deutschen Banken betrug in diesen Monaten 4,5 Mrd DM. Hinzu kam der Kapitalimport der Unternehmen, die im gleichen Zeitraum wegen sinkender Zinsen für Euro-D-Mark fast 2 Mrd DM mehr Kredite im Ausland aufnahmen, als sie zugleich an Krediten dem Ausland gewährten. Auch die Veränderung bei den Handelskrediten der Unternehmen führte über eine Veränderung der Zahlungsziele per Saldo zu Kapitalimporten.

Die Bundesbank versuchte, die Spekulation durch Interventionen auf den Devisenmärkten zu entmutigen. Insgesamt kaufte sie im Rahmen der Interventionen zugunsten von Währungen im Festkursverbund Devisen in einem Gegenwert von 10 Mrd DM an. Doch obwohl allein zur Intervention gegenüber dem französischen Franken gut 5 Mrd DM abgegeben wurden, war dieser gegen die Marktkräfte bei sich selbstverstärkender Spekulation nicht in der Schlange zu halten. Der Außenwert der D-Mark entwickelte sich gegenüber den frei schwankenden Währungen von Januar bis April uneinheitlich; gegenüber dem US-Dollar blieb der Kurs weitgehend unverändert, dagegen verloren Pfund und Lira in der Spitze jeweils bis zu 16 vH und 23 vH an Wert gegenüber der D-Mark.

169. Eine ruhigere Phase in der Währungspolitik war die Zeit von Mai bis Juli. Die Kapitalströme kehrten sich um; bei den Banken überwogen die Kapitalexporte ebenso wie bei den Unternehmen, die bei wieder anziehenden Zinsen am Euro-Markt wie vor der Jahreswende 1975 Kredite zurückzahlten. Die Bundesbank konnte ihre Devisenbestände um etwa 4 Mrd DM abbauen. Die öffentliche Hand nutzte diese Zeit, um Schuldscheine im Ausland unterzubringen; das führte zu einem Kapitalimport von 3 Mrd DM.

170. Von Anfang August an waren die Währungen in der Schlange erneut spekulativen Kapitalbewegungen ausgesetzt; auch Pfund, Franken und Lira ebenso wie der Dollar wurden in Mitleidenschaft gezogen. Es entstand eine ganz ähnliche Situation wie zu Beginn des Jahres. Die Bundesbank mußte erneut in erheblichem Ausmaß intervenieren; der Kursverfall der frei schwankenden Währungen setzte sich fort.

Am 8. Oktober 1976 setzten die Regierungen und Notenbanken der im Währungsverbund zusammengeschlossenen Länder die Interventionspunkte für ihre Währungen neu fest. Die D-Mark wurde gegenüber dem holländischen Gulden und dem belgischen Franken um 2 vH, gegenüber der norwegischen und schwedischen Krone um 3 vH und gegenüber der dänischen Krone um 6 vH aufgewertet. Nach diesem Realignment konnten die Kurse der Währungen des Floating-Blocks in den folgenden Wochen ohne größere Eingriffe der Notenbanken im vereinbarten Band gehalten werden.

171. Die Banken legten in diesem Jahr weit weniger als 1975 längerfristige Gelder auf ausländischen Märkten an. Hierin zeigt sich zum einen, daß das Risiko weiterer Anlagen am Euro-Markt wohl nicht mehr ganz durch entsprechend höhere Zinsen aufgewogen wird. Andererseits wurde aber der Zwang zur Geldanlage im Ausland für die Banken dadurch gemindert, daß sich mit dem beginnenden Aufschwung im Inland die heimische Kreditnachfrage wieder belebte.

Bei den privaten Wertpapiertransaktionen betrug der Nettokapitalimport in den ersten neun Monaten 2,3 Mrd DM, gegenüber einem Kapitalexport von 3,4 Mrd DM im vergangenen Jahr. Insgesamt ergab sich im privaten langfristigen Kapitalverkehr, auch beeinflußt von der Aufwertungstendenz der D-Mark, in den Monaten Januar bis September ein Überschuß der Kapitalimporte über die Kapitalexporte in Höhe von rund 2,2 Mrd DM, verglichen mit einem Defizit von 13,8 Mrd DM im gleichen Vorjahreszeitraum.

VII. Geldpolitik: Zentralbankgeldmenge kräftig ausgeweitet

172. Die Bundesbank hatte 1976, wie schon im vergangenen Jahr, dafür zu sorgen, daß die erwünschte konjunkturelle Erholung nicht von der monetären Seite behindert würde. Gleichzeitig sollte die Geldpolitik die im Verlauf der Rezession erzielten stabilitätspolitischen Erfolge nicht nur sichern, sondern auf weitere Fortschritte bei der Inflationsbekämpfung ausgerichtet sein.

173. Im Dezember 1975 erklärte der Zentralbankrat eine Zunahme der Zentralbankgeldmenge im Durchschnitt des Jahres 1976 gegenüber dem Durchschnitt des Jahres 1975 um 8 vH mit dem Ziel der Geldpolitik für vereinbar (Tabelle 21).

Die Bundesbank wies gleichzeitig darauf hin, daß dies nur erreicht werden könnte, wenn das Tempo der monetären Expansion im Verlauf dieses Jahres deutlich verlangsamt würde; denn die (bereinigte) Zentralbankgeldmenge war im letzten Vierteljahr 1975 unerwartet kräftig ausgeweitet worden (Schaubild 25).

Wie groß die Bereitschaft der Notenbank sein mußte, gegebenenfalls marktbedingte Erhöhungen der Zentralbankgeldbestände der Wirtschaft zu kom-

Tabelle 21

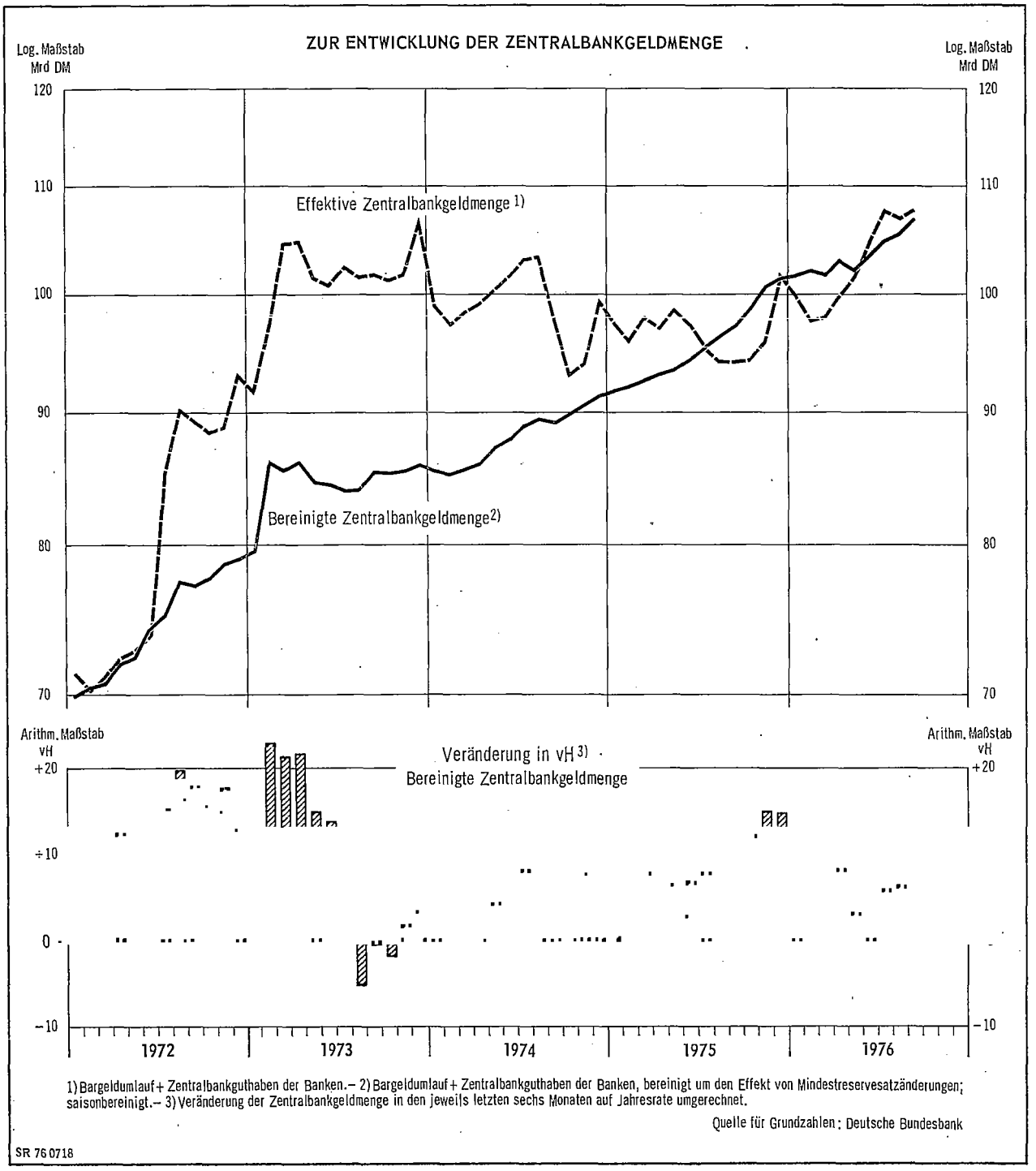
Maßnahmen der Deutschen Bundesbank

Datum	
1975	
11. September	Mit Wirkung vom 12. September werden der Diskontsatz und der Lombardsatz noch einmal um einen halben Prozentpunkt herabgesetzt. Außerdem werden vom 1. Oktober an die Rediskontkontingente der Kreditinstitute um 3 Mrd DM erhöht.
23. Oktober	Die Bundesbank stellt ihre Stützungskäufe am Rentenmarkt ein. Seit Ende Juni 1975, als sie die konsequente Kursstützung öffentlicher Anleihen aufnahm, hat die Bundesbank für rund 7,5 Mrd DM Papiere von Bund, Bahn und Post gekauft.
18. Dezember	Der Zentralbankrat beschließt, die Geldpolitik 1976 so zu führen, daß von der monetären Seite her die Voraussetzungen für eine Fortführung des sich abzeichnenden Konjunkturanstiegs gegeben sind. Mit dieser Zielsetzung erscheint der Bundesbank eine Zunahme der Zentralbankgeldmenge im Durchschnitt des Jahres 1976 gegenüber dem Durchschnitt des Jahres 1975 um 8 vH vereinbar.
Dezember	Die Bundesbank stimmt gemäß § 17 BBankG der zeitweiligen Anlage von überschüssigen Guthaben des Bundes bei der Bundesbank am Geldmarkt zu.
1976	
18. März	Die Bundesbank senkt die Verkaufszinssätze für Finanzierungs-Schätze des Bundes (nicht rückgabefähige Unverzinsliche Schatzanweisungen, die an inländische Privatpersonen und Unternehmen abgegeben werden) mit Wirkung vom 22. März 1976.
4. Mai	Die Mindestreservesätze für alle reservepflichtigen Verbindlichkeiten der Kreditinstitute werden rückwirkend ab 1. Mai um 5 vH und mit Wirkung ab 1. Juni um weitere 5 vH erhöht. Dadurch wird Zentralbankgeld in Höhe von 4 Mrd DM gebunden.
29. Juni	Die Bundesbank bietet ab 1. Juli Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes, die nicht vor Fälligkeit zurückgenommen werden, mit Laufzeiten von 1 Jahr bis 2 Jahren zu erhöhten Zinssätzen an.

pensieren, ohne das selbstgesteckte Mengenziel zu überschreiten, wird besonders deutlich, wenn man berücksichtigt, daß die Kreditinstitute am Anfang dieses Jahres mit freien Liquiditätsreserven — in erster Linie unausgenutzte Refinanzierungsspielräume — in Höhe von 15 Mrd DM ausgestattet waren; rund 3 Mrd DM davon hatte die Bundesbank noch im September 1975 den Kreditinstituten eingeräumt. Hinzu kam dann bald die Aufgabe, auch noch für Devisenzuflüsse einen Ausgleich zu finden.

174. Bereits im Spätsommer 1976 zeigte sich, daß Respekt vor gegebenen Bedingungen die Fähigkeit der Notenbank in Frage stellt, nötigenfalls rechtzeitig kompensierend einzugreifen, wenn aus einzelnen Quellen zuviel Zentralbankgeld fließt. Die Bundesbank erklärte ihr selbstgestecktes Geldmengenziel für nicht mehr realisierbar. Im Durchschnitt der ersten neun Monate 1976 übertraf die bereinigte Zentralbankgeldmenge den entsprechenden Vorjahreswert um fast 10 vH (Tabelle 22).

Schaubild 25



1) Bargeldumlauf + Zentralbankguthaben der Banken. – 2) Bargeldumlauf + Zentralbankguthaben der Banken, bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen; saisonbereinigt. – 3) Veränderung der Zentralbankgeldmenge in den jeweils letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

SR 76 0718

Tabelle 22

Zur Entwicklung der Zentralbankgeldmenge [1]

Zeitraum	Entstehung (+), bzw. Vernichtung (−) von Zentralbankgeld durch Änderung der					Zusammen	Bereinigte Zentralbankgeldmenge [6]		
	Währungsreserven [2]	Refinanzierungskredite an Banken [3]	Kreditgewährung an den Staat [4]	Wertpapierbestände der Bundesbank	Sonstigen [5]		Ursprungswerte	saisonbereinigt [7]	Veränderung der Ursprungswerte in vH [8]
	Bestand in Mrd DM								
Durchschnitt 1974	89,89	12,61	− 4,84	0,44	0,75	98,85	88,03	×	+ 4,0
Jahresende 1974	81,40	15,41	− 2,86	0,48	5,16	99,59	94,63	91,34	+ 6,3
Durchschnitt 1975	82,48	8,03	− 3,26	2,79	6,63	96,67	95,60	×	+ 8,6
Jahresende 1975	79,20	7,71	− 1,05	7,96	8,14	101,96	104,73	101,33	+10,7
Durchschnitt Jan—Sep 1976	96,19	9,50	− 3,88	6,64	− 5,77	102,68	103,32	103,41	+ 9,8
	Veränderung gegen Vormonat in Mio DM								
1975 Januar	+ 900	−1 816	−1 753	− 74	+ 586	−2 157	−2 337,3	+ 648	+ 7,8
Februar	+2 100	−4 021	− 202	− 64	+ 622	−1 565	−1 550,0	+ 264	+ 8,1
März	+1 700	− 273	+1 044	+ 3	− 334	+2 140	+2 176,9	+ 608	+ 9,1
April	−1 500	−1 911	+1 914	− 3	+ 489	−1 011	− 830,3	+ 379	+ 7,3
Mai	−1 600	+ 918	+2 543	− 20	− 160	+1 681	+1 665,7	+ 383	+ 7,8
Juni	− 600	+ 428	−2 242	− 14	+1 110	−1 318	+ 672,4	+ 854	+ 7,0
Juli	−1 100	−1 801	+ 609	+ 716	− 537	−2 113	+2 040,9	+1 169	+ 7,5
August	−1 200	−2 590	− 393	+1 594	+1 515	−1 074	+ 514,7	+ 823	+ 7,7
September	− 100	+3 810	−4 929	+2 256	−1 057	− 20	+ 2,0	+ 867	+ 8,8
Oktober	+ 500	−2 440	− 220	+2 103	+ 174	+ 117	+ 103,9	+1 617	+10,1
November	− 100	+ 868	− 544	+ 989	+ 433	+1 646	+1 620,8	+1 673	+10,9
Dezember	−1 200	+1 128	+5 989	− 1	+ 125	+6 041	+6 027,3	+ 817	+10,7
1976 Januar	+ 100	− 180	− 808	− 14	−1 172	−2 074	−2 180,0	+ 361	+11,1
Februar	+1 000	−1 470	−1 178	− 156	− 309	−2 113	−2 069,2	+ 335	+10,7
März	+5 000	− 233	−3 125	− 807	− 611	+ 224	+ 193,1	− 377	+ 8,4
April	+2 600	−1 343	+ 420	− 450	+ 566	+1 793	+1 816,9	+1 268	+11,3
Mai	−1 900	+ 816	+3 496	− 110	− 550	+1 752	− 197,0	− 853	+ 9,1
Juni	−1 200	+4 593	+ 81	− 96	+ 96	+3 474	+1 277,9	+1 460	+ 9,7
Juli	− 400	+5 958	− 905	− 95	−1 910	+2 648	+2 579,8	+1 200	+10,0
August	+1 700	−1 577	− 640	− 73	− 143	− 733	− 638,0	+ 578	+ 8,8
September	+2 000	+2 011	−3 222	− 745	+ 510	+ 554	+ 623,6	+1 525	+ 9,4
Oktober	+3 100	−2 072	+2 433	− 806	...	...	...	...	...

[1] In der Abgrenzung des Sachverständigenrates: Bargeldumlauf und Zentralbankguthaben der Banken.
[2] Veränderung der Auslandsforderungen der Bundesbank unter Berücksichtigung des Ausgleichspostens zu anderen als transaktionsbedingten Veränderungen der Währungsreserven (hauptsächlich Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten und Änderungen des DM-Wertes der Währungsreserven aufgrund von Paritätsänderungen).
[3] Saldiert mit dem Bestand an Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren im Besitz der Banken.
[4] Kredite und Forderungen der Bundesbank an öffentliche Haushalte abzüglich Einlagen (einschließlich Sondereinlagen) öffentlicher Haushalte.
[5] Unter anderem Einlagen von Nichtbanken bei der Bundesbank.
[6] Bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen.
[7] Saisonbereinigung nach dem Census-Verfahren II, Version X — 11.
[8] Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Quelle für Deutsche

Kompensationsaufgabe nicht gelöst

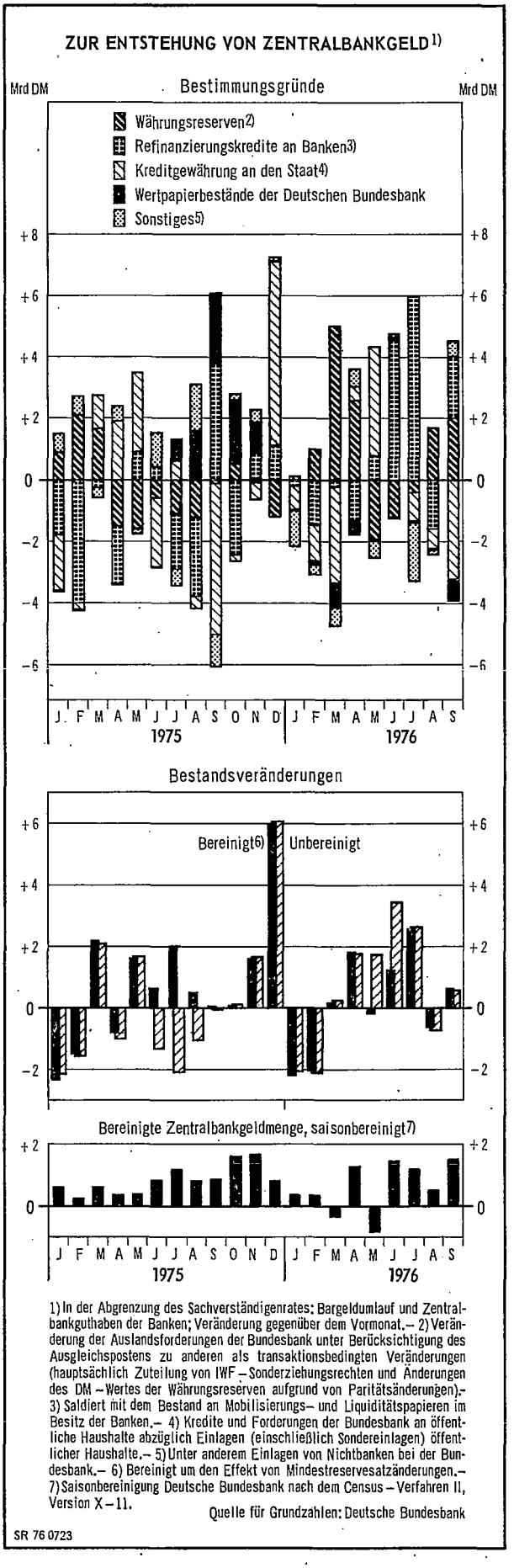
175. Aus Sorge, eine stärkere Nutzung des vorgegebenen Finanzierungsspielraums könnte unerwünscht früh zu steigenden Zinsen führen und die konjunkturelle Erholung behindern, hatte die Bundesbank im Verlauf des letzten Vierteljahres 1975 eine kräftige Ausweitung der Zentralbankgeldmenge zugelassen, so daß diese am Jahresende bereits um 6 vH über dem Jahresdurchschnitt 1975 lag. Die Kreditexpansion war so kräftig gewesen, daß sich die Bundesbank gegen Jahresende sogar gedrängt sah, beim Liquiditätsausgleich der Banken aktiv mitzuhelfen. Dabei waren allerdings besondere Umstände im Spiel. Der Staat hatte in den letzten Monaten des Jahres 1975 Kredite auf Vorrat aufgenommen, mehr als er zur Finanzierung restlicher Ausgaben im alten Jahr noch brauchte; die Bundesbank stimmte zu, als der Bund überschüssige Zentralbankguthaben kurzfristig am Geldmarkt anlegen wollte [1]). Auf diese Weise floß nicht allein das Geld ins Bankensystem zurück, das zur Finanzierung von öffentlichen Ausgaben verwendet wurde, sondern auch die vorzeitig aufgenommenen Mittel. Insgesamt wurden im letzten Vierteljahr 1975 mehr als 5 Mrd DM Zentralbankgeld durch die Transaktionen des Staates geschaffen. Die Kreditinstitute brauchten daher trotz der gestiegenen Kreditnachfrage nur in vergleichsweise bescheidenem Ausmaß auf die Refinanzierung bei der Bundesbank zurückzugreifen.

176. Im neuen Jahr ging das Expansionstempo der Zentralbankgeldmenge zunächst programmgemäß deutlich zurück. Nach der Währungskrise im März sah sich die Bundesbank jedoch vor neuen Schwierigkeiten. Sie mußte versuchen, die Liquiditätswirkungen ihrer Interventionen an den Devisenmärkten zu neutralisieren (Ziffern 166 ff.). Jetzt kam ihr zugute, daß die Schuldenpolitik des Bundes nicht allein vom fiskalischen Interesse beherrscht war. Mit einer weiterhin auf Vorrat ausgerichteten Kreditaufnahme und der Rückführung der zeitweilig am Geldmarkt angelegten überschüssigen Mittel auf Zentralbankkonten unterstützte die Finanzpolitik in aller Stille die Bemühungen der Bundesbank um Kompensation des durch die hohen Devisenzuflüsse geschaffenen Zentralbankgeldes (Schaubild 26). Als glücklicher Umstand kam hinzu, daß die Steuereingänge unerwartet kräftig ausfielen. Insgesamt haben die Nettoguthaben des Bundes und der Länder bei der Notenbank von Januar bis April 1976 um mehr als 4½ Mrd DM zugenommen. Die Expansion der bereinigten Zentralbankgeldmenge beschränkte sich während der ersten vier Monate dieses Jahres — trotz des Ankaufs von Devisen im Wert von 8½ Mrd DM — auf insgesamt 1½ vH.

Währenddessen konnten die Banken ihre freien Liquiditätsreserven noch einmal kräftig aufstocken.

[1]) Gemäß § 17 BBankG sind Bund und Länder grundsätzlich dazu verpflichtet, ihre Kassenüberschüsse bei der Bundesbank zu halten. Abweichend von diesem Grundsatz kann die Bundesbank einer anderweitigen Anlage überschüssiger Mittel zustimmen.

Schaubild 26



1) In der Abgrenzung des Sachverständigenrates: Bargeldumlauf und Zentralbankguthaben der Banken; Veränderung gegenüber dem Vormonat. – 2) Veränderung der Auslandsforderungen der Bundesbank unter Berücksichtigung des Ausgleichspostens zu anderen als transaktionsbedingten Veränderungen (hauptsächlich Zuteilung von IWF – Sonderziehungsrechten und Änderungen des DM – Wertes der Währungsreserven aufgrund von Paritätsänderungen). – 3) Saldiert mit dem Bestand an Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren im Besitz der Banken. – 4) Kredite und Forderungen der Bundesbank an öffentliche Haushalte abzüglich Einlagen (einschließlich Sondereinlagen) öffentlicher Haushalte. – 5) Unter anderem Einlagen von Nichtbanken bei der Bundesbank. – 6) Bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. – 7) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census – Verfahren II, Version X – 11.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

SR 76 0723

Der Zentralbankrat hat damals gleichwohl keine Beschlüsse zum Abbau dieser Reserven gefaßt, vielleicht weil solche Beschlüsse als Zeichen für den Übergang zu einer restriktiven Politik hätten mißverstanden werden können. Es war aber bereits abzusehen, daß die Bereitschaft der Notenbank, eine unerwünschte Expansion der Geldbasis zu neutralisieren, bald gefordert sein würde; denn es war damit zu rechnen, daß die öffentlichen Haushalte früher oder später über die bei der Bundesbank angesammelten Guthaben verfügen mußten.

177. Außer von der Sorge, falschen Anschein zu erwecken, mag die Vorliebe für die geräuschlose und nur vorläufige Stillegung von überschüssigem Zentralbankgeld auch von der Unsicherheit bestimmt gewesen sein, ob es nicht möglicherweise bald zu Devisenrückflüssen kommen würde. Die Bundesbank hat sich mit ihrer abwartenden Haltung allerdings einer guten Gelegenheit begeben, die Refinanzierungsspielräume, insbesondere die Rediskontkontingente, die sie den Banken vom Herbst 1974 an in reichem Maße zugestanden hatte, zu kürzen und so die Steuerbarkeit der Zentralbankgeldmenge im Aufschwung zu verbessern. Denn viel sprach dafür, daß die Kürzung der Refinanzierungsspielräume der Banken schwieriger werden würde, wenn der Devisenzustrom infolge der Währungskrise im März als unmittelbarer Anlaß erst aus dem Blickfeld der Betroffenen geraten war.

178. Auf die angesammelten Guthaben bei der Bundesbank griff der Bund im April 1976 zurück, als er wegen der angespannten Lage am Rentenmarkt keine neuen Anleihen auflegen wollte (Ziffer 194). Wie zu erwarten war, verbesserte sich die Liquiditätslage der Banken in unerwünscht starkem Ausmaß; obgleich die Kreditinstitute von März bis April ihre Verschuldung bei der Notenbank um 1,4 Mrd DM abgebaut hatten, verfügten sie noch über 1 Mrd DM Überschußreserven. Die Maßnahmen der Bundesbank zur Neutralisierung der expansiven Wirkung, die mit dem Ausgeben der vom Staat bei der Notenbank angesammelten Gelder verbunden war, fielen nunmehr geräuschvoller aus — und wurden deshalb ausdrücklich mit dem Hinweis versehen, daß damit nur der im Dezember 1975 angekündigte Kurs gesichert werden sollte: Der Zentralbankrat erhöhte Anfang Mai die Mindestreservesätze rückwirkend ab 1. Mai um 5 vH und mit Wirkung vom 1. Juni um weitere 5 vH. Durch diese Maßnahmen sollten rund 4 Mrd DM Zentralbankgeld gebunden werden.

Die Kreditinstitute dürften von der Reservesatzerhöhung kaum überrascht worden sein. Auch für den Beobachter der Szene war — angesichts der labilen Lage, in der sich der Kapitalmarkt befand, und in Anbetracht der Menge, die es zu kompensieren galt — außer Zweifel, daß eine Abschöpfung von Zentralbankgeld über Offenmarktverkäufe langfristiger öffentlicher Titel durch die Bundesbank nicht in Betracht kam.

179. Klein waren die Refinanzierungsspielräume der Banken überdies noch immer nicht. Eine beschleunigte monetäre Expansion kam in Gang. Obgleich Anfang Juni 1976 die zweite Stufe der Anfang Mai beschlossenen Erhöhung der Mindestreservesätze wirksam wurde, stieg die — um den Mengeneffekt von Reservesatzänderungen bereinigte — Zentralbankgeldmenge wieder kräftig an. Über zusätzliche Refinanzierungskredite an die Banken, die mit rund 10½ Mrd DM in den Monaten Juni und Juli weit über das hinausgingen, was die mindestreservepolitischen Maßnahmen an Zentralbankgeld banden, erreichten die Zentralbankgeldbestände früh ein Niveau, das nicht mehr wesentlich überschritten werden durfte, wenn das für 1976 verkündete Geldmengenziel eingehalten werden sollte.

180. Ab August kam erschwerend hinzu, daß die Bundesbank mit Rücksicht auf ihre Interventionsverpflichtungen im europäischen Währungsverbund wieder in beträchtlichem Umfang Devisen ankaufen mußte. Bereits im September resignierte sie vor der Aufgabe, ihr selbstgestecktes Geldmengenziel dieses Mal zu erreichen.

181. Sicherlich können die Anforderungen an die Kompensationsbereitschaft der Bundesbank bei anhaltendem Interventionsbedarf an den Devisenmärkten schnell das vertretbare Maß überschreiten. Unstreitig ist auch, daß die einmal eingeräumten Refinanzierungsmöglichkeiten der Banken ohne unmittelbaren und offensichtlichen Anlaß nicht drastisch gekürzt werden können, wenn unerwünscht restriktive Wirkungen vermieden werden sollen. Auf kurze Sicht kann es also gelegentlich notwendig werden, den angestrebten monetären Expansionspfad zu verlassen; das mag zufälligerweise auch am Ende eines Kalenderjahres vorkommen, so daß die Geldpolitik ihr selbstgestecktes Ziel formal verletzt. Über einige Monate gesehen muß jedoch der Expansionspfad eingehalten werden, der zu dem verkündeten Jahresziel paßt, wenn Konsumenten und Investoren, Arbeitgeber und Arbeitnehmer den monetären Expansionsspielraum, den die Bundesbank als Ziel der monetären Politik eines Jahres bekanntgibt, als Datum ernstnehmen sollen.

182. *Nicht von der Hand zu weisen ist freilich, daß der konsequente Versuch, die unerwünschten Devisenzuflüsse zu kompensieren, die Aufgabe, die Wechselkurse im europäischen Währungsverbund zu korrigieren, zu einem früheren Zeitpunkt hätte unausweichlich werden lassen.*

Die Lage der Geldpolitik war aber, wie schon erörtert, in diesem Jahr auch deshalb so schwierig, weil die Bundesbank im vergangenen Jahr die Refinanzierungsspielräume kräftig erhöht hatte. Als im September 1975 die Rediskontkontingente heraufgesetzt wurden, verfügten die Banken schon über 13 Mrd DM freie Liquiditätsreserven. Eine solche Maßnahme paßt nicht zum Konzept der Geldmengensteuerung. Gewiß, die einzelne Bank mag es für die Ausweitung ihres Kreditgeschäfts als hilfreich ansehen, wenn sie glaubt, davon ausgehen zu können, daß sie sich gegebenenfalls zusätzliches Zentralbankgeld durch Ausschöpfen ihrer Rediskontkontingente beschaffen kann. Allerdings, gegenüber der Gesamtheit aller Banken macht sich die Notenbank unglaubwürdig, wenn die offenen Rediskontkontingente höher sind als der geplante

Zuwachs der Zentralbankgeldmenge. In jedem Fall riskiert die Notenbank Vertrauensverluste,

- *— wenn sie später die versprochenen Rediskontkontingente kürzt, um ihr Geldmengenziel nicht zu gefährden;*
- *— wenn sie ihr erklärtes Geldmengenziel verletzt, um den versprochenen Refinanzierungskredit nicht streichen zu müssen.*

Die Konsequenz aus diesen Überlegungen kann nur sein, daß die Variation von Rediskontkontingenten kein gutes Instrument der Geldpolitik ist. Rediskontkontingente mögen ihren Sinn haben, weil man die Banken hinsichtlich ihres Liquiditätsausgleichs nicht vollständig auf den Geldmarkt oder auf die Möglichkeit verweisen will, gegebenenfalls Überschußreserven zu halten. Knapp gehalten werden müßten sie jedoch, es sei denn, man entschlösse sich, eine konsequent dem Geldmengenziel untergeordnete Diskontpolitik zu treiben, die dann allerdings viel flexibler als bisher gehandhabt und von ihrem Signal- und Leitzinscharakter befreit werden müßte. Vermutlich würde sich dann sogar zeigen, daß Rediskontkontingente unter solchen Bedingungen entbehrlich sind.

183. Die Offenmarktpolitik, im Prinzip das zentrale Instrument einer mengenorientierten Geldpolitik, spielte 1976 eine bedeutende Rolle.

Im vergangenen Jahr hatte die Bundesbank erstmals im größeren Umfang langfristige Wertpapiere am offenen Markt gekauft, zwar nicht allein in der Absicht, auf diese Weise Zentralbankgeld in Umlauf zu bringen, sondern in erster Linie um die Zinsentwicklung am Rentenmarkt zu beeinflussen. Sie stellte ihre Interventionspolitik jedoch ein, als der durch ihr Geldmengenziel gegebene Spielraum voll genutzt war.

In diesem Jahr setzte die Bundesbank die Offenmarktpolitik vor allem zur Steuerung der Zentralbankgeldmenge ein. Immer dann, wenn es die Lage am Kapitalmarkt erlaubte, verkaufte sie langfristige Wertpapiere aus eigenen Beständen. Bis zum Oktober 1976 hat die Bundesbank für fast 3½ Mrd DM Wertpapiere verkauft; das ist fast die Hälfte der in der Rentenmarktkrise vom vergangenen Jahr zu niedrigen Kursen angekauften Papiere. Wenn das im Hinblick auf das Ausmaß des Kompensationsbedarfs auch nicht viel war, so zeigt sich doch, daß die Bundesbank der Offenmarktpolitik im Konzept der Geldmengensteuerung stärkeres Gewicht beimißt.

Einen weiteren Schritt in diese Richtung machte die Bundesbank Anfang November, als sie erstmals kürzerfristige Schatzanweisungen im Ausschreibungsverfahren anbot.

Nach wie vor reichlicher Finanzierungsspielraum

184. Zunächst wurden die Ausgabepläne der Verbraucher und Investoren finanziert, ohne daß die Zentralbankgeldbestände im gleichen Ausmaß wie die gesamtwirtschaftlichen Ausgaben erhöht wurden. Finanzierungsreserven waren zu Jahresbeginn nicht nur deshalb reichlich vorhanden, weil die Bundesbank im letzten Vierteljahr 1975 die Zentralbankgeldmenge über das angestrebte Maß hinaus hatte ansteigen lassen (Ziffer 175); Finanzierungsreserven waren auch schon zuvor, während der Rezession, in Form einer ungewöhnlich hohen Kassenhaltung entstanden.

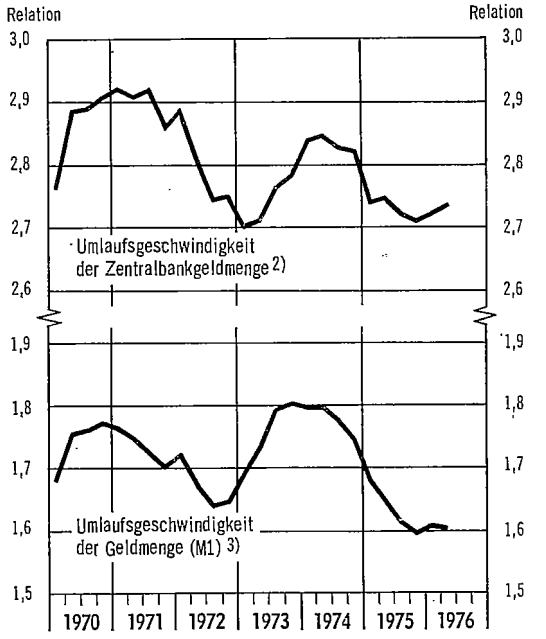
185. Wie stark die reichliche Versorgung mit Geld und Geldvermögen zu einer Wiederbelebung der Ausgabeneigung der privaten Haushalte und Unternehmen beitrug, ist allerdings ungewiß. Es scheint, daß es zu einem deutlichen Umschwung erst kam, nachdem sich aus anderen Gründen die Einkommensaussichten der Verbraucher und die Absatzerwartungen der Produzenten verbessert hatten.

In diesem Frühstadium des konjunkturellen Aufschwungs wurden vorhandene Kassenbestände aufgelöst und entweder direkt zum Kauf von Gütern verwendet oder an jene zinsbringend ausgeliehen, die ihre Ausgaben mit Krediten finanzieren wollten. Auf diese Weise ging die mittlere Kassenhaltungsdauer etwas zurück — anders ausgedrückt, die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes stieg leicht an (Schaubild 27).

Die Tendenz hielt jedoch nicht an. Mit der kräftigen Expansion der Zentralbankgeldmenge, die im Frühsommer dieses Jahres einsetzte, entfiel offenbar der Antrieb für eine weitere Einschränkung der Kassenhaltungsdauer.

Schaubild 27

ZUR ENTWICKLUNG
DER UMLAUFSGESCHWINDIGKEIT[1] DES GELDES



1) Relation Bruttosozialprodukt zur Zentralbankgeldmenge bzw. zur Geldmenge (M 1), errechnet aus saisonbereinigten Zahlen. – 2) Zentralbankgeldmenge, bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. – 3) Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute) + Sichteinlagen (ohne Zentralbankeinlagen der öffentlichen Haushalte).

Quelle für saisonbereinigte Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

SR 760709

Das gleiche zeigt sich, wenn man die Umlaufsgeschwindigkeit auf der Basis der Zentralbankgeldmenge errechnet. Der Anstieg dieser Relation im ersten Halbjahr hat sich im weiteren Jahresverlauf nicht mehr fortgesetzt. Im Durchschnitt dieses Jahres dürfte die Umlaufsgeschwindigkeit ihren Vorjahresstand deshalb kaum übersteigen, gleichviel ob man sie auf der Basis der Zentralbankgeldmenge oder der Geldmenge M 1 errechnet. Darin schlägt sich nieder, daß trotz der sicherlich größer gewordenen Ausgabeneigung der Unternehmen und privaten Haushalte deren Neigung zum Halten von Geldvermögen nach wie vor auf hohem Niveau blieb. Eine verstärkte Bereitschaft zum Investieren hätte weniger Geldkapitalbildung erlaubt (an Mitteln zur Selbstfinanzierung fehlte es nicht) und hätte bei gegebener Zentralbankgeldmenge zwar zugleich ein geringeres Kreditvolumen der Banken bedingt, wegen des Einkommenseffekts zusätzlicher Ausgaben aber auch weniger Kreditbeziehungen nötig gemacht. Hier liegen daher für den Fortgang des Aufschwungs noch erhebliche Finanzierungsreserven, auch wenn sich die monetäre Expansion nicht im bisherigen Tempo fortsetzt.

186. Die wachsende Kreditnachfrage der Privaten kam zu dem noch hohen Finanzbedarf des Staates hinzu. In den ersten neun Monaten dieses Jahres gewährten die Banken Kredite im Wert von 61,9 Mrd DM; fast zwei Drittel davon liehen sie Unternehmen und Privatpersonen. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres konnten sie ihr Kreditgeschäft nur um 37,2 Mrd DM ausweiten, damals waren mehr als drei Viertel der Neuausleihungen Kredite an öffentliche Haushalte.

Die Expansion der privaten Kreditnachfrage war in diesem Jahr immer noch bestimmt vom Bemühen der Unternehmen, ihre Schulden zu konsolidieren. Das kurzfristige Kreditgeschäft der Banken mit Unternehmen und Privatpersonen war zwar nicht mehr rückläufig, es stagnierte aber bis zum Frühsommer. Erst neuerdings stieg auch die Nachfrage der Privaten nach kurzfristigen Bankkrediten wieder kräftiger an, im Verlauf der Monate Juni bis September mit einer Jahresrate von 15,9 vH.

187. Die Geldkapitalbildung war gegenüber 1975 fast unvermindert stark. Vom Herbst 1975 an bis zum Frühsommer 1976 nahmen die Sichtverbindlichkeiten der Banken nur noch verlangsamt zu, während Termineinlagen und Spargelder wieder stärker stiegen. Hoch war auch wieder das Mittelaufkommen bei den Banken aus dem Absatz von Bankschuldverschreibungen. In den ersten neun Monaten dieses Jahres setzten die Kreditinstitute für 28½ Mrd DM Schuldverschreibungen ab. Aus dem Verkauf von Sparbriefen, die zwar niedriger verzinslich sind als Bankschuldverschreibungen, dafür aber frei vom Kursrisiko, kamen im gleichen Zeitraum 6,5 Mrd DM auf.

Durch die Umschichtung der Bankpassiva zu Lasten der täglich fälligen Einlagen wird die Kreditgewährungsbereitschaft der Banken angeregt. Zudem wird weniger Zentralbankgeld in der Mindestreserve gebunden, weil die Reservesätze für Termin- und Spareinlagen niedriger sind als die für Sichteinlagen. Deshalb können die Banken wie bei einer allgemeinen Senkung der Mindestreservesätze auf der Basis einer bestimmten Menge Zentralbankgeldes mehr Kredite gewähren.

188. In der Entwicklung des Geldvolumens vom Herbst 1975 bis zum Frühsommer 1976 spiegeln sich die Änderungen in der Fristenstruktur der Bankeinlagen wider. Das Expansionstempo der Geldmenge im engeren Sinne, Bargeld und Sichtguthaben privater Nichtbanken (M 1), das gemessen als Zuwachs in den jeweils letzten sechs Monaten (hochgerechnet auf Jahresrate) im Herbst 1975 auf 20 vH angestiegen war, ist im Verlauf der Frühjahrsmonate 1976 auf 4 vH zurückgegangen. Gleichzeitig ist die entsprechende Zuwachsrate des Geldvolumens M 2, das außer Bargeld und Sichteinlagen noch Termingelder mit einer Befristung bis unter 4 Jahre einschließt, von −4 vH auf +5 vH angestiegen.

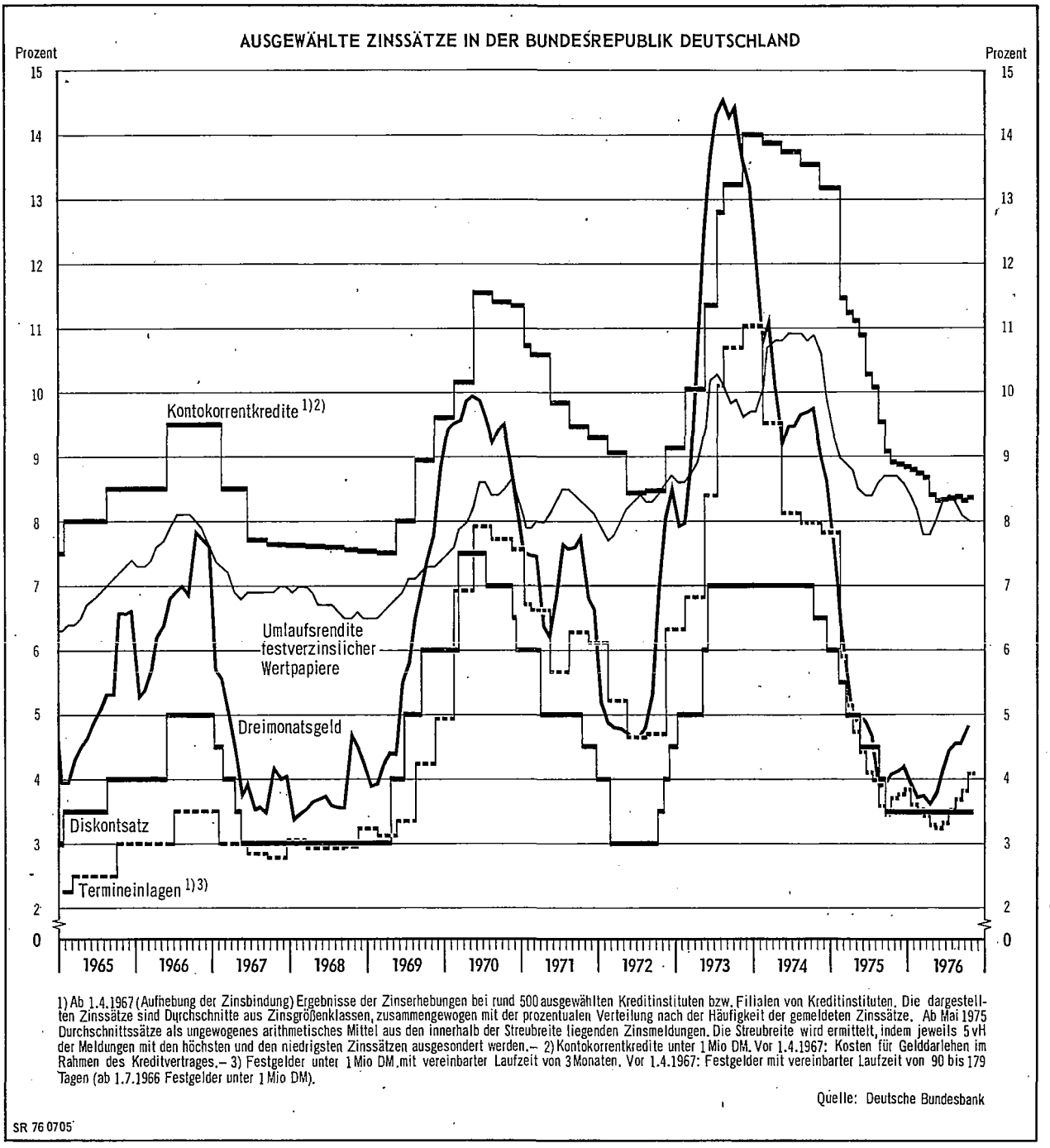
Während der Sommermonate spielte eine solche Aktivierung ungenutzter Kassenbestände eine geringere Rolle. Alle Bankeinlagen nahmen während dieser Zeit etwa gleich kräftig zu. Die Geldmenge M 3 — das ist M 2 zuzüglich der Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist —, deren Entwicklung von Veränderungen in der Zusammensetzung der Bankeinlagen nicht so stark abhängt, nahm in den vier Monaten Mai bis August mit einer Jahresrate von 13 vH zu, nachdem sie in den ersten vier Monaten dieses Jahres mit einer Jahresrate von 3½ vH angestiegen war.

Im September war die Entwicklung der Geldmenge wieder stärker von Veränderungen in der Zusammensetzung der Bankeinlagen bestimmt; die Geldmenge M 1 ging leicht zurück, trotzdem stieg die Geldmenge M 3 wegen der kräftigen Zunahme der Termineinlagen und Spargelder weiter an.

189. Die Tendenz zur Senkung der Bankzinsen, die 1974 eingesetzt hatte, war im Sommer 1976 vorübergehend ins Stocken geraten (Schaubild 28). Im Juni 1976 hoben die Kreditinstitute die Zinsen sogar an, und zwar sowohl die Einlagenzinsen als auch die Ausleihzinsen. Im Juli 1976 waren Hypothekenkredite mit 7,82 % durchschnittlicher Effektivverzinsung zwar merklich billiger als in den Jahren zuvor, gegenüber dem Tiefstand im April und Mai dieses Jahres hatten sie sich aber wieder leicht verteuert. Wesentlich niedriger als noch im Sommer 1975, aber wieder im Steigen begriffen, waren auch die Zinsen für Kontokorrentkredite und Wechseldiskontkredite der Banken. Besonders kräftig wurden die Zinsen für kurzlaufende Festgelder heraufgesetzt; gegenüber April und Mai 1976 wurden sie teilweise um mehr als einen halben Prozentpunkt erhöht. Mittlerweile hat sich die Zinsentwicklung wieder beruhigt; eine Wende nach unten ist vorerst allerdings noch nicht zu erkennen.

190. Wie in der vorangegangenen Zeit folgten die Bankzinsen damit im wesentlichen der Entwicklung der Kapitalmarktrenditen, die im Mai 1976 angezogen hatten und seit August wieder rückläufig sind

Schaubild 28



1) Ab 1.4.1967 (Aufhebung der Zinsbindung) Ergebnisse der Zinserhebungen bei rund 500 ausgewählten Kreditinstituten bzw. Filialen von Kreditinstituten. Die dargestellten Zinssätze sind Durchschnitte aus Zinsgrößenklassen, zusammengewogen mit der prozentualen Verteilung nach der Häufigkeit der gemeldeten Zinssätze. Ab Mai 1975 Durchschnittssätze als ungewogenes arithmetisches Mittel aus den innerhalb der Streubreite liegenden Zinsmeldungen. Die Streubreite wird ermittelt, indem jeweils 5 vH der Meldungen mit den höchsten und den niedrigsten Zinssätzen ausgesondert werden. – 2) Kontokorrentkredite unter 1 Mio DM. Vor 1.4.1967: Kosten für Gelddarlehen im Rahmen des Kreditvertrages. – 3) Festgelder unter 1 Mio DM mit vereinbarter Laufzeit von 3 Monaten. Vor 1.4.1967: Festgelder mit vereinbarter Laufzeit von 90 bis 179 Tagen (ab 1.7.1966 Festgelder unter 1 Mio DM).

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 76 0705

(Ziffern 196 ff.). Ausschlaggebend dafür, daß die Kreditzinsen und die Einlagenzinsen der Banken nicht stärker zurückgenommen wurden, dürften die gleichen Gründe gewesen sein, die die potentiellen Anleger von langfristigem Kapital im Frühsommer dazu bewogen haben, zunächst einmal auf ein Ende der Zinssenkungstendenz zu setzen. Die Unsicherheit über den Fortgang des Stabilisierungsprozesses angesichts der Preisentwicklung im Frühjahr dürfte dabei ebenso von Bedeutung gewesen sein, wie die Ungeduld, mit der der Staat die Finanzierung seiner Haushaltsdefizite vorzeitig zu sichern suchte und deshalb bereitwillig hohe Kapitalrenditen bot. Kurzfristige Anpassungsprobleme waren auch dadurch entstanden, daß nach der Verschärfung der Mindestreservevorschriften die Kreditnachfrage stark angestiegen war. Sie führten zeitweilig zu einer Anspannung an den Geldmärkten, wo mitunter Sätze für Dreimonatsgeld im Handel unter Banken vereinbart wurden, die den Lombardsatz übertrafen.

Sensibler Kapitalmarkt

191. Der Kapitalmarkt hat sich seit Ende 1975, wenn auch mit einigen Unterbrechungen, wieder als sehr aufnahmefähig erwiesen. Insgesamt wurden von Januar bis September 1976 durch den Absatz von inländischen Rentenwerten 42,3 Mrd DM aufgebracht, 10 Mrd DM mehr als im gleichen Zeitraum des vorangegangenen Jahres. Gleichzeitig konnten ausländische Schuldner ihren Absatz von auf D-Mark lautenden Wertpapieren nochmals über das außergewöhnlich hohe Niveau vom vergangenen Jahr steigern.

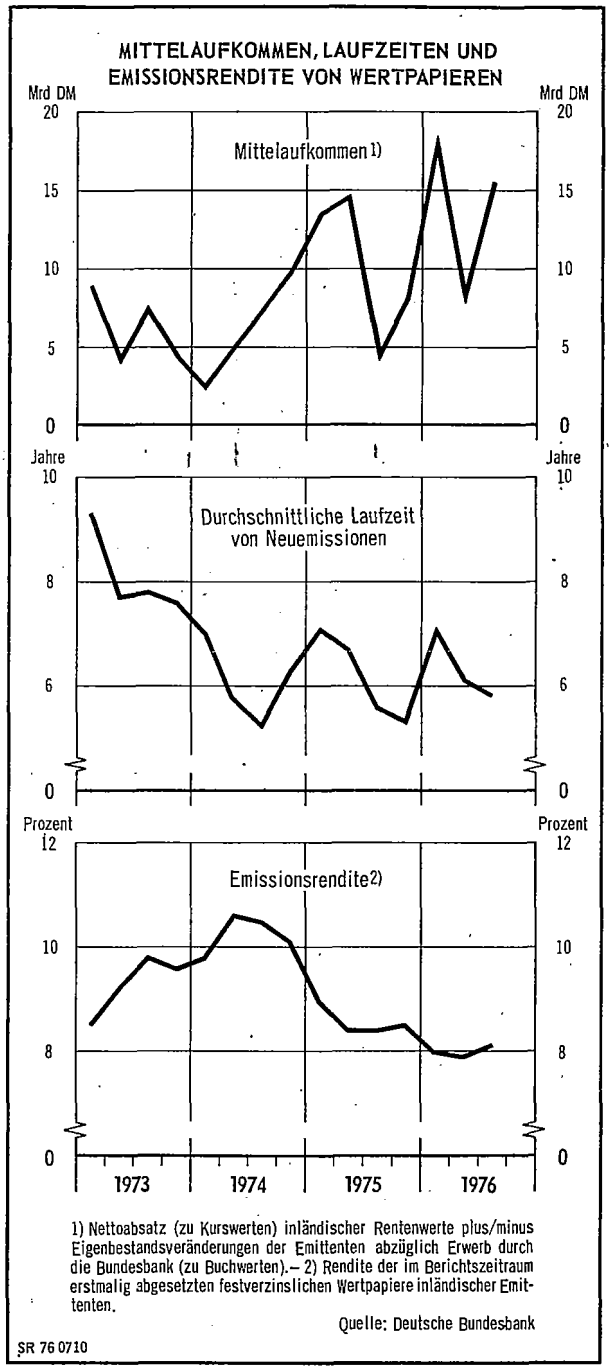
In zunehmendem Maße waren die Anleger wieder bereit, Wertpapiere mit längeren Laufzeiten zu erwerben. Allerdings hat sich ein weiterer Zinsrückgang am Kapitalmarkt auch in diesem Jahr nur langsam und nur mit einer deutlichen Unterbrechung durchgesetzt (Schaubild 29).

192. Der Staat, neben den Kreditinstituten einer der Hauptanbieter von festverzinslichen Wertpapieren, nutzte die Aufnahmebereitschaft der Anleger zur vorzeitigen Deckung seines Finanzbedarfs. Mit der auf Vorrat ausgerichteten Schuldenpolitik hatte er Konsequenzen aus der Krise am Rentenmarkt im Sommer 1975 gezogen. Damals hatten die Nachrichten vom Ausmaß des Defizits in den öffentlichen Haushalten zur Umkehr der Zinserwartungen der Anleger geführt. Diese weigerten sich, längerfristige Kredite zu gewähren, weil sie sinkende Kurse befürchteten und steigende Renditen erhofften. Dem Staat kam es bei seiner Schuldenpolitik darauf an, daß die Anleger ihre Befürchtungen, er würde seine Konsolidierungsaufgabe nicht ernst nehmen und mit der Finanzierung wachsender Budgetdefizite die Zinsen in die Höhe treiben, bald als unbegründet ansahen.

193. In der Fristenstruktur der öffentlichen Kreditaufnahme folgte der Staat zunächst der Vorliebe der Anleger für kurzlaufende Schuldverschreibungen; auf diese Weise erhielt er die Geldmittel, die er brauchte, bei sinkenden Zinsen. Im November 1975 wurden Kassenobligationen, deren Laufzeit nur drei bis vier Jahre beträgt, zum Kauf angeboten; erst zum Jahresende kam wieder eine Anleihe an den Markt, und zwar mit einer Laufzeit von sechs Jahren und einer Verzinsung von 8,11 %. Auch als Ende Januar 1976 die gestiegene Anlageneigung weiteren Spielraum für eine Verlängerung der Wertpapierlaufzeit oder eine Verminderung der Emissionsrendite bot, nutzte der Bund die bessere Lage nur vorsichtig, indem er eine Anleihe in zwei Tranchen anbot, eine 5-jährige Emission mit einer Verzinsung von 7,62 % und eine 8-jährige Emission mit 8,00 % Rendite.

Vom November 1975 bis März 1976 wurden netto für mehr als 23 Mrd DM festverzinsliche Wertpapiere abgesetzt; das bereits außergewöhnlich hohe Ergebnis im entsprechenden Vorjahreszeitraum wurde damit noch um etwa 2 ½ Mrd DM übertroffen. Dabei konnten die Kreditlaufzeiten bei unveränderten Renditen verlängert oder die Zinsen bei gegebener Laufzeit der Wertpapiere gesenkt werden. Bis zum Ende des ersten Vierteljahres 1976 sank die Rendite der neu abgesetzten festverzinslichen Wertpapiere (Emissionsrendite) auf 7,8 %; sie lag damit um fast 3 Prozentpunkte unter ihrem Höchststand im Sommer 1974 als allerdings auch die Inflationsrate viel höher war. Die durchschnittliche Laufzeit der neu abgesetzten Titel stieg von fünf Jahren im November 1975 auf acht Jahre im März 1976.

Schaubild 29



1) Nettoabsatz (zu Kurswerten) inländischer Rentenwerte plus/minus Eigenbestandsveränderungen der Emittenten abzüglich Erwerb durch die Bundesbank (zu Buchwerten). – 2) Rendite der im Berichtszeitraum erstmalig abgesetzten festverzinslichen Wertpapiere inländischer Emittenten.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 76 0710

194. Um die Aufnahmebereitschaft am Kapitalmarkt zu unterstützen, senkte die Bundesbank im März 1976 die Verkaufszinssätze für kurzlaufende Finan-

zierungs-Schätze des Bundes. Auch die anschließend von den Kreditinstituten vorgenommene Senkung der Sparzinsen kam dem Kapitalmarkt zugute. Dennoch zeichnete sich bereits Ende März ab, daß die rückläufige Tendenz der Kapitalmarktzinsen nicht weiter anhalten würde. Nachdem dann die Ergiebigkeit des Rentenmarkts Anfang April 1976 nachgelassen hatte, aber auch schon beachtliche Erfolge bei der Finanzierung der Staatsdefizite vorgezeigt werden konnten, verzichtete der Bund zeitweilig auf weitere Anleiheemissionen, um Zinssteigerungen zu verhindern.

195. Für Unruhe am Kapitalmarkt sorgte der Staat im Mai, als 3 Mrd DM Schulden zur Tilgung anstanden. Entgegen der sonstigen Zuteilungspraxis übernahm der Bund nach der Ausschreibung einer Kassenobligation die insgesamt gebotenen 2,4 Mrd DM in vollem Umfang, und zwar zu den in der Ausschreibung festgelegten Höchstrenditen. Unmittelbar danach bot er Schuldscheine mit etwas höheren Zinsen an. Nach der vorsichtigen, auf Vertrauensvorschuß abzielenden Schuldenpolitik der letzten Monate des vergangenen Jahres und des ersten Vierteljahres 1976 überraschte diese Aktion nicht allein die betroffenen Kreditinstitute.

196. Um den Rentenmarkt zu schonen, legte der Staat auch im Juni keine neue Anleihe mehr auf. Im zweiten Vierteljahr 1976 blieb deshalb das Mittelaufkommen am Rentenmarkt mit 8 Mrd DM gering (Tabelle 23). Trotzdem zogen die Renditen festverzinslicher Wertpapiere im Mai und im Juni wieder an. Im Juli lag die Durchschnittsrendite festverzinslicher Wertpapiere (Umlaufsrendite) mit 8,4 % wieder um mehr als einen halben Prozentpunkt über dem Stand

Tabelle 23

Netto-Absatz festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten [1])

Mio DM Nominalwert

Zeitraum	Insgesamt	Industrieobligationen [2])	Bankschuldverschreibungen [3])		Anleihen der öffentlichen Hand	Kapitalmarktbeanspruchung durch inländische öffentliche Stellen [4])	Nachrichtlich: Veränderung des Aktienumlaufs
			zusammen	darunter Kommunalobligationen			
1973	26 825	−525	23 005	4 563	4 365	8 928	2 823
1974	26 655	−370	20 989	9 266	6 033	15 299	3 611
1975	48 924	−166	35 621	23 969	13 471	37 440	5 352
1975 1. Vj.	14 586	+135	10 693	6 473	3 757	10 230	1 056
2. Vj.	15 078	−158	8 571	5 614	6 667	12 281	1 559
3. Vj.	10 195	−101	9 300	6 636	995	7 631	1 878
4. Vj.	9 065	− 42	7 057	5 246	2 052	7 298	859
1976 1. Vj.	17 103	−183	14 680	10 001	2 607	12 608	726
2. Vj.	8 862	−131	5 561	3 143	3 433	6 576	294
3. Vj.	14 253	− 84	8 290	5 062	6 246	11 308	1 065
1976 Jan	7 015	− 69	6 278	4 173	806	4 979	437
Feb	4 967	− 54	4 384	3 025	637	3 662	208
Mär	5 121	− 60	4 018	2 803	1 164	3 967	81
Apr	2 616	− 46	2 108	1 155	554	1 709	185
Mai	4 696	− 26	2 018	850	2 705	3 555	20
Jun	1 550	− 59	1 435	1 138	174	1 312	89
Jul	5 571	− 44	2 889	1 256	2 726	3 982	703
Aug	5 528	+ 7	2 909	1 981	2 612	4 593	69
Sep	3 361	− 39	2 491	1 825	908	2 733	293

[1]) *Bruttoabsatz abzüglich Tilgung. Negatives Vorzeichen bedeutet Überhang der* ' _ _ *über den im Berichtszeitraum neu abgesetzten Betrag.*
[2]) Einschließlich Wandelschuldverschreibungen industrieller Emittenten.
[3]) Ohne Bank-Namensschuldverschreibungen.
[4]) der öffentlichen Hand.

Quelle: Deutsche Bundesbank

vom April. Außerordentlich sensibel hatte der Markt auf die damals aufkommende Sorge reagiert, die Inflationsrate habe ihren konjunkturell niedrigsten Wert schon hinter sich. Noch immer steckte viel Vergangenheit, die Erinnerung an immerfort steigende Inflationsraten, und nur wenig Zukunft, Vertrauen auf eine mehr Stabilität sichernde Geldpolitik, in den Zinserwartungen.

197. Die Wertpapierangebote des Staates begegneten der neuerlichen Zurückhaltung der Anleger durch drastisch verkürzte Laufzeiten und merklich höhere Renditen. Im Juli und Anfang August wurden zwei Anleihen mit fünf Jahren Laufzeit und 8,13 % Rendite aufgelegt. Mit diesen Anleihe-Konditionen hat der Staat die Erwartungen der Anleger offenbar noch überboten. Den dadurch geschaffenen Spielraum für Zinssenkungen und Laufzeitverkürzungen nutzte der Bund zunächst vorsichtig, indem er, wie zu Jahresbeginn, eine Anleihe in zwei Tranchen — eine 5-jährige Emission mit einer Rendite von 8,06 % und eine 8-jährige Emission mit einer Verzinsung von 8,43 % — anbot, und danach eine Anleihe mit acht Jahren Laufzeit und 8,29 % Rendite auflegte.

198. Bald danach hatten sich die Erwartungen auf einen Fortgang in der allmählichen Stabilisierung des Geldwertes wieder gefestigt. Wie schon zuvor reagierten die Zinserwartungen auf die Änderung. Die Lage am Rentenmarkt war wieder durch ein hohes Mittelaufkommen bei leicht rückläufiger Zinstendenz gekennzeichnet. Im dritten Vierteljahr wurden festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 14,3 Mrd DM abgesetzt, 11,3 Mrd DM davon beanspruchten inländische öffentliche Stellen.

In den letzten Wochen hat sich die günstige Entwicklung am Rentenmarkt weiter fortgesetzt. Die Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere lag im Oktober wieder bei 8 %, also kaum noch über dem im Frühjahr erreichten Stand. Auch in den ersten Novemberwochen hat die Zinssenkungstendenz am Kapitalmarkt weiter angehalten. Die jüngste Ausschreibung von Schuldscheinen der „Notgemeinschaft deutscher Steinkohlebergbau" erbrachte ein Zeichnungsangebot von 2,8 Mrd DM. Aufgenommen wurden Schuldscheine für gut 400 Mio DM mit Laufzeiten zwischen vier und neun Jahren. Die 4-jährigen Papiere konnten bei einer Rendite von 6,75 %, die 9-jährigen bei einer Rendite von 7,5 % untergebracht werden.

199. Im nachhinein mag man bezweifeln, ob der Staat gut beraten war mit der Strategie, seinen Finanzbedarf möglichst früh zu decken.

Für diesen Weg sprach, daß er so den Kapitalmarkt schonen könnte, ohne Finanzierungslücken in den öffentlichen Haushalten befürchten zu müssen, wenn mit fortschreitendem Aufschwung die Nachfrage der Privaten nach langfristigen Krediten wieder zunehmen würde. Im wesentlichen lebte diese Strategie von der Vermutung, daß das Vertrauen der Anleger, die angesichts des hohen Kreditbedarfs der öffentlichen Haushalte im Sommer 1975 auf steigende Zinsen gesetzt hatten, nur durch die erkennbare Bereitschaft des Staates zur Konsolidierung seiner Finanzen und durch eine Demonstration der Finanzierbarkeit der verbliebenen Staatsdefizite zurückzugewinnen war.

Riskanter erschien es damals, darauf zu vertrauen, daß die reichlich vorhandenen und auf zinsbringende Anlage drängenden Mittel die Wertpapierkurse schon in die Höhe treiben und damit eine radikale Korrektur der Zinserwartungen bewirken würden. Dieses Vertrauen hätte größere Zurückhaltung in der Emissionspolitik bedingt. Der Vorteil einer solchen Strategie hätte, wäre sie erfolgreich gewesen, nicht nur in einer niedrigeren Zinsbelastung des Staates gelegen. Mehr noch hätte gezählt, daß niedrigere Zinsen die Investitionsneigung der Wirtschaft stärker angeregt hätten. Gegen diese Chance war das Risiko abzuwägen, daß das Mißtrauen der Anleger alsbald wieder gewachsen wäre, wenn der Staat die Finanzierung seiner Defizite soweit wie möglich aufgeschoben hätte.

200. Herausgekommen ist schließlich eine mäßige Zinssenkung. Das ist viel vor dem Hintergrund der Lage am Rentenmarkt im vergangenen Jahr und der fast allgemeinen Furcht, die reibungslose Finanzierung so riesiger Haushaltslücken könne im Aufschwung unmöglich gelingen. Es ist wenig gegenüber dem, was man unter mittelfristigen Gesichtspunkten erhoffen mußte. Der Eindruck bleibt, daß es den Anlegern schwer fiel, auf weiter abnehmende Inflationsraten zu setzen, wenn zugleich der Staat langfristige Zinsversprechen abgibt, die einen Inflationsausgleich enthalten, den nur Stabilitätspessimisten realistisch nennen können. Noch immer ist auch hier für die Nachwirkungen der Inflation ein hoher Preis zu zahlen.

201. Ein Blick auf die Entwicklung am Aktienmarkt bestärkt die Vermutung, daß die Zinssenkungen in diesem Jahr noch nicht ausreichend waren, um die Investitionsneigung der Unternehmen nachhaltig stärken zu können. Die Hausse vom Frühjahr 1976, die nicht zuletzt von der damals unverkennbar kräftigen Aufschwungstendenz bestimmt war, wurde bald wieder von Kursrückgängen abgelöst, so daß die Aktienrendite heute kaum niedriger ist als vor einem Jahr. Haftendes Kapital wird den Unternehmen nach wie vor nur um den Preis einer hohen Ertragsbeteiligung zur Verfügung gestellt; anders ausgedrückt, die Realverzinsung, die Anbieter von Risikokapital fordern, ist immer noch hoch.

VIII. Finanzpolitik: Konsolidierung eingeleitet

202. Die Finanzpolitik mußte 1976 das Vertrauen der Privaten durch eine glaubwürdige Konsolidierungsstrategie wiedergewinnen und gleichzeitig die konjunkturelle Erholung durch expansive Impulse stützen. Die Ankündigung von Defiziten in den Haushalten der Gebietskörperschaften für das Jahr 1975 in bisher nie dagewesener Höhe von 80 Mrd DM hatte

die Ausgabenfreudigkeit der privaten Haushalte und der Unternehmen gedämpft und dadurch die stimulierenden Wirkungen der stark expansiv angelegten Finanzpolitik vermindert (JG 75 Ziffern 228 f.). Irrtümer in der Haushaltsplanung hatten hierzu noch beigetragen; denn das tatsächliche Defizit im öffentlichen Gesamthaushalt ist um 12 Mrd DM niedriger gewesen als das zunächst geplante. Daß das Ergebnis soviel günstiger ausfiel, war nur zum Teil auf die konjunkturelle Belebung im zweiten Halbjahr 1975 zurückzuführen; in erster Linie war es die Folge überhöhter Haushaltsansätze.

Wenn auch die mangelhafte Haushaltsplanung die Wirksamkeit der Finanzpolitik 1975 gemindert hat, die Bewältigung der Aufgaben des Jahres 1976 hat sie erleichtert. Der Konsolidierungsbedarf erwies sich als wesentlich niedriger, als noch im Herbst 1975 erwartet worden war. Zudem hatten der Bund und in geringerem Maße auch die Länder 1975 Kredite auf Vorrat aufgenommen, die zur Finanzierung der Haushaltsdefizite 1976 bereitstanden.

Verhaltener Ausgabenanstieg

203. In den Haushaltsentwürfen der Gebietskörperschaften waren für das Jahr 1976 nur geringe Ausgabensteigerungen vorgesehen gewesen, die im Zuge der Haushaltsberatungen teilweise noch gekürzt wurden. Ohne Einrechnung der Konjunkturprogramme lagen die Haushaltsansätze im öffentlichen Gesamthaushalt [1]) nur um 1½ vH über denen des Vorjahres, wenn die gestundeten Zuschüsse an die Sozialversicherung (2,5 Mrd DM) in die Ausgabenansätze 1975 eingerechnet werden.

Einschließlich der Ausgaben für das Konjunkturprogramm vom August 1975 betrug das geplante Ausgabenvolumen der Gebietskörperschaften 382 Mrd DM, 3 vH mehr als das von 1975. Die tatsächlichen Ausgaben des Jahres 1975 übertraf es um 5 vH; denn Bund, Länder und Gemeinden hatten beim Vollzug des Haushalts 1975 über 7 Mrd DM weniger ausgegeben als geplant. Die Zuwachsrate der Ausgaben wäre um etwa einen Prozentpunkt höher, würde die 1976 fällig werdende Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974 als Ausgabe verbucht und nicht, wie im Investitionszulagengesetz festgelegt, von den Einnahmen aus der Einkommen- und der Körperschaftsteuer abgesetzt.

In den Haushaltsplänen der Gebietskörperschaften war festgelegt, daß im Haushaltsvollzug globale Minderausgaben von insgesamt 4,2 Mrd DM zu erwirtschaften waren. In der Entwicklung der Ausgaben im bisherigen Verlauf des Jahres zeichnet sich ab, daß eine Reihe von Ausgabenansätzen nicht voll ausgeschöpft werden, so daß wir davon ausgehen, daß die Ausgaben der Gebietskörperschaften insgesamt das vorgesehene Volumen von 382 Mrd DM nicht überschreiten.

[1]) Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände, Öffa, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen und EG-Anteile.

204. Entgegen den Beteuerungen, man werde investive Ausgaben aus konjunktur- und wachstumspolitischen Gründen soweit wie möglich von den Einsparungsmaßnahmen ausschließen, haben sich die Konsolidierungsbemühungen stark bei den Investitionen der öffentlichen Hand ausgewirkt. Obwohl der größte Teil der in dem Konjunkturprogramm vom August 1975 vorgesehenen öffentlichen Investitionen im Jahre 1976 kassenwirksam wurde, nahmen die Ausgaben der Gebietskörperschaften für Sachinvestitionen insgesamt ab (Tabelle 24). Ihr Anteil an den Gesamtausgaben ging stark zurück; seit 1971 ist er von 16½ vH auf weniger als 12 vH im Jahre 1976 gesunken.

Da nach der starken Ausweitung der öffentlichen Verschuldung in den letzten Jahren ein kräftiger Anstieg der Zinsausgaben unvermeidlich geworden war, hätte es bei den anderen laufenden Ausgaben, beim Sachaufwand, bei den Personalausgaben und bei den laufenden Übertragungen durchgreifender Maßnahmen bedurft, wenn bei der geringen Zuwachsrate der Gesamtausgaben ein Rückgang des Investitionsanteils hätte vermieden werden sollen. Die Verteidigungsausgaben waren aus sicherheitspolitischen Gründen und aufgrund von Bündnisverpflichtungen von der Konsolidierungsaktion weitgehend ausgenommen worden, so daß beim Sachaufwand der Spielraum für eine Verminderung des Ausgabenanteils von vornherein gering war. Ein Rückgang des Anteils der Personalausgaben hätte nur erreicht werden können, wenn die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst deutlicher unter den Tariflohnanhebungen in der Privatwirtschaft geblieben wären. Die laufenden Übertragungen sind zu einem großen Teil in ihrer Höhe und in ihrer Entwicklung durch Leistungsgesetze festgelegt, so daß ihre Dynamik nur mit Eingriffen in diese Gesetze zu durchbrechen ist. Trotz der Anhebung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 1976 um einen Prozentpunkt, wodurch Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit von mehr als 3½ Mrd DM eingespart werden konnten, nahm der Anteil der laufenden Übertragungen (das sind vor allem Subventionen, Unterstützungen wie Kindergeld, Wohngeld usw. und Zuschüsse an die Sozialversicherung und an die Europäische Gemeinschaft) noch zu. Aus Scheu vor unpopulären Maßnahmen wurden konjunktur- und wachstumspolitische Bedenken zurückgestellt und Kürzungen überproportional dort vorgenommen, wo keine Revision von Leistungszusagen erforderlich war: bei den öffentlichen Investitionen (Schaubild 30).

Nach Aufgabenbereichen untergliedert, waren die Zuwachsraten der Ausgabenansätze von Bund und Ländern — für die Gemeinden liegt eine solche Aufbereitung noch nicht vor — sehr unterschiedlich. Die gestundeten Zuschüsse an die Sozialversicherung wiederum in die Basis 1975 eingerechnet, betrug die durchschnittliche Zuwachsrate der geplanten Ausgaben von Bund und Ländern 1,8 vH. Die stärksten Zuwachsraten wiesen die Bereiche „Allgemeine Verwaltung" (+ 9,3 vH), „Rechtsschutz" (+ 8,1 vH) und „Öffentliche Sicherheit und Ordnung" (+ 7,3 vH) auf. Die Ausgabenansätze für den großen Bereich der „Sozialen Sicherung" sta-

gnierten. Für „Verteidigung" betrug die Steigerungsrate 2,8 vH, für „Schulen" 5,6 vH. Eine Verminderung der geplanten Ausgaben war für die „Auswärtigen Angelegenheiten" (— 11,5 vH) und „Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen" (— 9,5 vH) vorgesehen; in diesen Bereichen ist allerdings durch buchungstechnische Änderungen die Aussagefähigkeit des Vergleichs mit den Ansätzen des Vorjahres stark eingeschränkt. Für „Forschung (außerhalb der Hochschulen)" lagen die Haushaltsansätze um 1,9 vH über denen des Vorjahres.

Tabelle 24

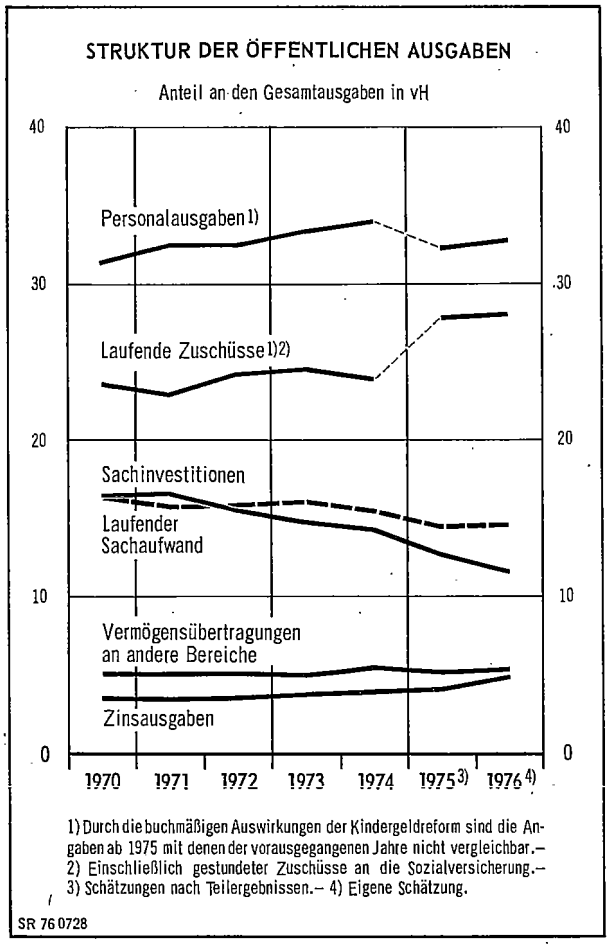
Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte [1])

Art der Ausgaben bzw. Einnahmen	1974	1975 [2])	1976 [3])	1975 [2])	1976 [3])
	Mrd DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Eigenfinanzierte Ausgaben (ohne Schuldentilgung) [4]) [5])	319,2	364,1	382	+ 14,1	+ 4,9
Laufende Rechnung	246,3	286,0	306	+ 16,1	+ 7,0
davon:					
Personalausgaben	108,3	117,4	125	+ 8,4 a)	+ 6,5
Sachaufwand [6])	49,2	52,5	55 1/2	+ 6,7	+ 5,7
Laufende Übertragungen [5])	76,4	101,4	107	+ 32,7	+ 5,5
Zinszahlungen	12,4	14,7	18 1/2	+ 18,5	+ 25,9
Kapitalrechnung	71,5	75,9	73 1/2	+ 6,2	— 3,2
davon:					
Sachinvestitionen	45,6	46,0	44 1/2	+ 0,9	— 3,3
Vermögensübertragungen	17,2	18,4	20	+ 7,0	+ 8,7
Gewährung von Darlehen, Beteiligungen	8,7	11,5	9	+ 32,2	— 21,7
Saldo im Verrechnungsverkehr [7])	+ 1,4	+ 2,2	+ 2 1/2	.	.
Eigene Einnahmen (ohne Kreditmarkt- und Rücklagemittel) [4])	289,9	296,0	329	+ 2,1	+ 11,1
Laufende Rechnung	280,1	285,6	318	+ 2,0	+ 11,3
darunter: Steuern [8])	239,7	242,2	269	+ 1,0	+ 11,1
Kapitalrechnung	9,8	10,4	11	+ 6,1	+ 5,8
Saldo der durchlaufenden Mittel	+ 0,1	+ 0,0	—	.	.
Nettofinanzierungssaldo	— 29,3	— 68,1	— 53	.	.
Nachrichtlich:					
Nettofinanzierungssaldo einschließlich Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	— 29,3	— 68,2	— 57	.	.

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Ufa, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände und EG-Anteile; Ist-Werte.
[2]) Schätzung nach Teilergebnissen.
[3]) Eigene Schätzung.
[4]) Gesamtausgaben bzw. nach Abzug der Zahlungen von Gebietskörperschaften (Zuweisungen, Darlehen, Darlehensrückflüsse).
[5]) Einschließlich gestundeter Zuschüsse an die Sozialversicherung (1974: 0,7 Mrd DM, 1975: 2,5 Mrd DM).
[6]) Einschließlich militärischer Beschaffungen und Anlagen.
[7]) Saldo noch nicht verrechneter Zuweisungen und Übertragungen zwischen den Ebenen der Gebietskörperschaften.
[8]) Ohne Stabilitätszuschlag und Investitionsteuer und ohne Investitionszulage des vom Dezember 1974.
a) Nicht bereinigt um die buchmäßigen Auswirkungen der Kindergeldreform.

Quelle: BMF

Schaubild 30



205. Die Analyse der Finanzpolitik erfordert in diesem Jahr ein stärkeres Eingehen auf die Haushalte der einzelnen Gebietskörperschaften, da der öffentliche Gesamthaushalt noch mehr als sonst nur die rechnerische Zusammenfassung der Einzelhaushalte ist und kaum — wie es sein sollte — als zahlenmäßiger Ausdruck eines koordinierten finanzpolitischen Handelns der Gebietskörperschaften angesehen werden kann. In den Beratungen über die Gestaltung der Haushalte 1976 und der Finanzpläne für die Jahre bis 1979 konnten sich Bund, Länder und Gemeinden im Finanzplanungsrat, in dem sie ihre Finanzpolitik koordinieren sollen, nicht einigen. Die Koordinationsaufgabe wurde noch weniger ernst genommen als in den vorangegangenen Jahren; zur bisher einzigen Sitzung des Finanzplanungsrats in diesem Jahr erschienen nur drei von elf Landesfinanzministern persönlich.

206. Die Bundesregierung hatte mit der Einbringung des Haushaltsstrukturgesetzes den für 1976 in der damaligen Finanzplanung vorgesehenen Ausgabenzuwachs zunächst durch eine Reihe von Maßnahmen gekürzt und im Haushaltsentwurf 1976 Ausgaben in Höhe von 168 Mrd DM vorgesehen (Tabelle 25); das waren nur 2,4 vH mehr als im Haushaltsplan des Vorjahres, wenn man für 1975 die gestundeten Zuschüsse an die Sozialversicherung (2,5 Mrd DM) mit einrechnet. Als sich beim Abschluß des Haushalts 1975 zeigte, daß eine Reihe von Haushaltstiteln nicht ausgeschöpft worden war — insgesamt waren die Ausgaben des Bundes 1975 um mehr als 5 Mrd DM hinter den Haushaltsansätzen zurückgeblieben —, konnten in Fortschreibung dieser Entwicklung auch im Haushaltsentwurf 1976 Ausgabenansätze gekürzt werden, insbesondere bei den Zuschüssen an die Bundesanstalt für Arbeit und an die knappschaftliche Rentenversicherung sowie bei den Zinsen. Verabschiedet wurde der Bundeshaushalt mit einem Volumen von 164 Mrd DM; unter Einrechnung der Konjunkturprogramme liegen die geplanten Ausgaben des Bundes mit 167 Mrd DM um 4 vH über den Istausgaben des Vorjahres, die gestundeten Zuschüsse an die Sozialversicherung im Jahre 1975 wiederum eingerechnet.

207. Anfang des Jahres 1976 lagen die Ausgaben des Bundes zunächst noch beträchtlich über dieser für den Jahresdurchschnitt geplanten Zuwachsrate. Dies beruhte aber fast ausschließlich auf hohen Zuschüssen an die Bundesanstalt für Arbeit. Zur Jahresmitte schwächte sich die Ausgabensteigerung dann stark ab. Es ist damit zu rechnen, daß der Bund auch in diesem Jahr weniger ausgibt, als er geplant hat. Insbesondere bei den Zuschüssen an die Bundesanstalt für Arbeit und bei den Zinsen werden die Haushaltsansätze nicht ausgeschöpft, aber auch die Investitionsausgaben bleiben deutlich hinter den geplanten zurück. Wir rechnen damit, daß der Bund nicht nur die vorgesehenen globalen Minderausgaben von 2½ Mrd DM erwirtschaftet, sondern zusätzlich noch 1 Mrd DM einspart. Die Ausgaben des Bundes schätzen wir 1976 auf 166 Mrd DM; damit würden sie ihr Vorjahresniveau (einschließlich gestundeter Zuschüsse an die Sozialversicherung) um 1,1 vH übertreffen.

208. Für den Bundeshaushalt sollte mit der Verabschiedung des Haushaltsstrukturgesetzes der entscheidende Schritt zur Konsolidierung der Haushaltsdefizite auf der Ausgabenseite vollzogen sein. Die Entwicklung der Ausgabenstruktur zeigt aber, daß es kaum gelungen ist, die Dynamik in der Entwicklung der Ausgabenarten zu durchbrechen. Bei den laufenden Zuschüssen, für die der Bund bereits 40 vH seiner Ausgaben aufwendet, reichten die Entlastung durch die Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung und die anderen Maßnahmen des Haushaltsstrukturgesetzes nicht aus, einen weiteren Anstieg ihres Anteils an den Gesamtausgaben zu verhindern. Bei den Personalausgaben konnten zwar die beschlossenen Sparmaßnahmen zusammen mit der Streichung von Planstellen die Steigerungsrate unterhalb der des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst halten, aber der Anteil an den Ausgaben insgesamt ging nicht zurück. Die Investitionsausgaben des Bundes dagegen haben nicht nur wieder dem Anteil nach, sondern auch in ihrer absoluten Höhe abgenommen.

Tabelle 25

Finanzpolitisch wichtige Ereignisse

Datum	
1975	
8. September	Der Finanzplanungsrat berät über die Gestaltung der Haushalte 1976 und den Finanzplan 1975 bis 1979.
10. September	Die Bundesregierung beschließt eine Vorlage über Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen: — Ausgabenkürzungen gegenüber dem Finanzplan 1974 bis 1978 für die Jahre ab 1976 (1975: 5,1 Mrd DM, 1977: 6,6 Mrd DM und 1978: 11,4 Mrd DM); nach dem Finanzplan 1975 bis 1979 soll das Haushaltsvolumen im Jahresdurchschnitt um etwa 5 vH zunehmen; — Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltsstruktur (Haushaltsstrukturgesetz); — Steuererhöhungen zum 1. Januar 1977 Umsatzsteuer: Anhebung des allgemeinen Steuersatzes um 2 Prozentpunkte und des ermäßigten Steuersatzes um 1 Prozentpunkt; Tabaksteuer: Erhöhung der Tabaksteuer um 18 vH; Branntweinsteuer: Erhöhung der Branntweinsteuer um 20 vH.
22. Oktober	Die Bundesregierung verabschiedet den fünften Subventionsbericht. Im Jahre 1975 betrugen die Finanzhilfen des Bundes 12,1 Mrd DM, die der Länder 7,8 Mrd DM. Die Steuervergünstigungen werden mit 30,5 Mrd DM ausgewiesen.
4./5. November	Der Bundeshaushaltsplan 1976 wird im Bundestag eingebracht und in erster Lesung beraten. Das Haushaltsvolumen soll 168,1 Mrd DM betragen, das sind 4,1 vH mehr als das Soll 1975.
1976	
1. Januar	Das Haushaltsstrukturgesetz tritt in Kraft. Die wichtigsten Maßnahmen: — Einsparungen im öffentlichen Dienst; — stufenweiser Abbau des Aufwertungsausgleichs für die Landwirtschaft; — Änderungen des Arbeitsförderungsgesetzes (vor allem: Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von 2 vH auf 3 vH; Einschränkungen im Bereich der beruflichen Ausbildung, Fortbildung und Umschulung; konkretere Fassung des Begriffs der Zumutbarkeit bei Vermittlungsangeboten an Arbeitslose); — Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (vor allem: Erhöhung des Darlehensanteils) und des Graduiertenförderungsgesetzes (Vergabe der Stipendien nur als Darlehen); — Senkung der Prämiensätze für Sparprämien von 20 vH auf 14 vH, der Wohnungsbauprämien von 23 vH auf 18 vH; — Abbau von Steuervergünstigungen für Kreditinstitute.
21. Januar	Der Entwurf einer Änderung des Einkommensteuergesetzes zur Einführung des Verlustrücktrages wird im Bundestag eingebracht. Dem bisherigen fünfjährigen Verlustvortrag geht ein einjähriger Verlustrücktrag für Verluste bis zu 5 Mio DM erstmals für den Veranlagungszeitraum 1975 voraus. Darüber hinaus wird der Verlustabzug auf alle Einkunftsarten ausgedehnt.
29. Januar	Die Bundesregierung stellt 200 Mio DM für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und für Maßnahmen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit bereit.
4. Februar	Die Länder planen für 1976 eine Erhöhung ihrer Ausgaben um 3,5 vH auf 151,1 Mrd DM (Soll/Soll). Unter Einbeziehung der Konjunkturprogramme ergibt sich ein Ausgabenvolumen von 152,7 Mrd DM (4,8 vH mehr als 1975).
3. März	Der Bundeshaushalt 1975 ohne Konjunkturprogramme schließt mit einem Ausgabenvolumen von 156,3 Mrd DM, das sind 5,2 Mrd DM weniger als veranschlagt. Der Finanzierungssaldo lag mit 33,1 Mrd DM um 7,8 Mrd DM unter dem Soll 1975.
10. März	Der wissenschaftliche Beirat beim Bundesfinanzministerium legt ein Gutachten zum Problem der Bodenwertzuwachsbesteuerung vor.
24./25. März	Der Arbeitskreis „Steuerschätzung" veranschlagt die Steuereinnahmen für 1976 auf 260,2 Mrd DM. Das sind 7,5 vH mehr als im Vorjahr und 3,5 Mrd DM mehr als nach der Schätzung im August 1975.

noch Tabelle 25

Datum	
1976	
24. März	Die Finanzpläne der Länder 1975 bis 1979 sehen bis 1979 eine durchschnittlich jährliche Ausgabensteigerung von rund 5 ½ vH vor.
1. April	Der Finanzplanungsrat berät den Vollzug der Haushalte 1976 und führt eine erste Aussprache über die Gestaltung der Haushalte 1977.
20. Mai	Der Bundestag beschließt den Bundeshaushalt 1976: — Ausgaben 164 Mrd DM; — Nettokreditaufnahme 32,7 Mrd DM.
4. Juni	Bundestag und Bundesrat verabschieden das Gesetz zur Änderung des Tabaksteuergesetzes und des Gesetzes über das Branntweinmonopol. Dadurch werden ab 1. 1. 1977 die Tabaksteuer um 18 vH, die Branntweinsteuer um 20 vH erhöht. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. 1. 1977 lehnt der Bundesrat ab.
25. Juni	Bundestag und Bundesrat verabschieden die Reform der Körperschaftsteuer. Ausgeschüttete Gewinne von Körperschaften werden ab 1. 1. 1977 nur in Höhe des individuellen Einkommensteuersatzes des Anteilseigners besteuert, einbehaltene Gewinne von Körperschaften unterliegen dem Spitzensatz der Einkommensteuer von 56 vH.
2. August	Der wissenschaftliche Beirat beim Bundesfinanzministerium legt ein Gutachten „Zur Aussagefähigkeit staatswirtschaftlicher Quoten" vor.
23./24. August	Der Arbeitskreis „Steuerschätzung" veranschlagt die Steuereinnahmen für 1976 auf 264,8 Mrd DM, das sind 9,4 vH mehr als im Vorjahr. Für 1977 wird unter der Annahme einer Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts von 10 vH eine Zunahme der Steuereinnahmen um 12,1 vH auf 296,8 Mrd DM geschätzt.
10. November	Die Bundesregierung verabschiedet ein arbeitsmarktpolitisches Programm: Für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Berufsbildungsmaßnahmen für Jugendliche, Mobilitätshilfen, Umzugs- und Einrichtungsbeihilfen sowie für Eingliederungsmaßnahmen und arbeitsfördernde Maßnahmen für Schwerbehinderte werden Bundesmittel in Höhe von 430 Mio DM bereitgestellt.

209. Die Länder haben in ihren Haushaltsplänen den finanzpolitischen Aufgaben des Jahres 1976 unterschiedliche Prioritäten eingeräumt. Das geplante Ausgabenvolumen der Länder insgesamt betrug ohne Berücksichtigung der Konjunkturprogramme 151 Mrd DM. Unter Einrechnung des Programms vom August 1975 übertrafen die geplanten Ausgaben mit 152,7 Mrd DM die Ausgaben des Vorjahres um 5,2 vH. Von Land zu Land wichen die Zuwachsraten erheblich voneinander ab; sie reichten von −1,3 vH bis +8,5 vH (Tabelle 26).

Die Unterschiede bei einzelnen Ausgabenarten waren noch sehr viel stärker. So plante Berlin beispielsweise einen Zuwachs der Ausgaben für Investitionszwecke von 16 vH, Bremen aber eine Reduzierung um 25 vH. Selbst bei den Personalausgaben, die 1976 einen Teil an den Gesamtausgaben der Länder von über 40 vH erreichten, schwankten die Zuwachsraten der Planansätze zwischen 8 vH in Niedersachsen und 0,2 vH in Bremen. Dies mag zum Teil darauf beruhen, daß die Länder von unterschiedlichen Annahmen über die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst ausgegangen sind, was ein weiterer Beleg für eine auch formal unzureichende Koordination in der Finanzplanung wäre; es ist aber auch Niederschlag einer sehr unterschiedlichen Einstellungspolitik, teilweise noch der Einstellungspolitik im vergangenen Jahr. So hatte der Personalbestand in Niedersachsen 1975 um 4,4 vH zugenommen, in Bremen hatte er stagniert. Bei den Ländern insgesamt war der Personalbestand durch die vergleichsweise noch recht starken Personalzugänge im Schulbereich und bei der Polizei um 36 000 Personen erhöht worden, das sind 2,6 vH. Auch 1976 dürften die Länder ihren Personalbestand noch ausgeweitet haben. Da außerdem die Tariflohnanhebungen im öffentlichen Dienst über 5 vH betrugen, konnte der geplante Zuwachs der Personalausgaben von 5,3 vH nicht eingehalten werden; in den ersten neun Monaten 1976 betrug er 6,3 vH. In ihrer Investitionstätigkeit hielten sich die Länder dagegen insgesamt gesehen noch stärker zurück, als ohnehin geplant war. Die Bauausgaben der Länder lagen beispielsweise im Zeitraum Januar bis September 1976 um fast 6 vH unter ihrem Vorjahresniveau.

Wir gehen davon aus, daß die Länder die Ansätze bei den Gesamtausgaben leicht überschreiten werden. Nach unseren Schätzungen geben sie 1976 einschließlich der Ausgaben im Rahmen der Konjunkturprogramme 154 Mrd DM aus, 6 vH mehr als 1975.

Tabelle 26

Ausgaben der Länder 1976 [1])

Land	Einheit	Gesamtausgaben	Personalausgaben [2])	Laufender Sachaufwand	Zinsen	Laufende Zuweisungen an Gemeinden	Renten und Unterstützungen	Investitionen: Sachinvestitionen	Investitionen: Zuweisungen und Darlehen an Gemeinden	Investitionen: Zuschüsse und Darlehen an Dritte [3])	Übrige Ausgaben [4])
Schleswig-Holstein	Mio DM	6 209	2 544	410	364	710	380	304	469	570	485
	vH [5])	+5,8	+6,1	+ 3,0	+ 35,8	−3,4	+18,0	+ 6,7	+18,1	− 4,7	− 0,6
Niedersachsen ..	Mio DM	17 246	7 396	1 347	763	2 771	1 033	578	1 044	1 518	806
	vH [5])	+8,5	+8,1	+ 9,9	+ 45,9	+8,5	+ 2,4	− 7,1	+24,1	+ 8,4	− 9,8
Nordrhein-Westfalen	Mio DM	36 836	13 977	2 831	837	5 866	2 316	1 645	3 444	3 343	2 635
	vH [5])	+5,0	+5,7	+ 4,3	+113,5	−4,8	− 1,4	+33,3	− 4,9	+ 6,7	+13,0
Hessen	Mio DM	13 201	5 756	1 096	654	1 507	554	604	1 167	1 009	859
	vH [5])	+5,3	+4,3	+ 1,0	+ 47,6	+2,6	+ 4,3	− 9,4	+10,8	+ 8,3	− 4,1
Rheinland-Pfalz ..	Mio DM	8 730	3 609	909	444	888	231	515	701	615	847
	vH [5])	+5,0	+4,3	+ 8,5	+ 42,3	+1,1	− 7,6	+ 7,3	+12,5	− 5,1	− 1,1
Baden-Württemberg	Mio DM	20 804	9 220	1 444	899	3 003	778	1 148	1 604	1 486	1 247
	vH [5])	+2,8	+4,4	− 1,1	+ 58,3	+8,8	− 1,0	− 8,5	+20,1	+ 0,4	−30,1
Bayern	Mio DM	23 583	9 932	1 683	602	2 502	1 138	1 042	2 948	2 487	1 344
	vH [5])	+5,7	+7,8	+ 7,6	+ 69,6	+2,2	+ 2,4	− 6,4	+31,1	− 0,7	−26,3
Saarland	Mio DM	2 667	1 237	287	184	311	100	88	152	193	130
	vH [5])	+4,7	+5,5	+ 5,9	+ 54,6	−8,0	+ 6,4	−20,0	−11,6	+15,6	+15,0
Hamburg	Mio DM	8 901	3 977	1 386	561	2	540	954	—	414	1 139
	vH [5])	+5,7	+2,4	+11,3	+ 35,5	—	+ 5,3	+ 5,1	—	− 1,4	− 0,7
Bremen	Mio DM	3 222	1 308	548	228	1	328	509	—	155	126
	vH [5])	−1,3	+0,2	+30,2	+ 28,8	—	+10,8	−29,2	—	− 7,7	−35,4
Berlin (West)	Mio DM	13 448	5 209	2 947	479	3	842	993	—	1 290	2 283
	vH [5])	+5,3	+2,0	+ 7,6	+ 21,9	—	+ 1,0	+16,8	—	+15,7	+ 3,7
Insgesamt ...	Mio DM	152 682 [a])	64 165	14 887	6 013	17 565	8 238	8 379	11 529	13 045	9 725
	vH [5])	+5,2	+5,3	+ 6,6	+ 51,7	+1,2	+ 1,7	+ 1,7	+12,0	+ 4,1	− 8,2

[1]) Ausgaben-Soll; Stand 8. September 1976.
[2]) Ohne Kindergeld.
[3]) Einschließlich sonstige investive Ausgaben.
[4]) Im Soll 1976 globale Minderausgaben (zusammen 1 637 Mio DM) abgesetzt.
[5]) 1976 (Soll) gegenüber 1975 (Ist).
a) Ohne Zahlungsverkehr der Länder untereinander.

Quelle: BMF

210. Die Gemeinden hatten unter dem Eindruck der geringen Steuereinnahmen im letzten Jahr und des Rückgangs der Zuweisungen von Bund und Ländern (ohne die Zahlungen im Rahmen des Konjunkturprogramms vom August 1975) in ihren Haushaltsplänen 1976 das Ausgabenvolumen mit 104½ Mrd DM um 1 Mrd DM niedriger angesetzt als im Vorjahr. Da sie aber im letzten Jahr 3½ Mrd DM im Haushaltsvollzug eingespart hatten und da der größte Teil der kommunalen Aufträge des Konjunkturprogramms, die zum überwiegenden Teil durch Bundes- und Landeszuschüsse finanziert werden, in diesem Jahr kassenwirksam wurde, waren die für 1976 von den Gemeinden vorgesehenen Ausgaben von insgesamt 107 Mrd DM um 5 vH höher als ihre realisierten Ausgaben im vorangegangenen Jahr. Nachdem die kommunalen Ausgaben im ersten Halbjahr 1976 nur um 4,2 vH höher waren als im Vorjahr, rechnen wir damit, daß die Gemeinden auch 1976 etwas weniger ausgeben, als in ihren

Haushaltsansätzen vorgesehen ist. Wir nehmen an, daß die Gemeindeausgaben in diesem Jahr um etwa 4½ vH zunehmen.

Die Bauausgaben waren von den Gemeinden bereits 1975 gekürzt worden; statt des geplanten Zuwachses von 13 vH hatte sich ein Rückgang von 0,7 vH ergeben. Trotz der Abwicklung der Projekte aus dem Konjunkturprogramm blieben sie in diesem Jahr noch einmal hinter dem Vorjahresvolumen zurück. Der Anstieg der Zinsausgaben war bei den Gemeinden mit einer Zuwachsrate von 14½ vH weit weniger dramatisch als bei Bund und Ländern. Da die Gemeinden aber bereits vor der Rezession vergleichsweise hoch verschuldet waren, ist auch die Zinsbelastung der Gemeindehaushalte relativ hoch. Der Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben beträgt 1976 bei den Gemeinden 5,6 vH, beim Bund 4 vH und bei den Ländern 3½ vH.

Konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen

211. Mit dem Anziehen der Konjunktur sprudelten die Steuerquellen wieder reichlicher. Bereits 1975 waren fast 4 Mrd DM mehr an Steuern eingegangen, als nach der offiziellen Steuerschätzung vom August 1975 erwartet worden war. Als im Laufe des Jahres 1976 Konjunktur und Steuereinnahmen günstiger liefen als zunächst angenommen worden war, wurden auch die Steuerschätzungen revidiert. Bei der letzten offiziellen Steuerschätzung im August 1976 wurden die Steuereinnahmen für das laufende Jahr auf 264,8 Mrd DM beziffert; damit würden sie das Vorjahresergebnis um 9,4 vH übertreffen. Obwohl der Aufschwung verhaltener verlief als bei der Steuerschätzung angenommen, blieben die Steuereingänge insgesamt nicht hinter den Erwartungen zurück. Wir schätzen daher die Steuereinnahmen 1976 auf 265 Mrd DM. Schlägt man die ausgezahlte Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974, die mit der Steuerschuld aus der Einkommen- und der Körperschaftsteuer verrechnet wird, den Steuereinnahmen zu, dann war das Steueraufkommen 1976 mit 269 Mrd DM um 11 vH höher als 1975. Die volkswirtschaftliche Steuerquote lag danach mit 23,66 vH deutlich über der des Vorjahres (23,21 vH).

212. Die konjunkturelle Belebung zeigte sich bei allen wichtigen Einzelsteuern (Tabelle 27). Den größten Teil des Zuwachses der Steuereinnahmen erbrachte die Lohnsteuer. Die Lohnsteuereinnahmen

Tabelle 27

Das Aufkommen der wichtigsten Einzelsteuern [1])

Steuerart	1974	1975	1976 [2])	1975	1976 [2])	1975	1976 [2])	
	Mrd DM			Veränderung in vH [3])		Mrd DM		Veränderung in vH [3])
	Jahr					Januar bis September		
Gesamtsteueraufkommen	239,7 a)	242,1	265	+1,0	+ 9,5	.	.	.
Lohnsteuer	72,0	71,2	80,5	−1,1	+13,1	48,6	55,1	+13,3
Veranlagte Einkommensteuer	26,8	28,0	30,5	+4,5	+ 8,9	19,7	21,5	+ 9,4
Körperschaftsteuer	10,4	10,0	11	−3,8	+10,0	7,1	7,6	+ 5,7
Steuern vom Umsatz	51,2	54,1	59	+5,7	+ 9,1	39,5	43,4	+ 9,8
Mineralölsteuer	16,1	17,1	18	+6,2	+ 5,3	11,5	12,1	+ 5,0
						Januar bis Juni		
Gewerbesteuer [4])	18,8	17,9	19	−4,8	+ 6,1	8,8	9,3	+ 5,5
Nachrichtlich:								
Gesamtsteueraufkommen ohne Verrechnung der Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	239,7 a)	242,2	269	+1,0	+11,1	.	.	.

[1]) Kassenmäßige Einnahmen ohne konjunkturpolitische Sondersteuern aber einschließlich Verrechnung der Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974.
[2]) Eigene Schätzung.
[3]) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.
[4]) Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital.
a) Ohne Stabilitätszuschlag und Investitionsteuer (1974: 2,6 Mrd DM).

Quelle: BMF

stiegen mit über 13 vH fast doppelt so stark wie die Bruttolohn- und -gehaltssumme. Teilweise war dies Folge des progressiven Steuertarifs, vor allem aber war es auf geringere Erstattungen im Lohnsteuerjahresausgleich zurückzuführen. Durch die Einarbeitung einer Vorsorgepauschale in die Lohnsteuertabelle seit dem 1. Januar 1975 war 1975 nicht so viel an Lohnsteuer überzahlt worden wie in den Vorjahren, so daß im Lohnsteuerjahresausgleich 1976 nur etwa 5 Mrd DM erstattet wurden und nicht 7 Mrd DM wie im Vorjahr.

Bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer wurden aufgrund der Veranlagung insbesondere für das Jahr 1974 hohe Abschlußzahlungen fällig, was die Finanzämter veranlaßte, die 1976 zu leistenden Vorauszahlungen deutlich heraufzusetzen; die Begründung eines Widerspruchs gegen solche Anhebungen wurde angesichts der konjunkturellen Belebung schwieriger. Die Steuerausfälle, die durch die Aufrechnung der Investitionszulage (4 Mrd DM) entstanden, und die Verringerung der Steuerschuld durch die Einführung des Verlustrücktrages (0,3 Mrd DM) wurden mehr als wettgemacht. Unter Einrechnung dieser Beträge stieg das Aufkommen aus der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer insgesamt um mehr als 19 vH. Es nahm damit stärker zu als die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, und dies, obwohl die Vorauszahlungen nur in Einzelfällen an die aktuelle Einkommens- und Gewinnentwicklung angepaßt wurden. Der starke Anstieg der Einnahmen aus der Einkommen- und der Körperschaftsteuer ist außer auf hohe Abschlußzahlungen auch auf geringere Erstattungen an einkommensteuerpflichtige Arbeitnehmer zurückzuführen. Wenn Arbeitnehmer einkommensteuerpflichtig sind, wird die Rückerstattung überzahlter Lohnsteuer nicht vom Lohnsteueraufkommen, sondern vom Einkommensteueraufkommen abgebucht. Auch diese Beträge sind wegen der Steuerreform zurückgegangen. Während 1975 noch 4,6 Mrd DM erstattet worden waren, waren es 1976 nur etwa 3,3 Mrd DM.

Der zeitliche Abstand zwischen der Entstehung der Einkommensteuerschuld und der Veranlagung soll durch eine Neuorganisation der Finanzämter und eine Neuordnung des Besteuerungsverfahrens verkürzt werden. Beides soll nach und nach eingeführt werden. Will man darüber hinaus den Steuerpflichtigen selbst stärker an einer zeitnahen Veranlagung interessieren, dann bedarf es einer Verzinsung von Steuerschulden und Steuerüberzahlungen. Zu denken wäre dann auch daran, die Selbstberechnung der Steuerschuld bei Veranlagungssteuern für die — großen — Steuerzahler einzuführen.

213. Eine anscheinend schwer zu realisierende Haushaltsreserve hat sich in den letzten Jahren für Bund, Länder und Gemeinden in Form von Steuerrückständen gebildet. Die Zahlungsmoral der Steuerpflichtigen ist schlechter geworden. Im November 1975 erreichten die Steuerrückstände eine Höhe von fast 10 Mrd DM. Damit haben sie sich seit 1970 fast verdreifacht, während die Steuerzahlungen um weniger als 60 vH gestiegen sind. Die konjunkturelle Entwicklung mag zum Teil erklären, daß in den letzten Jahren häufiger Steuern gestundet wurden und die zwangsweise Eintreibung von Steuerschulden ausgesetzt wurde; fast zwei Drittel der Steuerrückstände sind aber Steuerschulden, die ohne die Zustimmung der Finanzbehörde nicht fristgerecht gezahlt wurden.

214. Obwohl die konjunkturelle Belebung auf die Steuereinnahmen durchschlug und die Ausgabenexpansion eingedämmt wurde, ist das Defizit der Gebietskörperschaften — einschließlich der Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974 — im Jahre 1976 mit 57 Mrd DM nur um 11 Mrd DM niedriger als im Vorjahr. Daß die Finanzierung eines solchen Defizits ohne Verklemmung am Kapitalmarkt möglich sei, war vielfach bezweifelt worden, zumal in diesem Jahr die Tilgungsverpflichtungen des Staates wegen der zuvor aufgenommenen kurzfristigen Kredite während des letzten Jahres sehr viel umfangreicher waren als 1975; beim Bund allein waren es 19 Mrd DM gegenüber weniger als 7 Mrd DM 1975. Außerdem standen an Sondereinlagen bei der Bundesbank Anfang des Jahres 1976 nur 3,5 Mrd DM bereit; Anfang 1975 hatten diese noch 10,8 Mrd DM betragen. Durch eine Kreditaufnahme auf Vorrat hatte der Staat jedoch hohe Finanzierungsreserven angesammelt, der Bund mehr als 9 Mrd DM, die Länder etwa 3 Mrd DM. Auch im Laufe des Jahres bemühten sich die Gebietskörperschaften um eine frühzeitige Deckung ihres Kreditbedarfs. Insgesamt gesehen konnten sie ihre Finanzierungslücken schließen, ohne daß es zu ähnlich großen Spannungen am Kapitalmarkt kam wie im Sommer 1975 (Ziffern 191 ff.).

Noch kräftige expansive Impulse

215. Mit der verhaltenen Ausgabensteigerung war die Finanzpolitik auf Konsolidierung gerichtet, es gingen aber auch 1976 noch erhebliche expansive Impulse von ihr aus. Der nach dem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts errechnete konjunkturelle Impuls des öffentlichen Gesamthaushalts ist mit 15 Mrd DM zwar um 19½ Mrd DM niedriger als im Vorjahr, aber immer noch beträchtlich (Tabelle 28). Gerechnet wurde er — wie auch in den vergangenen Jahren — mit dem Jahr 1966 als Basis für die mittelfristigen Bezugsgrößen.

216. *An dem Jahr 1966 als Basis der mittelfristigen Bezugsgrößen für den konjunkturneutralen Haushalt haben wir, trotz mehrfach eingeräumter Bedenken, auch in diesem Jahr festgehalten (JG 74 Ziffer 411, JG 75 Ziffer 222). Die immer noch niedrige Kapazitätsauslastung macht eine Abschätzung dessen, was die Privaten von den starken expansiven Impulsen der Finanzpolitik nach der Steuerreform als dauerhaft ansehen, sehr schwierig, zumal die Konsolidierungsphase noch nicht abgeschlossen und noch nicht einmal abzusehen ist, ob ein Teil der Konsolidierungsaufgabe über Steuererhöhungen gelöst werden soll oder nicht. Angesichts der Unsicherheiten in bezug auf die Gewöhnungsprozesse nehmen wir die Gefahr einer leichten Überzeichnung des expansiven Impulses der Finanzpolitik aufgrund des Festhaltens an dem Jahr 1966 als Basis in Kauf.*

Tabelle 28

Die Haushalte der Gebietskörperschaften in konjunktureller Sicht [1])

Mrd DM

	1966	1970	1971	1972	1973	1974	1975 [2])	1976 [3])
(1) Produktionspotential in jeweiligen Preisen [4])	509,7	687,1	777,3	863,6	954,5	1 058,8	1 176,1	1 244,9
(2) Produktionspotential bei „konjunkturneutraler" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Jahr [5])	509,7	663,9	745,8	839,6	938,0	1 039,2	1 141,7	1 252,8
(3) Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basisjahr 1966	145,8	189,9	213,4	240,2	268,4	297,3	326,6	358,4
(4) Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials [6])	495,7	645,6	725,3	816,5	912,2	1 010,6	1 110,3	1 218,3
(5) Vollbeschäftigungssteuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr 1966	113,9	148,3	166,6	187,6	209,5	232,1	255,0	279,8
(6) Vollbeschäftigungssteuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr [7])	113,9	144,9	164,0	192,9	221,1	242,9	257,7	288,2
(6a) nachrichtlich: tatsächliche Steuereinnahmen ohne konjunkturpolitische Sondersteuern und Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	112,7	153,9	172,3	197,0	224,8	239,7	242,2	269,0
(6b) nachrichtlich: konjunkturpolitische Sondersteuern und Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	.	+ 2,3	+ 3,7	− 5,7	+ 1,8	+ 2,6	− 0,1	− 4,0
(7) Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (6) ⁄ (5)	.	− 3,4	− 2,6	+ 5,3	+ 11,6	+ 10,8	+ 2,7	+ 8,4
(8) Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (3) + (7)	145,8	186,5	210,8	245,5	280,0	308,1	329,3	366,8
(9) Tatsächliche Staatsausgaben [8])	145,8	196,3	226,8	253,0	282,2	319,2	364,1	382,0
(10) Konjunktureller Impuls [9]) (9) ⁄ (8)	.	+ 9,8	+ 16,0	+ 7,5	+ 2,2	+ 11,1	+ 34,8	+ 15,2
(10a) nachrichtlich: Konjunktureller Impuls unter Einrechnung der konjunkturpolitischen Sondersteuern und der Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974 (10) ⁄ (6b)	.	+ 7,5	+ 12,3	+ 13,2	+ 0,4	+ 8,5	+ 34,9	+ 19,2
(11) Ex post: Abweichung der realisierten von der konjunkturneutralen Staatsquote [10])	.	+ 3,1	+ 7,0	+ 0,6	− 2,5	+ 5,5	+ 24,9	+ 17,4
(12) Veränderung des konjunkturellen Impulses gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	.	+ 14,0	+ 6,2	− 8,5	− 5,3	+ 8,9	+ 23,7	− 19,6

Fußnoten siehe S. 105

noch Tabelle 28

	1966	1970	1971	1972	1973	1974	1975 [2]	1976 [3]
Zum Vorjahresvergleich				vH				
Steigerungsrate								
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben (9) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	+4,8	+12,6	+15,5	+11,6	+11,5	+13,1	+14,1	+4,9
(b) des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens (8) gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr (9)	.	+ 7,0	+ 7,4	+ 8,2	+10,7	+ 9,2	+ 3,2	+0,7
Bestimmungsfaktoren von (b) [10]								
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1962	.	+ 5,6	+ 4,9	+ 4,9	+ 4,5	+ 3,8	+ 2,7	+2,4
(d) „Konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts	.	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,0	+ 4,0	+ 5,0	+ 5,0	+4,0
(e) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der Steuerquote (13) von der des jeweiligen Vorjahres	.	− 6,0	+ 0,6	+ 3,5	+ 2,2	− 0,7	− 2,9	+1,4
(f) Basiskorrektur: Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der realisierten Staatsquote (17) von der konjunkturneutralen (14) im jeweiligen Vorjahr [11]	.	+ 3,3	− 1,7	− 3,2	− 0,2	+ 0,9	− 1,5	−7,1
(13) Volkswirtschaftliche Steuerquote: $\frac{(6)}{(4)} \cdot 100$	22,97	22,45	22,61	23,63	24,24	24,04	23,21	23,66
(14) Konjunkturneutrale Staatsquote: $\frac{(8)}{(2)} \cdot 100$	28,61	28,09	28,26	29,24	29,85	29,65	28,84	29,28
(15) Beanspruchte Staatsquote: $\frac{(9)}{(2)} \cdot 100$	28,61	29,57	30,41	30,13	30,09	30,72	31,89	30,49
(16) Konjunktureller Impuls, bezogen auf das Produktionspotential in (2) (15) ⁄ (14)	.	+1,48	+2,15	+0,89	+0,24	+1,07	+3,05	+1,21
(17) Realisierte Staatsquote: $\frac{(9)}{(1)} \cdot 100$	28,61	28,57	29,18	29,30	29,57	30,15	30,96	30,69

[1] Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände, Öffa, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen und EG-Anteile. — Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushalts siehe Anhang V.
[2] Schätzung nach Teilergebnissen.
[3] Eigene Schätzung.
[4] Produktionspotential in Preisen von 1962, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.
[5] Produktionspotential in Preisen von 1962, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Vorjahr der „konjunkturneutralen " Erhöhung des Preisniveaus im jeweiligen Jahr.
[6] Normalauslastungsgrad (97,25 vH), zur Definition siehe Anhang V.
[7] Anstelle der in früheren Gutachten verwendeten tatsächlichen Steuereinnahmen (siehe dazu JG 73 Ziffer 213). Bei der Ableitung des konjunkturneutralen Ausgabenspielraums, der durch eine Änderung der steuerlichen Einnahmenregelungen entsteht, bleibt unberücksichtigt, daß die tatsächliche Steuerquote nicht unbedingt derjenigen entsprechen muß, die sich bei Vollbeschäftigung und „konjunkturneutralem" Preisanstieg ergäbe.
[8] Eigenfinanzierte Ausgaben.
[9] Expansiv: +; kontraktiv: —.
[10] Gleichbedeutend mit dem konjunkturellen Impuls auf der Basis der tatsächlichen Preissteigerungen (siehe Anhang V). (b) ergibt sich als Zusammenfassung der Komponenten (c) bis (f). Wegen der überwiegend multiplikativen Verknüpfung der Komponenten ist (b) nicht genau gleich der Summe aus (c) bis (f) (siehe hierzu Anhang V).
[11] Dies entspricht den Komponenten (f) und (g) in Tabelle 18 des JG 71, die aus Vereinfachungsgründen zusammengefaßt worden sind.

217. Ein großer Teil des Defizits in den öffentlichen Haushalten ist nach wie vor konjunkturbedingt. Dies zeigt die Analyse des Finanzierungssaldos (Tabelle 29). Im Zuge der konjunkturellen Erholung sind die Steuereinnahmen zwar stark angestiegen, sie waren aber immer noch um 17½ Mrd DM niedriger, als sie bei einer Normalauslastung der Kapazitäten gewesen wären. Anders als in den letzten Jahren, als der Preisauftrieb jeweils beträchtlich über das als konjunkturneutral angesehene Maß hinausgegangen war und das Steueraufkommen inflationsbedingt aufgebläht hatte, blieb er in

Tabelle 29

Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte

Mrd DM

	1966	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
I. Konjunkturneutrale Komponenten des Finanzierungssaldos								
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme [1]	−7,4	−9,6	−10,8	−12,2	−13,6	−15,1	−16,5	−18,1
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. -mindereinnahmen [2]	−1,1	+3,8	+ 1,2	− 1,3	− 0,1	− 7,7	−22,6	−17,5
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen [3]	.	+5,2	+ 7,1	+ 5,4	+ 3,8	+ 4,4	+ 7,1	− 1,7
(d) Änderungen im Deckungsbeitrag der „Sonstigen Einnahmen" [4]	.	+2,1	+ 2,9	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,2	− 1,3	− 0,5
I. (a) bis (d) Konjunkturneutraler Finanzierungssaldo [5] (= Finanzierungssaldo des konjunkturneutralen Haushalts)	−8,5	+1,4	+ 0,4	− 6,8	− 9,4	−18,2	−33,3	−37,8
II. Tatsächlicher Finanzierungssaldo ohne konjunkturpolitische Sondersteuern und Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	−8,5	−8,3	−15,6	−14,3	−11,6	−29,3	−68,1	−53,0
IIa. Tatsächlicher Finanzierungssaldo einschließlich konjunkturpolitischer Sondersteuern und Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	−8,5	−6,0	−12,0	−20,0	− 9,7	−26,7	−68,2	−57,0
I. ⁄ II. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte (expansiv: +; kontraktiv: −)	.	+9,8	+16,0	+ 7,5	+ 2,2	+11,1	+34,8	+15,2
I. ⁄ IIa. Konjunktureller Impuls unter Einrechnung der konjunkturpolitischen Sondersteuern und Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	.	+7,5	+12,3	+13,2	+ 0,4	+ 8,5	+34,9	+19,2

[1] Errechnet aus dem des Basisjahres, abzüglich 1966, und mit dem Anstieg des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen fortgeschrieben. Die Größe (a) stellt eine Zusammenfassung der in Tabelle 23 des JG 73 ausgewiesenen konjunkturneutralen längerfristigen Kreditaufnahme und der Änderungen im Deckungsbeitrag dieser Komponente dar. Methodische Erläuterungen siehe Anhang V.

[2] Errechnet als der Teil der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der einer Abweichung der jeweiligen Auslastung des Produktionspotentials vom mittleren Auslastungsgrad (97,25 vH) zuzurechnen ist. Nicht berücksichtigt ist dabei, daß die jeweilige Steuerquote auslastungsbedingt von der „konjunkturneutralen" Vollbeschäftigungsquote abweichen kann.

[3] Errechnet als der Teil der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der einem Anstieg des Preisniveaus zuzurechnen ist, insoweit dieser über die „konjunkturneutrale" Steigerungsrate hinausgeht (bzw. hinter ihr zurückbleibt). Nicht berücksichtigt ist dabei, daß die jeweilige Steuerquote von der „konjunkturneutralen"

[4] Errechnet als Abweichung der tatsächlichen „Sonstigen Einnahmen" von dem Betrag, der zur Deckung eines gegenüber dem Basisjahr 1966 unveränderten Anteils der konjunkturneutralen Staatsausgaben erforderlich gewesen wäre.

[5] Abweichung in der Summe durch Runden der Zahlen.

diesem Jahr leicht hinter der konjunkturneutralen Vorgabe zurück, woraus sich Steuermindereinnahmen von etwa 1½ Mrd DM errechnen. Zusammen betrugen die konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen also etwa 19 Mrd DM. Diesem Teil des Finanzierungssaldos, der nicht Ergebnis finanzpolitischen Handelns, sondern Reflex einer nach wie vor zu geringen Ausgabeneigung der privaten Haushalte und der Unternehmen ist, messen wir nach dem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts keine konjunkturellen Impulse zu, denn solche Einnahmeausfälle durch Kredite zu finanzieren, ist schon nötig, wenn man prozyklische Ausgabenkürzungen in den öffentlichen Haushalten vermeiden will. Als konjunkturneutral sehen wir auch den Teil des Finanzierungssaldos an, der einer mittelfristig konstanten staatlichen Kreditfinanzierungsquote entspricht. Mit anderen Worten: wir gehen davon aus, daß der private Sektor der Wirtschaft darauf eingerichtet ist, daß der Staat einen bestimmten Anteil des Produktionspotentials mit kreditfinanzierten Ausgaben in Anspruch nimmt. Diesen Teil des Defizits beziffern wir für 1976 mit 18 Mrd DM, so daß die konjunkturneutrale Komponente des Finanzierungsaldos (einschließlich der Änderung im Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen von 0,5 Mrd DM) insgesamt knapp 38 Mrd DM ausmacht. Als konjunkturbedeutsame Komponente des Finanzierungssaldos, die Ausdruck für den konjunkturellen Impuls des öffentlichen Gesamthaushalts ist, bleibt der schon erwähnte Betrag von 15 Mrd DM.

In diesen Rechnungen haben wir die Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974 — ebenso wie in früheren Jahren konjunkturpolitische Sondersteuern — nicht berücksichtigt. Einschließlich dieser Investitionszulage beträgt der konjunkturelle Impuls des öffentlichen Gesamthaushalts in diesem Jahr 19 Mrd DM, das sind fast 16 Mrd DM weniger als im Vorjahr.

218. Bei der Würdigung des konjunkturellen Impulses der Finanzpolitik ist zu bedenken, daß nur eingefangen wird, was in die Haushaltsrechnungen eines Jahres eingeht. Die Veränderung des konjunkturellen Impulses gegenüber dem Vorjahr kann 1976 nur unvollkommen die Veränderung der expansiven Anstöße zum Ausdruck bringen, die von der Finanzpolitik ausgegangen sind. Die konjunkturanregenden Impulse der 1976 ausgezahlten Investitionszulage, die für Aufträge gewährt wurde, die bis zum 30. Juni 1975 vergeben waren, oder der 1976 angefallenen Ausgaben des Konjunkturprogramms vom August 1975, für die die Aufträge größtenteils bis Ende des Jahres 1975 vergeben sein mußten, werden bei der Ermittlung des konjunkturellen Impulses nach der Haushaltsrechnung ausschließlich dem Jahr 1976 zugerechnet, obwohl ihre expansive Wirkung bei der Auftragsvergabe sicher stärker war als bei der kassenmäßigen Abrechnung.

219. Im konjunkturellen Impuls des öffentlichen Gesamthaushalts wird auch ein Teil des antizyklischen Beitrags der Sozialversicherung ausgewiesen. Die Bundesanstalt für Arbeit konnte auch 1976 ihre konjunkturbedingt hohen Leistungen für Arbeitslosenunterstützung nicht allein aus Beitragseinnahmen und Rücklagen finanzieren und mußte deshalb auf Bundeszuschüsse in Höhe von 3 Mrd DM zurückgreifen. Um Fehlurteile hinsichtlich der Zurechnung konjunktureller Impulse auf Gebietskörperschaften und Sozialversicherung zu vermeiden, fassen wir die Haushalte der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung — bereinigt um Doppelzählungen — zu einem gemeinsamen Haushalt zusammen. Der konjunkturelle Impuls dieses gemeinsamen Haushalts war mit 15½ Mrd DM zwar nur wenig höher als der des öffentlichen Gesamthaushalts (Tabelle 30); er ist gegenüber dem Vorjahr aber um gut 3 Mrd DM weniger zurückgegangen als der des öffentlichen Gesamthaushalts.

Bei der Rentenversicherung war der expansive Impuls 1976 stärker als im Vorjahr. Die an den Durchschnitt der hohen Lohnsteigerungen der Jahre 1972 bis 1974 angepaßten Rentenerhöhungen gingen weit über das Wachstum des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen hinaus. Die Beitragsquote hingegen stieg nur unwesentlich infolge der Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen; die Beitragssätze blieben unverändert.

Die expansiven Impulse der von der Bundesanstalt für Arbeit gezahlten Arbeitslosenunterstützung wurden 1976 viel stärker durch kontraktiv wirkende Beitragserhöhungen kompensiert als 1975. Während die Beiträge an die Bundesanstalt für Arbeit 1975 nur um 0,3 Prozentpunkte angehoben worden waren, trat ab 1. Januar 1976 eine Erhöhung des Beitragssatzes von 2 vH auf 3 vH in Kraft.

220. Wenn auch die expansiven Impulse, die nach dem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts der Finanzpolitik des Jahres 1976 zugerechnet werden, überzeichnet sein mögen — sei es weil sie nach den Haushaltsrechnungen ermittelt sind, sei es weil mit dem Jahr 1966 als Basis für die mittelfristigen Bezugsgrößen gerechnet wurde —, so ist doch nicht zu verkennen, daß die konjunkturelle Erholung durch die zwar verminderte, aber doch nach wie vor hohe Ausgabeneigung der Gebietskörperschaften und den antizyklischen Beitrag der Sozialversicherungen abgestützt wurde. Als der Aufschwung steiler einsetzte als erwartet, konnte der Staat durch verstärkte Ausgabenkürzungen die expansiven Impulse mindern und seine Konsolidierungsaufgabe vorantreiben; bedenklich ist aber, daß er dabei die ohnehin restriktiv geplanten Ausgaben für öffentliche Investitionen nicht ausnahm. Trotzdem scheinen die Privaten noch nicht ganz davon überzeugt zu sein, daß das strukturelle Defizit im Haushalt der Gebietskörperschaften in absehbarer Zukunft vollständig abgebaut werden wird. Zweifel wurden vor allem dadurch genährt, daß Bund und Länder sich nicht auf eine Konsolidierungsstrategie für die Jahre nach 1976 einigen konnten.

Tabelle 30

Gemeinsamer Haushalt der öffentlichen Hand in konjunktureller Sicht [1])

Mrd DM

	1966	1973	1974	1975 [2])	1976 [3])
(1) Produktionspotential in jeweiligen Preisen [4])	509,7	954,5	1 058,8	1 176,1	1 244,9
(2) Produktionspotential bei „konjunkturneutraler" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Jahr	509,7	938,0	1 039,2	1 141,7	1 252,8
(3) Ausgaben bei gleicher Ausgabenquote wie im Basisjahr 1966	186,1	342,5	379,4	416,8	457,4
(4) Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials	495,7	912,2	1 010,6	1 110,3	1 218,3
(5) Vollbeschäftigungseinnahmen aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen bei gleicher Steuer- und Beitragsquote wie im Basisjahr 1966	156,7	288,3	319,5	351,0	385,1
(6) Vollbeschäftigungseinnahmen aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen bei gleicher Steuer- und Beitragsquote wie im jeweiligen Jahr [5])	156,7	324,0	360,6	391,9	439,3
(6a) nachrichtlich: tatsächliche Einnahmen aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen [5])	155,1	329,5	355,7	368,4	410,0
(7) Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuer- und Beitragsquote (6) ⁄ (5)	.	35,7	41,1	40,9	54,2
(8) Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (3) + (7)	186,1	378,2	420,5	457,7	511,6
(9) Tatsächliche Staatsausgaben	186,1	372,3	429,0	489,6	527,2
(10) Konjunktureller Impuls (9) ⁄ (8)	.	−5,9	+ 8,5	+31,9	+15,6
(11) Veränderung des konjunkturellen Impulses gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	.	.	+14,4	+23,4	−16,3

[1]) Gebietskörperschaften (siehe Tabelle 28), gesetzliche Rentenversicherung, gesetzliche Krankenversicherung, Arbeitsförderung, Zu- öffentlicher Dienst und landwirtschaftliche Alterskasse.

[2]) Schätzung nach Teilergebnissen.

[3]) Eigene Schätzung.

[4]) Zur Erläuterung der Begriffe siehe Tabelle 28.

[5]) Ohne konjunkturpolitische Sondersteuern und Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974 und ohne Nachentrichtungsbeiträge (1973: 1 Mrd DM; 1974: 1,2 Mrd DM; 1975: 1,9 Mrd DM; 1976: 2,5 Mrd DM).

Quelle: BMF und BMA

Konsolidierung und mittelfristige Finanzplanung

221. Die Vorstellungen über den Konsolidierungsbedarf des Staates gehen nach wie vor auseinander. Überzogene Konsolidierungsforderungen, die sich allein an dem hohen Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts orientiert hatten, wurden vielfach revidiert, als mit dem Anziehen der Konjunktur einsichtig wurde, daß ein Teil des Defizits konjunkturelle Ursachen hatte und insoweit im Laufe des Aufschwungs auch weiterhin abgebaut wird.

Von dem Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts im Jahre 1975 von 68 Mrd DM waren 26 Mrd DM konjunkturbedingt gewesen (Tabelle 31): rund 17 Mrd DM waren auf konjunkturbedingte Steuermindereinnahmen entfallen, 2 Mrd DM auf Ausgaben für Konjunkturprogramme und 7 Mrd DM auf Finanzhilfen an die Bundesanstalt für Arbeit. Bereinigt um diese konjunkturellen Einflüsse hatte der Finanzierungssaldo also 42 Mrd DM betragen. Das Defizit braucht jedoch insoweit nicht konsolidiert zu werden, als die private Wirtschaft darauf eingestellt ist, daß der Staat stets einen Teil seiner Ausgaben durch Kredite finanziert. In Anwendung unseres Konzepts zur konjunkturellen Beurteilung der Finanzpolitik, des konjunkturneutralen Haushalts, hatten wir für 1975 für diese mittelfristige Normalverschuldung des Staates einen Betrag von 16½ Mrd DM angesetzt. Der verbleibende Teil des Defizits — wir haben ihn als strukturelles Defizit bezeichnet — bedarf der Konsolidierung. Im Jahre 1975 waren es dem Betrag nach 25½ Mrd DM gewesen; rund 8 Mrd DM weniger, als wir im vergangenen Jahr geschätzt hatten (JG 75 Ziffer 424). Im Jahre 1976 hat sich das strukturelle Defizit beträchtlich verringert, auf etwa 8 Mrd DM.

222. *In der Diskussion um den Konsolidierungsbedarf ist strittig, inwieweit das um konjunkturelle Einflüsse bereinigte Defizit des Staates als nichtkonsolidierungsbedürftig angesehen werden kann. Die Forderung, daß es in voller Höhe konsolidiert werden sollte, bedeutete, daß der Staat mittelfristig bei einer Normalauslastung des Produktionspotentials keine Ausgaben durch Kredite finanzieren dürfte, daß vielmehr alle Staatsausgaben durch Einnahmen aus Steuern, Gebühren und Beiträgen gedeckt sein müßten. Das aber ist sicher nicht notwendig.*

Die Entscheidung darüber, wie der Staat mittelfristig seine Ausgaben finanzieren soll, ob durch Steuern oder durch Kredite, muß auf längere Sicht in erster Linie unter wachstumspolitischen, strukturpolitischen und verteilungspolitischen Gesichtspunkten entschieden werden. Bei der hier verwendeten Definition des strukturellen Defizits dominieren stabilitätspolitische Gesichtspunkte. Danach ist eine Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgaben auch dauerhaft insoweit unbedenklich, als die Privaten an diese Kreditfinanzierung gewöhnt sind. Eine allmähliche Veränderung dieser nicht konjunkturell bestimmten und nicht konjunkturbedeutsamen laufenden Staatsverschuldung schließen wir keineswegs aus (JG 75 Ziffer 428).

Tabelle 31

Das strukturelle Defizit der öffentlichen Haushalte [1])

Mrd DM

	1975	1976 [2])
(1) Finanzierungssaldo [3])	68,2	57,0
(2) Konjunkturbedingte Steuermindereinnahmen (auslastungsbedingte und inflationsbedingte Steuerminder- bzw. Steuermehreinnahmen einschließlich der Änderungen im Deckungsbeitrag der Sonstigen Einnahmen) [4])	16,8	19,7
(3) Steuermindereinnahmen durch Verrechnung der Investitionszulage nach dem Konjunkturprogramm vom Dezember 1974	0,1	4,0
(4) Konjunkturbedingte Sonderausgaben		
Ausgaben für Konjunkturprogramme	1,9	4,5
Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit	7,3	3,0
(5) Um konjunkturelle Einflüsse bereinigtes Defizit (1) ⁄ (2) ⁄ (3) ⁄ (4)	42,1	25,8
(6) Potentialorientierte Kreditaufnahme	16,5	18,1
(7) Strukturelles Defizit (5) ⁄ (6)	25,6	7,7

[1]) Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände, ERP-Sondervermögen, Lastenausgleichsfonds und EG-Anteile.
[2]) Eigene Schätzung.
[3]) Einschließlich Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974.
[4]) Siehe Tabelle 29 I b bis d.

223. Wie der Staat die Konsolidierungsaufgabe bewältigen wollte, hatte er in seinen mittelfristigen Finanzplänen darzulegen. Ein mittelfristiger Finanzplan für den öffentlichen Gesamthaushalt, an dem aufgezeigt werden könnte, was an Konsolidierung in der Finanzplanung angelegt ist, liegt nicht vor. Hier kann nur auf die Finanzpläne des Bundes und der Länder eingegangen werden. Diese sahen für den Planungszeitraum 1975 bis 1979 einen Abbau ihrer Defizite von insgesamt 62 Mrd DM im Jahre 1975 auf insgesamt 16½ Mrd DM 1979 vor. Der Bund plante neben einer starken Drosselung der Expansion seiner Ausgaben eine Erhöhung bei der Mehrwertsteuer, der Tabaksteuer und der Branntweinsteuer. Während die Länder einer Anhebung der Tabaksteuer um 18 vH und der Branntweinsteuer um 20 vH zum 1. Januar 1977 zustimmten — wodurch 1977 Steuermehreinnahmen von insgesamt 1,3 Mrd DM erwartet werden —, lehnten sie mehrheitlich eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ab. Eine Einigung zwischen den Gebietskörperschaften über die in Zukunft einzuschlagende Konsolidierungsstrategie steht noch aus.

224. Die Kürzungen der Ausgabensätze gegenüber dem vorhergehenden Finanzplan trafen vor allem die Investitionsausgaben und die Personalausgaben. Die von Bund und Ländern bis 1979 geplanten jährlichen Investitionsausgaben liegen unter dem Niveau von 1975. Für die Personalausgaben sind im Finanzplan des Bundes von 1975 bis 1979 durchschnittliche jährliche Zuwachsraten von 5 vH vorgesehen, in denen der Länder von weniger als 6 vH. Wenn die Personalkostenentwicklung in diesem Rahmen gehalten werden soll, wird entweder der Personalbestand des Staates beträchtlich verringert werden müssen, oder die Lohn- und Gehaltsanhebungen im öffentlichen Dienst müssen in den kommenden Jahren deutlich unter denen der Privatwirtschaft bleiben. Denn der Planung des Bundes liegt für den unvermeidbaren Preisanstieg für die Jahre 1974 bis 1979 eine jahresdurchschnittliche Zuwachsrate von 5 vH bis 5½ vH zugrunde, und unter solchen Umständen wäre es völlig unrealistisch zu erwarten, daß der Anstieg der Löhne und Gehälter in der privaten Wirtschaft in diesem Rahmen bleibt. Da gesetzliche Maßnahmen zur Reduzierung der Verwaltungsaufgaben, die einen geringeren Personalbestand auf Dauer möglich machen würden, bisher fehlen, ist die Skepsis verbreitet, daß die Personalausgaben zu niedrig angesetzt worden sind. Eine Bestätigung finden diese Zweifel darin, daß 1976 der Bund bereits im Haushaltsplan, die Länder im Haushaltsvollzug bei den Personalausgaben die Ansätze ihrer mittelfristigen Finanzplanung überschreiten.

225. Insgesamt gesehen ist das Vertrauen, das die privaten Haushalte und Unternehmen in die Konsolidierung setzen, noch nicht gefestigt, obwohl 1976 mehr von der Konsolidierungsaufgabe bewältigt ist, als in den Finanzplänen vorgesehen war. Abgesehen von der Ungewißheit über bevorstehende Steuererhöhungen wird bezweifelt, daß der Staat eine restriktive Ausgabenpolitik durchsetzt, wenn der Druck der leeren Kassen nachläßt, zumal Kürzungen zunächst dort vorgenommen wurden, wo sie am leichtesten durchsetzbar waren, und damit die Struktur der Ausgabenansätze nicht unbedingt an den künftigen Erfordernissen ausgerichtet ist (Ziffern 346 ff.).

226. Verstärkt wird die Skepsis dadurch, daß es bisher nur zu einem geringen Teil gelungen ist, überzeugende Konsolidierungskonzepte für die Sozialversicherung und für die Bundesbahn zu entwickeln und ihre Realisierung in Angriff zu nehmen. Die Probleme in diesen Bereichen haben wir im letzten Jahr ausführlich erörtert (JG 75 Ziffern 344 ff.).

Bei der Bundesanstalt für Arbeit ist eine durchgreifende Verbesserung der finanziellen Lage eingetreten. Die konjunkturelle Belebung machte weniger Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung erforderlich, und infolge der Erhöhung des Beitragssatzes stiegen die Einnahmen so kräftig, daß trotz einer noch hohen Arbeitslosenquote seit Juni 1976 bereits wieder ein leichter Einnahmenüberschuß erzielt wurde. Bei der Krankenversicherung zeichnete sich zwar eine Dämpfung des rapiden Anstiegs der Ausgaben ab; eine grundlegende Lösung der Probleme der Krankenkassen ist aber nicht in Sicht. Die Probleme der Rentenversicherung haben sich seit dem letzten Jahr verschärft und drängen auf eine Lösung (Ziffern 432 ff.).

227. Bei der Deutschen Bundesbahn hat die konjunkturelle Erholung zwar zu einem höheren Verkehrsaufkommen und damit zu einer leichten Verbesserung der Ertragslage geführt; der Bedarf an Zuwendungen des Bundes stieg aber weiterhin an. Im Jahre 1976 dürften es 10 Mrd DM sein, 1977 wird der Zuschußbedarf noch wesentlich höher liegen; eine Tendenzwende ist nicht in Sicht. Die Bundesbahn hat Anfang des Jahres im Auftrag der Bundesregierung ihre Vorstellungen für ein betriebswirtschaftlich optimales Streckennetz erarbeitet. Die Durchsetzung dieses Vorschlags würde das Netz der Bundesbahn um mehr als 40 vH reduzieren. Die Eisenbahner haben dagegen protestiert, ebenso die von den vorgesehenen Streckenstillegungen betroffenen Gemeinden und Regionen. Die Bundesregierung hat den Bericht der Bundesbahn an einen Staatssekretärsausschuß verwiesen, der fünf Vierteljahre Zeit hat, um eine Vorlage zu erarbeiten.

Fiskalische Lasten der Rezession

228. Die konjunkturelle Erholung hat die Lasten der Rezession für viele verringert, und der Fortgang des Aufschwungs baut diese Lasten weiter ab, auch beim Staat. Die hohe Kreditaufnahme, die notwendig geworden war, um konjunkturbedingte Einnahmenausfälle und konjunkturstützende Mehrausgaben zu finanzieren, wird die öffentlichen Haushalte aber noch lange belasten.

In den Jahren 1974 bis 1976 gingen 57 Mrd DM weniger Steuern und weniger Beiträge ein, als dies bei Vollbeschäftigung der Fall gewesen wäre. Die Bundesanstalt für Arbeit hat über 25 Mrd DM für

Arbeitslosenunterstützung und Kurzarbeitergeld ausgezahlt, davon 10 Mrd DM Bundesmittel. Der Staat wendete zur Rezessionsbekämpfung im Rahmen seiner Konjunkturprogramme etwa 9 Mrd DM für Zuschüsse und Zulagen an Private auf, um deren Ausgabeneigung zu beleben. Allein diese Posten ergeben einen Betrag von 76 Mrd DM, der als Kreditaufnahme der Rezession zuzurechnen ist; verzinst mit nur 7 % ergäbe sich hieraus bereits eine Zinsbelastung der künftigen Haushalte von mehr als 5 Mrd DM jährlich. Nicht eingerechnet sind dabei die staatlichen Investitionsausgaben, die zur Konjunkturbelebung vorgezogen wurden und damit vorzeitig Finanzierungskosten verursachen und — sofern die Projekte nicht kostendeckend betrieben werden können — auch vorzeitig durch den Haushalt zu deckende Verluste anfallen lassen. Darüber hinaus hat der Staat durch die Steuer- und Kindergeldreform, die zunächst aufkommensneutral geplant war, die privaten Haushalte nicht zuletzt aus konjunkturpolitischen Erwägungen steuerlich entlastet; in den Jahren 1975 und 1976 um etwa 28 Mrd DM. Soweit diese Steuersenkung nicht dauerhaft gemeint war und durch eine Steuererhöhung zu einem späteren Zeitpunkt kompensiert wird, wäre die zwischenzeitliche Steuererleichterung auf das Konto Rezessionsbekämpfung zu buchen. Auch wenn Steuererhöhungen ausbleiben, so ist doch das Hinausschieben von Ausgabenkürzungen zum Ausgleich der reformbedingten Steuerausfälle als konjunkturpolitische Maßnahme zu werten.

Diese Zinsbelastung der künftigen Haushalte, die infolge der Kreditaufnahme zur Rezessionsbekämpfung entstanden ist, geht nur zurück, wenn die Kredite aus laufenden Einnahmen getilgt werden.

229. Um Fehlinterpretationen zu vermeiden, sei hier darauf hingewiesen, daß die fiskalischen Lasten selbstverständlich keinen vollen Aufschluß darüber geben, welche Kosten der Volkswirtschaft aus der Rezession erwachsen sind (die, soweit sie Ausdruck einer Stabilisierungskrise war, bei rechtzeitigem stabilitätskonformem Verhalten aller hätte vermieden werden können). Die volkswirtschaftlichen Kosten resultieren aus der anhaltenden Arbeitslosigkeit und der Unterauslastung der Sachkapazitäten. Sie wären noch höher ausgefallen, hätte die Finanzpolitik nicht expansiv gehandelt oder hätte sie gar eine Anpassung der öffentlichen Ausgaben an die verminderten Einnahmen vorgenommen. Gering schätzen darf man jedoch nicht, in welchem Maße die hohen fiskalischen Dauerlasten der Rezession für lange Zeit entweder die Erfüllung von Staatsaufgaben behindern oder eine erhöhte Steuerquote erfordern werden. Die hohen Staatsdefizite haben in der Rezession zwar keine großen Finanzierungsprobleme aufgeworfen; aufgrund der rezessionsbedingten Staatsverschuldung sind aber Ansprüche an die Zukunft entstanden (in Form von Vermögenstiteln in der Hand von Privaten und deren Zinsansprüchen), die nicht durch investive Aufwendungen, die eine Leistungsabgabe in der Zukunft erwarten lassen, gedeckt sind. Der Entstehungsgrund war vorwiegend Konsum.

Anders gewendet: Soweit der Staat Vermögen in Privathand schafft (durch Kreditaufnahme), mit dem er das Durchhalten von Konsum finanziert, entsteht die Aufgabe, dieses Vermögen früher oder später zurückzufordern — oder der private Sektor muß sich daran gewöhnen, bei gegebenen Staatsausgaben dauernd weniger Staatsleistungen zu bekommen (wegen des erhöhten Anteils der Zinszahlungen an den öffentlichen Ausgaben) oder dauernd höhere Steuern zugunsten der Staatsgläubiger zu zahlen. Zurückfordern hieße: Der Staat zahlt aus zeitweise erhöhten Steuern die Rezessionsschulden zurück.

In allen Fällen wird die Zukunft durch die auf Konsum zurückgehende Staatsverschuldung dann erheblich vorbelastet, wenn die Grenzen für eine Erhöhung der staatlichen Abgabenlast ohnehin erreicht sind und zusätzlicher Kapitaldienst deshalb auf Kosten dringender Staatsaufgaben gehen muß. Es geht um nicht geringe Beträge. Eine dauernde zusätzliche Zinslast des Staates in Höhe von 5 Mrd DM absorbiert schon das Aufkommen aus einem Prozentpunkt Mehrwertsteuer. Kurz: eine volkswirtschaftlich kostenfreie Form der Rezessionsbekämpfung durch die Finanzpolitik gibt es nicht. Es kann immer nur darum gehen, die kurzfristigen Vorteile (Schlimmeres verhüten, die akute Lage bessern) gegen die Vorbelastung der Zukunft abzuwägen und dies auch bei der Wahl der Mittel zu bedenken, also vor allem die Illusion zu meiden, die „volkswirtschaftlichen Kosten" staatlicher Defizite seien in der Rezession allemal gering oder gar Null — jedenfalls insoweit, als diese Defizite nicht Investitionen, sondern das Durchhalten von Konsum finanzieren müssen.

Erfahrungen aus der Rezessionsbekämpfung

230. Die Finanzpolitik hat in der Rezession zunächst davon abgesehen, die Entlastung der privaten Haushalte durch die Steuerreform, der die Inflation eine besondere Dringlichkeit verliehen hatte, durch Einsparung von Ausgaben oder steuerliche Belastung an anderer Stelle zu kompensieren. Sie hat darüber hinaus durch Konjunkturprogramme auf vielfältige Weise eine konjunkturelle Belebung herbeizuführen versucht. Im September 1974 einigten sich Bund und Länder auf Zuschüsse für kommunale Baumaßnahmen und zusätzliche Investitionsausgaben des Bundes. Bereits im Dezember 1974 verabschiedete die Bundesregierung ein weiteres Programm mit Investitionen des Bundes, einer Investitionszulage, Lohnkostenzuschüssen und Mobilitätszulagen sowie einer Verlängerung der Höchstdauer für Kurzarbeitergeld von 12 auf 24 Monate. Im August 1975 stellten Bund und Länder Mittel für bundeseigene Investitionen, für kommunale Infrastrukturinvestitionen und für Stadtsanierungsprogramme, für die Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen und für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereit. Ein Sonderprogramm des Bundes im Januar 1976 sah Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und für die Milderung der Jugendarbeitslosigkeit vor. Im November 1976 schließlich wurde ein arbeitsmarktpolitisches Programm verabschiedet, das neben weiteren Arbeits-

beschaffungsmaßnahmen und Berufsbildungsmaßnahmen für Jugendliche, Mobilitätshilfen, Umzugs- und Einrichtungsbeihilfen, Eingliederungshilfen und arbeitsfördernde Maßnahmen für Schwerbehinderte zum Inhalt hat.

231. Obwohl in diesen Konjunkturprogrammen zusätzliche Investitionsausgaben von mehr als 6 Mrd DM vorgesehen waren, sind die öffentlichen Investitionen der Gebietskörperschaften 1975 kaum gestiegen, 1976 sogar zurückgegangen. Man muß aber einräumen, daß dank der Konjunkturprogramme die Investitionsausgaben insgesamt immerhin auf dem 1974 stark angestiegenen Niveau gehalten werden konnten. Dies ist nur dadurch erreicht worden, daß die Gemeinden, die zwei Drittel aller öffentlichen Sachinvestitionen tätigen, an den Konjunkturprogrammen beteiligt wurden.

Da die Gemeinden in ihren Personalausgaben und bei ihren Einkommens- und Vermögensübertragungen weitgehend durch die Länder gebunden sind, bleibt ihnen Spielraum für Veränderungen ihrer Ausgabenpolitik in erster Linie bei den Investitionen. Für die Konjunktursteuerung wäre deshalb viel gewonnen, wenn erreicht werden könnte, daß die Gemeinden ihre Investitionsausgaben verstetigen (Ziffer 352). Dies ist in den Jahren 1975 und 1976 nicht gelungen, wenn auch ein so großer Einbruch wie 1966/67 verhindert wurde.

Erschwert wird ein kontinuierliches Ausgabenverhalten der Gemeinden dadurch, daß ihre Steuereinnahmen zyklisch schwanken. Bund und Länder haben die konjunkturbedingten Einnahmeausfälle nur zu einem geringen Teil ausgeglichen. Was sie den Gemeinden durch die Konjunkturprogramme zufließen ließen, wurde vielfach bei anderen Zuweisungen gekürzt. Die Zahlungen von Bund und Ländern insgesamt waren 1975 um 8½ vH gestiegen, 1976 betrug die Zunahme nur etwa 5 vH. Unabhängig davon machen haushaltsrechtliche Vorschriften, die die zulässige Kreditaufnahme der Gemeinden in vielen Ländern an den Überschuß des Verwaltungshaushalts binden, einen Ausgleich konjunkturbedingter Steuerausfälle durch Kreditaufnahme teilweise unmöglich; denn die Steuerausfälle mindern den Überschuß des Verwaltungshaushalts und damit die Verschuldungsmöglichkeiten. Von den Gemeinden wird zudem nicht erwartet werden können, daß sie ihre Haushaltspolitik in gleichem Maße an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung orientieren wie Bund und Länder, lokale Gesichtspunkte dominieren zwangsläufig. Um so weniger ist zu rechtfertigen, daß ihnen die sowohl nach dem Haushaltsgrundsätzegesetz als auch nach den Gemeindeverordnungen vorgesehenen Orientierungsdaten von den Ländern nur unvollkommen oder gar nicht zur Verfügung gestellt wurden.

232. Bei den meisten Gemeinden war durch die Kürzung von Investitionsausgaben in den Haushaltsplänen ein Vorrat an vergabereifen Projekten entstanden, so daß der Umfang der Konjunkturprogramme jedenfalls nicht durch einen allgemeinen Mangel an solchen Projekten begrenzt war. Soweit im einzelnen dennoch Engpässe aufgetreten sind, ist dies ein Grund mehr für künftige Fälle Vorsorge zu treffen, so etwa auch durch Einschalten privater Planungsbüros.

233. Während die kommunalen Investitionszuschüsse des Konjunkturprogramms vom September 1974 nur zögernd in Anspruch genommen worden waren, stießen die des Programms vom August 1975 auf eine lebhafte Nachfrage. Dies lag zum Teil wohl an einer besseren Vorbereitung und einer Vereinfachung des Verfahrens, vor allem aber auch daran, daß die Verwendungsauflagen weniger eng waren als vorher.

Will man möglichst wenig Projekte fördern, die auch ohne Investitionszuschüsse zum gleichen Zeitpunkt durchgeführt worden wären, will man also den Mitnehmereffekt gering halten, mag es sinnvoll sein, den Katalog der förderungsfähigen Projekte möglichst eng zu begrenzen. Wenn es aber in erster Linie darum geht, aus konjunkturpolitischen Gründen kommunale Investitionsprojekte in Gang zu bringen, deren Durchführung für später vorgesehen war oder für den gegenwärtigen Zeitpunkt zwar geplant war, aber aus Mangel an finanziellen Mitteln verschoben wurde, dann sind Investitionszuschüsse ohne straffe Zweckbindung eine besser geeignete Maßnahme. Sie verzerren nicht die Auswahl der Investitionsprojekte nach ihrer Dringlichkeit, gemessen an den lokalen Gegebenheiten, wie es Verwendungsauflagen tun.

234. Neben den Bundeszuschüssen an die Bundesanstalt für Arbeit in den Jahren 1975 und 1976 in Höhe von insgesamt 10 Mrd DM hat die Bundesregierung im Rahmen der Konjunkturprogramme 1,4 Mrd DM für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bereitgestellt. Der Erfolg der einzelnen Maßnahmen war unterschiedlich (Ziffern 91 ff.), am größten war er bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Diese Mittel flossen in erster Linie an Gemeinden und stellten damit überwiegend Finanzierungshilfen für kommunale Investitionsvorhaben dar.

235. Die Investitionszulage des Dezemberprogramms 1974 hat einen noch stärkeren Rückgang der Investitionsnachfrage verhindert. Sie bewirkte, wie beabsichtigt, daß die Unternehmen geplante Investitionsprojekte vorzogen (Ziffer 73). Eine nachhaltige Belebung der Investitionstätigkeit, die als Folgewirkung des so geschaffenen Anstoßes erhofft worden war, hat sie jedoch anscheinend nicht in Gang setzen können. So ist diese Maßnahme teuer geworden, teurer übrigens als zunächst erwartet. Bereits 1976 wurden mehr als 4 Mrd DM fällig, und in den nächsten Jahren werden nach unseren Schätzungen weitere 3,5 Mrd DM hinzukommen.

236. Die Steuer- und Kindergeldreform, die am 1. Januar 1975 in Kraft trat, brachte den privaten Haushalten beträchtliche steuerliche Entlastung, in den Jahren 1975 und 1976 etwa 28 Mrd DM. Zögerten die privaten Haushalte angesichts der unsicheren Einkommens- und Beschäftigungserwartungen zunächst auch zusätzliche Ausgaben hinaus, so kamen

vom Konsum dann doch in der zweiten Hälfte des Jahres 1975 kräftige Impulse für den einsetzenden konjunkturellen Aufschwung. Auch 1976 war der private Verbrauch eine starke Konjunkturstütze (Ziffern 65 ff.).

237. Das Modernisierungsprogramm vom August 1975 hat wesentlich zur Belebung der Baunachfrage beigetragen (Ziffer 77). Durch die Vergabe der Mittel nach dem „Windhundverfahren", wonach Anträge in zeitlicher Reihenfolge solange berücksichtigt werden, bis die festgesetzte Fördersumme ausgeschöpft ist, wurde erreicht, daß die Zeitspanne zwischen der Verabschiedung des Programms und der Vergabe von Aufträgen kurzgehalten werden konnte, wenn auch die Durchführung des Verfahrens nicht ganz reibungslos funktioniert hat. In einzelnen Bereichen des Ausbaugewerbes sind bereits Engpässe aufgetreten, so daß sich der Staat veranlaßt sah, die Frist für die Fertigstellung der geförderten Baumaßnahmen um zwei Monate zu verlängern.

Die Nachfrage nach zinsbegünstigten Zwischenfinanzierungskrediten für Bausparverträge stieß auf eine weniger stürmische Nachfrage als das Modernisierungsprogramm. Die bereitgestellten Mittel wurden nicht voll ausgeschöpft, es sind aber belebende Impulse auf die Nachfrage im privaten Wohnungsbau davon ausgegangen.

ZWEITES KAPITEL

Die voraussehbare Entwicklung

238. Unsere Prognose für das Jahr 1977 versucht jene Entwicklung zu beschreiben, die wir aus heutiger Sicht bei gegebenem Kurs der Wirtschaftspolitik für die wahrscheinlichste halten. Sie beruht, wie jede Konjunkturprognose, auf statistischen Informationen, auf theoretischen Vorstellungen und auf Erfahrungen aus früheren Konjunkturzyklen sowie auf Annahmen über das Verhalten von privaten Haushalten, Unternehmen und staatlichen Instanzen.

Zur Frage, was Konjunkturprognosen zu leisten vermögen und was nicht, haben wir uns in früheren Gutachten geäußert, ausführlich im vergangenen Jahr (JG 75 Ziffern 237 ff.). Wir haben versucht, zu hohe Erwartungen in bezug auf die Treffsicherheit unserer Prognosen zu dämpfen. Die Aufgabe der Konjunkturprognose sehen wir vor allem darin, daß sie die konjunkturpolitischen Probleme deutlich macht, die aus einer konjunkturellen Entwicklung resultieren, wie wir sie für die wahrscheinlichste halten.

239. Anders als im vergangenen Jahr, als die Talsohle erreicht, die konjunkturelle Situation aber noch so labil war, daß wir in bezug auf den Verlauf und die Intensität der Aufwärtsbewegung keine deutlich beste Setzung wagten, scheint uns diesmal die Basis für die Prognose sicherer. Der Konjunkturaufschwung dauert nun fünf Vierteljahre, und wir erwarten weder eine Ermüdung noch eine Übersteigerung. Von den Rahmenbedingungen her bestehen derzeit gute Chancen, daß sich der Aufschwung stetig fortsetzt.

240. Während wir im vergangenen Jahr den Unsicherheitsbereich bei unserer Prognose durch zwei Alternativrechnungen kenntlich zu machen versuchten, die auf optimistischeren und pessimistischeren Annahmen beruhten, als sie unserer Prognose zugrundelagen, verzichten wir diesmal auf solche Prognosevarianten. Das heißt nicht, daß wir ein anderes Verlaufsmuster ausschließen; die tatsächliche Entwicklung kann von unserer besten Setzung abweichen, nach oben wie nach unten.

241. Hinsichtlich des Verhaltens der Wirtschaftspolitik haben wir eine Fortsetzung des bisherigen auf Erhöhung der Beschäftigung und Verringerung der Inflation gerichteten Kurses angenommen. Unsere Prognose steht also wie üblich unter den Bedingungen des wirtschaftspolitischen Status-quo. Das bedeutet für 1977 im einzelnen:

— Die Geldpolitik verfolgt weiter das Ziel, die Preiserhöhungsspielräume zu verringern, ohne die konjunkturelle Erholung und den Abbau der Arbeitslosigkeit zu behindern. Wie wir an anderer Stelle darlegen, halten wir hierfür eine Ausweitung der (bereinigten) Zentralbankgeldmenge um etwa 6½ vH für angemessen (Ziffern 406 ff.).

— Die Finanzpolitik vermindert die expansiven Impulse der öffentlichen Haushalte. Nach den Haushaltsplanungen rechnen wir damit, daß die Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts um 5 vH steigen werden; darin sind die Ausgaben des Bundes im Rahmen des Arbeitsmarktförderungsprogramms vom November 1976 in Höhe von 430 Mio DM enthalten.

— Die Währungspolitik verzichtet darauf, durch Interventionen den Wechselkurs der D-Mark gegenüber den Währungen außerhalb des Floating-Blocks wider die Marktkräfte zu beeinflussen.

242. Zu den Annahmen unserer Prognose gehört auch, daß die Einkommenspolitik zu Verteilungsergebnissen führt, die zu dem Ziel passen, allmählich zu Vollbeschäftigung zurückzukommen. Dies bedeutet nicht, den Tarifparteien ein Orientierungsdatum oder eine Lohnleitlinie vorzugeben. Vielmehr gehen wir davon aus, daß Gewerkschaften und Arbeitgeber selbst jene Lohnabschlüsse finden, die ein Mehr an Beschäftigung ermöglichen.

243. Beim heutigen Stand der internationalen Arbeitsteilung wird die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik in starkem Maße von der Entwicklung in anderen Ländern mitbestimmt. Dies gilt um so mehr, als der Konjunkturverbund in den letzten Jahren enger geworden ist, Konjunkturschwankungen also rascher von einem Land auf ein anderes übergreifen. Bevor wir uns mit der voraussichtlichen Entwicklung der Binnenkonjunktur beschäftigen, soll zunächst der Verlauf der Weltkonjunktur skizziert werden, wie wir ihn sehen.

I. Die voraussichtliche Entwicklung der Auslandskonjunktur

244. Im Herbst 1976 überwiegen in der Weltkonjunktur die Aufschwungskräfte. Die konjunkturelle Erholung, die in den meisten Industrieländern bis ins Frühjahr hinein rasche Fortschritte gemacht hatte, ist in den letzten Monaten allerdings nur langsam weiter vorangekommen. Der Anstieg von Nachfrage und Produktion hat sich abgeflacht, die Kapazitätsauslastung ist kaum mehr gestiegen, und die Arbeitslosigkeit ist immer noch hoch. Die Preissteigerungen haben sich im ganzen nur zögernd weiter zurückgebildet, das Stabilitätsgefälle zwi-

schen den einzelnen Ländern ist nach wie vor groß. Dies hat die Zahlungsbilanzungleichgewichte wieder schärfer hervortreten lassen.

245. Die ungelösten Stabilisierungsprobleme haben Länder wie Großbritannien, Italien, Frankreich und Dänemark in jüngster Zeit zu Restriktionsmaßnahmen gezwungen, von denen vielerorts befürchtet wird, sie könnten nicht nur den Aufschwung in diesen Ländern selbst hemmen, sondern auch auf die Handelspartner so stark ausstrahlen, daß mit einer erneuten Abschwächung der Weltkonjunktur zu rechnen sei.

Obwohl auch wir hier Risiken sehen, teilen wir eine solche pessimistische Einschätzung nicht. Die Ausgangslage ist, im ganzen gesehen, durchaus günstig, günstiger jedenfalls als vor der Weltrezession. Seit 1974, als die Wirtschaftspolitik überall zunehmender Inflationsgewöhnung begegnen mußte, haben gerade die Länder mit einem besonders hohen Gewicht im Welthandel — die Vereinigten Staaten, Japan und auch die Bundesrepublik — beträchtliche Stabilisierungserfolge bei Preisen und Kosten erzielt und sich so die Basis für einen nachhaltigen Aufschwung geschaffen. Nachdem Konsumenten und Investoren wieder Vertrauen in die weitere Wirtschaftsentwicklung gefaßt haben, dürften die Selbstverstärkungskräfte den Aufschwung dort 1977 in Gang halten. Da noch genügend ungenutzte Produktionsreserven in diesen Ländern vorhanden und Zahlungsbilanzprobleme nicht zu erwarten sind, ist mit monetären oder finanzpolitischen Restriktionen auch dann kaum zu rechnen, wenn die Nachfrage kräftig zunimmt.

246. Die konjunkturellen Impulse, die davon ausgehen, werden auch den „Problemländern" zugute kommen. Zunächst wird deren Export davon profitieren und über dessen expansive Wirkungen auf Produktion, Beschäftigung und Einkommen dann auch die Nachfrage insgesamt. Das wiederum verbessert auch die Absatzchancen ausländischer Anbieter in diesen Ländern und wirkt den dämpfenden Einflüssen der Restriktionsmaßnahmen entgegen, ohne daß dies die Verminderung der außenwirtschaftlichen Defizite behindern muß.

Überdies haben in den letzten Monaten die Importe der Entwicklungsländer wieder zugenommen, nachdem deren Erlöse aus Rohstoffexporten mit der konjunkturellen Belebung in den Industrieländern gestiegen sind. Der Warenaustausch mit diesen Ländern dürfte sich 1977 deutlich verstärken.

247. Ähnliches gilt im Hinblick auf die Ölförderländer. Hier liegen für 1977 indes auch Risiken. Die Ankündigung einer erneuten Anhebung des Ölpreises, über deren Umfang derzeit noch nichts bekannt ist, hat Unsicherheit in den Industrieländern hervorgerufen. Denn wenn auch zu erwarten ist, daß höhere Erlöse der Förderländer den industrialisierten Verbraucherländern größere Ausfuhrchancen eröffnen, so ist doch keineswegs sicher, daß dies für alle gilt. Eine Belastung für die Stabilisierungspolitik, namentlich der zahlungsbilanzschwachen Länder, ergäbe sich allemal.

Wir haben bei unserer Prognose angenommen, daß die weitere Verteuerung des Rohöls nicht über das hinausgeht, was die letzte Anhebung der Kartellpreise für Rohöl vom September 1975 (10 vH) bewirkt hat, also die grundlegenden Tendenzen der Weltkonjunktur nicht ändert.

248. Nimmt man all dies zusammen, so scheint uns eine Fortsetzung der weltweiten konjunkturellen Erholung mit verlangsamtem Tempo am meisten wahrscheinlich. Wir nehmen an, daß das reale Sozialprodukt der westlichen Industrieländer im Durchschnitt des Jahres 1977 um 4½ vH höher sein wird als im laufenden Jahr (Tabelle 32). Trifft dies zu, so ist bei der zunehmenden Verflechtung der Märkte mit einer Ausdehnung des Welthandelsvolumens um etwa 8 vH zu rechnen.

249. In den Vereinigten Staaten und in Japan, die schon in diesem Jahr die höchsten Zuwachsraten des Sozialprodukts zu verzeichnen hatten, dürfte der konjunkturelle Aufschwung auch 1977 wieder am raschesten vorankommen.

Für die Vereinigten Staaten erwarten wir, daß sich nach der deutlichen Verbesserung der Ertragslage die Belebung der privaten Investitionstätigkeit, wie sie bereits im Laufe des Jahres 1976 erkennbar wurde, verstärkt fortsetzen wird. Darüber hinaus dürften die Antriebskräfte des privaten Wohnungsbaus und des Exports unvermindert wirksam bleiben. Die Impulse hingegen, die den Aufschwung in seiner Anfangsphase stark beschleunigt hatten, nämlich die staatliche Ausgabenpolitik, die Verbrauchernachfrage und der Lageraufbau, werden sich vermutlich abschwächen. Daher rechnen wir für 1977 mit einem etwas verlangsamten Anstieg des Sozialprodukts, und zwar um rund 5 vH.

Die konjunkturellen Aussichten der japanischen Wirtschaft scheinen uns besonders günstig. Im Laufe des Jahres 1976 hat die Investitionsneigung der Unternehmen spürbar zugenommen. Neben weiterhin guten Exportaussichten wirken die expansiven Impulse der Finanzpolitik fort, und auch der Lageraufbau ist noch nicht abgeschlossen. Mit steigender Beschäftigung dürfte sich der Anstieg der Verbrauchernachfrage erneut beschleunigen, zumal die Sparquote der privaten Haushalte wohl kaum so hoch bleiben wird, wie sie derzeit noch ist. Mit knapp 7 vH dürfte die Zuwachsrate des realen Sozialprodukts in Japan die aller anderen Industrieländer übertreffen.

250. In der Europäischen Gemeinschaft ist der konjunkturelle Aufschwung mit ungleich größeren Risiken belastet, nachdem sich die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den Partnerländern 1976 erneut verschärft haben.

In Großbritannien hängt die weitere Entwicklung entscheidend davon ab, ob sich nach dem Ende der zweiten Phase der Einkommenspolitik im April 1977 die verteilungspolitischen Konflikte er-

Tabelle 32

Die voraussehbare wirtschaftliche Entwicklung in westlichen Industrieländern

Land	Anteil am Bruttosozialprodukt der OECD-Länder [1]	Anteil am Export der Bundesrepublik	Bruttosozialprodukt (real) [2]		Wareneinfuhr (Volumen) [2]		Verbraucherpreise [2]	
	1975		1976	1977	1976	1977	1976	1977
	vH		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH					
Bundesrepublik Deutschland	10,7	.	+5,5	+4½	+16	+ 9½	+ 4,6	+ 4
Belgien	1,6	7,6	+3,4	+3½	+10	+ 7	+ 9,6	+ 8½
Dänemark	0,9	2,1	+5,0	+2½	+17	+ 8	+ 8,0	+ 7
Frankreich	8,3	11,7	+5,0	+3½	+20	+ 6½	+ 9,5	+ 9
Großbritannien	5,7	4,6	+0,9	+2½	+ 6½	+ 3	+15,0	+16
Irland	0,2	0,3	+3,3	+2	+15	+ 7	+18	+15
Italien	4,3	7,3	+4,5	+3	+10½	+ 2½	+17,0	+13½
Niederlande	2,0	10,0	+4,3	+4	+ 8½	+ 8	+ 9,1	+ 8½
EG-Länder [3]	33,7	43,6	+4,7	+3½	+12½	+ 6	+10	+ 9
Vereinigte Staaten	38,1	5,9	+6,3	+5	+20½	+12	+ 5,0	+ 5½
Japan	12,4	1,1	+5,9	+7	+10	+13	+ 9,6	+ 8½
Kanada	3,4	0,9	+4,8	+4½	+ 9½	+ 8	+ 7,5	+ 6½
Österreich	1,0	4,4	+4,0	+3½	+19½	+ 7	+ 7,5	+ 6½
Schweden	1,7	3,7	+1,3	+3	+ 3	+ 7	+ 9,8	+ 8½
Schweiz	1,4	4,3	+0,5	+2	+ 9	+ 5	+ 1,7	+ 2½
Insgesamt [3]	91,7	70,1	+5	+4½	+13½	+ 8	+ 8½	+ 7½

[1] In Preisen und Wechselkursen von 1975; Quelle: OECD.
[2] Eigene Schätzung aufgrund von Unterlagen internationaler Organisationen.
[3] Bruttosozialprodukt und Preise zusammengewogen mit den Anteilen am nominalen Bruttosozialprodukt der OECD-Länder des Jahres 1975; Einfuhr zusammengewogen mit den Anteilen an der Wareneinfuhr der OECD-Länder insgesamt im Durchschnitt der Jahre 1973 bis 1975.

neut zuspitzen werden. Eine weitere Ungewißheit liegt in den Auswirkungen der Abwertung des Pfundes auf die britische Handelsbilanz. Für allzu ungünstige Annahmen sehen wir nach den Erfahrungen des Jahres 1976 allerdings keinen hinreichenden Anlaß, zumal bei dem inzwischen erreichten Wechselkurs britische Waren vielfach als billig gelten. Unter der Voraussetzung, daß die Wechselkursentwicklung nicht zu neuen Restriktionsmaßnahmen zwingt, rechnen wir mit einem weiteren Anstieg der Ausgabeneigung von Konsumenten und Investoren.

In Italien haben sich Produktion und Nachfrage das Jahr 1976 über vergleichsweise günstig entwikkelt. Im Zuge der währungspolitischen Restriktion gingen sowohl das Handelsbilanzdefizit als auch der Preisauftrieb wieder leicht zurück. Nach wie vor ist aber der Stabilitätsrückstand groß. Da die Zeichen für eine gewisse Mäßigung des Lohnanstiegs nicht schlecht stehen und da sich die Kapazitätsauslastung inzwischen deutlich verbessert hat, ist eine allmähliche Belebung der Investitionsneigung im Laufe des nächsten Jahres aber durchaus wahrscheinlich.

In Frankreich hat sich seit dem Frühjahr der Anstieg der Binnennachfrage am deutlichsten verlangsamt. Die Erwartungen der Unternehmen sind derzeit ungünstiger als zu Jahresbeginn. Trotz der jüngst ergriffenen restriktiven Maßnahmen kann infolge der vergleichsweise kräftigen Erhöhung der verfügbaren Einkommen sowie aufgrund der bereits wieder hohen Kapazitätsauslastung in Teilen der Industrie in den kommenden Monaten mit einer gewissen Belebung der Nachfrage gerechnet werden. Überdies dürfte sich die Wirtschaftspolitik weniger unter dem Druck einer ungünstigen Zahlungsbilanz

sehen, nachdem das Defizit der Handelsbilanz inzwischen vermindert werden konnte, wenn auch nur wenig.

Demgegenüber ist in Dänemark, dessen Zahlungsbilanzprobleme sich 1976 drastisch verschärft haben, in naher Zukunft mit einer verstärkt restriktiven Wirtschaftspolitik zu rechnen. Hier scheinen die Chancen für mehr Beschäftigung und für höhere Einkommen gering.

Für all diese Länder gilt zweifellos, daß sich ihre Exportchancen verbessert haben. Zum einen wurden das Jahr über die Stabilisierungsanstrengungen im Innern verstärkt und dabei die Exportsektoren vielfach begünstigt. Zum anderen ist es inzwischen auch zu erheblichen Wechselkurskorrekturen gekommen, die 1977 nicht ohne Wirkung bleiben dürften. Wir rechnen deshalb damit, daß diese Länder in Anbetracht einer lebhaften Einfuhrtätigkeit der zahlungsbilanzstarken Länder im kommenden Jahr einen mindestens ebenso starken Exportanstieg wie 1976 verzeichnen und hiervon neue konjunkturelle Impulse erhalten werden, die für einen abermaligen Anstieg des Sozialprodukts um ungefähr 3 vH im Jahre 1977 ausreichen müßten. In Großbritannien und in Dänemark dürfte die Zuwachsrate eher darunter, in Italien und in Frankreich eher darüber liegen.

Als vergleichsweise günstig beurteilen wir die konjunkturellen Aussichten der Niederlande. Hier gehen von der Finanzpolitik nach wie vor kräftige Anstöße aus, und auch die Impulse vom Lageraufbau sind noch nicht erschöpft. Steigende Beschäftigung bei unverminderten Exportchancen dürfte die im Jahre 1976 noch verhaltene Ausgabeneigung der Konsumenten und Investoren beleben.

Für die Europäische Gemeinschaft insgesamt rechnen wir — wie für die übrigen Industrieländer — mit einer verlangsamten Fortsetzung des Aufschwungs. Nach einem Anstieg des Sozialprodukts um 4½ vH in diesem Jahr erwarten wir für 1977 eine Zunahme um 3½ vH bis 4 vH.

251. Auch 1977 werden die Preissteigerungsraten in den meisten Ländern noch hoch bleiben. Wir erwarten allerdings, daß sich die inflationären Tendenzen für die Industrieländer insgesamt nochmals leicht abschwächen werden, vorausgesetzt es kommt nicht zu einem sehr kräftigen Ölpreisanstieg. Bedeutsame Angebotsengpässe zeichnen sich noch nicht ab. Auf der Kostenseite dürfte die Verteuerung der Rohstoffeinfuhren nicht über das hinausgehen, was 1976 zu beobachten war. Der Anstieg der Lohnkosten könnte sich sogar noch einmal verlangsamen, da in vielen Ländern mit niedrigeren Tarifabschlüssen als 1976 zu rechnen ist und überall noch erhebliche Produktivitätsreserven bestehen. Von der Kostenseite wie von der Nachfrageseite her stehen die Zeichen also insgesamt nicht ungünstig. Die Gefahr eines verstärkten Preisauftriebs sehen wir vor allem für Italien und für Großbritannien, nachdem sich der Außenwert der Währung dort zuletzt drastisch verschlechtert und damit der Druck der Importkosten erheblich verstärkt hat.

252. Hohe Arbeitslosigkeit wird auch 1977 das konjunkturelle Bild in den Industrieländern bestimmen. Mit einem deutlich höheren Beschäftigungsniveau als 1976 ist im kommenden Jahr lediglich in den Vereinigten Staaten und in Japan zu rechnen. Demgegenüber kann in Großbritannien, in Frankreich und in Italien in Anbetracht der nach wie vor großen Produktivitätsreserven vorerst noch keine nennenswerte Verringerung der Arbeitslosigkeit erwartet werden. Bei einer Fortsetzung der weltweiten konjunkturellen Erholung, so wie wir sie für wahrscheinlich halten, dürften aber auch in diesen Ländern am Ende des Jahres 1977 die Arbeitslosenzahlen deutlich niedriger sein als am Ende des Jahres 1976.

II. Die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur

253. In der Bundesrepublik Deutschland haben sich die Anzeichen für eine Fortsetzung des Aufschwungs in jüngster Zeit verstärkt. Wichtige Konjunkturindikatoren, insbesondere der Auftragseingang bei der Industrie, zeigen nach der Sommerflaute wieder nach oben, andere, wie die industrielle Produktion, nicht mehr nach unten. Der aufgekommene Konjunkturpessimismus dürfte daher keine breite Basis mehr haben.

254. Ein zuversichtliches Konjunktururteil wäre indes kaum gerechtfertigt, gründete es sich nur auf die Konjunkturdaten weniger Monate. Noch wichtiger scheint uns, jene längerfristigen Entwicklungstendenzen ins Bild zu rücken, die ein solches Urteil stützen, was nicht heißt, Einflüsse zu übersehen, die es in Frage stellen können:

— Die Höherbewertung der D-Mark und die Lohnexplosion der frühen siebziger Jahre haben dem deutschen Export zwar Anpassungslasten auferlegt, aber es hat sich gezeigt, daß sich diese in erträglichen Grenzen hielten. Der deutsche Export besteht zum großen Teil aus Waren, die in der Phase weltweiter konjunktureller Erholung stark gefragt sein werden; in der Vergangenheit haben jedenfalls im Aufschwung die deutschen Exporte stets rascher zugenommen als der Welthandel. Dabei übersehen wir nicht die Risiken, die aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten einiger wichtiger Partnerländer herrühren; sie sind bei der Exportprognose ins Kalkül einbezogen worden.

— Die sichtbaren Zeichen der konjunkturellen Erholung haben auch die Zukunftserwartungen der Konsumenten gefestigt. Die Kaufneigung und vor allem auch die Bereitschaft zur Verschuldung sind wieder hoch. An Kaufkraft wird es im nächsten Jahr nicht fehlen, denn zum Einkommenseffekt steigender Reallöhne kommt dann noch der Einkommenseffekt aus steigender Beschäftigung. Überdies werden die Konsumenten nicht nur über höhere Einkommen verfügen, sondern über jene zusätzlichen Gelder, die aus der Freigabe längerfristig gebundener Spargut-

haben stammen. Selbst unter der Annahme, daß ein großer Teil dieses Geldes nicht ausgegeben, sondern wieder angelegt wird, resultiert hieraus ein beachtlicher konjunktureller Impuls.

— Höhere Gewinne und, was wichtiger ist, verbesserte Gewinnerwartungen haben inzwischen das Vertrauen der Investoren in die Rentabilität neuer Investitionsprojekte wieder zum Positiven gewendet, wie die Investitionspläne der Unternehmen erkennen lassen. Auch wenn wir eine neue Welle von Erweiterungsinvestitionen nicht für wahrscheinlich halten, so gibt es doch bei vielen Unternehmen einen aufgestauten Bedarf an Ersatz- und Modernisierungsinvestitionen, die sich wohl nicht mehr lange hinausschieben lassen, wenn nicht Marktanteile aufs Spiel gesetzt werden sollen. Schon jetzt droht in einigen Bereichen eine merkliche Überalterung der Produktionsanlagen, mit allen daraus folgenden Konsequenzen für die Produktivitätsentwicklung.

255. Entscheidend ist freilich, daß sich auch von den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen her die Chancen für einen dauerhaften Aufschwung weiter verbessert haben. Die Erfolge bei der Stabilisierung des Preisniveaus und bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte haben bei der Wirtschaftspolitik und den Privaten gleichermaßen die Überzeugung gestärkt, daß sich Entschlossenheit in den Stabilisierungsbemühungen auszahlt, daß sie das beste Mittel ist, um Wachstum und Beschäftigung für die Zukunft zu sichern.

256. Dies alles zusammengenommen dürfte nach den bisherigen Erfahrungen zu einer wechselseitigen Verstärkung der zyklischen Auftriebskräfte führen: Steigender Export und steigender Verbrauch bedeuten mehr Produktion, mehr Beschäftigung, mehr Einkommen und mehr Investitionen, und das wiederum mehr Verbrauch und mehr Investitionen. Ein solcher Prozeß läuft in der Wirklichkeit zwar nicht ganz so reibungslos ab wie nach der Kreislaufarithmetik, aber daß es ganz anders kommt, hat nichts für sich.

257. Um Mißverständnisse zu vermeiden: Zu unserem Konjunktururteil paßt nicht die Vorstellung von einem Boom, der rasch wieder an Kapazitätsgrenzen stoßen und auch das Problem der Arbeitslosigkeit binnen kurzem beseitigen könnte. Vielmehr entspricht unserer Erwartung ein moderater Aufschwung, der nach und nach an Kraft gewinnt und der sich, nachdem er bislang zu einem erheblichen Teil von den Anstoßwirkungen der Konjunkturprogramme gezehrt hat, allmählich selbst trägt.

258. Unsere Erwartung einer anhaltenden konjunkturellen Belebung stützt sich nicht zuletzt auf eine alles in allem zuversichtliche Einschätzung der Weltkonjunktur (Ziffern 244 ff.).

Es entspricht der bisherigen Erfahrung, daß unter der Konstellation eines internationalen Konjunkturgleichschritts die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik von der Entwicklung in den Partnerländern mitgezogen wird, so wie sie ihrerseits diese mitzieht. Wir gehen deshalb davon aus, daß die Ausfuhr in die westlichen Industrieländer insgesamt erneut kräftig zunehmen wird, wenn auch bei weitem nicht mehr so stark wie von 1975 auf 1976.

Einen beschleunigten Anstieg erwarten wir bei der Ausfuhr in die Entwicklungsländer und in die Ölförderländer. Bei zunehmendem Verbrauch von Rohstoffen und Mineralöl und bei steigenden Preisen werden sich deren Deviseneinnahmen wieder deutlich erhöhen und Raum geben für vermehrte Importe von Industriegütern. Hingegen werden die Exporte in die Staatshandelsländer, denen es nach wie vor an Devisen mangelt, nur wenig zunehmen.

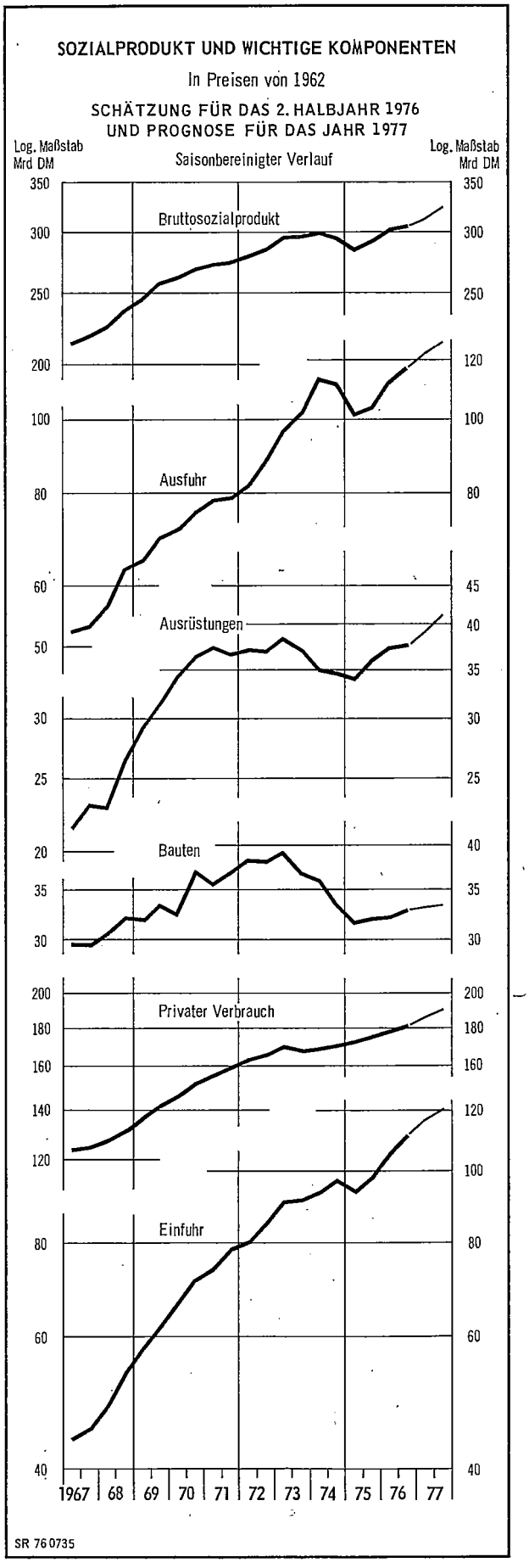
259. Insgesamt rechnen wir für den Jahresdurchschnitt 1977 mit einer Zunahme des Exportvolumens (Waren und Dienste) um 9 vH, nach 11½ vH im Jahre 1976 (Tabelle 33). Dies bedeutet nicht nur eine Abschwächung im Jahresdurchschnitt, sondern auch im Jahresverlauf (Schaubild 31). Zwar scheint von der Weltkonjunktur her eine solche Entwicklung nicht zwingend. In Anbetracht der erheblichen Risiken, die sich aus den Zahlungsbilanzschwierigkeiten einiger wichtiger Partnerländer ergeben, halten wir jedoch eine vorsichtige Einschätzung der Exportentwicklung für geboten.

260. Der private Verbrauch wird eine wichtige Konjunkturstütze bleiben. Auch wenn die tarifpolitischen Entscheidungen für das nächste Jahr noch ausstehen und bislang nicht festliegt, welche Schritte in der Frage der Konsolidierung der Rentenversicherung unternommen werden, so kann man doch davon ausgehen, daß das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte — nicht zuletzt wegen der Zunahme der Beschäftigung — merklich stärker expandieren wird als 1976. Allein daraus ergäbe sich — eine unveränderte Sparquote unterstellt — eine spürbare Belebung der Verbrauchskonjunktur. Wie erwähnt kommt hinzu, daß im nächsten Jahr längerfristig gebundene, prämienbegünstigte Spareinlagen in einer Größenordnung von 20 Mrd DM zusätzlich frei werden, von denen mit Sicherheit ein beträchtlicher Teil ausgegeben wird, der sich allerdings im voraus nur schwer abschätzen läßt.

In unserer Rechnung haben wir die Zuwachsrate der privaten Verbrauchsausgaben im Jahresdurchschnitt auf etwa 9 vH veranschlagt. Dies bedeutet nach der verhältnismäßig schwachen Expansion in den letzten Monaten auch eine Beschleunigung des realen Verbrauchs.

261. Angesichts auch mittelfristig verbesserter Absatz- und Gewinnerwartungen scheint die Annahme berechtigt, daß die weitere Belebung der Nachfrage und die Zunahme der Kapazitätsauslastung die Unternehmen veranlassen wird, ihren Attentismus in bezug auf die Erweiterung der Kapazitäten allmäh-

Schaubild 31



lich aufzugeben; erste Indizien dafür gibt es jedenfalls schon.

Für unsere Einschätzung der Investitionsneigung spricht, daß die Unternehmen 1976 wieder deutlich höhere Erträge erwirtschaften konnten und daß sich bei den Annahmen unserer Prognose ihre Ertragslage auch 1977 weiter verbessern wird (Ziffern 409 ff.). Bei tendenziell nachgebenden Realzinsen für Geldkapital dürfte es für sie daher wieder attraktiver werden zu investieren.

Eine weitere Belebung der Investitionsneigung deutet sich auch in den bekanntgewordenen Planungen der Unternehmen an. Nach dem Ifo-Investitionstest beabsichtigten im Spätsommer 40 vH aller Unternehmen der verarbeitenden Industrie im nächsten Jahr mehr, 34 vH gleichviel und 26 vH weniger zu investieren als 1976. Dies liefe zwar auf eine nur geringe Ausweitung des Investitionsvolumens hinaus, doch muß man, um die Tendenzwende besser sichtbar zu machen, auch die Entwicklung in den zurückliegenden Jahren in den Blick rücken. Im Zeitraum von 1972 bis 1975 hatten die Unternehmen in jedem Jahr die Investitionen reduziert. Außerdem: Wie hoch die Investitionsbudgets für 1977 wirklich ausfallen werden, wird in den meisten Fällen erst Anfang des nächsten Jahres entschieden. Wir gehen davon aus, daß es noch zu nennenswerten Planrevisionen nach oben kommt, wenn sich die Konjunktur weiter festigt.

Allerdings erwarten wir nicht, daß auch nur ein Teil von dem, was in den letzten Jahren zu wenig investiert worden ist, binnen kurzer Zeit nachgeholt werden wird; für einen Investitionsboom wie nach der Rezession von 1967 sehen wir derzeit keine Anzeichen. Wir gehen vielmehr davon aus, daß sich die in letzter Zeit erkennbare Belebung der Investitionsneigung im bisherigen Tempo fortsetzt. Dabei werden jene Faktoren an Gewicht verlieren, die 1975 und 1976 die Investitionskonjunktur gestützt haben, insbesondere die konjunkturpolitischen Maßnahmen, und es werden jene an Gewicht zunehmen, die sich aus dem besseren Konjunkturklima herleiten. Bei den realen Ausrüstungsinvestitionen rechnen wir im Jahresdurchschnitt 1977 mit einer Zuwachsrate von 7½ vH.

262. Unsere Einschätzung vom Verlauf der Investitionskonjunktur basiert auf der Annahme, daß die Lohnpolitik ihren im vergangenen Jahr eingeschlagenen Kurs beibehält. Bei den anstehenden Tarifverhandlungen scheint es zwar nicht mehr, wie bei der vorangegangenen Lohnrunde, vorwiegend um einen Inflationsausgleich zu gehen, sondern auch darum, den Arbeitnehmern von vornherein eine Beteiligung am Produktivitätszuwachs zu sichern. Doch gibt es bislang keine Anzeichen dafür, daß die Lohnsteigerungsraten im kommenden Jahr erheblich über jenen liegen werden, die in diesem Jahr vereinbart wurden, zumal die Inflationsrate weiter gesunken ist und weiter sinken dürfte.

Bei unserer Prognose haben wir für den Jahresdurchschnitt 1977 eine Zunahme der effektiven Stundenverdienste, einschließlich aller Nebenleistungen, wie Ausgleich für Verkürzung der Arbeitszeit

Tabelle 33

Die wichtigsten Daten der Volkswirt

Schätzung für das 2. Halbjahr 1976

Absolute Werte

	Einheit	1975	1976	1977	1976		1977	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts								
In jeweiligen Preisen:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	580,2	628,0	685,0	299,0	329,0	325,0	360,0
Staatsverbrauch	Mrd DM	221,2	237,5	256,0	109,5	128,0	118,0	138,0
Bruttoanlageinvestitionen	Mrd DM	221,1	236,5	256,0	110,6	126,0	118,0	138,0
Ausrüstungen	Mrd DM	100,6	110,0	122,0	52,6	57,5	57,0	65,5
Bauten	Mrd DM	120,4	126,5	134,0	58,0	68,5	61,0	72,5
Vorratsveränderungen	Mrd DM	− 4,1	+13,0	+15,0	+13,2	±0	+13,5	+ 1,5
Außenbeitrag	Mrd DM	+25,3	+21,5	+25,5	+12,3	+9,5	+12,0	+13,5
Ausfuhr	Mrd DM	294,0	335,0	377,5	159,9	175,0	181,5	195,5
Einfuhr	Mrd DM	268,7	313,5	352,0	147,6	165,5	169,5	182,5
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	1 043,6	1 137,0	1 237,5	544,5	592,5	586,5	651,0
In Preisen von 1962:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	346,5	358,5	376,5	171,8	187,0	179,5	197,0
Staatsverbrauch	Mrd DM	87,0	89,5	91,5	43,0	46,5	44,0	47,5
Bruttoanlageinvestitionen	Mrd DM	133,3	139,5	146,5	66,0	73,5	68,5	78,5
Ausrüstungen	Mrd DM	69,6	74,5	80,0	36,1	38,5	38,0	42,0
Bauten	Mrd DM	63,7	65,0	66,5	29,9	35,5	30,5	36,0
Ausfuhr	Mrd DM	204,9	229,0	249,5	110,9	118,0	121,0	128,5
Einfuhr	Mrd DM	192,4	217,5	237,0	104,3	113,0	115,5	121,5
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	576,6	608,0	636,5	296,0	312,0	306,5	330,0
Preisentwicklung								
Privater Verbrauch	1962=100	167,5	175,0	182,0	174,1	176,0	180,5	183,0
Bruttosozialprodukt	1962=100	181,0	187,0	194,5	184,0	190,0	191,0	197,5
Entstehung des Sozialprodukts								
Erwerbstätige [1]	1 000	25 303	25 040	25 200	24 948	25 135	24 965	25 425
Arbeitszeit	Stunden	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitsvolumen	Mrd Std.	.	.	.	.	.	.	.
Produktivität	DM je Std.	.	.	.	.	.	.	.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962	Mrd DM	577,8	609,0	637,5	296,3	312,5	307,0	330,5
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	569,3	611,5	665,5	290,8	320,5	316,5	349,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	228,3	261,5	288,0	125,3	136,0	132,5	155,5
nachrichtlich: Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer	DM	22 390	24 110	25 940	11 540	12 570	12 460	13 480
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	Mrd DM	797,5	873,0	953,5	416,1	456,5	449,0	504,5
Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	355,4	371,0	399,5	181,0	190,0	195,0	204,5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	179,1	204,5	226,0	98,5	106,0	103,0	123,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	Mrd DM	689,1	735,0	796,5	349,2	385,5	378,5	418,0

[1]) Ab 2. Hj. 1976 eigene Schätzung.
[2]) Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.

schaftlichen Gesamtrechnungen

Tabelle 33

und Vorausschau auf das Jahr 1977

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1975	1976	1977	1976		1977	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
In jeweiligen Preisen:							
Privater Verbrauch	+ 8,9	+ 8	+ 9	+ 9,1	+ 7½	+ 8½	+ 9½
Staatsverbrauch	+11,6	+ 7½	+ 8	+ 7,9	+ 7	+ 8	+ 8
Bruttoanlageinvestitionen	− 1,3	+ 7	+ 8	+ 7,7	+ 6½	+ 7	+ 9½
Ausrüstungen	+ 6,2	+ 9½	+11	+11,8	+ 7	+ 8	+14
Bauten	− 6,8	+ 5	+ 5½	+ 4,3	+ 6	+ 5½	+ 6
Vorratsveränderungen		.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	− 1,6	+14	+12½	+11,6	+16	+13½	+12
Einfuhr	+ 3,8	+16½	+12½	+14,5	+18½	+15	+10
Bruttosozialprodukt	+ 4,7	+ 9	+ 9	+ 9,5	+ 8½	+ 7½	+10
In Preisen von 1962:							
Privater Verbrauch	+ 2,6	+ 3½	+ 5	+ 3,8	+ 3½	+ 4½	+ 5½
Staatsverbrauch	+ 3,9	+ 3	+ 2½	+ 3,5	+ 2	+ 2½	+ 2½
Bruttoanlageinvestitionen	− 4,1	+ 5	+ 5	+ 5,8	+ 4	+ 3½	+ 6
Ausrüstungen	+ 0,4	+ 7	+ 7½	+ 9,5	+ 5	+ 5	+10
Bauten	− 8,6	+ 2½	+ 2	+ 1,6	+ 3	+ 2	+ 2½
Ausfuhr	− 8,7	+11½	+ 9	+10,7	+12½	+ 9½	+ 9
Einfuhr	+ 0,8	+13	+ 9	+11,7	+14	+10½	+ 7½
Bruttosozialprodukt	− 3,2	+ 5½	+ 4½	+ 5,9	+ 5	+ 3½	+ 5½
Preisentwicklung							
Privater Verbrauch	+ 6,1	+ 4½	+ 4	+ 5,2	+ 4	+ 4	+ 4
Bruttosozialprodukt	+ 8,1	+ 3½	+ 4	+ 3,4	+ 3	+ 4	+ 4
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige [1]	− 3,3	− 1	+ ½	− 1,7	− ½	+ 0	+ 1
Arbeitszeit [2]	− 1,5	+ 1½	− 0	+ 1,2	+ 1½	± 0	− ½
Arbeitsvolumen	− 4,7	+ 0	+ ½	− 0,5	+ 1	+ 0	+ ½
Produktivität	+ 1,5	+ 5	+ 4½	+ 6,1	+ 4	+ 3½	+ 5
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962	− 3,3	+ 5½	+ 4½	+ 5,6	+ 5	+ 3½	+ 5½
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+ 4,1	+ 7½	+ 9	+ 6,3	+ 8½	+ 9	+ 9
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 3,8	+14½	+10	+20,0	+10	+ 5½	+14½
nachrichtlich: Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer	+ 7,0	+ 7½	+ 7½	+ 7,3	+ 8	+ 8	+ 7
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	+ 4,0	+ 9½	+ 9	+10,1	+ 9	+ 8	+10½
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+ 3,6	+ 4½	+ 7½	+ 3,0	+ 5½	+ 7½	+ 7½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 6,2	+14	+10½	+20,3	+ 8½	+ 4½	+16½
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 9,7	+ 6½	+ 8½	+ 6,0	+ 7	+ 8½	+ 8½

und Verlängerung des Urlaubs, Zahlung von Überstundenzuschlägen, Aufstockung vermögenswirksamer Leistungen und strukturelle Verbesserungen, um 7½ vH eingesetzt. Diese Steigerungsrate darf nicht, dies muß mit allem Nachdruck betont werden, mit jener — niedrigeren — Rate verwechselt werden, die sich bei den anstehenden Tarifverhandlungen für die einzelnen Abschlüsse ergeben mag. Sie ist vielmehr jene Rate, um die sich die Arbeitsleistung, je Stunde gerechnet, gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich verteuern wird. Je Kopf gerechnet ergibt sich bei unseren Annahmen über die bezahlte Arbeitszeit und die bezahlten Arbeitstage eine etwa gleich hohe Steigerungsrate.

263. Da 1977 nicht noch einmal ein ähnlich großer Produktivitätszuwachs zu erwarten ist, wie in diesem Jahr — wir veranschlagen die Zunahme des Produktionsergebnisses je Erwerbstätigenstunde auf 4 vH bis 4½ vH, nach gut 5 vH im Jahre 1976 —, dürften die Lohnstückkosten wieder etwas stärker steigen. Höhere Reallohnsteigerungen bei geringerem Produktivitätszuwachs sind indes durchaus mit einer — wenn auch im Vergleich zu 1976 deutlich verlangsamten — Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen vereinbar.

Nach unseren Schätzungen wird zwar die Summe der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 1977 nur wenig stärker zunehmen (+ 10 vH) als die Summe der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (+ 9 vH), doch gibt dies aus zwei Gründen kein zutreffendes Bild von der Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen: In der Zuwachsrate der Einkommen aus unselbständiger Arbeit schlägt sich neben dem höheren Lohn, den die Unternehmen je Arbeitsstunde zu zahlen haben, auch die Zunahme der Anzahl der Beschäftigten sowie die Veränderung der Arbeitszeit nieder. Hingegen wird die Zuwachsrate des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen dadurch gedrückt, daß die Vermögenseinkommen, das heißt die Einkünfte aus Mieten, Pachten und Zinsen, weniger steigen als die Gewinne der Unternehmen im engeren Sinne. Diese werden erneut deutlich zunehmen, und zwar nicht nur, weil die Produktion steigt, sondern auch, weil sich die Gewinnmargen weiter verbessern.

264. Der sich abzeichnende deutliche Anstieg der Unternehmergewinne rechtfertigt es freilich nicht, für das kommende Jahr die Gefahr einer Gewinnexplosion ins Bild zu rücken. Unter den gegebenen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, knappe Geldversorgung und verschärfter Wettbewerb aus dem Ausland, werden die Preiserhöhungsspielräume recht eng sein — enger als 1976.

Der Erwartung sinkender Inflationsraten im Aufschwung mag die Erfahrung entgegenstehen, daß in Zeiten anziehender Konjunktur im In- und Ausland der Preiswettbewerb eher abnimmt als zunimmt. Diese Erfahrung stammt jedoch aus der Zeit trendmäßig steigender Inflationsraten, als sich die Inflation über den Zyklus hinweg beschleunigte. Sie braucht sich nicht zu wiederholen, solange die Inflationserwartungen abwärts gerichtet sind und die Wirtschaftspolitik dem durch ihr Handeln Nachdruck verleiht. Anders ausgedrückt: Die Vorstellung einer konjunkturellen Beschleunigung des Preisauftriebs widerspricht nicht der Vorstellung einer trendmäßigen Verlangsamung — auf den Saldo kommt es an. Zudem ist der Nachfrageanstieg, den wir erwarten, keineswegs so kräftig und die Kapazitätsauslastung nicht schon so hoch, als daß es sich für die Unternehmen in ihrer Mehrzahl nicht mehr lohnte, über den Preis um die Nachfrage zu konkurrieren.

265. Bei den Verbraucherpreisen rechnen wir auch 1977 mit einer weiteren Beruhigung. Dabei gehen wir davon aus, daß sich der Preisanstieg vor allem bei industriell gefertigten Verbrauchsgütern weiter abschwächt. Hoffnungen auf geringere Preissteigerungsraten sind auch daraus zu schöpfen, daß die Preise für Nahrungsmittel deutlich langsamer steigen dürften als in diesem Jahr; bei Gemüse und Kartoffeln sind sogar kräftige Preisabschläge zu erwarten, bessere Ernten vorausgesetzt.

Ohne die steuerbedingte Verteuerung von Tabak und Branntwein würden wir damit rechnen, daß die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 1977 um rund 3½ vH höher sind als 1976; einschließlich der Steuererhöhung rechnen wir mit einem Anstieg um knapp 4 vH.

266. Erneut wird die Konjunktur durch die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherungen gestützt werden. Wie in den vergangenen Jahren werden am stärksten die Leistungen der Sozialversicherungen zunehmen, so daß sich deren Defizit um 8 Mrd DM auf 13 Mrd DM erhöht (Tabelle 34).

Die Gebietskörperschaften werden wegen des konjunkturellen Aufschwungs, aber auch wegen der Erhöhung der beiden Verbrauchsteuern, zwar fast 11 vH mehr an Steuern einnehmen als 1976 (die Investitionszulage jeweils abgezogen), doch werden sie ihre Ausgabenexpansion wohl weiter zügeln, um die Fehlbeträge in den Haushalten möglichst klein zu halten. Wir rechnen damit, daß sie die Ausgaben um 5 vH erhöhen. Das Defizit wird sich dann um 12½ Mrd DM auf 44½ Mrd DM verringern. Davon stehen nach dem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts 13 Mrd DM für den expansiven Impuls (Ziffern 444 ff.). Da der geplante Ausgabenzuwachs weitgehend durch den Anstieg der Personalausgaben und der Zinszahlungen für die wachsende Staatsschuld ausgeschöpft wird, bleibt für andere Ausgaben wenig Spielraum. Die Investitionsausgaben, zumeist Ausgaben für Bauten, werden also weiter gekürzt werden.

267. Nicht zuletzt wegen der schrumpfenden Investitionsbudgets des Staates rechnen wir mit keiner Belebung der Baukonjunktur. Die realen Bauinvestitionen werden aller Voraussicht nach 1977 nur um 2 vH zunehmen und damit noch schwächer als in diesem Jahr (2½ vH).

Wie 1976 findet die Baukonjunktur auch 1977 im Wohnungsbau und im gewerblichen Bau ihre Stüt-

Tabelle 34

Einnahmen und Ausgaben des Staates [1])

Schätzung für das Jahr 1976 und Prognose für das Jahr 1977

	1975	1976	1977
	Mrd DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Einnahmen insgesamt	440,2	+11½	+ 8½
Steuern	247,2	+11½	+ 9½
Sozialversicherungsbeiträge	155,9	+11½	+ 9
Sonstige laufende Einnahmen	24,7	+ 2½	− 3
und Abschreibungen	12,4	+18½	− 6
Ausgaben insgesamt	501,5	+ 8	+ 6½
Staatsverbrauch	221,2	+ 7½	+ 8
Einkommensübertragungen	201,1	+ 8	+ 7½
Private Haushalte	175,0	+ 8½	+ 7½
Unternehmen und übrige Welt	26,1	+ 6½	+ 7½
Zinsen	13,9	+26	+20
Vermögensübertragungen	24,3	+20	− 4
Investitionen	41,0	− 4	− 2½
		Mrd DM	
Finanzierungssaldo [2])	−61,3	−51	−46½
Sozialversicherung	− 3,4	− 5	−13
Gebietskörperschaften	−58,0	−46	−33½
Nachrichtlich:			
Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik			
Einnahmen [3])	296,0	325	357½
Steuern [3])	242,2	265	293½
Sonstige Einnahmen	53,8	60	64
Ausgaben	364,1	382	402
Finanzierungssaldo [2])	−68,1	−57	−44½

[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (einschließlich Sozialversicherung).
[2]) Überschuß: +, Defizit: −.
[3]) Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974 verrechnet.

ze. Hier ist schon auf Grund des Auftragsüberhangs mit einer merklichen Produktionszunahme zu rechnen. Zudem kann man wohl erwarten, daß sich die in den letzten Monaten wieder leicht abwärts gerichtete Nachfrageentwicklung umkehren wird. Ein weiterer Rückgang des Kapitalzinses und — was nicht weniger wichtig ist — eine Verbesserung der Einkommenserwartungen wird die Nachfrage nach Wohnungen und insbesondere nach Eigenheimen anregen; die wachsende Bereitschaft der Unternehmen zur Kapazitätserweiterung wird die Nachfrage nach gewerblichen Bauten beleben. Hingegen zeichnet sich bei den Bauaufträgen der öffentlichen Hand allenfalls eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau ab; da außerdem wegen des kräftigen Nachfragerückgangs in diesem Jahr die Auftragsbestände verhältnismäßig gering sind, rechnen wir hier mit einem spürbaren Rückgang der Bautätigkeit.

268. Erweist sich unsere Einschätzung der Entwicklung der einzelnen Nachfragebereiche als zutreffend, so wird sich die Zusammensetzung der Gesamtnachfrage nicht entscheidend ändern. Der Anteil der konsumtiven Ausgaben (Privater Verbrauch und Staatsverbrauch) wird von 73,7 vH auf 73,5 vH

zwar leicht zurückgehen, freilich zugunsten einer Erhöhung des Außenbeitrags und nicht, wie es eher erwünscht wäre, zugunsten der Investitionen im Inland. Die Investitionsquote, das heißt der Anteil der Anlageinvestitionen am Sozialprodukt, bleibt mit 23,0 vH auf ihrem Tiefstand.

269. Bei der angenommenen Nachfrageentwicklung wird es zu einer spürbaren Ausweitung der Produktion kommen: Das reale Sozialprodukt, das in den Sommermonaten nicht mehr zugenommen hatte, wird erneut expandieren, und zwar mit einer Rate, die deutlich höher ist als die Wachstumsrate des an den Sachkapazitäten gemessenen Produktionspotentials. Der Auslastungsgrad wird also weiter steigen. Abgesehen von einigen Teilbereichen, in denen die Kapazitäten schon gut ausgelastet sind, ist allerdings nicht zu erwarten, daß es schon 1977 zu Kapazitätsengpässen kommt.

Den Zuwachs des realen Sozialprodukts veranschlagen wir für 1977 im Jahresdurchschnitt auf 4½ vH. Bei einem Wachstum des Produktionspotentials von 2½ vH (Ziffer 401) steigt also der Auslastungsgrad von 91½ vH auf 93½ vH; er bleibt damit — wiederum im Jahresdurchschnitt betrachtet — um gut 3½ Prozentpunkte unter der Normalauslastung.

270. Der Import wird wieder deutlich stärker zunehmen als das Angebot aus inländischer Produktion. Entsprechend der Ausweitung der Industrieproduktion wird sich die Einfuhr von Rohstoffen und Vorprodukten kräftig erhöhen. Eine deutliche Steigerung erwarten wir mit fortschreitender Belebung der Verbrauchs- und Investitionskonjunktur auch bei der Einfuhr von Fertigwaren. Insgesamt rechnen wir für den Jahresdurchschnitt 1977 mit einer Zuwachsrate des Importvolumens (Waren und Dienste) von 9 vH, nach 13 vH im Jahre 1976. Die deutliche Abschwächung in der Jahreszuwachsrate hängt mit den stark gestiegenen Einfuhren von Rohstoffen und Mineralöl in den letzten Monaten des Jahres 1976 zusammen, mit denen offenbar in Erwartung von Preissteigerungen spekulative Läger aufgebaut worden sind. In den ersten Monaten des Jahres 1977 dürfte es dann zu einer entsprechenden Reaktion kommen, wenn diese Läger wieder abgebaut werden.

271. Obwohl die Unternehmen, um die Produktion zu steigern, in Zukunft wieder zusätzliche Arbeitskräfte einstellen müssen, rechnen wir nicht damit, daß die Arbeitslosigkeit schon 1977 auf ein erträgliches Maß zurückgeht.

Eine zuverlässige Aussage darüber, wie viele Arbeitslose im nächsten Jahr wieder in den Erwerbsprozeß eingegliedert werden können, ist allerdings nicht möglich. Sie hängt nicht zuletzt davon ab, mit welchen Absatzerwartungen die Unternehmen nicht nur kurzfristig rechnen, ob sie also zusätzliche Arbeitskräfte einstellen oder ob mehr Überstunden geleistet werden; aber auch davon, wieviel neue Arbeitsplätze als Ersatz für diejenigen Arbeitsplätze geschaffen werden, die in den letzten Jahren weggefallen sind.

Bei unserer Prognose sind wir davon ausgegangen, daß durch das arbeitsmarktpolitische Programm der Bundesregierung eine nennenswerte Zahl von Arbeitsplätzen zusätzlich besetzt werden kann, doch gilt es übertriebene Erwartungen zu dämpfen. Alles in allem rechnen wir damit, daß am Jahresende 1977 die Anzahl der Arbeitslosen um rund 250 000 niedriger sein wird als am Jahresende 1976; da es zu einem verstärkten Rückgang aber wohl erst in der zweiten Jahreshälfte kommen wird, ergibt sich daraus für den Jahresdurchschnitt 1977 noch einmal eine Arbeitslosenzahl in einer Größenordnung von 900 000, nach 1 060 000 im Jahre 1976.

DRITTES KAPITEL
Konsolidierung und wachstumspolitische Vorsorge

TEIL A
Mehr investieren

I. Selbstheilungskräfte zu schwach?

272. Die Aufgabe der Jahre 1973 bis 1976 war, einen schweren inflatorischen Infekt zu überwinden, die Herausforderung der internationalen Erdölkrise zu bestehen, die Auswirkungen der Weltrezession zu bekämpfen und bei alledem die privaten und öffentlichen Ansprüche so zurückzuschneiden, daß die Voraussetzungen für eine einigermaßen spannungsfreie Expansion wieder gegeben sind. Die Aufgabe der kommenden Jahre ist, die neugewonnenen Chancen zu nutzen und möglichst rasch und dauerhaft auch wieder Vollbeschäftigung zu erreichen. Waren es in der Vergangenheit die Finanzpolitik und die Lohnpolitik, die im Vordergrund des kritischen Interesses standen, so sind es die Unternehmer und deren arbeitsplatzschaffende Investitionen, auf die sich jetzt im Zusammenhang mit dem Beschäftigungsziel die Aufmerksamkeit besonders richtet.

273. Noch vor einem Jahr, am Tiefpunkt der Rezession und danach, hatte die unbefriedigende Lage die wirtschaftliche Zukunft so stark verdunkelt, daß ungünstige Aussichten auf kurze Sicht bei sehr vielen Menschen in einen Pessimismus auf lange Sicht umschlugen. Der Sachverständigenrat hat damals ins Bewußtsein zu rücken versucht, daß die deutsche Volkswirtschaft von ihrer Konstitution her weiterhin gute Wachstums- und Beschäftigungschancen habe, daß zwar noch schwierige Aufgaben anstünden, aber doch lösbare. Beginn und Tempo des konjunkturellen Aufschwungs in seiner Frühphase haben diese Zuversicht vorläufig gerechtfertigt. Die Belebung der Produktionstätigkeit lag an der Obergrenze dessen, was vor einem Jahr für wahrscheinlich zu halten war. Nicht zuletzt: Abermals hat sich die deutsche Industrie auf den internationalen Märkten als wettbewerbsfähig erwiesen.

Mit der Zuversicht, daß die anstehenden Aufgaben lösbar sind, war jedoch nicht die Vorstellung verbunden, mit der Überwindung der Rezession sei erst einmal alles Wichtige getan und die Rückkehr zu Vollbeschäftigung könne in Ruhe abgewartet werden. Die mittelfristigen Ursachen der Arbeitslosigkeit standen von vornherein der Erwartung entgegen, daß diese rasch und vollständig verschwinden wird.

Noch Unsicherheit

274. In der Tat hat der seit mehr als einem Jahr anhaltende Konjunkturaufschwung die deutsche Wirtschaft dem Ziel kaum nähergebracht, das gegenwärtig am stärksten verletzt ist: dem hohen Beschäftigungsstand. Eine deutliche Wende am Arbeitsmarkt ist ausgeblieben. Um einen Produktionszuwachs von $5^1/_2$ vH zu erzielen, bedurfte es nur weniger zusätzlicher Arbeitskräfte. Der Prozeß der Erweiterungsinvestitionen mag nicht in Gang kommen. Die Situation im Herbst 1976 ist nicht frei von Enttäuschung und Unsicherheit, obwohl der Produktionszuwachs im Jahre 1976 stärker ausfallen wird, als zu Beginn des Jahres erwartet wurde, und obwohl vorauszusehen war und vorausgesehen worden ist, daß nach einer so starken Rezession wie der von 1975 nicht so rasch Engpässe in der Produktion dazu zwingen würden, Arbeitskräfte einzustellen.

275. Die Enttäuschung hat ihren Grund vor allem darin, daß die Produktion nach dem steilen Anstieg in den ersten Monaten des Jahres nur noch langsam expandiert. Anlaß zur Sorge bietet insbesondere der Investitionsattentismus, den selbst die Unternehmen an den Tag legen, denen der Aufschwung bereits eine hohe Kapazitätsauslastung gebracht hat. Die teilweise sehr kräftige Expansion der Exportnachfrage vermag anscheinend die Expansionserwartungen nicht ausreichend zu stimulieren, weil sie von Unsicherheiten überschattet wird, die aus der Zahlungsbilanzsituation wichtiger westeuropäischer Partnerländer und anderen ungelösten Problemen der Weltwirtschaft resultieren. Zweifel werden laut, ob die Selbstheilungskräfte im nationalen wie im internationalen Wirtschaftssystem überhaupt stark genug sind, daß die Unternehmen die Investitionschancen finden, die hohe Wachstumsraten sichern, und die neuen Arbeitsplätze schaffen können, die einen hohen Beschäftigungsstand ermöglichen.

276. Diese Unsicherheit hat mittelfristige Beschäftigungs- und Wachstumsprobleme wieder deutlicher hervortreten lassen. Es verstärkt sich der Eindruck, daß die Rezession und Entwicklungen, die ihr vorausgegangen sind, doch mehr an Schäden materieller wie immaterieller Art hinterlassen haben, als in einem normalen Aufschwung wieder behoben werden kann.

Der materielle Schaden besteht darin, daß die Rezession allem Anschein nach eine Lücke an Arbeitsplätzen in unserer Volkswirtschaft hinterlassen hat. Arbeitsplätze, die wegen der Investitionsschwäche nicht entstanden oder durch Strukturwandel wettbewerbsunfähig geworden sind, müssen neu geschaffen oder ersetzt werden, bevor für jeden Arbeitswilligen wieder eine Stelle vorhanden ist. Diese Aufgabe dürfte die Elastizität unserer Wirtschaft stark beanspruchen, zumal der Strukturwandel, den es zu bewältigen gilt, mehr als bisher auf unbekanntes Terrain zu führen scheint.

277. Der immaterielle Schaden ist darin zu sehen, daß bittere Erfahrungen die Verhaltensweisen der Investoren verändert haben und Zukunftsvertrauen noch nicht recht haben aufkommen lassen. Sollte die Vorstellung sich ausbreiten, daß Investitionszurückhaltung im Aufschwung die beste Versicherung gegen Absatzkrisen ist und daß Erweiterungsinvestitionen am besten erst dann vorgenommen werden, wenn die Auftragsbücher überquellen, so wäre der unternehmerische Elan dahin, der bis Anfang der 70er Jahre immer wieder einen zu Vollbeschäftigung passenden Produktionsapparat hatte entstehen lassen. Noch spezifischer: Wenn die mittelfristigen Risiken im Investitionskalkül so hoch bewertet werden, daß nur noch Projekte zum Zuge kommen, die sich schneller amortisieren als früher, muß die Gesellschaft auf einen Teil des Mehrertrags verzichten, den Produktionsumwege bringen können. Unsicherheit verursacht hohe Kosten.

Lohnniveau und Beschäftigung

278. Der Sachverständigenrat hat in seinem letzten Jahresgutachten auf die Schlüsselrolle hingewiesen, die der Lohnpolitik im Hinblick auf den Abbau der Arbeitslosigkeit, und gerade der nichtkonjunkturellen, zukommt.

Konjunkturell bestimmt mag man den Teil der Arbeitslosigkeit nennen, der mit der Nachfrageexpansion im Verlauf des konjunkturellen Aufschwungs allmählich von selbst verschwindet, wenn für zunehmende Produktion zusätzliche Arbeitskräfte benötigt werden, die dann entweder an schon vorhandenen oder an neuen, durch Investitionen geschaffenen Arbeitsplätzen eingesetzt werden.

Der nichtkonjunkturelle Teil der Arbeitslosigkeit wird häufig pauschal als „strukturelle" Arbeitslosigkeit bezeichnet. Dies führt oftmals zu Mißverständnissen. Denn zu nichtkonjunktureller Arbeitslosigkeit kommt es auch dadurch, daß sich das Kostenniveau einer Volkswirtschaft nicht vollbeschäftigungskonform entwickelt. Verlangen die einsatzwilligen Produktionsfaktoren zusammen mehr für ihre Dienste als sie insgesamt produzieren und ist der Weg in die Inflation versperrt oder wird die Inflation von vornherein einkalkuliert, so kann ein Teil von ihnen nicht eingesetzt werden. Das gilt auch und gerade für den Preis für Arbeit, den gesamtwirtschaftlich mit Abstand bedeutendsten Kostenfaktor. Insoweit Arbeitslosigkeit entsteht, weil der Zuwachs der Lohnkosten (gesamtwirtschaftlich gesehen, also einschließlich der in den Preisen der Vorprodukte enthaltenen Lohnanteile) den Marktwert des dem Faktor Arbeit zurechenbaren Produktanteils zu übersteigen droht, so daß keine zusätzlichen Arbeitskräfte eingestellt werden können oder vorhandene entlassen werden müssen, insoweit sollte man nicht von „struktureller" Arbeitslosigkeit sprechen. In einem erweiterten Sinne des Wortes kann man sie Mindestlohnarbeitslosigkeit nennen. Wohlgemerkt: Solche Mindestlohnarbeitslosigkeit entsteht auch in der Form, daß ein zu hohes Lohnniveau den Strukturwandel forciert, aber eben mit der Wirkung, daß in wachstumsschwachen Bereichen der Schrumpfungsprozeß beschleunigt und in wachstumsstarken Bereichen der Expansionsprozeß gehemmt wird. Hier handelt es sich um das, was der Sachverständigenrat im letzten Jahresgutachten „unechte Strukturprobleme" genannt hat (JG 75 Ziffer 317 ff.). Daneben gibt es vom konkreten Anlaß her Arbeitslosigkeit, die man nicht einfach auf konjunkturelle Umstände oder allgemein überhöhtes Lohnniveau zurückführen mag. Sie hängt oft mit nicht ausreichender Anpassung des Arbeitsangebots an die Struktur der Nachfrage- und Produktionsbedingungen und deren dauernden Änderungen zusammen, seien diese Änderungen nun binnenwirtschaftlich oder außenwirtschaftlich bestimmt.

279. Eine quantitative Unterscheidung zwischen den Arten der Arbeitslosigkeit vorzunehmen, ist nicht möglich. Schon der Umfang der konjunkturellen Arbeitslosigkeit ist mit keiner Methode verläßlich zu bestimmen, erst recht nicht, wenn man von solcher Schätzung verlangt, daß sie dasjenige Quantum an Arbeitslosigkeit identifiziert, das durch spontane Erweiterungsinvestitionen im Aufschwung beseitigt wird, ohne daß es zuvor zu einer konjunkturellen Übersteigerung der Nachfrageexpansion kommt, die dann neue Stabilitätsprobleme aufwirft und damit einen neuen konjunkturellen Rückschlag in sich trägt. Wie groß er auch sei — allenfalls für diesen Teil der Arbeitslosigkeit ist die Globalsteuerung, die nach Möglichkeit für eine Verstetigung der Nachfrageexpansion sorgen soll, zuständig. Überdies ist schon die Unterscheidung zwischen Mindestlohnarbeitslosigkeit und konjunktureller Arbeitslosigkeit unscharf. Konjunkturelle Bewegungen in der Veränderung des Lohnniveaus tragen dem Rechnung. Und umgekehrt reduziert die konjunkturelle Flexibilität der Lohnpolitik den Bedarf an Globalsteuerung.

280. Im Bereich der Mindestlohnarbeitslosigkeit ist zudem weiter zu differenzieren. Von Mindestlohnarbeitslosigkeit im engeren Sinne spricht man, wenn die am Markt durchgesetzten Vorstellungen über die zumutbare Untergrenze für die Bezahlung von Arbeit in vielen Bereichen so hoch liegen, daß Arbeitsplätze für einfache Arbeit unrentabel werden, und wenn für die dort freigesetzten Arbeitskräfte auch anderswo keine Nachfrage besteht.

281. An einer solchen Stelle, an der Wertvorstellungen ins Spiel kommen, wird auch die Unschärfe in der Abgrenzung zwischen Mindestlohnarbeitslosigkeit und „struktureller Arbeitslosigkeit" deutlich.

— Eine klare und durchaus nicht abwegige Auffassung ist: In einer Marktwirtschaft kann es den Fall einer mehr als nur vorübergehenden unfreiwilligen Arbeitslosigkeit eigentlich gar nicht geben, außer wenn für Arbeit ein zu hoher Preis festgelegt ist.

— So weit geht jedoch heute kaum jemand mehr. Nach ziemlich allgemeinem Konsensus ist zu respektieren, daß die Anpassungsfähigkeit der Löhne nicht nur im Hinblick auf konjunkturelle Schwankungen, sondern auch im Hinblick auf dauerhafte Änderungen wichtiger Marktbedingungen begrenzt ist und daß zudem vor allem die Lohnrelationen (interregional, intersektoral, zwischenberuflich) nicht allein von Marktgesetzen bestimmt sind, sondern zumindest teilweise auch Gerechtigkeitsvorstellungen folgen.

Erst diese Entscheidung, daß in bestimmten Fällen bei einer Diskrepanz zwischen aktuellem Lohn und marktgerechtem Lohn nicht die Anpassung des aktuellen Lohns an den marktgerechten zu fordern ist, sondern umgekehrt staatlicherseits dafür gesorgt werden soll, daß der einmal gegebene Lohn marktgerecht wird, konstituiert einen Teil der nichtkonjunkturellen Arbeitslosigkeit als ein Problem der Wirtschaftspolitik. Und es ist offensichtlich, daß sie dann auch nicht allein analytisch, sondern im Grunde nur politisch von der durch zu hohe Löhne bewirkten Arbeitslosigkeit abgegrenzt werden kann. Denn selbstverständlich ist die tatsächliche Anpassungsfähigkeit der Löhne auch davon abhängig, wie stark die Gesellschaft diese Anpassungsfähigkeit herausfordert. Hier ist man jedoch nicht frei. Denn diese Herausforderung muß nicht zuletzt davon bestimmt sein, daß der Staat, über die Globalsteuerung hinaus nur wenig Möglichkeiten hat, die Lohnpolitik von einem Teil der beschäftigungspolitischen Verantwortung zu entlasten, die auf mittlere Sicht notwendigerweise in der Hauptsache dieser zukommt.

282. Einzuräumen ist allerdings, daß eine strenge Verantwortungsteilung nicht möglich ist. Wenn daher gelegentlich der Versuch unternommen wird, Verantwortung überhaupt von sich zu weisen, darf das nicht verwundern. Zuweilen zeigt sich auch, wie beispielsweise nach der Ölpreiserhöhung 1973, der Zeitbedarf für die Einsicht in die Unteilbarkeit der Verantwortung; dieser Einsicht dauerhaft entziehen können sich aber allenfalls kleine Gruppen, große nicht.

Es gibt also durchaus Situationen, in denen es wichtig ist, einzelne Gruppen auf ihre Verantwortung besonders hinzuweisen, zumal wenn Grund zu der Annahme besteht, daß diese Gruppen am Zustandekommen der Situation besonderen Anteil haben. Wichtiger als die Diskussion über Verantwortung ist freilich das Übernehmen von Verantwortung.

Vorsorge auf der Angebotsseite

283. Die beschäftigten Arbeitnehmer haben im Jahre 1976, in dem sie sich zu maßvollen Tarifabschlüssen bereitfanden, Solidarität mit den Arbeitssuchenden gezeigt; die für einen Konjunkturaufschwung übliche Korrektur der Verteilungsrelationen ist auch diesmal nicht ausgeblieben. Unabhängig davon, ob damit der Korrekturbedarf gedeckt ist, hat sich mit der Wende in der Lohnpolitik die Hoffnung verbunden, daß diese alsbald durch ein kräftiges Mehr an Neueinstellungen und arbeitsplatzschaffenden Investitionen honoriert wird. Schwindet diese Hoffnung, dann droht der Konsensus, der sich 1976 herausgebildet hat, wieder brüchig zu werden. So wie die Investoren nur mutig sind, wenn auf den Ertragserwartungen nicht allzu große Risiken lasten, kann von den Arbeitnehmern marktkonformes Verhalten nur erwartet werden, wenn sie wissen wofür. Wird die Skepsis zu stark, ob es sich lohne, daß die Majorität der Beschäftigten der Minorität der Unbeschäftigten Opfer bringt, dann droht ein Teufelskreis, der in ein Gleichgewicht mündet, das mit hoher Arbeitslosigkeit verbunden ist. Es fehlte das Maß an unternehmerischem Mut und an sozialem Konsensus, das für einen hohen Beschäftigungsgrad notwendig ist. Die Tendenz, in diese Richtung zu gehen, mag heute stärker sein als früher, zumal das enger geknüpfte Netz der sozialen Sicherheit die Härten der Arbeitslosigkeit vermindert hat. Hinzu kommt, daß es verlockend erscheint, das Beschäftigungsproblem durch eine Verkürzung der Arbeitszeit zu lösen.

284. Solchen Verhaltensänderungen kann von seiten der Wirtschaftspolitik nur dadurch vorgebeugt werden, daß diese in einem mittelfristigen Konzept glaubhaft darlegt, wie durch ein Zusammenwirken aller die aufgetretenen materiellen und immateriellen Schäden beseitigt werden können. Dazu muß die nachfrageorientierte Globalsteuerung durch eine mittelfristig angelegte, angebotsorientierte Therapie ergänzt werden. Geht es bei der Nachfragesteuerung vorwiegend darum, daß das bestehende Produktionspotential möglichst gleichmäßig und hoch ausgelastet ist, so ist es Aufgabe einer angebotsorientierten Politik, die Bedingungen für das Investieren und den Wandel der Produktionsstruktur so zu verbessern, daß wieder mit angemessenem Wachstum und hohem Beschäftigungsstand gerechnet werden darf.

Der Bedarf an angebotsorientierter Politik war von Ende der fünfziger Jahre bis zum Beginn der Investitionsschwäche gering. Seitdem ist möglicherweise ein solcher Bedarf wieder entstanden. Um ihn beurteilen zu können, ist es zunächst notwendig, noch einmal im einzelnen die Gründe durchzugehen, die dafür und dagegen sprechen, daß die Bundesrepublik für längere Zeit mit einer Lücke im Arbeitsplatzangebot zu rechnen hat (JG 75 Ziffern 325 ff.).

285. Es mag paradox erscheinen, in einer Konjunktursituation, in der die bestehenden Arbeitsplätze noch nicht voll besetzt sind, in der Schaffung neuer Arbeitsplätze eine vorrangige Aufgabe zu sehen. Es

handelt sich in der Tat um ein mittelfristiges Problem. Es besteht, weil die Produktionsmöglichkeiten zu langsam wachsen, als daß bei Überwindung des konjunkturellen Nachfragemangels genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Da überdies ungewiß ist, welche der gegenwärtig brachliegenden Kapazitäten in welchem Umfang wieder benötigt werden, spricht das Prinzip der Vorsorge dafür, die Weichen für einen zeitgemäßen Ausbau des Produktionsapparates rechtzeitig zu stellen. Aber auch für einen kontinuierlichen Fortgang des Aufschwungs ist es wichtig, daß das Wachstum des Angebotspotentials möglichst bald einsetzt. Denn in den Investitionsgüterindustrien sind noch genügend Kapazitäten vorhanden; die Nachfrageimpulse, die von einer verstärkten Investitionstätigkeit ausgingen, könnten dem Aufschwung die erwünschte Kraft verleihen. Kommt es dagegen nicht schon jetzt, sondern erst in der Spätphase des Aufschwungs zu einem Investitionsstoß, in dem das nachzuholen versucht wird, was bis dahin versäumt wurde, dann kann die Gesamtnachfrage schnell auf Kapazitätsgrenzen stoßen und die Entwicklung in einem neuen Abschwung enden.

286. Man muß sich auch lösen von der heute weit verbreiteten Vorstellung, daß in jedem Fall eine spontan sich ergebende oder vom Staat erzeugte Nachfrage der Produktion zeitlich vorauslaufen muß. Die Wirtschaftsgeschichte lehrt, daß oft die primären Impulse für die Expansion vom Angebot ausgehen, das selbst die Nachfrage hervorbringt. Auch für die nächsten Jahre muß man erwarten, daß Produkt- und Verfahrensinnovation einen wichtigen Beitrag zum künftigen Wachstum zu leisten vermögen. Das hat man sich vor allem so vorzustellen, daß sich ein verbessertes Angebot an Gütern und Technologien den Markt selbst schafft.

287. Die Vermutung, daß eine Arbeitsplatzlücke besteht, die erst im Laufe der nächsten Jahre wieder geschlossen werden kann, beruht auf mehreren Gründen. Erstens war die Gewinnkompression offenbar mit einem starken Schwund von Arbeitsplätzen verbunden (Ziffer 95). Zweitens und nicht unabhängig davon scheint der Strukturwandel in den letzten Jahren nicht beschäftigungsneutral gewesen zu sein (Ziffern 289 ff.). Drittens könnte es sein, daß die Investoren auf dem Entwicklungsniveau, das die Bundesrepublik inzwischen erreicht hat, länger als früher nach profitablen Projekten Ausschau halten und höhere Risiken in Kauf nehmen müssen (Ziffern 298 ff.). Schließlich kommt erschwerend hinzu, daß der Arbeitsmarkt aufgrund der demographischen Entwicklung in den nächsten Jahren zusätzlich belastet wird. Die Zeit der Übernachfrage nach Arbeitskräften liegt noch nicht lange zurück. Und man hat keinen Anlaß, die Elastizität der Marktwirtschaft gering zu schätzen. Unter günstigen Bedingungen kann diese einige wenige Prozentpunkte zusätzlicher Arbeitskräfte rasch absorbieren. Gerade in der Bundesrepublik, die an ständigen Strukturwandel durchaus gewöhnt ist und sich dem internationalen Wettbewerb stets in besonderem Maße gestellt hat, liefert die wirtschaftliche Entwicklung hierfür eindrucksvolle Beispiele. Vernünftige Vorsorge sollte darauf allein jedoch nicht setzen.

288. In den Jahren 1974 bis 1976 ist das Arbeitsplatzpotential in der Bundesrepublik nach unseren Schätzungen um fast 800 000 Arbeitsplätze geschrumpft (Ziffer 95). Ein erheblicher Teil davon ist den Ursachen zuzurechnen, die eine Stabilisierungskrise notwendig machten, welche dann nicht nur einen Rückgang im Auslastungsgrad und damit konjunkturelle Arbeitslosigkeit verursacht, sondern auch bewirkt hat, daß mehr Arbeitsplätze als sonst in einer Rezession weggefallen sind, weil nicht genügend investiert wurde, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Bekanntlich hatten die finanz- und geldpolitischen Stabilisierungsmaßnahmen als Antwort auf die sich beschleunigende Inflation die Gewinne und Gewinnerwartungen weiter reduziert und somit vor allem die Investitionen getroffen.

Strukturwandel und Beschäftigung

289. Daß in den letzten Jahren so viele Arbeitsplätze weggefallen sind, hängt zu einem Teil, der sich allerdings nicht genau quantifizieren läßt, auch mit dem Strukturwandel der Volkswirtschaft zusammen. In der Regel ist Strukturwandel beschäftigungsneutral, weil er nur bedeutet, daß an einer Stelle Arbeitsplätze wegfallen, an anderer Stelle neue Arbeitsplätze entstehen. Er ist erfahrungsgemäß mit dem wirtschaftlichen Wachstum verbunden und läuft geräuschlos ab, solange die Veränderungen, die ihm zugrunde liegen, nicht abrupt und massiert auftreten und solange neue Wachstumsbereiche schnell erschlossen werden können. Es gibt aber Anzeichen dafür, daß während und nach der Rezession solche günstigen Bedingungen nicht bestanden haben. Es scheint sich ein Stau herausgebildet zu haben, der beseitigt werden muß.

290. Kennzeichnend für den sektoralen Strukturwandel der siebziger Jahre ist, daß die Industrie, die das wirtschaftliche Wachstum in den ersten beiden Jahrzehnten nach der Währungsreform im wesentlichen getragen hatte, nur noch relativ langsam wächst und einen Rückgang der Arbeitsplätze zu verzeichnen hat (Ziffer 97). Bis etwa 1974 war dies problemlos, weil im rasch expandierenden Dienstleistungssektor viele neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. In der Rezession beschleunigte sich der Beschäftigungsabbau in der Industrie drastisch. Hinzu kam ein starker Beschäftigungsrückgang in der Bauwirtschaft. Auch der Handel setzte viele Arbeitskräfte frei, so daß die Beschäftigungsexpansion des tertiären Sektors ins Stocken geriet.

291. Die Industrie, die weit stärker als andere Bereiche der internationalen Konkurrenz ausgesetzt ist, wurde in erster Linie durch die Wechselkurskorrekturen und den starken Anstieg des Lohnniveaus betroffen, die die Jahre seit 1969 kennzeichnen und die die Bundesrepublik zu den Ländern mit dem höchsten Lohnniveau aufrücken ließen. Vom Rezessions-

jahr 1967 bis zum Rezessionsjahr 1975 sind die Lohnstückkosten in der Bundesrepublik unter Berücksichtigung der Wechselkursveränderung der D-Mark um rund 16 vH stärker gestiegen als im Durchschnitt ihrer wichtigsten Konkurrenzländer. Vom Aufschwungsjahr 1968 bis zum Aufschwungsjahr 1976 betrug der Unterschied im Anstieg sogar fast 20 vH (Ziffer 159). Das besagt, daß in der Rezession von 1967 und im Folgejahr von den Lohnkosten her, dem wichtigsten Kostenfaktor, viel günstigere Wettbewerbsbedingungen für den Industriesektor bestanden als 1975 und im Folgejahr. Dies dürfte insoweit nicht reversibel sein, als die Höherbewertung der Mark seit 1969 eine Unterbewertung der Mark in den sechziger Jahren korrigiert hatte.

292. Unbeschadet ihres international höher bewerteten Kostenniveaus hat die Exportwirtschaft ihren Weltmarktanteil weiterhin steigern können. Dies war wohl teilweise nur dadurch möglich, daß der relativ starke Kostenanstieg zu einem nicht unerheblichen Teil in den Gewinnen aufgefangen wurde, so daß die Konkurrenzfähigkeit bei den Preisen einigermaßen gewahrt werden konnte (Ziffern 159 ff.). Die Anpassungslast der Industrieunternehmen hatte aber unerwünschte Folgen für Investitionen und Arbeitsplätze. Denn außerordentlich stark war die Erlösschmälerung im Industriesektor. Die bereinigte Lohnquote ist im warenproduzierenden Gewerbe, das ist im wesentlichen die Industrie, von 1970 bis 1975 um 8½ Prozentpunkte gestiegen, in der Gesamtwirtschaft nur um 3½ Prozentpunkte. Aufgrund der Wettbewerbssituation war es auf den Märkten, auf denen internationaler Wettbewerb wirksam ist, offenbar schwieriger, den internen Kostenanstieg zu überwälzen, als auf den Inlandsmärkten.

293. Der Anpassungsdruck traf nicht alle Industriebereiche gleichmäßig. Am stärksten war er in Branchen, die überdurchschnittlich lohnintensiv sind oder standardisierte Güter herstellen, bei denen der Preiswettbewerb relativ scharf ist und selbst geringe Preiserhöhungen zu Markteinbußen führen. Es waren größtenteils die ohnehin strukturschwachen Bereiche mit mäßigem Gewinnpolster, die teilweise im Export, mehr aber noch gegenüber der Importkonkurrenz Märkte verloren. Produktionsbereiche dagegen, deren internationale Wettbewerbsfähigkeit vorwiegend auf spezifischem Know-how in der Fertigungstechnik, oder dem Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte beruht, besaßen entweder genügend hohe Gewinne, um den Kostenanstieg auffangen zu können, oder konnten sich trotz erhöhter Preise gegenüber der ausländischen Konkurrenz behaupten. Unternehmen mit besonders nachfragegerechter Angebotspalette gelang es sogar, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

294. Ursache der zunehmenden Auslandskonkurrenz auf den inländischen Märkten waren nicht allein die Wechselkurskorrekturen und der Lohnanstieg, sondern auch der Umstand, daß sich an Niedrig-Lohn-Standorten inzwischen wettbewerbsfähige Angebotszentren herausgebildet haben; seit den frühen siebziger Jahren drängen im industriellen Aufholprozeß befindliche Entwicklungsländer verstärkt mit Fertigerzeugnissen auf unsere Märkte. Im Verein mit dem stark gestiegenen inländischen Lohnniveau war dies wohl entscheidend dafür, daß ausländische Anbieter selbst in der Rezession ihre Marktanteile im Inland vergrößern konnten. Anders als die reale Höherbewertung der D-Mark, die möglicherweise als einmalige Korrektur angesehen werden muß, schreitet die Intensivierung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung im industriellen Bereich fort. Von daher muß auch in Zukunft mit strukturellen Veränderungen gerechnet werden, zumal diese Länder nicht ohne gute Gründe auf weitere Liberalisierung drängen. In den nächsten Jahren können auch daraus zusätzliche Beschäftigungsprobleme erwachsen.

295. Trotz der aktuellen Beschäftigungsprobleme ist jedoch der strukturelle Anpassungsprozeß, als Ganzes gesehen, erwünscht. Denn er bildet die Produktionsstruktur heraus, bei der die Löhne, die heute zu bezahlen sind, auch von ausreichend vielen Unternehmen verdient werden, und zwar auch bei veränderten Bedingungen für die internationale Arbeitsteilung. Das sichert Wachstum und Beschäftigung für die Zukunft. Daß die positiven Beschäftigungswirkungen bisher nicht ausreichend sind, ist kein Grund zum Wachstumspessimismus, sondern eher Anlaß, diesen Prozeß so weit wie möglich zu fördern.

Die Exporterfolge seit Mitte des Jahres 1975 zeigen, daß große Teile der Exportwirtschaft die gewandelten Marktbedingungen durchaus meistern können. Zu vermehrter Beschäftigung hat dies aber noch nicht geführt. Die Anpassung wird erst vollständig sein, wenn die Arbeitnehmer, die als Folge des außenwirtschaftlichen Anpassungsprozesses in der Industrie ihren Arbeitsplatz verloren haben, entweder dort oder sonstwo eine andere Stelle gefunden haben.

296. Das Aufspüren profitabler Investitionschancen braucht Zeit, weil bei dem Lohnniveau, das die Bundesrepublik inzwischen erreicht hat, zahlreiche Möglichkeiten der Übernahme ausländischer Technologien vom Kostenniveau her ausscheiden. Erschwerend kommt hinzu, daß sich die Bundesrepublik aufgrund der drastischen Aufwertungen zu Beginn der siebziger Jahre mehr plötzlich als allmählich in der Rolle eines Hoch-Lohn-Landes sah. Und: Je größer die Anzahl der profitablen Projekte ist, die aufgespürt werden müssen, um ein vollbeschäftigungskonformes Investitionsvolumen entstehen zu lassen, um so länger dürfte es auch dauern, bis wieder Vollbeschäftigung erreichbar ist, denn die Fähigkeiten zum Aufspüren neuer Produkte und Technologien sind in einer Wirtschaft nicht unbegrenzt und das Aufspüren ist nicht kostenlos. Suchprozesse bei Investitionen verlaufen, so wird überdies argumentiert, auch deshalb langsamer als früher, weil Innovationen weltweit weniger häufig vorgenommen werden. Dafür gibt es Anhaltspunkte, aber keine systematischen Informationen. Plausibel ist jedoch, daß die Innovationsaktivität in Zeiten langanhaltender Übernachfrage erlahmt und danach erst allmählich in Gang kommt.

297. Innovationen verlangen Risikokapital. Dies ist auch bei reichlich vorhandener Liquidität knapp in Zeiten, in denen hohe fixierte Ansprüche an die Unternehmenserlöse bestehen und die Banken wegen vieler Forderungsausfälle während der Rezession vorsichtiger geworden sind. Überdies werden die künftigen Gewinnchancen niedrig eingeschätzt, wenn die Gefahr der Verteilungskämpfe auf nationaler wie internationaler Ebene dazu Anlaß gibt, hohe Risikozuschläge in der Kalkulation bringen das zum Ausdruck.

Investitionen und Beschäftigung

298. Besonders verbreitet ist die Sorge, fortgesetzte Rationalisierungsinvestitionen könnten den Mangel an Arbeitsplätzen weiter vergrößern. Das Wort von der „Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen" geht um und begünstigt eine rationalisierungsfeindliche Haltung. Hier sind schwerwiegende Mißverständnisse im Spiel.

Rationalisierungsinvestitionen im weitesten Sinne sind Ausdruck des ständigen Strebens nach Kostensenkung, nach Anwendung ertragreicherer Produktionsverfahren, und als solche neben einer Verbesserung der Qualifikation der Arbeitskräfte die Basis wirtschaftlichen Wachstums, die Basis für mehr Produktion und höhere Einkommen. Die Anpassungsaufgaben, die dadurch gestellt sind, werden, wie die Erfahrung lehrt, auch ohne große Friktionen bewältigt, also ohne die Beschäftigung zu gefährden, jedenfalls dann, wenn nicht aus anderen Gründen erhebliche Anpassungslasten hinzukommen.

Rationalisierungsinvestitionen, die dort, wo sie vorgenommen werden, Arbeitskräfte durch Maschinen oder ähnliches ersetzen, können forciert werden durch einen Druck, der vom Preis für die Arbeitskraft ausgeht. Doch auch hierbei darf man sich, was die gesamtwirtschaftliche Beschäftigungswirkung angeht, nicht täuschen lassen von dem, was der erste Anschein lehren mag. Neu installierte Maschinen reduzieren zwar in der Regel den Bedarf an Arbeitskräften für eine gegebene Produktionsmenge (erlauben bei gleicher Arbeit eine höhere Produktionsmenge). Sie müssen jedoch ihrerseits unter Einsatz von Arbeitskräften hergestellt werden, ebenso die Vorprodukte für den Bau der Maschinen und so fort. Der Produktionsumweg über den Bau einer Maschine ist rationeller geworden als vorher, weil sich das Verhältnis zwischen Lohn und Kapitalzins — dem Preis, der für den Umweg zu zahlen ist — geändert hat. Eine Freisetzung von Arbeitskräften wird durch den Produktionsumweg gesamtwirtschaftlich gesehen nicht bewirkt. Im Gegenteil; denn man hat ja zu vergleichen mit dem, was sonst geschähe. Macht etwa ein bestimmter Lohnanstieg die Produktion eines Unternehmens ganz oder teilweise unrentabel, so ist in der Möglichkeit, auf ein Produktionsverfahren mit längerem Produktionsumweg — höherer Kapitalintensität — auszuweichen, grundsätzlich und ohne jede Ausnahme eine Hilfe zu sehen, die Einschränkung von Produktion und Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft geringer zu halten als ohne dies. Eine Einschränkung von Produktion und Beschäftigung bleibt allerdings übrig.

Ist also für die Volkswirtschaft im ganzen eine erfolgreiche Rationalisierung immer nur als Chance zu sehen und niemals als Fluch, so gilt dies selbstverständlich nicht ohne weiteres für die Beschäftigten des einzelnen rationalisierenden Unternehmens. Zwar wird die Rationalisierung die Arbeitsplätze für einen Teil der Belegschaft sicherer machen, für die übrigen kann sie einen verschärften Umsetzungsdruck bedeuten, oftmals den Wechsel des Berufs.

Härten im Einzelfall mögen Anpassungshilfen erfordern. Grundsätzlich kann jedoch bei dem einmal erreichten Lohnniveau nur die Flucht nach vorn helfen. Nur Nachfrage aus Löhnen, hinter denen eine entsprechende Produktivität steht, schafft dauerhaft Beschäftigung. Ist, aus welchen Gründen auch immer, das Reallohnniveau zu hoch, so gibt es Arbeitslosigkeit. Rationalisierung hilft dabei, die Unterbeschäftigung geringer zu halten; sie ist der Weg, durch Kapitalintensivierung und technischen Fortschritt die Produktivität zu erhöhen und damit die hohen Löhne wieder marktgerecht, das heißt auch vollbeschäftigungskonform zu machen. Soll dieser Prozeß gelingen, dürfen die Löhne nicht ebenso schnell steigen wie die Produktivität.

Für die Rationalisierung ist ein erheblicher Kapitaleinsatz erforderlich, und zwar um so mehr, je stärker das Preisverhältnis von Arbeit und Kapital gestört ist und je mehr der Faktor Arbeit während des Anpassungsprozesses am Produktivitätsfortschritt teilhat. Solange noch Kapazitäten für das Einschlagen der Produktionsumwege (also für die Herstellung der notwendigen Kapitalgüter) frei sind, kann die Wirtschaft während des Aufschwungs der Vollbeschäftigung in raschem Tempo näher kommen. Sind die Kapazitätsgrenzen erreicht, die Vollbeschäftigungsmarke hingegen noch nicht, geht es langsamer voran, wenn auch Importe helfen mögen. Es besteht eine Arbeitsplatzlücke. Je mehr von Anfang an investiert wird, nicht nur um zu rationalisieren, sondern auch um die Kapazitätsgrenzen hinauszuschieben, desto geringer ist die Gefahr einzuschätzen, daß eine Arbeitsplatzlücke entsteht. Die Anpassung wird erleichtert, wenn die Lohnpolitik Zurückhaltung übt. Nimmt man das hohe Reallohnniveau für gegeben und geht realistischerweise davon aus, daß die Löhne auch im Anpassungsprozeß am Produktivitätszuwachs teilhaben, dann müssen alle Anstrengungen sich auf mehr Investitionen und die Verbesserung der Qualifikation der Arbeitskräfte richten.

299. In welchem Umfang in einem überschaubaren Zeitraum — etwa bis 1980 — neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen, damit wieder ein hoher Beschäftigungsstand erreicht wird, ist nicht leicht vorauszusagen. Schwierigkeiten bereitet es schon, die Anzahl der Personen, die bis 1980 einen Arbeitsplatz nachfragen werden, zu schätzen. Methodisch noch unsicherer ist es, das für 1980 zu erwartende Angebot von Arbeitsplätzen zu prognostizieren.

300. Wir haben an anderer Stelle dargelegt, daß 1976 vermutlich fast 800 000 Arbeitsplätze weniger

vorhanden waren als 1973 (Ziffer 95). Dabei ist die Anzahl der gegenwärtig verfügbaren Arbeitsplätze modellhaft aus der Größe des Kapitalstocks und aus Annahmen über die durchschnittliche Kapitalausstattung je Arbeitsplatz, die Kapitalintensität, gewonnen worden. Die Daten über den Kapitalstock werden mit den jährlichen Zugängen, also den Bruttoinvestitionen, vermindert um die Abgänge, fortgeschrieben. Während die Investitionen recht zuverlässig erfaßt werden können, werden die Abgänge mit Hilfe schematischer Funktionen für die wirtschaftliche Nutzungsdauer geschätzt. Diese Schätzung kann sich vor allem in einer Rezession als unscharf erweisen, weil einerseits als Ausdruck der Investitionszurückhaltung Anlagen länger genutzt werden, andererseits als Folge von Konkursen und Betriebsstillegungen Anlagen vorzeitig verschrottet werden oder in ihrem wirtschaftlichen Wert sinken. Unbekannt ist auch, welcher Teil des jetzt nicht genutzten Arbeitsplatzpotentials zwar noch existiert, aber vermutlich nicht wieder genutzt werden wird. Welcher der Effekte überwiegt, ist schwer zu sagen. Je mehr man sich aber vom Tiefpunkt der Rezession entfernt, um so mehr dürften die zunächst unterbliebenen Verschrottungen nachgeholt werden.

301. Was die künftige Entwicklung der Kapitalintensität anlangt, so ist unsicher, ob sich der Anstieg im gleichen Tempo fortsetzt wie vor der Rezession. Auf der einen Seite deutet eine Welle von Rationalisierungsinvestitionen darauf hin, daß der Kapitaleinsatz je Arbeitsplatz gegenwärtig beschleunigt gesteigert wird. Auf der anderen Seite ist nicht ausgeschlossen, daß die veränderte Lage auf dem Arbeitsmarkt und das veränderte Klima der Lohnpolitik, wenn es anhält, den Anstieg der Kapitalintensität zumindest auf mittlere Sicht bremsen. Welcher dieser Effekte in den nächsten Jahren überwiegt, ist ebenfalls schwer abzuschätzen.

302. Der Sachverständigenrat hat mit einigen Modellrechnungen versucht, unter alternativen Annahmen über die künftige Entwicklung der Kapitalintensität und Annahmen über das künftige Arbeitskräftepotential der Größenordnung nach zu schätzen, wie viele Arbeitsplätze geschaffen, das heißt Investitionen getätigt werden müssen, wenn bis 1980 wieder ein hoher Beschäftigungsstand möglich sein soll (Anhang VIII). Selbst wenn man annimmt, daß sich der bisherige Anstieg der Kapitalintensität, was den Trend angeht, in Zukunft nicht beschleunigt, sondern eher abflacht und daß das Arbeitskräftepotential nicht wieder so stark beansprucht wird wie Anfang der 70er Jahre, also selbst wenn man sehr vorsichtige Annahmen trifft, ist ein jährlicher Zuwachs der realen Bruttoanlageinvestitionen im Unternehmenssektor in der Größenordnung von 8 vH bis 10 vH nötig, damit so viele Arbeitsplätze geschaffen werden, daß bis 1980 die bestehende Arbeitsplatzlücke geschlossen wird und eine neue sich nicht auftut. Das Risiko, daß dabei zuviel Arbeitsplätze entstehen werden, ist gering. Denn Anfang der 80er Jahre werden noch mehr Jugendliche das erwerbsfähige Alter erreichen als heute schon.

II. Für mehr Arbeitsplätze

Nachfragesteuerung und Angebotssteuerung

303. Das verfügbare Instrumentarium der globalen Konjunktursteuerung ist darauf ausgerichtet, Schwankungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials und der Beschäftigung durch Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zu mildern und den Anstieg des Preisniveaus in Grenzen zu halten. Das in Wachstum und Struktur richtige Angebotspotential hervorzubringen, ist hingegen in erster Linie Aufgabe des Marktes. Dabei braucht eine Gefährdung der wirtschaftspolitischen Ziele im allgemeinen auch nicht befürchtet zu werden — solange genügend Produktions- und Investitionsmöglichkeiten erkannt werden und es an Zukunftsvertrauen nicht fehlt, sie zu nutzen.

304. Seit der Krise sind an diesem Vertrauen Zweifel aufgekommen. Sie sollten zwar nicht Anlaß geben, nun gar nicht mehr auf die Dynamik zu vertrauen, die der Marktwirtschaft innewohnt und die nicht selten unterschätzt worden ist. Die auch für 1977 zu erwartende hohe Arbeitslosigkeit und die Unsicherheit, die 15 Monate nach Beginn des Aufschwungs immer noch vorherrscht, lassen es aber nicht zu, sich über die Zweifel hinwegzusetzen. Vielmehr erscheint es geboten, sich im Sinne der Vorsorge auf der Angebotsseite rechtzeitig nach Möglichkeiten umzuschauen, durch die ein zusätzlicher Beitrag zur Realisierung der wirtschaftspolitischen Ziele geleistet werden kann. Die Mittel, die in Betracht kommen, sollten allerdings von einer Art sein, die gewährleistet, daß sie die Selbstheilungskräfte stärken und auch dann nicht schädlich sind, wenn Vollbeschäftigung wieder erreicht ist.

305. Auf eine Verbesserung der Bedingungen auf der Angebotsseite ist die Wachstums- und Strukturpolitik ausgerichtet. Wachstumspolitik soll helfen, jene Produktionsmöglichkeiten in der Volkswirtschaft entstehen zu lassen, die für jeden, der es wünscht, einen Ausbildungsplatz, einen Arbeitsplatz mit möglichst guten Einkommenschancen und Arbeitsbedingungen sowie die Chance zum beruflichen Aufstieg schaffen. Sie hat mit einer Strategie des Wachstums um jeden Preis ebensowenig zu tun wie mit einer künstlich forcierten Nachfrageexpansion. Strukturpolitik soll insbesondere die Mobilität und Anpassungsfähigkeit von Arbeitskräften wie Investoren so fördern, daß diese so schnell und reibungslos wie möglich dahin finden, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Das hat nichts mit dirigistischer Struktur- oder Investitionslenkung zu tun, auch nichts mit dem Ansinnen, der Staat habe mit strukturpolitischen Mitteln gefällig die Schäden zu beseitigen, die andere durch Mißbrauch ihrer Marktmacht angerichtet haben.

306. Die Ratio einer Wachstums- und Strukturpolitik, so wie wir sie unter den heutigen Gegebenheiten für notwendig erachten, liegt darin, daß der Staat,

der am Gewinn hoch beteiligt ist, auch stärker als bisher das Innovations- und Investitionsrisiko mitträgt. Es geht darum, daß durch veränderte staatliche Rahmenbedingungen auf Dauer neue Produktionswege und neue Produktionsumwege erleichtert werden. Eine Investitionsförderung der Art und des Umfangs, wie sie in den fünfziger Jahren vor allem mit massiven Sonderabschreibungen und direkten Investitionshilfen betrieben wurde, steht allerdings nicht zur Debatte. Sie wäre, wenn sie wirksam sein sollte, fiskalisch so teuer, daß der Staat gleichzeitig keine Konsolidierungsstrategie glaubhaft verfolgen könnte oder an anderer Stelle die Belastbarkeit des Steuerzahlers weiter erproben müßte. Die negativen Verteilungswirkungen, die mit einer massiven Investitionsförderung verbunden wären, könnten überdies neue Verteilungskämpfe entfachen und die Vertrauensbasis für die Einkommenspolitik zerstören. Deren Erfolg wäre dadurch leicht zunichte gemacht. Temporäre Investitionserleichterungen konjunkturpolitischer Art kommen als Instrument der mittelfristigen Angebotspolitik ebenfalls nicht in Betracht. Es geht hier ja nicht darum, daß Investitionsausgaben aus konjunkturpolitischen Gründen vorgezogen werden, sondern daß auf Dauer mehr Arbeitsplätze geschaffen werden.

307. Über den Stellenwert der Strukturpolitik in der marktwirtschaftlichen Ordnung hat es in der öffentlichen Diskussion Mißverständnisse gegeben. Insbesondere ist der Eindruck entstanden, Strukturpolitik könne ein Ersatz für eine beschäftigungsgerechte Lohnpolitik oder ein Ersatz für globale Nachfragesteuerung sein. Strukturpolitik ist aber ebenso wie Wachstumspolitik ein Mittel der gesamtwirtschaftlichen Angebotsförderung. Beide entlasten zwar eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik von der Angebotsseite her, weil sie es erleichtern, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und die Mobilität der Beschäftigten und Investoren zu erhöhen. Strukturpolitik kann aber nicht die Lohnpolitik aus der Verantwortung für den Beschäftigungsgrad entlassen, die darin besteht, daß die Lohnpolitik nicht zu einem Kostenniveau führen darf, bei dem die existierenden oder neu zu schaffenden Arbeitsplätze nicht besetzt werden können.

308. Strukturpolitik, die sich auf die Angebotsseite der Volkswirtschaft bezieht, kann auch nicht an die Stelle der bisher praktizierten globalen Nachfragesteuerung treten. Die Globalsteuerung hat allerdings an Wirksamkeit dadurch verloren, daß Inflation und scharfe Verteilungskämpfe die Erwartungen, auf die sich wirtschaftliche Entscheidungen gründen, unsicher gemacht haben (JG 75 Ziffer 381). In einer Welt unsicherer Erwartungen ist der Globalsteuerung vor allem aufgetragen, Mißtrauen über die mittelfristige Entwicklung der finanz- und geldpolitischen Steuergrößen gar nicht erst aufkommen zu lassen, genauer: deren Trend durch in die Zukunft reichende Festlegungen für den privaten Sektor besser vorhersehbar zu machen. Das ist eine Vorbedingung auch für erfolgreichere Angebotssteuerung.

Stabilisierung der Erwartungen

309. Die Mittel, die für eine angebotsfördernde Wachstums- und Strukturpolitik aufzuwenden sind, wären verschwendet, wenn es mittelfristig gesehen an Stetigkeit in der Lohnpolitik der Tarifparteien, in der Haushaltspolitik des Staates und in der Geldmengenpolitik der Bundesbank fehlte. Soll einer angebotsorientierten Strategie zu einem größtmöglichen Erfolg verholfen werden, so sind mittelfristige Festlegungen notwendig:

— Die Lohnpolitik leistet ihren Beitrag zum Abbau der Arbeitsplatzlücke nur dann, wenn sie erkennbar werden läßt, daß Investitionen, die oft Engagements für viele Jahre erfordern, sich auch auszahlen. Die konjunkturelle Entzerrung der Verteilungsrelationen, die seit 1975 im Gange ist, wird bei Fortsetzung des Aufschwungs in absehbarer Zukunft viele Arbeitsplätze wieder wettbewerbsfähig werden lassen. Damit darüber hinaus Investitionen vorgenommen werden, die Arbeitsplätze schaffen, bedarf es der Gewißheit, daß es in Zukunft zu einer verteilungspolitischen Konfrontation wie etwa 1974 nicht mehr kommen wird. Die anstehende Lohnrunde 1977 wird unter diesen Gesichtspunkten zukunftweisende Bedeutung haben. Vereinbarungen über Gewinn- und Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer können zur Entlastung beitragen.

— Die Finanzpolitik hat dafür zu sorgen, daß die Privaten wieder mehr Vertrauen in die Einnahmen- und Ausgabengestaltung des Staates gewinnen. Zu diesem Zweck muß die 1976 begonnene Konsolidierung konsequent fortgesetzt werden. Einer Umstrukturierung der Staatsausgaben zugunsten zukunftweisender Aufgaben braucht dies nicht im Wege zu stehen. Wie die Gebietskörperschaften den Bedarf an öffentlichen Gütern auf mittlere Sicht einschätzen und wie sie diesen zu finanzieren gedenken, müssen sie in der mehrjährigen Finanzplanung kundtun. Wichtig ist insbesondere, daß der Staat nicht durch zu hohe Verschuldung den Kapitalmarkt so sehr belastet, daß für die Finanzierung privater Investitionen zu wenig Raum bleibt; dies kostet im Zweifel Arbeitsplätze.

— Die Geldpolitik muß ihren Kurs der vorangekündigten stetigen Geldmengenexpansion beibehalten und damit die Inflationserwartungen auch weiterhin kontinuierlich zurückschrauben. Das ist nicht nur stabilitäts-, sondern auch wachstumsgerecht. War in der Vergangenheit die Auffassung verbreitet, daß Inflation Beschäftigung und Wachstum fördere, so hat zumindest die letzte Krise hier für Klarheit gesorgt: Die Investoren können in einem von der Inflation angetriebenen Verteilungskampf nicht lange auf der Gewinnerseite sein; spätestens in einer nachfolgenden Stabilisierungskrise geraten sie auf die Verliererseite. Sachvermögen schützt vor Inflationsschäden nicht, wenn seine Rendite durch die Inflation und deren Folgen in Mitleidenschaft gezogen wird. Nur Konsequenz in der Geldmengenpolitik kann bewirken, daß beides, die

Bildung von Geldvermögen wie auch die Bildung von Realkapital, lohnend erscheint.

310. Auch diejenigen Erwartungen müssen sich stabilisieren, die sich auf das Verhalten der Unternehmen richten. Die Marktpolitik, also die Gesamtheit der der Förderung des Wettbewerbs und des Verbraucherinteresses dienenden staatlichen Maßnahmen, ist notwendig, die Wirksamkeit der Geldpolitik zu sichern und die Lohnpolitik zu entlasten:

— Eine stabilisierungsgerechte Geldmengensteuerung kann zwar verhindern, daß die gesamtwirtschaftliche Ausgabenexpansion erheblich und auf Dauer über das von ihr gewollte Maß hinausgeht, nicht aber, daß einzelne Unternehmen, Gruppen oder Bereiche der Wirtschaft sich durch Anwendung von Marktmacht dem Druck auf ihre Preise entziehen und diesen dadurch verstärkt auf andere lenken, die sich weniger gut abschirmen können (JG 74 Ziffer 431 ff.).

— Die Vermutung aber, daß Gewinne marktstarker Unternehmen nicht auf Leistung, sondern auf Machtanwendung zurückgehen, kann die Gewerkschaften dazu veranlassen, einen Anteil an Übergewinnen solcher Art zu erstreiten, was zur Folge hat, daß mit den marktmachtbestimmten Gewinnen der einen zugleich der für eine rasche Expansion förderliche Pioniergewinn aktiver und neuerungsfreudiger anderer Unternehmen weggesteuert wird (JG 75 Ziffer 318).

Nur dadurch, daß alles getan wird, durch Wettbewerbs- und Verbraucherpolitik die Entfaltung von Marktmacht auf Gütermärkten zu verhindern und die Ausübung bestehender Macht einzudämmen, wird die Lohnpolitik vor dem untauglichen Versuch bewahrt, die Verteilungswirkungen der Machtanwendung zu neutralisieren.

Zukunftsorientierte Strukturpolitik

311. Die Aufgaben der Angebotsförderung liegen vornehmlich darin, es den Unternehmen zu erleichtern, mehr Investitionschancen aufzuspüren und wahrzunehmen, und die Fähigkeit der Arbeitnehmer, einen Arbeitsplatz zu finden, in beruflicher und räumlicher Hinsicht zu verbessern. Was die Unternehmen anbelangt, geht es darum, ihren Investitionen für neue Produkte und Produktionsprozesse, die in der Regel besonders risikobehaftet sind, allgemein mehr Förderung angedeihen zu lassen und insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen den Anschluß an neue Technologien und neue Markttrends zu erleichtern. Was die Wahl der Instrumente anlangt, so sind wir der Auffassung, daß es gute Gründe dafür gibt, die steuerlichen Abschreibungsmodalitäten einem erhöhten Investitionsrisiko anzupassen, die staatlichen Anreize für Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen der privaten Unternehmen kräftig zu erhöhen, und die Gründung neuer Unternehmen mehr zu fördern als bisher. Für die Arbeitnehmer wären über die Förderung der beruflichen Bildung, Umschulung und Wiedereingliederung hinaus Hemmnisse der räumlichen Mobilität abzubauen und, wo nötig, auch gezielte Mobilitätshilfen zu gewähren. Wichtig erscheint, daß diese Maßnahmen nicht nur — wie bisher — flankierenden Charakter haben, sondern eine Dosierung erhalten, die ihrem Stellenwert für Beschäftigung und Wachstum angemessen ist.

312. Strukturpolitik läuft Gefahr, zu einem Instrument der Strukturerhaltung zu werden, wenn sie unter kurzfristigen beschäftigungspolitischen Zielsetzungen gesehen wird. Denn der Ruf nach staatlichen Hilfen geht erfahrungsgemäß von den Bereichen aus, die am ärgsten in Bedrängnis sind. Die Versuchung, daß statt einer Maßnahme, die als Anpassungshilfe gedacht ist, eine Erhaltungsintervention vorgenommen wird, ist dort besonders groß. Dieser Gefahr ist vorgebeugt, wenn Strukturpolitik nicht mehr ad hoc, sondern auf der Basis eines möglichst globalen Konzepts betrieben, und wenn zum Prinzip erhoben wird, daß branchenspezifische Maßnahmen im Rahmen einer angebotsfördernden Strukturpolitik nicht in Betracht kommen, außer als zeitlich begrenzte und im Zeitablauf abnehmende Anpassungshilfen bei sektoralen oder regionalen Härtefällen. Ansonsten steht das Netz der allgemeinen sozialen Sicherung bereit.

313. Die sektorale Strukturpolitik, die in der Bundesrepublik bisher betrieben wurde, trägt überwiegend dirigistische und konservierende Züge. Den Zukunftsaufgaben, so wie sie von uns gesehen werden, dient sie nur in Teilbereichen. Die Mehrheit der Maßnahmen verfolgt das Ziel, die Einkommensniveaus und die Beschäftigung in Bereichen zu verteidigen, die durch die Marktkräfte gefährdet sind. Mittel dazu sind Finanzhilfen und Steuererleichterung, aber auch die Handelspolitik, die den einzelnen Produktionsbereichen Protektion in unterschiedlicher Höhe gewährt, am meisten den Bereichen, die sich der internationalen Konkurrenz, sieht man diese nicht verengt auf den Bereich der Industrieländer, am wenigsten gewachsen zeigen. Den Kosten, die Steuerzahlern und Verbrauchern daraus erwachsen, stehen längerfristig keine volkswirtschaftlichen Gewinne gegenüber, eher Nachteile für Effizienz und Wachstum. Eine strukturpolitische Flurbereinigung ist auch unter dem Gesichtspunkt sparsamer öffentlicher Mittelverwendung geboten. Die weltwirtschaftlichen Verteilungsprobleme verlangen von den Industrieländern immer dringlicher, daß sie Handelsschranken abbauen, die den Entwicklungsländern den Marktzutritt erschweren. Die Bundesrepublik müßte vor allem in der Europäischen Gemeinschaft darauf hinwirken, daß dies bald in die Wege geleitet wird. In einer Situation wie der gegenwärtigen mag das Argument Gewicht haben, daß ein Abbau der Protektion die Beschäftigungsprobleme verschärfen könnte. Solche Sorgen wären aber weitgehend unbegründet, wenn sichergestellt würde, daß der Abbau allmählich verwirklicht wird und voraussehbar ist.

314. Die Beschäftigungsstruktur der Zukunft wird nicht die gleiche sein wie die der Vergangenheit. Die Beschäftigungschancen in Landwirtschaft und Berg-

bau gehen weiter zurück (Ziffern 95 ff.). Auch im verarbeitenden Gewerbe wächst seit einer Reihe von Jahren die Produktion nicht so schnell, daß mehr Arbeitsplätze entstehen. Man muß mit der Möglichkeit rechnen, daß das sich fortsetzen wird. Zwar wird es wie in der Vergangenheit so auch in Zukunft industrielle Bereiche geben, die Arbeitskräfte aufnehmen; aber das Gewicht der freisetzenden Bereiche, so lautet eine verbreitete These, könnte dauerhaft so groß bleiben, daß die Industrie insgesamt über mittlere Frist mehr Arbeitskräfte freisetzt als aufnimmt. Das ist durchaus mit der Erwartung zu vereinbaren, daß die Industriebeschäftigung sich im Zuge des weiteren Konjunkturaufschwungs normalisiert, das heißt zunächst wieder steigt.

Auf dem Dienstleistungsbereich ruhte dann die Hoffnung, wieder zu einem hohen Beschäftigungsstand zu kommen. Er hat schon in der Vergangenheit stetig Arbeitskräfte aufgenommen. Aber auch innerhalb dieses Sektors sind Umschichtungen erkennbar. Zahlreiche Dienstleistungszweige haben damit begonnen, die in der elektronischen Datenverarbeitung liegenden Rationalisierungsmöglichkeiten zu erschließen. Und der öffentliche Dienst, der in den letzten Jahren regelmäßig weit mehr als die Hälfte aller in den Dienstleistungsbereich zuwandernden Arbeitskräfte aufgenommen hat, wird die Zahl seiner Beschäftigten in Zukunft möglicherweise nur noch verhalten erhöhen. Es wird geltend gemacht, daß dafür die privaten konsumbezogenen Dienstleistungen künftig stärker in den Vordergrund treten würden. Für Reparatur und Installation, Ausbau und Umbau, für Gesundheit und Erholung, Tourismus und Verkehr, Bildung und Fortbildung, Freizeit und Kommunikation halte, so heißt es, die Nachfrage noch viele Expansionschancen bereit.

Man muß dieses Zukunftsbild nicht für besonders wahrscheinlich halten. Darauf kommt es auch gar nicht an. Denn Projektionen dieser Art sollten zu einem nicht führen: zum Festschreiben von Strukturzielen, die von der Nachfrage dann nicht eingelöst werden. Der Strukturwandel wird nicht dadurch gefördert, daß man ihn lenkt, sondern dadurch, daß man ihm Hindernisse aus dem Wege räumt.

315. Nur bei wenigen Bereichen kann man hinreichend sicher sein, daß ihre Beschäftigung im Trend schrumpfen wird. Für die meisten gilt, daß ihre Entwicklung offen ist. In jedem Fall dürfen die Chancen, Arbeitskräfte aufzunehmen oder zu halten, nicht dadurch gemindert werden, daß man Regelungen duldet, die ihnen im Wege stehen.

Ein besonderes Problem bildet in dieser Hinsicht der Bereich der konsumbezogenen Dienstleistungen deshalb, weil es hier die Förderung durch den Staat sein kann, der ihn behindert. Bei einer Reihe konsumbezogener Dienstleistungen hat sich die Gesellschaft daran gewöhnt, sie vom Staat zu erwarten. Mit zunehmendem Wohlstand können die Gründe wegfallen, die das einmal vernünftig sein ließen. Die Entwicklung der Präferenzen kann beispielsweise dazu führen, daß mit steigendem Realeinkommen immer mehr Verbraucher in der Lage und auch bereit sind, kostendeckende Preise für die Benutzung von Sport- und Freizeitanlagen zu zahlen. Beharrt die öffentliche Hand dann darauf, solche Leistungen auch weiterhin selbst zu erbringen, so zieht sie Mittel von den eigentlichen Staatsaufgaben ab für die Produktion von Dienstleistungen, die privatwirtschaftlich attraktiver und effizienter angeboten würden, und behindert dadurch sowohl die private Initiative wie die private Nachfrage. Wer den Strukturwandel will, muß in solchen Fällen auch wollen, daß staatliche Dienstleistungen der privaten Initiative überantwortet werden.

Von zahlreichen Formen möglicher Hindernisse ist damit nur eine angedeutet. Zu wenig ist bekannt über den Umfang, in dem solche Schranken verhindern, daß ein neues Angebot sich seine Nachfrage sucht. Daß er nicht unbeträchtlich ist, kann man durchaus vermuten. Der freie Marktzugang ist die Essenz des Wettbewerbs. Er stellt sich nicht von selber her.

Gegen Rationierung der Arbeit

316. Diskutiert wird gegenwärtig der Vorschlag, die Arbeitszeit in der einen oder anderen Form zu verkürzen, um dadurch die Arbeitslosigkeit zu vermindern. An Modellrechnungen wird aufgezeigt, wieviel Arbeitskräfte mehr eingestellt werden könnten, wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach Arbeit auf Beschäftigte und Arbeitssuchende gleichmäßiger verteilt würde. Errechnet worden ist beispielsweise,

- daß eine Verminderung der wöchentlichen Arbeitszeit in der Gesamtwirtschaft um eine Stunde mehr als 600 000 Personen,
- die Verlängerung des Urlaubs um einen Tag pro Jahr fast 100 000 Personen oder
- die Halbierung der Anzahl der gegenwärtig in der Industrie geleisteten Überstunden von zwei auf eine Stunde pro Woche 140 000 Personen

einen Arbeitsplatz verschaffen könnte. Diese Berechnungen unterstellen unter anderem, daß es als Folge der Umverteilung der Arbeit nicht zu einem Nachfragerückgang kommt, und auch nicht zu einem Produktivitätsanstieg, der durch die Arbeitszeitverkürzung induziert würde. Weiterhin gibt es Modellrechnungen darüber, daß der Arbeitsmarkt

- bei allgemeiner Einführung des 10. Schuljahres oder eines Berufsgrundbildungsjahres um 150 000 Personen oder
- bei der allgemeinen Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze um ein Jahr um 100 000 Personen

entlastet wird.

317. Die Vorschläge, die auf eine Verkürzung der Normalarbeitszeit hinauslaufen, sind schon deshalb bedenklich, weil sie das Beschäftigungsproblem mit Mitteln zu lösen versuchen, die auf die Präferenzen der Arbeitnehmer wenig Rücksicht zu nehmen scheinen. Bei einem Überstundenabbau, einer kürzeren wöchentlichen Arbeitszeit oder bei längerem Urlaub

müßten die Beschäftigten auf Einkommen oder eine mögliche Einkommenssteigerung verzichten, denn andernfalls stiege — trotz eines eventuell in Rechnung zu stellenden induzierten Produktivitätsfortschritts — das Kostenniveau in einer Weise, die den beschäftigungspolitischen Erfolg gefährdete. Daß die Arbeitnehmer mehr Freizeit gegen weniger Einkommen zu tauschen wünschen, ist nicht bekannt, von dem Drängen auf mehr Urlaub abgesehen. Wie weit ein solcher Wunsch besteht und wie stark er ist, wenn bewußt wird, daß dafür ein verringerter Lohnanstieg in Kauf genommen werden muß, hätten die Tarifparteien herauszufinden. Eine soziale Entscheidung dieser Art wäre natürlich zu respektieren. Die sozialen Kosten, die dabei zu berücksichtigen wären, sind freilich viel höher als der Minderlohn für die weniger geleistete Arbeit. Der Produktionsapparat würde auf Dauer niedriger ausgelastet, der Staat erhielte weniger Einnahmen und die Alterssicherung würde noch teurer, jedenfalls im Vergleich zu einer Situation, in der bei der gegenwärtigen Arbeitszeit Vollbeschäftigung wieder möglich ist. Die Normalarbeitszeit ohne einen offenbarten Wunsch der Arbeitnehmer verkürzen, hieße allemal, vor der beschäftigungspolitischen Aufgabe kapitulieren.

Eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit wäre überdies besonders kostspielig, wenn sie abrupt durchgeführt würde. Denn selbst wenn es nicht zu Nachfrageausfällen kommt, kann kaum erwartet werden, daß die gegenwärtig Erwerbslosen alsbald die Arbeitsplätze besetzen, die als Folge der Arbeitszeitverkürzung angeboten werden. Es entstünde nämlich über Nacht ein zusätzlicher Bedarf an räumlicher und beruflicher Mobilität, der erst im Laufe der Zeit dadurch gedeckt werden kann, daß es zwischen den Erwerbstätigen zu Umschichtungen kommt und Aufstiegschancen wahrgenommen werden. Kurzfristig treten Engpässe und Produktionsausfälle (und deshalb möglicherweise zusätzliche Überstunden) auf. Längerfristig könnten sich solche Operationen als nachteilig erweisen, wenn Arbeitskräfte wieder generell knapp werden. Die Maßnahme ließe sich dann nur schwer rückgängig machen.

318. Eine Vorverlegung der flexiblen Altersgrenze träfe möglicherweise auf einen weit verbreiteten Wunsch. Ein zusätzlicher Mobilitätsbedarf wäre jedoch auch in diesem Fall zu decken. Außerdem wäre es eine Lösung, die die Erwerbstätigen auf Dauer belastet. Unmittelbar kämen auf den Staat zwar keine Mehrbelastungen zu, da den Mehrausgaben bei der Rentenversicherung etwa gleichgroße Minderausgaben bei der Arbeitslosenversicherung gegenüberstehen. Die Relation zwischen Erwerbstätigen und Rentnern würde jedoch für längere Zeit ungünstiger, als sie ohnehin sein wird, und zwar selbst dann, wenn die Maßnahme rückgängig gemacht wird, sobald so viele Arbeitsplätze wieder vorhanden sind, daß bei der gegenwärtigen Altersgrenze mit Arbeitslosigkeit nicht mehr gerechnet zu werden braucht. Überdies darf die Chance, eine solche Maßnahme gegebenenfalls rückgängig machen zu können, wohl nicht sehr hoch veranschlagt werden. Es würde im Zweifel als soziale Demontage verstanden und abgelehnt werden.

319. Weniger kostspielig für das Rentenversicherungssystem wäre es, wenn allen Erwerbstätigen, die vorzeitig in den Ruhestand treten wollen, diese Möglichkeit eröffnet wird, sofern sie bereit sind, einen versicherungsmathematisch ermittelten Abzug von ihrer Rente in Kauf zu nehmen. Die Beträge, um die es dabei geht, dürften jedoch so hoch sein, daß nur wenige Erwerbstätige dafür optieren werden. Wie erwünscht es aus Gründen von mehr Wahlfreiheit auch sein mag, eine solche Option einzuräumen, der Arbeitsmarkt dürfte nicht nennenswert davon entlastet werden, zumal heute schon Personen, die das 59. Lebensjahr überschritten haben und ein Jahr lang arbeitslos gewesen sind, vorzeitig Rente beziehen können.

320. Eine Verlängerung der Bildungs- und Ausbildungszeiten könnte unmittelbar den Arbeitsmarkt für Jugendliche entlasten. Sie verursacht jedoch auch Kosten, die dauerhaft sind und deshalb nur dann tragbar erscheinen, wenn eine verlängerte Bildungs- und Ausbildungszeit ohnehin vorgesehen ist. Sofern das für die generelle Einführung eines zehnten Schuljahres oder eines Berufsgrundbildungsjahres zutrifft, kann es unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten zweckmäßig sein, diese Maßnahme vorzuziehen. Doch sollte man sich auch hiervon zumindest kurzfristig keine nennenswerte Entlastung des Arbeitsmarktes versprechen, da die allgemeine Verwirklichung erhebliche Zeit beanspruchen würde.

Für neue Arbeitsplätze

321. Eine über mehrere Jahre anhaltende Welle von Investitionen ist nötig, um wieder Vollbeschäftigung zu erreichen. Daran führt kein gangbarer Weg vorbei. Nachdem die Tarifparteien in der Lohnpolitik gesamtwirtschaftliches Augenmaß bewiesen haben, der Staat erste Konsolidierungserfolge verbuchen kann und die Bundesbank mit der Geldmengensteuerung die Inflationsrate herabgedrückt hat, ist es an den Unternehmern, mehr Mut zum Investieren zu fassen. Die Wirtschaftspolitik muß durch Änderung der Rahmenbedingungen dokumentieren, daß sie die Partie mitspielt. Es geht um die Entlastung der Unternehmen von unnötigen Investitions- und Innovationsrisiken, nicht um die Beteiligung der Unternehmer am Steueraufkommen. Dazu stellen wir eine Reihe von Maßnahmen zur Diskussion. Im Prinzip kann der Staat den Unternehmern das Risiko jedoch nicht abnehmen. Denn Risiken zu tragen, die letztlich nicht versicherbar sind, ist ihre Aufgabe in der Marktwirtschaft. Dafür hält diese Gewinne bereit, freilich nur für den, der die Chance entschlossen ergreift.

322. Um überhaupt Risiken tragen zu können, müssen die Unternehmen über Eigenkapital verfügen. Die Eigenkapitaldecke der deutschen Unternehmen gilt als dünn. Gewinne, die zur Selbstfinanzierung

verwendet werden, verbreitern die Basis des Eigenkapitals. Eigenkapital kann aber auch durch Außenfinanzierung gewonnen werden. Die Reform der Körperschaftsteuer hat dazu beigetragen, daß mehr risikobereites Kapital den Unternehmen direkt zufließen kann. Geblieben ist die Doppelbelastung im Bereich der Vermögensteuer.

An dem Risiko könnten sich auch die Arbeitnehmer beteiligen. Eine Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer ließe einen Teil der Löhne ertragsabhängig werden und damit Risiko mittragen. Der Sachverständigenrat hat in diesem Gutachten erneut Vorschläge zur Gewinnbeteiligung und Vermögensbildung der Arbeitnehmer erörtert (Ziffern 361 ff.). Eine Regelung zur Gewinnbeteiligung würde zudem die Möglichkeiten der Eigenkapitalfinanzierung verbessern.

323. Die Existenzgründung kleinerer und mittlerer Unternehmen, vor allem im Handwerk, im Dienstleistungsgewerbe und in den freien Berufen fördert der Staat durch zinsgünstige Kredite und Bürgschaften im Rahmen der ERP-Programme. Die Nachfrage nach Existenzgründungsdarlehen war in den meisten Jahren größer als die angesetzten Mittel; 1975 wurden solche Darlehen in Höhe von fast 150 Millionen DM gewährt. Es wäre zu erwägen, ob es nicht im Interesse einer verstärkten Förderung von Unternehmensneugründungen angebracht ist, diese Mittel erheblich aufzustocken. Wichtig wäre bei alledem, daß die Möglichkeiten, die der Staat anbietet, auch bekanntwerden.

324. Um den Spielraum für Veränderungen und Neuerungen von der staatlichen Seite her zu vergrößern, gibt es eine Vielfalt von weiteren Möglichkeiten. Wir halten es für wichtig, daß Schwerpunkte gebildet werden. Dazu bietet sich an, daß die steuerlichen Abschreibungsmodalitäten an erhöhte Risiken angepaßt und die Innovationen der privaten Wirtschaft mehr als bisher vom Staat unterstützt werden.

325. Der Staat, der an den Gewinnen hoch beteiligt ist, entlastet die Unternehmen beim mittelfristigen Investitionsrisiko durch die Möglichkeiten zur degressiven Abschreibung sowie durch die Regelung über Verlustvortrag und Verlustrücktrag bei der Einkommensbesteuerung. Der Verlustrücktrag ist erst Anfang dieses Jahres eingeführt worden. Im vergangenen Jahr haben wir die Auffassung unterstützt, daß dies zunächst ausreichen würde. Man muß wohl erwägen, jetzt noch einen Schritt weiter zu gehen.

Wenn wegen Unsicherheit über die technologische Entwicklung und über den Strukturwandel das Ertragsrisiko mittelfristig besonders hoch eingeschätzt wird, ist es angemessen, daß der Staat die Möglichkeiten zur degressiven Abschreibung erweitert. Den Unternehmen, die von der degressiven Abschreibung Gebrauch machen, verbleibt dann kurzfristig ein höherer Nettoertrag als gegenwärtig. Die nachfolgenden Erträge sind dann zwar mit einem größeren Steueranspruch belastet, der aber entfällt, wenn diese Erträge ausbleiben. Gegenwärtig ist es möglich, daß bei beweglichen Anlagegütern das Doppelte des linearen Satzes, pro Jahr maximal 20 vH für Abnutzung abgesetzt werden können. Unter den heutigen Umständen wäre es ratsam, diese Sätze deutlich heraufzusetzen. Unter der Annahme, daß die Sätze auf das 2½fache und maximal 25 vH erhöht werden, würden dem Staat dadurch Einnahmeausfälle — auf die Investitionssumme von 1977 gerechnet — von 1,3 Mrd DM entstehen. Für den Fall, daß die mittelfristigen Risiken nicht eintreten, wäre dies jedoch kein dauerhafter Verlust. Allerdings entsteht dem Staat ein Zinsaufwand, indem er die Steuerschuld gleichsam kreditiert.

326. Ansatzpunkt der Innovationsförderung sind die Forschungs- und Entwicklungsausgaben (FE-Ausgaben) der Unternehmen, die zuletzt in der Bundesrepublik rund 12 Mrd DM jährlich betragen haben. Diesen Ausgaben kommt eine Schlüsselrolle für Produkt- und Prozeßinnovationen zu. Empirische Untersuchungen haben gezeigt, daß in hochentwickelten Ländern ein enger Zusammenhang zwischen der Höhe dieser Ausgaben in einem Produktionszweig und dessen internationaler Wettbewerbsfähigkeit besteht. Nach Angaben der OECD liegt in der Bundesrepublik der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen des verarbeitenden Gewerbes an dessen Wertschöpfung bei etwa 3 vH, in den Vereinigten Staaten dagegen bei fast 6½ vH. Die in den FE-Ausgaben enthaltenen staatlichen Förderungsmittel belaufen sich in der Bundesrepublik auf ein Sechstel der Gesamtausgaben. Das wichtigste globale Förderungsinstrument ist gegenwärtig eine Investitionszulage von 7,5 vH für FE-Anlageinvestitionen, die allerdings nur etwa ein Zehntel der gesamten FE-Aufwendungen betragen. Bezogen auf die gesamten FE-Aufwendungen dürfte die Förderwirkung deshalb gering sein. Daneben gibt es im Rahmen der Forschungs- und Technologiepolitik der Bundesregierung gezielte Einzelförderung, vorwiegend auf dem Gebiet der Kernforschung und -technologie, der Datenverarbeitung und der Luft- und Raumfahrt. Mehr als 80 vH der FE-Ausgaben werden von privaten Unternehmen selbst aufgebracht.

327. Es ist freilich alles andere als selbstverständlich, daß in einem marktwirtschaftlichen System der Staat privatwirtschaftlich betriebene Forschung und Entwicklung fördern muß. Allerdings gibt es gewichtige Gründe dafür. Einmal ist die Unsicherheit hier besonders groß. Nur ein Teil der von Unternehmen durchgeführten Erstinnovationen führt zu marktfähigen Produkten, wiederum nur ein Teil davon wird ein wirtschaftlicher Erfolg. Wenn durch Fehlentwicklungen an anderer Stelle die Basis für Risikokapital geschwächt worden ist, so kann dies rechtfertigen, daß der Staat ein Gegengewicht schafft, zumindest bis die Fehlentwicklungen und deren Folgen beseitigt sind. Auch besteht die begründete Vermutung, daß Innovationen Erträge bringen, die in gesamtwirtschaftlicher Rechnung höher ausfallen als in unternehmerischer.

328. Der Sachverständigenrat ist der Auffassung, daß private Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen in der Bundesrepublik über das bisherige

Maß hinaus gefördert werden sollen. Dafür bieten sich zwei Wege an: das Aufstocken der Mittel im Rahmen der bisherigen Forschungs- und Technologiepolitik und die Einführung eines neuen Förderungssystems, das globaler wirkt und staatliche Instanzen nicht mit der Entscheidung belastet, welche Neuentwicklung gefördert werden soll. Ein globales Förderungssystem sollte am besten indirekt wirken und an den gesamten FE-Aufwendungen anknüpfen; diese enthalten außer den Sachausgaben und Personalausgaben im FE-Bereich auch Ausgaben für extern vergebene Forschungs- und Entwicklungsaufträge. Zu denken wäre entweder an eine Prämie oder an eine Steuergutschrift in Form einer Abzugsmöglichkeit von der Steuerschuld, jeweils festzusetzen in Prozenten der FE-Aufwendungen. Für eine Prämie spricht, daß kleine und mittlere Unternehmen dadurch im Falle einer starken Steigerung der FE-Ausgaben wohl mehr begünstigt werden als durch eine Steuergutschrift. Gegenüber der jetzt gewährten Prämie auf FE-Anlageinvestitionen hätte eine Förderung, ob durch Prämie oder Steuergutschrift, die bei den gesamten FE-Aufwendungen ansetzte, den Vorteil, daß auch kleine und mittlere Unternehmen, die personalintensive Entwicklungen betreiben, in deren Genuß gelangen. Die kapitalintensivere FE-Tätigkeit könnte dadurch angeregt werden, daß entweder die jetzige Prämie auf FE-Anlageinvestitionen erhöht oder wieder durch die Sonderabschreibungen auf FE-Anlageinvestitionen, die 1973 ausliefen, ersetzt wird. Damit Mitnehmereffekte gering gehalten werden und der fiskalische Aufwand eine möglichst große Wirkung erzielt, wäre zu prüfen, ob nicht Prämien oder Steuergutschriften nur für die FE-Aufwendungen gewährt werden, die (absolut oder dem Anteil an den Gesamtkosten nach) über denen einer bestimmten Referenzperiode liegen. Freilich müßten noch zahlreiche Einzelheiten geprüft werden, etwa wie weit auch die fertigungsnahe Produktentwicklung in die Förderung einbezogen werden kann und wie FE-Ausgaben von anderen Ausgaben so abgegrenzt werden können, daß sich eine brauchbare Bemessungsgrundlage für die Förderung ergibt, die Mißbrauch möglichst ausschließt.

329. Die staatliche Förderung der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit der privaten Unternehmen macht nur einen geringen Teil der gegenwärtigen Forschungs- und Technologiepolitik aus, die sich vorwiegend des Mittels der direkten selektiven Projektförderung bedient. Dafür wurden 1975 fast 1,5 Mrd DM aufgewendet. Da selektive Förderung immer vor schwierigen Bewertungs- und Prognoseproblemen steht, spricht vieles dafür, in Zukunft die indirekte Förderung nach der oben beschriebenen Art auszubauen. Mehr direkte Förderung käme allenfalls in den Bereichen in Betracht, in denen spezifische volkswirtschaftliche Erträge, die wesentlich oberhalb der privaten liegen, zu erwarten sind, wie etwa im Bereich des Umweltschutzes. Daneben wäre erwägenswert, das Programm zur Förderung der Erstinnovationen und die Wagnisfinanzierungsgesellschaft auszubauen und mehr für deren Inanspruchnahme zu werben. Um eine größtmögliche Wirkung auf das Wachstum zu erzielen, müßte außerdem sichergestellt werden, daß auch privaten Unternehmen — gegen Entgelt, versteht sich — der Zugang zu technischem Wissen offensteht, das im staatlichen Bereich einschließlich staatlicher Unternehmen wie Bahn und Post, vorhanden ist.

330. Eine Alternative zu den erörterten Maßnahmen der Angebotsausweitung könnte in dem Vorschlag gesehen werden, daß der Staat zumindest für eine Übergangszeit Beschäftigungsprämien an Unternehmen zahlt, die bereit sind, Arbeitslose einzustellen. Die Idee ist, daß bei einem überhöhten Lohnniveau eine Mehrbeschäftigung durch direkte Lohnsubventionen gesamtwirtschaftlich günstiger ist als Arbeitslosigkeit, weil nur im ersten Fall ein zusätzliches Produkt entsteht. Das mag einleuchtend klingen, überzeugend ist es dennoch nicht. Die Anzahl der Arbeitslosen, die je Jahr in neue Stellen vermittelt werden, ist erheblich größer als die im Jahresdurchschnitt gemeldete Anzahl von Arbeitslosen. Erhielte jedes Unternehmen, das Arbeitslose einstellt, je Kopf eine solche Beschäftigungsprämie, wären erhebliche Mitnehmereffekte zu befürchten, was die Maßnahme sehr verteuerte. Gewährte man, um diese Mitnehmereffekte gering zu halten, die Beschäftigungsprämie nur dann, wenn Personen eingestellt werden, die schon eine gewisse Anzahl von Monaten arbeitslos gewesen sind, würde sich die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit schnell erhöhen. Es wäre gleichsam ein Warteraum für Arbeitslose geschaffen. Denn für Unternehmen bestünde ein besonderer Anreiz, im Rahmen von normaler Umschichtung oder zusätzlichen Einstellungen vorwiegend auf Arbeitnehmer zurückzugreifen, die eine Prämie „mitbringen". Jugendliche, die ins Erwerbsleben eintreten, hätten noch geringere Chancen als ohnehin schon. Arbeitslose könnten allein dadurch, daß sie die Wartefrist absolvierten, ihre Chancen auf einen Arbeitsplatz wesentlich verbessern. Überdies könnten zusätzliche arbeitsplatzschaffende Investitionen durch eine solche Prämie nur dann lohnend gemacht werden, wenn die Prämie nicht für eine Übergangszeit, sondern auf Dauer gewährt wird. Es kann aber nicht Aufgabe der Beschäftigungspolitik sein, ein zu hohes Lohnniveau auf Kosten des Steuerzahlers herunterzuschleusen. Eine problemgerechte Lösung wäre all dies nicht.

Für mehr Mobilität

331. An welchen Standorten die neuen Arbeitsplätze entstehen, die notwendig sind, damit Vollbeschäftigung wieder erreicht wird, und welche beruflichen Anforderungen sie stellen werden, kann man im einzelnen nicht voraussagen. Um so wichtiger ist es, daß die Arbeitnehmer flexibel genug sind, sich anzupassen. Arbeitskräfte haben um so größere Chancen, einen Arbeitsplatz zu finden, je eher sie bereit sind, den Arbeitsort zu wechseln und je besser sie qualifiziert sind. Wenn hohe Löhne gezahlt werden sollen, müssen nicht nur hoch-

wertige Arbeitsplätze geschaffen werden, sondern auch die Arbeitnehmer bereit und imstande sein, diese auszufüllen.

332. Einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zufolge war die Arbeitslosigkeit im Rezessionsjahr 1975 nach Regionen und Berufen gleichmäßiger verteilt als im Rezessionsjahr 1967 (Ziffern 106 ff.). Daraus zu schließen, daß in Zukunft der Mobilitätsbedarf in regionaler und beruflicher Hinsicht relativ gering sein wird, wäre voreilig, denn durch nichts ist ausgemacht, daß die für Vollbeschäftigung notwendigen Arbeitsplätze die gleiche räumliche Verteilung der Arbeitskräfte und der Berufe erfordern werden wie in der Vergangenheit. Der Mangel an Chancen mag relativ gleich verteilt sein. In einer ständig sich wandelnden Wirtschaft darf man jedoch nicht davon ausgehen, daß neue Chancen sich ebenfalls gleich verteilen.

333. Es sollte daher nicht einfach angenommen werden, daß gerade diejenigen, die gegenwärtig eine Arbeitsstelle suchen, die Arbeitsplätze besetzen müßten, die neu zu schaffen sind. Die Wiedereingliederung von Arbeitslosen und von Personen aus der „stillen Reserve" muß man sich auch so vorstellen, daß viele, die einen Arbeitsplatz haben, auf einen neuen Arbeitsplatz überwechseln und dadurch für solche, die derzeit arbeitslos sind, ein Arbeitsplatz frei wird. Überdies werden die Anforderungen an die räumliche Mobilität der inländischen Arbeitnehmer auch deshalb größer sein, weil der Rückgriff auf ausländische Arbeitskräfte, der in der Vergangenheit so manchen Arbeitsortswechsel erübrigt hat, heute nicht mehr so leicht möglich ist (Ziffer 105). Klagen, die bereits heute über Arbeitskräftemangel laut werden, deuten darauf hin, daß derzeit die Mobilität unzureichend ist. Kann der für die Zukunft zu erwartende Bedarf gedeckt werden, so werden zugleich sehr viele Beschäftigte eine höher qualifizierte Tätigkeit ausüben, als es sonst möglich wäre.

334. Die in den nächsten Jahren zu lösenden Beschäftigungsprobleme erfordern eine verstärkte Mobilitätspolitik. Aufgrund des Arbeitsförderungsgesetzes sind schon in der Vergangenheit eine Reihe von Maßnahmen ergriffen worden, vorwiegend um die berufliche, teilweise auch um die räumliche Mobilität der Arbeitnehmer zu erhöhen. Im Jahre 1975 wurden hierfür 3,5 Mrd DM aufgewendet. Abgesehen von den mittelfristig erhofften Auswirkungen haben diese Programme in der gegenwärtigen Situation noch den willkommenen Nebeneffekt, daß der Arbeitsmarkt erheblich entlastet wird. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung schätzt, daß 1975 über 130 000 Personen zusätzlich Arbeit gesucht hätten, wenn die Bundesanstalt für Arbeit die berufliche Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung nicht gefördert hätte. Ein Vergleich von Kosten und Nutzen einzelner Maßnahmen ist noch schwierig; im Prinzip gehen die Programme in die richtige Richtung und sollten fortgeführt werden.

335. Die Bundesregierung hat im November 1976 ein arbeitsmarktpolitisches Programm vorgelegt. Es soll insbesondere die Eingliederung von Arbeitssuchenden, die schon länger arbeitslos sind sowie von Jugendlichen erleichtern, und zwar durch Mobilitätszulagen in Form von Eingliederungs- und Umzugshilfen sowie durch die Förderung von Fortbildung und Umschulung; außerdem sind weitere Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vorgesehen. Dieses Programm ist besonders auf einige Problemgruppen ausgerichtet und der gegenwärtigen Situation angemessen (Ziffer 94).

336. Das Programm stellt jedoch keinen Ersatz für die nötige Verbesserung der allgemeinen Mobilität dar. Dazu käme eine Reihe von Maßnahmen in Betracht, die an das schon bestehende Instrumentarium der Arbeitsmarktpolitik anknüpfen könnten. Zudem wäre aber auch für eine bessere überregionale Arbeitsvermittlung Sorge zu tragen, die es jedem Arbeitnehmer und jedem Unternehmer gestattet, sich über das Arbeitsangebot und die Arbeitsnachfrage im Bundesgebiet leichter zu informieren. Die von den Arbeitsämtern betriebene überregionale Vermittlung ist bislang noch zu zeitaufwendig; sie setzt in der Mehrzahl der Fälle nur bei den Arbeitslosen ein und auch dann nur, wenn sich in der Nähe des Wohnorts keine passende Stelle hat finden lassen. Im Interesse einer höheren räumlichen Mobilität derer, die Haus- und Wohnungseigentum besitzen, läge es außerdem nahe, die Grunderwerbsteuer, deren Abschaffung aus verschiedenen Gründen seit langem gefordert wird, wegfallen zu lassen (Ziffer 360). Zu erwägen wäre auch, ob nicht Arbeitnehmern, die bei einem Arbeitsplatzwechsel eine mietgünstige Wohnung aufgeben müssen und an ihrem neuen Wohnort keine ebenso günstige Wohnung beziehen können, der Entschluß durch einen Anreiz erleichtert werden sollte.

337. Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ergibt sich auch unter günstigen Annahmen über die Entwicklung der privaten Lehrstellen und der Aufnahmekapazität der Hochschulen bis 1985 ein ungedeckter Bedarf an Ausbildungsplätzen für durchschnittlich 40 000 Lehrlinge je Jahr. Hier ist eine vorausschauende Politik nötig. Denn es gilt der Gefahr vorzubeugen, daß infolge von Mängeln in Schule und beruflicher Bildung nach wie vor zu viele Arbeitskräfte nicht befähigt sind, ihre berufliche Qualifikation zu verbessern. Minderqualifizierte Arbeitskräfte verlieren leichter ihren Arbeitsplatz und finden schwerer einen neuen (Ziffer 102). Man darf sich daher nicht dadurch beruhigen lassen, daß das Problem der Jugendarbeitslosigkeit statistisch verschwindet, weil Jugendliche, die keine Lehrstelle gefunden haben, schließlich Hilfsarbeiter werden.

III. Fortsetzung der Konsolidierung und der Steuerreform

Konsolidierung — quantitativ

338. Die wichtigste Aufgabe der Finanzpolitik in den nächsten Jahren ist die Fortsetzung der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Die Defizite müssen auf ein normales Maß zurückgeführt werden, damit das gegenüber der Schuldenpolitik des Staates noch immer bestehende Mißtrauen weiter abgebaut, der Kapitalmarkt entlastet wird und der Staat Handlungsspielraum zurückgewinnt. Zwar ist 1976 die Konsolidierung ein gutes Stück vorangekommen, aber die Aufgabe ist keineswegs vollständig bewältigt. Vor allem steht noch die Entscheidung über die Mehrwertsteuererhöhung aus; außerdem sind Verwerfungen zu bereinigen, die sich infolge der Konsolidierungsbemühungen in der Struktur der öffentlichen Ausgaben eingestellt haben. Solange sich keine klaren Lösungen im Hinblick auf diese Probleme abzeichnen, wird Ungewißheit über die Fortführung der Konsolidierung sowie Unklarheit über Staatsleistungen und Steuerhöhe bestehen bleiben.

339. Das strukturelle Defizit des Gesamthaushalts ist 1975 wesentlich kleiner ausgefallen, als wir im vergangenen Jahr geschätzt hatten. Das hat die Konsolidierungsaufgabe erleichtert. Im Jahre 1976 ist das strukturelle Defizit um rund 18 Mrd DM auf einen Rest von 8 Mrd DM zurückgegangen (Ziffer 221). Dieser Betrag bezeichnet die verbliebene Konsolidierungsaufgabe, die bis 1978 gelöst sein sollte, da bis dahin eine normale Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials erreicht sein könnte, expansive Impulse der öffentlichen Haushalte also nicht mehr konjunkturgerecht wären.
Nachdem sich 1976 das strukturelle Defizit so stark verringert hat, mag es auf den ersten Blick einfach erscheinen, den Rest binnen zweier Jahre zu konsolidieren. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß der Konsolidierungserfolg im Jahre 1976 zustande kam, weil das öffentliche Geld ungewöhnlich knapp war und deshalb viele Kürzungen als zunächst unabwendbar hingenommen wurden. Jetzt steigen aber wieder die Steuereinnahmen. Obgleich dieser Anstieg im wesentlichen auf einen höheren Auslastungsgrad des Produktionspotentials zurückgeht (und deshalb nicht zur Lösung der Konsolidierungsaufgabe beiträgt), steht zu befürchten, daß in den Parlamenten die Neigung wieder zunehmen wird, weniger Zurückhaltung als bisher in der Ausgabenpolitik zu üben, zumal bei den früheren Ausgabenkürzungen manches wohl nur als aufgeschoben verstanden worden war.

340. Dies wiegt um so schwerer, als der Teil der Konsolidierung, der von einer Anhebung der Mehrwertsteuer kommen könnte, in Frage gestellt ist. Der Bundestag hatte eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte beschlossen, was einem jährlichen Aufkommen von rund 11 Mrd DM entspricht. Das Gesetz ist gescheitert, weil ihm der Bundesrat die Zustimmung versagte. Die Auseinandersetzung um die Mehrwertsteuererhöhung umschreibt zugleich zwei Konsolidierungsstrategien. Nach der einen soll die Lösung allein über eine Minderung der Ausgabenexpansion erreicht werden, nach der anderen über eine Kombination von Steuererhöhung und einem etwas schwächeren Zurückdrängen des Anstiegs der Staatsausgaben. Für den ersten Standpunkt spricht, daß es, wie die Erfahrung lehrt, knapper Kassen bedarf, damit die beim Staat als reichlich vermuteten Produktivitätsreserven genutzt werden. Zugunsten des anderen Standpunktes läßt sich anführen, daß, wie man ebenso aus Erfahrung weiß, bei rigorosem Bremsen der Ausgabenexpansion nicht selten an den falschen Stellen gekürzt wird.

341. Geht man davon aus, daß für 1977 — wie vorgesehen — die Staatsausgaben um 5 vH zunehmen (der Zuwachs beträgt rund 7 vH, wenn man aus den Haushalten für 1976 und 1977 die konjunkturpolitischen Sonderausgaben eliminiert), dann zeigen sich die Konsequenzen der genannten Alternativen in dem Ausgabenspielraum, der 1978 eingehalten werden muß, will man dann einen konjunkturneutralen Haushalt haben. Ohne Mehrwertsteuererhöhung müßte die Zunahme der Staatsausgaben auf $2^1/_2$ vH begrenzt werden. Wird hingegen die Mehrwertsteuer um 2 Prozentpunkte angehoben, dann könnten die Staatsausgaben um 5 vH zunehmen.

Manche werden dem Staat auch raten, dauerhaft, also konjunkturunabhängig, einen höheren Anteil seiner Ausgaben durch Kredite zu finanzieren (Erhöhung der Normalverschuldung) und die Konsolidierungsaufgabe gleichsam vorzeitig für abgeschlossen zu erklären. Dies sollte vorläufig nicht in Betracht kommen (Ziffer 248).

342. Wie im vergangenen Jahr wollen wir anhand einer Beispielsrechnung aufzeigen, wie sich die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte vollziehen könnte. Geht man davon aus, daß die Mehrwertsteuer zum 1. Juli 1977 um einen Prozentpunkt im Regelsatz und um einen halben Prozentpunkt im ermäßigten Satz erhöht wird, dann steht für 1977 und für 1978 ein Spielraum für einen Ausgabenanstieg von 5 vH beziehungsweise 4 vH zur Verfügung, wenn das Haushaltsvolumen 1978 wieder konjunkturneutral sein soll. Für diese Lösung spricht, daß dabei das öffentliche Geld knapp bleibt, der Staat also weiterhin gezwungen ist, rationell zu wirtschaften. Andererseits wird durch die Anhebung der Mehrwertsteuer der finanzielle Spielraum des Staates etwas erweitert und so die Revision der Ausgabenstruktur erleichtert (Ziffern 346 ff.).

Zum Vergleich haben wir in unsere Beispielsrechnung auch die beiden Alternativen aufgenommen, nach denen die Konsolidierung allein über eine Drosselung der Ausgabenexpansion beziehungsweise über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte erreicht werden soll (Tabelle 35).

Tabelle 35

Konsolidierung der öffentlichen Haushalte [1])

Eine Beispielsrechnung [2])

	Einheit	1976	1977			1978		
			ohne Mehrwertsteuererhöhung	Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Juli 1977 um		ohne Mehrwertsteuererhöhung	Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Juli 1977 um	
				1 Prozentpunkt	2 Prozentpunkte		1 Prozentpunkt	2 Prozentpunkte
(1) Ausgaben	Mrd DM	382	402	402	402	412½	417½	422½
	vH [3])	+ 5	+ 5	+ 5	+ 5	+2½	+ 4	+ 5
(2) Einnahmen [4])	Mrd DM	325	357½	360	362½	391	396	401
	vH [3])	+10	+10	+11	+11½	+9	+10	+10½
(3) Finanzierungssaldo (1) ./. (2)	Mrd DM	57	44½	42	39½	21½	21½	21½
(4) Konjunkturbedingte Steuermindereinnahmen (auslastungsbedingte und inflationsbedingte Steuermehr- bzw. Steuermindereinnahmen sowie Änderungen im Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen)	Mrd DM	19½	12	13	13	—	—	—
(5) Steuermindereinnahmen durch die Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	Mrd DM	4	2½	2½	2½	1	1	1
(6) Konjunkturbedingte Sonderausgaben (Ausgaben für Konjunkturprogramme und Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit)	Mrd DM	7½	2	2	2	—	—	—
(7) Um konjunkturelle Einflüsse bereinigtes Defizit (3) ./. (4) ./. (5) ./. (6)	Mrd DM	26	28	24½	22	20½	20½	20½
(8) Potentialorientierte Kreditaufnahme	Mrd DM	18	19	19	19	20½	20½	20½
(9) Strukturelles Defizit (7) ./. (8)	Mrd DM	8	9	5½	3	—	—	—
Nachrichtlich:								
Ausgaben ohne konjunkturbedingte Sonderausgaben (1) ./. (6)	Mrd DM	374½	400	400	400	412½	417½	422½
	vH [3])	+ 5½	+ 7	+ 7	+ 7	+3	+ 4½	+ 5½

[1]) Öffentlicher Gesamthaushalt: Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen und EG-Anteile.

[2]) Für das Wachstum des Produktionspotentials wurde für 1977 die Zuwachsrate übernommen, die sich aus der Prognose ergibt, das sind 2,6 vH. Für 1978 wurde eine Wachstumsrate von 2,8 vH angesetzt. Für die „konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus wurde von Zuwachsrate von 3½ vH für 1977 und von 2½ vH für 1978 ausgegangen, wobei für die Erhöhung der Mehrwertsteuer Zuschläge bei der Steigerungsrate des " Preisniveaus gemäß dem Aufkommensäquivalent der Mehrwertsteuer vorgenommen wurden. Zur Definition und zur Berechnung einzelner Größen siehe Tabelle 29 und Anhang V.

[3]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.

[4]) Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974 verrechnet.

343. Da das Aufkommen aus der Mehrwertsteuererhöhung einen Teil der staatlichen Schuldenaufnahme ersetzen soll, ergibt sich ein Rückgang der staatlichen Kreditnachfrage. Das führt zu einer Entlastung bei den Zinsen und verstärkt so den Anreiz, mehr zu investieren. Andererseits bedeutet die Erhöhung der Mehrwertsteuer eine Belastung des Konsums, nicht aber der Investitionen. Insgesamt hat die Mehrwertsteuererhöhung einen restriktiven Effekt, der die Nachfrage dämpft, insbesondere die Konsumgüternachfrage. Das muß in Kauf genommen werden, wenn die Konsolidierung vorankommen soll. Bei stabilitätskonformer Geldpolitik kann die zusätzliche Steuerbelastung nicht ohne weiteres voll auf die Preise überwälzt werden. Der tatsächliche Preisanstieg dürfte somit etwas geringer ausfallen, als der Erhöhung der Mehrwertsteuer entspricht, vorausgesetzt die Arbeitnehmer lassen die gewollte Umverteilung zugunsten des Staates gegen sich gelten und setzen nicht Lohnerhöhungen durch, in die der zusätzliche Preisanstieg eingerechnet ist.

344. Die privaten Haushalte werden von der Mehrwertsteuer nach Maßgabe ihres Konsums belastet. Das ist beabsichtigt. Sie belastet die Bezieher niedriger Einkommen stärker als die Empfänger hoher Einkommen, weil diese einen kleineren Anteil ihres Einkommens für Verbrauchsgüter ausgeben als jene. Dieser Gefahr einer regressiven Belastung wird allerdings wie bisher zu einem beträchtlichen Teil dadurch begegnet, daß die Güter des lebensnotwendigen Bedarfs mit einem verminderten Satz besteuert sind und Mieten überhaupt nicht der Mehrwertsteuer unterliegen.

345. Auch der Staat muß für Investitionen und andere Sachausgaben Mehrwertsteuer zahlen. Er kann deshalb aus den zusätzlichen Steuereinnahmen nicht um soviel mehr Güter und Leistungen kaufen, wie dem vollen Anstieg der Mehrwertsteuereinnahmen bei unveränderten Preisen entspräche.

Da die Anteile für die der Mehrwertsteuer unterliegenden Ausgabenarten in den Haushalten der drei staatlichen Ebenen verschieden sind, werden Bund, Länder und Kommunen von einer Mehrwertsteuererhöhung in unterschiedlichem Maße betroffen. Verhältnismäßig hoch ist die Belastung der Gemeinden, denen zudem relativ wenig von dem Aufkommen aus der Mehrwertsteuer zufließt; es stellt sich daher möglicherweise das Problem, die Zuweisungen an die Gemeinden aufzustocken.

Konsolidierung — qualitativ

346. Man gäbe sich Illusionen hin, wenn man vermutete, die Konsolidierungsaufgabe sei mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer von einem Prozentpunkt so gut wie erledigt, nachdem man einen großen Teil schon in diesem Jahr bewältigt hat und bis 1978 ein im Verhältnis dazu nur noch kleiner Rest verbleibt, den es einzusparen gilt. Denn nach Jahren kräftiger Zunahme der Ausgaben sind die Sparmaßnahmen, die der Staat in diesem und zum Teil auch schon im vergangenen Jahr unter dem Druck der Verhältnisse treffen mußte, sicherlich nicht leicht durchzuhalten. Eher das Gegenteil ist der Fall. Die Bestrebungen, unterlassene Ausgaben nachzuholen, werden stark sein. Das braucht nicht zu überraschen, denn Ausgaben werden oft dort gekürzt, wo es kurzfristig ohne große Widerstände möglich ist, und nicht dort, wo es mittelfristig nötig, aber nur mit erheblichen Schwierigkeiten durchzusetzen wäre. Infolgedessen ist es in den öffentlichen Haushalten zu einer Ausgabenstruktur gekommen, die nicht nur von der der Vergangenheit beträchtlich abweicht, sondern die auch der erklärten Priorität in bezug auf die öffentlichen Aufgaben kaum mehr entspricht. Um Kongruenz mit den öffentlichen Aufgaben auf mittlere Sicht herzustellen, ist also eine Revision der Ausgabenstruktur erforderlich. Es hat sich, anders ausgedrückt, ein qualitativer Konsolidierungsbedarf angesammelt, der ebenso zu decken ist wie der quantitative, und das ist womöglich sogar die schwierigere Aufgabe.

347. Der Mangel an Investitionen und Arbeitsplätzen läßt es nicht zu, daß der Staat einfach Ausgaben kürzt, wo er kann, und dabei womöglich gerade jene Ausgaben beschneidet, die komplementär zu privaten Investitionen sind, die wichtige Vorleistungen für private Investitionen darstellen, die private Investitionen anregen, oder solche Ausgaben, die direkt Arbeitsplätze schaffen oder die es leichter machen, einen Arbeitsplatz zu finden. Auf diese aber kommt es gerade an.

348. Der Staat hat in den mehrjährigen Finanzplänen darzulegen, welche Mittel künftig zur Verfügung stehen, wie er diese im Hinblick auf seine Ziele aufzuteilen gedenkt und wie diese Mittel beschafft werden sollen. Auch der Weg der Konsolidierung, die eine Aufgabe für mehrere Jahre ist, muß dort aufgezeigt werden. Die Finanzplanung befindet sich bei uns jedoch in einem beklagenswerten Zustand. Bei ihrer Einführung mit viel Vorschußlorbeeren bedacht, ist sie inzwischen zu einer eher lästigen Pflichtübung geworden. Sie dient allenfalls den Finanzministern und Stadtkämmerern als Hilfe bei ihrer Aufgabe, die Begrenztheit des Finanzierungsspielraums aufzuzeigen und für Ausgabenkürzungen und Einnahmenverbesserungen zu werben. Zum Erfolg der quantitativen und mehr noch der qualitativen Konsolidierung kann die Finanzplanung nur wenig beitragen, es sei denn, sie würde wesentlich verbessert. Worum es in erster Linie ginge, wäre die Festlegung von Schwerpunkten, die Fortschreibung und die Koordinierung der Finanzpläne der Gebietskörperschaften.

Zur Bestimmung von Schwerpunkten ist nötig, daß eindeutige und einheitliche Kriterien zu deren Kennzeichnung festgelegt werden; dabei wären nicht nur positive, sondern auch negative Schwerpunkte auszuweisen. Bei der Fortschreibung ist wichtig, daß die Abweichungen vom Finanzplan für vorangegangene Perioden hinreichend erklärt und die Änderungen im fortgeschriebenen Finanzplan begründet werden; geschieht das nicht, dann geht

in der Finanzplanung der rekurrente Anschluß und mit diesem die Kontinuität verloren. Schließlich ist eine Koordinierung der Finanzpläne der Gebietskörperschaften notwendig. Eine lediglich statistische Zusammenfassung der (zu verschiedenen Zeitpunkten) beschlossenen Finanzpläne von Bund, Ländern und Gemeinden reicht nicht aus. Mindestens müßten — aufgrund der staatlichen Aufgabenplanung und der finanziellen Möglichkeiten — einheitliche Vorgaben für die Finanzplanung erarbeitet und von den Gebietskörperschaften auch befolgt werden.

Fortsetzung der Steuerreform

349. Trotz der beträchtlichen Änderungen des Steuerrechts, die während der letzten Jahre in drei Stufen vorgenommen worden sind, darf die Steuerreform nicht als beendet angesehen werden. Denn nach wie vor gibt es Steuern, die dem Staat zwar Einnahmen bringen, ansonsten aber unnötigen Schaden stiften, so die Grunderwerbsteuer und insbesondere die Gewerbesteuer. Die Steuerreform hat, soweit sie schon durchgeführt worden ist, „Überhänge" hinterlassen, die bereinigt werden müssen, vor allem den bedenklichen Bruch im Einkommensteuertarif. Die Grunderwerbsteuer wird in diesem Gutachten unter Mobilitätsgesichtspunkten in Frage gestellt. Die Aufmerksamkeit, die wir der Gewerbesteuer widmen, gründet sich vor allem auf die ihr innewohnenden stabilitätspolitischen Probleme, nicht zuletzt aber auch darauf, daß sie die Investitionen belastet.

Glätten des Einkommensteuertarifs

350. Mit der Reform der Einkommensteuer zum 1. Januar 1975 ist auch der Einkommensteuertarif neu festgesetzt worden. Aus Gründen der Vereinfachung hatte man daran festgehalten, daß das Einkommen, soweit es einen Freibetrag überschreitet, zunächst mit einem konstanten Steuersatz von 22 vH belastet wird. Diese Zone einer proportionalen Grenzbelastung schließt an den steuerfreien Grundfreibetrag von 3 000 DM für Ledige und 6 000 DM für Verheiratete an und reicht bis zu 16 000 DM beziehungsweise 32 000 DM. Soweit Einkommen diese Grenzen übersteigen, werden sie mit einem ansteigenden Steuersatz belastet, der von 30,8 vH bis 56 vH reicht.

Die obere Grenze der Proportionalzone war gegenüber dem alten Steuertarif verdoppelt worden, um den Großteil der Lohnsteuerpflichtigen in diesem Proportionalbereich zu halten. Das ist bei der Einführung des neuen Steuertarifs auch erreicht worden; 1975 dürften nahezu drei Viertel aller Lohnsteuerpflichtigen mit ihrem steuerpflichtigen Einkommen in der Proportionalzone gelegen haben. Inzwischen wachsen aber die Einkommen vieler Personen bereits wieder über die Grenze hinaus. Nach groben Schätzungen dürfte 1978 nahezu die Hälfte der Lohnsteuerpflichtigen mit ihren Einkommen in den Bereich ansteigender Grenzsteuersätze fallen; betroffen sind insbesondere Ledige sowie Verheiratete, wenn beide erwerbstätig sind.

Überschreitet das steuerpflichtige Einkommen die obere Grenze der Proportionalzone, dann werden von dem Einkommenszuwachs nicht nur 22 vH, sondern 30,8 vH Lohnsteuer abgezogen. Liegt das Einkommen außerdem noch unterhalb der Beitragsbemessungsgrenzen für die Sozialversicherung, dann werden die Einkommenszuwächse mit rund 47 vH belastet. Rechnet man auch die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung in die Abgaben ein und bezieht man diese auf den Bruttolohn zuzüglich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, dann betragen die Abgaben, die für den Einkommenszuwachs beim Überschreiten der Obergrenze der Proportionalzone entrichtet werden müssen, sogar rund 55 vH. Bei Ledigen ist das bereits die Regel, bei doppelt verdienenden Ehepaaren keine Seltenheit mehr; zunehmend wird dies auch für alleinverdienende Haushaltsvorstände eintreten, denn bereits 1977 wächst die Beitragsbemessungsgrenze der Renten- und Arbeitslosenversicherung über die Obergrenze der Proportionalzone hinaus.

351. Es gibt also gute Gründe, den Einkommensteuertarif durch Einführung eines durchgehenden Progressionsverlaufs zu glätten. Schwierig wird es indessen sein, einen solchen Tarif durchzusetzen, ohne daß Steuerausfälle entstehen. Sicher wird mit dem Näherrücken der Tarifreform die Forderung erhoben werden, die progressive Belastung inflationsbedingter Einkommenssteigerungen zu beseitigen. Und trotz abnehmender Inflation werden die kumulierten Preissteigerungsraten bis dahin so viel ausmachen, daß ein gewisser Ausgleich wohl auch erwartet werden kann. Es ist deshalb zu prüfen, wie daraus resultierende Mindereinnahmen kompensiert werden können. Denn die Tarifreform sollte in bezug auf das gesamte Steueraufkommen neutral sein, weil noch Konsolidierungsbedarf besteht. Bei der Diskussion, wie die Einkommensteuerausfälle ausgeglichen werden können, wird die Mehrwertsteuer vermutlich eine prominente Rolle spielen. Von dieser Lösung gehen auch die folgenden Überlegungen aus.

352. Wie oben ausgeführt, werden die privaten Einkommen durch die Mehrwertsteuer nach Maßgabe des Konsums belastet. Im Bereich der oberen Einkommen, in denen der Tarif (und also auch die Einkommensteuer) unverändert bleiben mag, würde sich infolge der Mehrwertsteueranhebung eine zusätzliche Belastung ergeben. Dort, wo die Tarifreform Entlastung, die Mehrwertsteuererhöhung aber Belastung mit sich bringt, hängt die Höhe der neuen Steuerlast (Einkommensteuer plus Mehrwertsteuer) davon ab, was überwiegt. Die Bezieher ganz niedriger Einkommen werden durch eine Erhöhung der Sozialhilfe davor bewahrt werden, daß die Mehrwertsteuererhöhung zu einer unangemessenen Belastung führt.

Gesamtwirtschaftlich gesehen ergibt sich folgendes Bild: Infolge der Mehrwertsteuererhöhung werden die Anbieter von Konsumgütern bestrebt sein, die Steuer zu überwälzen, das heißt die Preise nach

Maßgabe der Steuer zu erhöhen. Die angestrebten Preissteigerungen werden im Prinzip auch gelingen, weil die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte insgesamt wegen der Entlastung aus der Tarifreform gestiegen sind.

Abbau der Gewerbesteuer

353. Gegen das Fortbestehen der Gewerbesteuer spricht eine Vielzahl von Gründen. Die wichtigsten sind:

- Sie verleitet die Gemeinden infolge ihrer starken Konjunkturreagibilität zu prozyklischem Ausgabeverhalten, was sich insbesondere bei den kommunalen Investitionen niederschlägt.
- Sie belastet — gesamtwirtschaftlich gesehen — sowohl den Konsum wie auch die Investitionen.
- Sie stellt eine Besteuerung nach dem Ursprungslandprinzip dar, was bei international nicht harmonisierten Steuersystemen zu Handelsverzerrungen führt.
- Sie erschwert die Steuerharmonisierung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, weil sie im wesentlichen eine deutsche Besonderheit ist.
- Sie verursacht bedenkliche Steuerkraftunterschiede zwischen Gemeinden.
- Sie ist auch deswegen eine schlechte Gemeindesteuer, weil sie — von nur wenigen in der Gemeinde gezahlt, aber von vielen unmerklich getragen — bei den Bürgern kaum Interesse für die Angelegenheiten ihrer Gemeinde weckt.
- Sie paßt nicht in ein Steuersystem, dessen tragende Säulen die Einkommen- und die Mehrwertsteuer sind.

354. Angesichts dieses „Sündenregisters" mag man es erstaunlich finden, daß die Gewerbesteuer nicht längst abgeschafft worden ist. Der Hauptgrund, daß es sie noch immer gibt, liegt in ihrer fiskalischen Ergiebigkeit (1976 wird ihr Aufkommen einschließlich Lohnsummensteuer rund 22 Mrd DM betragen); das macht es schwer, einen Ersatz zu finden, der den zu Besteuernden zumutbar und den Gemeinden akzeptabel erscheint. Was letzteres betrifft, darf nicht übersehen werden, daß die Gewerbesteuer die Gemeinden zur Gewerbsansiedlung anregt. Zusammen mit der unterschiedlich starken Streuung des Gewerbesteueraufkommens hat dies zu raumordnungspolitisch ungünstigen Wirkungen geführt. Gleichwohl sollte bei einer allfälligen Neuregelung des Gemeindefinanzsystems darauf geachtet werden, daß das Interesse der Gemeinden an der Gewerbeansiedlung im Prinzip bestehen bleibt; freilich wären zugleich Vorkehrungen für eine größere Chancengleichheit zwischen den Gemeinden zu treffen.

355. Die Abschaffung der Gewerbesteuer wird man als eine säkuläre Aufgabe ansehen müssen. Da ein Ausgleich für das Ganze unzumutbare Anpassungsschwierigkeiten mit sich bringen würde, empfiehlt es sich, die Abschaffung der Gewerbesteuer in mehreren Schritten vorzunehmen. Ein erster könnte etwa in einer Senkung der Gewerbesteuer um ein Viertel ihres Aufkommens bestehen. Zu prüfen bleibt, wo der fiskalische Ausgleich im allgemeinen gesucht und wie der Steuerausfall bei den Gemeinden im besonderen gedeckt werden soll.

356. Ein Weg wäre, eine Art Bürgersteuer einzuführen. Wollte man damit den Ausfall voll kompensieren, würde das eine durchschnittliche Belastung der privaten Haushalte von rund 250 DM je Jahr mit sich bringen. Verteilungspolitische Gründe mögen eine Differenzierung nahelegen, beispielsweise in Form eines gemeindespezifischen Zuschlags zur Einkommensteuer oder auch in Form einer proportionalen Steuer der Gemeinden auf das Einkommen der privaten Haushalte. Würde auf diese Weise den Gemeinden insgesamt ein Betrag zufließen, der einem Viertel des Aufkommens der Gewerbesteuer entspricht, dann müßte, um Steuerausfälle bei Bund und Ländern zu vermeiden, entweder der Anteil der Gewerbesteuerumlage, die die Gemeinden an Bund und Länder abzuführen haben, um soviel erhöht werden, daß deren gegenwärtiges Niveau gehalten wird. Oder: Bei unverändertem Satz der Gewerbesteuerumlage müßte der Anteil entsprechend gekürzt werden, den die Gemeinden aus dem Aufkommen der Einkommensteuer erhalten.

357. Sicher käme bei einer Senkung der Gewerbesteuer auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer als Ersatz für den Einnahmeausfall in Betracht. Bei einer Senkung der Gewerbesteuer um ein Viertel müßte die Mehrwertsteuer etwa um einen Prozentpunkt angehoben werden, damit der Steuerausfall kompensiert wird. Die Kombination von Gewerbesteuersenkung und Mehrwertsteuererhöhung würde bei den Investitionen eine steuerliche Entlastung, beim Konsum eine zusätzliche Belastung bedeuten. Hier wären höhere, dort niedrigere Preise (aber keine wesentlichen Änderungen des Preisniveaus insgesamt) zu erwarten. Die Investitionstätigkeit würde stimuliert werden.

358. Wenn man den Abbau der Gewerbesteuer auf diese Weise beginnen würde, wäre auch der Finanzausgleich zu ändern. Hierfür gibt es eine Reihe von Möglichkeiten. Wiederholt ist die Einbeziehung der Gemeinden in den Mehrwertsteuerverbund vorgeschlagen worden; über den Schlüssel, nach dem die Gemeinden am Aufkommen der Mehrwertsteuer beteiligt werden sollen, besteht indessen keine Einigkeit. Will man an bestehende Regelungen anknüpfen, kommt auch in Betracht, die zusätzliche Mehrwertsteuer bei Bund und Ländern zu belassen, dafür aber den Anteil der Gemeinden an der Einkommensteuer zu erhöhen. Dann würde wahrscheinlich das Steuerkraftgefälle zwischen den Gemeinden und auch die Konjunkturreagibilität des kommunalen Steueraufkommens abnehmen. Dieser Weg sollte im übrigen auch dann bedacht werden, wenn es vorerst zu gar keinem Abbau der Gewerbesteuer kommt. An die Stelle von mehr Mehrwertsteuer für Bund und Länder würde dann eine höhere Gewerbesteuerumlage treten.

359. Änderungen des Finanzausgleichs werden auch erforderlich, wenn die Mehrwertsteuer aus konsolidierungspolitischen Gründen oder wegen der Reform des Einkommensteuertarifs erhöht wird. Die Frage, wie Bund und Länder ein so entstehendes Mehraufkommen aus der Mehrwertsteuer unter sich aufteilen, wird im Rahmen der üblichen Verhandlungen über die Mehrwertsteueranteile entschieden. Gleichwohl ist es nicht müßig zu erörtern, was in diesen beiden besonderen Fällen Richtschnur für die Verteilung sein könnte.

So sollte das Steuermehraufkommen, das der Konsolidierung dient, nicht ohne Rücksicht darauf aufgeteilt werden, wie hoch der Konsolidierungsbedarf bei Bund und Ländern ist. Wenn die Mehrwertsteuer erhöht wird, um Steuerausfälle auszugleichen, die sich bei der Reform des Einkommensteuertarifs ergeben, liegt es nahe, die Verteilung des zusätzlichen Mehrwertsteueraufkommens für Bund und Länder einnahmeneutral vorzunehmen. Da diese von Ausfällen bei der Einkommensteuer zu gleichen Teilen betroffen werden, würde das bedeuten, daß die Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuer je zur Hälfte auf Bund und Länder zu verteilen und die Anteile in diesem Sinne zu ändern sind. Im übrigen müßte zuvor der Einkommensteueranteil der Gemeinden soweit erhöht werden, daß diese von den Mindereinnahmen infolge der Tarifreform unberührt bleiben.

360. Auch wenn man die Grunderwerbsteuer abschaffte, müßte für die Steuerausfälle ein Ausgleich gesucht werden. Er könnte in einer entsprechenden Anhebung der Grundsteuer bestehen. Die Grundsteuer hat den Vorteil, daß sie laufend erhoben wird und daher nicht die Belastungswillkür kennt, die zur Grunderwerbsteuer gehört; denn deren Anfall hängt von der Häufigkeit des Grundstückswechsels ab. Da die Grundsteuer wegen ihrer geringen Konjunkturreagibilität als Gemeindesteuer besonders geeignet ist, sollte sie — auch soweit sie die Grunderwerbsteuer ersetzt — ausschließlich den Gemeinden zufließen. Was bei den Ländern an Grunderwerbsteuer wegfallen würde, könnte durch eine Kürzung bei den Zuweisungen an die Gemeinden ausgeglichen werden. Schließlich: als Form der Grundsteuererhöhung bietet sich die ohnehin anstehende Neubewertung an.

IV. Zu Gewinnbeteiligung und Vermögensbildung

361. Hohe Gewinne, vor allem die Erwartung, daß sie zukünftig anfallen werden, sind ein Anreiz für Investitionen, die willkommen sind, weil sie dafür sorgen, daß der für die Zukunft befürchtete Mangel an Arbeitsplätzen gar nicht erst in Erscheinung tritt. Daß die Gewinne allein denen zufließen, die das Eigenkapital bereitstellen, gilt bei den Beziehern von kontraktbestimmten Einkommen, insbesondere den Lohnempfängern, als weniger erfreulich und als erträglich nur deshalb, weil die durch Gewinne hervorgelockten Investitionen Beschäftigung bringen. Es ist verständlich, daß immer wieder gefordert wird, die Arbeitnehmer sollten an Gewinnen beteiligt werden.

Investieren ist riskant. Nur deshalb sind Gewinne aus Eigenkapital gerechtfertigt, die über den üblichen Zinsertrag von Fremdkapital hinausgehen. Wird die Basis für die Übernahme von Risiko verbreitert, so ist die Aussicht, daß mehr investiert wird, gut. Wer spart und sein Geld statt auf Sparbüchern und in Wertpapieren, die einen festen Zins versprechen, in Form von Aktien, Beteiligungen und anderen Eigenkapitaltiteln anlegt, trägt zur Verbreiterung dieser Basis bei. Solche Art Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand beteiligt die Arbeitnehmer am Gewinn.

Die Arbeitnehmer können sich auch noch auf andere Weise am Gewinn beteiligen, wenn sie dies mit den Arbeitgebern im Tarifvertrag vereinbaren. Die notwendige Bedingung dafür, daß diese Beteiligung die Investitionsneigung nicht vermindert, sondern eher erhöht, besteht darin, daß ein Teil des Lohnes der Arbeitnehmer nach vorher mehr oder weniger festgelegten Regeln unter den Vorbehalt der Gewinnerzielung in der Branche oder auch in einzelnen Unternehmen gestellt wird. Entstehen Gewinne, so haben die Arbeitnehmer daran Teil und erhalten in der Regel mehr als sie sonst hätten tarifvertraglich vereinbaren können; gibt es keinen Gewinn oder werden gar Verluste ausgewiesen, dann freilich hätten die beteiligten Arbeitnehmer auch keinen Anspruch auf eine nachträgliche Zahlung, die über das, was an Löhnen fest vereinbart ist, hinausgeht. Da die aufsummierten Gewinne ganzer Branchen in den meisten Jahren positiv sind, würde die Übernahme von Risiko durch die Arbeitnehmer auch meist mit einem Mehr an Einkommen honoriert. Die Unternehmen hätten eine breitere Basis für das mit Investitionen verbundene Risiko. Die Arbeitnehmer hätten — neben der Aussicht auf im Durchschnitt höhere Einkommen — einen Teil ihres Arbeitsplatzrisikos in Einkommensrisiko transformiert.

362. Von derartigen Vereinbarungen ist man heute vielleicht weniger weit entfernt als noch vor wenigen Jahren. In der Diskussion, an der sich neben den Tarifvertragsparteien auch der Staat beteiligt, sind Formen der Gewinnbeteiligung sowie die Bindung von Einkommensbestandteilen zum Zwecke der Vermögensbildung in der Hand der Arbeitnehmer, vornehmlich in Form von Eigenkapital.

363. Ursprung solcher Überlegungen sind vermutlich die Erfahrungen mit der Lohnpolitik der siebziger Jahre. Die zum Teil sehr hohen Lohnzuwachsraten haben die Gewinne gedrückt und die Investitionen gedrosselt. Die letzten zwei Lohnrunden, in denen es zu relativ gemäßigten Tarifabschlüssen kam, haben die Gewinnerwartungen der Unternehmer wieder etwas gefestigt, und diese könnten weiter gefestigt werden, wenn auch die Abschlüsse der nächsten Runde diesen Rahmen nicht sprengen. Wegen der Gefahr, es könnte zu neuen Verteilungskämpfen kommen, liegt es nahe, die Nominallohnpolitik dadurch zu entlasten, daß zusätzliche Abreden über Gewinnbeteiligung und Vermögensbildung getroffen werden.

364. Es sollte jedoch nicht verkannt werden, daß die Grundvorstellungen der Gewerkschaften und der Unternehmensverbände noch weit auseinanderklaffen. Die Gewerkschaften meinen, daß zu den Löhnen, die, für sich genommen, der Markt ohne Gefährdung einer Rückkehr zur Vollbeschäftigung hergeben würde, ein tarifvertraglich vereinbarter Zuschlag hinzukommen sollte, der in Fonds eingezahlt wird; die Fondsmittel könnten dann, wenn auch nicht ausschließlich, zur Bildung von Vermögen für die beteiligten Arbeitnehmer verwendet werden. Den Unternehmensverbänden ist dabei nicht nur die Fondslösung unsympathisch, weil sie befürchten, daß die Gewerkschaften über den Erwerb von Beteiligungen aus den Fondsmitteln ihre Mitbestimmung de facto vergrößern. Sie wollen auch nicht akzeptieren, daß zu einem für sich genommen marktgerechten Lohn ein fester oder ein an die Höhe der Gewinne gekoppelter Betrag hinzukommt, der auf jeden Fall die ihnen zufließenden Gewinne schmälern würde.

Der tarifvertraglich vereinbarte Betrag oder Gewinnanteil ist für die Unternehmen auch dann, wenn er als vermögenswirksame Leistung entrichtet wird, ein Kostenfaktor wie der normal ausgezahlte Lohn auch; käme er zu diesem hinzu, so erhöhte er die Gesamtkosten und schmälerte damit den Gewinn und die Investitionsbereitschaft. Die Unternehmer sind deshalb nur bereit, vermögenswirksame Leistungen als Teil der normalen Lohnsteigerungen zu vereinbaren. Der Einkommensvorteil für die Arbeitnehmer würde dann allenfalls in Steuervergünstigungen bestehen, etwa wenn die vermögenswirksamen Leistungen im Rahmen des 624 DM-Gesetzes, möglicherweise aufgestockt um weitere 312 DM, erbracht werden (wobei es allerdings noch fraglich bleibt, ob die Steuerlast damit tatsächlich auf andere Gruppen als die Arbeitnehmer verschoben werden kann).

Die in Unternehmerkreisen angestellten Überlegungen beziehen sich deshalb auch in erster Linie auf die Verwendungsseite von vermögenswirksamen Leistungen. Man will die Chance verbessern, daß die so gezahlten Beträge im jeweiligen Unternehmen bleiben, etwa durch Ausgabe von Aktien oder durch stille Beteiligungen. Dies zu erleichtern, wären steuerrechtliche Änderungen nötig.

365. Für die Arbeitnehmer ist die Verwendungsseite zweitrangig, wenn es um ihr Ziel der Einkommensumverteilung geht. Sie registrieren vor allem, daß die Verwendung eines Teils ihres Entgelts, das sie auch ohne Gewinnbeteiligung beanspruchen würden, für investive Zwecke gebunden und damit ihre Verfügungsmacht über ihr Einkommen eingeschränkt werden soll. Was die Veränderung der Relation der Arbeitnehmereinkommen zu den Einkommen der Unternehmer anlangt, sehen sie sich auf den ihnen ohnehin zugänglichen Weg des Sparens verwiesen, daß ihnen schließlich Einkommen aus Kapitalvermögen bringt. Dies allein erscheint ihnen nicht akzeptabel.

366. Möglicherweise größere Aussichten, bei beiden Tarifvertragsparteien auf Zustimmung zu stoßen, haben die im Bundeswirtschaftsministerium angestellten Überlegungen, die Einkommensverhandlungen in zwei Phasen aufzuspalten. In der ersten Phase sollen die Löhne auf der Grundlage eher vorsichtiger Vorausschätzungen der wirtschaftlichen Entwicklung ausgehandelt werden. In der zweiten Phase wäre dann anhand der Ist-Ergebnisse über vermögenswirksame Leistungen zu verhandeln, die sowohl einen Ausgleich für eventuell zu niedrige Abschlüsse in der ersten Phase bringen als auch für eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Vermögenszuwachs sorgen sollen. Wie derartige Überlegungen einzuordnen und zu bewerten sind, hängt entscheidend von der konkreten Ausgestaltung dessen ab, was sich schließlich in Tarifverträgen niederschlagen soll.

367. Auch ohne eine formale Zweiteilung hat jede Lohntarifverhandlung eine nach vorwärts und eine nach rückwärts gerichtete zeitliche Dimension. Es steht nicht nur das zur Debatte, was im kommenden Jahr angesichts der erwarteten Entwicklung insbesondere von Produktivität und Preisen angemessen erscheint; auf der Grundlage der Gewinne und der Beschäftigung im vergangenen Jahr wird auch darüber diskutiert, ob die Arbeitnehmer einen Nachholanspruch geltend machen können oder sich einen Abschlag gefallen lassen müssen. Insoweit brächte die formale Zweiteilung nichts Neues, zumal man wohl bald die Verhandlung über die vom Vergangenheitsgewinn abhängige vermögenswirksam anzulegende Nachzahlung mit der Verhandlung über die erwartungsbestimmte Nominallohnsteigerung für den folgenden Tarifzeitraum zusammenlegen würde.

368. Auch wenn die Verhandlungen über beide Komponenten gleichzeitig geführt werden, kann der Unterschied zu den herkömmlichen Tarifverhandlungen groß sein. Bei den Beratungen über den Tariflohnanstieg des kommenden Jahres könnten die Unsicherheiten hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung stärker berücksichtigt werden. Der Kampf um die Einkommensverteilung brauchte nicht mehr so sehr die Nominallohnpolitik zu belasten. Korrekturen könnten bei den Verhandlungen über den Anteil am Gewinn der vergangenen Periode vorgenommen werden, dessen Ausschüttung in Form vermögenswirksamer Leistungen den Charakter einer Abschlußzahlung hätte.

369. Eine Zweiteilung der Tarifverhandlungen dieser Art kann die Lohnfindung erleichtern, gleichwohl wegen der nachträglichen Gewinnausschüttung zu im Durchschnitt höheren Gesamteinkommen der Arbeitnehmer führen und doch das Risiko der Unternehmer vermindern und ihre Investitionsbereitschaft stärken. Zweifel sind jedoch angebracht. Vor allem ist zunächst durchaus fraglich, ob sich in diesem System die mittelfristigen Erwartungen der Unternehmer bezüglich der Kosten der Arbeit eher stabilisieren werden als im herkömmlichen System, in dem ausschließlich über Tariflöhne und damit zusammenhängende Nebenleistungen verhandelt wird. Selbst wenn im zweigeteilten System mit den Tariflohnverhandlungen keine Umverteilungsabsichten ver-

bunden sein sollten und die Tariflohnentwicklung damit besser voraussehbar geworden ist, bleibt Unsicherheit bestehen; sie wird lediglich auf die Höhe der nachträglich auszuhandelnden Gewinnbeteiligung verlagert. Zwar wird der Gewinn im Zeitablauf nivelliert. In gewinnschwachen Jahren werden die Unternehmen vermutlich entlastet. In gewinnstarken Jahren mag von den Arbeitnehmern jedoch der Versuch unternommen werden, ein besonders großes Stück von dem vorhandenen Gewinnkuchen für sich abzuschneiden. Wenn Jahr für Jahr der volle Gewinn ex post zur Disposition steht und die Arbeitnehmer hohe Gewinnanteile für sich durchsetzen, wird der Wert einer Beteiligung am Risiko, die in gewinnschwachen Jahren oder in Jahren mit Verlust zum Tragen kommt, erheblich gemindert. Das kann die gesamtwirtschaftliche Funktion der Gewinne in Frage stellen. Nur längere Erfahrung, daß nicht ein übermäßiger Teil der erwirtschafteten Gewinne nachträglich von den Gewerkschaften beansprucht und erstritten wird, könnte vermutlich bewirken, daß die Investitionsneigung nachhaltig zunimmt.

370. Dieser Mangel ließe sich dadurch beheben, daß schon im vorhinein von den Tarifvertragsparteien ausgehandelt wird, wie hoch der Anteil der Arbeitnehmer an den noch unbekannten Gewinnen jeweils sein soll. In diesem Fall würde, insbesondere wenn derartige Beteiligungsregeln für mehrere Jahre in Kraft gesetzt werden und nur unter vorweg festgelegten Bedingungen revidiert werden dürfen, ein erhebliches Moment der Unsicherheit beseitigt und das Vertrauen der Unternehmer in eine mittelfristig stetige Entwicklung der Löhne gestärkt. Kommen dann Abschlüsse sowohl über die Tariflohnanhebung als auch — im voraus — über das Ausmaß der Gewinnbeteiligung zustande, bei denen die Minderung der Gewinnchance für die Unternehmer durch die Minderung der Verlustgefahr aufgewogen wird, dann dürfte damit auch die Investitionsneigung gefördert werden.

371. Bei der Einführung eines solchen zweigeteilten Systems müßte, wie schon erwähnt, eine Vereinbarung darüber getroffen werden, wie der Gewinn in Abhängigkeit von seiner Höhe nachträglich aufgeteilt werden soll. Ebenfalls bei der Einführung wäre ein einmaliger Abschlag von der Lohnsteigerungsrate vorzunehmen, die ohne Gewinnbeteiligung ausgehandelt worden wäre. Dies ist nötig, weil ein Teil des Lohns — in Wirklichkeit nur ein Teil des sonst möglichen Lohnanstiegs — unter den Vorbehalt der Gewinnerzielung gestellt werden muß, da andernfalls keine Beteiligung am Risiko gegeben wäre, die das Äquivalent für die Gewinnbeteiligung ist.

Hielte man beispielsweise bei den Verhandlungen eine siebenprozentige Lohnsteigerung für marktgerecht, wenn die wahrscheinlichste Prognose über die wirtschaftliche Entwicklung einträfe, so wäre denkbar, daß etwa nur 5 vH als Tariflohnanstieg vereinbart werden. Am Ende des Tarifzeitraums erhielten die Arbeitnehmer den vorher verabredeten Anteil am Branchengewinn als Abschlußzahlung. Für den Fall eines durchschnittlichen Branchengewinns sollte dann durchaus etwas mehr als die zwei Prozentpunkte herauskommen, auf deren zusätzliche Kontrahierung die Gewerkschaften ursprünglich verzichtet hatten. Da auch Risiko übernommen wurde, die Gewinnausschüttung bei schlechterem Branchenergebnis also kleiner wäre und bei Verlust ganz ausfiele, würde die Investitionsneigung durch höhere Abschlußzahlungen in guten Gewinnjahren nicht geschwächt. Die Abschlußzahlung könnte um so höher sein, je höher der Gewinn ist.

Geht die aus der Gewinnbeteiligung resultierende Abschlußzahlung in Form von vermögenswirksamen Leistungen nicht in die Basis für die zukünftigen Lohnsteigerungen ein, so hätte das den Vorteil, daß sich in Zukunft die Tarifpartner bei ihren Lohnabschlüssen nicht erneut über einen Abschlag von der Lohnsteigerungsrate einigen müßten, nachdem dieser einmal bei Einführung der Gewinnbeteiligung vorgenommen worden war. Die Gewinnbeteiligung könnte weiterbestehen, weil sich die künftigen Steigerungsraten für die Tariflöhne auf eine Basis bezögen, die um den Betrag niedriger ist, auf dessen Kontrahierung bei Einführung der Gewinnbeteiligung verzichtet wurde.

372. Branchen mit niedrigen Gewinnen würden mit der Summe von Lohnsteigerung und Gewinnbeteiligung wohl unter dem Durchschnitt aller Branchen bleiben. Branchen mit hohen Gewinnen kämen mit der Summe von Lohnsteigerungen und Gewinnbeteiligung unter Umständen kräftig darüber hinaus. Das ist, jedenfalls unter den gegenwärtigen Umständen, aus zwei Gründen eher ein Vorteil. Die sich ergebende Einkommensdifferenzierung förderte zum einen die Mobilität der Arbeitskräfte. Die Arbeitnehmer in den strukturschwachen Branchen wären stärker motiviert, nach Arbeitsplätzen in den aussichtsreicheren Wachstumsbranchen zu suchen. Diese gewinnstarken Branchen würden, zumindest bei einem Überangebot von Arbeitskräften, zusätzliche Arbeitskräfte aufnehmen. Zum anderen bewirkt der geringere Einkommensanstieg in den strukturschwachen Branchen, daß diejenigen, die nicht so rasch einen besser bezahlten Arbeitsplatz finden, auch länger an ihrem angestammten Arbeitsplatz bleiben können; denn die Branche schrumpft weniger rasch, wenn die Einkommen wegen niedrigerer Gewinne oder wegen Verlusten hinter denen in anderen Branchen zurückbleiben und genügend Arbeitskräfte bei diesem Einkommen ihren Arbeitsplatz halten wollen.

373. Eine solche Zweiteilung von Tarifverhandlungen, bei denen gesonderte Tarifverträge über den Tariflohnanstieg für die Dauer des jeweiligen Tarifvertrages und über die Regeln, nach denen die Arbeitnehmer am nachträglich ermittelten Gewinn des jeweils nächsten Jahres beteiligt werden, hat demnach gegenüber der herkömmlichen Praxis von Tarifverträgen eine Reihe von Vorzügen:

— Die Unternehmer werden bei ihren Investitionsentscheidungen von einem wesentlichen Unsicherheitsmoment befreit, weil die Entwicklung der Kosten für die Beschäftigten weniger Risiken enthält; das erhöht die Investitionsbereitschaft.

— Die Arbeitnehmer erhalten ein Einkommen, das sich aus Tariflohn und Abschlußzahlung zusammensetzt und in der Regel höher ist als das, was sie ohne Gewinnbeteiligung erhielten; das verbessert die Verteilung zugunsten der Arbeitnehmer.

— Die Einkommen der Arbeitnehmer sind stärker vom Branchengewinn abhängig. Dadurch wird ein Teil des Arbeitsplatzrisikos in Einkommensrisiko transformiert; das verbessert die Beschäftigungslage.

Die geschilderten Gefahren, die mit einer nachträglichen Verhandlung über die Verteilung schon entstandener Gewinne verbunden sind, werden vermieden. Die Einführung von Tarifverhandlungen über das Ausmaß der Beteiligung von Arbeitnehmern an den zukünftigen Branchengewinnen zur Entlastung der Tarifverhandlungen über die Anhebung der Tariflöhne könnte also zur Beseitigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten, insbesondere zur Überwindung der Investitionsschwäche und zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen und gleichzeitig die Verteilung zugunsten der Arbeitnehmer beeinflussen. Allerdings müssen einige technische Probleme, wie die operationale Definition des Gewinns und dessen möglichst rasche und ausreichend genaue Feststellung für die Branche, für die der jeweilige Tarifvertrag gilt, gelöst werden, was nicht ganz einfach ist.

374. Das beschriebene System getrennter Tarifverhandlungen über Lohnsteigerungen und über Einkommensbestandteile, die unter dem Vorbehalt der Gewinnerzielung stehen, gleicht in wesentlichen Grundzügen dem Konzept der Gewinnbeteiligung bei begrenzter Haftung, das der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 1972 (Ziffern 501 ff.) vorgestellt und in seinem letztjährigen Gutachten noch einmal in der konkreten Form der Grundzüge eines Tarifvertrages — mit Beispielsrechnung — dargestellt hat (JG 75 Ziffern 370 ff.). Auch in diesem Konzept werden gesondert Tarifverhandlungen darüber geführt, nach welchen Regeln der zukünftige Gewinn auf Kapitaleigner und Arbeitnehmer aufgeteilt werden soll. Als Maßstab hierfür wird das Verhältnis der gewinnberechtigten Lohnsumme zum haftenden Kapital genommen, wobei der Prozentsatz der Lohnsumme, der gewinnberechtigt sein soll, Verhandlungsgegenstand ist und in seiner Höhe von einem anderen Verhandlungsgegenstand, nämlich der Höhe des einmaligen Verzichts auf einen Teil der Lohnsteigerung abhängt, die ohne Einführung der Gewinnbeteiligung marktgerecht wäre. Dies ließe sich auch als Richtschnur für das Aushandeln der Beteiligung am zukünftigen Branchengewinn verwenden. Das oben dargestellte System würde damit weiter konkretisiert.

Zwei wesentliche Unterschiede, die vorteilhaft sind, kommen im Konzept des Sachverständigenrates noch hinzu: Zum einen wird das einzelne Unternehmen gemäß seinem individuellen Verhältnis von gewinnberechtigter Lohnsumme zu haftendem Kapital von seinem Investitionsrisiko entlastet. Zum anderen werden die Arbeitnehmer teils am Gewinn der Branche, teils am Gewinn des sie beschäftigenden Unternehmens beteiligt; das erhöht ihr Interesse daran, daß ihr Unternehmen Gewinne erzielt.

375. Wenn die Tarifvertragsparteien das vom Sachverständigenrat entwickelte Konzept der Gewinnbeteiligung mit begrenzter Haftung eingehend überprüften, würden sie möglicherweise feststellen, daß es in wesentlichen Punkten den Wünschen und Anforderungen auf beiden Seiten am ehesten entspricht und auch den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen gerecht wird. Die theoretischen Grundlagen mögen kompliziert sein; die konkrete tarifvertragliche Verwirklichung dürfte hingegen keine größeren Probleme aufwerfen als manche anderen, die von den Tarifvertragsparteien schon gelöst sind. Daß eine Ausgleichskasse wegen der kollektiven Komponente der Gewinnbeteiligung eingerichtet werden muß, bedeutet nicht, daß die Mittel auch zentral angelegt und verwaltet werden müssen.

376. Gleichwohl wäre auch die Anwendung eines Konzepts der Gewinnbeteiligung zu begrüßen, das sich am Branchengewinn orientiert, sofern dabei im vorhinein ausgehandelt wird, wie viel von den möglichen zukünftigen Branchengewinnen auf die Arbeitnehmer entfällt. Die Einführung von gesonderten Tarifverhandlungen über die nachträgliche Aufteilung eines schon entstandenen und festgestellten Gewinns der Branche brächte hingegen gegenüber den herkömmlichen Tarifverhandlungen wohl nur wenig Fortschritt.

377. Gegenwärtig steht allerdings die Einführung von Tarifverträgen über vermögenswirksame Leistungen im Vordergrund der Diskussion. Die Frage, mit welcher Art von Gewinnbeteiligung diese Leistungen verbunden werden sollen, scheint den Verhandelnden zweitrangig. In der Tat ist die Bindung von Einkommensbestandteilen an die Bildung von Vermögen im Prinzip unabhängig davon, wie das Einkommen entsteht. Sofern damit aber auch die Absicht der Umverteilung verbunden ist, kommt es entscheidend darauf an, ob das zusätzliche Einkommen der Arbeitnehmer, das den Kapitaleignern entgeht, auch auf eine Weise zustande kommt, die das Risiko der Kapitalanlage ausreichend mindert, damit keine negativen Auswirkungen auf die Investitionen hervorgerufen werden, ja damit gegenüber dem jetzigen Zustand die Investitionen sogar stimuliert werden. Nur dann kann man einigermaßen sicher vermuten, daß die mit der Verbesserung von vermögenswirksamen Leistungen verbundenen Möglichkeiten, die Investitionen zu erhöhen und neue Arbeitsplätze zu schaffen, nicht durch negative Einflüsse kompensiert werden, die aus einer zusätzlichen Belastung der Unternehmen herrühren.

378. Erwünscht wäre ohne Zweifel, daß die aus einer Gewinnbeteiligung fließenden Beträge für zusätzliche Investitionen zur Verfügung stehen. Je mehr davon in der Form von Eigenkapital angelegt wird, desto besser für die Investitionsbereitschaft angesichts der knappen Eigenkapitaldecke eines Großteils der deutschen Unternehmen. Diese erwünschte Entwicklung würde gefördert, wenn für die

im Zusammenhang mit der Gewinnbeteiligung erbrachten vermögenswirksamen Leistungen der Rahmen des 624 DM-Gesetzes stärker genutzt würde. Dann käme die Sparzulage von seiten des Staates hinzu. Man müßte in diesem Falle vielleicht weniger fürchten, daß die Vermögensbildung durch Abbau sonstiger Ersparnisse weitgehend kompensiert wird. Da der Rahmen des 624 DM-Gesetzes in manchen Branchen schon in erheblichem Maße ausgeschöpft ist, wird erwogen, den steuerfreien Höchstbetrag um 50 vH aufzustocken. Würden Möglichkeiten gefunden, die staatlichen Aufwendungen für die Sparförderung im ganzen nicht zu erhöhen, so würde eine solche Aufstockung nicht in Widerspruch zur notwendigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte stehen. Ebenso ist in der Diskussion, den Katalog der Anlagemöglichkeiten im Rahmen dieses Gesetzes um zusätzliche Beteiligungsformen, wie stille Beteiligung und Aktien von anderen Gesellschaften, aber auch GmbH- und KG-Beteiligungen, bei denen allerdings bisher die Bewertungsprobleme noch nicht hinreichend gelöst zu sein scheinen, zu erweitern. Das würde der verstärkten Bildung von Eigenkapital dienen.

379. Der Anlage in Form von bestimmten Beteiligungen im Rahmen des 3. Vermögensbildungsgesetzes und außerhalb stehen mancherlei steuerrechtliche Hindernisse im Wege, die dem Gesetzgeber seit langem bekannt sind. Soweit durch sie unterschiedliche Beteiligungsformen für Arbeitnehmer steuerlich ungleich behandelt werden, sollten diese Ungleichheiten eingeebnet werden. Je größer die Wahlmöglichkeiten der Arbeitnehmer hinsichtlich untereinander nicht diskriminierter Anlageformen ist, desto günstiger sind die Chancen, daß zusätzlich Vermögen auch in Form von Eigenkapital in Arbeitnehmerhand im Gefolge der Gewinnbeteiligung gebildet wird, desto besser sind auch die Aussichten der Unternehmer, einen größeren Teil der den Arbeitnehmern vertraglich zugestandenen Gewinnanteile als Kapital im eigenen Unternehmen — auch in den mittelständischen — halten zu können. Gewinnbeteiligung in Verbindung mit der Bildung von Eigen- und Fremdkapital auf breiter Front könnte einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der anstehenden mittelfristigen Wachstums- und Beschäftigungsprobleme leisten.

V. Marktpolitik

380. Die Aufgabe, durch eine wirksame Marktpolitik die Stabilisierungspolitik zu unterstützen, ist trotz der Weiterentwicklung des Wettbewerbs- und Verbraucherrechts dringlich geblieben. Zur Rückgewinnung von Vollbeschäftigung bei Preisstabilität kommt viel darauf an, daß weiterbestehende Mängel des marktmachteindämmenden Regelwerks nicht dazu Anlaß geben, Marktmacht mit untauglichen Mitteln zu bekämpfen (Ziffer 310), sondern daß durch marktpolitische Maßnahmen dafür gesorgt wird, daß der Marktzutritt frei bleibt, der Wettbewerb nicht beschränkt wird und die Nachfrager in der Lage sind, ihr Interesse wirksam geltend zu machen. Drei Aufgaben stellen sich: Marktmacht muß, vor allem durch Weiterentwicklung der Fusionskontrolle, energischer bekämpft werden; soweit sie dennoch entsteht oder bestehen bleibt, muß einer mißbräuchlichen Ausübung wirksamer begegnet werden; und schließlich muß der von Kontrollinstanzen und von den Verbrauchern ausgeübte Preiswiderstand gefördert werden.

381. Der Konzentrationsprozeß in der Industrie hat nach dem in diesem Jahr von der Monopolkommission vorgelegten Bericht ein hohes Niveau erreicht. Gemessen am Umsatz des Jahres 1973 sind die drei jeweils größten Unternehmen in einer Industriegruppe im Durchschnitt doppelt so groß wie die drei folgenden; sie erzielen mehr als ein Viertel des Gesamtumsatzes der Industriegruppe, zusammen mit den nachfolgenden drei mehr als ein Drittel. Die Größenunterschiede haben deutlich zugenommen. Die umsatzstärksten Unternehmen der „Oligopolspitze" setzen sich von den nachfolgenden ab und nähern sich einander an. Großunternehmen sind in zunehmendem Umfang an anderen Großunternehmen beteiligt, auch die Mehrheitsbeteiligungen haben zugenommen, die Zahl der unabhängigen Entscheidungseinheiten unter den größten Unternehmen geht zurück. Unternehmen aus dem Kreis der 100 Größten sind an fast jeder zweiten der dem Bundeskartellamt angezeigten Fusionen beteiligt; in der Mehrzahl der Fälle unterlagen diese Fusionen nicht der Kontrolle, weil die Fusionspartner Unternehmen mit einem Umsatz unter 50 Mio DM waren.

382. Konzentration bedeutet nicht unbedingt, daß sich die aktuelle Intensität des Wettbewerbs verringert, zumal wenn zugleich die Konkurrenz aus dem Ausland stärker wird. Wohl aber erhöht sie die Gefahr, daß es zu Marktbeherrschung und gleichförmigem bis abgestimmtem Verhalten kommt. In der Verstärkung der Größenunterschiede deutet sich ein wachsendes Potential für die Behinderung und Diskriminierung von Konkurrenten, Lieferanten, Abnehmern an. Und nicht zuletzt verschlechtert die Tendenz zur Größe auch die Position der Verbraucher.

383. Zur wirksameren Verhinderung des Entstehens von Marktmacht hat die Monopolkommission vorgeschlagen, der Gesetzgeber möge

- klarstellen, daß die Fusionskontrolle auch für vertikale und konglomerate Zusammenschlüsse großer Unternehmen angewendet werden soll,
- die Freistellung des Anschlusses kleiner und mittlerer Unternehmen an Großunternehmen von der Fusionskontrolle streichen,
- die Fusionskontrolle auch auf das Eindringen von Großunternehmen in Märkte ausdehnen, auf denen bis dahin nur kleine und mittlere Unternehmen operieren,
- Zusammenschlüsse untersagen, die unter Mißbrauch einer marktbeherrschenden Stellung vorbereitet oder herbeigeführt worden sind,

— die Abhängigkeitsvermutung bei Unternehmen in Mehrheitsbesitz unwiderleglich machen,

— den Anteilserwerb ebenso wie die Beteiligung an Gemeinschaftsunternehmen auch dann der Kontrolle unterwerfen, wenn sie nur zu einer Teilbeherrschung führen,

— Kreditinstituten den Eigenerwerb von Anteilen an Nichtbanken untersagen, soweit mehr als 5 vH der Summe der Kapitalanteile erworben werden und die Beteiligung nicht zur Erfüllung von Bankfunktionen dient.

Die Fusionskontrolle in der gekennzeichneten Richtung zu verbessern, wäre ein wichtiger Schritt in der Weiterentwicklung des Wettbewerbsrechts, das auf der Höhe der Veränderungen in der Wirtschaft sein muß, wenn die Marktwirtschaft funktionsfähig bleiben soll. Es mag nötig sein, danach noch weiterzugehen. So wird die Diskussion mehr und mehr auch die Möglichkeit einschließen müssen, wettbewerbsbeschränkende Unternehmensverflechtungen aufzulösen.

384. Verleiht die marktbeherrschende Stellung einem Unternehmen einen Preissetzungsspielraum, der der Marktkontrolle weitgehend entzogen ist, so tritt nach geltendem Recht die von der Kartellbehörde auszuübende Mißbrauchskontrolle an die Stelle jener Kontrolle, die der Markt sonst besorgen würde. Die Kontrolle durch den Markt vollzieht sich über die Abwanderung der Nachfrager, die den Anbieter zur Senkung oder Mindererhöhung seines Preises zwingt; sie wird durch den Wettbewerb der Anbieter wirksam, der zudem zur Entdekkung und Realisierung von Kosten- und Preissenkungsmöglichkeiten führt. Die behördliche Kontrolle hingegen wirkt durch den Widerspruch gegen das Verhalten des kontrollierten Unternehmens und setzt die Geltung einer Norm voraus, an der das inkriminierte Verhalten gemessen werden kann.

Ein Mangel dieses Verfahrens liegt schon darin, daß der Widerspruch derzeit nur von der Kartellbehörde, nicht aber auch von den Nachfragern ausgeht, die bei der Kontrolle durch den Markt eine so wichtige Rolle spielen. Die Monopolkommission hat Vorschläge gemacht, die zur Beseitigung dieses Nachteils geeignet sind. So sollten Marktteilnehmer, die durch Mißbrauch einer marktbeherrschenden Stellung geschädigt worden sind, Schadensersatz- und Unterlassungsansprüche geltend machen können. Die Entscheidungen des Bundeskartellamtes sollten mit Feststellungswirkung für solche Ansprüche ausgestattet werden. Und schließlich sollten Personen und Vereinigungen mit berechtigtem Interesse das Recht erhalten, die Einleitung von Verwaltungsverfahren durch die Kartellbehörden zu beantragen.

385. Das Hauptproblem der Mißbrauchskontrolle aber liegt wohl darin, daß die Norm, an der eine mißbräuchliche Machtanwendung zu messen ist, von der Behörde, die den Widerspruch erhebt, oder — falls gegen deren Verfügung Beschwerde eingelegt wird — von dem zuständigen Oberlandesgericht ad hoc festgesetzt werden muß. Dadurch, daß man sich dabei an den Preisen orientiert, die auf vergleichbaren Wettbewerbsmärkten beobachtet werden, wird dieses Problem, wie die Erfahrung lehrt, nicht gelöst. Das zeigt sich etwa, wenn das Berliner Kammergericht sich genötigt sieht, die so ermittelten Vergleichspreise um 50 vH bis 100 vH heraufzusetzen. Solche Vorsicht mag im Einzelfall überzogen erscheinen, im Prinzip muß man sie als angemessen betrachten, weil sie die Unvollständigkeit der Voraussetzungen für die rechtsstaatliche Anwendung des Widerspruchsprinzips auszugleichen hat.

Das Verfahren der Mißbrauchskontrolle würde möglicherweise entlastet, wenn ihm eine andere Form der Kontrolle vorgeschaltet würde, die sich der Verhandlung bedient. Man mag einwenden, daß keine mit Sanktionen bewehrte Gegenmacht existiert, der solche Verhandlung übertragen werden könnte. Aber auch eine Behörde kann erfolgreich verhandeln, namentlich wenn sie sich durch Mobilisierung von Expertenwissen und Analyse von Wettbewerbsmärkten in die Lage versetzen kann, den zu kontrollierenden Unternehmen Kosten- und Preissenkungsmöglichkeiten entgegenzuhalten. Vielleicht wäre schon viel gewonnen, wenn sich die Einsicht durchsetzte, daß die pragmatische Kontrolle der Anwendung von Marktmacht stets ein Element der Verhandlung enthält, das erst einmal ausgeschöpft werden könnte, bevor Verwaltungs- und Gerichtsverfahren am Platze sind.

386. Auch die behördliche Aufsicht über Unternehmen, die vom Geltungsbereich des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ausgenommen sind, sollte stärker als bisher dem Auftrag verpflichtet sein, diesen Unternehmen einen Widerstand entgegenzusetzen, der den fehlenden Wettbewerbsdruck soweit wie möglich ausgleicht. Die Entwicklung der Preise und Gewinne in diesen Bereichen liefert Anhaltspunkte dafür, daß man dort teils dem Auftrieb der Kosten nicht entschlossen genug entgegentritt, teils auch unnötig hohe Preise duldet.

387. Je mehr die Marktstrukturen sich in einer dem Wettbewerb nicht förderlichen Weise verändern, desto mehr hängt davon ab, daß der vom Verhalten der Verbraucher ausgehende Preiswiderstand verstärkt wird, teils durch den Abbau von Hemmnissen, die der Abwanderung vom teureren hin zum preisgünstigeren Angebot entgegenstehen, teils durch Förderung des Widerspruchs gegen Verhaltensweisen von Anbietern, die Verbraucher zu unreflektierten Ausgaben veranlassen sollen.

— Mit dem technischen Fortschritt hat die Zahl derjenigen Güter zugenommen, deren Qualität vom einzelnen Verbraucher aus eigener Kenntnis gar nicht oder zu einem wesentlichen Teil nicht beurteilt werden kann. Vergleichende Warentests sind zur Lösung dieses Problems unentbehrlich, derzeit aber nicht in ausreichender Breite und Aktualität verfügbar. Durch den Ausbau einer informativen Warenkennzeichnung, die weniger die Konstruktions- als die Funkti-

onsmerkmale der Güter beschreibt, können zahlreiche Güter wenigstens in bezug auf einige wesentliche Eigenschaften soweit vergleichbar gemacht werden, daß es den Verbrauchern leichter wird, aus konkurrierenden Produktvarianten die preiswerteren herauszufinden.

— Der weitere Ausbau der von Verbraucherverbänden durchgeführten Preisvergleiche kann den Preiswiderstand der Verbraucher stärken, weil diese durch solche Vergleiche darüber unterrichtet werden, bei welchen Produkten es jeweils besonders lohnend ist, nach preiswerten Varianten zu suchen, und sie dadurch Hinweise auf die günstigsten Preise erhalten, die der Wettbewerb hervorbringt. Angesichts der Vielfalt und Unübersichtlichkeit der Märkte muß man wohl davon ausgehen, daß Verbraucher sich solche Kenntnis durch eigene Anstrengung allein nicht verläßlich erwerben können.

— Die tägliche Zeitspanne, die insbesondere berufstätigen Verbrauchern für das Suchen nach dem günstigsten Angebot zur Verfügung steht, wird durch eine unflexible Regelung der Ladenöffnungszeiten allzu stark eingeengt. Es mag verständlich sein, daß weder die Einzelhändler noch die Arbeitnehmer im Handel in ihrer Mehrheit daran interessiert sind, die Öffnungszeiten zu verlängern, wenn jene keinen zusätzlichen Umsatz erwarten und alle eine Verlängerung ihrer Arbeitszeit befürchten. Beides muß aber nicht richtig sein. Denn es kommt gar nicht darauf an, daß die Läden insgesamt länger geöffnet bleiben, sondern daß sie auch dann geöffnet sind, wenn diejenigen Verbraucher Zeit haben, sich Marktübersicht zu verschaffen, die zu den normalen Öffnungszeiten selbst arbeiten müssen. Mehr Transparenz für mehr Käufer schafft mehr Wettbewerb. Dort, wo das zu mehr Umsatz führt, kann sogar noch ein beschäftigungserhöhender Effekt entstehen. Den einzelnen Arbeitnehmer braucht es nicht stärker zu belasten als bisher.

— Eine Vorbedingung für wirksamen Preiswiderstand liegt darin, daß die angebotenen Produkte mit gültigen Preisen ausgezeichnet sind, so daß die Information über den Preis nicht erst als letzte in die Entscheidung über Kauf oder Nichtkauf eingeht. Mit der Einhaltung der Verordnung über Preisangaben ist es jedoch schlecht bestellt, wie Untersuchungen mehrfach gezeigt haben. Das liegt auch daran, daß es an Überwachung fehlt. Die zuständigen Behörden haben sich vielfach noch nicht darauf eingestellt, daß ihnen hier eine ernstzunehmende Aufgabe erwachsen ist.

— Die Preisempfehlung hat so häufig zu Mißbräuchen geführt, daß es nicht gerechtfertigt erscheint, sie beizubehalten. Ein Verbot würde den Preiswettbewerb nicht mindern, eher stärken. Daß Verbraucher durch das Fehlen der unverbindlichen Richtpreise die Preisorientierung verlieren würden, ist nicht zu befürchten. Die Orientierung darüber, welchen Preis der Markt günstigenfalls hergibt, wird durch die Preisempfehlung eher erschwert. Sie ist nur aus Preisvergleichen zu gewinnen.

— Als besonders problematisch hat sich die Handelspreisempfehlung erwiesen. In zahlreichen Fällen scheint sie eine ähnliche Wirksamkeit erreicht zu haben wie früher die Preisbindung, an deren Stelle sie getreten ist. Denn ein Teil der Konsumgüterhersteller verfolgt die Strategie, durch selektive Gestaltung der Vertriebswege bevorzugt preistreue Abnehmer zu beliefern. So spricht vieles dafür, daß Handelspreisempfehlungen, die mehr als doppelt so häufig angewandt werden wie Verbraucherpreisempfehlungen, den Wettbewerb noch wirksamer behindern als diese.

— In dem Widerrufsrecht bei Abzahlungsgeschäften ist dem Preiswiderstand, trotz mancher Umgehungsversuche von Anbietern, eine wirksame Stütze entstanden. Auch die Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen kann das Geltendmachen des Verbraucherinteresses erleichtern, wenn das neugeschaffene Recht wirksam durchgesetzt wird. Dies dürfte zu einem guten Teil davon abhängen, ob die Verbraucherverbände von der ihnen eingeräumten Klagemöglichkeit ausreichend Gebrauch machen, gegen rechtswidrige Geschäftsbedingungen vorzugehen.

— Nicht zuletzt ist es die irreführende Werbung, die Verbraucher davon abhalten kann, unter qualitativ vergleichbaren Produkten das preisgünstigste auszuwählen. Der Sachverständigenrat hat schon früher darauf hingewiesen, daß das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb in dieser Hinsicht reformbedürftig ist (JG 74 Ziffer 354). In der Zwischenzeit haben die Kommission Wirtschaftskriminalität dem Bundesjustizministerium und der Verbraucherbeirat dem Bundeswirtschaftsministerium Vorschläge darüber vorgelegt, wie nach ihrer Meinung die Gefahr einer Täuschung der Verbraucher über wesentliche Eigenschaften der ihnen angebotenen Güter künftig besser abgewendet werden kann. Damit sind Grundlagen für eine Entscheidung vorhanden, die nun auch nicht hinausgeschoben werden sollte.

388. Ein besonderes Problem bieten jene Märkte, auf denen staatlich gesetzte Regelungen den Preiswiderstand der Verbraucher verhindern, ohne etwas anderes an dessen Stelle zu setzen. Vor allem gilt dies für apothekenpflichtige Arzneimittel, wo allenfalls um Großabnehmer (Krankenhäuser) mit Preiszugeständnissen konkurriert wird, im übrigen aber weder die Hersteller noch die Apotheken nennenswertem Preiswettbewerb ausgesetzt sind, weder die Ärzte noch die Verbraucher einen Anreiz zu wirtschaftlichem Verhalten haben und auch die Krankenkassen nicht in die Bresche springen können.

Bei ihren bisherigen Bemühungen zur Lösung dieses Problems läßt sich die Bundesregierung von der Vorstellung leiten, daß auch künftig allein bei den Ärzten die Entscheidung darüber liegen muß, wel-

ches Heilmittel im Rahmen einer Therapie einzusetzen ist. Dieses Recht soll enger als bisher mit der Pflicht verbunden sein, unter Arzneimitteln gleicher Indikation und therapeutischer Sicherheit die wirtschaftlicheren Auszuwählen. Die Voraussetzungen dafür sollen im wesentlichen auf zwei Wegen geschaffen werden: verordnete Höchstspannen für Großhändler und Apotheker sollen die Einheitlichkeit des Preises für das einzelne Medikament sicherstellen, und Sachverständige sollen die konkurrierenden Arzneimittel miteinander vergleichbar machen, so daß die Wahl eines preisgünstigen erleichtert wird. Das scheint folgerichtig.

Zu fragen bleibt, ob es ausreicht, die Funktionsfähigkeit komplexer Märkte auf das Verhalten von Nachfragern zu gründen — denn die Ausübung dieser Rolle soll den Ärzten künftig stärker angesonnen werden —, wenn zugleich der Handel, auf anderen Konsumgütermärkten mit oligopolistischer Struktur der Herstellerstufe ein unentbehrlicher Motor des Wettbewerbs, von der Aufgabe freigestellt ist, Preiswettbewerb zu treiben, die Konkurrenz aus dem Ausland, auf die bei beschränktem Inlandswettbewerb auf anderen Märkten ebensowenig verzichtet werden kann, weitgehend ausgeschaltet bleibt, die Verbraucher keinen Anreiz und keine Möglichkeit zu preiskritischem Verhalten haben, die Ärzte nur schwach motiviert sind, sich die Nachfragerrolle zu eigen zu machen, und die Krankenkassen wenig Möglichkeiten haben, diese Motivation zu stärken.

TEIL B

Sicherung des Aufschwungs

I. Die stabilitätspolitische Situation

389. Die mittelfristigen Aufgaben bestimmen entscheidend mit, was die Wirtschaftspolitik sich für 1977 vornehmen muß. Denn die zeitliche Verteilung, in der diese Aufgaben erfüllt werden, ist nicht gleichgültig. Es ist also nicht allein von Bedeutung, ob die nötigen arbeitsplatzschaffenden Investitionen überhaupt kommen, sondern auch, ob sie bald kommen. Verzögern sie sich noch lange, so stieße eine weitere Nachfrageexpansion allzu früh — vor Erreichen eines befriedigenden Beschäftigungsstandes — an Kapazitätsgrenzen, zunächst in einzelnen Bereichen, schließlich allgemein, was dann Restriktionsmaßnahmen nötig machte oder auch nur erwarten ließe und schon über solche Erwartungen einen neuen Stillstand in den Prozeß der arbeitsplatzschaffenden Kapazitätserweiterung brächte. Die Übernachfrage ist nicht der Motor, von dem man sich die Neigung zu Erweiterungsinvestitionen angetrieben wünscht.

390. Nur bei kräftig zunehmender Produktion kann erwartet werden, daß die arbeitssparenden Wirkungen der Produktivitätssteigerung übertroffen werden, sich also im ganzen eine Zunahme auch der Beschäftigung und eine deutliche Verminderung der Arbeitslosigkeit ergibt. Die Kapazitätsreserven reichen für eine kräftige Zunahme der Produktion aus, wo nicht, würden vermehrte Einfuhren helfen. Zahlungsbilanzsorgen, die anderwärts gegen diesen Weg sprechen mögen, gibt es in der Bundesrepublik nach wie vor nicht.

Hinzu kommt: Das Gewicht der Bundesrepublik im internationalen Konjunkturverbund ist so groß geworden, daß Eigeninteresse ebensowohl wie internationale Verantwortung es gebieten, die Auswirkungen der deutschen konjunkturellen Entwicklung auf die Expansionschancen unserer Partner ins Kalkül zu nehmen.

391. Daneben steht: Für den Fortgang des Stabilisierungsprozesses kommt es darauf an, daß die Inflationsrate auch 1977 weiter sinkt. Eine sinkende Inflationsrate bei kräftig zunehmender Produktion und Beschäftigung ist möglich. Die Voraussetzungen hierfür sind nicht ungünstig. Es gilt sie zu nutzen.

392. Das Bild der absehbaren wirtschaftlichen Entwicklung, wie wir es an anderer Stelle dieses Gutachtens gezeichnet haben, gibt, was die im engeren Sinne konjunkturelle Seite des Problems angeht, keine klaren Anweisungen.

— Einerseits: Sowohl das gegenwärtig mäßige Tempo als auch die Unsicherheit der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung mögen dazu drängen, sich neue Stützen der Nachfragesteuerung auszudenken. Die Hilfe der alten Stützen endet möglicherweise, bevor der Heilungsprozeß weit genug vorangekommen ist.

— Andererseits: Die Globalsteuerung hat nur die Aufgabe, einen konjunkturellen Aufschwung einzuleiten, nicht jedoch, für ein bestimmtes Nachfragevolumen ständig selbst zu sorgen. Früher oder später muß sie den Mut haben, stillzuhalten und darauf zu vertrauen, daß die in Gang gesetzten Auftriebskräfte sich selbst tragen.

  Dabei darf nicht irritieren, daß der Rekonvaleszent womöglich zunächst Unsicherheit zeigt, wenn ihm die Stützen fortgenommen werden. Dieser Gesichtspunkt ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil es offensichtlich nicht länger darum geht, eine externe Störung des konjunkturellen Gleichgewichts, wie 1975 den Mangel an Auslandsnachfrage, abzufangen.

393. Nach Abwägung dieser Gesichtspunkte rät der Sachverständigenrat der Politik der globalen Kon-

junktursteuerung nicht zu einem Kurswechsel. Sie sollte auf die Kräfte setzen, die den Prozeß der Erholung weiter voranbringen werden. Die in Abschnitt III dieses Teils angeregte Politik der wachstumspolitischen Vorsorge ist freilich unabhängig davon, wie man die konjunkturellen Auftriebskräfte einschätzt, die für die Entwicklung in den kommenden Monaten bestimmend sind. Bei dieser mittelfristig ausgerichteten Politik geht es nicht um die Auslastung vorhandenen Produktionspotentials, um die Besetzung vorhandener Arbeitsplätze, sondern um die Schaffung neuen Produktionspotentials, neuer Arbeitsplätze — eine Aufgabe, die unter den nun einmal gegebenen Umständen aus den dargelegten Gründen über den Markt nicht mit ausreichender Wahrscheinlichkeit in vollem Maße und rechtzeitig erfüllt wird, wenn man hierfür nicht zusätzliche Anreize in Gestalt veränderter Rahmenbedingungen setzt. Anders gesehen: Es geht um eine veränderte Struktur des Sozialprodukts. Eine neue Dynamik des Investierens, die dringend erwünscht ist, braucht allerdings eine zeitlang nicht auf Kosten anderer Komponenten des Sozialprodukts zu gehen, da ausreichend Kapazitätsreserven zur Verfügung stehen. Solange das so ist, wäre die zusätzliche Expansion der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, die sich in diesem Falle ergäbe, sogar erwünscht.

394. Zu den Störfaktoren, die über die Rahmenbedingungen hinaus eine stärkere Belebung der Investitionsneigung gehemmt haben und auf die die Wirtschaftspolitik nur wenig direkten Einfluß hat, gehört das auch 1976 noch hohe Zinsniveau. Trotz der wohl verbesserten Gewinnerwartungen kommt offensichtlich bei zu vielen Investitionsprojekten die erwartete Kapitalrendite gegen die Rentierlichkeit gut angelegten Geldvermögens nicht an. Die Realrendite langfristiger festverzinslicher Wertpapiere, das heißt die Effektivverzinsung nach Abzug der Inflationsrate lag 1976 zwischen 3 vH und 4 vH, und sie würde bei weiter sinkender Inflationsrate noch steigen, wenn der Nominalzins nicht weiter fällt. Das halten wir für eine Volkswirtschaft, die reichlich mit Kapital versorgt ist wie die deutsche, für hoch.

Überlegungen über das, was auf Dauer normal ist, waren es auch, die uns sowohl in der Phase des Attentismus am Kapitalmarkt im Sommer 1975 als auch im Frühjahr dieses Jahres überzeugt sein ließen, daß entgegen den vorherrschenden Erwartungen, die zeitweise das Marktgeschehen völlig bestimmten, die Tendenz der Zinssenkung noch nicht zu Ende sein mußte, wenn nur den Erwartungen, die sich auf einen Fortgang der Preisniveaustabilisierung hätten richten können, mehr Führung gegeben würde. Denn auf die Inflationserwartungen scheint es anzukommen. Solange sich die Anleger von einer erneuten Beschleunigung der Geldentwertung bedroht fühlen, werden sie im Zins einen Ausgleich für diese Bedrohung verlangen — oder ihr Geld kürzerfristig anlegen, als es eigentlich zur Verfügung steht, so daß eine entsprechende Fristentransformation durch die Banken gefordert ist, die diese auch nicht kostenlos leisten.

Zwar wären hohe Zinsen bei hohen Inflationserwartungen für Investitionen nicht hinderlich, wenn der Schuldner glauben könnte, in der Inflation zu verdienen, was der Gläubiger an Inflationsausgleich verlangt. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben die Investoren aber wohl dazu gebracht — und dies zu Recht —, daß sie sich ebenfalls als Inflationsverlierer sehen, nicht unbedingt der Zinsen wegen, wohl aber wegen der sonstigen Folgen der Inflation, des zunehmenden Lohnkostendrucks zuerst, der Schäden einer früher oder später unvermeidbaren Stabilisierungskrise danach. Solange sie von Inflationsfurcht bestimmt sind, werden die Unternehmen daher nur Investitionsprojekte aufgreifen, die so rentierlich erscheinen, daß demgegenüber das Inflationsrisiko zurücktritt. Damit die Investitionen unter solchen Umständen ein ausreichend hohes Niveau erreichen, brauchte es extra niedrige Realzinsen für Fremdkapital.

Nun könnte man sich an die Überlegung halten, daß bei gegebener Geldkapitalbildung eine zurückhaltende Kreditnachfrage der Unternehmen, die sich aus einer zu geringen Investitionsneigung ergibt, den Zins so lange fallen lassen müßte, bis das Kapitalangebot schließlich von den Investoren voll aufgenommen wird. Das wäre wohl auch so — wenn man lange genug warten könnte. Früher oder später setzten sich die Mengenfaktoren gegen die Erwartungsfaktoren am Markt durch. Doch erstens hat der Konjunkturpolitiker, auch einer mit guten Nerven, nicht beliebig viel Zeit. Und zweitens gibt es noch den Staat mit seiner Kreditnachfrage. Wegen der Investitionszurückhaltung fällt Einkommen aus, das andernfalls entstehen würde; damit fehlen Steuereinnahmen, und auch die einkommensabhängige Sparkapitalbildung ist kleiner, als sie sonst wäre, während zugleich die Kreditnachfrage des Staates steigt. Bei einer stetigen Geldpolitik, die die Geldversorgung nicht der abgeschwächten Einkommensexpansion anpaßt, bleibt aufs ganze gesehen zwar ein Überschuß des Geldangebots über die Geldnachfrage, und dieser Überschuß drückt auf den Markt und damit auf die Zinsen. Doch der Überschuß ist eben wegen der staatlichen Kreditnachfrage viel geringer, als man aufgrund der ausgefallenen privaten Nachfrage erwarten könnte, was die Hoffnung weiter reduzieren mag, allein aus dem Anlagedruck derjenigen, die mehr Geld haben, als sie ausgeben wollen, müßte sich eine entsprechende Zinssenkung rasch genug durchsetzen. Immerhin: Nicht richtig ist wohl die Vorstellung, der Staat würde in der Regel durch die konjunkturbedingte Kreditfinanzierung eines zusätzlichen Teils seiner Ausgaben über den Kapitalmarkt ebensoviel an privaten Ausgaben zurückdrängen, wie eine solche Politik an Staatsausgaben aufrechterhält, die sonst ausfallen würden. Richtig ist nur, daß bei einer Kürzung von Staatsausgaben (und von Krediten) die privaten Ausgaben gewinnen können, und in der Tat wohl vor allem die zinsabhängigen, denn die expansive Rückwirkung einer kontraktiven Ausgabensenkung liefe vor allem über einen Druck auf die Zinsen (zumindest bei einer Senkung breit streuender Staatsausgaben).

Dieser letzte Aspekt — die Rückwirkung kreditfinanzierter Staatsausgaben auf die privaten Ausgaben — ist nun allerdings von zentraler Bedeutung bei Staatsausgaben, die zu einem nicht konjunkturbedingten, sondern strukturellen Defizit führen. Ein Durchhalten „normaler" staatlicher und privater Ausgaben zu finanzieren ist eine Sache — die Finanzierung struktureller Ausgabenüberschüsse des Staates eine andere. Strukturelle Defizite des Staates behindern die Normalisierung der privaten Investitionen nicht nur, sie wirken ihr sogar entgegen, jedenfalls von dem Zeitpunkt an, von dem ab die Ausgabeneigung der privaten Haushalte keine staatliche Stütze und die Nachfrage des Auslandes kein ausgleichendes Gegengewicht mehr nötig haben. Man muß gegenwärtig zwar einen abrupten Übergang zu einem wieder konjunkturneutralen öffentlichen Gesamthaushalt für unmöglich halten und auch konjunkturell nicht wünschen. Aber: Soll die private Investitionsneigung sich kräftigen, so muß das strukturelle Defizit des Staates und der Sozialversicherung abgebaut werden, und zwar nicht irgendwann, sondern bald.

Unterstellt, dies geschieht, wird man sagen können: Wenn die Realzinsen nicht weiter sinken, so liegt das nicht an einem Mangel an Geld und Geldkapital. Bei weiter verringerten Inflationserwartungen — und hierfür gibt es keinen echten Ersatz — würden die Anleger sich mit weniger begnügen, die Investoren mehr Investitionen rentierlich finden. Zinssorgen hinsichtlich der Menge der dann etwa wirksamen Kapitalnachfrage sollten so lange nicht stören, als es in den Vorhöfen des Kapitalmarktes trotz des inzwischen schon großen Wertpapierabsatzes noch erhebliche Reserven gibt, die durch eine weitere Stabilisierung der Erwartungen über den künftigen Geldwert — und damit der Erwartungen über die Kursentwicklung am Wertpapiermarkt — zu mobilisieren wären.

Worauf es letztlich ankommt: Investitionen können nicht nur durch Minderung des Lohnkostendrucks, durch Steuererleichterungen oder mehr Nachfrage rentabel werden, sondern auch durch niedrige Zinsen. Früher galt als gut belegte Erfahrung, daß die Zinsabhängigkeit bei sehr vielen Investitionen gering sei. Bei der inzwischen erreichten, anscheinend noch immer recht geringen Durchschnittsrendite des Eigenkapitals ist dies nicht länger plausibel. Vielmehr ist von großer Bedeutung, daß sich die jüngste Tendenz sinkender Kapitalmarktzinsen festigt. Für die Unternehmen würde dann auch Eigenkapital wieder „billiger"; denn die Kurssteigerung am Rentenmarkt müßte früher oder später auf die Aktienkurse übergreifen.

395. Störpotential liegt weiterhin auch in den währungspolitischen Problemen. Hier geht es um zwei durchaus gegensätzliche Gefahren:

— Setzt sich die marktbestimmte Höherbewertung der Mark fort und geht sie über das hinaus, was von den internationalen Unterschieden in der Kostenentwicklung her wettbewerbsneutral wäre, so ergäbe sich daraus wegen der solchermaßen verschlechterten Exportchancen und der verbilligten Importmöglichkeiten eine allgemeine Dämpfung der konjunkturellen Auftriebskräfte. Die Entwicklung des Geldwertes würde allerdings profitieren (Fall Schweiz).

— Erweist sich die Korrektur der Wechselkurse im europäischen Währungsverbund als unzureichend, so können erzwungene Devisenankäufe die geldpolitische Grundlinie der Bundesbank unterminieren.

Tritt beides zusammen auf — wie etwa in diesem Jahr —, so können sich die Impulse in ihren kurzfristigen Wirkungen wechselseitig schwächen; denn der eine ist für sich genommen stabilisierend, der andere stabilitätsgefährdend. Wegen der strategisch zentralen Rolle, die einer in ihren quantitativen Zielen glaubwürdigen Geldpolitik für das Konzept einer stetigen wirtschaftlichen Expansion bei Stabilität zukommt, wäre eine Unterminierung der Geldpolitik jedoch nicht hinzunehmen (Ziffer 407).

396. Ein mittelfristig ausgerichtetes Programm für mehr Wachstum und Vollbeschäftigung kostet Geld, öffentliches Geld. Damit gerät die Finanzpolitik in Spannung zu ihrem Auftrag, den Kurs einer Konsolidierung der Staatsfinanzen konsequent beizubehalten.

Nun ist gewiß richtig, daß ein auf Nachfragestimulierung angelegtes Programm expansiver Staatsausgaben gegenwärtig vermutlich sogar kontraproduktiv wäre. Durch eine Verunsicherung der Erwartungen in der Wirtschaft würde bei der privaten Nachfrage womöglich mehr verloren, als aufgrund von fiskalischen Impulsen gewonnen würde. Hinzu käme, daß ohne Not von dem gegenwärtig eher mittelfristig orientierten Kurs der Finanzpolitik abgewichen würde.

Dies muß jedoch nicht gelten für ein Programm, das selbst neue mittelfristige Daten setzt und vor allem auf die Angebotsseite zielt, hinsichtlich der Nachfrage aber darauf vertraut, daß sie bei richtigem Angebot von selbst kommt. Immerhin: Auch wenn man annehmen kann, daß Verunsicherung der Wirtschaft als Folge eines solchen Programms sehr unwahrscheinlich ist — es bleiben die Kosten. Deren Rechtfertigung muß letztlich darin gesehen werden, daß nur ein solches Programm das für Vollbeschäftigung nötige zusätzliche Produktionspotential schaffen helfen kann, und daß es, indem es dies bewirkt, über künftige Steuereinnahmen seine eigene Finanzierung sichert — wenn auch nicht sofort.

Der Sachverständigenrat verkennt nicht, daß eine solche Rechtfertigung einzelner finanzpolitischer Maßnahmen mit Defizitfolgen ihre Probleme hat. Unter den gegebenen Umständen muß aber wohl dem Gesichtspunkt der Vorsorge, der das Programm bestimmt, Vorrang gegeben werden.

Was zu erreichen ist

397. Kurzfristig am hoffnungsvollsten kann die Wirtschaftspolitik hinsichtlich der Preisentwicklung sein. Die stabilitätspolitische Wende 1973 hat uns, zunächst gefährdet durch die Ölkrise, dann aber unterstützt durch die Stabilisierungskrise in der Welt, einen Abwärtstrend in den Inflationsraten gebracht, der die Wirtschaftspolitik in die Lage versetzt, sich trotz des konjunkturellen Aufschwungs auch für 1977 vorzunehmen, daß die Inflationsrate, aufs Jahr gesehen, noch einmal sinkt. Konjunktur und Trend sind zu berücksichtigen. In unserer Prognose haben wir geschätzt, daß der nach unten gerichtete Trend der Inflationsrate erst im späteren Verlauf des Jahres 1977 von konjunkturellen Kräften überlagert wird. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ist dabei nicht unterstellt. Von Ende 1976 bis Ende 1977 würden demnach die Güter der Lebenshaltung um etwa 4 vH teurer werden. Jahresdurchschnitt gegen Jahresdurchschnitt gerechnet bedeutete dies eine Änderung um knapp 4 vH.

398. Zu fragen bleibt, ob mehr anzustreben ist.

— Einerseits: Eine Absenkung der jahresdurchschnittlichen Inflationsrate um etwas mehr als einen halben Prozentpunkt bedeutet eine kontinuierliche Fortsetzung der vorangegangenen Entwicklung, wenn man berücksichtigt, daß Anfang 1977 Steuererhöhungen einige wichtige Waren gewollt verteuern werden und daß nicht einfach in entsprechendem Umfange Minderpreissteigerungen an anderer Stelle angesetzt werden können (JG 74 Ziffer 391).

— Andererseits: Für den Verlauf des Jahres ist in der Prognose eine leichte Beschleunigung des Preisauftriebs angenommen. Das heißt, wir würden aus dem Jahr 1977 mit einer wieder ungünstigeren Situation hinsichtlich des Geldwerts herausgehen. Ein leichtes Auf und Ab bei der Entwicklung des Preisniveaus im Konjunkturverlauf muß an und für sich nicht problematisch sein. Doch die Erinnerung an die hohen Inflationsraten der vergangenen Jahre ist noch lebendig, und die Erwartungen reagieren sensibel auf Veränderungen des Preisklimas.

— Nimmt man eine Lohnpolitik an, die stärker, als wir es in unserer Prognose schon unterstellt haben, darauf setzt, daß durch Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer, in welcher Form auch immer, sowohl dem verteilungspolitischen als auch dem beschäftigungspolitischen Ziel am besten gedient ist, so könnte von der Kostenseite her der verbliebene und konjunkturell später wohl wieder zunehmende Preisauftrieb gedämpft werden.

— Aber: Hält man unter mittelfristigen Gesichtspunkten eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Jahresmitte 1977 für unumgänglich, dann muß man einen zusätzlichen Preisniveausprung zur Jahresmitte ansetzen (Ziffern 342 f.).

399. Wie an anderer Stelle dieses Gutachtens dargelegt, gehen wir davon aus, daß zur Konsolidierung der Staatsfinanzen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt im Regelsatz und einen halben Prozentpunkt im ermäßigten Satz als unausweichlich erachtet wird und daß wegen der Aufgabe, die Konsolidierungsmaßnahmen im ganzen zeitlich möglichst günstig zu verteilen, alles dafür spricht, eine solche Steuererhöhung zum 1. Juli 1977 in Kraft zu setzen. Selbst unter günstigen Annahmen hinsichtlich der Lohnabschlüsse muß dann wohl, die Steuererhöhung unterstellt, ein Anstieg der Verbraucherpreise im Verlauf des Jahres 1977 (Jahresende gegen Jahresende gerechnet)

— einschließlich Erhöhung der Verbrauchsteuern zu Anfang und der Mehrwertsteuer zur Mitte des Jahres um $4^1/_2$ vH,

— ohne das rechnerische Äquivalent dieser Steuererhöhungen um etwa $3^1/_2$ vH

als unvermeidlich gelten. Im Vergleich der Jahresdurchschnitte bedeutete dies reichlich 4 vH beziehungsweise knapp $3^1/_2$ vH.

Da die Preisstruktur sich ändert — im kommenden Jahr allerdings vergleichsweise wenig — paßte zu einer solchen Zielgröße ein Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus, gemessen am Preisindex für das Bruttosozialprodukt, im Jahresvergleich von knapp 4 vH beziehungsweise knapp $3^1/_2$ vH.

400. Nicht zu verkennen ist, daß sich eine steuerbedingte Erhöhung des Preisniveaus nicht gut mit dem Ziel verträgt, die Tendenz einer sinkenden Inflationsrate auch im Aufschwung zu erhalten. Doch im Grunde paßt eine steuerbedingte Erhöhung des Preisniveaus stabilitätspolitisch nie ins Bild. Es kann daher nur darum gehen, einen vergleichsweise am wenigsten ungünstigen Zeitpunkt zu wählen. Vor allem kommt es darauf an, zu vermeiden, daß eine steuerbedingte Erhöhung des Preisniveaus zu einer erneuten Beschleunigung der Inflation führt oder gar schon als solche mißverstanden wird.

401. Um rund $5^1/_2$ vH unterschritt die Produktion 1976 das Maß, das eine Normalauslastung des sachlichen Produktionsapparats der Volkswirtschaft angezeigt hätte. Außerdem dürfte das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential 1977 aufgrund der Aufwendungen für eine Verbesserung und Erweiterung des Produktionsapparates sowie der Qualifikation der Arbeitskräfte um rund $2^1/_2$ vH größer sein als 1976.

Auf nur $2^1/_2$ vH schätzen wir diese Wachstumsrate, weil der Kapitalstock immer noch vergleichsweise langsam zunimmt. Darin schlägt sich nieder, daß trotz der lebhaften Investitionstätigkeit dieses Jahres und der von uns geschätzten weiteren Belebung im nächsten Jahr die Verminderung des Kapitalstocks durch technische und wirtschaftliche Veraltung an Bedeutung gewonnen hat. Der voraussichtliche Zuwachs des Kapitalstocks um rund 4 vH bedeutet zudem nicht, daß damit auch eine um 4 vH erhöhte Güterproduktion möglich wäre. Jahr für Jahr sinkt nämlich die Kapitalproduktivität, also das, was je Einheit des Kapitalstocks hergestellt werden kann. Für 1977 nehmen wir dafür wie in den vorangegangenen Jahren einen Abschlag von 1,3 vH vor.

Demnach ist gegenüber 1976 im Prinzip eine Steigerung der Produktion um 8 vH möglich, bevor das Produktionspotential wieder normal ausgelastet ist. Praktisch kommt dies jedoch nicht in Betracht, da eine Rückkehr zur Normalauslastung nicht von heute auf morgen verwirklicht werden kann, sondern nur allmählich. Selbst wenn man die Produktionsausweitung stark beschleunigte und den größeren Teil des Weges zur vollen Nutzung der Kapazitäten bis zum Ende des nächsten Jahres zurücklegte, müßte man mit einem Zuwachs des Sozialprodukts zufrieden sein, der in der Nachbarschaft von 6 vH der Vorjahresproduktion, zu konstanten Preisen gerechnet, liegt. Stabilitätspolitisch halten wir ein derartiges Expansionstempo für noch vertretbar. Wahrscheinlich ist es nicht. Doch die Wirtschaftspolitik sollte einer solchen Entwicklung zumindest Raum geben.

Eine noch ehrgeizigere Zielsetzung für 1977 hätte gegen sich, daß dann ein allmählicher Übergang von der raschen Produktionszunahme des Aufschwungs zur kontinuierlichen Expansion entlang dem Wachstumspfad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials nicht mehr möglich wäre. Da das Wachstumstempo des Produktionspotentials nicht schnell gesteigert werden kann (Ziffer 85), würde es nach Erreichen der Kapazitätsgrenzen eine sehr abrupte Verlangsamung sowohl der Produktionsausweitung als auch der Einkommensteigerung geben müssen. Jede Erfahrung spricht dagegen, daß dies einigermaßen spannungsfrei zu bewerkstelligen wäre. Schon eine Produktionsausweitung um 6 vH wäre von solchen Problemen nicht frei.

402. In nominaler Rechnung, das heißt einschließlich unvermeidlicher Preissteigerungen, würde die konjunkturelle Ideallinie also besagen, daß eine Zunahme der inlandswirksamen gesamtwirtschaftlichen Ausgaben, gemessen am Bruttosozialprodukt, um etwa 10 vH wünschenswert wäre, wenn der Anstieg des Preisniveaus auf das unvermeidliche Maß begrenzt bleibt.

403. Alle diese Zielüberlegungen haben letztlich zum Maßstab, was sie kurzfristig und auf Dauer für die Entwicklung der Beschäftigung bedeuten. Nach Lage der Dinge ist eine kurzfristige Optimalgröße den Strategieüberlegungen für 1977 jedoch nicht vorzugeben. Was immer bei vertretbaren Kosten zum beschleunigten Abbau der Arbeitslosigkeit beiträgt, muß geschehen. Aber auch dann wird die Anzahl der Arbeitslosen 1977 unbefriedigend hoch bleiben. Ja, das Werben um Geduld auf dem Wege zurück zur Vollbeschäftigung wird möglicherweise weit über das Jahr 1977 hinaus zur Aufgabe der Politiker gehören.

404. Wie wenig gleichgültig dabei die Wirtschaftspolitik gegenüber der Struktur von Nachfrage und Produktion sein darf, und zwar sowohl im Hinblick auf das Vollbeschäftigungsziel als auch auf das Wachstumsziel, ist an anderer Stelle dargelegt. Der Rückstand in der Schaffung neuer Arbeitsplätze würde sich weiter vergrößern, wenn hier nicht schon 1977 ein gravierender Wandel eintritt. Die in unserer Prognose angesetzten Werte für die privaten Investitionen liegen deutlich unter dem, was unter mittelfristigen Gesichtspunkten für das Jahr 1977 anzustreben ist.

Es sei wiederholt: Die Investitionen der nächsten Jahre sollen

- ausreichend sein für Kostensenkungen, die die vorhandenen Arbeitsplätze sicherer machen,
- ausreichen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, so daß die Arbeitsplatzlücke, die sich, verdeckt durch den konjunkturellen Nachfragemangel, abzeichnet, allmählich geschlossen wird oder nicht entsteht,
- rechtzeitig vorgenommen werden, damit der konjunkturelle Aufschwung nicht aus Kapazitätsgründen ein frühzeitiges Ende findet.

II. Was zu tun ist

405. In diesem Jahr stand die Wirtschaftspolitik im Zeichen von Expansion und Konsolidierung, im nächsten Jahr sollte sie Konsolidierung und wachstumspolitische Vorsorge zum Ziel haben.

Geldpolitik

406. Im Prozeß der Stabilisierung seit dem Frühjahr 1973, durch den die Inflationsrate von zeitweise fast 8 vH auf heute unter 4 vH gedrückt werden konnte und durch den gute Chancen für weitere Schritte in dieser Richtung geschaffen wurden, hatte die Geldpolitik eine führende Rolle. Seit zwei Jahren ist sie eine Politik mit vorangekündigtem Mengenziel.

407. Die Bundesbank wird ihr Geldmengenziel 1976 nicht voll verwirklichen. Daß sie dies im September als unvermeidlich eingestand, ohne deutlich sichtbare Versuche unternommen zu haben, nach Kräften gegenzuhalten, ist mehr als ein Schönheitsfehler.

Gewiß trifft es zu, daß die Geldpolitik eine einmal eingetretene, unerwünscht starke monetäre Expansion kurzfristig nicht vollständig korrigieren kann, ohne mehr zu schaden als zu nutzen.

Gewiß trifft es zu, daß der konjunkturelle Aufschwung nicht schon zu stark war und daß die Preisentwicklung, mitbestimmt von der Höherbewertung der Mark, inzwischen eher günstiger war als erwartet.

Gewiß trifft es auch zu, daß die Möglichkeiten gering sind, etwa auf die Kommastelle genau anzugeben, welches die eigentlich richtige Rate der monetären Expansion an der Geldbasis ist.

Jedoch: Mehr als getan wurde war möglich, die Zunahme der Zentralbankgeldmenge in die Nähe der Zielgröße zu bringen. Eine so weitgehende Einräumung, die eigene Steuergröße nicht ausreichend steuern zu können, war nicht nötig.

Und: Die Zielvorgabe hätte Schutz gegeben gegenüber dem Vorwurf, daß zur Unzeit eine Politik der

monetären Restriktion betrieben würde. Solange geldpolitische Maßnahmen einer im Kern potentialorientierten Expansion der Zentralbankgeldmenge dienen, sind sie weder expansiv noch kontraktiv, wie auch immer der äußere Anschein sein mag.

Und: Gerade weil sich nicht für jeden Zeitpunkt genau angeben läßt, welches Angebot an Zentralbankgeld, von der konjunkturellen Situation her gesehen, das eigentlich richtige ist, hat der Gesichtspunkt der Stetigkeit der monetären Expansion einen so hohen Rang. Denn daß Unstetigkeit, vor allem abrupte Kurswechsel nicht vorteilhaft sind, lehrt die Erfahrung. Solche Kurswechsel aber werden früher oder später unvermeidlich, wenn der Abstand von einer mittelfristig orientierten Zielgröße einmal groß geworden ist.

Und: Der Wert des Einhaltens einer einmal vorgegebenen Zielgröße der Geldpolitik liegt nicht allein — und kurzfristig vielleicht nicht einmal in erster Linie — im monetären Bereich, sondern in der Kraft, mit der eine für längere Zeit konsequent betriebene Geldpolitik in alle Bereiche ausstrahlt.

408. Das Kapital an Glaubwürdigkeit, das die Bundesbank aus den vergangenen Jahren mitbringt, wird allerdings von dem Verfehlen des Geldmengenziels nicht aufgezehrt werden. Was die Grundlinie angeht, ist die Fähigkeit und der Wille der Bundesbank erwiesen, bei ihrem angekündigten Kurs zu bleiben. Immerhin: Der Spielraum für die weitere Expansion der Geldbasis im Jahre 1977 ist eng geworden. Er ist gleichsam teilweise schon genutzt.

409. Wie in den beiden vergangenen Jahren sollte die Bundesbank den verbleibenden Spielraum quantitativ bezeichnen und damit der Geldpolitik eine Zielgröße für die Expansion der (bereinigten) Zentralbankgeldmenge im Jahre 1977 vorgeben.

Die Basisgröße für eine solche Zielvorgabe ist das Wachstum des Produktionspotentials, das heißt die Erweiterung der Angebotsmöglichkeiten der Volkswirtschaft. Dieses Wachstum ist derzeit nicht groß. Wie erwähnt schätzen wir es auf 2½ vH. — Noch ist allerdings die Auslastung des Potentials deutlich unterdurchschnittlich. Der Finanzierungsspielraum der Wirtschaft muß ausreichen, einen weiteren großen Schritt in Richtung Normalisierung zu tun. Wir halten eine Zunahme des Auslastungsgrades um 3½ Prozentpunkte im Vergleich der Jahresdurchschnitte für realisierbar und stabilitätspolitisch für vertretbar. — Andererseits ist aufgrund der monetären Expansion in der jüngsten Vergangenheit und aus konjunkturellen Gründen auch die Nutzung der vorhandenen Geldmenge noch nicht wieder normal. Die Entwicklung der mittleren Kassenhaltungsdauer der Unternehmen und privaten Haushalte läßt jedenfalls vermuten, daß es hier noch ungenutzte Finanzierungsreserven gibt. Sie werden genutzt, wenn sich die Neigung zum Halten von Geldvermögen zugunsten einer erhöhten Ausgabeneigung weiter vermindert (Ziffer 185). Erhebliche Reserven sind selbst dann anzunehmen, wenn man nur, wie es richtig ist, auf Normalisierung der Neigung zur Kassenhaltung abstellt, also Tendenzen zu äußerst knapp gehaltenen Geldbeständen, wie sie etwa unter Bedingungen restriktiver Geldpolitik zu beobachten sind, außer Betracht läßt. Solche Reserven abzuschätzen, ist allerdings außerordentlich schwer. Zu kurz ist die Zeitspanne der Erfahrung unter den Bedingungen der neuen Geldpolitik, als daß hier schon eine klare Tendenz auszumachen wäre. Wir raten, für diese Finanzierungsreserve in der heute schon vorhandenen Geldbasis einen Satz von 3 vH anzunehmen und in der Zielvorgabe für die Geldpolitik im Jahre 1977 zu berücksichtigen. Der Satz entspricht dem Unterschied zwischen der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes — hier gerechnet als Relation aus Bruttosozialprodukt und Zentralbankgeldmenge — im Jahre 1976 und derselben Relation im Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1975. Bei dieser Berechnung ist unterstellt, die gegenwärtige monetäre Expansion werde bis zum Jahresende dazu führen, daß die bereinigte Zentralbankgeldmenge im Durchschnitt des Jahres 1976 statt wie angestrebt um 8 vH tatsächlich um 9½ vH über dem Niveau des Vorjahres liegt[1]). — Schließlich ist zu berücksichtigen, daß auch das Jahr 1977 kein Jahr stabilen Geldwerts sein wird. Wie erwähnt halten wir einen weiteren Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus, gemessen am Preisindex für das Bruttosozialprodukt, um knapp 4 vH für kurzfristig unvermeidlich, wenn die Mehrwertsteuer zum 1. Juli 1977 auf 12 vH beziehungsweise 6 vH erhöht wird (Ziffern 342 f.). Ohne diese Steuererhöhung wären es reichlich 3½ vH.

410. Nimmt man alles zusammen

2½ vH für das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials,

zuzüglich

3½ vH für die anzustrebende Zunahme in der Auslastung des Produktionspotentials,

abzüglich

3 vH für eine Normalisierung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes,

zuzüglich

3½ vH für den kurzfristig für unvermeidlich zu haltenden weiteren Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus (4 vH bei Erhöhung der Mehrwertsteuer),

so müßte und dürfte nach unserem Konzept die (bereinigte) Zentralbankgeldmenge im Durchschnitt des Jahres 1977 um etwa 6½ vH größer sein als im Durchschnitt des Jahres 1976 (7 vH bei Erhöhung der Mehrwertsteuer) [2]).

[1]) Diese Steigerungsraten beziehen sich auf die Zentralbankgeldmenge in der Abgrenzung des Sachverständigenrates. Die entsprechende Zuwachsrate der Zentralbankgeldmenge in der Abgrenzung der Bundesbank würde unter den angenommenen Bedingungen vermutlich um etwa ½ vH darunter liegen.

[2]) Falls die Zentralbankgeldmenge gegen Ende des Jahres eine geringere oder eine höhere Zuwachsrate für das Jahr 1976 ergibt, als wir unterstellt haben, so wäre die Zielvorgabe für 1977 entsprechend dieser Abweichung nach oben oder nach unten zu korrigieren.

Was die günstigste Verteilung der monetären Expansion über das Jahr angeht, so müßte darüber nicht zuletzt anhand des am Jahresende 1976 tatsächlich erreichten Standes entschieden werden. Hiervon einmal abgesehen, wäre zu bedenken: Die Zielgröße für die Entwicklung der Produktion schließt ein, daß sich, wird sie erreicht, der Auslastungsgrad des Produktionspotentials allmählich der Normalauslastung annähert. Im Zuge diese Annäherung muß sich auch die monetäre Expansion verlangsamen.

Saisonalen Schwankungen im Bedarf an Zentralbankgeld trägt die Bundesbank ohnehin Rechnung. Hierzu würde 1977 auch gehören, auf die abrupt erhöhten Mindestreserveverpflichtungen der Banken Rücksicht zu nehmen, die auf diese zukommen können, wenn im Januar und Juli größere Beträge aus prämienbegünstigten Sparverträgen frei werden und dann — falls sie nicht alsbald wieder langfristig angelegt werden — der Mindestreservepflicht unterliegen (Ziffer 260). Aufs Jahr gesehen bliebe die anzustrebende Zentralbankgeldmenge hiervon allerdings unberührt.

411. *Häufig wird in der Diskussion um das Quantum einer Zielvorgabe für die Geldpolitik auf die voraussichtliche Entwicklung des Sozialprodukts, die Steigerungsrate für das Preisniveau und die wahrscheinliche Veränderung der Neigung zur Kassenhaltung abgestellt. Dies ist nicht sachgerecht. Sozialprodukt, Preise und Kassenhaltung sind Ergebnisse des Marktprozesses. Die Geldpolitik soll im Prinzip die Zentralbankgeldmenge bereitstellen, die zum Produktionspotential bei Normalauslastung (unter Berücksichtigung der unvermeidlichen Preissteigerung) paßt, nicht mehr, aber auch nicht weniger (JG 75 Ziffer 402).*

Bei stetiger Geldpolitik korrespondieren im Konjunkturverlauf die Schwankungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials mit den Schwankungen in der Umlaufsgeschwindigkeit des Zentralbankgeldes. Sie kommen dann als Komponenten der Zielgröße einer mittelfristig orientierten Geldpolitik nicht mehr in Betracht. Die Geldpolitik der vergangenen Jahre — seit 1973 — war jedoch aus guten Gründen nicht darauf ausgerichtet, eine zum Sozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials passende Zentralbankgeldmenge zur Verfügung zu stellen, zunächst wegen der gewollten monetären Restriktion, danach um zu vermeiden, daß eine überhastete Ausweitung des Geldangebots den erreichten Stabilisierungserfolg gefährdet. So gesehen befinden wir uns trotz der zeitweise unerwünscht raschen monetären Expansion auch beim Geldangebot noch immer auf dem Pfad der Normalisierung, sprich: auf dem Wege zum Finanzierungsspielraum für ein wieder normal ausgelastetes Produktionspotential.

412. Die Bundesbank hat sich seit Beginn der neuen Geldpolitik mehr und mehr von der Vorstellung abgekehrt, man könne neben der Menge an Geld auch dessen Preis, den Zins, steuern. Das war nur konsequent.

Das Niveau und die Struktur der Geldzinsen ergeben sich unter dem Einfluß der verschiedenartigsten institutionellen Faktoren aus Angebot und Nachfrage an den Geld- und Kreditmärkten. Dabei spielen wie schon erörtert Erwartungsfaktoren eine große Rolle. Auf die Bildung von zinsbestimmenden Erwartungen hat die Geldpolitik einigermaßen verläßlichen Einfluß nur durch den Kurs, den sie auf Dauer verfolgt, vor allem wegen der davon geprägten Entwicklung des Geldwerts. Das heißt jedoch nicht, daß die Erwartungen im Publikum, verglichen mit den Erwartungen der Notenbank, nicht bei der jeweiligen Wahl des Weges, auf dem das von der Notenbank zur Verfügung zu stellende Zentralbankgeld geschaffen wird, maßgeblich sein sollten.

413. *Erwartungen können fehlgeleitet sein — Erwartungen hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklung, Erwartungen hinsichtlich der zinsbestimmenden Wirkung künftiger staatlicher Kreditaufnahme, Erwartungen hinsichtlich der Veränderung der Wechselkurse, Erwartungen hinsichtlich der Geldwertentwicklung, Erwartungen hinsichtlich der Zinsen selbst.*

Ob die Bundesbank Zentralbankgeld durch den Ankauf von langfristigen Titeln bereitstellt, ob sie kurzfristige Titel hereinnimmt, mehr Geld über eine verbilligte Refinanzierung von Handelswechseln hergibt, freiwillig Devisen ankauft — all dies könnte sich, wenn nicht andere, im Einzelfall möglicherweise wichtigere Gründe dagegen sprechen, danach richten, ob die jeweilige Zinsstruktur (und die Struktur der Termin- und Kassakurse an Devisenmärkten) zu dem paßt, was die Notenbank auf der Basis des von ihr selbst auf die Dauer vorgesehenen geldpolitischen Kurses und ihrer Vorstellungen über Konjunktur, Wechselkurs, Menge und Fristenstruktur der staatlichen Kreditwünsche etc. für demnächst marktgerecht hält. Sie wird also etwa bei der Schaffung von Zentralbankgeld den Schwerpunkt auf den Ankauf langfristiger Wertpapiere legen, wenn sie im Hinblick auf die genannten Faktoren eine Zinssenkungstendenz am Markt für langfristige Papiere für marktgerecht hält, so wie sie dies etwa im Sommer und Herbst vergangenen Jahres getan hat. In anderen Fällen wird sie Devisen ankaufen oder verkaufen, kurzfristige Wechselkursschwankungen also glätten. Ebenso geben starke Schwankungen der Zinsen am Geldmarkt der Instrumentenwahl Orientierung (vor allem wenn die Rediskontsatzpolitik zu einem flexiblen Instrument umgebaut wird, das den Refinanzierungskredit zu marktgerechten Konditionen zum Regelfall — und nicht wie jetzt zur Ausnahme — werden läßt). Auch gegenläufige Transaktionen — Käufe hier, Verkäufe dort — sind ja weder bedenklich noch selten, vor allem wenn bestimmte Umstände die Notenbank auf einzelnen Märkten in eine passive Rolle bringen (zum Beispiel die Devisenankaufspflicht). Gemeinsam ist all dem, daß die Notenbank ihr Geld mit gutem Ertrag abgibt, wenn sie auf der Basis der von ihr vorgesehenen Geldpolitik im Durchschnitt besser als die übrigen Marktteilnehmer abschätzt, was demnächst marktgerecht sein wird. Das Notenbankgeld zu marktgerechten Zinsen abzugeben und dabei die künftige Entwicklung ins Kalkül zu nehmen, ist in der Regel auch genau das, was geldpolitisch angezeigt ist.

Zu einem solchen Konzept würde allerdings ordnungspolitisch weder die geldpolitisch motivierte Variation der Rediskontkontingente (Ziffer 182) noch die häufige Variation der Mindestreservesätze besonders gut passen (JG 74 Ziffer 384). Beides sind Instrumente, die im herkömmlichen Konzept einer Steuerung der freien Liquiditätsreserven ihren Platz hatten. Der garantierte Zugang der Banken zum Notenbankkredit braucht zwar nicht abgeschafft zu werden; er sollte jedoch möglichst eng gehalten und die Obergrenzen sollten nicht nach kurzfristigen geldpolitischen Vorstellungen variiert werden. Die Variation von Mindestreservesätzen ist allemal ein Eingriff in die Rentabilität bestehender Kreditketten und in einem Konzept, nach dem die Notenbank eine bestimmte

Menge Geld zu marktgerechten Preisen absetzen soll, störend.

Durch die Politik der mittelfristig orientierten Mengensteuerung auf der Basis jährlicher Zielvorgaben ist der Entscheidungsprozeß in der Notenbank gegenüber dem bei einer diskretionären Geldpolitik entlastet worden. Geblieben ist die Aufgabe einer Optimierung des Mitteleinsatzes.

414. All dies ist im Zusammenhang zu sehen mit der Aufgabe, unrealistische Erwartungen hinsichtlich der Zinsen, die auf Dauer marktgerecht erscheinen, wenn die Stabilisierung des Geldwerts wie geplant weiter vorankommt, zu entkräften. Solche Erwartungen haben, wie erwähnt, vor allem den Zins für langfristige Kredite lange Zeit sehr hoch gehalten (Ziffern 192 ff.). Die Bundesbank sollte sich dadurch berechtigt fühlen, das von ihr im Rahmen der geldpolitischen Zielgröße bereitzustellende Zentralbankgeld verstärkt langfristig, das heißt gegen langfristige Wertpapiere, anzubieten, also nicht etwa nur ausnahmsweise wie im Jahre 1975, sondern durchaus grundsätzlich, wenn nicht die aktuellen Umstände etwas anderes vorteilhaft erscheinen lassen oder gar gebieten.

Gegen ständige Offenmarktkäufe langfristiger Staatspapiere mag Widerstand in der Öffentlichkeit aufkommen, weil viele darin eine massive Finanzierung von Staatsausgaben durch Notenbankkredit sehen würden. Solcher Widerstand wäre jedoch solange unbegründet, wie die Geldpolitik bei der Schaffung von Zentralbankgeld im ganzen den Rahmen einhielte, der durch die Zielgröße auf der Basis mittelfristiger Bezugsgrößen gesetzt ist. In diesem Umfang wird das Zentralbankgeld im Grunde ohnehin dauerhaft, also langfristig bereitgestellt. Es ist unbedenklich, daß dies auch ausdrücklich geschieht wie beim Ankauf langfristiger Wertpapiere, und erwünscht, daß auf diese Weise, entsprechend dem höheren Nutzen, den langfristig gegebenes Geld dem Empfänger stiftet, auch ein höheres Entgelt in die Kasse der Bundesbank fließt. Es sei wiederholt: Die aktuellen Umstände können etwas anderes vorteilhaft erscheinen lassen oder gar gebieten.

415. Auch im Jahre 1977 könnte die Bundesbank vor dem Problem stehen, daß ihr bei gegebenen Konditionen für die Abgabe von Zentralbankgeld die monetäre Expansion davonläuft. Mit kräftiger werdendem Konjunkturaufschwung müßten die Reaktionen der Bundesbank dann aber robuster ausfallen. Eine monetäre Expansion entsprechend der genannten Zielgröße von 6½ vH bzw. 7 vH für die Zunahme der Zentralbankgeldmenge reicht für die Finanzierung auch einer kräftigen Produktionsausweitung völlig aus. Und die Bundesbank dürfte mit eindämmenden Maßnahmen nicht mehr lange warten, falls etwa die Abweichung vom geplanten Pfad noch größer werden sollte. Ein verspäteter Kurswechsel müßte nur neue Unstetigkeit in die Ausweitung des monetären Rahmens bringen, deren ungünstige Folgen sehr schwer zu kalkulieren sind.

Währungspolitik

416. Die Unterschiede zwischen den Inflationsraten in der Welt werden weiterhin groß sein. Das gilt selbst dann, wenn es in einer Reihe von Ländern, die ihre Stabilisierungsanstrengungen verstärken, zu Erfolgen kommt. Zu Unterschieden in der Inflationsrate gehören Veränderungen der Wechselkurse, mögen auch eine Zeitlang andere Faktoren das Geschehen am Devisenmarkt dominieren.

417. Da außer der Schweiz kein Land eine niedrigere Inflationsrate aufweist und 1977 aufweisen wird als die Bundesrepublik, ist eine weitere Höherbewertung der Mark im Prinzip programmiert. Um wieviel läßt sich allerdings kaum vorhersagen. Wie an anderer Stelle dieses Gutachtens dargelegt, fällt schon eine Würdigung des derzeit erreichten Außenwerts der Mark schwer (Ziffern 153 ff.). Großes Vertrauen in die wirtschaftliche Stabilität dieses Landes kann den Kurs der Mark deutlich über das hinaustreiben, was von der Preis- und Kostenentwicklung in der Bundesrepublik her verglichen mit dem Ausland wettbewerbsneutral wäre. Käufe und Verkäufe der Bundesbank an den Devisenmärkten können allenfalls glättend wirken. Aufhalten könnten sie eine kraftvolle Tendenz dieser Art kaum.

418. Immerhin: Daß es trotz zeitweise überaus starker Bewegungen im Kurs für die Mark dauerhafte Probleme hinsichtlich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen nicht gegeben hat, sollen diejenigen sehen, die sich angesichts der erneuten Aufwertungstendenz Sorgen machen. Auch sind die Schwankungen in der Bewertung unserer Währung wieder etwas kleiner geworden. Sie sind aber zweifellos noch immer größer, als sie bei stabilisierten Erwartungen hinsichtlich der längerfristigen Kursentwicklung erklärlich wären.

419. Mit dem Realignment vom Oktober 1976 sind auch die Währungsrelationen des europäischen Währungsverbunds wieder einmal korrigiert worden. Eine enge Beziehung zu den Unterschieden in der Inflationsrate der beteiligten Länder hatte diese Aktion allerdings nicht. Möglich ist immerhin, daß die Spekulanten trotz oder auch wegen der Geringfügigkeit der Korrekturen erst einmal so entmutigt wurden, daß das neue Kursgefüge eine Zeitlang hält. Dies macht es jedoch nicht weniger dringlich, das Regelwerk des Floating-Blocks rechtzeitig zu modifizieren, wenn diese Festkursgemeinschaft als solche überleben soll (Ziffern 496 ff.).

Einkommenspolitik

420. Sieht man die Lohnsteigerungen der letzten beiden Jahre im internationalen Vergleich, so festigt sich der Eindruck, daß das in der Bundesrepublik praktizierte System der autonomen Tarifverhandlung für große Wirtschaftsbereiche zu einem besonderen Maß an stabilitätspolitischem Konsens fähig ist. Setzt man die Ergebnisse der Lohnpolitik

in Vergleich zu denen anderer Formen einkommenspolitischen Handelns in der Bundesrepublik, so ändert sich dieses Urteil nicht: weder die Agrarpreispolitik noch die staatliche oder unter staatlicher Abschirmung stattfindende Festsetzung berufsständischer Einnahmesätze noch die behördliche Kontrolle über wettbewerbspolitische Ausnahmebereiche haben zu ähnlich stabilitätskonformen Verteilungsergebnissen geführt.

421. Daß das stabilitätspolitische Augenmaß, das die Tarifpartner in diesem wie im vergangenen Jahr bei der Lohnfindung bewiesen haben, sich bisher nicht auch in verbesserten Beschäftigungschancen ausgewirkt hat, weil die Investitionstätigkeit verhalten blieb, ist noch kein Grund für die Annahme, daß es vergebens gewesen wäre. Auch in den kühnsten Konjunkturprognosen des Jahres 1975 ist nicht angenommen worden, daß der Aufschwung die Vollbeschäftigung schnell und vollständig wieder herbeiführen würde. Zu dem normalen Zeitbedarf des Abbaus der Arbeitslosigkeit traten diesmal erschwerende Umstände noch hinzu. So kann man nicht ausschließen, daß das Vertrauen der Unternehmer in eine mittelfristig marktgerechte Entwicklung der Kosten noch nicht wiederhergestellt ist; daß auf hohem Lohnniveau und hohem Entwicklungsstand die Suchzeiten für lohnende Investitionschancen sich verlängert haben; daß die Rezession Lücken gerissen hat, die nicht von heute auf morgen geschlossen werden können. Und daher scheint es vernünftig, weiter darauf zu setzen, daß Augenmaß und Geduld in der Lohnpolitik zur Rückgewinnung eines hohen Beschäftigungsniveaus beitragen werden.

422. Auf keinen Fall haben die Arbeitnehmer Anlaß, sich nachträglich düpiert zu fühlen. Denn was als beschäftigungspolitisches Zugeständnis gedacht war, der Rückzug auf die Reallohnsicherung, hat sich im Vergleich zu dem Erwarteten und erst recht zu dem in früheren Rezessionen Erfahrenen als eine erfolgreiche Politik erwiesen: der Reallohn hat sich deutlich verbessert — und selbst netto gerechnet trotz höherer Abgaben zumindest nicht verschlechtert —, obwohl die Verteilungskorrektur zugunsten der Unternehmen durchaus deutlich war.

423. Vielen Unternehmen wird die Korrektur nicht weit genug gehen, namentlich wenn sie in den letzten Jahren besonders große Anpassungslasten zu tragen hatten. Auf die Gesamtwirtschaft bezogen wird sich die bereinigte Lohnquote 1976 auf den Wert von 1973 zurückbilden. Im verarbeitenden Gewerbe ist die Erholung der Erträge, von einzelnen Bereichen abgesehen, weit schwächer. Doch bestimmt sich das Ausmaß einer gesamtwirtschaftlich erforderlichen Verteilungskorrektur nicht hiernach allein. Die Lage einzelner Bereiche zu berücksichtigen, ist im übrigen Sache der einzelnen Tarifverhandlung. Gesamtwirtschaftlich ist entscheidend, daß sich das Vertrauen in eine Lohnpolitik weiter festigen kann, die in den Erwartungen der Unternehmer Spielraum für ertragreiche, die Beschäftigungschancen verbessernde Investitionen läßt. Die Bedingungen dafür sind gut. Wir sehen keinen Anhaltspunkt für die Erwartung, es könnte 1977 zu Abschlüssen kommen, die eine weitere Verbesserung der Erträge ausschließen.

424. Auf der anderen Seite braucht auch die Erwartung der Arbeitnehmer auf einen weiteren Anstieg der realen Einkommen nicht enttäuscht zu werden. Bei weiter sinkender Preissteigerungsrate wird das schon dann der Fall sein, wenn die nominalen Lohnerhöhungen sich in der Nachbarschaft der für 1976 typischen Tarifabschlüsse halten. Es besteht daher kein Anlaß, in der lohnpolitischen Diskussion, die den Rahmen für die kommende Lohnrunde setzt, den Anschluß an die Lohnsteigerungsraten des Jahres 1976 aufzugeben. Ein Drängen auf einen wesentlich beschleunigten Anstieg der Nominallöhne könnte von der Befürchtung ausgehen, andernfalls würde es zu einer unangemessenen Steigerung der Gewinne kommen. Dies mag verständlich erscheinen. Doch für die Arbeitnehmer kommt es vor allem auf den Lohn an, und zwar real und für möglichst viele. Leicht wird übersehen, daß weder das Ausmaß der Preissteigerungen im Jahre 1977, das den Reallohn mitbestimmt, noch die Verbesserung der Beschäftigungslage schon festliegen. Auf beides hat die Tarifpolitik Einfluß. Daß die Zunahme der Gewinneinkommen sich in angemessenen Grenzen hält, hängt von den Bedingungen ab, die dafür sorgen sollen, daß die Inflationsrate weiter zurückgeht. Daß solche Bedingungen auch 1977 gegeben sind, halten wir für ausreichend wahrscheinlich, wenn die Geldpolitik einen konsequent auf Fortgang des Stabilisierungsprozesses ausgerichteten Kurs beibehält. Auch die Entwicklung des Wechselkurses sorgt für Wettbewerb und trägt dazu bei, daß bei der Entwicklung der Gewinne die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Insoweit gleicht die Situation im lohnpolitischen Verteilungskampf nicht der in früheren Jahren, als die Wechselkurse noch unbeweglich waren.

Solange die Arbeitslosigkeit hoch ist, die Kapazitätsauslastung der Unternehmen niedrig, die Geldpolitik energisch, der Wechselkurs beweglich und das Vertrauen des Auslandes in die wirtschaftspolitische Stabilität der Bundesrepublik groß, solange ist Angst vor zu hohen Gewinnen kein guter Ratgeber der Tarifpolitik. Risiken, die hinsichtlich einer etwa zu starken Expansion der Gewinne verbleiben, müßten auf andere Weise als durch vorbeugenden Lohndruck abgefangen werden (Ziffern 361 ff.).

425. Was die lohnpolitischen Rahmenbedingungen heute am stärksten von der der 60er und frühen 70er Jahre unterscheidet, ist die Politik der stetigen und kalkulierbaren Geldmengensteuerung. War es in Zeiten einer sich beschleunigenden Inflation zwar dem Gemeinwohl abträglich, aber doch aus dem Eigeninteresse verständlich, daß alle der erwarteten Preissteigerung vorauszueilen suchten, so liegt es nun sowohl im gemeinsamen Interesse als auch im eigenen Vorteil, darauf zu setzen, daß für die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben ausreichend, aber nicht zuviel Geld bereitge-

stellt wird. Daß darüber keine Unklarheit aufkommt, wird gewährleistet durch die periodische Ankündigung des Geldmengenziels und durch eine Politik, die diese Ankündigung bestätigt. Eine solche Politik orientiert die Geldversorgung nicht an kurzfristig wechselnden Bedingungen, sondern an der Entwicklung des Produktionspotentials, stellt also so viel Geld zur Verfügung, daß von ihr keine restriktiven, zugleich aber auch keine inflationären Impulse ausgehen können.

426. Ist damit eine Unsicherheit aus der Welt, die vorher die Lohnverhandlungen belastet hatte, so sind zwei andere Belastungen noch immer nicht geringer geworden. Die eine entsteht aus Unterschieden in den Rahmenbedingungen der Lohnpolitik einerseits und der übrigen Formen einkommenpolitischen Handelns andererseits, die andere aus dem Gegensatz zwischen Kontrakt- und Residualeinkommen. Durch Mängel der Einkommensstatistik werden beide überdies in schädlicher Weise miteinander verquickt.

427. Wie wir im Anhang ausführlich erörtern, ist es der amtlichen Statistik nach wie vor nicht möglich, das „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen" detailliert so aktuell vorzulegen, wie es zur zeitnahen Analyse dieser zentralen volkswirtschaftlichen Größe erforderlich wäre. Für die Diskussion über Fragen der Einkommensverteilung ist es nachteilig, daß derzeit keine Möglichkeit besteht, aus dem Gesamtaggregat

- die Zinseinkommen sowie die Einkommen aus Vermietung und Verpachtung nach Empfängergruppen aufzuteilen;
- die Einkünfte der freiberuflich tätigen Ärzte, Anwälte, Berater, Architekten usw. zu ermitteln, die zu einem sehr großen Teil Arbeitseinkommen darstellen;
- ebenso die Einkommen derjenigen Kleinunternehmer vor allem in Handel, Handwerk und Landwirtschaft für sich zu rechnen, die ihr Gewerbe allein oder nur mit Familienangehörigen betreiben;
- und so schließlich die Unternehmenseinkünfte übrigzubehalten, die der Öffentlichkeit vor Augen stehen, wenn von den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen die Rede ist.

Manches wäre gewonnen, wenn dies in Branchenaufgliederung möglich wäre. Der Blick für die wahren Größenverhältnisse und Zuwächse würde geschärft, die Diskussion über die Relation von Arbeits- und Gewinneinkommen auf eine rationalere Grundlage gestellt. Auch wäre ein Anstoß gegeben, die Belastungen für die Lohnpolitik zu überprüfen, die aus anderen Bereichen der Einkommenspolitik kommen.

428. Denn man hat einigen Anlaß, ungleiche Bedingungen in den verschiedenen Sektoren der Einkommenspolitik zu vermuten. Das gilt schon im Vergleich derjenigen Einkommen, deren Erhöhung in Kollektivverhandlungen festgelegt wird. Die institutionelle Regelung der Verhandlungen zwischen den Vertretern der Krankenkassen und der Ärzte beispielsweise scheint diesen eine stärkere Position zu gewähren als die Regelung der Tarifverhandlungen den Arbeitnehmern. Es gilt auch im Vergleich der von Tarifvertragsparteien ausgehandelten Einkommen mit denen, die vom Staat in Gesetzen, Gebührenordnungen oder über die Festsetzung von Mindestpreisen, Höchstspannen oder dergleichen reguliert werden. Bisweilen sind hier Einkommenssprünge zu beobachten, die von den gleichen Instanzen, die sie zu verantworten haben, in der Lohnpolitik mit Recht unverantwortlich genannt würden. Eine stärkere Balance der Einflüsse könnte die Bedingungen auch dieses einkommenspolitischen Handelns verbessern.

429. Aber selbst dann noch bliebe diejenige Belastung der Lohnpolitik übrig, die im Kern des Verteilungskampfs steht: das alleinige Anrecht der Unternehmer, genauer derer, die das Eigenkapital zur Verfügung stellen, auf den Gewinn. Ihr Einkommen ist nicht vertraglich fixiert, sie nehmen also das Risiko in Kauf, daß ihnen nach Abzug aller kontraktbestimmten Zahlungen an Arbeitnehmer, Kreditgeber und Lieferanten wenig oder nichts an Einkommen verbleiben könnte. Solches Risiko trägt jemand aber nur dann, wenn er erwartet, in der Regel mehr Einkommen übrig zu behalten, als er durch Vertrag erhalten kann.

Die Erfahrung der vergangenen Jahre hat erneut vor Augen geführt, was geschieht, wenn diese Erwartung über mehrere Perioden nicht erfüllt wird: die Bereitschaft, mit zusätzlichen Investitionen weiteres Risiko einzugehen, läßt nach und die Beschäftigungschancen vermindern sich. Der Sachverständigenrat hat wiederholt dargelegt, daß dies nicht die Unmöglichkeit einer Umverteilung zugunsten der Arbeitnehmer beweist. Es macht im Gegenteil deutlich, daß diese einen Anspruch auf Teilhabe an den Gewinnen dann erheben können, wenn sie sich auch — begrenzt — am Risiko beteiligen (Ziffern 361 ff.).

430. Für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ist die Sachlage anders. Sie haben es nicht mit Arbeitgebern zu tun, die ein Residualeinkommen beanspruchen. Sie haben Anspruch auf die Fürsorge eines Dienstherrn, der sie in hohem Maße von den Einkommensrisiken des Arbeitsplatzverlustes und der Krankheit freihält. Ihrer bevorzugten Ausgangsposition entspricht Zurückhaltung in den Einkommensforderungen.

431. In letzter Zeit ist eine Tendenz verstärkt sichtbar geworden, die Einkommen in der unteren Hälfte der Lohnpyramide durch einen Sockelbetrag überdurchschnittlich anzuheben. Diese Tendenz kann die Lohnpolitik zweifach in Widerspruch zur Arbeitsmarktpolitik bringen: wenn sie die Unterschiede im Entgelt für unterschiedlich qualifizierte Tätigkeiten soweit einebnet, daß der Anreiz zum Erwerb höherer Qualifikation wesentlich vermindert wird, und wenn durch Anhebung von Mindestlöhnen in schnellerem Tempo Arbeitsplätze unren-

tabel werden, als durch Ausbildung und Fortbildung das Angebot an minderqualifizierten Arbeitskräften geringer wird. Die Lohnpolitik sollte daher den Kontakt zur Arbeitsmarktpolitik nicht verlieren, die einen großen und besonders wichtigen Teil ihrer Maßnahmen dazu einsetzt, die geringen Beschäftigungschancen minderqualifizierter Arbeitskräfte durch Erhöhung der Qualifikation zu verbessern. Eine solche Politik sollte auch nicht von den Einkommensregelungen für den öffentlichen Dienst behindert werden; hier ist wegen des geringeren Arbeitsplatzrisikos die Gefahr besonders groß, daß solche Gesichtspunkte vernachlässigt und damit schlechte Beispiele gesetzt werden.

Zur Rentenversicherung

432. Wir haben schon im vergangenen Jahr dargelegt, daß Maßnahmen zur Konsolidierung der Rentenversicherung ins Haus stehen, und damals in der Diskussion befindliche Wege gezeigt, wie man dieses Problem angehen kann (JG 75 Ziffern 353 f.). Im Laufe des Jahres 1976 hat es sich weiter zugespitzt. Die von der Bundesregierung zunächst geplante und auch in den Modellrechnungen des Rentenanpassungsberichts 1976 unterstellte Neuregelung der Krankenversicherung der Rentner, die vorsah, daß die Rentenversicherungen den Krankenkassen einen geringeren Anteil der Ausgaben für die Krankenversorgung der Rentner erstatten sollten als bisher, ist vorerst unterblieben. So hat die Rentenversicherung bereits in diesem Jahr ein Defizit von etwa 8 Mrd DM. Die zeitlich verzögerte Anpassung der Renten an die Lohn- und Gehaltsentwicklung hat die Renten wie bereits im Vorjahr stärker steigen lassen als die Verdienste (Ziffer 127). Da darüber hinaus viele ältere Arbeitslose vorzeitig Rentenansprüche geltend machten, ging die Zuwachsrate der Rentenzahlungen mit 14 vH sogar noch deutlich über den Anpassungssatz von 11 vH hinaus. Die Beitragseinnahmen stiegen dagegen infolge maßvoller Lohnsteigerungen und anhaltender Unterbeschäftigung nur verhalten. Sie übertrafen wegen hoher Nachentrichtungsbeiträge in Zusammenhang mit der Rentenreform von 1972 zwar die Einnahmen des Vorjahres um etwa 7 vH (1975: 5,4 vH), nahmen damit aber nur halb so stark zu wie die Rentenzahlungen.

Werden auch im nächsten Jahr die Renten entsprechend dem Rhythmus der vergangenen Jahre angepaßt — zum 1. Juli 1977 um 10 vH — und werden keine Sanierungsmaßnahmen ergriffen, so erreicht das Defizit 1977 eine Größenordnung von 15 Mrd DM. Die gesetzliche Rücklage der Rentenversicherung — sie beträgt drei Monatsausgaben — wird dann etwa Ende 1977 unterschritten.

Der Sozialbeirat betont in seiner „Stellungnahme zu den sich aus der Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherungen ergebenden Folgerungen", daß selbst bei Einführung der im letzten Rentenanpassungsbericht unterstellten Neuregelung der Rentnerkrankenversicherung und unter der Annahme eines kontinuierlichen Abbaus der Arbeitslosigkeit nicht einmal Lohnsteigerungen von 10 vH ausreichen würden, die gesetzliche Rücklage längerfristig zu sichern. Mit solchen Lohnsteigerungen darf jedoch nicht gerechnet werden. Ein Anstieg der Inflationsraten, der dazu paßt, ist nicht zu erwarten, eher das Gegenteil. Er würde das Problem auch nicht lösen, da über kurz oder lang auch die Arbeitslosigkeit wieder zunähme.

433. Als sofort wirkende Maßnahmen werden gegenwärtig alternativ oder in Kombination vor allem erwogen,

- die Rentenanpassung um ein halbes Jahr hinauszuschieben,
- von den im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung für Rentner anfallenden Ausgaben einen größeren Teil als bisher auf die gesetzlichen Krankenkassen zu verlagern, was dort früher oder später zu Beitragserhöhungen führte,
- Krankenversicherungsbeiträge von den Rentnern zu erheben,
- die Rentenversicherungsbeiträge zu erhöhen.

434. Eine zeitliche Verzögerung der Rentenanpassung um ein halbes Jahr läßt die Renten um den halben Prozentsatz der aufgeschobenen Rentenerhöhung dauerhaft hinter dem zurückbleiben, was ohne die Aufschiebung zu zahlen wäre. Es geht um einen Betrag von etwa 5 Mrd DM je Jahr. Eine solche Verzögerung müßte sich auch den Rentnern einsichtig machen lassen. Als sich die Einkommenslage der Rentner bei beschleunigtem Lohnanstieg und starkem Preisauftrieb im Verhältnis zu den Einkommen der Arbeitnehmer wegen der zeitlich verzögerten Anpassung der Renten an die Lohnentwicklung verschlechtert hatte, war 1972 der Termin für die Rentenanpassung um ein halbes Jahr vorverlegt worden. Inzwischen sind die Lohnsteigerungsraten kräftig zurückgegangen und die Rentner haben aufgeholt. Der Grund für das Vorziehen ist mit der Dämpfung der Inflation entfallen. Die Korrektur rückgängig zu machen, wäre von daher also begründet.

Vertreter aller großen Parteien haben sich vor der Bundestagswahl zu dem Versprechen hinreißen lassen, daß die Renten zum 1. Juli 1977 um 10 vH angepaßt werden. Sie haben es damit dem Parlament erschwert, schon 1977 das Defizit durch Hinausschieben der Rentenanpassung zu verringern.

435. Die Rentenversicherung könnte erheblich entlastet werden, wenn der Beitrag, den sie an die gesetzliche Krankenversicherung zur anteiligen Deckung der Kosten für die Krankenversorgung der Rentner zahlt, auf einen konstanten Anteil ihrer Rentenausgaben beschränkt würde. Bereits im Finanzänderungsgesetz von 1967 war ein solcher Anteil auf rund 11 vH festgelegt worden; wegen anderer Vorschriften für die Zahlung des Beitrags zur Krankenversicherung der Rentner ist dieser Satz aber im Laufe der Zeit übertroffen worden. So gesehen, hat die Rentenversicherung in den siebziger Jahren zuviel gezahlt, 1975 allein 3½ Mrd DM.

Führte man die Begrenzung auf 11 vH zum 1. Juli 1977 ein, so würde die Rentenversicherung 1977 bereits etwa 3 Mrd DM (für das halbe Jahr) weniger an die Krankenkassen zahlen als nach der gegenwärtigen Regelung.

436. Ob man das als Überzahlung ansehen darf, ist allerdings zweifelhaft. Die Rentenversicherung hat mit ihrem an die Krankenkassen gezahlten Beitrag 1975 nur 71,4 vH der stark gestiegenen Leistungen der Krankenversicherung für die Rentner gedeckt, während 1967, als das Finanzänderungsgesetz verabschiedet wurde, durch einen 11-prozentigen Beitrag für 1968 noch eine Kostenbeteiligung der Rentenversicherung von 80 vH festgelegt worden waren.

Davon einmal abgesehen, würde diese Begrenzung des Beitrags der Rentenversicherung zur Deckung der Aufwendungen für die Krankenversorgung der Rentner auf 11 vH der Rentenausgaben die Beitragszahler der Krankenversicherung nicht nur jetzt, sondern künftig vermutlich noch zunehmend belasten, weil die Ausgaben für die Krankenversorgung der Rentner stärker ansteigen als die Renten, aber auch die Kosten der Krankenversorgung je Rentner rascher wachsen als die entsprechenden Kosten je gesetzlich Versichertem. Hinzu kommt, daß die Anzahl der Rentner ebenfalls schneller zunimmt als die der aktiven Zahler von Krankenversicherungsbeiträgen und daß der Anteil derer an der Gesamtzahl der Rentner, die zuvor nicht Mitglied der Krankenversicherung waren, größer wird, seit alle unselbständig Tätigen rentenversicherungspflichtig sind und auch den Selbständigen der Zugang zur Rentenversicherung offen steht.

437. Zwar kann es gewollt sein, daß Personen während ihres Erwerbslebens höhere Beiträge zahlen, damit sie später frei von Versicherungsaufwendungen sind. Zu bedenken ist aber, daß es sich bei den Rentenversicherten und den Krankenversicherten um zwei Solidargemeinschaften handelt, die nicht miteinander identisch sind, wenngleich der Anteil derer auch groß ist, die sowohl der Krankenversicherung als auch der Rentenversicherung angehören. Die Anzahl derer, die Mitglied nur einer Gemeinschaft sind, nimmt dem Anteil nach zu. Auf die Dauer ist es wohl nicht der einen Solidargemeinschaft — den Krankenversicherten — zuzumuten, daß sie die andere — die Rentenversicherten — sogar zunehmend subventioniert, zumal wenn dabei immer mehr Personen begünstigt werden, deren Einkommen als Erwerbstätige im Durchschnitt höher lag als das der beitragszahlenden Krankenkassenmitglieder und deren durchschnittliches Alterseinkommen einschließlich der Rente möglicherweise ebenfalls höher ist als das der Krankenversicherungspflichtigen.

Solidarität kann auf Dauer von den Mitgliedern einer Gemeinschaft nur erwartet werden, wenn Risiken auf der Basis von Gegenseitigkeit aufgefangen werden, wozu durchaus gehört, daß die, die weniger haben, auch weniger beitragen, selbst wenn alle die gleiche Behandlung erfahren, sobald sie hilfsbedürftig werden. Von daher wäre es sinnvoll, wenn der Beitrag der im Erwerbsleben Stehenden zu den Aufwendungen für die Krankenversorgung der Rentner nicht auch über Krankenversicherungsbeiträge, sondern ausschließlich über Rentenversicherungsbeiträge aufgebracht würde. Die einen könnten herabgesetzt, die anderen entsprechend heraufgesetzt werden. Gegenwärtig steht dies freilich nicht zur Diskussion. Es spricht aber allemal dagegen, einen noch größeren Teil der Lasten der Krankenversorgung für die Rentner auf die Beitragszahler der Krankenkassen zu verlagern.

438. Unabhängig davon ist die Einführung eines Krankenversicherungsbeitrags der Rentner zu sehen. Auch sie kann nicht allein unter dem Gesichtspunkt einer Entlastung des Etats der Rentenversicherung beurteilt werden. Ein weiterer wesentlicher Aspekt ist die Frage, ob es vorzuziehen ist, daß die Versicherten zusätzliche Lasten noch während ihres Erwerbslebens aufgebürdet bekommen, oder ob sie einen Teil der Kosten ihrer lebenslangen Krankenversorgung erst als Rentner tragen sollen.

Zu bedenken ist dabei, daß die Altersrenten in den letzten Jahren sehr viel kräftiger gestiegen sind als die Nettoeinkommen während des Erwerbslebens. Im Jahre 1976 betrug das Altersruhegeld eines Rentners, der während seines Erwerbslebens jeweils das Durchschnittseinkommen verdient hat, bei 40 Versicherungsjahren 63½ vH des durchschnittlichen Nettolohns (Tabelle 36), bei einem vollen Erwerbstätigenleben von 49 Versicherungsjahren 78 vH. Der starke Anstieg des so ausgedrückten Rentenniveaus ist nicht nur auf die zeitlich verzögerte Anpassung an die hohen Lohnsteigerungen vergangener Jahre zurückzuführen. Ein weiterer wesentlicher Grund dafür ist, daß infolge der Anpassung der Renten an die Entwicklung der Bruttoverdienste der Versicherten bei einer ansteigenden Belastung der Arbeitnehmer mit Steuern und Sozialabgaben die Nettoeinkommensposition der Rentner gegenüber den Erwerbstätigen verbessert wird; die Rentner zahlen keine Sozialabgaben, und nur der Ertragsanteil ihrer Rente ist steuerpflichtig. Ein verheirateter Rentner, der nach Vollendung des 65. Lebensjahres Rente und sonst keine Einkünfte bezieht, braucht daher erst Einkommensteuer zu zahlen, wenn er mehr als 43 500 DM Renteneinkommen im Jahr hat.

Von daher halten wir die Einführung eines Krankenversicherungsbeitrags der Rentner für vertretbar. Härtefälle könnten durch Sonderregelungen abgefangen werden. Dabei dürften die übrigen Einkommensverhältnisse der Rentner nicht außer Betracht bleiben. Das Einkommen je Kopf der Rentnerhaushalte liegt einer Untersuchung des DIW zufolge nur wenig unter dem der Arbeiterhaushalte.

439. Einer Erhöhung der Beitragssätze zur Rentenversicherung stehen gewichtige Bedenken entgegen. Die Belastung der privaten Haushalte und der Unternehmen mit Steuern und Sozialabgaben ist bereits so hoch, daß bei zusätzlichen Belastungen mit

Tabelle 36

Rentenniveau

Jahr	Altersruhegeld [1])			
	im Juli [2])	im Jahresdurchschnitt	im Juli [2])	im Jahresdurchschnitt
	Anteil in vH am			
	Bruttoarbeitsentgelt [3])		Nettoarbeitsentgelt [3]) [4])	
1957		50,9		59,2
1958		48,2		56,6
1959		48,6		57,0
1960		47,3		56,2
1961		45,3		54,1
1962		43,6		52,4
1963		43,8		52,9
1964		43,5		52,9
1965		43,7		52,6
1966		44,1		53,9
1967		46,1		56,6
1968 [5])		46,0		57,2
1969 [5])		45,7		57,7
1970		44,0		56,8
1971		41,5		54,6
1972 [6])	44,1	43,5	58,0	57,3
1973	43,9	41,6	59,7	56,6
1974	43,8	41,6	60,4	57,4
1975 [7])	45,5	43,2	62,6	59,5
1976 [7])	47,1	44,8	66,9	63,6

[1]) Bestandsrente der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten bei 40 Versicherungsjahren und persönlichen Bemessungsgrundlage von 100 vH.
[2]) Ab 1972 nach der Anpassung zum 1. Juli.
[3]) Durchschnittliches Jahresarbeitsentgelt aller Versicherten der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten.
[4]) Errechnet aus dem Bruttoarbeitsentgelt mit dem Anteil der Nettolohn- und -gehaltssumme an der Bruttolohn- und
[5]) Nach Abzug des Beitrags zur Krankenversicherung der Rentner.
[6]) Die Jahresdurchschnittszahlen schließen die Rückzahlung des Beitrags zur Krankenversicherung der Rentner ein.
[7]) Entgelte vorläufig bzw. geschätzt.

Quelle: BMA

stabilitätsgefährdenden Abwehrreaktionen der Betroffenen gerechnet werden muß, zumal wenn außerdem die Mehrwertsteuer erhöht werden soll. So einfach Beitragserhöhungen Defizitprobleme zu lösen vermögen, sie sollten allenfalls als letzte Zuflucht bei der Sanierung der Rentenversicherung dienen.

440. Schließt man Beitragserhöhungen der Aktiven als Lösungsmöglichkeit für die unmittelbar anstehenden Sanierungsaufgaben aus, dann bleiben als kurzfristig zu ergreifende Maßnahmen nur eine Verschiebung der Rentenanpassung um ein halbes Jahr und die Einführung eines Krankenversicherungsbeitrags der Rentner. Eine Kombination dieser Maßnahmen — Verschiebung der Rentenanpassung vom 1. Juli 1977 auf den 1. Januar 1978 und die Einführung eines Krankenversicherungsbeitrags der Rentner zum 1. Juli 1977 in Höhe von 5 vH der Renten — würde das Defizit der Rentenversicherung 1977 um etwa 7½ Mrd DM verringern. Wir lassen diese Kombination aber außer Betracht, weil damit per Saldo eine Senkung des verfügbaren Renteneinkommens um 5 vH für die zweite Hälfte des Jahres 1977 verbunden wäre.

Eine Begrenzung der Leistungen der Rentenversicherung für die Krankenversorgung der Rentner auf 11 vH der Rentenausgaben zum 1. Juli 1977 würde die Rentenversicherung 1977 zwar um 3 Mrd DM entlasten, die Krankenkassen aber mit dem gleichen Betrag belasten und dort Beitragserhöhungen erfordern.

Das Argument, eine Beitragserhöhung der Krankenversicherung könnte vermieden werden, wenn die Krankenversicherung entsprechend Ausgaben einsparte, ohne die Leistungen zu vermindern, wenn sie also rationalisierte, klingt gut, ist aber zu kurzatmig. Allgemein ist bekannt, daß die Kosten der Krankenversorgung in den letzten Jahren mit erheblicher Beschleunigung gestiegen sind. Es bedarf schon beträchtlicher und dauernder Anstrengungen in allen Bereichen der Krankenversorgung, den weiteren Ausgabenanstieg auf ein Maß zu beschränken, das dem Anstieg der Einnahmen ohne Beitragserhöhung entspricht (JG 75 Ziffern 355 f.). Es ist allerdings nicht auszuschließen, daß diejenigen, die auf diesen Ausweg der Einsparung verweisen, dabei eher die Überschüsse im Auge haben, die die Krankenversicherung in diesem Jahr erzielt hat, weil sie durch geschicktere Kostengestaltung den Ausgabenspielraum nicht ausgeschöpft hat, den sie sich durch die letzte Beitragserhöhung verschafft hatte. Wird ihr die gerade erwirtschaftete Reserve vom Staat dadurch wieder streitig gemacht, daß dieser Lasten der Rentenversicherung per Dekret auf sie verlagert, so muß man bezweifeln, ob dann in Zukunft noch genügend Anreiz für sie besteht, sich verstärkt um die Dämpfung des Kostenanstiegs zu bemühen.

441. Soll eine Verringerung des verfügbaren Renteneinkommens vermieden werden, kann wie erwähnt, 1977 nicht gleichzeitig die Rentenanpassung verzögert und der Rentnerbeitrag zur Krankenversicherung eingeführt werden. Eine der Maßnahmen muß aber 1977 ergriffen werden, wenn die Rentenversicherung 1978 nicht vor demselben Problem stehen soll wie gegenwärtig. Nur wenn die eine Maßnahme ergriffen wird, kann 1978 die zweite folgen. Da beide Schritte den Zuwachs der Renten mindern, kann man der Ansicht sein, die Rentner würden zu hart betroffen. Ihre Renten würden zwar einmal um 5 vH steigen, dann aber bis Ende 1978 gleichbleiben. Auch bei der erwarteten günstigen Entwicklung des Preisniveaus hieße das, daß sie kurz vor der nächsten Rentenerhöhung real eher et-

was weniger hätten als jetzt. Damit würde die Nettoeinkommensposition der Rentner gegenüber den Erwerbstätigen aber immer noch günstiger sein als in den Jahren vor 1975.

442. Selbst wenn beide Maßnahmen in zwei Schritten 1977 und 1978 ergriffen werden, ist die Konsolidierung der Rentenversicherung nicht abschließend gelöst. Dazu bedarf es weiterer Maßnahmen. Bevor aber Beitragserhöhungen vorgenommen werden, sollten die zahlreichen schon seit längerem diskutierten Möglichkeiten gründlich überprüft werden, sei es nun die Aktualisierung der Rentenanpassung, sei es die Besteuerung der Renten nach vorheriger Anhebung des Rentenniveaus, oder andere. Bei diesen Überlegungen braucht man nicht stehenzubleiben; auch andere Fragen der Altersversorgung können in die Überlegungen mit einbezogen werden. Denn schließlich ist die Qualität des Rentenversicherungssystems und überhaupt der Rahmenbedingungen, die für die Altersvorsorge auf der Aufbringungs- und auf der Leistungsseite von Bedeutung sind, nicht ausschließlich an der globalen Finanzierbarkeit zu messen, wenn diese gegenwärtig auch im Vordergrund der Diskussion steht.

443. Für 1977 bleibt auch dann, wenn die Rentenanpassung verzögert oder ein Krankenversicherungsbeitrag der Rentner eingeführt wird, noch ein erhebliches Defizit bei der Rentenversicherung (rund 10 Mrd DM bzw. 12½ Mrd DM). Ein solches Defizit stellt die Rentenversicherungen vor schwerwiegende Finanzierungsprobleme. Gedeckt werden müßte es durch Auflösung von Reserven, durch vorzeitige Rückzahlung gestundeter Bundeszuschüsse oder durch Liquiditätshilfen des Bundes. Konjunkturell zu würdigen ist dies im Zusammenhang mit dem voraussichtlichen Defizit in den Haushalten der Gebietskörperschaften (Ziffer 446).

Finanzpolitik 1977

444. Die Devise „Konsolidierung und wachstumspolitische Vorsorge" scheint der Finanzpolitik auf den ersten Blick widersprüchliche Aufgaben zu stellen. Bei näherem Zusehen zeigt sich indessen, daß sie gleichzeitig gelöst werden können. Aber leicht ist das sicher nicht.

445. Nach unseren Schätzungen, die in diesem Jahr mit einem noch höheren Maß an Unsicherheit behaftet sind als sonst, weil der Entwurf des Bundeshaushalts 1977 noch nicht vorliegt, erwarten wir, daß die Ausgaben der Gebietskörperschaften 1977 um etwa 5 vH auf rund 402 Mrd DM zunehmen werden. Gleichzeitig rechnen wir nach unserer Prognose mit einem Steueraufkommen (vor Abzug der Investitionszulage) von 296 Mrd DM. Wegen der für Anfang 1977 vorgesehenen Steuererhöhungen wird die volkswirtschaftliche Steuerquote — Steuereinnahmen bezogen auf das Bruttosozialprodukt — auf 23,9 vH ansteigen. Bei dieser Entwicklung der Steuerquote, einem zu erwartenden Wachstum des Produktionspotentials von 2,6 vH sowie einem „konjunkturneutralen" Preisanstieg von 3½ vH, gemessen am Preisindex für das Bruttosozialprodukt, wären Gesamtausgaben der Gebietskörperschaften in Höhe von 391 Mrd DM konjunkturneutral zu nennen. Die Differenz zu den von uns tatsächlich erwarteten Staatsausgaben in Höhe von 11 Mrd DM steht für den expansiven konjunkturellen Impuls, der 1977 von den öffentlichen Haushalten ausgehen wird; das sind rund 4½ Mrd DM weniger als in diesem Jahr (Tabelle 37). Bei der Sozialversicherung werden die konjunkturellen Impulse weiterhin kräftig sein. Die Renten werden wesentlich stärker zunehmen als das Beitragsaufkommen. Die Bundesanstalt für Arbeit wird wegen des Rückgangs der Arbeitslosigkeit zwar weniger für Arbeitslosenunterstützungen zu zahlen haben, aber ihre Ausgaben für arbeitsfördernde Maßnahmen erhöhen.

446. Der Finanzierungssaldo des Gesamthaushalts der Gebietskörperschaften wird unter Einrechnung der Investitionszulage mit rund 44½ Mrd DM 1977 niedriger ausfallen als 1976 (57 Mrd DM). Dazu trägt hauptsächlich die weitere konjunkturelle Erholung bei, die die konjunkturbedingten Steuerausfälle ebenso wie die konjunkturbedingten Ausgaben stark vermindern wird. Die Kreditaufnahme der öffentlichen Hand einschließlich der Sozialversicherungen wird aber weniger zurückgehen als das Defizit in den Haushalten der Gebietskörperschaften. Die Sozialversicherungen haben 1977 einen zunehmenden Finanzierungsbedarf. Nach unserer Prognose steigt er von 5 Mrd DM 1976 auf etwa 13 Mrd DM 1977, in erster Linie bedingt durch die zunehmende Finanzierungslücke der Rentenversicherung.

Die Rentenversicherung wird 1977 einen Finanzierungsbedarf in Höhe von 15 Mrd DM haben. Um ihn zu decken, kann sie Rücklagen auflösen, der Bund kann gestundete Zuschüsse vorzeitig zahlen, und er kann Liquiditätshilfe leisten. In allen Fällen wird der Kapitalmarkt belastet. Da es der Bundesgesetzgeber, obwohl die Probleme bekannt waren, verabsäumt hat, die Konsolidierung der Rentenversicherung rechtzeitig in Gang zu bringen, steht er nun möglicherweise vor der Aufgabe, finanziellen Beistand zu leisten.

Nur von einem Teil des Defizits des Gesamthaushalts der Gebietskörperschaften in Höhe von 44½ Mrd DM gehen expansive Impulse aus. Der weitaus größte Teil, 31 Mrd DM, ist konjunkturell nicht bedeutsam; er besteht aus konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen (12 Mrd DM) und aus der laufenden Normalverschuldung der Gebietskörperschaften (19 Mrd DM). Der andere Teil des Defizits ist identisch mit dem oben auf andere Art errechneten expansiven konjunkturellen Impuls, der 1977 vom Gesamthaushalt des Staates ausgeht; ohne die Investitionszulage beträgt er knapp 11 Mrd DM, einschließlich der Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974 rund 13 Mrd DM.

Tabelle 37

Die Haushalte der Gebietskörperschaften 1977 [1])

	Einheit	1976	1977
Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basisjahr 1966 (3)	Mrd DM	358,4	378,9
Vollbeschäftigungssteuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr 1966 (5)	Mrd DM	279,8	295,8
Vollbeschäftigungssteuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr (6)	Mrd DM	288,2	308,1
nachrichtlich: tatsächliche Steuereinnahmen ohne Verrechnung der Investitionszulage vom Dezember 1974 (6a)	Mrd DM	269,0	296,0
Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974 (6b)	Mrd DM	− 4,0	− 2,5
Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (7)	Mrd DM	+ 8,4	+12,3
Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (8)	Mrd DM	366,8	391,2
Tatsächliche Staatsausgaben (9)	Mrd DM	382,0	402,0
Konjunktureller Impuls (10)	Mrd DM	+15,2	+10,8
nachrichtlich: konjunktureller Impuls des Haushalts unter Einrechnung der Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	Mrd DM	+19,2	+13,3
Ex post: Abweichungen der realisierten von der konjunkturneutralen Staatsquote (11)	Mrd DM	+17,4	+ 9,8
Veränderung des konjunkturellen Impulses gegenüber dem jeweiligen Vorjahr (12)	Mrd DM	−19,6	− 4,4
Zum Vorjahresvergleich			
Steigerungsrate			
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	vH	+ *4,9*	+ *5,2*
(b) des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr	vH	+ *0,7*	+ *2,4*
Bestimmungsfaktoren von (b)			
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1962	vH	+ *2,4*	+ *2,6*
(d) „Konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts	vH	+ *4,0*	+ *3½*
(e) Veränderung des Ausgabenspielraumes durch Abweichung der Steuerquote von der des jeweiligen Vorjahres	vH	+ *1,4*	+ *0,9*
(f) Basiskorrektur: Veränderung des Ausgabenspielraumes durch Abweichung der realisierten Staatsquote von der konjunkturneutralen im jeweiligen Vorjahr	vH	− *7,1*	− *4,8*
Volkswirtschaftliche Steuerquote (13)	vH	*23,66*	*23,92*
Konjunkturneutrale Staatsquote (14)	vH	*29,28*	*29,54*
Beanspruchte Staatsquote (15)	vH	*30,49*	*30,36*
Realisierte Staatsquote (17)	vH	*30,69*	*30,28*
I. Konjunkturneutrale Komponenten des Finanzierungssaldos [2])			
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme	Mrd DM	−18,1	−19,2
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. -mindereinnahmen	Mrd DM	−17,5	−12,8
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen	Mrd DM	− 1,7	+ 0,8
(d) Änderungen im Deckungsbeitrag der „Sonstigen Einnahmen"	Mrd DM	− 0,5	− 0
I. (a) bis (d) Konjunkturneutraler Finanzierungssaldo (= Finanzierungssaldo des konjunkturneutralen Haushalts)	Mrd DM	−37,8	−31,2
II. Tatsächlicher Finanzierungssaldo [3])	Mrd DM	−53,0	−42,0
IIa. nachrichtlich: tatsächlicher Finanzierungssaldo unter Einrechnung der Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	Mrd DM	−57,0	−44,5
I. ⁄. II. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte: (expansiv: +; kontraktiv: −)	Mrd DM	+15,2	+10,8
I. ⁄. IIa. nachrichtlich: konjunktureller Impuls unter Einrechnung der Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	Mrd DM	+19,2	+13,3

[1]) Eigene Schätzung. Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Ötfa, und EG-Anteile. — Die in Klammern eingefügten Zahlen weisen auf das Berechnungsverfahren in Tabelle 29 hin.
[2]) Methodische Erläuterungen siehe Tabelle 29.
[3]) Ohne konjunkturpolitische Sondersteuern und ohne Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974.

447. Im Vergleich zu 1976 wird sich der konjunkturelle Impuls nur um 4½ Mrd DM verringern. Man mag das angesichts der immer noch bestehenden Unterauslastung des Produktionspotentials als unbedenklich ansehen; denn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wird hierdurch gestützt. Es darf jedoch auch nicht übersehen werden, daß ein Impuls dieses Umfangs die Konsolidierung der Haushaltsdefizite nicht voranbringt. Gemessen am strukturellen Defizit, das sich errechnet, indem von dem expansiven konjunkturellen Impuls die konjunkturbedingten Sonderausgaben und außerdem die Steuermindereinnahmen abgezogen werden, die sich infolge der Investitionszulage nach dem Konjunkturprogramm vom Dezember 1974 ergeben, nimmt der Konsolidierungsbedarf sogar wieder leicht zu (Ziffer 342). Bemerkenswert ist, daß dieser Rückschritt zustande kommt, obwohl sich aufgrund der Anhebung der Abgaben auf Tabak und Branntwein im Jahre 1977 dauerhafte Mehreinnahmen von rund 1,3 Mrd DM einstellen werden. Anders gewendet: Im Jahre 1977 nehmen die Staatsausgaben wahrscheinlich zwar nur wenig stärker zu als in diesem Jahr, aber dies ist so viel, daß die ausgleichende Wirkung erhöhter Steuern auf Tabak und Branntwein nicht ausreicht, den Stand der Konsolidierung aufrechtzuerhalten, der 1976 erreicht worden ist. Bezieht man die Sozialversicherungen in die Betrachtung ein und bedenkt man, daß auch ein Teil des dort bestehenden Finanzierungssaldos als strukturelles Defizit anzusehen ist, dann vergrößert sich der Konsolidierungsbedarf beträchtlich.

448. Sicher ist erfreulich, daß die Konsolidierungsfortschritte in den Haushalten der Gebietskörperschaften 1976 größer waren als zu Beginn des Jahres erwartet werden konnte, und es ist zu vermuten, daß diese Fortschritte nicht unerheblich zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Erwartungen bei Konsumenten und Investoren beigetragen haben. Aber das ist kein Grund, in den Konsolidierungsbemühungen nachzulassen. Im Gegenteil: Wenn es im nächsten Jahr nicht gelingt, mit der Konsolidierung weiter voranzukommen, droht das gerade geschaffene Vertrauen wieder teilweise verloren zu gehen.

Aus Gründen, die an anderer Stelle dieses Gutachtens dargelegt sind, halten wir eine Erhöhung der Mehrwertsteuer für unumgänglich, nehmen aber an, daß zum 1. Juli 1977 der Regelsatz der Mehrwertsteuer statt um zwei, um einen Prozentpunkt, der ermäßigte Satz um einen halben Prozentpunkt erhöht wird (Ziffern 340 ff.). Dadurch würde das strukturelle Defizit 1977 um 2½ Mrd DM vermindert werden; der verbleibende Konsolidierungsbedarf wäre 1978 zu decken. Das erfordert dann keine weitere Steuererhöhung, wenn die Expansion der Staatsausgaben auf 4 vH begrenzt bleibt.

Außerdem sollten 1977 die Weichen für eine Konsolidierung der Rentenversicherung gestellt werden und dies nicht nur in Form von Ankündigungen, sondern durch Taten. Als Minimum nehmen wir an, daß in einem ersten Schritt Maßnahmen ergriffen werden, die aufs Jahr gerechnet die Rentenversicherung um 5 Mrd DM entlastet. Treten solche Maßnahmen, was wahrscheinlich ist, erst im Verlaufe des Jahres in Kraft, so wäre die Entlastung entsprechend geringer.

Von der Erhöhung der Mehrwertsteuer gehen — für sich genommen — zunächst restriktive Wirkungen aus; andererseits können die privaten Investitionen gewinnen, und im weiteren konjunkturellen Aufschwung kommt es hierauf mehr an, als auf die Expansion der Ausgaben im privaten Verbrauch. Wenn die Konsolidierung der Rentenversicherung in Gang gebracht wird, kommt es zu einem weiteren Nachfrageausfall.

449. Außer Konsolidierung gehört, wie gesagt, wachstumspolitische Vorsorge zu den finanzpolitischen Aufgaben für 1977. Übernimmt die Finanzpolitik ihren Teil an der Verantwortung für die Wachstumspolitik, und verwirklicht sie die Maßnahmen, die wir in diesem Gutachten zur Diskussion stellen (Ziffern 321 ff.), dann ergeben sich folgende Konsequenzen für die Haushalte der Gebietskörperschaften: Insgesamt würde (im Vergleich zu dem Ansatz in unserer Prognose) 1977 ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf in Höhe von rund 3 Mrd DM entstehen, der aus einer Erhöhung der Abschreibungsmöglichkeiten, aus einer Begünstigung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben, aus der Förderung von Unternehmensgründungen sowie aus verschiedenen Mobilitätshilfen resultiert.

450. Grundsätzlich wäre es wünschenswert, wenn der zusätzliche Finanzierungsbedarf, der sich aus diesen wachstumspolitisch begründeten Maßnahmen ergibt, dadurch gedeckt werden könnte, daß bei anderen öffentlichen Ausgaben, die unter wachstumspolitischem Gesichtspunkt weniger dringlich erscheinen, entsprechende Kürzungen vorgenommen würden. Wir erwarten indessen nicht, daß es kurzfristig möglich sein wird, eine Kürzung der Ausgaben an anderen Stellen in diesem Ausmaß vorzunehmen; wir halten es jedoch sehr wohl für möglich und realistisch, zumindest ein Drittel des zusätzlichen Finanzierungsbedarfs durch Einsparungen bei weniger dringlichen Aufgaben aufzubringen.

451. Zu decken bliebe dann noch ein Betrag von rund 2 Mrd DM. Das würde 1977 zu einem höheren Finanzierungsaldo des öffentlichen Haushalts führen, als in unserer Prognose angenommen; dies würde den expansiven Impuls der öffentlichen Haushalte vergrößern. Es muß die Konsolidierungsaufgabe jedoch nicht in gleichem Umfang und dauerhaft erschweren. Denn die Förderungsmaßnahmen sind darauf angelegt, die Investitionsneigung dauerhaft auf ein höheres Niveau anzuheben; aus den zu erwartenden zusätzlichen Investitionen resultiert ein höheres Produktionspotential als ohne diese Maßnahmen, allerdings noch nicht im nächsten Jahr. Was jetzt wegen Förderungsmaßnahmen — sei es in Form von Prämien, sei es in Form von Steuervergünstigungen — an zusätzlichen Defiziten entsteht, wird in späteren Jahren gleichsam automatisch konsolidiert. Ein größeres Produktionspo-

tential schafft mittelfristig zusätzlichen Spielraum, der entweder (bei unveränderter Steuerquote) ein höheres Niveau der Staatsausgaben möglich macht oder (bei unveränderter Staatsquote) für eine Senkung der Steuerbelastung zur Verfügung steht.

452. Von der Erhöhung der Staatsverschuldung, die zur Deckung dieses zusätzlichen Finanzierungsbedarfs in Höhe von 2 Mrd DM nötig ist, sind für 1977 kaum kontraproduktive Wirkungen in dem Sinne zu befürchten, daß die Ausgabeneigung der Privaten durch Inflationsängste beeinträchtigt werden könnte. Denn zum einen vermindert sich das strukturelle Defizit in den Haushalten der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung, wenn, wie vorgeschlagen, die Konsolidierungspolitik zielbewußt fortgeführt wird. Zum anderen darf man erwarten, daß die dauerhaft anregenden Wirkungen auf das Wirtschaftswachstum, die von den finanzpolitischen Fördermaßnahmen ausgehen, größer sein werden als diejenigen, die sich bei geringerer Inanspruchnahme des Kapitalmarktes ergäben, wenn die wachstumsfördernden Maßnahmen unterblieben.

453. Die Erfahrungen der beiden vergangenen Jahre haben gezeigt, daß ein ausreichender Finanzierungsspielraum für die öffentliche Hand besteht, wenn die Geldpolitik für den monetären Rahmen sorgt, der zu einer Sollauslastung des Produktionspotentials paßt. Angesichts des im ganzen zwar etwas geringer gewordenen, aber immer noch hohen Finanzierungsbedarfs ist im übrigen auch 1977 Virtuosität in der Schuldenpolitik gefordert, damit durch die Kreditaufnahme der öffentlichen Hand Zinssenkungstendenzen möglichst wenig beeinträchtigt werden. Insbesondere sollte der Staat auch erwägen, die Möglichkeit des Wettbewerbs unter den Kapitalanbietern besser zu nutzen, indem er etwa mit Neuemissionen direkt an die Börse geht oder Ausschreibungen mit offenen Beträgen veranstaltet.

Agrarpolitik

454. Den Fehlentwicklungen in der europäischen Agrarpolitik, die sich in wachsenden Überschüssen, zunehmender Belastung der Verbraucher, einer Verdrängung ausländischer Anbieter von traditionellen Märkten, in stark steigenden Finanzierungslasten und in einem abnehmendem Tempo des strukturellen Anpassungsprozesses der Landwirtschaft äußern, muß entgegengewirkt werden (Ziffern 45 ff.). Rationale Entscheidungen werden aber dadurch erschwert, daß um Einzelinteressen von oftmals geringer Bedeutung gefeilscht und gerungen wird, als seien es Lebensfragen der Nation. Sie gewinnen dadurch politisch ein Gewicht, das gesamtwirtschaftliche Kosten-Nutzen-Überlegungen in den Hintergrund drängt.

Vieles spricht dafür, die gemeinsame Agrarpolitik von Grund auf zu reformieren; an Vorschlägen mangelt es nicht. Die von der Bundesregierung geforderte Bestandsaufnahme der gemeinsamen Agrarpolitik im letzten Jahr hat indes gezeigt, daß eine solche grundlegende Reform auf EG-Ebene gegenwärtig politisch nicht durchzusetzen ist. Wenn aber die Agrarpreispolitik weiterhin Kern der europäischen Agrarpolitik sein soll, dann ist unabdingbar, daß sie stärker auf mittelfristige Zielsetzungen ausgerichtet wird.

455. Die Agrarpolitik muß darauf verpflichtet werden, mittelfristig Marktgleichgewichte herzustellen. Bei der Abschätzung der Gleichgewichtslagen auf den Einzelmärkten muß den handelspolitischen Interessen von Drittländern mehr Raum gegeben werden. Handelspolitische und außenpolitische Rücksichten erfordern darüber hinaus, daß die Europäische Gemeinschaft die Weltagrarmärkte weniger intensiv als Puffer zum Ausgleich von Störungen auf den eigenen Agrarmärkten nutzt und auch ihre Außenhandelspolitik mit Agrargütern stärker mittelfristig ausrichtet.

456. Anerkannt ist, daß die mittelfristigen Einkommenschancen der Landwirte in entscheidendem Maße davon abhängen, auf wieviel Erwerbstätige sich die zukünftige Nachfrage nach Agrarerzeugnissen aufteilt; je mehr Personen aus der Landwirtschaft ausscheiden, desto besser sind die Einkommenschancen für die, die bleiben. Denn bei geringem Bevölkerungswachstum in der Europäischen Gemeinschaft steigt die Nachfrage nach Agrarerzeugnissen nur verhalten. Dem muß in der Einkommenszielsetzung der Agrarpolitik stärker Rechnung getragen werden. Eine Politik, die durch Erhaltungssubventionen den strukturellen Anpassungsprozeß der Landwirtschaft zu verzögern sucht, läuft letztlich den einkommenspolitischen Zielen zuwider und ist auf die Dauer gesehen nicht zu finanzieren. Verstärkt wird der Zwang zur Anpassung überdies durch den raschen technischen Wandel in der Landwirtschaft mit seinen produktionssteigernden Wirkungen.

Der strukturelle Anpassungsprozeß der Landwirtschaft sollte durch die Agrarpolitik nicht behindert, sondern gefördert werden. Die Einkommenspolitik muß unangemessene Härten dieses Anpassungsprozesses abfangen. Orientierungsgröße für die soziale Lage kann dabei nur das Einkommen von Personen, nicht die Entlohnung einzelner Produktionsfaktoren sein, und zwar das Nettoeinkommen, da den Landwirten eine Reihe von Vergünstigungen im Bereich der staatlichen Umverteilungsmaßnahmen — vor allem im steuerlichen Bereich — eingeräumt sind.

457. Anhebungen der Marktordnungspreise in dem Ausmaß vergangener Jahre sind mit diesen Zielsetzungen nicht zu vereinen. Widerstand gegen überzogene Preisforderungen dient dem Stabilisierungsprozeß, dem Abbau struktureller Überschüsse, dem strukturellen Anpassungsprozeß der Landwirtschaft und damit mittelfristig auch den Einkommenschancen der Landwirte selbst.

Forderungen einzelner Länder auf Preisanhebungen sollten bei den nächsten Preisverhandlungen zunächst daraufhin überprüft werden, inwieweit sie durch Abbau eines negativen Grenzausgleichs erfüllt werden können. Sollte die Bundesregierung eine Anhebung der Marktordnungspreise auf EG-Ebene nicht verhindern können, so müßte sie durch eine entsprechende Senkung des Grenzausgleichs ein Durchschlagen der Preisbeschlüsse auf die Marktordnungspreise in D-Mark abfangen. Die für die Landwirte günstige Einkommensentwicklung im Wirtschaftsjahr 1975/76 dürfte eine solche Entscheidung erleichtern. Einkommenseinbußen aufgrund der Dürreschäden in einigen Regionen können kein Argument für allgemeine Preisanhebungen sein.

III. Ein Programm

458. Die Probleme auf einen Blick: Die Wirtschaftspolitik hat, ebenso wie die Unternehmen und die Gewerkschaften, abzuwägen, inwieweit sie auf die Chancen, die in der konjunkturellen Entwicklung liegen, vertrauen darf und inwieweit sie sich darauf einstellen muß, Risiken abzuwenden oder zu verringern. Bleibt sie bei ihrem bisherigen Kurs, so kann sie darauf setzen, daß der Aufschwung 1977 andauert. Nach unserer Status-quo-Prognose werden bei einem Zuwachs des Sozialprodukts um 4½ vH die ungenutzten Produktionsreserven weiter abnehmen. Sie werden zwar groß genug bleiben, auch einem kräftigeren Anstieg der Ausgaben Raum zu geben, ohne daß die Rückkehr zu einem stabilen Geldwert gefährdet sein müßte. Für die Rückkehr zu einem hohen Beschäftigungsstand kommt es aber auch darauf an, wofür die vorhandenen Produktionsreserven in Anspruch genommen werden. Sind es nicht vor allem die Investoren, die eine stärkere Nachfrage entfalten, als wir in unserer Prognose angenommen haben, so ist nicht auszuschließen, daß der Aufschwung nach 1977 an Kapazitätsgrenzen stößt, ohne daß die Arbeitslosigkeit bis dahin auch nur annähernd abgebaut ist.

459. Die wirtschaftspolitische Aufgabe auf einen Blick: Die Wirtschaftspolitik sollte solchen Risiken mit einem Programm der wachstumspolitischen Vorsorge vorbeugen, das zwar weiterhin auf die Marktkräfte setzt, zugleich aber die Chance für einen nachhaltigen Investitionsanstieg vergrößert, der für 1977 die Nachfrage schafft, welche die vorhandenen Kapazitäten besser auslastet, und für die Jahre danach mehr Kapazitäten bereitstellt. Eine solche Politik muß vor allem darauf zielen, daß die Unternehmen in ihrem Investitionskalkül die Risiken niedriger einschätzen können als die Chancen, die eine zunehmende, wenngleich in der Struktur sich wandelnde Nachfrage ihnen bietet.

460. Und so könnte das Programm und die Rollenverteilung in der Wirtschaftspolitik aussehen:

A. Die Geldpolitik sorgt für einen Finanzierungsspielraum, der bei sinkender Inflationsrate einen Zuwachs des realen Sozialprodukts um 6 vH möglich sein läßt. Das heißt konkret:

   — Die Bundesbank stellt 1977 im Jahresdurchschnitt 7 vH mehr Zentralbankgeld zur Verfügung (ohne Mehrwertsteuererhöhung 6½ vH).

B. Die Währungspolitik bleibt bei beweglichen Wechselkursen gegenüber den Währungen außerhalb des europäischen Währungsverbunds. Sie strebt eine neue Grundlage für die Währungsbeziehungen in der Europäischen Gemeinschaft an, die der geldpolitischen Divergenz in Europa wirksame Grenzen zieht. Das heißt konkret:

   — Sie wirkt auf die Vereinbarung und Sicherung einer strengen Vorgabe für die Geldversorgung in der Gemeinschaft hin.

C. Die Finanzpolitik vermindert die expansiven Impulse der öffentlichen Haushalte. Zugleich setzt sie die Konsolidierung der Staatsfinanzen auch durch Maßnahmen auf der Einnahmenseite fort. Das heißt konkret:

   — Die Ausgaben im Gesamthaushalt aller Gebietskörperschaften werden 1977 um 5 vH auf 402 Mrd DM erhöht.

   — Mit Wirkung vom 1. Juli 1977 wird der Regelsatz der Mehrwertsteuer von 11 vH auf 12 vH heraufgesetzt, der ermäßigte Satz von 5½ vH auf 6 vH. Dies führt 1977 zu Mehreinnahmen von 2½ Mrd DM.

D. Die Bundesregierung beschließt ein mittelfristig orientiertes Programm für Wachstum und Vollbeschäftigung, das die Ertragserwartungen der Investoren festigt, die Innovations- und Investitionsrisiken mindert und die Bereitschaft sowie die Fähigkeit der Arbeitnehmer zur Mobilität erhöht. Das heißt konkret:

   — Es treten steuerliche Regelungen, wie Abschreibungserleichterungen in Kraft, die es den Investoren gestatten, die Steuerbelastung ihrer gegenwärtigen Erträge zu Lasten ihrer künftigen Erträge zu vermindern.

   — Es wird in verstärktem Maße die betriebliche Forschung und Entwicklung gefördert, und zwar mehr als bisher auch in Klein- und Mittelbetrieben.

   — Die Gründung neuer Unternehmen wird durch zinsgünstige Kredite verstärkt gefördert und durch Beseitigung institutioneller Hemmnisse erleichtert.

   — Der Staat gewährt über das bereits beschlossene Arbeitsmarktprogramm hinaus Hilfen, durch die die regionale und berufliche Mobilität der Arbeitnehmer verbessert wird.

   Für dieses Programm werden 3 Mrd DM bereitgestellt, wovon ein Drittel durch Kürzungen an anderer Stelle aufgebracht wird.

E. Die Sozialpolitik trifft Entscheidungen darüber, wie die gesetzliche Rentenversicherung mittel-

fristig wieder ins finanzielle Gleichgewicht gebracht werden soll; sie macht 1977 einen ersten Schritt in Richtung Konsolidierung. Das heißt konkret:

— Die Erhöhung der Renten am 1. Juli 1977 wird nicht voll ausgezahlt, sondern ein Teil davon wird in Form eines Beitrags der Rentner zu ihrer Krankenversicherung einbehalten, oder es wird eine andere Maßnahme entsprechender finanzieller Wirkung getroffen. Die Rentenversicherung wird dadurch 1977 um 2½ Mrd DM entlastet.

F. Die Lohnpolitik kräftigt das Vertrauen, daß die Lohnentwicklung auf mittlere Sicht zu Vollbeschäftigung paßt. Sie sucht nach Wegen, die den Verteilungsproblemen Rechnung tragen, wie sie bei einer kräftigen Investitionskonjunktur auftreten können, die zwar noch nicht wahrscheinlich, aber erwünscht ist. Das heißt konkret:

— Die Tarifabschlüsse des Jahres 1977 halten den Kontakt mit denen dieses Jahres.

— Die Tarifparteien einigen sich darauf, daß ein Teil der vorgesehenen Einkommensverbesserungen nicht als Lohn ausgezahlt, sondern durch einen Anspruch der Arbeitnehmer ersetzt wird, der sich nach der Höhe der Gewinne richtet. Da die Arbeitnehmer den Unternehmen durch die Umwandlung von ertragsunabhängigem in einen teilweise ertragsabhängigen Lohn einen Teil des Verlustrisikos abnehmen, kann ihr Gewinnanspruch im Durchschnitt mehr erbringen als sie sonst erhielten.

461. Diese Politik ist nicht darauf gerichtet, kurzfristig und womöglich nur vorübergehend Nachfrage und Produktion zu stimulieren. Indem sie die wachstumspolitischen Rahmenbedingungen verbessert, soll sie vielmehr dazu beitragen, daß sich rascher eine Produktionsstruktur herausbildet, die auf Dauer Vollbeschäftigung verspricht. Dabei ist auch gewollt, daß sie der Volkswirtschaft schon 1977 eine zusätzliche Steigerung bei Produktion, Beschäftigung und Einkommen bringt. Um diese sichtbar zu machen, haben wir die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht nur unter den Bedingungen des wirtschaftspolitischen Status quo, sondern auch unter den Bedingungen des Programms vorausgeschätzt (Tabelle 38).

462. Durch die zusätzlichen Konsolidierungsmaßnahmen reduziert der Staat einen weiteren Teil der Nachfrage, die er in den letzten Jahren, nicht zuletzt zur Bekämpfung der Rezession, angeregt hatte. Diese kontraktiven Wirkungen dürften zunächst größer sein als die expansiven Rückwirkungen auf die private Nachfrage, die mit der geringeren Kreditaufnahme des Staates einhergehen. Deutlich verstärkt werden die expansiven Wirkungen jedoch durch die wachstumspolitischen Maßnahmen. Die Wirkungen des Gesamtprogramms bemessen sich überdies nicht nach der Summe der Einzelmaßnahmen, sondern nach der Verbesserung des Investitions- und Beschäftigungsklimas im ganzen.

Tabelle 38

Zur wirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1977

Prognose und Programm

Veränderung gegenüber 1976 in vH

	Prognose	Programm
Entstehung des Sozialprodukts		
Arbeitsvolumen [1]	+ ½	+ 1
Produktivität	+ 4½	+ 4½
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962	+ 4½	+ 5 bis 5½
Verwendung des Sozialprodukts		
In Preisen von 1962:		
Privater Verbrauch	+ 5	+ 4½
Staatsverbrauch	+ 2½	+ 2½
Bruttoanlageinvestitionen	+ 5	+ 7
Ausrüstungen	+ 7½	+10½
Bauten	+ 2	+ 2½
Ausfuhr	+ 9	+ 8½
Einfuhr	+ 9	+ 9½
Bruttosozialprodukt	+ 4½	+ 5 bis 5½
Preisentwicklung		
Privater Verbrauch	+ 4	+ 4 bis 4½ [a]
Bruttosozialprodukt	+ 4	+ 4
Verteilung des Volkseinkommens		
Bruttoeinkommen		
aus unselbständiger Arbeit	+ 9	+ 9
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+10	+11
nachrichtlich: Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer	+ 7½	+ 7
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	+ 9	+ 9½
Nettoeinkommen		
aus unselbständiger Arbeit	+ 7½	+ 8
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+10½	+12
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 8½	+ 8

[1] Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.
a) Einschließlich der Mehrwertsteuer zum 1. Juli 1977.

463. Mit der Entscheidung für Konsolidierungsmaßnahmen, die über das Jahr 1977 hinausreichen, verschafft der Staat den Unternehmen mehr Sicherheit, daß er auf Dauer einer steigenden Investitionsnach-

frage Raum geben will. Daß den Arbeitnehmern eine Beteiligung an den Unternehmensgewinnen gewährleistet ist, mindert zudem das Risiko, daß sich der Verteilungskampf wieder verschärft, sobald die Erträge der Investitionen anfallen. Beides kann die Sorge der Unternehmen verringern, daß die Inflation wegen zu hoher Ansprüche aller erneut auflebt, die Wirtschaftspolitik die Nachfrage wieder dämpfen muß und neue Kapazitäten dann nicht ausgelastet werden können.

Zur Zurückhaltung haben die Investoren indes nicht nur weniger Anlaß, weil die Erträge sicherer werden: sie können auch damit rechnen, daß sie im Falle eines Verlustes weniger verlieren, weil sie dann den Steuervorteil behalten, der ihnen durch die Abschreibungserleichterungen zunächst nur vorübergehend eingeräumt wurde. Außerdem müssen sie bei Verlusten weniger an die Arbeitnehmer auszahlen als bei Gewinnen.

All dies wird den von der Unsicherheit geprägten Attentismus der Investoren nach und nach verringern; manchem wird es schon 1977 ausreichen, Investitionsvorhaben, die er bislang zurückgestellt hat, in Angriff zu nehmen und mit der Planung neuer Projekte zu beginnen. Viele Unternehmen dürften zudem infolge der staatlichen Förderung die Forschung intensivieren und sich so für die Zukunft neue Märkte erschließen. Wir erwarten, daß sich schon 1977 die Investitionsneigung stärker als ohne die zusätzlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen belebt (Schaubild 32). Der Investitionsanstieg von 10½ vH, den wir in unserer Rechnung unterstellt haben, ist jedoch gemessen an früheren Aufschwungsphasen immer noch als mäßig zu bezeichnen.

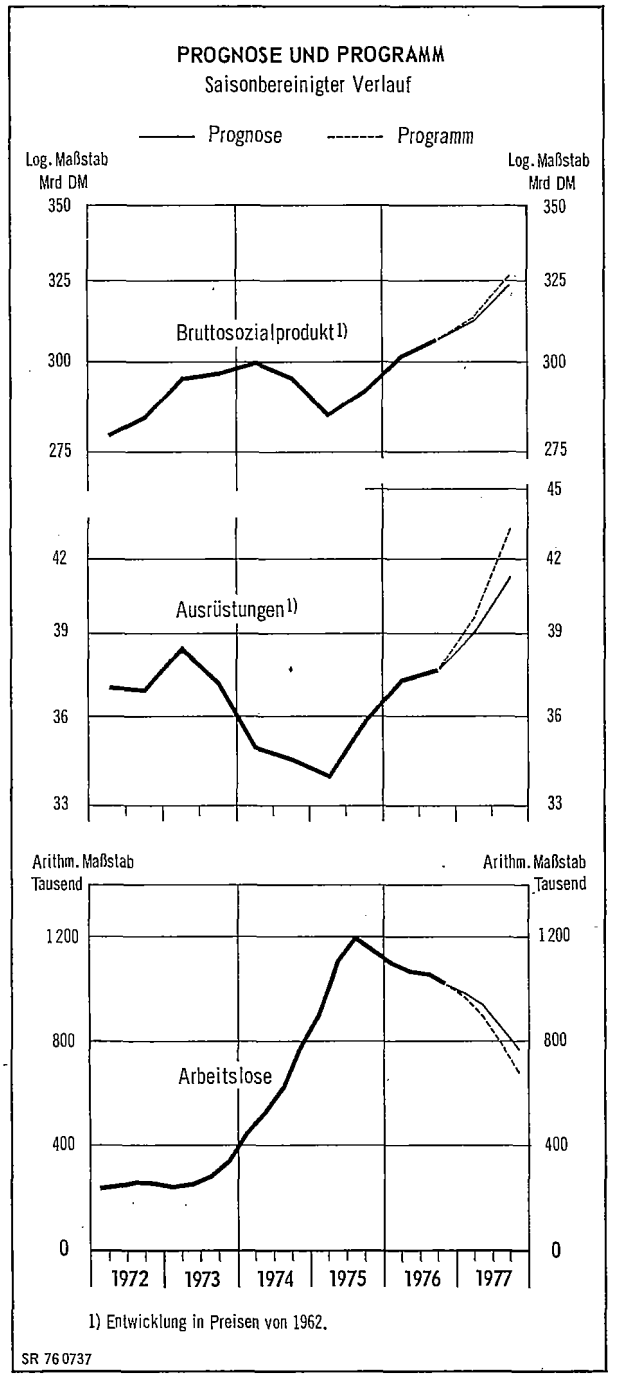
464. Die zusätzliche Nachfrage der Investoren stabilisiert die Absatz- und Produktionserwartungen anderer Unternehmen. Soweit diese sich auch dadurch noch nicht zu Investitionen bewegen lassen, werden sie zumindest ihre Vorräte an Vorprodukten aufstocken und verstärkt auf Lager produzieren, um lieferfähig zu bleiben.

Mehr und mehr Unternehmen, die ihren Absatz auf Dauer gesichert sehen, werden auch bereit sein, ihre Belegschaft zu vergrößern, anstatt ihre Produktion mit Hilfe von Überstunden auszudehnen. Die Mobilitätshilfen machen es wahrscheinlicher, daß die zusätzlich angebotenen Arbeitsplätze auch besetzt werden. Mehr Produktion und Beschäftigung bringt mehr Einkommen, auch den Arbeitnehmern, und schafft damit zusätzliche Nachfrage. Das gleicht zum Teil den Ausfall an Kaufkraft aus, der durch die geringere Zunahme der Renteneinkommen und durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer entsteht.

465. Alles in allem dürfte die Binnennachfrage unter diesen Umständen um fast 1 vH höher sein als wir unter den Bedingungen unserer Status-quo-Prognose angenommen haben. Die Zunahme der inländischen Produktion wird nicht entsprechend groß sein, weil ein Teil der Mehrnachfrage ausländischen Anbietern zugute kommt. Zu erwarten ist auch, daß die vermehrte Binnennachfrage in einigen Bereichen die Kapazitäten auslastet und die Unternehmen weniger auf die Auslandsmärkte drängen. Nicht auszuschließen ist zudem, daß sich bei einer auf Konsolidierung sowie auf mittelfristige Verbesserung der Investitionsbedingungen angelegten Politik die Tendenz zur Höherbewertung der D-Mark verstärkt. Das Sozialprodukt dürfte gleichwohl um 5 vH bis 5½ vH zunehmen. Die Anzahl der Arbeitslosen könnte am Jahresende noch einmal um etwa 100 000 niedriger sein, als unter den Bedingungen unserer Status-quo-Prognose zu erwarten ist.

Der Anstieg der Verbraucherpreise braucht nicht größer zu sein als wir in unserer Prognose unter-

Schaubild 32



stellt haben, sieht man von der Mehrwertsteuererhöhung ab; einschließlich der zusätzlichen Verteuerung durch die Steuererhöhung werden die Verbraucherpreise um 4 vH bis 4½ vH höher sein als 1976.

466. Ebenso wie unter Status-quo-Annahmen halten wir es auch unter den Bedingungen dieser Politik für möglich, daß der Aufschwung günstiger verläuft als hier gekennzeichnet. Auf der anderen Seite kann die hier zur Diskussion gestellte Strategie nicht nur die Chancen erhöhen, daß es besser kommt, als wir in unserer Status-quo-Prognose vorausgeschätzt haben, sondern sie kann auch das Risiko vermindern, daß es schlechter kommt. Sie ist um so dringlicher, je skeptischer man etwa hinsichtlich der Weltkonjunktur ist. Die Investitionsnachfrage muß dann frühzeitig an Kraft gewinnen, damit dämpfende Einflüsse aus dem Ausland leichter überwunden werden können. Es wäre jedoch illusorisch anzunehmen, die Wirtschaftspolitik könne die exportorientierte deutsche Wirtschaft völlig von Konjunktureinflüssen aus dem Ausland abschirmen. Ebensowenig könnte sie eine dauerhaft unzureichende Nachfrage der privaten Investoren und Konsumenten überspielen. Schafft die Wirtschaftspolitik mit einer Strategie der wachstumspolitischen Vorsorge die Voraussetzungen für genügend Investitionen und bewahrt sie sich durch einen Vorrat an vergabereifen öffentlichen Investitionsprojekten konjunkturpolitischen Spielraum, dann tut sie genug.

VIERTES KAPITEL
Geldpolitik in Europa

I. Die Aufgabe

467. Die Bemühungen um ein weiteres wirtschaftliches und währungspolitisches Zusammenwachsen in Europa haben in den letzten Jahren zahlreiche Rückschläge erlitten. Der Traum von einer alsbald zu schaffenden Währungsunion, die für ein inzwischen sehr eng verflochtenes Wirtschaftsgebiet wie das der Europäischen Gemeinschaft ein durchaus sinnvolles und erstrebenswertes Ziel darstellt, ist verflogen. Ernüchterung hinsichtlich des währungspolitisch Machbaren breitet sich aus, aber auch eine zunehmende Besorgnis, die sich steigernden Währungsunruhen, ein Rückfall in nationalstaatliche Praktiken und währungspolitische Alleingänge einzelner oder mehrerer Partnerstaaten könnten das Fundament der Wirtschaftsgemeinschaft letztlich zum Einsturz bringen und das inzwischen Erreichte, vor allem die Zollunion, ernsthaft in Frage stellen.

468. Der Inflationsstoß der vergangenen Jahre und seine Folgen haben sichtbar gemacht, daß durch eine permanente und sich laufend beschleunigende Geldentwertung nur vorübergehend — solange die Geldillusion noch groß ist —, nicht aber auf Dauer ein höheres Beschäftigungsniveau in einer Volkswirtschaft erreicht werden kann. Sehr rasch, so hat sich überall gezeigt, bleibt die belebende Wirkung aus, die die Injektion zusätzlichen Geldes zunächst auszulösen vermag. Ja, die Inflation erweist sich schließlich als Investitionsrisiko und gefährdet Wachstum und Beschäftigung. Infolgedessen hat in den Ländern Europas die Bereitschaft zugenommen, die Geldversorgung, die als die Quelle jeden Inflationsprozesses anzusehen ist, so zu regulieren, daß ein höheres Maß an Stabilität als in den vergangenen Jahren verwirklicht werden kann. Auch gewinnt die Einsicht an Boden, wenngleich noch nicht genug, daß es dazu, in welcher Form auch immer, einer unabhängigen Geldpolitik bedarf — derart, daß alle, die private Wirtschaft nicht nur, sondern auch der Staat als Fiskus, den von der Geldpolitik vorgegebenen Handlungsspielraum zu respektieren, sich an ihn anzupassen haben. Soll mehr Stabilität erreicht werden, dürfen sie ihn nicht einfach ignorieren können, um nachher die Korrektur der durch ihre Mißachtung der geldpolitischen Rahmenbedingungen entstandenen, wirtschaftlich und sozial nicht erwünschten Zustände zu erzwingen.

469. Sicher ist richtig, daß zunächst einmal jedes Land für sich Vorkehrungen für eine stabilitätskonformere Geldpolitik treffen muß. Will man weitgehende Konvertibilität der europäischen Währungen, die heute nicht mehr überall gegeben ist, und einen möglichst noch steigenden Grad an wirtschaftlicher Integration, so wird das nationale Problem einer Objektivierung der Geldversorgung zugleich zu einer gemeinsamen Aufgabe für alle Partnerländer in der Europäischen Gemeinschaft, einer gemeinsamen Aufgabe, die Solidarität und Anpassungszwang verlangt.

Durch inflationäre Prozesse ebenso wie daraus resultierende außenwirtschaftliche Ungleichgewichte wird die Lösung anstehender wirtschaftspolitischer Aufgaben auf die lange Bank geschoben. Sie haben die Eigenschaft, die Probleme, auf denen sie beruhen, noch zu verschlimmern, oftmals derart, daß ohne die Möglichkeit, die Solidarität der übrigen Partner in Anspruch zu nehmen, die Fähigkeit zur Krisenbekämpfung in einem einzelnen Land überfordert sein kann. Dann besteht die Gefahr, daß ein Land, auf sich allein gestellt, bei der Bekämpfung seiner außenwirtschaftlichen Probleme, die durch die interne Wirtschaftspolitik verursacht wurden, Zuflucht zu Beschränkungen des Handels und der Konvertibilität nimmt, wodurch die Anpassungslast teilweise auf die Partnerländer verlagert würde und dort schwerer sein und mehr Opfer fordern könnte, als dies bei Inanspruchnahme einer Solidarhilfe der Fall gewesen wäre.

Ihr Gegenstück hat die Solidarität in der Erwartung eines regelkonformen Verhaltens. Was die Stabilitätspolitik angeht, so bedingen sich gegenseitig Regeln für einen erfolgversprechenden Zwang zur Vermeidung oder Überwindung stabilitätspolitischen Fehlverhaltens, durch den ein permanentes Ausscheren eines Partners von der gemeinsamen Linie verhindert wird, und Regeln für die internationale Solidarität gegenüber den Partnern, durch die die Freiheit im Handels- und Kapitalverkehr im Interesse aller abgesichert wird. Ist das Regelsystem in dieser Hinsicht ungleichgewichtig, so wird es früher oder später hieran scheitern.

470. Gegenwärtig gibt es für die einzelnen Länder zwar auch schon Disziplinierungszwänge, die einer stabilitätspolitischen Fehlsteuerung Grenzen setzen, jedoch sind sie nur sehr unvollkommen, weil sie viel zu spät wirksam werden und daher Korrekturen nicht rechtzeitig erzwingen.

— Die europäischen Partnerländer, die sich im Hinblick auf mehr nationale Autonomie in der Konjunkturpolitik und in der Stabilitätspolitik flexiblen Wechselkursen anvertraut haben, sehen sich zwar einem Kursverfall ihrer Währung gegenüber, wenn sie intern inflatorische Prozesse zulassen oder begünstigen. Dieser Kursverfall setzt aber zumeist erst dann ein, wenn sich das stabilitätswidrige Verhalten der geldpolitischen Instanzen bereits in der Preisentwicklung des jeweiligen Landes niedergeschla-

gen hat und spekulative Kapitalbewegungen auslöst und nicht schon dann, wenn eine solche Entwicklung durch eine inflationsbeschleunigende Geld- und Kreditexpansion angelegt wird. Besteht außerdem bei den wirtschaftspolitischen Instanzen die Vorstellung, die einsetzende Abwertung erlaube es, interne Anstrengungen zur Wiedergewinnung von mehr Stabilität hinauszuschieben, weil sie ein außenwirtschaftliches Ungleichgewicht vermeiden helfe, dann wird es immer schwieriger, den Kursverfall zu stoppen. Zwar werden, wenn der Kursverfall an Tempo gewonnen hat, kräftige Stabilisierungsanstrengungen durchaus als unausweichlich angesehen. Doch der Verlust an Vertrauen innen wie außen hat nun den Prozeß, durch den die fortgesetzten inflatorischen Impulse aus der Abwertungstendenz in binnenwirtschaftliche Preis- und Kostensteigerungen umgesetzt werden (und umgekehrt), so beschleunigt, daß das Land diesem Teufelskreis nur noch um den Preis einer schweren Stabilisierungskrise verlassen kann, und wohl auch dies nur mit massiver Hilfe von außen.

— Etwas stärker, aber ebenfalls nur unvollkommen, ist der Zwang zu stabilitätspolitischer Disziplin bei den Ländern im europäischen Währungsverbund. Auch hier setzt der Zwang zu stabilitätskonformem Verhalten zu spät ein. Erwartet wird er von der Drohung, daß spekulativ bedingte Kapitalbewegungen die Gefahr der Illiquidität durch den Verlust von Währungsreserven infolge der Interventionsverpflichtungen in diesem Festkursverbund heraufbeschwören. Aber zu diesen spekulativen Kapitalbewegungen kommt es zumeist erst, wenn die Geldentwertung in einem Land eine ganze Weile von der bei den übrigen Partnern abgewichen ist. Nimmt man die umfangreichen Beistandsverpflichtungen hinzu, so kann ein solches Land trotz eines wachsenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts eine beträchtliche Zeit mit einem gemeinschaftlich beschlossenen Stabilitätsziel nicht zu vereinbarende Geld- und Kreditpolitik betreiben, bevor Anpassungszwänge wirksam werden. Das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht erzwingt dann meist eine Wechselkursänderung. Dabei hat sich gezeigt, daß es zwar nicht unmöglich, jedoch sehr schwierig ist, eine Abwertung der Währung so durch Maßnahmen der binnenwirtschaftlichen Stabilisierung zu flankieren, daß der inflatorische Impuls, den sie ihrerseits darstellt, abgefangen wird. Das Entstehen eines außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts indiziert gleichsam „geliehene Stabilität". Es bedeutet Vertagung notwendiger Stabilisierungsanstrengungen.

471. Nimmt man alles zusammen,

— die wachsende Einsicht, daß Verteilungskonflikte und Beschäftigungsprobleme sowie außenwirtschaftliche Ungleichgewichte nicht auf Dauer hinausgeschoben und durch Illusionen überdeckt werden können, sondern Anpassungen unumgänglich machen,

— die Bedeutung, die hierbei einer Objektivierung der Geldversorgung zukommt,

— den Willen der Partnerländer, die Gemeinschaft aufrecht zu erhalten und fortzuentwickeln und auf Konvertibilitäts- und Handelsbeschränkungen möglichst zu verzichten,

— aber auch die Grenzen, die sowohl der Solidarität als auch der Anpassungsbereitschaft der Länder von deren politischen und sozialen Bedingungen her gesetzt sind,

dann bietet sich als neues Grundprinzip an, die multilaterale Solidarhilfe der Partner, auch die in Form der Interventionsverpflichtungen im Rahmen des Währungsverbundes, unter den Vorbehalt zu stellen, daß alle Länder Abstriche an der Autonomie der nationalen Geldpolitik machen und gemeinsam festgelegte geldpolitische Zielgrößen einhalten.

Die Nichteinhaltung geldpolitischer Verabredungen wäre also zu verbinden mit einer automatischen Sanktion, die in dem Verlust des Anspruchs auf Solidarhilfe der Partner besteht. Verabredungen ohne Sanktionen reichen nicht aus. Und auf die frühzeitige Sanktion kommt es an, damit Illusionen hinsichtlich der Dauerfolgen einer nachgiebigen Geldpolitik nicht länger eine Chance haben. Die Objektivierung der Geldversorgung ist der Zwang, Problemlösungen rechtzeitiger zu finden. Deshalb gilt allemal, daß ein neuer Beginn in Europa, der wieder zu einem echten Zusammenhalt der Partner führen soll, bei der Geldpolitik anzusetzen hat.

472. Allerdings: So viel dafür spricht, daß in allen Ländern der ernsthafte Wunsch besteht, die Geldversorgung der Wirtschaft an möglichst strengen Regeln zu orientieren, so wenig ist zu übersehen, daß die Ausgangsbedingungen, denen sich die geldpolitischen Instanzen aufgrund der politischen und sozialen Gegebenheiten in den einzelnen Ländern gegenübersehen, voneinander abweichen. Sie sind so unterschiedlich, daß Schritte in Richtung auf eine gemeinsame europäische Geldpolitik gewiß nur langsam getan werden können.

Es ist zudem einzuräumen, daß auch die Geldpolitik stabilitätspolitische Probleme nicht löst, wo von den sozialen Bedingungen her eine einigermaßen illusionsfreie Lösung nicht möglich ist. Die Objektivierung der Geldversorgung ist ein ordnungspolitisches Instrument zur Vermeidung soziotechnischer Irrtümer und Fehler. Sie anonymisiert den Anpassungszwang für alle, macht illusionäre Lösungen frühzeitig als solche offenbar und mag so helfen bei der Lösung sozialer Konflikte. Sie löst diese Konflikte nicht.

473. Für ausgeschlossen halten wir es nicht, zumindest de facto bald eine Objektivierung der Geldversorgung in der Europäischen Gemeinschaft zu erreichen. Wer sich überhaupt der Auffassung anschließt, daß eine erfolgreiche Stabilitätspolitik eine Verstetigung der monetären Expansion voraussetzt, gleichgültig, welche währungspolitischen Ausgangsbedingungen auch immer herrschen, dem sollte die Frage minder wichtig erscheinen, wer einen solchen Pfad vorgibt, ob die nationale Instanz oder ein internationales Gremium, das zudem ja auch unter Einigungszwang stünde. In beiden Fäl-

len ist der Handlungsspielraum de facto im Grunde gleich gering, solange das Konzept ernst genommen wird. Ein formeller Souveränitätsverlust ist daher auch gar nicht einmal nötig. Ein Souveränitätsverlust de facto hingegen dürfte manche Notenbank kaum schrecken. Im Gegenteil, es kann sehr hilfreich sein, sagen zu müssen: Es gibt nicht mehr Geld, nicht weil man nicht will, sondern weil man nicht darf. Dies gilt allerdings nicht für alle. Einige Notenbanken müssen fürchten, eine gemeinsame Geldpolitik in Europa würde für sie den Zwang mit sich bringen, weniger auf Stabilität bedacht zu sein als bisher. Dies kann nicht gewollt sein. Ein Konzept für eine gemeinsame Geldpolitik wäre daher von vornherein unrealistisch, wenn es nicht für eine längere Übergangszeit Flexibilität böte für die Aufgabe, dem unterschiedlichen Ausgangszustand in den europäischen Ländern Rechnung zu tragen, ohne das Ziel, die Stabilitätsgemeinschaft, zu gefährden.

474. Die Probleme, die für eine Harmonisierung der Geldpolitik in Europa vordringlich gelöst werden müssen, betreffen somit

- zum einen die Abstimmung der monetären Zielgröße bei grundsätzlicher Autonomie der einzelnen Länder im instrumentellen Bereich,
- zum anderen die Gestaltung des währungspolitischen Rahmens, der für die Verwirklichung realistischer monetärer Zielvorstellungen zweckmäßig ist,
- zum dritten die Vervollständigung der Spielregeln in Form von Sanktionen, die gelten sollen, wenn ein verabredetes geldpolitisches Ziel nicht eingehalten wird.

II. Für eine Steuerung der Geldbasis

475. Die Steuergröße der Geldpolitik sollte vor allem den beiden folgenden Bedingungen genügen. Sie sollte

- eine hinreichend enge Beziehung zu den Gesamtausgaben der Volkswirtschaft besitzen und
- durch die Notenbank möglichst direkt steuerbar sein und damit eine möglichst eindeutige Verantwortungszuweisung erlauben.

Zur Wahl der Steuergröße

476. Diese Anforderungen an die Steuergröße stehen auf den ersten Blick in einer Konfliktbeziehung zueinander; je enger das monetäre Aggregat mit den realen Vorgängen verknüpft ist, um so mehr spiegelt seine Entwicklung auch die Ausgabenentscheidungen der Privaten und ist mithin nicht mehr ausschließlich Reflex von Maßnahmen der Notenbank. Dieser Konflikt besteht aber nur in der kurzfristigen Betrachtung; mittelfristig — und dies ist die Zeitdimension, auf die eine konsequente Geldpolitik ausgerichtet sein sollte — kann auch eine dem unmittelbaren Zugriff der Notenbank unterworfene Größe eine hinreichend enge Beziehung zu den Gesamtausgaben besitzen und damit die Voraussetzungen für eine effektive Geldpolitik erfüllen, weil die Geldpolitik Daten setzt, an die sich die Wirtschaft auf Dauer anpassen muß.

477. Der Sachverständigenrat hat mehrfach dargelegt, daß er das von der Notenbank zur monetären Expansion bereitgestellte Zentralbankgeld, die Geldbasis also, für die beste Steuergröße hält (JG 73 Ziffer 171 f., JG 74 Ziffer 374 ff.).

Vielfach wird der Standpunkt vertreten, eine Geldvolumengröße, also Bargeldumlauf und Bankeinlagen unterschiedlicher Fristigkeit sei ebenso geeignet, den Bedürfnissen einer autonomen geldpolitischen Steuerung Rechnung zu tragen. Diese Argumentation verkennt, daß hier die direkten Einwirkungsmöglichkeiten der Notenbank geringer sind. Jede Geldvolumengröße ist stark nachfragebestimmt, das heißt, sie unterliegt mehr oder weniger direkt den Entscheidungen derer, die das Geld zur Finanzierung ihrer Ausgaben verwenden. Die Klarheit der Verantwortungszuweisung muß leiden, das Ziel unrealistisch werden, eine Vorgabe im Sinne einer allgemeinverbindlichen Regel zu schaffen und damit Illusionen über das wirtschaftlich Mögliche vorzubeugen, wenn die Notenbank sich hinsichtlich ihrer Steuergröße immer wieder vor die Situation gestellt sieht, daß die Wirtschaft und nicht sie selbst deren Entwicklung dominierend bestimmt hat.

Hinzu kommt bei eng abgegrenzten Aggregaten wie M 1 (Bargeld und Sichteinlagen) oder M 2 (Bargeld, Sichteinlagen und Termineinlagen), daß sie durch konjunkturell bestimmte Umschichtungen der Privaten zwischen kürzerfristigen und längerfristigen Bankeinlagen den Kontakt zur Expansion der Ausgaben verlieren. Der starke Anstieg von M 1 im Jahr 1975 in der Bundesrepublik zeigt beispielhaft, wie sehr die Geldpolitik in die Irre geleitet worden wäre, wenn sie sich an M 1 orientiert hätte. Eine auf Verstetigung von M 1 ausgerichtete Politik hätte 1975 restriktive Maßnahmen erfordert, also prozyklische Impulse ausgelöst.

Der Entwicklung der Zentralbankgeldmenge am ähnlichsten ist M 3, das Geldvolumen in der Abgrenzung M 2 zuzüglich Spareinlagen.

478. Die Steuerung der Geldbasis verhindert weitgehend die gravierenden Nachteile der Geldvolumenskonzepte, da „das Geld, das zählt", allein von der Notenbank geschaffen werden kann und eben dieses Geld — zumindest mittelfristig — der monetären Expansion eindeutig den Rahmen vorgibt; dies schafft die Voraussetzung für eine Zuweisung von Verantwortung im stabilitätspolitischen Konzept, die Konfusion für die Zukunft ausschließt.

Eine mittelfristig stetige Versorgung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld ist notwendige Bedingung für eine hohe Auslastung des Produktionspotentials bei monetärem Gleichgewicht. Nur auf kurze Sicht können Haushalte und Unternehmen den Anpassungszwang mildern, den ihnen die Geldpolitik

durch eine knapp bemessene Expansion der Geldbasis auferlegt, indem sie mit Hilfe zentralbankgeldsparender Finanzierungsformen ihre Kassenhaltung rationalisieren. Die darin begründete Elastizität des monetären Systems ist allerdings begrenzt, solange nur Zentralbankgeld oder Ansprüche auf Zentralbankgeld als allgemein anerkanntes Zahlungsmittel zur Abwicklung von Ausgaben gebraucht werden.

479. Neben verschiedenen Abgrenzungen des Geldvolumens ist auch eine Kontrolle des Kreditvolumens für eine Harmonisierung der Geldpolitik in Europa in der Diskussion. Damit ginge man — so wird argumentiert — gegenüber einem Geldvolumenskonzept gleichsam einen Schritt näher an die Steuerung des Ausgabenspielraums heran.

Bei genauerem Hinsehen zeigen sich jedoch die Schwächen dieses Konzepts. Die Steuerung der Kreditexpansion der Banken, und nur daran wird in diesem Zusammenhang gedacht, ist die Steuerung nur eines Teiles der gesamten Kreditbeziehungen einer Volkswirtschaft. So bleibt die Kreditgewährung der Zentralbank, sei es an den Staat, an die Banken (Refinanzierung) oder an das Ausland (Devisenankäufe) außerhalb des so definierten monetären Rahmens. Eine Objektivierung der Geldversorgung ist unmöglich, wenn sie nicht für alle, die am Wirtschaftsprozeß teilhaben, in gleicher Weise gilt. Daher kann diese Aufgabe konsequent nur für die gesamte monetäre Expansion geleistet werden. Kommt es zu unterschiedlichen oder gar zu gegenläufigen Entwicklungen bei einzelnen Komponenten der insgesamt relevanten Kreditbeziehungen, so kann es sein, daß die zu eng definierte Steuergröße nicht einmal die Wirkungsrichtung der jeweiligen geldpolitischen Impulse richtig anzeigt, geschweige deren Stärke. Überdies: Was die Bedeutung der privaten Geldschöpfung durch über Banken laufende Kreditketten angeht, so ist das Verleihen nur eine der beiden Formen, Geld aktiv werden zu lassen. Man kann Geld auch selbst ausgeben.

Auch hinsichtlich der Steuerbarkeit ist das Kreditvolumen einem Geldbasiskonzept unterlegen. Dies gilt vor allem, wenn es darauf ankommt, einen expansiven monetären Impuls in einer Zeit geringer Ausgabeneigung auszulösen. In restriktiver Absicht kann das Kreditvolumen allenfalls mit administrativen Zuwachsbeschränkungen direkt kontrolliert werden. Dabei müssen aber die Verzerrungen in Kauf genommen werden, die eine Diskriminierung einzelner Kreditketten mit sich bringt.

Instrumentalprobleme

480. Eine harmonisierte Steuerung der Geldbasis erfordert nicht völlige Übereinstimmung im geldpolitischen Instrumentarium der einzelnen Länder. Hinreichend ist,

— daß sich die geldpolitischen Impulse trotz der Unterschiede im Instrumentarium und dessen Anwendung in vergleichbarem Maße in Veränderungen der nationalen Zentralbankgeldmenge widerspiegeln, und

— daß geldpolitische Impulse, die sich nicht in der Entwicklung der Zentralbankgeldmenge niederschlagen, durch Berechnung von äquivalenten Änderungen der Zentralbankgeldmenge berücksichtigt werden.

481. Obwohl die Zentralbanken in der Europäischen Gemeinschaft über ein vergleichsweise einheitliches geldpolitisches Instrumentarium verfügen, ist die Neigung, die einzelnen Instrumente einzusetzen, sehr verschieden (Tabelle 39). In der Geldpolitik der Partnerländer kommt administrativen Kontrollen von Finanzierungsströmen ein sehr viel größeres Gewicht zu als in der Politik der Bundesbank. Großer Beliebtheit erfreuen sich in den meisten Ländern direkte Kreditkontrollen: in der Form von globalen Kreditzuwachsbeschränkungen, zahlungsbilanzpolitisch begründeten Vorschriften für die Nettokreditgewährung der Banken an das Ausland und selektiven Kreditkontrollen, die je nach Kreditnehmer und nach dem Zweck der Kreditaufnahme unterschiedlich streng gefaßt sind. Mit Hilfe der zuletzt genannten Kreditkontrollen werden beispielsweise Exportkredite begünstigt und Konsumentenkredite diskriminiert.

482. Wenn auch das Kreditvolumen aus den angeführten Gründen nicht als monetäre Steuergröße in Betracht kommt, widersprechen doch Kreditzuwachsbeschränkungen — eingesetzt als Instrument der Geldpolitik — einer Geldbasissteuerung nicht von vornherein.

Zur Beurteilung der Kreditzuwachsbeschränkungen muß auf ihre konkrete geldpolitische Funktion abgestellt werden:

— Dienen sie — etwa aus Unsicherheit über die Elastizität des monetären Systems — nur als äußerstes „Sicherheitsnetz" einer direkten Steuerung der Zentralbankgeldmenge, dann läßt sich der monetäre Expansionsspielraum unmittelbar an der Entwicklung der Zentralbankgeldmenge ablesen. Eine solche Funktion von Kreditzuwachsbeschränkungen kann allerdings nicht immer unterstellt werden.

— Dienen Kreditkontrollen der indirekten Steuerung der Zentralbankgeldmenge, so muß sich der geldpolitische Impuls, der aus einer Änderung der Vorschriften über die Kreditausweitung resultiert, in einer entsprechenden Änderung der Zentralbankgeldmenge niederschlagen. Auch in diesem Fall steht die Existenz von Kreditzuwachsbeschränkungen einer Harmonisierung der Geldpolitik entgegen. Allerdings fällt auch die Vorstellung schwer, daß eine Notenbank den Kreditzuwachs beschränkt, nur um die Zentralbankgeldmenge zu steuern, unter Inkaufnahme von Kontrollaufwand und Anreizen zur Umgehung von Vorschriften.

— Kreditzuwachsbeschränkungen werden auch selektiv angewandt. Sie dienen dann dem Zweck, bei gegebener globaler Expansion der Zentralbankgeldmenge bestimmte Kreditbeziehungen, beispielsweise die kürzerfristigen Bankkredite, gegenüber anderen zu diskriminieren. Auf diese

Tabelle 39

Wichtige geldpolitische Instrumente in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft *)

Belgien	Bundesrepublik	Dänemark	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande
			Diskontsatz/Lombardsatz			
häufige außenwirtschaftlich bestimmte Variationen	binnenwirtschaftlich bestimmte Änderungen in größeren Zeitabständen	seit EG-Beitritt: außenwirtschaftlich bestimmt zur Erzielung von Kapitalbilanzüberschüssen	überwiegend außenwirtschaftlich bestimmt	Diskontsatz an Verzinsung dreimonatiger Schatzwechsel gebunden, die vor allem der amerikanischen Zinsentwicklung angepaßt wird	überwiegend außenwirtschaftlich bestimmt	außenwirtschaftlich bestimmt; gelegentlich Differenzierungen zwischen Diskontsatz- und Lombardsatzpolitik
			Refinanzierungskontingente			
absolute Rediskont- und Relombardkontingente	Rediskontkontingente: absolut festgelegt, Überschreitungen nicht zulässig; werden variiert	geringe Bedeutung von Rediskontierungen, neuerdings: ungesicherte Refinanzierungsquoten; Verzinsung hängt teils von Diskontsatz, teils von Kapitalmarktrendite ab	keine; Rediskontierungen von untergeordneter Bedeutung	-	Neuregelung der Refinanzierungslinien im Abstand von vier Monaten, Überschreitungen werden mit Strafzinsen belastet; Relombardierungen sehr viel wichtiger als Rediskontierungen	absolute Rediskont- und Relombardkontingente; Strafzinsen auf Überschreitungen
			Mindestreserven			
unverzinsliche Mindestreserven auf Einlagen (nach Übereinkunft mit den Banken) und auf den Kreditzuwachs; steigende Strafreserven auf Überschreitungen der Kreditvorgaben; 1975 aufgehoben	unverzinsliche Mindestreserven auf den Einlagenbestand; die Reservesätze werden variiert	unverzinsliche Strafreserven (100 vH) auf Überschreitungen der Kreditnormen; neuerdings: verzinsliche Mindestreserven auf Einlagen bzw. Einlagenzuwachs	unverzinsliche Mindestreserven auf Einlagenbestand, Kreditvolumen und Kreditzuwachs (bis 1974) sowie steigende Reserven auf Überschreitung der Kreditzuwachsnormen	verzinsliche Mindestreserven auf Einlagen; vorübergehend unverzinsliche Sonderreserven auf Überschreitungen vorgegebener Einlagenzuwachsnormen	verzinsliche Mindestreserven auf Einlagenbestand und Einlagenzuwachs; die Sätze werden möglichst konstant gehalten	geringe Bedeutung; 1973 aufgehoben; 1975 wiedereingeführt mit einnalen Satz (1 vH)
			Liquiditätsreserven			
Liquiditätsreserven auf Einlagenzuwachs in Schatzwechseln und längerfristigen Papieren	-	-	Liquiditätsreserve auf den Einlagenbestand in rediskontierbaren mittelfristigen Papieren und Anleihen; der Satz wird möglichst stabil gehalten	die gewöhnlichen Mindestreserven können auch mit Schatzwechseln, Anleihen u.a. erfüllt werden	Liquiditätsreserven auf den Einlagenzuwachs in Schatzwechseln und Anleihen	seit 1973 auf Einlagenbestand (nach Fristen gestaffelt) überwiegend in Schatzwechseln; monatliche Veränderungen der Sätze
			Offenmarktgeschäfte			
geringe Bedeutung wegen zinspolitischer Restriktionen	zunehmende Bedeutung, mengenorientiert, mit kurzfristigen und langfristigen Titeln; Ausschreibungsverfahren sowie An- und Verkauf zu variablen Sätzen	Ausschreibungsverfahren (unter Zulassung von Nicht-Banken) und Interventionen in eigenen "Einlagen"- und "Kreditzertifikaten", Stützungen des Kapitalmarktes; neuerdings: entgegengesetzte Operationen in kurzen und langen Fristen	zunehmende Bedeutung; regelmäßige Ausschreibungen, allerdings unter zinspolitischen Restriktionen; neuerdings: Ausdehnung auf lange Fristen	an internationalen Zinsentwicklungen orientiert	geringe Bedeutung; Bemühung um Aktivierung mit neuen, frei verwendbaren, kurzfristigen Papieren unter Zulassung von Nicht-Banken; exzessive Kapitalmarktstützung; enge zinspolitische Restriktionen	überwiegend mengenorientiert; enger Zusammenhang mit Mindestreservepolitik (kompensierend oder unterstützend); Tendenz zur Fristendiversifizierung
			Kreditzuwachsbeschränkungen			
seit 1973 prozentuale Vorgaben für den Kreditzuwachs; 1975 aufgehoben	-	absolute Vorgaben für jedes einzelne Kreditinstitut nach Übereinkunft der Zentralbank mit den Banken oder durch die Regierung	Zuwachsnormen mit wechselnden Referenzzeitpunkten	-	Kreditzuwachsbeschränkungen (Verbot von Überschreitungen)	-
			Auslandsposition der Banken			
73/74: besondere Mindestreservevorschriften für den Bestand und Zuwachs an Nettoauslandsverbindlichkeiten sowie Verzinsungsverbot	zeitweise Zuwachsmindestreserven auf Ausländereinlagen	-	zeitweise Begrenzung der Veränderung der Nettoauslandsposition der Banken, besondere Mindestreserven auf Bestand und Zuwachs von Ausländereinlagen sowie Verzinsungsverbot	-	Begrenzung der Veränderungen der Nettoauslandsposition sowie der Devisenkassageschäfte der Banken	1973: vorübergehende Zuwachsmindestreserven auf Ausländereinlagen
			Strukturpolitische Differenzierungen			
Diskriminierung von Konsumenten- und Hypothekenkrediten, Begünstigung von Exportkrediten	-	Ausklammerung der Finanzierung von Exporten und "gemeinnützigen" Projekten aus den Kreditkontrollen; Kapitalmarktstützung zugunsten von Wohnungsbau und Schiffbau	Begünstigung von Exportkrediten und Krediten für öffentliche Investitionen; teilweise Diskriminierung von Konsumentenkrediten	-	Differenzierung der Kreditkontrollen zwischen Groß- und Kleinunternehmen sowie zwischen Wirtschaftssektoren, Industriezweigen und Regionen	-
			Präferenzen im Instrumenteneinsatz			
Mindestreservepolitik und direkte Einflußnahme auf die Bankzinsen	Mindestreservepolitik; in zunehmendem Maße Offenmarktpolitik	Kreditzuwachskontrollen, kurzfristig: Refinanzierungs- und Offenmarktpolitik (zunehmende Bedeutung)	Kreditzuwachsbeschränkungen und Mindestreservepolitik	Einführung und Aufhebung von "Sonderreserven" der Banken; überwiegend zinsorientierte Geldpolitik	Variationen der Refinanzierungsvolumen sowie der Vorschriften für die Nettoauslandsposition der Banken, ggf. Kreditzuwachsbeschränkungen	aufeinander abgestimmte, sehr kurzfristige Variation von Refinanzierungskontingenten, Liquiditätsreservevorschriften und Offenmarktpolitik

*) Irland: im geldpolitischen Verbund mit Großbritannien
Luxemburg: Währungsunion mit Belgien

Weise kann die Notenbank längerfristige Finanzierungsformen (auch nach Verwendungszwekken differenziert) begünstigen. Angesichts der faktischen Abhängigkeit der meisten europäischen Zentralbanken vom Staat und dessen Kreditbedarf und in Anbetracht des größeren Gewichts struktur- und wachstumspolitischer Ziele in den Partnerländern ist diese Möglichkeit nicht auszuschließen. Doch solange die Zentralbankgeldmenge auch deshalb als die beste unter allen konkurrierenden monetären Steuergrößen angesehen werden muß, weil sie die Basis eines im einzelnen nicht hinreichend überschaubaren monetären Prozesses darstellt, solange muß die Geldpolitik eines Landes hinsichtlich ihrer globalen Wirkungen, um die es bei einer harmonisierten monetären Politik nur geht, an der Expansion der Geldbasis gemessen werden. Auch unter wirksamen Kreditzuwachsbeschränkungen zeichnet die tatsächliche Entwicklung der Zentralbankgeldmenge also das beste Bild des monetären Expansionsspielraums.

Eine Überschreitung von Kreditzuwachsbeschränkungen wird vielfach mit besonderen Strafreserven belastet, die unverzinslich bei der Zentralbank unterhalten werden müssen, so daß die Zuwachsbeschränkungen die Kreditexpansion der Banken faktisch nicht limitieren, sondern nur verteuern. Eine Verschärfung solcher Regelungen kommt deshalb hinsichtlich ihrer geldpolitischen Wirkung einer Erhöhung von Mindestreserven auf den Kreditzuwachs gleich, soweit eine Überschreitung tatsächlich stattfindet. Das macht eine entsprechende Bereinigung erforderlich (Ziffer 486). Werden die Plafonds hingegen eingehalten, dann liefert die Entwicklung der Zentralbankgeldmenge selbst den Indikator der monetären Expansion.

483. Der Mindestreservepolitik wird in den meisten Ländern der Europäischen Gemeinschaft hohe Bedeutung beigemessen. Neben Mindestreserveverpflichtungen auf den Einlagenbestand, wie sie in der Bundesrepublik gebräuchlich sind, gibt es in anderen Ländern der Gemeinschaft zusätzliche Instrumente der Reservepolitik. Als Bemessungsgrundlage der Reserveanforderungen dient in einigen Ländern anstatt des Einlagenvolumens das Kreditvolumen der Banken; neben Mindestreserven auf den Bestand an Einlagen oder Krediten (Bestandsreserven) gibt es Mindestreservevorschriften für den Zuwachs der Einlagen oder der Kredite (Zuwachsreserve). Sonderreserven oder Strafreserven werden in einzelnen Ländern beim Überschreiten von Kreditzuwachsbeschränkungen gefordert.

484. Mindestreservepolitische Maßnahmen beschränken — wie andere administrative Kreditkontrollen — die Verwendungsmöglichkeiten von Zentralbankgeld. Änderungen der Mindestreservevorschriften kommen einer Änderung der Menge des für die monetäre Expansion zur Verfügung gestellten Zentralbankgeldes gleich. Im Falle solcher Änderungen ist deshalb ein Korrekturposten von der Zentralbankgeldmenge abzuziehen oder ihr hinzuzufügen. Reservesatzsenkungen etwa führen im Bereinigungsverfahren zu einer Erhöhung der Geldbasis um die dadurch freigegebenen Reserven.

485. Ohne entscheidende Bedeutung für die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen, die von Änderungen der Mindestreservesätze ausgehen, ist die Bemessungsgrundlage der Mindestreserven. Unabhängig davon, ob die Mindestreservevorschriften am Einlagenvolumen oder am Kreditvolumen der Banken ansetzen, wird der geldpolitische Effekt dadurch erzielt, daß die Diskriminierung von Kreditbeziehungen, in die Banken eingeschaltet sind, gegenüber anderen Kreditketten durch die Änderung der Reservevorschriften verschärft oder gelockert wird; Mindestreserven auf Bankeinlagen verteuern das Hereinnehmen von Einlagen, Mindestreserven auf Bankkredite verteuern die kreditseitige Verwendung von Einlagen.

486. Bedeutend ist allerdings der Unterschied zwischen Bestands- und Zuwachsmindestreserven. Letztere machen gegenüber Bestandsreserven eine besondere Korrektur der Geldbasis erforderlich. Während etwa eine Verschärfung der Mindestreservevorschriften für den Einlagenbestand oder den Kreditbestand vor allem die Menge des Zentralbankgeldes vermindert, welches für die monetäre Expansion bereitsteht, und nur nebenbei auch das Ausmaß der mit einer freien Menge Zentralbankgeld möglichen monetären Expansion, beschränken erhöhte Zuwachsmindestreservesätze allein dieses Ausmaß.

Der Einfluß von Änderungen der Mindestreservevorschriften auf den Geldschöpfungsspielraum bei gegebener freier Zentralbankgeldmenge läßt sich, was die Zuwachsrate der Geldbasis angeht, im Bereinigungsverfahren in der Weise erfassen, daß man die Veränderungen der Zentralbankgeldmenge auf eine Zentralbankgeldmenge des jeweils vorangegangenen Zeitraums bezieht, für die das Mindestreservesoll fiktiv zu Reservesätzen der laufenden Periode berechnet wird (JG 75 Ziffer 181).

Im Falle von Zuwachsreservesätzen werden diese also auch fiktiv auf den Bestand an Einlagen oder Krediten angewendet.

Im Falle einer Änderung der Referenzzeitpunkte für Zuwachsreserven bedarf es außerdem einer Korrektur um den Teil des Reservesolls, der durch solche Entscheidungen freigesetzt oder zusätzlich gebunden wird (analog der Bereinigung der Geldbasis bei Änderungen der Bestandsreservesätze).

487. In einigen Ländern gibt es Liquiditätsreserveverpflichtungen. Im Gegensatz zu Mindestreserven, die in der Form von Zentralbankgeld zu halten sind, geht es dabei um Reserven, die in näher bestimmten Wertpapieren („Liquiditätspapiere") anzulegen sind. Die Verpflichtung zur Haltung von Liquiditätsreserven stellt mithin keine administrative Minderung der Menge des zur monetären Expansion bereitstehenden Zentralbankgeldes dar. Regelungen über Liquiditätsreserven sind vielmehr Vorschriften über die Aufteilung der Ausleihungen der

Banken auf bestimmte Kreditgruppen und Kreditnehmer. Wie andere direkte Kreditkontrollen berühren sie in erster Linie die Struktur der Finanzierungsströme, weniger die Höhe des finanzierbaren Ausgabevolumens.

Das heißt nicht, daß die Verpflichtung zur Haltung von Liquiditätsreserven oder — allgemeiner — die administrative Diskriminierung beziehungsweise Begünstigung von einzelnen Kreditbeziehungen ohne jede Bedeutung wäre für die Effizienz des monetären Systems eines Landes. Je nach Art und Ausmaß dieser „monetären Strukturpolitik", wird ein Land unter Umständen mit einer gegebenen Menge Zentralbankgeld mehr oder weniger Ausgaben finanzieren können. Für eine Harmonisierung der Geldpolitik der europäischen Länder, die auf die monetäre Expansion abstellt, wären jedoch nur die Veränderungen in der Effizienz des monetären Systems eines Landes von Bedeutung (Ziffer 492).

Zur Festlegung der Zuwachsrate der Geldbasis

488. Die Expansion der Geldbasis in einem Währungsgebiet soll folgen

- dem Wachstum des Produktionspotentials und
- der für unvermeidlich erachteten Preissteigerungsrate sowie
- dauerhaften Änderungen in der Effizienz des monetären Systems.

489. Die Expansionsrate der Geldbasis kann daher für alle Länder einheitlich festgelegt werden, wenn

- das Produktionspotential in allen Ländern mit der gleichen Rate wächst,
- der kurzfristig als unvermeidlich anzusehende Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus für alle Länder gleich anzusetzen ist,
- Änderungen in der Effizienz des monetären Systems für alle Länder die gleichen sind.

490. Unterschiede im Wachstum des Produktionspotentials der Länder sind grundsätzlich bei der Festlegung der monetären Expansionsrate zu beachten, es sei denn, die Verteilung des Geldes kann vollständig dem Markt überlassen werden, weil die beteiligten Länder de facto schon (nahezu) ein einheitliches Währungsgebiet bilden.

491. Unterschiede in der jeweils für unvermeidlich zu haltenden Preissteigerungsrate der Länder können nur berücksichtigt werden, wenn die währungspolitischen Rahmenbedingungen damit vereinbar sind (Ziffern 504 ff.). Länder, die einen Währungsverbund mit im Prinzip festen Wechselkursen eingegangen sind, können ihrer Geldpolitik nur eine einheitliche Preissteigerungsrate als unvermeidlich zugrunde legen (Ziffern 496 ff.).

492. Die Effizienz des monetären Systems eines Landes schlägt sich nieder in der sogenannten Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes. Der Spielraum für Schwankungen der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes ergibt sich aus dem Informationspotential des jeweiligen Geldsystems. Es wird unter anderem von administrativen Vorschriften und von der Art des Bankensystems bestimmt. Für eine kurzfristig operierende, antizyklisch ausgerichtete Geldpolitik sind diese Schwankungen von erheblicher Bedeutung, für eine mittelfristig ausgerichtete hingegen nicht.

Bei der Vorgabe der Zuwachsrate der Geldbasis zu beachten wären allerdings trendbestimmte Veränderungen der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes beziehungsweise institutionelle Umbrüche, die den Trend oder das Niveau der Umlaufsgeschwindigkeit ändern. Ab- oder Zuschläge von der sonst geltenden Vorgabe sind folglich dann vorzunehmen, wenn bei einem Land entweder eine Abweichung des Trends von dem der übrigen Länder klar absehbar ist, oder wenn institutionelle Faktoren, etwa die allgemeine Einführung bargeldloser Gehaltszahlung, für die Zukunft Abweichungen mit großer Sicherheit erwarten lassen.

493. Darüber hinaus wird es immer wieder vorkommen, daß die monetäre Entwicklung ungeplant oder unvorhergesehen von dem vorgegebenen Pfad abweicht. Dies wäre bei den jeweiligen Vorgaben für die Zukunft so zu berücksichtigen, daß die monetäre Expansion des Landes alsbald auf den mittelfristigen Pfad zurückgeführt wird, wie er durch die Regeln unter Ziffern 500 ff. beschrieben ist. Eine strenge Verabredung unter den Ländern müßte gewährleisten, daß dies und nur dies geschieht, daß also ein Mißbrauch der Korrekturmöglichkeit ausgeschlossen ist.

494. In den meisten Ländern der Europäischen Gemeinschaft ist die Notenbank weniger unabhängig von der Regierung als in der Bundesrepublik. Das wirft Probleme auf, weil immer die Gefahr besteht, daß die Versorgung mit Geld abhängig wird vom Verteilungskampf der Interessengruppen und dem Eigeninteresse des Staates. Es muß daher das Bestreben sein, die Autonomie der Notenbank zu stärken, zumindest aber die Kooperation von Notenbank und Regierung so zu regeln, daß die Verantwortlichkeit der dann für die Geldpolitik zuständigen Instanzen verselbständigt ist, also institutionell gesichert ist, daß internationale Absprachen zur Objektivierung der Geldversorgung eingehalten werden.

495. Wir ziehen den Schluß, daß weder die instrumentellen noch die institutionellen Unterschiede ausreichen, den europäischen Ländern eine Begründung dafür zu liefern, eine konsequente, mittelfristig stetige Geldmengensteuerung ließe sich nicht alsbald realisieren.

Es läßt sich zeigen, daß trotz aller Schwierigkeiten der Ausgangssituation auch die währungspolitischen Probleme einen gemeinsamen Versuch nicht ausschließen, die Versorgung mit Geld dem Plebiszit des Tages zu entziehen.

III. Harmonisierte Geldpolitik im Währungsverbund

496. In einem Festkurssystem, in dem die Währungen einiger Länder wie im europäischen Währungsverbund innerhalb enger Bandbreiten miteinander verbunden sind, bedeutet die Schaffung von Zentralbankgeld in einem Land letztlich auch die Schaffung von Zentralbankgeld für die übrigen Partnerstaaten. Denn diese können wegen der vorgesehenen Interventionspflicht an den Devisenmärkten gezwungen werden, gegebenenfalls das Zentralbankgeld jenes Landes in eigenes umzutauschen. Dazu kommt es immer dann, wenn ein Land zuviel Zentralbankgeld schafft, dadurch dessen Preis, den Zins, senkt und so einen Geldabfluß in andere Länder bewirkt, oder inflatorische Impulse gibt, die dann entweder über Leistungsbilanzdefizite oder spekulative Kapitalbewegungen zu demselben Ergebnis führen — immer vorausgesetzt natürlich, das Land nimmt die Tendenz zu Geldabflüssen nicht zum Anlaß, seinen expansiven Kurs entsprechend zu korrigieren. Aus diesen Gründen ist in einem Währungsverbund wie dem europäischen Floating-Block die geldpolitische Autonomie des Einzelstaates de facto in dem Sinne beschränkt, als dieser über die Menge des eigenen Zentralbankgeldes nur so lange abschließend bestimmt, wie er eine Vermehrung seines Zentralbankgeldes aus unerwünschten Devisenzuflüssen entweder im Rahmen seiner geldpolitischen Ziele zulassen oder durch entgegengesetzt wirkende geldpolitische Maßnahmen, etwa durch Offenmarktverkäufe, kompensieren kann.

Diese implizit gegebene Beschränkung der geldpolitischen Autonomie ist in einem Währungsverbund, will man diesen erhalten, ein zusätzlicher Grund, vor einer ausdrücklichen Souveränitätsbeschränkung, wie sie in einer verbindlichen gemeinschaftlichen Festlegung von Zielgrößen der Geldmengensteuerung liegt, wenig Scheu zu haben — vorausgesetzt es werden ausreichende Sanktionen gegen Regelverletzungen eingeführt.

497. Die Interventionsverpflichtung an den Devisenmärkten gegenüber jedem Partnerland unter den Vorbehalt zu stellen, daß es in seiner monetären Politik nicht nennenswert und dauerhaft von einem gemeinschaftlich festzulegenden monetären Pfad abweicht, ist nun gerade in einem Währungsverbund ein Weg, der an den Ursprung des Problems führt. Denn an dessen Ursprung steht die Geldpolitik, und die Interventionsverpflichtung an den Devisenmärkten ist die Stelle, wo gegebenenfalls die Solidarität der Partner gefordert wird.

498. Vertretbar ist ein solcher Vorbehalt, wenn die Einhaltung eines gemeinsam beschlossenen geldpolitischen Pfades möglich und zumutbar ist. Dies wiederum ist möglich, wie die Politik der Bundesbank beweist, und es ist zumutbar, weil es nur die mit dem Währungsverbund implizit gegebene Beschränkung der nationalen geldpolitischen Autonomie ins Positive wendet — immer vorausgesetzt, der Währungsverbund werde weiterhin ernsthaft gewollt.

499. Annehmbar ist ein solcher Vorbehalt, weil die Zugehörigkeit zum Währungsverbund attraktiv ist

- wegen des Angebots an multilateraler Solidarität der Partner,
- wegen der Teilhabe an dem Vertrauen, die der wirtschaftlichen und finanziellen Potenz der Ländergruppe zukommt, und zwar um so mehr desto konsequenter ein Land die Regeln der Gruppe auch in kritischen Phasen einhält und die Gruppe die versprochene Solidarität praktiziert,
- wegen der Objektivierung des Zwangs zu einer stabilitätskonformen Geldversorgung, die den geldpolitischen Instanzen Rückendeckung gegenüber widerstreitenden Interessen im Innern gibt.

500. Zu fragen bleibt, wie eine solche Interventionsverpflichtung mit Vorbehalt im europäischen Währungsverbund konkret aussehen könnte. Einigung müßte unter den Partnern hinsichtlich der zu steuernden geldpolitischen Zielgröße (Zentralbankgeldmenge) und deren wünschenswerter Veränderung im Zeitablauf erzielt werden. Wichtig wäre hierbei, daß die Steuergröße genau definiert und abgegrenzt wird und hinsichtlich der Meßvorschriften und der Bereinigung Einvernehmen erreicht wird (Ziffern 476 ff.). Ferner wäre der Toleranzbereich um die anvisierte Steuergröße festzulegen. Er sollte aus stabilitätspolitischen Überlegungen heraus eng gehalten werden, also etwa 1 vH bis 1 1/2 vH betragen. Schließlich wäre die Anzahl der Monate (etwa 3 bis 4) festzulegen, in denen sich die monetäre Zielgröße (Zentralbankgeldmenge) außerhalb des Toleranzbereiches bewegt haben müßte, bevor die Interventionsverpflichtung jedes Mitgliedslandes des Währungsverbundes gegenüber der Währung des betreffenden Landes automatisch ruhte, bis sich die monetäre Zielgröße des betreffenden Landes wieder für einen bestimmten, möglicherweise etwas längeren Zeitraum (etwa 5 bis 6 Monate) im vereinbarten Toleranzbereich bewegt hat. Das Ruhen der Interventionsverpflichtung würde sowohl gegenüber den Währungen der Partnerländer eintreten, in denen die monetäre Zielgröße den Toleranzbereich überschreitet, als auch gegenüber den Partnerländern, in denen die monetäre Zielgröße den Toleranzbereich unterschreitet. Durch die letzte Bestimmung wäre sichergestellt, daß die einzelnen Länder auch keine restriktivere Geldpolitik als gemeinsam verabredet zu betreiben brauchen, wenn sich ein Land entschließen sollte, vom gemeinsamen monetären Pfad nach unten abzuweichen.

501. Die Möglichkeit des Ruhens der Interventionsverpflichtung gegenüber einzelnen Währungen im Währungsverbund unter bestimmten Voraussetzungen bedeutet nun keineswegs automatisch, daß die feste Kursrelation zu der betreffenden Währung ebenfalls aufgehoben wäre. Die Entscheidung darüber würde nun einzig und allein bei dem Partnerland liegen, das in seiner monetären Politik die abgesteckten Toleranzbereiche verlassen hat. Es kann nun durchaus auf sich allein gestellt die festgesetzten Interventionspunkte seiner Währung durch den Einsatz seiner Devisenreserven verteidigen. Damit ihm

dies leichter fällt und als Ausgleich für die Einschränkung der Interventionsverpflichtung, sollten Beschränkungen in der Ausländerkonvertibilität der Partnerwährungen, die etwa noch bestehen, abgebaut werden. Möglicherweise wäre der Kapitalmarkt eines jeden Landes des Währungsverbundes auch für die öffentliche Hand der Partnerstaaten zu öffnen. Denn insoweit ein Partnerland, dessen monetäre Politik die gemeinsam verabredeten Grenzen in stabilitätsgefährdendem Maße überschreitet, die Finanzierung daraus resultierender Zahlungsbilanzdefizite zu den jeweiligen Marktbedingungen vornimmt, wird das Erreichen der geldpolitischen Zielsetzungen in den übrigen Ländern des Währungsverbundes nicht beeinträchtigt. Umgekehrt würde der Abbau von noch bestehenden Beschränkungen der Inländerkonvertibilität den Zwang zum Einhalten der vereinbarten monetären Spielräume verstärken.

502. Lassen die Partnerländer es häufig darauf ankommen, daß es zum Ruhen von Interventionsverpflichtungen kommt und im Zusammenhang damit zu häufigen Wechselkursänderungen innerhalb des Blocks, so mindert dies den Wert, den die Mitgliedschaft für jedes einzelne Land hat. Denn es lädt zur Spekulation gegen die Notenbanken ein, weil es diese Spekulation immer risikoloser macht, möglicherweise sogar noch mehr als bei den gegenwärtigen Interventionsregeln, weil das Ruhen von Interventionsverpflichtungen wahrscheinlich leichter vorhersehbar sein würde, als es heute Wechselkursveränderungen sind. Auch die übrigen Vorteile des Währungsverbundes werden ausgehöhlt. Der Anreiz, die Regeln der gemeinsamen Geldpolitik einzuhalten, dürfte somit nicht gering sein.

Trotzdem wäre es unrealistisch davon auszugehen, der europäische Währungsverbund könne schon auf absehbare Zeit ein Währungsblock mit unverbrüchlich festen Wechselkursen werden. Zu groß sind derzeit noch die Unterschiede im Tempo der Inflation. Durch das jüngste Realignment der Währungsparitäten mußte dem erneut Tribut gezollt werden. Und es herrscht Zweifel, ob die Korrektur ausreichend war. Das geringe Ausmaß mag verständlich erscheinen, soweit es darum ging, die Spekulanten zu entmutigen. Es hält auch den inflatorischen Impuls, den die Korrektur für die abwertenden Länder mit sich bringt, gering. Im wohlverstandenen Interesse der Länder ist dies aber nur, wenn die Stabilisierungsaufgabe nicht nur vertagt ist, sondern wegen der Zurückhaltung bei der Korrektur der Paritäten rascher gelöst wird.

503. Allemal sollte beim Übergang zu einer gemeinsamen Geldpolitik, wie sie hier erörtert wurde, eine Situation erreicht sein, in der alle Partnerländer sich zutrauen können, eine einheitliche monetäre Expansion für längere Zeit durchzuhalten. Andernfalls wäre das zeitweise Ruhen der Interventionsverpflichtung in bezug auf einzelne Währungen von vornherein programmiert.

Diese Forderung mag als Konzept einer harmonisierten Geldpolitik vielen noch für lange als nicht realisierbar erscheinen. Wer deshalb resigniert, dürfte dies allerdings nicht in der Vorstellung tun, der europäische Währungsverbund könne ja auch in der bisherigen Form noch für lange bestehenbleiben, so unbefriedigend diese Form auch sei. Eine solche Vorstellung hielten wir nicht für gut begründet. Die Erfahrungen mit dem alten Weltwährungssystem haben deutlich gezeigt, daß bei fortgesetzter Verletzung der Funktionsbedingungen eines Festkurssystems Währungskrisen einander immer rascher folgen und schließlich der Wert des Systems für alle so gering geworden ist, daß man es aufgeben muß.

IV. Harmonisierte Geldpolitik bei „anpassungsfähigen" Wechselkursen

504. Für die Länder der Europäischen Gemeinschaft, die nicht dem europäischen Währungsverbund angehören, kann die Zielgröße für die Geldpolitik (Zentralbankgeldmenge) durch Gemeinschaftsbeschluß gemäß der stabilisierungspolitischen Ausgangssituation des jeweiligen Landes unterschiedlich festgesetzt werden. Die Zielgrößen für diese Länder wären so vorzugeben, daß im Zeitablauf eine allmähliche Annäherung an den gemeinsamen geldpolitischen Rahmen der Länder im Währungsverbund erreicht wird. Nach einem Übergangszeitraum von vier bis fünf Jahren sollte ein dauerhafter währungspolitischer Anschluß an die Länder des Währungsverbundes wieder möglich werden.

505. Wie könnten nun die währungspolitischen Rahmenbedingungen aussehen, die diese Konvergenz der Geldpolitik in den gegenwärtig nicht dem Währungsverbund angehörenden Partnerländer mit der Geldpolitik der im Währungsverbund stehenden Länder unterstützen, jedenfalls stärker als bisher sicherstellen würden?

Die allmähliche Anpassung der Geldpolitik in den nicht dem Währungsverbund angehörenden europäischen Partnerländer wird wohl gefördert, wenn man einen währungspolitischen Rahmen findet, der die Solidarhilfe der übrigen Partner nicht ausschließt, sie aber — wie für den Währungsverbund bereits beschrieben — von Anfang an unter den Vorbehalt zielkonformen geldpolitischen Verhaltens stellt, wobei hinsichtlich der Solidarhilfe unterschiedlich starke Verpflichtungen gegeben sein können, die von dem jeweiligen währungspolitischen Rahmen abhängen würden. Der Unterschied zur gegenwärtigen Praxis, die ja auch Devisenkredite in den verschiedensten Formen für die selbständig floatenden Partnerländer kennt, bestünde darin, daß eine Verpflichtung zur Solidarhilfe erst und nur solange gegeben wäre, wie das betreffende Partnerland den gemeinsam verabredeten monetären Spielraum eingehalten hat. Die Unterstützung wird also gleichsam von Anfang an unter den Vorbehalt der Erfüllung gemeinsam verabredeter Beschlüsse gestellt, während es bisherige Übung ist, daß Zahlungsbilanzhilfen gegeben werden, wenn monetäre Exzesse in den betreffenden Ländern zu entsprechenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten geführt haben, wobei solche Devisenkredite

zunächst oft ohne jegliche Auflagen für die monetäre Politik gewährt wurden und erst weitere Kredite mit Auflagen verknüpft waren.

506. Unter der Voraussetzung, daß sich die monetäre Steuergröße (Zentralbankgeldmenge) eines nicht dem Währungsverbund angehörenden Landes der Europäischen Gemeinschaft im gemeinsam vereinbarten Rahmen bewegt hat, wobei hinsichtlich der Messung und der Berechnung der monetären Steuergröße sowie der Setzung der Toleranzgrenzen Gleiches gelten würde wie zwischen den Ländern des Währungsverbundes, könnte dieses Land der Unterstützung aller Partnerländer in Form von notwendigen Kursstützungskrediten sicher sein, wenn es interveniert, um den Kurs seiner Währung in den gemeinsam vereinbarten Grenzen (Zielzone) zu halten oder ihn wieder dorthin zu führen. (Natürlich könnten auch, sofern der monetäre Rahmen eingehalten ist, Verabredungen hinsichtlich des gemeinsamen Intervenierens aller Partnerländer gegenüber der in Frage stehenden Währung getroffen werden. Wer interveniert, ist mehr eine Frage der technischen Zweckmäßigkeit.) Zusätzlich vereinbart werden müßten Regelungen hinsichtlich des Ausgleichs beziehungsweise der Rückzahlung der von den Partnerländern zur Verfügung gestellten Kredite. Über die Interventionsgrenzen, bei deren Überschreiten Kursstützungsoperationen eines Landes die Solidarität der Partnerländer bedingen würde, müssen ebenfalls genaue Vereinbarungen getroffen werden, die den Unterschieden in der monetären Politik angemessen Rechnung tragen. Es wäre einem Land auch weiterhin gestattet zu intervenieren, bevor diese Grenzen erreicht sind. Für solche Interventionen innerhalb der Zielzonen könnte der Beistand der Partner jedoch nicht in Anspruch genommen werden.

Das Land darf aber nur intervenieren, um zu verhindern, daß sich seine Währung noch weiter von der vereinbarten Zielzone entfernt, oder um zu erreichen, daß sie sich wieder hin zu den von der Zielzone gesetzten Grenzen bewegt. Interventionen, die eine Währung von den in den Zielzonen gesetzten Grenzen entfernen würden, wären nicht zulässig. Aufgrund ähnlicher Überlegungen ist es zu den Regeln für ein „geordnetes Floating" des Internationalen Währungsfonds gekommen, ohne daß diese freilich mit Vereinbarungen über die Geldmengenexpansion verbunden waren.

507. *Zur Bestimmung der Wechselkursgrenzen, jenseits derer die Solidarität der übrigen Partner bei Interventionen am Devisenmarkt durch ein Land gefordert ist, bieten sich mehrere Vorgehensweisen an. Wichtig ist vor allem, daß diese Grenzen im wesentlichen bestimmt sein sollten von den Unterschieden in der Expansion der monetären Steuergröße in den Ländern des Währungsverbundes und dem jeweils autonom floatenden Mitgliedsland der Europäischen Gemeinschaft. Konkret gesprochen bedeutet dies etwa folgendes: Kommt man überein, für die Länder des Währungsverbundes eine Expansion der monetären Steuergröße (Zentralbankgeldmenge) von 6 vH, für ein nicht dem Währungsverbund angehörendes Land aber 11 vH für ein bestimmtes Jahr festzulegen, so sollte die Grenze für den Abwertungssatz der Währung dieses Landes gegenüber den Währungen des Währungsverbundes, bei deren Überschreiten eventuelle Interventionen der Zentralbank des betreffenden Landes den Beistand der übrigen auslösen würden — unter der Voraussetzung, daß sich die Expansion der monetären Steuerungsgröße in dem betreffenden Land verabredungskonform entwickelt hat —, nicht unter 5 vH für den entsprechenden Zeitraum liegen. Zweckmäßiger wird die Interventionsgrenze bestimmt aus der Veränderung des gewogenen Wechselkurses der Währung des betrachteten Landes zu den Ländern des Floating-Blocks. (Wählte man als Bezugsgröße alle Währungen der Gemeinschaftsländer, so hätte dies den Nachteil, daß sich in der Veränderungsrate auch solche Wechselkursänderungen von Währungen anderer EG-Länder niederschlügen, die über deren Zielzonen hinausgehen.)*

508. Will man die Interventionsverpflichtungen bei verabredeter divergierender Entwicklung der monetären Zielgrößen stärker formalisieren, so kann man die Entwicklung der Wechselkursrelationen (mit entsprechenden Bandbreiten) zwischen den Währungen der Länder im Währungsverbund und den Währungen der übrigen Länder der Europäischen Gemeinschaft entweder im voraus festlegen (vorangekündigte stetige Paritätsänderung) oder von der tatsächlichen Wechselkursbewegung der Vergangenheit entsprechend einer festzulegenden Formel (crawling peg) bestimmt sein lassen; auch ein System der Stufenflexibilität wäre möglich, in dem Ausmaß und Häufigkeit der Aufwertungen und Abwertungen im vorhinein begrenzt sind (JG 73 Ziffern 413 ff.). An den Bandgrenzen der so festgelegten, gradlinig, kontinuierlich oder in Stufen verlaufenden Paritätspfade bestünde im Gegensatz zur informellen Kursstützung bei grundsätzlich flexiblen Kursen nunmehr eine Interventionsverpflichtung für alle beteiligten Staaten, die aber — ähnlich wie bei den fest miteinander verbundenen Währungen — von vornherein ebenfalls unter den Vorbehalt gestellt wäre, daß sich in dem Land, dessen Währung nur durch Interventionen im Band gehalten werden kann, die Expansion der monetären Steuergröße (Zentralbankgeldmenge) verabredungskonform entwickelt hat. Bei nicht verabredungsgemäßer Entwicklung der monetären Steuergröße würde auch hier — wie im Währungsverbund — die Interventionspflicht ruhen.

Das Maß der stetigen Paritätsänderung beziehungsweise der maximal möglichen Paritätsänderung aufgrund einer bestimmten Formel oder eines bestimmten Regelsystems wäre nach ähnlichen Gesichtspunkten zu bestimmen wie die zu vereinbarenden Interventionsgrenzen bei einer informellen Kursstützung.

Anhang

Seite

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 185

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft 187

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates 188

IV. Brief des Sachverständigenrates vom 6. Oktober 1976 an den Bundesminister für Wirtschaft 189

V. Methodische Erläuterungen 201

VI. Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages zum Problem der Dauerarbeitslosigkeit 205

VII. Bemerkungen zur Konstruktion eines Index staatlich administrierter Verbraucherpreise 209

VIII. Zur Schätzung des Arbeitsplatzpotentials und des Erwerbspersonenpotentials 212

IX. Statistischer Anhang 215

I.

Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685)

in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) — § 6 Abs. 1 —, und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582) — § 6 Abs. 2

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

§ 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersuchung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

§ 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichende Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

§ 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfassung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinenden Personen, insbesondere Vertretern von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

§ 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstattet jährlich ein Gutachten (Jahresgutachten) und leitet es der Bundesregierung bis zum 15. November zu. Das Jahresgutachten wird den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesregierung unverzüglich vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht. Spätestens acht Wochen nach der Vorlage nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen.

(2) Der Sachverständigenrat hat ein zusätzliches Gutachten zu erstatten, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden. Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung weiterer Gutachten beauftragen. Der Sachverständigenrat leitet Gutachten nach Satz 1 und 2 der Bundesregierung zu und veröffentlicht sie; hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung führt er das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbei.

§ 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates, dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

§ 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

II.

Auszug aus Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1967, Teil I S. 582

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft

Vom 8. Juni 1967

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

§ 2

(1) Die Bundesregierung legt im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält:

1. die Stellungnahme zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der Fassung des Gesetzes vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633);
2. eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele (Jahresprojektion); die Jahresprojektion bedient sich der Mittel und der Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, gegebenenfalls mit Alternativrechnungen;
3. eine Darlegung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(2) Maßnahmen nach § 6 Abs. 2 und 3 und nach den §§ 15 und 19 dieses Gesetzes sowie nach § 51 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes und nach § 19 c des Körperschaftsteuergesetzes dürfen nur getroffen werden, wenn die Bundesregierung gleichzeitig gegenüber dem Bundestag und dem Bundesrat begründet, daß diese Maßnahmen erforderlich sind, um eine Gefährdung der Ziele des § 1 zu verhindern.

§ 3

(1) Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung. Diese Orientierungsdaten enthalten insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge im Hinblick auf die gegebene Situation.

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Orientierungsdaten auf Verlangen eines der Beteiligten zu erläutern.

§ 4

. . .

III.

Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates

Als Veröffentlichungen des Sachverständigenrates sind bisher erschienen:

Jahresgutachten 1964/65: „Stabiles Geld — Stetiges Wachstum" (am 11. Januar 1965)

Jahresgutachten 1965/66: „Stabilisierung ohne Stagnation" (am 13. Dezember 1965)

Jahresgutachten 1966/67: „Expansion und Stabilität" (am 30. November 1966)

Jahresgutachten 1967/68: „Stabilität im Wachstum" (am 6. Dezember 1967); darin enthalten: Sondergutachten vom März 1967: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967"

Jahresgutachten 1968/69: „Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung" (am 4. Dezember 1968)

Jahresgutachten 1969/70: „Im Sog des Booms" (am 3. Dezember 1969); darin enthalten: Sondergutachten vom 30. Juni 1969 und 3. Juli 1968: „Binnenwirtschaftliche Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht"; Sondergutachten vom 25. September 1969: „Zur lohn- und preispolitischen Situation Ende September 1969"; Sondergutachten vom 4. Oktober 1969: „Zur währungspolitischen Situation Anfang Oktober 1969"

Jahresgutachten 1970/71: „Konjunktur im Umbruch — Risiken und Chancen —" (am 3. Dezember 1970); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Mai 1970: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970"

Jahresgutachten 1971/72: „Währung, Geldwert, Wettbewerb — Entscheidungen für morgen —" (am 22. November 1971); darin enthalten: Sondergutachten vom 24. Mai 1971: „Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage im Mai 1971"

Jahresgutachten 1972/73: „Gleicher Rang für den Geldwert" (am 6. Dezember 1972); darin enthalten: Sondergutachten vom 3. Juli 1972: „Zur währungspolitischen Lage im Juli 1972"

Jahresgutachten 1973/74: „Mut zur Stabilisierung" (am 22. November 1973); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Mai 1973: „Zur konjunkturpolitischen Lage im Mai 1973"

Jahresgutachten 1974/75: „Vollbeschäftigung für morgen" (am 22. November 1974); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. Dezember 1973: „Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise"

Jahresgutachten 1975/76: „Vor dem Aufschwung" (am 24. November 1975); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. August 1975: „Zur konjunkturpolitischen Lage im August 1975"

Alle Veröffentlichungen sind im W. Kohlhammer-Verlag Stuttgart-Mainz erschienen.

IV.

Brief des Sachverständigenrates vom 6. Oktober 1976 an den Bundesminister für Wirtschaft

Sehr geehrter Herr Minister!

Anläßlich der Sitzung der Konzertierten Aktion hatte ich im Namen des Sachverständigenrates zugesagt, daß der Rat sich mit den Möglichkeiten einer weiteren Aufgliederung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen beschäftigen werde. In der Anlage übersende ich Ihnen ein Arbeitspapier, das den gegenwärtigen Stand unserer Überlegungen darlegt. Wir hoffen, damit einen Beitrag zu diesem auch für unsere Arbeiten sehr bedeutsamen Anliegen geleistet zu haben und bitten Sie, das Arbeitspapier an interessierte Teilnehmer der Konzertierten Aktion weiterzuleiten.

Mit den besten Empfehlungen

Professor Dr. Olaf Sievert

Zur Aufgliederung des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

1. Es bereitet seit langem Unbehagen, die Entwicklung der Unternehmenserträge allein an der Zuwachsrate des heterogen zusammengesetzten Aggregats „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen" abzulesen, wie es die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausweisen. So wird immer wieder der Ruf laut, die amtliche Statistik möge diese Größe detaillierter aufgliedern, wobei auf die amerikanischen Gesamtrechner verwiesen werden kann, die vierteljährlich eine Aufgliederung nach Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, Mieten und Pachten, Zinsen sowie Gewinnen der Körperschaften liefern und letztere noch nach fünf Wirtschaftsbereichen unterteilen [1]). Für Deutschland gibt es derartige Daten, wenn überhaupt, nur auf Jahresbasis und mit großer Verspätung. Viele Statistiken, die differenzierte Informationen liefern, wie die Einkommensteuerstatistik oder die Bilanzstatistik, sind zudem wegen unterschiedlicher Einkommenskonzepte und Erhebungsmethoden mit den Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht vergleichbar.

2. Die Schwierigkeiten, die mit einer Aufgliederung der Unternehmenseinkommen verbunden sind, rühren nicht zuletzt daher, daß diese nicht originär ermittelt werden, sondern als Differenz aus dem Volkseinkommen und den Einkommen aus unselbständiger Arbeit gewonnen werden. Sie sind daher mit einer großen Fehlermarge behaftet. Die Lohneinkommen werden zwar einigermaßen verläßlich erfaßt. Die Fehlermarge beim Volkseinkommen dürfte jedoch schwerlich unter ± 5 vH liegen. Sie schlägt dann beim Unternehmenseinkommen bereits mit ± 15 vH zu Buche und wird bei einer weiteren Aufgliederung noch gewichtiger. Allerdings sind die Fehlermargen wesentlich geringer, wenn es nicht um die Analyse der absoluten Höhe, sondern der zeitlichen Entwicklung der Unternehmenseinkommen geht, weil ein großer Teil der Fehlerquellen von Jahr zu Jahr systematisch in die gleiche Richtung wirken dürfte.

Beides, die große Fehlermarge bei den Angaben aus den Gesamtrechnungen und die fehlende Vergleichbarkeit der Informationen aus anderen Statistiken, muß im Bilde sein, wenn im folgenden ein Überblick über die verschiedenen statistischen Quellen gegeben wird, aus denen sich derzeit ein differenziertes Bild der Unternehmenseinkommen gewinnen läßt.

3. Im Prinzip läßt sich eine Aufgliederung der Unternehmenseinkommen in dreierlei Hinsicht vornehmen:

- nach Einkommensbestandteilen, wie Unternehmerlohn, Fremdkapitalzinsen, Eigenkapitalverzinsung, Restgewinn,
- nach der Herkunft der Einkommen, also nach den Produktionsstätten, in denen die Einkommen entstehen; dabei interessiert insbesondere die Aufgliederung nach Branchen, Unternehmensgrößenklassen und Rechtsformen,
- nach Einkommensempfängern, wie Ausländer, Staat, Unternehmen, private Haushalte, wobei die empfangenen Einkommen der Unternehmen

[1]) Allan H. Young: Reliability of the Quarterly National Income and Product Accounts of the United States, 1947—1971, The Review of Income and Wealth, Series 20 (1974), S. 1—39.

nach Branchen, Größenklassen und Rechtsformen zu untergliedern wären, die der privaten Haushalte nach sozialen Gruppen.

Es sei betont, daß es in den Gesamtrechnungen zwei Einkommensbegriffe für ein Unternehmen gibt, die entstandenen Einkommen und die empfangenen Einkommen. Unter dem Gesichtspunkt der Einkommensentstehung interessieren die Einkommen, die in einem Unternehmen im Zusammenhang mit der Produktion von Gütern und Diensten entstanden sind, unabhängig davon, wer diese Einkommen erhält. Zu den von einem Unternehmen empfangenen Einkommen zählen auch die Erträge, die das Unternehmen durch Anlage von Geldvermögen oder durch Beteiligungen in anderen Bereichen erzielt, wogegen die an andere Bereiche abgeführten Zinszahlungen nicht enthalten sind. Werden von den empfangenen Einkommen die Ausschüttungen und die Entnahmen abgesetzt, so gelangt man zu den einbehaltenen Gewinnen.

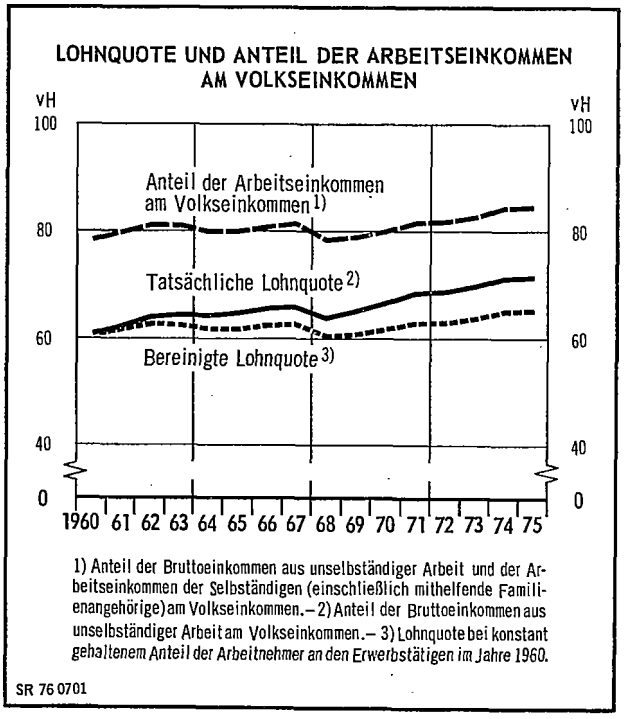
Von den Einkommensgrößen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist der Gewinn zu unterscheiden, den das Unternehmen in seiner Bilanz ausweist. Dieser enthält außer den empfangenen Einkommen noch außerordentliche Erträge, wie Veräußerungsgewinne und Erträge oder Verluste aus Wertberichtigungen. Beide zählen die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht zu den Einkommen, da sie nicht im Zusammenhang mit der Produktionstätigkeit erzielt wurden.

Die Bestandteile des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen: Unternehmerlohn, Fremdkapitalzinsen, Eigenkapitalverzinsung, Restgewinn

4. Bei der Analyse der funktionalen Einkommensverteilung stört am meisten, daß in den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen auch das Entgelt für die Arbeitsleistung von rund 4 Millionen Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen enthalten ist. Soll dieses herausgerechnet werden, müßte die Arbeitsleistung der Selbständigen unter Berücksichtigung der geleisteten Arbeitszeit mit Arbeitnehmerlöhnen vergleichbarer Tätigkeit bewertet werden. Ersatzweise kann man sich damit behelfen, den Unternehmerlohn aus dem Durchschnittslohn aller Arbeitnehmer, sei es der Gesamtwirtschaft, sei es der betreffenden Branche, abzuleiten. Bei dem einfachsten Ansatz, der auch der Berechnung der bereinigten Lohnquote zugrunde liegt, wird für den durchschnittlichen Unternehmerlohn das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in der Gesamtwirtschaft angesetzt. Der Unternehmerlohn und die Lohneinkommen der Arbeitnehmer lassen sich zum Arbeitseinkommen zusammenfassen und den Unternehmensgewinnen gegenüberstellen. Der Anteil der Arbeitseinkommen am Volkseinkommen läuft parallel zur bereinigten Lohnquote (Schaubild 1).

Gegen die pauschale Gleichsetzung von durchschnittlichem Arbeitnehmerlohn und Unternehmerlohn lassen sich jedoch Bedenken geltend machen. Das Arbeitsentgelt für einen Selbständigen ist im Durchschnitt höher anzusetzen als für einen Arbeitnehmer, da Selbständige im Durchschnitt länger arbeiten und mehr Verantwortung tragen. Das Arbeitsentgelt eines mithelfenden Familienangehörigen ist dagegen geringer als mit dem Durchschnittslohn zu veranschlagen, da die Mithelfenden nicht nur kürzer arbeiten, sondern unter ihnen relativ viele Frauen, Jugendliche und ältere Personen vertreten sind, die als Arbeitnehmer unterdurchschnittlich entlohnt würden.

Schaubild 1



1) Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und der Arbeitseinkommen der Selbständigen (einschließlich mithelfende Familienangehörige) am Volkseinkommen. – 2) Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen. – 3) Lohnquote bei konstant gehaltenem Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen im Jahre 1960.

SR 76 0701

In einer alternativen Berechnung des Unternehmerlohns haben wir für einen Selbständigen das Eineinhalbfache und für einen mithelfenden Familienangehörigen zwei Drittel des durchschnittlichen Arbeitnehmerlohns angesetzt. Die Rechnung zeigt, daß sich die Unternehmensgewinne nach Abzug des Unternehmerlohns bei den beiden Ansätzen zwar in ihrer Höhe, auf längere Sicht dagegen nicht in ihrer zeitlichen Entwicklung unterscheiden. Von 1960 bis 1974 stiegen sie durchschnittlich um 6,9 vH bzw. 7,1 vH pro Jahr. Die Zuwachsraten von Jahr zu Jahr schwanken jedoch bei dem zweiten Ansatz wegen der niedrigeren Basis stärker. Im Jahre 1968 betrug der Gewinnzuwachs beim zweiten Ansatz 32 vH, beim ersten Ansatz 28 vH, der Gewinnrückgang des Jahres 1974 betrug 8 vH bzw. 5 vH.

Eine noch differenziertere Bewertung der Tätigkeit der Selbständigen hat das DIW vorgenommen [1]). Getrennt nach Wirtschaftsbereichen wird als Unternehmerlohn jeweils ein unterschiedliches Vielfaches des

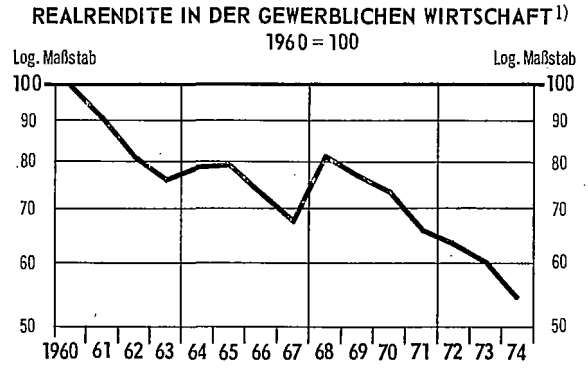
[1]) B. Görzig und W. Kirner: Möglichkeiten und Grenzen einer mittelfristigen Einkommenspolitik im Rahmen einer allgemeinen Wirtschaftspolitik, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Beiträge zur Strukturforschung, Heft 25, 1973.

durchschnittlichen Arbeitnehmerlohns des Wirtschaftsbereiches angesetzt. Dabei bleibt aber offen, wie diese Faktoren ermittelt wurden. Auch ist es fraglich, ob der jeweilige Branchenlohn die richtige Bezugsbasis ist; für den Unternehmerlohn eines Arztes oder Rechtsanwaltes sind sicherlich nicht die Löhne seiner Bürokräfte der richtige Maßstab.

5. Der nach Abzug des Unternehmerlohns verbleibende Unternehmensgewinn enthält neben dem Entgelt für das eingegangene Risiko im wesentlichen die Verzinsung für das eingesetzte Fremd- und Eigenkapital. Die für die Analyse der Ertragsentwicklung angemessene Meßzahl ist daher nicht so sehr die Gewinnquote, der Anteil der Unternehmensgewinne am Volkseinkommen, sondern die Rendite, das Verhältnis von Unternehmensgewinn zum eingesetzten Kapital. Über das eingesetzte Kapital informieren die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zwar nicht voll, aber doch weitgehend, indem sie das reproduzierbare Sachvermögen der Unternehmen, also Ausrüstungen, Bauten und Vorräte erfassen. Es empfiehlt sich, zur Berechnung der Rendite die Bereiche Landwirtschaft und Wohnungsvermietung auszugliedern, da deren Rendite von der der gewerblichen Bereiche stark abweicht.

Die Rendite der gewerblichen Bereiche sank von 1960 bis 1974 von 16 vH auf 8 vH (Schaubild 2). Sie erscheint jedoch auch zuletzt noch erstaunlich hoch, vor allem wenn man berücksichtigt, daß sie eine reale Größe ist, da die Unternehmensgewinne auf das Sachvermögen zu jeweiligen Preisen und nicht zu Anschaffungspreisen bezogen sind. Zu berücksichtigen ist jedoch, daß es sich um die Bruttorendite, vor Abzug der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Vermögensteuer handelt und daß das Sachvermögen nicht das gesamte Betriebskapital umfaßt. Es fehlen die Grundstücke und die immateriellen Vermögenswerte. Auch die Finanzaktiva wären teilweise zu berücksichtigen, nämlich soweit sie für den Produktionsablauf benötigt werden, also vor allem Kassenmittel und die gewährten Handelskredite [1]); andere Finanzaktiva, wie Beteiligungen und Wertpapierbesitz, sind jedoch außer acht zu lassen, da deren Erträge nicht in den Unternehmenseinkommen enthalten sind. Schließlich ist die große Fehlermarge zu beachten, mit der das Unternehmenseinkommen wie auch das Sachvermögen behaftet ist. Die Rendite in ihrer absoluten Höhe ist kaum analysierbar. Der Sachverständigenrat hat sie in seinen Gutachten nicht in absoluten Werten, sondern als Meßziffer veröffentlicht, welche die zeitliche Entwicklung beschreibt.

Schaubild 2



1) Eigene Schätzung;
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen – Unternehmerlohn / Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen + Vorratsbestände zu Buchwerten für Unternehmen ohne Land- und Forstwirtschaft, Wohnungsvermietung. – Unternehmerlohn = Arbeitseinkommen der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen.

SR 76 0702

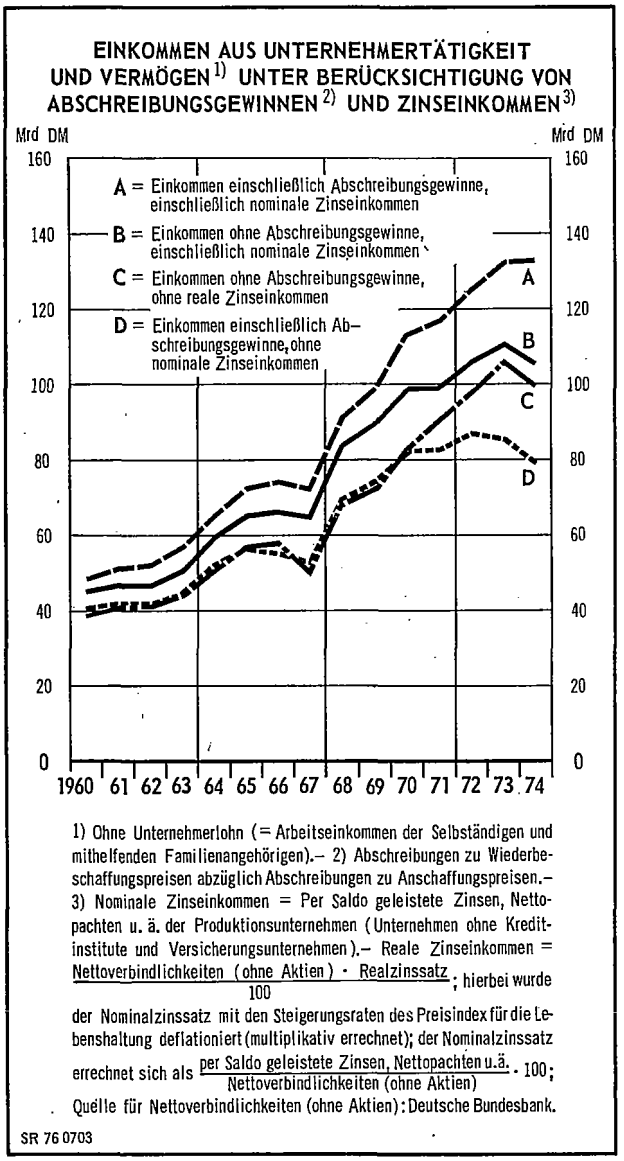
6. Eine weitere Aufgliederung der Unternehmenseinkommen ist möglich, seit das Statistische Bundesamt Informationen über die Zinseinkommen veröffentlicht. Für die Unternehmen insgesamt sowie getrennt für die Produktionsunternehmen (einschließlich Landwirtschaft und Wohnungsvermietung), Banken und Versicherungen weist es seit kurzem den Saldo von geleisteten und empfangenen Zinsen aus. Vielfach wird nun aus dem Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen durch Abzug des Unternehmerlohns und der Zinsen der Unternehmensgewinn im engeren Sinne berechnet. Diese Größe ist jedoch von zweifelhaftem analytischen Wert. In Zeiten mit Geldentwertung kann der Zins nur soweit als Entgelt für eine Faktorleistung angesehen werden, wie er über den Ausgleich hinausgeht, der für den Kaufkraftverlust des Geldvermögens anzusetzen ist. Dieser Inflationsausgleich hat gleichsam den Charakter von Tilgungen, die zusammen mit den echten Tilgungsleistungen dafür sorgen, daß der Gläubiger den Realwert der ausgeliehenen Summe zurückerhält. Werden die Zinsen einschließlich dieses Inflationsausgleichs vom Unternehmensgewinn abgezogen, so wird ignoriert, daß den Unternehmen in Höhe dieses Ausgleichs ein Gewinn entsteht, weil der Realwert ihres Sachvermögens vom Geldwertschwund unberührt bleibt, der Realwert der Schulden aber abnimmt. Dieser Inflationsgewinn wird im Laufe der Zeit dadurch realisiert, daß in der Inflation die Umsätze und damit die darin enthaltenen Abschreibungserlöse steigen. Wird ein Investitionsobjekt voll fremdfinanziert, so decken, auf die gesamte Nutzungsdauer gesehen, die Abschreibungserlöse bei Preisstabilität die Tilgungen des aufgenommenen Kredits. Bei Inflation decken die steigenden Abschreibungen dagegen die Tilgungen einschließlich des Inflationsausgleichs. Wird nun der Gewinn, wie in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, nach Abzug der Abschreibungen zu Wiederbeschaffungspreisen berechnet, so wird, auf die gesamte Nutzungsdauer gesehen, der Inflationsausgleich in den Abschreibungen abgegolten, er darf nicht noch einmal vom Gewinn abgezogen werden. Nur wenn der Gewinn nach Abzug der Abschreibungen zu Anschaffungskosten berechnet wird, wenn er also um die inflationsbedingten zusätzlichen Abschreibungserlöse überhöht ist, dürfen die Zinsen einschließlich des darin enthaltenen Inflationsausgleichs vom Gewinn abgezogen werden.

[1]) Abzüglich der in Anspruch genommenen Handelskredite.

Entsprechend diesen Überlegungen dürfen von den Unternehmenseinkommen die Vermögenseinkommen nur in Höhe des Realzinses abgezogen werden. Legt man als Deflationierungsfaktor den Preisindex der Lebenshaltung zugrunde, so schwankt der Anteil der abzusetzenden Realzinsen am Unternehmensgewinn (ohne Unternehmerlohn) der Produktionsunternehmen im Zeitraum von 1960 bis 1974 zwischen 3 vH und 18 vH.

7. Gegen diese Rechnung kann allerdings eingewandt werden, daß der Unternehmensgewinn nach Abzug des Realzinses nicht nur realisierte, sondern auch nichtrealisierte Gewinne enthält. Die inflationsbedingten zusätzlichen Abschreibungserlöse decken den Inflationsausgleich zwar für die gesamte Nutzungsdauer, nicht aber auch in jeder Teilperiode. Bei einem voll fremdfinanzierten Investitionsobjekt, dessen Abschreibungserlöse bei Preisstabilität die Tilgungen des Kredits deckt, reichen bei Inflation die Abschreibungserlöse zunächst nicht für die Tilgungen einschließlich des Inflationsausgleichs aus.

Schaubild 3



1) Ohne Unternehmerlohn (= Arbeitseinkommen der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen).– 2) Abschreibungen zu Wiederbeschaffungspreisen abzüglich Abschreibungen zu Anschaffungspreisen.– 3) Nominale Zinseinkommen = Per Saldo geleistete Zinsen, Nettopachten u. ä. der Produktionsunternehmen (Unternehmen ohne Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen).– Reale Zinseinkommen = $\frac{\text{Nettoverbindlichkeiten (ohne Aktien)} \cdot \text{Realzinssatz}}{100}$; hierbei wurde der Nominalzinssatz mit den Steigerungsraten des Preisindex für die Lebenshaltung deflationiert (multiplikativ errechnet); der Nominalzinssatz errechnet sich als $\frac{\text{per Saldo geleistete Zinsen, Nettopachten u.ä.}}{\text{Nettoverbindlichkeiten (ohne Aktien)}} \cdot 100$;
Quelle für Nettoverbindlichkeiten (ohne Aktien): Deutsche Bundesbank.

SR 76 0703

Das Unternehmen muß ja den Inflationsausgleich für die volle Schuld auszahlen, erwirtschaftet aber zusätzliche Erlöse nur für eine Abschreibungsrate. Will man den Ausweis nichtrealisierter Gewinne vermeiden, so könnte man den Gewinn durch Abzug der Abschreibungen zu Anschaffungspreisen errechnen und die Zinsen voll abziehen. Dies führt bei voll fremdfinanzierten Objekten zu einem korrekten Ausweis der realisierten Gewinne. Ist dagegen ein Investitionsobjekt mit eigenen Mitteln finanziert, so führt diese Methode zum Ausweis überhöhter Gewinne, denn diese enthalten zwar die zusätzlichen inflationsbedingten Abschreibungserlöse, dagegen wird kein Abzug für den Inflationsausgleich für das eingesetzte Eigenkapital vorgenommen. Gleichwohl ist die Berechnung einer derartigen Größe sinnvoll, da sie den Gewinnen, die die Unternehmen in ihren Bilanzen veröffentlichen und an denen sie subjektiv ihre Ertragslage ablesen, nahekommt. Da das Statistische Bundesamt die Abschreibungen sowohl zu Wiederbeschaffungs- als auch zu Anschaffungspreisen berechnet, ist eine solche Rechnung für die Unternehmen insgesamt möglich (Schaubild 3).

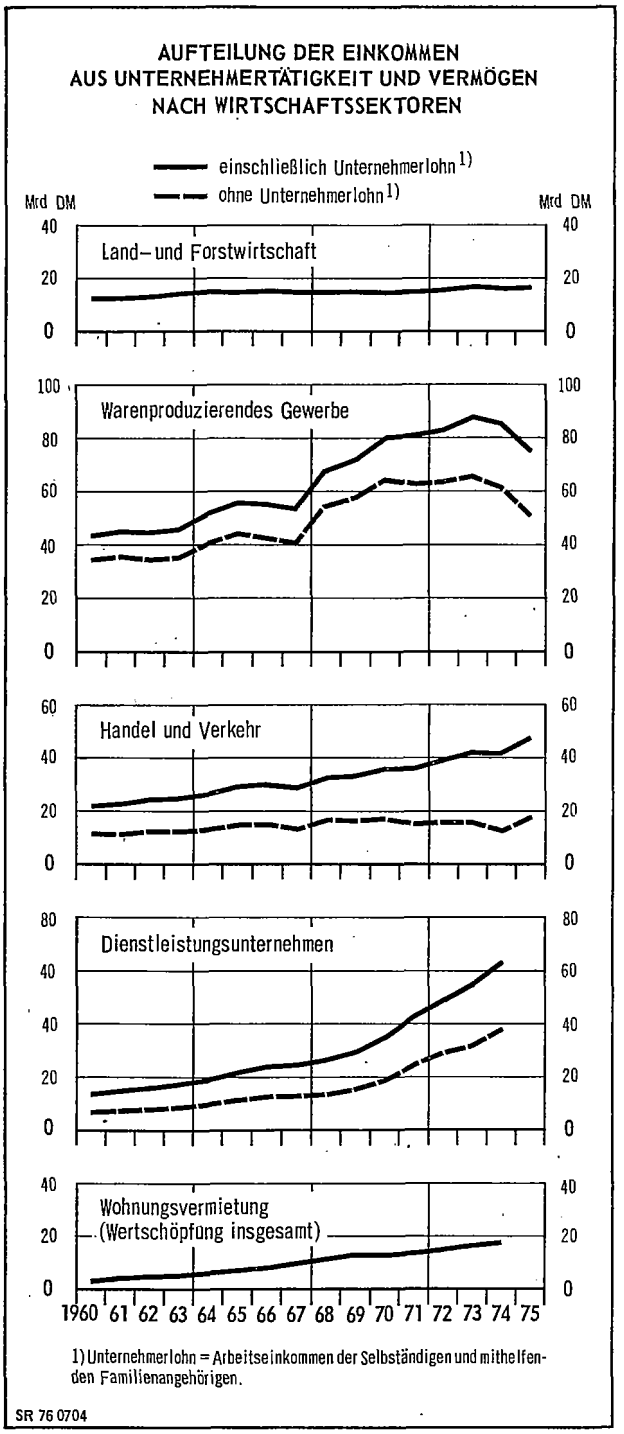
8. Für die Diskussion über die Einkommensverteilung wäre es nützlich, wenn außer der Verzinsung des Fremdkapitals auch die Verzinsung des Eigenkapitals quantifiziert werden könnte und so der eigentliche Residualgewinn sichtbar würde. Eine solche Rechnung hieße jedoch, die Aussagefähigkeit der Daten aus den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen überfordern. Schon ein Ansatz für die Eigenkapitalrendite läßt sich nur schwer finden. Der naheliegende Gedanke, dafür den Realzinssatz für Fremdkapital zu verwenden, kann nicht befriedigen, da man für Eigenkapital nicht die Fristenstruktur des Fremdkapitals unterstellen kann und zudem Fremdkapitalzinsen in vielen Bereichen durch Subventionen oder durch institutionelle Sonderfaktoren verzerrt sind (Wohnungsbaufinanzierung). Zudem ist das Eigenkapital der Gesamtwirtschaft nicht hinreichend verläßlich zu ermitteln. Zwar ließe es sich als Differenz des Sachvermögens und der Nettoverschuldung der Unternehmen berechnen; doch hier gilt das gleiche wie für den Gewinn (Ziffer 2): Mit fortschreitender Differenzenbildung wird die Fehlermarge immer größer.

Die Aufgliederung der Unternehmenseinkommen nach der Herkunft

9. Die durch die Produktionstätigkeit entstandenen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen werden vom Statistischen Bundesamt nach den großen Wirtschaftsbereichen untergliedert. Neun Monate nach Ablauf eines Jahres werden die Unternehmenseinkommen für die vier Bereiche Landwirtschaft, warenproduzierendes Gewerbe, Handel und Verkehr sowie Dienstleistungsunternehmen veröffentlicht. Aus den Einkommen der Dienstleistungsunternehmen lassen sich die Einkommen aus Wohnungsvermietung einigermaßen zuverlässig herausschätzen. Eine stärkere Aufgliederung erfolgt erst 2½ Jahre später; selbst dann noch werden

die Einkommen des verarbeitenden Gewerbes nur im Ganzen, nicht nach Branchen ausgewiesen. Bei diesen Unternehmenseinkommen handelt es sich um die in den betreffenden Bereichen entstandenen Einkommen, also Einkommen einschließlich der zu zahlenden Zinsen. Hingegen enthalten sie nicht die von den Unternehmen in anderen Bereichen erzielten Einkommen. Eine Aufgliederung nach Rechtsformen der Unternehmen gibt es nur für die verteilten Unternehmenseinkommen (Ziffer 10), und eine Unterteilung nach Größenklassen ist derzeit nicht möglich.

Schaubild 4



10. Obwohl die Aufgliederung in vier beziehungsweise fünf Wirtschaftsbereiche noch sehr grob ist, bietet sie interessante Einblicke. So zeigt sie, daß der Anteil der Dienstleistungsunternehmen am gesamten Unternehmenseinkommen von 1960 bis 1974 vor allem zu Lasten des warenproduzierenden Gewerbes gestiegen ist (Schaubild 4). Der Gewinneinbruch in den Jahren 1974 und 1975 fand überhaupt nur im warenproduzierenden Gewerbe statt.

Die Verschiebung der Anteile läßt sich nur zum Teil damit erklären, daß auch der Anteil der im Dienstleistungssektor tätigen Selbständigen gestiegen ist. Auch nach Abzug des Unternehmerlohns bleibt sie erhalten. Inwieweit sie auf ein unterschiedliches Ausmaß der Kapitalbildung zurückzuführen ist, läßt sich derzeit nicht überprüfen. Das Statistische Bundesamt berechnet noch nicht das Sachvermögen nach Wirtschaftsbereichen. Die Berechnungen des DIW liegen noch nicht vollständig vor. Erste Ergebnisse zeigen, daß sich zwar auch der Anteil am Anlagevermögen zugunsten des Dienstleistungssektors verschoben hat, daß aber dies die Verschiebung des Gewinnanteils nicht voll erklärt.

Die Aufgliederung nach Einkommensempfängern

11. Die Informationen über die Verteilung der Unternehmenseinkommen nach Empfängern sind im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sehr mager. Der Übergang von der Einkommensentstehung zu der Einkommensverteilung geschieht in zwei Schritten, und zwar getrennt für die Kapitalgesellschaften und für die Personenunternehmen. Zunächst werden zu den entstandenen Einkommen des Unternehmenssektors die von anderen Sektoren bezogenen Gewinn- und Vermögenseinkommen hinzugefügt und die an andere Sektoren geleisteten Zinseinkommen abgezogen. Man erhält so den empfangenen Unternehmensgewinn. Wird davon abgezogen, was in Form von Steuern an den Staat und in Form von Ausschüttungen oder Entnahmen an Ausländer, an den Staat oder an die privaten Haushalte fließt, so bleibt der unverteilte beziehungsweise nichtentnommene Gewinn übrig. Diese Prozedur wird getrennt für die Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit und für die Personenunternehmen vorgenommen (Tabelle 1). Die Bundesbank weist die nichtentnommenen Gewinne außerdem getrennt nach Produktionsunternehmen, Wohnungswirtschaft, Banken und Versicherungen aus. Im übrigen verdient festgehalten zu werden, daß weder die Entnahmen noch die nichtentnommenen Gewinne originär ermittelt werden, beide vielmehr als Differenzen gewonnen werden.

Tabelle 1

Verteilung der Einkommen aus

Mrd

Lfd. Nr.		1962	1963	1964	1965	1966
1	Im Inland entstandene Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen [1]	99,3	104,3	115,0	124,3	127,7
2	+ empfangene Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen [2]	2,5	2,8	3,0	3,4	3,8
3	— per Saldo geleistete Zinsen u. ä.	5,1	5,8	6,7	7,9	9,4
4	Unternehmensgewinne	96,6	101,2	111,3	119,8	122,2
5	Unternehmensgewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit	23,9	24,3	26,9	27,4	27,8
6	— direkte Steuern u. ä.	10,9	10,7	11,3	11,3	10,9
7	— Ausschüttungen	6,5	7,0	7,7	8,4	8,9
8	Unverteilte Gewinne	6,4	6,5	7,7	7,6	7,8
9	Unternehmensgewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	72,8	76,9	84,5	92,3	94,4
10	Nachrichtlich: Unternehmerlohn [3]	54,8	56,5	58,8	62,6	66,2
11	— direkte Steuern u. ä.	15,3	16,4	17,2	17,7	19,1
12	— Entnahmen	46,5	51,2	55,4	61,3	62,6
13	Nichtentnommene Gewinne	11,0	9,3	11,9	13,3	12,7
14	Unverteilte und nichtentnommene Gewinne	17,4	15,8	19,6	20,8	20,4
15	dar.: Produktionsunternehmen (ohne Wohnungswirtschaft) [4]	17,5	14,8	17,8	19,0	16,6
16	Wohnungswirtschaft [4]	−1,9	−1,9	−1,4	−2,0	−1,4
17	Banken und Versicherungen [4]	2,4	2,9	3,0	4,2	4,1

[1]) Nach Abzug der unterstellten Bankgebühren.
[2]) Ohne Zinsen, Nettopachten u. ä.
[3]) Arbeitseinkommen für Selbständige einschließlich mithelfende — eigene Berechnung.
[4]) Quelle: Deutsche Bundesbank.

Der Rechengang hierfür:

Nettovermögensbildung der privaten Haushalte (aus der Finanzierungsrechnung der Bundesbank)
+ Saldo der Vermögensübertragungen

Ersparnis
+ Privater Verbrauch

Verfügbares Einkommen
⁄ Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
⁄ Sozialeinkommen

Entnahmen und Vermögenseinkommen Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
⁄ Entnahmen und Vermögenseinkommen

Nichtentnommene Gewinne

Tabelle 1

Unternehmertätigkeit und Vermögen

DM

1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	Lfd. Nr.
126,3	147,6	156,0	171,5	179,1	192,4	206,4	209,7	214,8	1
3,7	4,6	5,2	6,1	7,3	7,2	7,5	8,6	8,4	2
9,7	10,2	11,0	14,7	16,2	17,6	23,0	23,2	21,9	3
120,3	142,0	150,2	163,0	170,2	181,9	190,8	195,1	201,3	4
27,1	33,3	36,3	36,9	35,7	35,4	37,9	40,1	38,6	5
10,5	12,1	14,6	13,1	12,1	12,2	16,0	16,2	15,4	6
9,1	9,6	10,9	13,3	14,3	12,8	13,2	15,4	13,3	7
7,3	11,3	10,4	9,9	8,3	9,9	8,1	7,9	9,3	8
93,2	108,6	113,9	126,1	134,5	146,5	153,0	155,0	162,8	9
66,7	69,8	73,8	81,8	90,1	97,0	107,9	118,2	123,1	10
19,1	20,0	21,1	21,3	24,0	26,9	33,1	34,4	33,1	11
63,7	71,7	82,9	91,2	102,3	118,1	122,1	127,2	139,9	12
10,4	16,9	9,9	13,6	8,2	1,5	−2,2	−6,6	−10,2	13
17,9	28,2	20,3	23,5	16,5	11,4	5,9	1,3	− 0,9	14
15,1	24,8	20,2	26,6	17,8	18,8	16,9	4,6	4,3	15
−2,2	−2,3	−7,2	−7,9	−7,7	−13,6	−19,0	−14,8	−19,7	16
4,0	4,2	5,0	6,4	8,1	8,8	9,9	13,2	16,0	17

12. Eine stärkere Untergliederung der Einkommensverteilung nach Branchen, allerdings nur hinsichtlich der empfangenen Gewinne, liefert die Bilanzstatistik der Bundesbank. Für das Jahr 1972 wurde außer nach Branchen auch nach Rechtsformen gegliedert (Kapitalgesellschaften, Personengesellschaften, Einzelkaufleute). Eine Gliederung nach Größenklassen veröffentlichte die Bundesbank nicht, obwohl die vorliegenden Bilanzen unter anderem getrennt nach Größenklassen auf die Gesamtheit der Unternehmen hochgerechnet wurden. Die Bilanzstatistik beruht nicht auf einer Totalerhebung; sie beruht auf Bilanzen von Unternehmen, deren Wechsel zum Rediskont vorgelegt werden. Zu ihrer Statistik merkt die Bundesbank an, daß sie vermutlich auf einer positiven Auslese basiert, da bei ihr nur die Bilanzen von Unternehmen mit günstigen finanziellen Verhältnissen vorgelegt werden (Tabelle 2).

Der in der Bilanzstatistik ausgewiesene Jahresüberschuß ist allerdings mit den empfangenen Unternehmenseinkommen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht vergleichbar. In ihm sind außerordentliche Erträge und Aufwendungen berücksichtigt. Zudem ist er durch Rückstellungen oder Bewertungsänderungen beeinflußt. Die Abschreibungen sind zu Anschaffungskosten angesetzt. Schließlich gibt es Unterschiede hinsichtlich des Steueraufwandes: der Jahresüberschuß vor Steuern enthält im Gegensatz zum Unternehmensgewinn nach den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die Verbrauchsteuern, die Gewerbesteuer und vor 1968 auch die Umsatzsteuer. Der Jahresüberschuß nach Steuern ist um die Körperschaftsteuer höher als der VGR-Bruttogewinn und um die Einkommensteuer kleiner als der VGR-Nettogewinn. Zwar bietet die Bilanzstatistik den Vorteil, daß man den Jahresüberschuß mit einzelnen Bilanzpositionen vergleichen

Tabelle 2

Umsatzrendite vor und nach Steuern

Prozent

Wirtschaftszweig	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973
	Umsatzrendite vor Steuern								
Alle Unternehmen	8,8	8,3	8,4	7,3	7,3	6,6	6,4	6,5	5,7
Verarbeitendes Gewerbe	11,4	10,6	10,6	9,7	9,5	8,4	7,9	8,2	7,3
Chemische Industrie	12,7	12,8	10,8	11,0	11,7	7,4	6,7	7,3	6,7
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	11,5	10,2	10,0	8,0	8,6	8,2	8,3	8,5	5,5
Eisen- und Stahlerzeugung	8,7	6,7	5,7	5,2	7,1	7,3	4,0	3,4	3,8
NE-Metallerzeugung	5,9	5,0	5,0	4,4	4,7	3,6	1,9	2,5	1,9
Stahl- und Leichtmetallbau	9,1	8,5	8,1	4,7	5,4	5,9	6,7	6,2	3,8
Maschinenbau	9,4	8,3	9,0	7,4	7,3	6,3	6,2	6,0	4,9
Straßenfahrzeugbau	10,3	9,5	9,1	8,5	9,5	6,3	5,1	6,7	5,8
Elektrotechnik	9,9	8,1	8,7	7,7	7,8	6,9	5,7	6,9	6,1
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	10,4	9,7	9,7	8,5	8,8	8,5	7,9	7,3	6,2
Holzverarbeitung	10,6	9,5	9,7	6,7	6,7	6,1	6,7	6,9	5,4
Textilgewerbe	7,9	6,8	7,0	6,0	5,4	3,9	4,7	4,7	3,3
Bekleidungsgewerbe	9,1	8,5	7,8	6,2	6,2	4,7	5,5	5,8	3,5
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	10,3	9,8	9,9	8,9	7,7	7,5	8,2	7,7	6,7
Baugewerbe	9,5	8,9	9,3	5,5	5,9	6,6	7,0	6,1	4,2
Großhandel	3,9	3,7	3,9	3,3	3,6	3,5	3,6	3,7	3,3
Einzelhandel	7,6	7,1	7,2	4,9	4,8	5,0	5,1	4,7	3,7
Wirtschaftszweig	Umsatzrendite nach Steuern								
Alle Unternehmen	3,7	3,3	3,3	3,6	3,9	3,6	3,3	3,2	2,6
Verarbeitendes Gewerbe	4,0	3,6	3,5	4,1	4,3	3,9	3,3	3,3	2,7
Chemische Industrie	5,7	6,6	4,6	5,4	6,0	4,3	3,4	3,6	3,0
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	5,8	4,2	4,5	5,2	5,8	5,3	5,5	5,6	3,2
Eisen- und Stahlerzeugung	2,6	1,5	1,3	2,6	4,4	4,7	2,2	1,6	1,9
NE-Metallerzeugung	2,0	1,8	1,9	1,8	2,1	1,9	0,7	0,7	0,6
Stahl- und Leichtmetallbau	4,9	3,7	3,8	2,3	3,4	4,1	5,0	4,7	2,4
Maschinenbau	4,5	3,8	4,3	4,6	4,6	4,3	4,1	3,8	2,9
Straßenfahrzeugbau	4,0	3,5	4,2	4,2	4,9	3,5	2,7	3,3	2,8
Elektrotechnik	4,2	3,5	4,2	4,4	4,6	4,7	3,3	3,7	3,3
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	5,9	5,2	4,9	6,2	6,7	6,7	6,0	5,3	4,5
Holzverarbeitung	6,0	4,9	5,2	5,3	5,1	4,9	5,2	5,2	4,0
Textilgewerbe	3,5	2,6	2,8	3,8	3,4	2,5	3,0	3,2	1,9
Bekleidungsgewerbe	5,3	4,4	4,1	4,7	4,9	3,3	4,2	4,3	2,7
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	3,1	2,8	2,8	3,2	3,0	2,7	2,9	2,8	2,2
Baugewerbe	4,8	4,1	4,5	3,7	4,5	5,2	5,4	4,5	2,9
Großhandel	2,5	2,2	2,3	2,4	2,7	2,5	2,5	2,5	2,1
Einzelhandel	4,0	3,4	3,3	3,6	3,7	3,7	3,7	3,3	2,7

Quelle: Deutsche Bundesbank

kann; ihre Ergebnisse liegen allerdings erst sehr spät vor; im November 1975 erschienen die Ergebnisse für 1973. Für das Jahr 1974 gibt es bislang nur Angaben aus Bilanzen von Aktiengesellschaften der Industrie: Der Jahresüberschuß nach Steuern sank, bei allerdings extremen Unterschieden, um ein Viertel (Tabelle 3).

13. Weitere Informationen über Unternehmenseinkommen, nach Bereichen und Größenklassen gegliedert, liefern die Einkommensteuerstatistik und die Körperschaftsteuerstatistik. Sie werden allerdings nur alle drei Jahre mit erheblichem Zeitaufwand erstellt. Mitte 1975 erschienen die Ergebnisse der Körperschaftsteuerstatistik 1971. Von der Einkommensteuerstatistik 1971 liegen bislang nur erste vorläufige Ergebnisse vor.

Verbesserungsmöglichkeiten der Gewinnstatistiken

14. Alles in allem sind die Statistiken über die Unternehmenserträge nicht differenziert und großenteils auch nicht zeitnah genug. Gesetzgeber und das Statistische Bundesamt sollten daher erneut zu Anstrengungen für eine bessere Durchleuchtung der Unternehmenseinkommen gedrängt werden.

Tabelle 3

Ausgewählte Posten aus den Erfolgsrechnungen von 846 Aktiengesellschaften der Industrie

Lfd. Nr.	Wirtschaftsgruppe	Umsatzerlöse			Abschreibungen auf Sachanlagen		
		1973	1974	Zu- (+) bzw. Abnahme (−)	1973	1974	Zunahme (+)
		Mio DM		vH	Mio DM		vH
1	Energiewirtschaft	30 552,2	34 760,7	+13,8	3 852,8	4 312,9	+11,9
2	Chemische Industrie	36 509,7	48 305,0	+32,3	2 621,7	2 860,8	+ 9,1
3	Eisen- und Stahlerzeugung	27 577,8	36 474,6	+32,3	1 697,3	1 752,1	+ 3,2
4	Maschinenbau	16 740,6	18 228,5	+ 8,9	620,5	644,2	+ 3,8
5	Fahrzeugbau	45 040,7	43 009,1	− 4,5	2 248,7	2 295,7	+ 2,1
6	Elektrotechnik	29 573,2	32 785,1	+10,9	1 121,1	1 175,7	+ 4,9
7	Textilgewerbe	5 490,3	6 023,0	+ 9,7	232,7	237,6	+ 2,1
8	Brauerei und Mälzerei	5 088,2	5 276,0	+ 3,7	476,0	494,3	+ 3,8
9	Übrige Wirtschaftsgruppen	94 221,3	123 403,7	+31,0	4 294,2	4 517,3	+ 5,2

Lfd. Nr.	Wirtschaftsgruppe	Steuern vom Einkommen usw.			Bilanzgewinn (Saldo)		
		1973	1974	Zu- (+) bzw. Abnahme (−)	1973	1974	Zu- (+) bzw. Abnahme (−)
		Mio DM		vH	Mio DM		vH
1	Energiewirtschaft	1 788,8	1 595,5	− 10,8	914,9	975,2	+ 6,6
2	Chemische Industrie	1 744,5	2 106,6	+ 20,8	1 092,5	1 232,1	+12,8
3	Eisen- und Stahlerzeugung	587,8	1 215,2	+106,7	240,7	408,2	+69,6
4	Maschinenbau	365,7	266,5	− 27,1	161,0	141,8	−11,9
5	Fahrzeugbau	1 674,7	1 111,3	− 33,6	914,6	−457,7	—[1]
6	Elektrotechnik	849,2	817,5	− 3,7	505,7	187,7	−62,9
7	Textilgewerbe	111,3	103,7	− 6,8	40,4	30,7	−24,0
8	Brauerei und Mälzerei	211,9	188,7	− 10,9	118,2	102,2	−13,5
9	Übrige Wirtschaftsgruppen	1 734,0	1 776,8	+ 2,5	1 163,8	1 182,8	+ 1,6

[1] Bilanzverlust.

— Zunächst sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Ergebnisse der Bilanzstatistik und der Steuerstatistik kompatibel zu machen.

— Im Rahmen der Gesamtrechnungen wäre anzustreben, daß zumindest die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen für die fünf Bereiche Landwirtschaft, warenproduzierendes Gewerbe, Handel und Verkehr, Dienstleistungsunternehmen sowie Wohnungsvermietung früher als bisher und auch für die Halbjahre ausgewiesen werden [1]). Außerdem sollten für diese Bereiche nicht nur die entstandenen, sondern auch die empfangenen Einkommen berechnet werden. Um Renditerechnungen auch für diese Bereiche möglich zu machen, müßte das Anlagevermögen ebenfalls untergliedert werden.

— Die Ergebnisse der Bilanzstatistik sollten nach Größenklassen aufgegliedert werden. Es sollte geprüft werden, inwieweit durch Hochrechnen von Teilergebnissen eine größere Aktualität erreicht werden kann. Ebenfalls unter dem Gesichtspunkt der Aktualität sollte geprüft werden, ob stichprobenweise Vierteljahresdaten der Erfolgsrechnungen bei Unternehmen erhoben werden können.

— Hinsichtlich der Einkommensteuerstatistik erinnert der Rat an den Vorschlag einer Einkommensteuererklärungsstatistik, die er im Jahresgutachten 1964/65 gemacht hatte, und die vom Bundestag beschlossen, jedoch nach Einspruch des Bundesrates wegen Beschlußunfähigkeit des Bundestages nicht Gesetz werden konnte.

[1]) Siehe Stellungnahme des Statistischen Bundesamtes zum Arbeitspapier des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, S. 199 f.

STATISTISCHES BUNDESAMT
III B 2

Wiesbaden, 20. April 1976

An den
Vorsitzenden des Sachverständigenrates
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Betr.: Stellungnahme zum Arbeitspapier des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung SR/Stab/AP 76 — 1/15. 2. 76

Bezug: VSR — 20/10 (20/30) — Mr/Wi vom 5. 4. 1976

1. Das Statistische Bundesamt hat in den vergangenen Jahren mehrfach auf seine Bemühungen hingewiesen, aufgrund der Anforderungen der Ressorts, der Tarifpartner und anderer interessierter Stellen die Darstellung der funktionellen und personellen Einkommensverteilung zu vertiefen. Die Initiative des Rates zur Erweiterung der statistischen Informationen über die Entwicklung der Unternehmenserträge wird deshalb begrüßt.

2. Zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik auf dem Gebiet der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wird folgendes bemerkt:

   a) Es ist vorgesehen, die Berechnung der Vermögenseinkommen der einzelnen Sektoren und der Unternehmensgewinne im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen so vorzunehmen, daß erste vorläufige Ergebnisse Anfang März, also zwei Monate nach Ablauf des Berichtsjahres, veröffentlicht werden können. Eine Kommentierung dieser Ergebnisse im Rahmen des regelmäßigen Aufsatzes über die Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Februar-Heft von „Wirtschaft und Statistik" erscheint allerdings — u. a. wegen der z. Z. noch schwierigen Behandlung der unterstellten Bankgebühren — erst nach Abschluß der vorgesehenen Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sinnvoll.

   b) Nach der Fertigstellung der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sollte die gegenwärtige Arbeitsbelastung soweit abgebaut sein, daß es möglich wird zu untersuchen, ob mit Hilfe der Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften, der (unvollständigen und nicht aufbereiteten) Angaben für die GmbH sowie der Unternehmensbilanzen der Deutschen Bundesbank die Unternehmensgewinne nach großen Wirtschaftsbereichen aufgeschlüsselt werden können. Dabei geht es um die Ausgliederung der Unternehmensgewinne der Wohnungsvermietung, der öffentlichen Unternehmen (einschließlich Bahn und Post) und der Landwirtschaft, deren Entwicklung von besonderen Faktoren beeinflußt wird. Die Ableitung der Unternehmensgewinne nach Wirtschaftsbereichen in einer tiefen Gliederung aus entstandenen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, empfangenen Einkommen und geleisteten Zinsen, Nettopachten u. ä. kann dagegen bis auf weiteres nicht in Erwägung gezogen werden, weil Angaben über die Vermögenseinkommen in der Gliederung nach Wirtschaftsbereichen weitgehend fehlen. Ähnliche Gründe gelten auch für die Aufgliederung der Unternehmensgewinne nach Rechtsformen und Größenklassen.

      Es sei erwähnt, daß das BMWi (im Anschluß an die Diskussion auf der letzten Sitzung der sogenannten Konzertierten Aktion) Überlegungen zu einer kurzfristig verfügbaren Statistik der Gewinnentwicklung großer Unternehmen anstellt.

   c) Ergebnisse über die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sozialer Haushaltsgruppen werden noch in diesem Jahr im Rahmen einer Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes erscheinen, in der die Einkommen, untergliedert nach Arten, der Verbrauch und die Ersparnis der Privathaushalte für die Jahre 1962 bis 1972 dargestellt werden.

d) Eine weitere Verbesserung in der Darstellung der entstandenen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen kann sich auf mittlere Sicht daraus ergeben, daß die Berechnung der entstandenen Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in der Gliederung nach Wirtschaftsbereichen, die für die residuale Ermittlung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nach Wirtschaftsbereichen unerläßlich ist, unter der Voraussetzung beschleunigt werden kann, daß die Ergebnisse der neuen Beschäftigten- und Entgeltstatistik regelmäßig, frühzeitig und relativ vollständig vorliegen.

3. Das vom Sachverständigenrat vorgelegte Arbeitspapier macht an verschiedenen Stellen deutlich, daß die zur Verfügung stehenden Unterlagen für eine Ausweitung bzw. Beschleunigung der Berechnung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nicht ausreichen. Das trifft u. E. in besonderem Maße für halb- und vierteljährliche Berechnungen zu, für die z. Z. wichtige Basisdaten fehlen (dies gilt auch für andere Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen). Im Hinblick auf die vom Sachverständigenrat hervorgehobene vierteljährliche Aufteilung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in den USA sei bemerkt, daß sowohl die Vierteljahresergebnisse allgemein als auch Teile der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen als verbesserungsbedürftig angesehen werden (vgl. D. Creamer: Some Recommendations for Data Improvements in the GNP Accounts, Statistical Reporter, Jan. 1975, S. 101 ff.).

4. Das Statistische Bundesamt teilt die Auffassung des Sachverständigenrates, daß die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen überfordert sind, wenn ein Gewinnbegriff zugrunde gelegt wird, der um einen kalkulatorischen Unternehmerlohn, um kalkulatorische Zinsen für das Eigenkapital und um inflationsbedingte Scheingewinne bereinigt ist. Es erscheint daher zweckmäßig, wenn die amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen weiterhin den bisher zugrunde gelegten Begriff der Unternehmensgewinne verwenden, der im UN-System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (A System of National Accounts, Studies in Methods, Series F, No 2, Rev. 3, New York 1968, Ziff. 7.42) vorgeschlagen ist. Zum Inflationsausgleich der Unternehmensgewinne sei bemerkt, daß eine partielle Betrachtung der Inflationsgewinne und -verluste nicht sehr aussagefähig erscheint; im vorgelegten Arbeitspapier wird deshalb mit Recht auf das Problem des Inflationsausgleichs für das Eigenkapital hingewiesen.

gez. Dr. Hamer

V.

Methodische Erläuterungen

Zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Sachkapazitäten)

1. Verwendete Symbole für die Jahre t, t + 1, . . ., t + n:

K_t	Bruttoanlagevermögen am Jahresanfang
$\frac{1}{2}(K_t+K_{t+1})$	jahresdurchschnittliches Bruttoanlagevermögen
Y_t	reales Bruttoinlandsprodukt
Y_t^*	gesamtwirtschaftliches Produktionspotential
P_t^*	Produktionspotential des Sektors Unternehmen
k_t	statistisch gemessene Kapitalproduktivität
$\hat{k}_t$	trendmäßige Kapitalproduktivität
k_t^*	trendmäßige Kapitalproduktivität bei Vollauslastung der Sachkapazitäten
u_t	Zufallsvariable
λ_t	Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials

2. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential setzt sich additiv zusammen aus dem potentiellen Produktionsvolumen des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) und den Beiträgen des Staates, der Wohnungsvermietung und der privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter zum realen Bruttoinlandsprodukt. Beim Staat und den übrigen Bereichen außerhalb des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) wird dabei angenommen, daß deren Produktionspotential stets voll ausgelastet und damit mit ihren Beiträgen zum Bruttoinlandsprodukt identisch ist.

   Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials errechnet sich nach der Relation:

$$\lambda_t = \frac{Y_t}{Y_t^*}$$

3. Das Produktionspotential des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) ist das Produkt des jahresdurchschnittlichen Bruttoanlagevermögens und der trendmäßigen Kapitalproduktivität bei Vollauslastung der Sachkapazitäten:

$$P_t^* = \frac{k_t^*}{2}(K_t + K_{t+1})$$

4. Die Berechnung der in die Potentialschätzung eingehenden Kapitalproduktivitäten erfolgt in zwei Schritten. Zunächst werden trendmäßige Kapitalproduktivitäten mit Hilfe einer logarithmisch-linearen Trendfunktion errechnet:

$$\log \hat{k}_t = \log a + t \log b + u_t$$

   Darauf erhält man die Kapitalproduktivität für die Potentialberechnung dadurch, daß der Trend parallel durch denjenigen Wert der empirisch gemessenen Kapitalproduktivität im jeweiligen Stützbereich verschoben wird, der von seinem Trendwert am weitesten nach oben abweicht:

$$\log k_t^* = a_0 + \log \hat{k}_t,$$
$$\text{wobei } a_0 = \max [\log k_t - \log \hat{k}_t] \text{ ist.}$$

   Als Stützbereich für die Trendberechnung wird eine gleitende Periode von konstanter Länge angenommen, die die Dauer von etwa zwei Konjunkturzyklen umfaßt.

5. Nach dieser Berechnungsmethode wäre die Entwicklung der trendmäßigen Kapitalproduktivität für 1976 und 1977 aus der empirischen Kapitalproduktivität der Jahre 1966 bis 1975 zu ermitteln. Der Trend würde danach mit −1,7 vH wesentlich steiler abfallen als in den Vorjahren (−1,2 vH bis −1,3 vH), da die empirische Kapitalproduktivität 1975 sehr niedrig war. Wenn sicher wäre, daß darin verstärkte Rationalisierungsanstrengungen zum Ausdruck kommen, wäre der Ansatz einer im Trend niedrigeren Kapitalproduktivität gerechtfertigt. Es ist aber wahrscheinlich, daß der Grund für den verstärkten Rückgang überwiegend in der niedrigen Kapazitätsauslastung während der Rezession liegt. Würde k_t^* mit der durch die Stärke des konjunkturellen Einbruchs beeinflußten Rate fortgeschrieben, könnte — wie die Erfahrung nach 1967 zeigt — in absehbarer Zeit eine Niveaukorrektur nach oben notwendig werden, wenn im Zuge des Aufschwungs — wie schon von 1975 auf 1976 — die statistisch gemessene Kapitalproduktivität deutlich ansteigt. Wir legen daher unserer Potentialberechnung vorerst weiter eine Abnahmerate der trendmäßigen Kapitalproduktivität von 1,3 vH zugrunde.

6. Über die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Potentialwachstums wurden außerdem folgende Annahmen gemacht:
   - Bei der Fortschreibung des vom Statistischen Bundesamt geschätzten Bruttoanlagevermögens wurde davon ausgegangen, daß die realen Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen 1976 um 7½ vH und 1977 um reichlich 7 vH zunehmen.
   - Die rechnerischen Abgänge wurden nach einem Verfahren geschätzt, das einer quasi-logistischen Verteilungsfunktion ähnelt.

7. Der Berechnung des Produktionspotentials bei Normalauslastung wurde der langfristige Durchschnitt der Auslastung der Sachanlagen zugrunde gelegt, der zwischen 97 vH und 97½ vH liegt. Um zu verhindern, daß das errechnete Produktionspotential bei Normalauslastung Jahr für Jahr allein deshalb schwankt, weil sich der durchschnittliche Auslastungsgrad ändert, gehen wir von einem festen Wert für die Normalauslastung aus (97,25 vH).

Zur Berechnung der bereinigten Zentralbankgeldmenge

1. Die Zentralbankgeldmenge ist in der von uns verwendeten Abgrenzung definiert als

(1) $Z_t = BG_t + MR_t + \ddot{U}R_t$

Die Symbole haben folgende Bedeutung:

Z	Zentralbankgeldmenge
BG	Bargeldumlauf
MR	Mindestreserven
ÜR	Überschußreserven
t	Zeitindex

Die Bereinigung der Mindestreserven um den Effekt von Reservesatzänderungen erfolgt mit Hilfe eines Korrekturpostens

(2) $MR_t^b = MR_t + K_t$

Dabei bedeuten:

MR^b	Bereinigte Mindestreserven
K	Korrekturposten

Es ist

(3) $K_t = \sum_{\tau=t_o}^{t} \triangle K_\tau$

mit

(4) $\triangle K_\tau = -(r_\tau - r_{\tau-1})\, E_{\tau-1}$

Dabei bedeuten

r	Reservesatz
E	Reservepflichtige Bankeinlagen
τ	Zeitindex für die Kumulation des Korrekturpostens
t_o	Zeitpunkt, zu welchem die Kumulation des Korrekturpostens begonnen wird

Die bereinigte Zentralbankgeldmenge Z^b ergibt sich dann als

(5) $Z_t^b = BG_t + (MR_t + K_t) + \ddot{U}R_t$

2. Gelten für unterschiedliche Einlagearten verschiedene Reservesätze, so ist r ein durchschnittlicher Reservesatz (Reserve-Soll in vH der reservepflichtigen Einlagen), welcher nicht nur auf mindestreservepolitische Maßnahmen, sondern auch auf vom Publikum und von den Banken bewirkte Verschiebungen in der Einlagenstruktur reagiert. Da die Zentralbankgeldmenge nur um die reinen Effekte mindestreservepolitischer Maßnahmen bereinigt werden soll, muß die Bereinigung nach einzelnen Einlagearten getrennt vorgenommen werden. Für die Mindestreserven gilt

(6) $MR_t = \sum_{i=1}^{n} r_{it}\, E_{it}$

Dabei ist

i	Index der Einlagearten, für die unterschiedliche Reservesätze gelten

Die Bereinigung erfolgt getrennt für jede Einlageart nach den Formeln (2) bis (4). Die nach einzelnen Einlagearten bereinigte Zentralbankgeldmenge ist dann

(7) $Z_t^b = BG_t + \sum_{i=1}^{n} (r_{it}E_{it} + K_{it}) + \ddot{U}R_t$

Nach Ausdruck (7) wird die Zentralbankgeldmenge nur um den reinen Effekt mindestreservepolitisch bewirkter Reservesatzänderungen bereinigt, denn für den Korrekturposten gilt

(8) $\triangle K_\tau = \sum_{i=1}^{n} -(r_{i\tau} - r_{i\tau-1})\, E_{i\tau-1}$

Dieser Ausdruck ist nur dann ungleich Null, wenn die Bundesbank wenigstens einen der Reservesätze zwischen zwei Zeitpunkten ändert.

3. Die „Zentralbankgeldmenge bei konstanten Reservesätzen", wie sie die Bundesbank berechnet, ist zu jedem Zeitpunkt t wie folgt definiert:

$$Z_t^{KR} = BG_t + \sum_{i=1}^{n} r_i^o\, E_{it}^I$$

Dabei ist

E_{it}^I	Reservepflichtige Verbindlichkeiten gegenüber Inländern
r^o_i	Reservesatz für die Einlageart i in der Basisperiode.

Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushalts

1. Nach dem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts messen wir konjunkturelle Impulse der Finanzpolitik, indem wir das tatsächliche Haushaltsvolumen mit einem konjunkturneutralen vergleichen. Ein Haushaltsvolumen ist nach diesem Konzept dann konjunkturneutral, wenn es für sich genommen keine Abweichungen der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials von dem bewirkt, was mittelfristig als normal angesehen wird. Die Privaten sind daran gewöhnt, daß der Staat direkt oder indirekt einen Teil des Produktionspotentials für seine Aufgaben in Anspruch nimmt und ihnen einen Teil ihres Einkommens durch Steuern entzieht. In dem Maße, wie das Produktionspotential wächst, kann der Staat auch seine Ansprüche erhöhen, ohne daß sich daraus stabilitätspolitische Probleme ergeben; hielte er sich zurück, könnte sich eine Unterauslastung des Produktionspotentials einstellen. Abweichungen von dieser mittelfristig normalen Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch den Staat werden nur dann als konjunkturneutral angesehen, wenn dieser

gleichzeitig durch eine Änderung seiner steuerlichen Einnahmeregelungen die Privaten veranlaßt, ihre Ansprüche an das Produktionspotential entsprechend zu ändern.

2. Der konjunkturelle Impuls mißt nur die primären Wirkungen, die von einer Abweichung des tatsächlichen Haushaltsvolumens vom konjunkturneutralen ausgehen. Allenfalls sie, nicht auch Sekundärwirkungen der Finanzpolitik lassen sich situationsneutral bestimmen. Nicht erfaßt werden auch die Auswirkungen von Änderungen in der Struktur der öffentlichen Ausgaben und der Steuereinnahmen (JG 74 Ziffern 400 ff.).

3. Gerechnet wird der konjunkturelle Impuls als Abweichung der finanzwirtschaftlichen Quoten (Staatsquote, volkswirtschaftliche Steuerquote und — davon abhängig — konjunkturbereinigte Kreditfinanzierungsquote) von ihren mittelfristigen Bezugsgrößen. Zunächst wird das Haushaltsvolumen errechnet, das konjunkturneutral wäre auf der Basis einer mittelfristig konstanten Staatsquote, ermittelt als Produkt aus der Staatsquote des Basisjahres und dem jeweiligen Produktionspotential bei konjunkturneutralem Preisniveau. Das konjunkturneutrale Preisniveau haben wir definiert als den mit der Rate der konjunkturneutralen Preisniveausteigerung des Jahres t inflationierten Preisindex des Bruttosozialprodukts des Jahres t − 1. Ein Anstieg des Preisniveaus gilt als konjunkturneutral, wenn er durch keine marktwirtschaftliche Strategie bei Vermeidung unzumutbarer Beschäftigungsrisiken kurzfristig niedriger gehalten werden kann. Dieses Haushaltsvolumen ist zu bereinigen um das, was der Staat durch seine Steuerpolitik am Spielraum für seine Ausgabentätigkeit verändert hat, ermittelt als Produkt aus der Abweichung der Steuerquote des Jahres t von der des Basisjahres und dem Bruttosozialprodukt bei konjunkturneutralem Preisniveau und Normalauslastung des Produktionspotentials im Jahre t. Das so ermittelte konjunkturneutrale Haushaltsvolumen wird mit den tatsächlichen Ausgaben der Gebietskörperschaften verglichen, die Differenz ist der konjunkturelle Impuls.

4. Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

   P_t^i Produktionspotential in Preisen von 1962 im Jahr t

   p_t „konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus (Preisindex des Bruttosozialproduktes) im Jahr t (in vH)

   P_t^n Produktionspotential, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialproduktes im Vorjahr (t − 1) und der „konjunkturneutralen" Erhöhung des Preisniveaus (p_t) im Jahr t

   P_t^i Produktionspotential in jeweiligen Preisen (Preisindex des Bruttosozialproduktes) im Jahr t

   l_v Normalauslastungsgrad des Produktionspotentials (in vH)

   G_t^i tatsächliche Staatsausgaben im Jahr t

   g_o Anteil der Staatsausgaben am Produktionspotential (Staatsquote) im Basisjahr (in vH)

   G_t^n Staatsausgaben im Jahr t bei gleichem Staatsanteil am Produktionspotential wie im Basisjahr: $\frac{(g_o \cdot P_t^i)}{100}$

   Y_t^i Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen im Jahr t

   Y_t^v Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials (P_t^i) im Jahr t

   Y_t^n Bruttosozialprodukt bei „konjunkturneutralem" Preisniveau im Jahr t

   t_o volkswirtschaftliche Steuerquote (Anteil der tatsächlichen Steuereinnahmen am Bruttosozialprodukt) im Basisjahr (in vH)

   t_t volkswirtschaftliche Steuerquote im Jahr t (in vH)

   T_t^v Vollbeschäftigungssteuereinnahmen im Jahr t bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr

   T_t^n Vollbeschäftigungssteuereinnahmen im Jahr t bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr: $\frac{(t_o \cdot Y_t^v)}{100}$

   H_t^n konjunkturneutrales Haushaltsvolumen im Jahr t

   n_t konjunkturneutrale Staatsquote im Jahr t (in vH)

   b_t beanspruchte Staatsquote im Jahr t (in vH)

   i_t realisierte Staatsquote im Jahr t (in vH)

   S_o sonstige Einnahmen im Basisjahr

   S_t sonstige Einnahmen im Jahr t

   K_o^n potentialorientierte Kreditaufnahme im Basisjahr

   K_t^n potentialorientierte Kreditaufnahme im Jahr t

   F_o^i tatsächlicher Finanzierungssaldo im Basisjahr

5. Definitionen

$$Y_t^v = \frac{l_v \cdot P_t^n}{100}$$

$$Y_t^n = Y_t^i \frac{P_t^n}{P_t^i}$$

$$T_t^v = \frac{t_t \cdot Y_t^v}{100}$$

$$T_t^n = \frac{t_o \cdot Y_t^v}{100}$$

$$H_t^n = \frac{g_o \cdot P_t^n}{100} + \frac{(t_t - t_o)\, Y_t^v}{100}$$

Die Differenz der Steuerquoten des laufenden Jahres (t_t) und des Basisjahres (t_o) — als Maß für Veränderungen in den Entzugseffekten des Steuersystems — gewichten wir seit 1974, anders als bei den Rechnungen in früheren Gutachten, nicht mehr mit dem Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen (Y_t^i), sondern mit dem Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen (Y_t^r). Hierdurch sollen konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen im Steueraufkommen besser als bisher bei der Ermittlung des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens ausgeschaltet werden. Konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen in den Steuerquoten vermögen wir allerdings nach wie vor nicht hinreichend genau zu erfassen (siehe JG 70 Ziffer 341).

Konjunktureller Impuls:

$H_t^n > G_t^i$: kontraktiv

$H_t^n = G_t^i$: konjunkturneutral

$H_t^n < G_t^i$: expansiv

konjunkturneutrale Staatsquote: $n_t = \frac{H_t^n}{P_t^n} \cdot 100$

beanspruchte Staatsquote: $b_t = \frac{G_t^i}{P_t^n} \cdot 100$

realisierte Staatsquote: $i_t = \frac{G_t^i}{P_t^i} \cdot 100$

potentialorientierte Kreditaufnahme im Basisjahr:

$$K_o^n = F_o^i + \frac{t_o}{100} \cdot (y_o^n - y_o^v)$$

6. Zur Berechnung der Steigerungsrate für eine konjunkturneutrale Ausweitung der Staatsausgaben (bezogen auf die Ist-Ausgaben des Vorjahres)

$$\left(\frac{H_{t+1}^n}{G_t^i} - 1\right) \cdot 100 = \left[\frac{\left(\frac{H_t^n}{G_t^i} \cdot \frac{P_t^i}{P_t^n}\right) \cdot \left(\frac{P_{t+1}^r}{P_t^r}\right) \cdot (100 + p_{t+1})}{100} + \frac{(t_{t+1} - t_t)\, Y_{t+1}^v}{G_t^i \cdot 100} - 1\right] \cdot 100 =$$

$$= \left[\frac{\left(\frac{P_{t+1}^r}{P_t^r} \cdot \frac{(100 + p_{t+1})}{100}\right)}{\frac{i_t}{n_t}} + \frac{(t_{t+1} - t_t)\, Y_{t+1}^v}{G_t^i \cdot 100} - 1\right] \cdot 100$$

Zwischen den Werten der konjunkturneutralen Steigerungsrate in Zeile (b) der Tabelle 27 und den Werten in den Zeilen (c), (d), (e) und (f) besteht folgender Zusammenhang:

$$b = \left[\frac{\frac{[100 + (c)]}{100} \cdot \frac{[100 + (d)]}{100}}{\frac{100 - (f)}{100}} + \frac{(e)}{100} - 1\right] \cdot 100$$

Die Größe (f) ist eine Zusammenfassung der in Tabelle 18 des Jahresgutachtens 1971 ausgewiesenen Größen (f) und (g).

7. Zur Berechnung des konjunkturneutralen Finanzierungsaldos

(a) potentialorientierte Kreditaufnahme:

$$K_t^n = K_0^n \cdot \frac{P_t^n}{P_o^n}$$

Diese Größe tritt an die Stelle der früher ausgewiesenen „konjunkturneutralen längerfristigen Kreditaufnahme" zuzüglich der auslastungs- und inflationsbedingten Änderung im Deckungsbeitrag dieser Größe (früher zusammen mit (d)).

(b) auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. Mindereinnahmen:

$$\frac{t_t}{100}^{1)} \cdot (Y_t^n - Y_t^v)$$

(c) inflationsbedingte Steuermehreinnahmen:

$$\frac{t_t}{100}^{1)} \cdot (Y_t^i - Y_t^n)$$

(d) Änderung im Deckungsbeitrag der „Sonstigen Einnahmen":

$$\left(S_t - S_o \frac{P_t^n}{P_o^i}\right)$$

Der konjunkturneutrale Finanzierungssaldo ergibt sich als Summe der Komponenten (a) bis (d).

---

[1]) Die auslastungsbedingten und die inflationsbedingten Steuermehreinnahmen bzw. Mindereinnahmen werden mit der jeweiligen Steuerquote und nicht — wie in früheren Jahren — mit der Steuerquote des Basisjahres errechnet. Diese Änderung wurde dadurch erforderlich, daß der konjunkturneutrale Ausgabenspielraum, der durch eine Änderung der steuerlichen Einnahmenregelungen entsteht, nicht mehr wie früher aufgrund der tatsächlichen Steuereinnahmen errechnet wird, sondern aufgrund der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen. Diese Korrektur ist im vorangegangenen Gutachten irrtümlicherweise unterblieben.

VI.

Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages zum Problem der Dauerarbeitslosigkeit

Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) hat für den Sachverständigenrat über seine Kammern eine Umfrage bei den Betrieben zum Problem der Dauerarbeitslosigkeit durchgeführt. An der Umfrage haben sich 57 der insgesamt 73 Kammern des DIHT beteiligt. Damit wurde für die Industrie insgesamt, bezogen auf den Berichtskreis der amtlichen Industrieberichterstattung, an den Betrieben gemessen eine Repräsentation von etwa 17 vH, an den Beschäftigten gemessen von 49 vH erreicht (Tabelle 1). Die Umfrage war im September 1976. Die wichtigsten Fragen bezogen sich auf die folgenden Punkte:

— die Entwicklung der Beschäftigung seit 1973

— die geplante Entwicklung der Beschäftigung bis 1979

— die Beschäftigungschancen für minderqualifizierte Arbeitskräfte in den nächsten Jahren

— die Bereitschaft der Betriebe, bei einer konjunkturellen Normalisierung der Nachfrageentwicklung neue Mitarbeiter einzustellen.

Die ersten Ergebnisse der Befragung, die im Oktober 1976 abgeschlossen wurde, werden im folgenden dargelegt. Wegen der Kürze der für die Aufbereitung und Auswertung der Ergebnisse zur Verfügung stehenden Zeit können hier nur vorläufige Ergebnisse mitgeteilt werden. Der DIHT und einzelne Kammern planen eine detaillierte Auswertung der Umfrageergebnisse zu einem späteren Zeitpunkt.

Erläuterungen zu den einzelnen Tabellen:

Tabelle 1:

Die Befragung richtete sich an Betriebe, d. h. örtliche Niederlassungen (nicht Unternehmen); damit ist ein Vergleich mit Ergebnissen der Industrieberichterstattung möglich, da in dieser Statistik von der gleichen Abgrenzung ausgegangen wird.

Tabelle 2:

Hier ist dargestellt, welche Bedeutung die Betriebe, zusammengefaßt nach Industriegruppen, den Gründen für die Verringerung/Vergrößerung ihrer Beschäftigtenzahl seit 1973 zumessen. Die Befragten haben den verschiedenen Gründen nach ihrer Bedeutung für den eigenen Betrieb Rangziffern zugeordnet, wobei Mehrfachnennungen möglich waren.

Tabelle 3:

Hier sind die Vorstellungen der Befragten bezüglich der Entwicklung der Beschäftigung bis etwa Ende 1979 zusammengefaßt.

Tabelle 4:

Hier wird gezeigt, inwieweit die Befragten im Zusammenhang mit dem Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer künftig einen Mangel an ungelernten/angelernten Arbeitskräften in ihrer Branche erwarten.

Tabelle 5:

Die Bereitschaft der Befragten, bei Normalisierung der Kapazitätsauslastung ihres Betriebes und anhaltender Nachfrageexpansion neue Mitarbeiter einzustellen, ist hier, nach Industriegruppen zusammengefaßt, dargestellt. Darüber hinaus haben die Befragten der Bedeutung verschiedener Gründe, warum sie auch unter solchen günstigen Bedingungen auf Neueinstellungen in ihren Betrieben verzichten würden, Rangziffern zugeordnet.

Tabelle 1

Zur Repräsentation der DIHT-Umfrage [1])

Bereich	Betriebe			Beschäftigte		
	DIHT	IB	vH (1):(2)·100	DIHT	IB	vH (4):(5)·100
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Industrie insgesamt	8 871	51 028	*17*	3 617 200	7 461 419	*49*
Bergbau	27	381	*7*	80 200	245 593	*33*
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	1 646	10 582	*16*	758 900	1 589 852	*48*
Investitionsgüterindustrien	3 813	16 980	*23*	2 090 800	3 564 116	*59*
Verbrauchsgüterindustrien	2 695	18 594	*15*	535 600	1 608 386	*33*
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	690	4 491	*15*	151 700	453 472	*33*

[1]) Vergleich mit den Ergebnissen der Industrieberichterstattung (IB) für August 1976.

Tabelle 2

Zur Entwicklung der Beschäftigten seit 1973

	Industrie insgesamt		Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien		Investitionsgüterindustrien		Verbrauchsgüterindustrien		Nahrungs- und Genußmittelindustrien	
	(1)		(2)		(3)		(4)		(5)	
Von September 1973 bis September 1976 in vH	*−8,8*		*−7,6*		*−8,6*		*−12,1*		*−8,4*	
	RZ 1	RZ 2	RZ 1	RZ 2	RZ 1	RZ 2	RZ 1	RZ 2	RZ 1	RZ 2
Verringerung der Zahl der Beschäftigten wegen [1]):										
Vorübergehender Produktionseinschränkung	49	21	51	21	56	21	34	23	10	25
Voraussichtlich dauerhafter Produktionseinschränkung	12	22	12	21	10	24	10	19	5	13
Produktionsverlagerung ins Ausland	1	4	1	2	1	6	5	5	1	1
Rationalisierung	30	42	30	47	25	38	40	42	72	19
Sonstiger Gründe	8	11	6	9	8	11	11	11	12	42
Summe	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Vergrößerung der Zahl der Beschäftigten wegen [1]):										
Ausweitung der bisherigen Produktion	59	25	68	40	58	22	61	29	60	37
Erweiterung des Produktionsprogramms	29	61	24	48	31	74	28	61	24	59
Sonstiger Gründe	12	14	8	12	11	4	11	10	16	4
Summe	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

[1]) Von allen Antworten für die jeweilige Rangziffer (RZ) entfielen auf die einzelnen Gründe folgende Anteile (in vH, gemessen an der Zahl der Beschäftigten in den befragten Betrieben).

Tabelle 3

Zur Entwicklung der Beschäftigung bis Ende 1979

vH

Tatbestand	Industrie insgesamt	Bergbau	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	Investitionsgüterindustrien	Verbrauchsgüterindustrien	Nahrungs- und Genußmittelindustrien
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
... vH der befragten Betriebe mit ... vH der Beschäftigten planen bis Ende 1979 die Zahl ihrer Mitarbeiter um ... vH						
zu vergrößern: Betriebe	30	18	26	33	26	21
Beschäftigte	27	21	29	26	25	21
geplante Vergrößerung	+ 9,1	+ 4,7	+ 6,5	+10,5	+11,1	+ 9,0
zu verringern: Betriebe	8	26	9	7	10	13
Beschäftigte	12	72	15	10	17	20
geplante Verringerung	− 8,8	− 5,2	− 6,9	− 9,5	− 7,4	−11,4
im wesentlichen unverändert zu lassen: Betriebe	62	56	65	60	64	66
Beschäftigte	61	7	56	64	58	59
insgesamt um ... vH zu verändern	+ 1,4	− 2,8	+ 0,9	+ 1,8	+ 1,5	− 0,4

Tabelle 4

Zur Auswirkung des Anwerbestopps für ausländische Arbeitnehmer

vH

Tatbestand	Industrie insgesamt	Bergbau	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	Investitionsgüterindustrien	Verbrauchsgüterindustrien	Nahrungs- und Genußmittelindustrien
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
... vH der befragten Betriebe mit ... vH der Beschäftigten erwarten durch den Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer zukünftig für ungelernte/angelernte Arbeitskräfte						
einen Mangel: Betriebe	27	33	37	23	27	25
Beschäftigte	41	41	50	40	37	30
keinen Mangel: Betriebe	73	67	63	77	73	75
Beschäftigte	59	59	50	60	63	70

Tabelle 5

Zur konjunkturellen Reagibilität der Beschäftigung

Tatbestand	Industrie insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	Investitionsgüterindustrien	Verbrauchsgüterindustrien	Nahrungs- und Genußmittelindustrien
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
... vH der befragten Betriebe mit ... vH der Beschäftigten planen bei konjunktureller Normalisierung der Nachfrage					
die Einstellung neuer Mitarbeiter					
Betriebe	67	67	72	65	57
Beschäftigte	73	83	74	60	57
keine Einstellung neuer Mitarbeiter					
Betriebe	33	33	28	35	43
Beschäftigte	27	17	26	40	43

Rangfolge der Gründe für den Verzicht auf Neueinstellungen

vH [1])

	RZ 1	RZ 2	RZ 1	RZ 2	RZ 1	RZ 2	RZ 1	RZ 2	RZ 1	RZ 2
	(1)		(2)		(3)		(4)		(5)	
Gedämpfte Absatzerwartungen ...	*28*	*33*	*28*	*6*	*30*	*42*	*21*	*28*	*8*	*15*
Rationalisierung	*34*	*23*	*32*	*47*	*33*	*17*	*31*	*25*	*52*	*22*
Schwierigkeiten bei Entlassungen ..	*7*	*17*	*4*	*17*	*7*	*17*	*10*	*18*	*5*	*13*
Lohnkostendruck	*13*	*24*	*10*	*24*	*9*	*21*	*25*	*28*	*17*	*49*
Sonstige	*18*	*3*	*16*	*6*	*21*	*3*	*13*	*1*	*18*	*1*
Summe ...	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*

[1]) Von allen Antworten für die jeweilige Rangziffer (RZ) entfielen auf die einzelnen Gründe folgende Anteile (in vH, gemessen an der Zahl der Beschäftigten in den befragten Betrieben).

VII.

Bemerkungen zur Konstruktion eines Index staatlich administrierter Verbraucherpreise

1. Es gibt bislang nur wenige Versuche, die Bedeutung der staatlich administrierten Preise im Preisindex für die Lebenshaltung zu quantifizieren [1]). Die Bedenken, die gegen die Konstruktion eines speziellen Index der staatlich administrierten Verbraucherpreise angeführt werden, sind erheblich, viele halten sie sogar für unüberwindbar. Die verständliche Sorge, sich der Aussagekraft eines solchen Index anzuvertrauen, sollte jedoch gegenüber dem Interesse an einer Quantifizierung der Bedeutung staatlich administrierter Verbraucherpreise für die allgemeine Preisentwicklung abgewogen werden. Wenn der Sachverständigenrat in diesem Gutachten versucht, einen derartigen Preisindex zu berechnen, so heißt dies nicht, daß er die damit verbundenen Probleme gering achtet. Die Willkür, die mit jeder Abgrenzung verbunden ist, veranlaßt ihn jedoch, die methodischen Grundlagen der hier gewählten Konstruktion darzulegen.

2. Der hier berechnete Index für die staatlich administrierten Verbraucherpreise setzt sich aus vier Teilindizes zusammen; diese unterscheiden sich nach dem Ausmaß und der Art, in der der Staat auf die Preisbildung Einfluß nimmt (siehe Tabelle). Der erste Teilindex enthält diejenigen Verbraucherpreise, die direkt vom Staat festgesetzt werden. Der Wägungsanteil dieser unmittelbar durch die öffentliche Hand bestimmten Preise am Gesamtindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte beträgt 4,6 vH. Die im zweiten Teilindex zusammengefaßten Verbraucherpreise — ihr Anteil an der Gesamtlebenshaltung beträgt knapp 11 vH — werden nur teilweise oder nur indirekt durch den Staat bestimmt. Die dritte Gruppe von Verbraucherpreisen setzt sich aus Preisen von Waren zusammen, für die der Staat besondere Verbrauchsteuern erhebt. Daher stellt sich hier häufig das Problem, marktbedingte Preisänderungen von solchen zu unterscheiden, die steuerpolitisch begründet sind. Die laufenden Veränderungen dieser Preise sind hier jedoch in der Regel ausschließlich marktbestimmt. Der Anteil der genannten Güterpreise am gesamten Verbraucherpreisindex beläuft sich auf ebenfalls knapp 11 vH. Noch größere Probleme wirft die Konstruktion des vierten Teilindex auf. In ihm sind die Preise der Ernährungsgüter zusammengefaßt, deren Entwicklung direkt oder indirekt durch Preisbeschlüsse im Rahmen der europäischen Marktordnungen bestimmt wird. Auch hier sind administrativ bedingte Preisänderungen kaum zu isolieren. Aus diesem Grunde wurde sowohl ein Index für staatlich administrierte Verbraucherpreise einschließlich der Preise für diese Ernährungsgüter als auch ohne diese berechnet.

[1]) Deutsche Bundesbank, Das Ausmaß der Geldentwertung seit 1950 und die weitere Entwicklung des Geldwertes — Gutachten der Deutschen Bundesbank vom 21. Juli 1965, erstattet auf Wunsch des Bundesfinanzhofs, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 20. Jahrgang Nr. 3, 1968.
H. BOTT: Der Anteil staatlich administrierter Preise am Preisindex der Lebenshaltung, Schriftenreihe der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Nr. 75, Göttingen 1976.
H. BAUM: Das Stabilisierungspotential staatlich administrierter Preise, Zeitschrift für Nationalökonomie und Statistik, Band 190, 1976, S. 349—376.

Zur Konstruktion eines Index der

Gewichte [1]) nach dem

Teilindex 1		Teilindex 2	
Direkt administrierte		Teiladministrierte	
Verbraucherpreise			
Gütergruppe	Gewicht [1])	Gütergruppe	Gewicht [1])
Verkehrstarife	13,99	Versorgungstarife	27,67
Örtliche Verkehrsmittel	7,73	Elektrizität	18,80
Eisenbahn	4,20	Gas	6,38
Kraftomnibus	2,06	Wasserverbrauch	2,49
Nachrichtenübermittlung	8,76	Mieten	39,12
Fernsprechgebühren	6,09	Wohnungsmiete für Altbauwohnungen [3])	9,45
Postgebühren	2,67	Wohnungsmiete für Neubauwohnungen, sozialer Wohnungsbau	29,67
Rundfunk- und Fernsehgebühren	6,14	Versicherungstarife	21,87
Gebühren für den Besuch von kulturellen Einrichtungen, von Sportanlagen, Bildungseinrichtungen	11,35	Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeuge	8,98
Opern- und Theaterkarten	1,94	Private Krankenversicherung	12,89
Eintrittskarten für Hallenbad	1,51	Kosten der Gesundheitspflege	18,04
Kindergartenbesuch	3,43	Verbrauchsgüter für die Gesundheitspflege [4])	5,83
Lehrgangsgebühr einer Volkshochschule	4,47	Arztkosten und Kosten für Krankenhausaufenthalte	12,21
Kfz.-Steuer	5,63	Rechtsanwaltsgebühr	0,87
		Flugverkehr	1,04
		Zündhölzer	0,13
Zusammen	45,87	Zusammen	108,74

[1]) Wägungsanteile in Promille der Gesamtlebenshaltung des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.
[2]) Durch EG-Agrarpreisbeschlüsse bewirkt.
[3]) Nur Mieten für Altbauwohnungen in den drei noch existierenden schwarzen Kreisen (Berlin [West], Hamburg, München). Der Anteil dieser Wohnungen an der Gesamtzahl der Altbauwohnungen beträgt 21,7 vH.

staatlich administrierten Verbraucherpreise

Wägungsschema 1970 = 100

Teilindex 3		Teilindex 4	
Quasi-administrierte		Indirekt administrierte [3])	
Verbraucherpreise			
Gütergruppe	Gewicht [1])	Gütergruppe	Gewicht [1])
Alkoholische Getränke (u. a. Bier, Branntwein, Likör, Schaumwein)	39,87	Frisches Fleisch	35,10
		Fleischwaren	34,88
Tabakwaren (Zigaretten, Zigarillos, Zigarren, Tabak)	25,33	Milch, Käse, Butter	34,04
Bohnenkaffee	13,54	Speiseöle	0,93
Echter Tee	0,94	Brot und Backwaren	25,39
Weinessig	0,44	Mehl, Nährmittel [5])	4,70
Speisesalz	0,35	Zucker	4,27
Kraftstoffe	19,99	Süßwaren und Honig	9,48
Extra leichtes Heizöl	8,86		
Zusammen ...	109,32	Zusammen ...	148,79

[4]) Ohne Präparate zur äußeren Anwendung.
[5]) Ohne Linsen und Speiseerbsen.

VIII.

Zur Schätzung des Arbeitsplatzpotentials und des Erwerbspersonenpotentials

1. Bedingung dafür, daß Vollbeschäftigung erreicht werden kann, ist, daß die Zahl der verfügbaren Arbeitsplätze (Arbeitsplatzpotential) annähernd gleich ist der Anzahl von Personen, die arbeiten wollen (Erwerbspersonenpotential). Ein Verfahren zur Berechnung des Arbeitsplatzpotentials entspricht im Prinzip der im Anhang V dargestellten Methode zur Berechnung des Produktionspotentials. Das Arbeitsplatzpotential läßt sich danach aus Kapitalstock und Kapitalintensität, dem Kapitaleinsatz je Arbeitsplatz, ermitteln. Es wird mit Hilfe von Trendextrapolationen vorausgeschätzt, wobei die unterstellten Trends aufgrund von Plausibilitätsüberlegungen ausgewählt werden.

   Das Erwerbspersonenpotential wird berechnet als potentieller Anteil der Erwerbspersonen an der jeweiligen Wohnbevölkerung (Potentialerwerbsquote). Vorausschätzungen über die künftige Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials basieren also auf Schätzungen über die Bevölkerungsentwicklung und auf Annahmen über Veränderungen in der Erwerbsbeteiligung. Sowohl die Schätzung des Arbeitsplatzpotentials als auch die des Erwerbspersonenpotentials ist deshalb mit erheblichen Unsicherheiten behaftet.

A. Arbeitsplatzpotential

2. Verwendete Symbole für die Jahre t, t + 1, . . ., t + n:

A^*_t	gesamtwirtschaftliches Arbeitsplatzpotential
a_t	statistisch gemessene Kapitalintensität
$\hat{a}_t$	trendmäßige Kapitalintensität
a^*_t	Kapitalintensität bei Vollbeschäftigung
B_t	abhängig Beschäftigte
K_t	Bruttoanlagevermögen zu Beginn des Jahres t
$\frac{1}{2}(K_t+K_{t+1})$	jahresdurchschnittliches Bruttoanlagevermögen

Subskripte

PH Sektor Private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter
S Sektor Staat
U Sektor Unternehmen (ohne Wohnungsververmietung)
WV Sektor Wohnungsvermietung

3. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsplatzpotential A^*_t, das mit abhängig beschäftigten Erwerbspersonen besetzt werden kann, ist die Summe aus dem Arbeitsplatzpotential im Sektor Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) und dem Arbeitsplatzpotential in den Sektoren Private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter, Staat und Wohnungsvermietung:

$$A^*_t = A^*_{U,t} + A^*_{PH,t} + A^*_{S,t} + A^*_{WV,t}$$

   Für die drei Sektoren Private Haushalte, Staat und Wohnungsvermietung wird unterstellt, daß ihr Arbeitsplatzpotential stets voll ausgelastet ist. Es sei also

$$A^*_{PH,t} = B_{PH,t}$$
$$A^*_{S,t} = B_{S,t}$$
$$A^*_{WV,t} = B_{WV,t}$$

   so daß

$$A^*_t = A^*_{U,t} + B_{PH,t} + B_{S,t} + B_{WV,t}$$

   Analog zur Berechnung des Produktionspotentials werden also Auslastungsschwankungen des Arbeitsplatzpotentials allein auf den Sektor Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) zurückgeführt.

4. Das Arbeitsplatzpotentials der Unternehmen ergibt sich definitionsgemäß aus

$$(1)\quad A^*_{U,t} = \frac{\frac{1}{2}(K_{U,t} + K_{U,t+1})}{a^*_{U,t}}$$

   Schwankungen im Auslastungsgrad des Arbeitsplatzpotentials werden im hier gewählten Ansatz an den Schwankungen der statistisch gemessenen Kapitalintensität abgelesen.

   Diese ist um so höher, je niedriger die Auslastung ist, und umgekehrt. Als Schätzung für die potentielle Kapitalintensität wird eine um Auslastungsschwankungen bereinigte Kapitalintensität berechnet. Bereinigt wird in zwei Schritten. Zunächst wird der Trend der empirischen Kapitalintensität bestimmt, und zwar als exponentieller Trend mit gleitendem Stützbereich. Die (logarithmisch-lineare) Trendfunktion wird sodann durch jenen Wert der empirischen

Kapitalinsensität verschoben, der am weitesten vom entsprechenden Trendwert nach unten abweicht.

$$(2)\quad \log a^*_{U,t} = \log \hat{a}_{U,t} - z \text{ mit } z = \max \left[\log \hat{a}_{U,t} - \log a_{U,t} \right]$$

Die so verschobene Trendfunktion gibt die von Auslastungsschwankungen bereinigte potentielle Kapitalintensität des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) wieder. Für das gesamtwirtschaftliche Arbeitsplatzpotential gilt demnach

$$(3)\quad A^*_t = \frac{\frac{1}{2}(K_{U,t} + K_{U,t+1})}{a^*_{U,t}} + B_{PH,t} + B_{S,t} + B_{WV,t}$$

5. Die Höhe des Arbeitsplatzpotentials in einem gegebenen Jahr t hängt also ab von den beobachteten Werten für $B_{PH,t}$, $B_{S,t}$ und $B_{WV,t}$, dem vom Statistischen Bundesamt mit Hilfe von Überlebensfunktionen berechneten Wert $K_{U,t}$ sowie von dem geschätzten Wert der potentiellen Kapitalintensität $a^*_{U,t}$. Je nach der Wahl des Stützbereichs ergeben sich recht unterschiedliche Werte für $a^*_{U,t}$. Legt man als Stützbereich einen möglichst langen Zeitraum zugrunde, etwa die Jahre 1950 bis 1976, so wird die potentielle Kapitalintensität in der Mehrzahl der Jahre von wirtschaftlichen Verhältnissen mit beeinflußt, die zu weit in der Vergangenheit oder in der Zukunft liegen. Wie bei der potentiellen Kapitalproduktivität im Rahmen der Berechnung des Produktionspotentials wurden deshalb unterschiedliche (gleitende) Stützbereiche von konstanter Länge zur Ermittlung der potentiellen Kapitalintensität gewählt. Jeder der Stützbereiche umfaßt mit zehn Jahren etwa zwei volle Konjunkturzyklen.

   Welchen Stützbereich man auch wählt, unberücksichtig bleiben auf jeden Fall Arbeitsplätze, die aufgrund von Arbeitskräftemangel unbesetzt bleiben. Sie schlagen sich nicht in der statistisch gemessenen Kapitalintensität nieder. Im Boomjahr 1970 gab es beispielsweise in großer Anzahl offene Stellen. Das zeigt, daß das gewählte Schätzverfahren das Arbeitsplatzpotential eher unterschätzt als überschätzt.

6. Die Veränderung des Arbeitsplatzpotentials von einem Jahr zum anderen kann als Maß dafür interpretiert werden, wie viele Arbeitsplätze geschaffen wurden oder verlorengingen. So ergibt sich etwa durch Addition dieser Veränderungen für den Zeitraum von 1973 bis 1976, daß sich das Arbeitsplatzpotential im Unternehmenssektor um knapp 800 000 vermindert hat (Ziffer 95).

7. Soll das künftige Arbeitsplatzpotential abgeschätzt werden, müssen Annahmen darüber getroffen werden, wie sich Kapitalstock und Kapitalintensität entwickeln werden. In einer Tabelle haben wir das Arbeitsplatzpotential unter alternativen Annahmen von dem Potentialwert des Jahres 1976 aus fortgeschrieben.

Rechnerisches Arbeitsplatzpotential im Jahre 1980 [1]

1 000

Trendannahme [2]	Arbeitsplatzpotential bei Zunahme der realen Bruttoanlageinvestitionen pro Jahr um ... vH		
	6	9	12
1950/59	19 700	20 000	20 300
1950/74	17 300	17 600	17 900
1950/76	17 200	17 500	17 700
1960/74	16 500	16 800	17 000
1960/76	16 400	16 700	17 000
1966/75	16 600	16 900	17 100
1967/76	16 600	16 800	17 100

[1] Eigene Schätzung; Unternehmenssektor (ohne Wohnungsvermietung), abhängig Beschäftigte.
[2] Zunahme der potentiellen Kapitalintensität während des 1977/80 wie im Trend der angegebenen Zeiträume.

8. Je steiler der Trend der Kapitalintensität, um so geringer ist bei einer gegebenen Entwicklung der Investitionen das Angebot an Arbeitsplätzen. Schon geringe Veränderungen im Anstiegswinkel führen zu erheblich unterschiedlichen Ergebnissen. Schreibt man die Entwicklung der Kapitalintensität von dem Potentialwert für das Jahr 1976 an mit dem Trend fort, der für die Jahre 1960 bis 1974 charakteristisch war, so zeigt sich, daß 1980 bei gleichen Annahmen über die Investitionszuwächse jeweils rund 800 000 Arbeitsplätze weniger zur Verfügung stünden, als wenn man etwa den Trend für die Jahre 1950 bis 1974 bis 1980 verlängerte.

9. Es spricht einiges dafür, daß der Anstieg des Trends 1950/74 die künftige Entwicklung widerspiegeln könnte. In ihm mischen sich die Ergebnisse zweier Perioden, der Periode der Arbeitskräfteknappheit seit Anfang der sechziger Jahre und der Periode der fünfziger Jahre, in der Arbeitskräfte im allgemeinen reichlich verfügbar und die Löhne noch niedrig waren. Damals konnte durch geringe zusätzliche Investitionen eine große Anzahl von Arbeitsplätzen geschaffen werden; die Kapitalintensität stieg zunächst nur langsam. Der längere Trend ist also bestimmt von zwei verschiedenen Entwicklungen. Er könnte die Entwicklung in den nächsten Jahren um so eher markieren, je mehr die weitere Entwicklung der Löhne der veränderten Arbeitsmarktlage Rechnung trägt und sich dadurch wieder eine Tendenz zu einer langsameren Zunahme der Kapitalintensität durchsetzte.

B. Arbeitskräftepotential

10. Bei der Schätzung und Fortschreibung des Arbeitskräftepotentials lehnen wir uns an Rechnungen des Nürnberger Instituts für Arbeits-

markt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit an. Die Jahre 1961 bis 1965 sowie 1970 werden danach als Jahre der konjunkturellen Vollauslastung betrachtet, die deutschen Erwerbspersonenzahlen dieser Jahre folglich als Potentialzahlen angenommen.

Aus den alters- und geschlechtsspezifischen Jahresdurchschnittserwerbsquoten für Inländer und aus den Bevölkerungszahlen, die beide auf Berechnungen des Statistischen Bundesamtes beruhen, kann der Trend des Erwerbspersonenpotentials ermittelt werden.

Für die Trendprojektion der Erwerbsquoten — untergliedert nach 5-Jahres-Altersgruppen und Geschlecht — werden „lineare und logarithmisch-lineare Trends, Konstanthaltung sowie Mittel aus Konstanthaltung und linearem Trend" angewendet. Eine Abweichung von der Erwerbsquotenvorausschätzung nach 5-Jahres-Altersgruppen war wegen der weiter steigenden Ausbildungsdauer, wie sie im Bildungsgesamtplan vorgesehen ist, bei der Gruppe der 15- bis 19jährigen Männer und Frauen notwendig. Auch für die 60- bis 64jährigen wurden Jahrgangserwerbsquoten errechnet; es wurde unterstellt, daß gut zwei Drittel der 62- bis 64jährigen Männer von der flexiblen Altersgrenze Gebrauch machen. Angelegt werden die so ermittelten Erwerbsquoten an die neue Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Bundesamtes auf Basis 1. Januar 1975.

11. Das deutsche Erwerbspersonenpotential wird danach im Gegensatz zu den letzten 15 Jahren, als es um rund 1,8 Millionen zurückging, bis etwa 1988/89 wachsen. Von 1976 bis 1980 wird es von 24,54 Millionen auf 24,81 Millionen steigen. Will man das gesamte Erwerbspersonenpotential für das Jahr 1980 vorausschätzen, müssen Annahmen über das im Inland verfügbare ausländische Erwerbspersonenpotential getroffen werden; es betrug 1976 etwa 2,22 Millionen.

Voraussagen über die künftigen Zuwanderungen und Abwanderungen von Ausländern sind sehr schwierig. Viel hängt von der künftigen konjunkturellen Situation ab. Dies gilt auch für die Erwerbsquoten.

Bei aller Unsicherheit halten wir die folgende Entwicklung für wahrscheinlich:

Bis 1980 dürfte sich das deutsche Erwerbspersonenpotential um fast 300 000 Personen vergrößern. Unter den weiteren Annahmen, daß die Anzahl der Ausländer gleichzeitig um 400 000 zurückgehen wird, daß die Anzahl der Selbständigen während dieser Zeit ebenfalls um rund 400 000 abnehmen wird und daß das Minimum der stillen Reserve mit 200 000 Personen angesetzt werden kann, dürften 1980 voraussichtlich 22,7 Millionen Personen in der Gesamtwirtschaft einen Arbeitsplatz benötigen, 18,2 Millionen davon im Unternehmenssektor.

C. Würdigung

12. Nimmt man potentielles Arbeitsangebot und potentielle Arbeitsnachfrage zusammen und unterstellt, daß die realen Bruttoanlageinvestitionen bis 1980 um jährlich 9 vH steigen werden, so würden bei einer Entwicklung der Kapitalintensität, wie sie bei Fortsetzung des Trends von 1960 bis 1974 zu erwarten wäre, im Jahre 1980 weit mehr als eine Million Arbeitsplätze fehlen. Daß es so kommt, ist aber nicht wahrscheinlich. Unterstellt man eine andere Entwicklung, etwa diejenige, die der Trend von 1950 bis 1974 beschreibt, so würde die Arbeitsplatzlücke nur etwas über eine halbe Million Arbeitsplätze betragen. Nimmt man darüber hinaus an, daß in Zukunft die Erwerbsbeteiligung deutlich niedriger sein wird als in der Vergangenheit, so wäre es durchaus denkbar, daß die Arbeitsplatzlücke bis 1980 zum größten Teil geschlossen werden kann, Zuwachsraten der Investitionen in der Größenordnung von 9 vH immer vorausgesetzt.

Das vorhandene Produktionspotential wird bei Fortsetzung des Aufschwungs wieder höher ausgelastet werden. Die tatsächliche Kapitalintensität, die 1976 deutlich über dem Trend lag, nähert sich diesem also wieder. Die Trendwerte, die unseren Berechnungen zugrunde liegen, unterstellen aber bereits, daß der Kapitalstock bis 1980 wieder ebenso intensiv genutzt werden kann wie im Hochkonjunkturjahr 1970. Möglicherweise gibt es darüber hinaus Reserven, etwa durch Übergang zu vermehrter Schichtarbeit. Solche übermäßige Anspannung der Sachanlagen würde dann dazu führen, daß sehr kräftig investiert würde, insbesondere zur Kapazitätserweiterung.

IX.
Statistischer Anhang

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland ..... Seite 216

Tabellenteil ..... Seite 219

Internationale Tabellen ..... Tabellen 1*—11*

Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland ..... Tabellen 12*—58*

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland

1. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt. In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat und private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Zu den **Unternehmen** rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft oder mindestens die Kosten deckt. Hierzu gehören unter anderem auch landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe und Freie Berufe, ferner Bundesbahn, Bundespost und sonstige öffentliche Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform. Einbezogen in den Unternehmenssektor ist auch die Wohnungsvermietung einschließlich der Nutzung von Eigentümerwohnungen.

Der **Staat** umfaßt folgende öffentliche Körperschaften: Bund einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschließlich Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände, und zwar Hoheits- und Kämmereiverwaltungen (also nicht ihre Unternehmen), ferner Zweckverbände, soweit sie Aufgaben erfüllen, die denen der Gebietskörperschaften entsprechen, und die Sozialversicherung einschließlich der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst. In die Sozialversicherung einbezogen ist ein fiktiver Pensionsfonds für Beamte, der unterstellt werden muß, damit das Einkommen der Beamten mit dem anderer Arbeitnehmergruppen vergleichbar dargestellt werden kann.

In den Sektor der **privaten Haushalte** sind die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter eingeschlossen, wie Kirchen, religiöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle und wissenschaftliche Organisationen, politische Parteien, Gewerkschaften, Sportvereine, gesellige Vereine usw., die wie der Staat ihre Leistungen überwiegend ohne Entgelt „verkaufen".

2. Das Sozialprodukt und seine Entstehung

Das **Sozialprodukt** gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Von seiner Entstehung her gesehen wird das Sozialprodukt über das **Inlandsprodukt** berechnet. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionswerte (Umsatz, Bestandsveränderung an Halb- und Fertigfabrikaten, selbsterstellte Anlagen) der Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die sogenannten Vorleistungen (Materialeinsatz usw.) ab, erhält man den Beitrag der Bereiche zum **Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen.**

Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Institutionen von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab, die an die übrige Welt gezahlt worden sind, ergibt sich das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen.**

Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus dem (Privaten und Staats-)Verbrauch, den Investitionen und den Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus der übrigen Welt) nach Abzug der Einfuhren von Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen für die übrige Welt).

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen.** Hieraus leitet sich durch Kürzung um die indirekten (bei der Gewinnermittlung abzugsfähigen) Steuern und durch Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten** ab. Es ist identisch mit dem Volkseinkommen.

Die einzelnen Begriffe hängen, schematisch dargestellt, wie folgt zusammen:

	Bruttoinlandsprodukt
+	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt
=	Bruttosozialprodukt
−	Abschreibungen
=	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
−	Indirekte Steuern
+	Subventionen
=	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen

3. Verteilung des Volkseinkommens

Das Volkseinkommen ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern zugeflossen sind.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkommensarten unterschieden, nämlich Einkommen aus unselbständiger Arbeit und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Das **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfaßt die Bruttolohn- und -gehaltssumme, die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und die zusätzlichen Sozialaufwendungen der Arbeitgeber für Krankheitsfälle, Altersvorsorge u. ä.

Das **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** enthält das Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Zinsen, Nettopachten, Einkommen aus immateriellen Werten, Dividenden und sonstigen Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie Einkommen der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, und zwar nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden bzw. auf die öffentliche Schuld. Dazu kommen die nicht ausgeschütteten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.).

Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten noch die direkten Steuern, derjenige der privaten Haushalte außerdem die Beiträge zur Sozialversicherung.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen und ähnliches, die die privaten Haushalte usw. vom Staat und von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von ihnen an den Staat geleisteten direkten Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen sowie die an die übrige Welt geleisteten laufenden Übertragungen ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann sowohl einschließlich als auch ohne nichtentnommene Gewinne der Einzelunternehmen und Personengesellschaften dargestellt werden. Dasselbe gilt für die **Ersparnis** der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man vom verfügbaren Einkommen den Privaten Verbrauch abzieht.

4. Verwendung des Sozialprodukts

In der Verwendungsrechnung werden der Private Verbrauch, der Staatsverbrauch, die Investitionen und der Außenbeitrag unterschieden.

Der **Private Verbrauch** umfaßt die Güter- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke sowie den Eigenverbrauch (Käufe minus Verkäufe, ohne Investitionsgüter) der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen und ähnliches. Der Verbrauch auf Geschäftskosten wird nicht zum Privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthalten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Investitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** entspricht den Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Zu den Aufwendungen für Verwaltungsleistungen zählen die Waren- und Dienstleistungskäufe des Staates (ohne Käufe von Investitionsgütern für zivile Zwecke), die Einkommen der im Staatsdienst Beschäftigten, ferner unterstellte Nettomieten für die vom Staat benutzten eigenen Gebäude und Abschreibungen auf diese Anlagen und das bewegliche Sachvermögen. Um den Staatsverbrauch zu ermitteln, wird von den Aufwendungen der Wert der Staatsleistungen abgesetzt, die verkauft oder für die Gebühren erhoben werden. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke zählen auch die Käufe von Rüstungsgütern und militärischen Bauten. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum Privaten Verbrauch.

Die **Investitionen** setzen sich aus Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und der Vorratsveränderung zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die gesamten privaten und staatlichen Käufe dauerhafter Produktionsmittel sowie die selbsterstellten Anlagen. Als dauerhaft werden in diesem Zusammenhang diejenigen Produktionsmittel angesehen, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden; ausgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, sonstige gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** ist zu Wiederbeschaffungspreisen bewertet und damit frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus den preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Als **Außenbeitrag** wird die Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen bezeichnet. Erfaßt werden die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt. Einbezogen in die Ausfuhr sind Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer von der übrigen Welt bezogen haben; in der Einfuhr sind die an die übrige Welt geflossenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen enthalten.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch die DDR und Berlin (Ost) umfaßt.

5. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen (von 1962) berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen Sozialprodukt im Gegensatz zum nominalen, das in

jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält man Preisindizes auf der Basis 1962. Diese Preisindizes haben eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der „Warenkorb" des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1962; die Entwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Weitere Hinweise zum Inhalt der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Begriffe werden in den Fußnoten zu den einzelnen Tabellen gegeben.

Tabellenteil

Tabelle 1*

Bevölkerung und Erwerbstätige [1]) in den EG-Ländern

1 000

Jahr	EG insgesamt [2])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
					Gesamtbevölkerung					
1960	172 232	55 433	9 119	45 684	50 198	315	11 483	4 581	52 559	2 832
1961	173 983	56 175	9 166	46 163	50 523	319	11 637	4 617	52 954	2 818
1962	176 020	56 837	9 218	46 998	50 843	323	11 801	4 647	53 414	2 830
1963	177 976	57 389	9 283	47 816	51 198	326	11 964	4 684	53 691	2 850
1964	179 703	57 971	9 367	48 310	51 600	330	12 125	4 720	54 033	2 864
1965	181 438	58 619	9 448	48 758	51 987	333	12 293	4 758	54 377	2 876
1966	182 942	59 148	9 508	49 164	52 332	335	12 455	4 797	54 653	2 884
1967	183 990	59 286	9 557	49 548	52 667	335	12 597	4 839	54 933	2 900
1968	185 053	59 500	9 590	49 914	52 987	337	12 726	4 867	55 157	2 913
1969	186 523	60 067	9 613	50 315	53 317	339	12 873	4 891	55 372	2 926
1970	188 100	60 651	9 638	50 778	53 661	340	13 032	4 929	55 522	2 950
1971	189 750	61 284	9 673	51 249	54 005	345	13 194	4 963	55 712	2 978
1972	191 173	61 669	9 711	51 703	54 412	348	13 330	4 992	55 882	3 014
1973	256 643	61 976	9 742	52 130	54 913	353	13 438	5 022	56 021	3 051
1974	257 829	62 054	9 772	52 507	55 401	357	13 543	5 045	56 077	3 086
					Erwerbstätige					
1960	74 105	26 080	3 481	19 600	20 630	133	4 182	2 054	24 313	1 055
1961	74 606	26 442	3 510	19 601	20 677	133	4 243	2 084	24 598	1 053
1962	74 675	26 533	3 566	19 664	20 450	134	4 328	2 116	24 770	1 060
1963	74 690	26 596	3 592	19 843	20 139	133	4 387	2 142	24 800	1 066
1964	74 982	26 618	3 641	20 060	20 066	134	4 464	2 186	25 083	1 071
1965	74 855	26 768	3 648	20 123	19 680	135	4 502	2 226	25 320	1 069
1966	74 646	26 686	3 665	20 246	19 377	135	4 537	2 264	25 479	1 066
1967	74 034	25 817	3 654	20 312	19 596	133	4 523	2 312	25 106	1 060
1968	74 062	25 839	3 650	20 291	19 585	132	4 565	2 320	24 927	1 063
1969	75 015	26 239	3 711	20 615	19 676	133	4 641	2 342	24 970	1 066
1970	75 828	26 571	3 774	20 905	19 745	137	4 696	2 374	24 842	1 053
1971	76 067	26 639	3 816	21 033	19 715	140	4 724	2 382	24 486	1 055
1972	75 856	26 581	3 814	21 169	19 466	144	4 683	2 390	24 498	1 046
1973	104 893	26 648	3 849	21 437	19 592	147	4 692	2 407	25 069	1 052
1974	104 936	26 152	3 828	21 653	19 831	151	4 688	2 394	25 181	1 058

[1]) Inlandskonzept; Bundesrepublik Deutschland: Revidierte Abgrenzung (ohne die bei ausländischen Streitkräften in Berlin [West] beschäftigten Arbeitnehmer).
[2]) Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Neun.

Quelle: SAEG

Tabelle 2*

Beschäftigte Arbeitnehmer [1]) und Arbeitslose [2]) in den EG-Ländern

1 000

Jahr	EG insgesamt [3])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
	Beschäftigte Arbeitnehmer									
1960	52 245	20 090	2 565	13 944	12 257	94	3 296	1 580	22 547	650
1961	53 334	20 581	2 609	14 092	12 588	96	3 369	1 613	22 839	650
1962	54 293	20 875	2 674	14 297	12 885	97	3 465	1 647	23 024	659
1963	55 170	21 113	2 724	14 607	13 093	98	3 536	1 668	23 067	669
1964	55 901	21 349	2 799	14 942	13 088	100	3 623	1 710	23 363	680
1965	56 137	21 638	2 828	15 113	12 780	102	3 676	1 741	23 614	702
1966	56 336	21 650	2 854	15 338	12 669	104	3 722	1 754	23 785	702
1967	56 008	20 921	2 845	15 504	12 918	103	3 718	1 803	23 335	705
1968	56 440	21 054	2 845	15 587	13 076	104	3 775	1 839	23 149	715
1969	57 927	21 635	2 911	16 022	13 388	106	3 865	1 856	23 100	726
1970	59 083	22 149	2 988	16 431	13 472	110	3 933	1 902	22 947	725
1971	59 780	22 328	3 048	16 683	13 635	114	3 972	1 909	22 576	737
1972	60 125	22 361	3 066	16 939	13 698	119	3 942	1 950	22 561	732
1973	86 730	22 500	3 118	17 318	13 906	123	3 962	1 969	23 090	744
1974	87 081	22 089	3 186	17 638	14 149	127	3 969	1 964	23 204	756
	Arbeitslose									
1960	1 381	271	114	.	.	.	30	31	377	31
1961	1 113	181	89	.	.	.	22	24	347	27
1962	983	155	71	.	.	.	23	22	467	27
1963	914	186	59	.	.	.	25	32	558	30
1964	904	169	50	.	.	.	22	19	404	29
1965	1 085	147	55	.	.	.	27	16	347	29
1966	1 167	161	61	.	.	.	37	18	361	32
1967	1 498	459	85	.	.	.	79	22	559	36
1968	1 436	323	103	.	.	.	72	39	586	37
1969	1 195	179	85	.	.	.	53	31	581	36
1970	1 137	149	71	.	.	.	46	24	618	42
1971	1 802	185	71	446	1 038	.	62	30	799	42
1972	1 981	246	87	492	1 048	.	108	30	885	48
1973	2 624	273	92	450	1 005	.	110	20	630	44
1974	3 041	582	105	498	997	.	135	45	631	48
1975	4 585	1 074	177	840	1 107	.	195	103	1 014	75

[1]) Inlandskonzept; Bundesrepublik Deutschland: Revidierte Abgrenzung (ohne die bei ausländischen Streitkräften in Berlin [West] beschäftigten Arbeitnehmer).
[2]) Quelle: International Labour Office und EG (für Frankreich und Italien); Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle.
[3]) Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Neun.

Tabelle 3*

Bruttoinlandsprodukt in den EG-Ländern [1])

Mrd Eur

Jahr	EG insgesamt [2])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
	in jeweiligen Preisen und Wechselkursen									
1960	188,3	71,3	11,1	59,7	34,6	0,5	11,0	5,9	71,4	1,8
1961	210,0	81,9	11,8	65,1	38,6	0,5	12,1	6,6	76,2	1,9
1962	231,7	89,4	12,7	72,6	43,4	0,5	13,1	7,4	79,8	2,1
1963	254,8	95,2	13,6	81,4	49,7	0,6	14,3	7,9	84,7	2,2
1964	281,5	104,4	15,3	90,1	54,3	0,6	16,8	9,0	92,6	2,5
1965	306,7	114,3	16,6	97,9	58,4	0,7	18,7	10,1	99,3	2,7
1966	328,8	121,7	17,8	104,9	63,2	0,7	20,4	11,1	105,9	2,8
1967	347,7	122,8	19,1	113,1	69,6	0,7	22,4	12,0	109,7	3,0
1968	378,9	133,7	20,4	124,0	75,1	0,8	24,8	12,3	103,5	3,0
1969	421,7	151,9	22,7	135,3	82,7	0,9	28,1	14,1	110,5	3,5
1970	477,1	185,5	25,2	141,0	92,7	1,1	31,6	15,6	121,1	3,9
1971	528,5	206,2	27,7	156,9	100,9	1,1	35,8	17,0	135,2	4,4
1972	595,6	235,7	31,6	176,1	109,3	1,2	41,7	19,1	142,9	5,0
1973	837,0	275,2	36,0	199,6	110,9	1,5	47,6	21,8	139,3	5,1
1974	918,1	304,9	42,1	213,0	119,8	1,7	55,4	24,4	151,4	5,3
	in Preisen und Wechselkursen von 1970									
1960	287,4	116,3	15,6	81,7	54,1	0,8	.	9,7	92,6	.
1961	304,3	122,8	16,4	86,4	58,5	0,8	.	10,3	95,7	.
1962	320,4	128,0	17,2	91,9	62,1	0,8	.	10,9	96,5	.
1963	334,5	132,3	18,0	96,9	65,6	0,8	21,0	11,0	100,3	.
1964	354,2	141,0	19,2	103,0	67,3	0,9	22,8	12,0	106,2	.
1965	372,0	148,7	19,9	109,1	69,4	0,9	24,0	12,6	108,5	.
1966	385,9	152,8	20,6	113,5	73,4	0,9	24,7	12,9	110,6	.
1967	398,0	152,3	21,4	118,9	78,6	0,9	26,0	13,5	113,4	.
1968	421,4	162,4	22,3	124,5	83,6	0,9	27,7	14,0	117,3	.
1969	450,9	175,1	23,7	133,1	88,3	1,0	29,6	15,2	118,6	.
1970	477,1	185,5	25,2	141,0	92,7	1,1	31,6	15,6	121,1	3,9
1971	494,5	191,3	26,3	148,6	94,1	1,1	33,0	16,1	124,1	4,0
1972	515,3	198,0	27,7	157,0	97,1	1,1	34,3	16,8	127,3	4,2
1973	699,1	207,5	29,5	165,8	103,2	1,2	35,8	17,4	134,3	4,4
1974	713,5	208,4	30,6	172,2	106,7	1,2	37,0	17,5	135,4	4,5

[1]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher gen", 1970).
[2]) Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Neun.

Tabelle 4*

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in den EG-Ländern [1])

Eur

Jahr	EG insgesamt [2])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
	in jeweiligen Preisen und Wechselkursen									
1960	2 542	2 736	3 201	3 047	1 678	3 840	2 633	2 875	2 936	1 685
1961	2 814	3 097	3 376	3 319	1 866	3 757	2 851	3 144	3 098	1 817
1962	3 103	3 369	3 554	3 693	2 122	3 983	3 035	3 489	3 220	1 952
1963	3 411	3 581	3 793	4 103	2 467	4 221	3 249	3 669	3 416	2 086
1964	3 754	3 924	4 189	4 490	2 706	4 831	3 757	4 109	3 691	2 363
1965	4 097	4 269	4 551	4 867	2 970	5 009	4 160	4 533	3 924	2 519
1966	4 404	4 560	4 868	5 181	3 263	5 191	4 495	4 892	4 157	2 667
1967	4 696	4 756	5 230	5 567	3 553	5 350	4 947	5 199	4 368	2 871
1968	5 116	5 174	5 602	6 112	3 836	5 882	5 435	5 310	4 153	2 824
1969	5 621	5 791	6 112	6 565	4 203	6 787	6 054	6 012	4 424	3 251
1970	6 292	6 981	6 688	6 744	4 695	7 788	6 740	6 560	4 876	3 690
1971	6 948	7 739	7 251	7 462	5 116	7 718	7 588	7 155	5 522	4 201
1972	7 852	8 867	8 294	8 319	5 617	8 551	8 894	7 996	5 834	4 780
1973	7 980	10 329	9 353	9 312	5 659	9 954	10 146	9 074	5 555	4 876
1974	8 749	11 660	10 995	9 836	6 043	11 307	11 826	10 213	6 012	5 030
	in Preisen und Wechselkursen von 1970									
1960	3 879	4 461	4 485	4 169	2 622	5 666	.	4 731	3 810	.
1961	4 079	4 644	4 669	4 406	2 830	5 855	.	4 961	3 890	.
1962	4 290	4 823	4 835	4 675	3 038	5 937	.	5 163	3 896	.
1963	4 479	4 973	5 009	4 884	3 256	6 086	4 784	5 132	4 045	.
1964	4 724	5 296	5 286	5 136	3 354	6 471	5 105	5 495	4 233	.
1965	4 970	5 555	5 464	5 421	3 528	6 581	5 329	5 642	4 284	.
1966	5 169	5 727	5 610	5 604	3 790	6 653	5 438	5 700	4 340	.
1967	5 376	5 898	5 846	5 853	4 010	6 787	5 746	5 818	4 516	.
1968	5 690	6 287	6 097	6 134	4 266	7 163	6 076	6 019	4 704	.
1969	6 010	6 672	6 395	6 458	4 487	7 663	6 381	6 474	4 749	.
1970	6 292	6 981	6 688	6 744	4 695	7 788	6 740	6 560	4 876	3 690
1971	6 500	7 182	6 883	7 067	4 775	7 632	6 993	6 763	5 068	3 816
1972	6 794	7 450	7 276	7 418	4 988	7 740	7 331	7 050	5 196	4 024
1973	6 665	7 788	7 658	7 732	5 268	8 151	7 633	7 232	5 357	4 209
1974	6 799	7 970	7 989	7 953	5 380	8 300	7 890	7 309	5 376	4 215

[1]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).
[2]) Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Neun.

Quelle: SAEG

Tabelle 5*

Verfügbares Nettovolkseinkommen [1]) und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in den EG-Ländern [2])

Mrd Eur in jeweiligen Wechselkursen

Jahr	EG insgesamt [3])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
	Verfügbares Nettovolkseinkommen [1])									
1960	169,9	64,5	10,1	52,7	32,0	0,4	10,1	5,4	65,9	1,8
1961	189,0	73,5	10,8	57,4	35,7	0,4	11,1	6,0	70,2	1,9
1962	208,3	79,7	11,5	64,4	40,2	0,5	12,0	6,8	73,6	2,0
1963	228,9	84,6	12,4	72,4	46,0	0,5	13,1	7,2	78,2	2,2
1964	252,6	92,6	13,9	80,0	50,1	0,6	15,4	8,2	85,4	2,5
1965	274,7	100,8	15,1	87,0	54,0	0,6	17,2	9,2	91,7	2,6
1966	294,2	107,1	16,2	93,0	58,6	0,6	18,7	10,1	97,3	2,7
1967	310,7	107,5	17,4	100,2	64,5	0,6	20,5	11,0	100,6	2,9
1968	338,7	117,3	18,6	109,7	69,7	0,6	22,7	11,2	94,8	2,9
1969	377,1	133,4	20,6	119,8	76,7	0,7	25,8	12,9	101,1	3,3
1970	424,4	162,0	22,8	124,4	85,3	0,9	29,0	14,2	110,8	3,7
1971	469,1	179,3	25,0	138,3	92,9	0,9	32,7	15,5	123,2	4,2
1972	528,1	204,5	28,7	155,0	100,8	1,0	38,0	17,3	129,8	4,8
1973	745,5	239,0	32,8	175,7	101,6	1,2	43,7	20,0	126,4	5,0
1974	811,2	263,2	38,3	185,9	108,2	1,4	50,7	22,0	136,2	5,2
	Einkommen aus unselbständiger Arbeit									
1960	85,4	33,6	5,1	26,7	14,5	0,2	5,2	2,8	42,6	0,8
1961	96,9	39,4	5,4	29,8	16,1	0,2	6,0	3,2	46,1	0,9
1962	109,4	44,0	5,9	33,8	18,8	0,3	6,6	3,6	48,6	1,0
1963	122,8	47,3	6,5	38,5	22,8	0,3	7,4	3,8	51,1	1,1
1964	136,7	51,8	7,3	42,8	25,6	0,3	8,8	4,4	55,4	1,2
1965	148,9	57,2	8,1	46,2	27,0	0,4	10,0	5,1	59,8	1,3
1966	161,0	61,6	8,9	50,0	28,9	0,4	11,3	5,6	64,0	1,4
1967	169,8	61,7	9,5	54,0	31,9	0,4	12,3	6,1	65,3	1,5
1968	185,3	66,3	10,1	60,1	34,8	0,4	13,5	6,3	61,0	1,5
1969	208,5	76,0	11,2	66,8	38,3	0,4	15,7	7,2	65,2	1,7
1970	241,7	96,3	12,6	69,5	44,8	0,5	18,0	8,2	72,8	2,0
1971	274,2	109,3	14,4	78,0	51,3	0,6	20,6	9,3	80,6	2,3
1972	311,0	125,5	16,9	87,6	56,6	0,7	23,7	10,3	86,0	2,5
1973	457,0	149,9	19,6	100,7	59,1	0,8	27,7	11,9	84,7	2,6
1974	519,1	169,9	23,4	111,6	65,9	1,0	33,3	...	97,7	2,9

[1]) Nettosozialprodukt zu Marktpreisen.
[2]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).
[3]) Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Neun.

Quelle: SAEG

Tabelle 6*

Privater Verbrauch in den EG-Ländern [1])

Mrd Eur

Jahr	EG insgesamt [2])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
	in jeweiligen Preisen und Wechselkursen									
1960	117,6	43,2	7,7	37,2	22,8	0,3	6,4	3,9	47,1	1,4
1961	130,3	49,1	8,0	40,7	25,0	0,3	7,2	4,3	49,6	1,5
1962	143,9	53,7	8,4	45,5	28,1	0,3	7,9	4,8	52,6	1,6
1963	159,5	57,3	9,1	51,4	32,7	0,3	8,8	5,1	55,8	1,7
1964	173,0	61,7	9,7	56,0	35,4	0,4	9,9	5,8	59,5	1,9
1965	187,8	67,9	10,6	60,0	38,0	0,4	11,0	6,3	63,2	2,0
1966	203,5	73,3	11,3	64,7	41,8	0,4	11,9	7,0	67,1	2,1
1967	216,8	75,5	11,9	70,1	46,0	0,4	12,9	7,6	69,1	2,2
1968	232,9	80,0	12,9	76,5	48,9	0,5	14,0	7,7	65,1	2,2
1969	256,3	89,5	14,0	82,9	53,4	0,5	16,0	8,8	69,1	2,5
1970	285,2	106,6	15,0	84,9	60,3	0,6	18,0	9,4	74,9	2,8
1971	317,1	119,1	16,5	95,0	65,6	0,6	20,2	10,1	83,6	3,1
1972	358,1	137,1	18,8	106,5	71,6	0,7	23,3	11,0	99,0	3,4
1973	504,2	158,6	21,4	120,2	73,1	0,8	26,5	12,4	87,7	3,4
1974	559,4	177,4	24,7	131,3	80,2	0,9	30,9	13,8	96,4	3,8
	in Preisen und Wechselkursen von 1970									
1960	172,3	67,6	10,4	50,1	33,7	0,4	.	6,1	59,9	.
1961	182,0	71,2	10,6	53,0	36,1	0,4	.	6,6	61,2	.
1962	192,5	74,6	11,0	56,7	38,4	0,4	.	6,9	62,5	.
1963	203,6	77,3	11,5	60,7	41,6	0,4	12,1	6,9	65,1	.
1964	212,7	80,9	11,8	63,9	42,8	0,5	12,8	7,5	67,1	.
1965	223,2	85,7	12,3	66,8	44,3	0,5	13,7	7,8	68,1	.
1966	233,7	89,2	12,6	70,0	47,4	0,5	14,1	8,1	69,3	.
1967	242,8	90,4	12,9	73,7	50,7	0,5	14,7	8,4	70,8	.
1968	252,8	93,7	13,6	76,4	53,0	0,5	15,6	8,5	72,8	.
1969	269,4	100,4	14,4	81,2	56,2	0,5	16,7	9,3	73,1	.
1970	285,2	106,6	15,0	84,9	60,3	0,6	18,0	9,4	74,9	2,8
1971	298,9	112,0	15,7	90,0	62,0	0,6	18,6	9,6	77,1	2,9
1972	312,4	116,3	16,7	95,2	64,3	0,6	19,4	9,9	81,6	3,0
1973	425,1	119,3	17,9	100,4	67,8	0,6	20,0	10,3	85,6	3,2
1974	432,0	119,8	18,4	104,8	69,4	0,7	20,4	10,1	85,3	3,1

[1]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).

[2]) Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Neun.

Quelle: SAEG

Tabelle 7*

Staatsverbrauch in den EG-Ländern [1])

Mrd Eur

Jahr	EG insgesamt [2])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
	in jeweiligen Preisen und Wechselkursen									
1960	22,3	7,3	1,4	7,9	4,2	0,0	1,5	0,7	11,8	0,2
1961	25,1	8,7	1,4	8,6	4,6	0,0	1,7	0,9	12,8	0,2
1962	28,8	10,2	1,6	9,7	5,4	0,1	1,9	1,0	13,7	0,3
1963	32,9	11,4	1,8	10,9	6,6	0,1	2,2	1,1	14,4	0,3
1964	35,6	11,7	1,9	11,9	7,5	0,1	2,6	1,3	15,3	0,3
1965	39,3	13,1	2,1	12,6	8,5	0,1	2,9	1,5	16,7	0,4
1966	42,1	14,1	2,3	13,4	9,0	0,1	3,2	1,7	18,2	0,4
1967	45,0	14,8	2,6	14,4	9,5	0,1	3,6	2,0	19,8	0,4
1968	48,4	15,2	2,8	16,2	10,2	0,1	3,9	2,1	18,3	0,4
1969	53,6	17,4	3,1	17,5	11,0	0,1	4,5	2,4	19,2	0,5
1970	60,1	21,6	3,4	18,1	11,7	0,1	5,2	3,1	21,5	0,6
1971	70,3	25,8	3,9	20,3	14,2	0,1	6,0	3,6	24,5	0,7
1972	79,7	29,7	4,6	22,4	15,9	0,1	6,9	4,0	26,7	0,8
1973	121,1	35,5	5,2	25,2	15,8	0,2	7,9	4,6	25,9	0,8
1974	140,4	42,4	6,2	27,6	16,8	0,2	9,5	5,6	31,1	1,0
	in Preisen und Wechselkursen von 1970									
1960	41,2	14,1	2,0	13,2	8,1	0,1	.	1,6	17,5	.
1961	43,2	15,2	2,0	13,6	8,5	0,1	.	1,7	18,2	.
1962	46,2	17,0	2,2	14,1	8,8	0,1	.	1,9	18,7	.
1963	48,5	18,2	2,5	14,3	9,2	0,1	4,2	1,9	19,0	.
1964	49,6	18,2	2,6	14,8	9,7	0,1	4,3	2,0	19,3	.
1965	51,5	19,1	2,7	15,1	10,1	0,1	4,4	2,1	19,8	.
1966	52,4	19,2	2,8	15,4	10,5	0,1	4,5	2,2	20,4	.
1967	54,1	19,7	3,0	16,0	10,8	0,1	4,6	2,4	21,5	.
1968	55,5	19,6	3,1	16,7	11,3	0,1	4,7	2,5	21,6	.
1969	57,8	20,5	3,3	17,5	11,6	0,1	4,9	2,8	21,2	.
1970	60,1	21,6	3,4	18,1	11,7	0,1	5,2	3,1	21,5	0,6
1971	63,5	23,3	3,6	18,9	12,4	0,1	5,3	3,3	22,2	0,6
1972	66,1	24,3	3,8	19,6	13,0	0,1	5,4	3,4	23,1	0,7
1973	96,7	25,2	4,0	20,4	13,3	0,1	5,5	3,4	24,0	0,7
1974	100,1	26,6	4,0	21,1	13,6	0,1	5,5	3,5	24,9	0,7

[1]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).

[2]) Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Neun.

Quelle: SAEG

Tabelle 8*

Bruttoanlageinvestitionen in den EG-Ländern [1])

Mrd Eur

Jahr	EG insgesamt [2])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
	in jeweiligen Preisen und Wechselkursen									
1960	41,3	17,3	2,2	11,3	7,7	0,1	2,6	1,1	11,7	0,3
1961	48,4	20,8	2,4	13,1	8,8	0,1	3,0	1,4	13,2	0,3
1962	54,4	23,4	2,7	14,8	10,1	0,1	3,2	1,5	13,5	0,4
1963	59,7	24,8	2,8	16,8	11,7	0,2	3,4	1,6	14,1	0,4
1964	68,1	28,4	3,4	19,9	11,9	0,2	4,3	2,0	16,9	0,5
1965	73,4	30,6	3,7	23,1	11,1	0,2	4,7	2,2	18,2	0,6
1966	77,3	31,6	4,1	24,4	11,7	0,2	5,3	2,4	19,4	0,6
1967	79,1	28,6	4,4	26,7	13,4	0,2	5,9	2,7	20,6	0,6
1968	86,8	31,2	4,4	29,3	15,2	0,2	6,6	2,6	19,7	0,6
1969	98,8	37,1	4,8	32,4	17,3	0,2	6,9	3,1	20,6	0,8
1970	117,5	49,5	5,7	34,2	19,7	0,3	8,1	3,4	22,5	0,9
1971	129,9	55,6	6,1	38,2	20,5	0,3	9,2	3,7	25,0	1,0
1972	143,5	62,1	6,8	42,9	21,4	0,3	9,9	4,2	26,5	1,1
1973	193,3	68,7	7,8	48,6	23,3	0,4	11,1	5,0	27,1	1,2
1974	210,3	69,5	9,6	53,4	28,0	0,4	12,3	5,4	30,4	1,3
	in Preisen und Wechselkursen von 1970									
1960	63,1	28,9	3,2	14,5	12,2	0,2	.	1,7	13,9	.
1961	70,1	31,7	3,6	16,6	13,6	0,2	.	1,9	15,3	.
1962	75,1	33,5	3,9	18,2	14,9	0,2	.	2,1	15,3	.
1963	78,6	34,3	3,9	19,5	16,1	0,3	4,6	2,0	15,5	.
1964	85,9	38,3	4,4	22,2	15,1	0,3	5,5	2,5	18,1	.
1965	89,8	40,1	4,6	25,1	13,9	0,2	5,8	2,6	19,0	.
1966	92,3	40,5	4,9	25,9	14,4	0,2	6,3	2,7	19,4	.
1967	93,1	37,2	5,1	27,7	16,1	0,2	6,8	2,9	21,1	.
1968	100,3	40,0	5,0	29,6	17,9	0,2	7,5	2,9	22,0	.
1969	109,0	44,6	5,3	32,3	19,2	0,2	7,4	3,3	22,1	.
1970	117,5	49,5	5,7	34,2	19,7	0,3	8,1	3,4	22,5	0,9
1971	121,6	51,7	5,6	36,5	19,1	0,3	8,4	3,5	23,0	0,9
1972	125,9	53,2	5,9	39,2	19,2	0,3	8,1	3,8	23,6	1,0
1973	160,3	53,5	6,3	41,5	20,8	0,3	8,6	4,0	24,2	1,1
1974	156,8	49,1	6,7	42,7	21,6	0,3	8,2	3,6	23,5	1,0

[1]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).

[2]) Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Neun.

Quelle: SAEG

Tabelle 9*

Außenhandel der EG-Länder [1])

Mrd Eur in jeweiligen Preisen und Wechselkursen

Jahr	EG insgesamt [2])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
					Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen					
1960	36,0	12,9	4,2	8,6	4,5	0,4	5,3	1,9	14,5	0,5
1961	38,8	14,1	4,6	9,1	5,1	0,4	5,6	1,9	15,2	0,5
1962	41,4	14,9	5,1	9,4	5,7	0,4	5,9	2,1	15,5	0,5
1963	45,3	16,2	5,6	10,3	6,3	0,4	6,4	2,3	16,4	0,6
1964	51,1	18,1	6,4	11,4	7,3	0,5	7,3	2,6	17,3	0,7
1965	57,0	19,9	6,9	12,8	8,7	0,5	8,1	2,9	18,5	0,7
1966	63,1	22,4	7,7	14,1	9,7	0,5	8,6	3,1	19,8	0,9
1967	67,7	24,1	8,1	15,2	10,6	0,5	9,2	3,2	20,0	1,0
1968	76,2	27,3	9,1	16,5	12,3	0,6	10,3	3,3	21,2	1,0
1969	88,9	31,6	11,0	19,2	14,2	0,7	12,2	3,8	23,6	1,1
1970	104,1	37,4	12,8	22,7	16,0	0,9	14,4	4,2	26,8	1,3
1971	116,3	41,0	13,7	26,5	17,8	0,9	16,4	4,8	30,1	1,4
1972	132,4	46,7	15,8	29,9	20,1	1,0	18,9	5,3	29,8	1,6
1973	199,7	58,0	19,6	36,3	20,9	1,2	23,0	6,4	32,4	1,8
1974	263,9	78,0	25,7	48,2	28,4	1,6	30,7	8,2	40,9	2,2
					Einfuhr von Waren und Dienstleistungen					
1960	33,7	11,4	4,2	7,3	5,2	0,4	5,2	1,9	15,4	0,6
1961	36,6	12,4	4,7	7,8	5,8	0,4	5,7	2,0	15,3	0,7
1962	40,6	13,9	5,1	8,6	6,6	0,4	6,0	2,3	15,5	0,7
1963	45,8	14,7	5,7	9,9	8,2	0,5	6,7	2,3	16,3	0,8
1964	50,8	16,6	6,5	11,4	8,0	0,5	7,8	2,8	18,4	1,0
1965	55,4	19,7	6,9	11,9	8,2	0,5	8,3	3,0	18,7	1,1
1966	61,1	20,5	7,8	13,8	9,5	0,5	9,0	3,2	19,5	1,1
1967	63,7	20,0	7,9	15,0	10,8	0,5	9,4	3,4	20,9	1,2
1968	70,5	22,8	8,9	16,3	11,5	0,6	10,3	3,5	21,9	1,3
1969	85,2	27,8	10,6	20,1	13,9	0,6	12,1	4,1	23,0	1,5
1970	100,1	33,6	12,1	22,1	16,7	0,8	14,8	4,7	25,8	1,7
1971	100,1	36,9	12,9	25,1	18,0	0,8	16,4	5,1	28,1	1,8
1972	123,2	41,2	14,6	28,3	20,6	0,9	17,6	5,2	30,0	1,9
1973	194,0	48,4	18,5	34,9	24,7	1,1	21,6	6,9	35,6	2,2
1974	267,2	62,8	24,9	51,4	35,7	1,5	29,3	8,9	49,5	3,1

[1]) Berechnet nach dem ESVG Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher gen", 1970).

[2]) Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Neun.

Quelle: SAEG

Tabelle 10*

Industrielle Produktion in den EG-Ländern

1970 = 100

Zeitraum	EG insgesamt [1]	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
1955	41	43	54	42	33	67	36	.	67	45
1956	44	46	58	45	35	72	39	.	67	44
1957	47	48	58	49	38	72	40	.	68	43
1958	48	50	55	51	39	69	40	.	67	44
1959	51	53	57	52	44	73	45	.	70	49
1960	58	61	62	57	51	79	49	.	76	52
1961	61	64	65	60	56	81	51	.	76	57
1962	64	66	69	63	61	78	54	.	77	61
1963	67	69	74	67	67	79	57	.	80	64
1964	72	74	79	72	67	86	63	.	86	69
1965	75	78	81	73	71	87	66	.	89	71
1966	79	79	82	79	79	84	70	.	90	75
1967	79	77	84	81	85	84	73	.	90	81
1968	85	84	88	84	91	88	81	.	95	90
1969	94	94	97	94	94	100	91	.	100	97
1970	100	100	100	100	100	100	100	.	100	100
1971	102	102	103	104	100	99	106	.	100	104
1972	107	106	109	112	104	103	111	.	102	109
1973	114	113	116	120	114	115	118	.	111	119
1974	115	112	120	123	119	119	121	.	108	123
1975	107	105	108	112	109	93	115	.	103	115
1973 1. Vj.	113	109	116	125	106	113	117	.	115	112
2. Vj.	118	118	119	125	120	119	118	.	111	125
3. Vj.	105	106	107	103	108	112	108	.	103	118
4. Vj.	122	120	122	129	124	117	128	.	115	123
1974 1. Vj.	117	111	125	132	124	123	124	.	108	120
2. Vj.	122	120	128	130	130	126	123	.	109	129
3. Vj.	105	103	110	106	109	117	111	.	102	120
4. Vj.	116	113	121	125	115	111	128	.	111	122
1975 1. Vj.	110	103	115	120	111	102	120	.	109	109
2. Vj.	109	107	111	115	113	97	114	.	102	120
3. Vj.	95	95	96	93	96	81	101	.	93	113
4. Vj.	114	112	113	122	115	93	127	.	106	119
1976 1. Vj.	113	107	117	127	115	97	124	.	106	117
2. Vj.	118	117	125	127	126	109	122	.	104	...

[1] Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Acht; zusammengewogen den Anteilen an der Industrieproduktion der EG im Jahre 1970.

Quelle: OECD; Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle

Tabelle 11*

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1970 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Vereinigte Staaten	Kanada	Japan	Schweden	Schweiz
	Verbraucherpreise [1]										
1960	78	74	.	67	68	.	76	76	.	67	72
1961	80	75	.	69	69	.	77	77	.	69	73
1962	82	76	73	72	73	.	78	78	.	72	76
1963	84	78	76	74	78	.	79	79	69	74	79
1964	86	81	79	76	83	.	80	81	72	77	82
1965	89	84	81	80	86	.	81	83	77	80	84
1966	92	88	83	83	88	.	84	86	81	86	88
1967	93	90	85	85	92	.	86	89	84	89	92
1968	95	93	89	89	93	.	90	93	88	91	94
1969	97	96	95	94	95	96	94	97	93	93	97
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105	104	106	109	105	108	104	103	106	107	107
1972	111	110	112	117	111	116	108	108	111	114	114
1973	119	118	120	128	123	126	114	116	124	121	124
1974	127	133	137	148	146	138	127	129	154	134	136
1975	135	150	153	184	171	152	139	142	172	147	145
1976 1. Hj.	140	160	163	208	191	162	145	151	185	159	147
	Erzeuger- bzw. Großhandelspreise [1]										
1960	88 a)	82	76	73 a)	77	.	86	.	88	.	83
1961	89 a)	82	78	75 a)	78	.	86	84	89	.	83
1962	90 a)	83	78	77 a)	80	82	86	85	87	.	86
1963	90 a)	85	80	78 a)	84	84	86	86	89	81	90
1964	91 a)	89	83	80 a)	87	88	86	87	89	86	91
1965	94 a)	90	84	82 a)	88	91	88	88	90	87	91
1966	95 a)	92	86	85 a)	90	95	90	91	92	89	93
1967	94 a)	91	85	86 a)	89	96	91	92	94	89	93
1968	94 a)	91	84	90 a)	90	98	93	94	94	90 a)	93
1969	95 a)	95	93	93 a)	93	96 a)	97	98	97	94 a)	96
1970	100 a)	100	100	100 a)	100	100 a)	100	100	100	100 a)	100
1971	104 a)	99 a)	102	109 a)	103	105 a)	103	102	99	103 a)	102
1972	107 a)	104 a)	107	115 a)	108	110 a)	108	107	100	107 a)	106
1973	114 a)	116 a)	123	123 a)	126 a)	117 a)	122	119	116	120 a)	117
1974	129 a)	136 a)	158	152 a)	177 a)	129 a)	145	141	152	148 a)	136
1975	136 a)	137 a)	149	189 a)	192 a)	137 a)	158	157	157	159 a)	133
1976 1. Hj.	139 a)	145 a)	155	210 a)	222 a)	145 a)	181	163	163	170 a)	132

[1] Nationale Quellen.
a) Ohne Mehrwertsteuer.

noch Tabelle 11*

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1970 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Vereinigte Staaten	Kanada	Japan	Schweden	Schweiz
	Durchschnittswerte der Ausfuhr [2]										
1967	95	92	85	84	93	95	90	93	91	89	92
1968	95	91	84	90	92	94	92	95	91	89	95
1969	97	96	91	94	96	96	95	97	95	92	96
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	103	97	106	106	105	102	103	100	100	105	104
1972	103	99	107	111	109	103	106	103	99	109	109
1973	107	108	118	126	127	110	124	118	107	120	112
1974	123	136	148	161	180	141	158	156	148	153	127
1975	132	140	157	198	204	147	177	172	150	177	131
1976 1. Hj.	133	145	164	227	232	155	180	...	143	...	131
	Durchschnittswerte der Einfuhr [2]										
1967	100	93	88	83	96	93	90	94	96	90	89
1968	98	93	85	93	96	91	91	96	95	91	92
1969	100	96	90	96	97	93	93	98	95	93	94
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	99	102	104	105	106	104	105	102	102	106	101
1972	97	101	104	109	109	103	113	104	94	107	103
1973	103	109	112	138	139	111	133	112	106	121	110
1974	129	143	165	210	241	153	200	138	188	165	132
1975	129	147	162	236	256	159	217	160	205	173	127
1976 1. Hj.	132	156	167	270	305	168	220	...	207	...	121
	Bruttostundenverdienste in der Industrie [3]										
1969	87	92	91	91	82	90	95	92	85	88	94
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	111	111	111	113	114	112	106	109	114	108	110
1972	121	126	124	128	125	126	113	118	132	124	119
1973	134	147	141	145	156	143	121	128	163	134	130
1974	147	178	169	169	191	168	131	145	205	149	144
1975	159	210	198	220	241	186	143	168	229	171	155
1976 1. Hj.	165	230	...	259	269	...	151	187	207	198	157
	Anteil am Warenhandel [4] der Bundesrepublik Deutschland in vH										
1971—1975	×	*8,6*	*12,5*	*4,1*	*8,8*	*11,9*	*8,1*	*1,0*	*1,7*	*3,0*	*4,2*

[2] Quelle: IMF; Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle.
[3] Quelle: OECD; Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle. — Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien, Großbritannien, Schweiz: Tarifliche Stundenlöhne. — Japan: Bruttomonatsverdienste.
[4] Einfuhr + Ausfuhr.

Tabelle 12*

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Zeitraum	Einwohner (Wohnbevölkerung)	Erwerbspersonen	Erwerbsquote [1]	Erwerbstätige insgesamt	Erwerbstätige darunter Abhängige zusammen	Erwerbstätige darunter Abhängige darunter Ausländer [2]	Offene Stellen	Arbeitslose	Arbeitslosenquote [3]
	1 000		vH	1 000					vH
1950	46 908	21 577	*46,0*	19 997	13 674	.	116	1 580	*10,4*
1951	47 413	21 952	*46,3*	20 520	14 286	.	116	1 432	*9,1*
1952	47 728	22 289	*46,7*	20 910	14 754	.	115	1 379	*8,5*
1953	48 172	22 684	*47,1*	21 425	15 344	.	123	1 259	*7,6*
1954	48 710	23 216	*47,7*	21 995	15 968	73	137	1 221	*7,1*
1955 [4]	49 203	23 758	*48,3*	22 830	16 840	80	200	928	*5,2*
1956	49 797	24 196	*48,6*	23 435	17 483	99	219	761	*4,2*
1957	50 434	24 602	*48,8*	23 940	17 992	108	217	662	*3,5*
1958	51 056	24 807	*48,6*	24 124	18 188	127	216	683	*3,6*
1959	51 634	24 857	*48,1*	24 381	18 508	167	280	476	*2,5*
1960	52 183	25 027	*48,0*	24 792	19 005	.	449	235	*1,2*
1960	55 433	26 518	*47,8*	26 247	20 257	279	465	271	*1,3*
1961	56 175	26 772	*47,7*	26 591	20 730	507	552	181	*0,9*
1962	56 837	26 845	*47,2*	26 690	21 032	629	574	155	*0,7*
1963	57 389	26 930	*46,9*	26 744	21 261	773	555	186	*0,9*
1964	57 971	26 922	*46,4*	26 753	21 484	902	609	169	*0,8*
1965	58 619	27 034	*46,1*	26 887	21 757	1 119	649	147	*0,7*
1966	59 148	26 962	*45,6*	26 801	21 765	1 244	540	161	*0,7*
1967	59 286	26 409	*44,5*	25 950	21 054	1 014	302	459	*2,1*
1968	59 500	26 291	*44,2*	25 968	21 183	1 019	488	323	*1,5*
1969	60 067	26 535	*44,2*	26 356	21 752	1 366	747	179	*0,8*
1970	60 651	26 817	*44,2*	26 668	22 246	1 807	795	149	*0,7*
1971	61 284	26 910	*43,9*	26 725	22 414	2 128	648	185	*0,8*
1972	61 669	26 901	*43,6*	26 655	22 435	2 285	546	246	*1,1*
1973	61 976	26 985	*43,5*	26 712	22 564	2 425 a)	572	273	*1,2*
1974	62 054	26 797	*43,2*	26 215	22 152	2 323 a)	315	582	*2,6*
1975	61 829	26 424	*42,7*	25 350	21 420	2 061	236	1 074	*4,8*
1971 1. Hj.	61 141	26 847	*43,9*	26 646	22 316	2 055	680	201	*0,9*
2. Hj.	61 427	26 972	*43,9*	26 803	22 512	2 202	616	169	*0,7*
1972 1. Hj.	61 575	26 823	*43,6*	26 542	22 292	2 227	525	280	*1,2*
2. Hj.	61 763	26 981	*43,7*	26 768	22 578	2 342	567	212	*0,9*
1973 1. Hj.	61 881	26 917	*43,5*	26 636	22 482	2 382 a)	591	280	*1,2*
2. Hj.	62 071	27 055	*43,6*	26 788	22 646	2 467 a)	553	267	*1,2*
1974 1. Hj.	62 074	26 880	*43,3*	26 339	22 250	2 383 a)	342	541	*2,4*
2. Hj.	62 034	26 715	*43,1*	26 091	22 054	2 264	290	624	*2,8*
1975 1. Hj.	61 915	26 503	*42,8*	25 414	21 451	2 101	247	1 088	*4,8*
2. Hj.	61 742	26 346	*42,7*	25 286	21 389	2 021	225	1 060	*4,7*
1976 1. Hj.	61 577	26 163	*42,5*	24 995	21 155	1 914 a)	232	1 168	*5,2*

[1] Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung.
[2] Jahreszahlen: Bis 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni.
[3] Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (abhängige Erwerbstätige + Arbeitslose).
[4] Ohne Saarland und Berlin.
a) Eigene Schätzung.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 13*

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

Anteil in vH

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche		Land- und Forstwirtschaft [1]		Produzierendes Gewerbe [2]		Handel und Verkehr [3] [4]		Übrige Bereiche [4] [5]	
	Erwerbstätige									
	Selbständige [6]	Abhängige	insgesamt	darunter Abhängige	insgesamt	darunter Abhängige	insgesamt	darunter Abhängige	insgesamt	darunter Abhängige
1950	31,6	68,4	24,8	5,0	42,6	37,3	16,0	11,6	16,6	14,5
1951	30,4	69,6	23,4	4,5	43,3	38,2	16,8	12,5	16,5	14,4
1952	29,4	70,6	22,2	4,2	43,8	38,7	17,5	13,2	16,6	14,5
1953	28,4	71,6	21,0	3,9	44,5	39,6	18,1	13,8	16,5	14,3
1954	27,4	72,6	19,8	3,6	45,6	40,9	18,1	13,9	16,4	14,3
1955 [7]	26,2	73,8	18,6	3,2	46,7	42,2	18,5	14,3	16,2	14,1
1956	25,4	74,6	17,7	3,0	47,5	43,1	18,7	14,5	16,2	14,0
1957	24,8	75,2	17,0	2,8	47,4	43,0	19,3	15,1	16,4	14,2
1958	24,6	75,4	16,3	2,6	47,5	43,2	19,4	15,1	16,7	14,5
1959	24,0	76,0	15,5	2,4	47,7	43,4	19,6	15,2	17,2	15,0
1960	23,0	76,9	14,4	2,2	48,2	43,9	19,9	15,7	17,5	15,2
1960	22,8	77,2	13,6	1,9	47,6	43,9	17,5	13,1	21,2	18,3
1961	22,0	78,0	13,0	1,7	48,2	44,6	17,4	13,2	21,4	18,5
1962	21,2	78,8	12,4	1,6	48,4	44,8	17,3	13,4	21,9	19,1
1963	20,5	79,5	11,8	1,5	48,4	44,9	17,6	13,7	22,2	19,4
1964	19,7	80,3	11,2	1,5	48,4	45,0	17,6	13,9	22,7	20,0
1965	19,1	80,9	10,7	1,4	48,9	45,4	17,6	14,0	22,9	20,2
1966	18,8	81,2	10,4	1,3	48,6	45,2	17,7	14,0	23,3	20,6
1967	18,9	81,1	10,2	1,2	47,3	44,0	18,0	14,3	24,5	21,6
1968	18,4	81,6	9,7	1,2	47,6	44,5	17,8	14,3	24,8	21,7
1969	17,5	82,5	9,1	1,1	48,5	45,5	17,6	14,2	24,8	21,7
1970	16,6	83,4	8,5	1,1	48,8	45,8	17,5	14,2	25,2	22,3
1971	16,1	83,9	8,0	1,1	48,6	45,7	17,7	14,4	25,7	22,7
1972	15,8	84,2	7,6	1,0	48,1	45,1	18,0	14,7	26,3	23,3
1973	15,5	84,5	7,3	1,0	48,0	45,1	18,0	14,8	26,6	23,6
1974	15,5	84,5	7,2	0,9	47,3	44,4	18,0	14,7	27,6	24,5
1975	15,5	84,5	7,2	1,0	45,9	43,0	18,0	14,8	28,9	25,7

[1] Einschließlich Tierhaltung und Fischerei.
[2] Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe.
[3] Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[4] Ab 1960 (Bundesgebiet) geänderte Abgrenzung durch Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (1961).
[5] Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, sonstige und Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung, ohne Angabe des Wirtschaftsbereiches.
[6] Einschließlich mithelfende Familienangehörige.
[7] Saarland und Berlin.

Tabelle 14*

Beiträge zusammengefaßter Wirtschafts

a) Mrd

Zeitraum	Bruttoinlandsprodukt [1]	Land- und Forstwirtschaft [2]	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr [4]	Dienstleistungsunternehmen [5]	Staat [6]	Private Haushalte usw. [7]
			insgesamt	Energiewirtschaft [3] und Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	in jeweiligen Preisen									
1950	98,05	9,98	48,68	5,08	38,30	5,30	19,99	10,00	7,63	1,77
1951	120,01	12,04	61,81	6,27	49,03	6,51	23,75	11,61	8,76	2,04
1952	136,97	13,06	69,80	7,38	54,93	7,49	28,53	13,12	10,14	2,32
1953	147,72	13,16	76,89	8,61	59,35	8,93	29,34	14,68	10,98	2,67
1954	159,06	13,47	83,58	9,25	64,67	9,66	31,01	16,39	11,74	2,87
1955 [8]	182,00	14,23	97,16	9,98	75,28	11,90	36,03	18,57	12,86	3,15
1956	200,95	14,65	107,27	11,36	82,75	13,16	40,04	21,14	14,35	3,50
1957	218,89	15,27	116,04	12,36	89,90	13,78	44,40	23,38	15,99	3,81
1958	234,37	16,16	123,87	12,93	96,00	14,94	47,16	25,60	17,44	4,14
1959	255,14	16,47	136,59	13,51	105,34	17,74	51,28	28,45	17,97	4,38
1960	284,77	17,11	154,72	14,67	120,06	19,99	56,07	32,10	20,06	4,71
1960	302,55	17,31	164,69	15,95	127,55	21,19	59,31	34,44	21,84	4,96
1961	333,45	17,48	182,05	16,04	141,36	24,65	64,17	39,50	24,95	5,30
1962	360,91	17,76	196,16	16,58	151,68	27,90	70,91	43,04	27,33	5,71
1963	384,77	18,91	205,83	17,45	158,34	30,04	76,07	47,47	30,33	6,16
1964	422,14	20,39	227,39	18,07	174,75	34,57	82,40	52,27	33,18	6,51
1965	462,02	19,69	250,07	18,93	194,52	36,62	88,96	58,56	37,76	6,98
1966	492,10	20,71	262,12	19,60	203,12	39,40	94,71	64,71	42,22	7,63
1967	496,86	20,97	257,56	19,29	201,38	36,89	95,82	69,72	44,74	8,05
1968	540,54	20,76	287,70	21,34	226,52	39,84	103,18	76,21	47,85	8,64
1969	605,68	22,45	326,29	22,51	258,63	45,15	112,62	86,10	54,23	9,79
1970	686,96	21,53	375,13	25,95	293,28	55,90	124,84	98,07	63,28	11,11
1971	762,54	22,26	408,29	27,83	315,89	64,57	137,42	114,38	75,24	12,95
1972	834,63	24,78	439,97	30,06	337,85	72,06	150,00	130,35	84,93	14,30
1973	928,18	26,55	488,55	32,31	381,10	75,14	164,28	146,30	97,84	16,16
1974 [9]	999,66	27,12	514,93	36,05	405,50	73,38	173,25	163,96	113,60	18,40
1975 [9]	1 045,52	28,21	513,83	41,64	403,34	68,85	188,38	182,24	123,81	20,35
1971 1. Hj.	362,68	10,44	195,02	13,65	152,82	28,55	64,43	55,45	35,51	6,13
2. Hj.	399,86	11,82	213,27	14,18	163,07	36,02	72,99	58,93	39,73	6,82
1972 1. Hj.	397,91	11,48	210,65	14,71	163,39	32,55	69,93	63,75	40,05	6,75
2. Hj.	436,72	13,30	229,32	15,35	174,46	39,51	80,07	66,60	44,88	7,55
1973 1. Hj.	446,18	12,82	237,09	15,89	186,11	35,09	78,81	71,20	45,25	7,51
2. Hj.	482,00	13,73	251,46	16,42	194,99	40,05	85,47	75,10	52,59	8,65
1974 1. Hj. [9]	479,07	13,40	248,50	17,20	196,94	34,36	82,13	79,59	52,53	8,52
2. Hj. [9]	520,59	13,72	266,43	18,85	208,56	39,02	91,12	84,37	61,07	9,88
1975 1. Hj. [9]	498,83	13,15	247,59	20,20	196,09	31,30	88,79	87,81	57,63	9,36
2. Hj. [9]	546,69	15,06	266,24	21,44	207,25	37,55	99,59	94,43	66,18	10,99
1976 1. Hj. [9]	544,98	14,42	273,45	...	...	...	96,42	96,51	71,08	

[1] Die Summen der Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen sind ab 1968 größer als das Bruttoinlandsprodukt insgesamt. Die Differenz ergibt sich aus der unterschiedlichen Buchung der Umsatzsteuer auf Investitionsgüter bzw. der Investitionsteuer in der Entstehungs- Verwendungsrechnung des Sozialprodukts.

[2] Einschließlich Tierhaltung und Fischerei.

[3] Einschließlich Wasserversorgung.

[4] Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

Tabelle 14*

bereiche zum Bruttoinlandsprodukt

DM

Bruttoinlandsprodukt	Land- und Forstwirtschaft [2]	Warenproduzierendes Gewerbe insgesamt	Energiewirtschaft [3] und Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel und Verkehr [4]	Dienstleistungsunternehmen [5]	Staat [6]	Private Haushalte usw. [7]	Zeitraum	
in Preisen von 1962											
143,49	13,01	63,85	8,64	45,08	10,13	29,65	17,58	15,00	4,40	1950	
158,56	14,97	72,76	9,78	51,72	11,26	31,96	18,90	15,57	4,40	1951	
172,58	15,10	81,50	10,26	58,68	12,56	33,97	20,99	16,38	4,64	1952	
186,85	16,18	90,83	10,23	65,45	15,15	36,23	23,02	16,68	4,91	1953	
201,30	15,52	99,91	10,73	73,08	16,10	38,75	24,67	17,47	4,98	1954	
225,57	15,37	115,96	11,81	85,49	18,66	43,68	26,91	18,42	5,23	1955	[8]
241,77	15,27	125,10	12,83	92,41	19,86	48,11	28,96	18,93	5,40	1956	
255,39	15,75	131,40	13,17	98,71	19,52	51,39	30,91	20,32	5,62	1957	
264,42	16,71	136,74	12,95	103,66	20,13	52,11	32,14	21,01	5,71	1958	
283,91	17,25	148,79	13,45	112,99	22,35	56,31	34,26	21,55	5,75	1959	
309,37	17,92	165,47	14,62	127,56	23,29	61,43	36,46	22,51	5,58	1960	
328,59	18,17	176,09	15,90	135,50	24,69	64,96	39,05	24,46	5,86	1960	
347,06	18,35	188,01	16,07	145,06	26,88	67,77	41,35	25,91	5,67	1961	
360,91	17,76	196,16	16,58	151,68	27,90	70,91	43,04	27,33	5,71	1962	
373,28	18,68	202,29	17,20	156,51	28,58	72,98	44,99	28,54	5,80	1963	
398,50	20,13	220,20	17,93	170,59	31,68	76,14	46,87	29,36	5,80	1964	
421,03	17,88	236,20	18,28	185,03	32,89	80,69	49,72	30,74	5,80	1965	
433,01	18,33	242,16	18,89	188,58	34,69	82,50	52,07	32,06	5,89	1966	
432,09	20,50	236,06	18,15	184,41	33,50	82,65	53,86	33,07	5,95	1967	
462,89	21,11	259,11	18,83	205,58	34,70	86,78	55,59	34,24	6,06	1968	
500,94	20,38	286,89	20,10	230,19	36,60	94,00	58,26	35,22	6,19	1969	
530,59	20,63	304,86	22,04	243,81	39,01	99,78	61,90	37,08	6,34	1970	
545,78	21,46	312,26	22,80	248,41	41,05	101,84	64,95	38,80	6,47	1971	
564,14	21,19	322,87	23,55	255,99	43,33	104,13	68,44	40,91	6,60	1972	
592,95	22,86	341,08	24,72	273,26	43,10	108,72	70,92	42,62	6,75	1973	
597,26	24,07	339,67	25,37	274,59	39,71	109,22	72,78	44,60	6,92	1974	[9]
577,78	23,51	319,67	25,08	257,81	36,78	105,92	75,45	46,13	7,10	1975	
265,14	10,37	151,65	11,40	121,89	18,36	48,61	32,05	19,25	3,21	1971 1. Hj.	
280,64	11,09	160,61	11,40	126,52	22,69	53,23	32,90	19,55	3,26	2. Hj.	
273,60	10,15	156,27	11,77	124,79	19,71	49,68	33,95	20,27	3,28	1972 1. Hj.	
290,54	11,04	166,60	11,78	131,20	23,62	54,45	34,49	20,64	3,32	2. Hj.	
290,11	10,65	166,96	12,38	134,41	20,17	52,87	35,15	21,13	3,35	1973 1. Hj.	
302,84	12,21	174,12	12,34	138,85	22,93	55,85	35,77	21,49	3,40	2. Hj.	
295,15	11,77	168,31	12,63	136,81	18,87	53,35	36,12	22,17	3,43	1974 1. Hj.	
302,11	12,30	171,36	12,74	137,78	20,84	55,87	36,66	22,43	3,49	2. Hj.	
280,52	11,60	154,24	12,76	124,66	16,82	50,96	37,29	22,92	3,51	1975 1. Hj.	[9]
297,26	11,91	165,43	12,32	133,15	19,96	54,96	38,16	23,21	3,59	2. Hj.	
296,32	11,51	166,15	...	...	...	53,10	38,65	26,91		1976 1. Hj.	

[5] Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, (einschließlich Nutzung von Eigentumswohnungen) und sonstige Dienstleistungen.
[6] Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
[7] Häusliche Dienste und private Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[8] Ohne Saarland und Berlin.
[9] Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 14*

Beiträge zusammengefaßter Wirtschafts

b) Anteil

Zeitraum	Land- und Forstwirtschaft [2]	Warenproduzierendes Gewerbe insgesamt	Energiewirtschaft [3] und Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel und Verkehr [4]	Dienstleistungsunternehmen [5]	Staat [6]	Private Haushalte usw. [7]
	in jeweiligen Preisen								
1950	10,2	49,6	5,2	39,1	5,4	20,4	10,2	7,8	1,8
1951	10,0	51,5	5,2	40,9	5,4	19,8	9,7	7,3	1,7
1952	9,5	51,0	5,4	40,1	5,5	20,8	9,6	7,4	1,7
1953	8,9	52,1	5,8	40,2	6,0	19,9	9,9	7,4	1,8
1954	8,5	52,5	5,8	40,7	6,1	19,5	10,3	7,4	1,8
1955 [8]	7,8	53,4	5,5	41,4	6,5	19,8	10,2	7,1	1,7
1956	7,3	53,4	5,7	41,4	6,5	19,9	10,5	7,1	1,7
1957	7,0	53,0	5,6	41,1	6,3	20,3	10,7	7,3	1,7
1958	6,9	52,9	5,5	41,0	6,4	20,1	10,9	7,4	1,8
1959	6,5	53,5	5,3	41,3	7,0	20,1	11,2	7,0	1,7
1960	6,0	54,3	5,2	42,2	7,0	19,7	11,3	7,0	1,7
1960	5,7	54,4	5,3	42,2	7,0	19,6	11,4	7,2	1,6
1961	5,2	54,6	4,6	42,4	7,4	19,2	11,8	7,5	1,6
1962	4,9	54,4	4,6	42,0	7,7	19,6	11,9	7,6	1,6
1963	4,9	53,5	4,5	41,2	7,8	19,8	12,3	7,9	1,6
1964	4,8	53,9	4,3	41,4	8,2	19,5	12,4	7,9	1,5
1965	4,3	54,1	4,1	42,1	7,9	19,3	12,7	8,2	1,5
1966	4,2	53,3	4,0	41,3	8,0	19,2	13,1	8,6	1,6
1967	4,2	51,8	3,9	40,5	7,4	19,3	14,0	9,0	1,6
1968	3,8	52,9	3,9	41,6	7,3	19,0	14,0	8,8	1,6
1969	3,7	53,4	3,7	42,3	7,4	18,4	14,1	8,9	1,6
1970	3,1	54,1	3,7	42,3	8,1	18,0	14,1	9,1	1,6
1971	2,9	53,0	3,6	41,0	8,4	17,8	14,8	9,8	1,7
1972	2,9	52,1	3,6	40,0	8,5	17,8	15,4	10,1	1,7
1973	2,8	52,0	3,4	40,6	8,0	17,5	15,6	10,4	1,7
1974 [9]	2,7	50,9	3,6	40,1	7,3	17,1	16,2	11,2	1,8
1975 [9]	2,7	48,6	3,9	38,2	6,5	17,8	17,2	11,7	1,9
1971 1. Hj.	2,8	53,1	3,7	41,6	7,8	17,6	15,1	9,7	1,7
2. Hj.	2,9	52,8	3,5	40,4	8,9	18,1	14,6	9,8	1,7
1972 1. Hj.	2,9	52,3	3,7	40,6	8,1	17,4	15,8	9,9	1,7
2. Hj.	3,0	51,9	3,5	39,5	8,9	18,1	15,1	10,2	1,7
1973 1. Hj.	2,8	52,4	3,5	41,1	7,8	17,4	15,7	10,0	1,7
2. Hj.	2,8	51,6	3,4	40,0	8,2	17,6	15,4	10,8	1,8
1974 1. Hj.	2,8	51,3	3,5	40,6	7,1	16,9	16,4	10,8	1,8
2. Hj.	2,6	50,6	3,6	39,6	7,4	17,3	16,0	11,6	1,9
1975 1. Hj. [9]	2,6	49,1	4,0	38,9	6,2	17,6	17,4	11,4	1,9
2. Hj. [9]	2,7	48,2	3,9	37,5	6,8	18,0	17,1	12,0	2,0
1976 1. Hj.	2,6	49,5	...	...	...	17,5	17,5	12,9	

[1] Bezogen auf die Summe der Beiträge (siehe Fußnote 1 auf Seite 234).
[2] Einschließlich Tierhaltung und Fischerei.
[3] Einschließlich Wasserversorgung.
[4] Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[5] Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentumswohnungen) und sonstige Dienstleistungen.

noch Tabelle 14*

bereiche zum Bruttoinlandsprodukt

in vH [1])

Land- und Forstwirtschaft [2])	Warenproduzierendes Gewerbe insgesamt	Energiewirtschaft [3]) und Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel und Verkehr [4])	Dienstleistungsunternehmen [5])	Staat [6])	Private Haushalte usw. [7])	Zeitraum	
				in Preisen von 1962						
9,1	44,5	6,0	31,4	7,1	20,7	12,3	10,5	3,1	1950	
9,4	45,9	6,2	32,6	7,1	20,2	11,9	9,8	2,8	1951	
8,7	47,4	5,9	34,0	7,3	19,7	12,2	9,5	2,7	1952	
8,1	48,6	5,5	35,0	8,1	19,4	12,3	8,9	2,6	1953	
7,7	49,6	5,3	36,3	8,0	19,2	12,3	8,7	2,5	1954	
6,8	51,4	5,2	37,9	8,3	19,4	11,9	8,2	2,3	1955	[8])
6,3	51,7	5,3	38,2	8,2	19,9	12,0	7,8	2,2	1956	
6,2	51,5	5,2	38,7	7,6	20,1	12,1	8,0	2,2	1957	
6,3	51,7	4,9	39,2	7,6	19,7	12,2	7,9	2,2	1958	
6,1	52,4	4,7	39,8	7,9	19,8	12,1	7,6	2,0	1959	
5,8	53,5	4,7	41,2	7,5	19,9	11,8	7,3	1,8	1960	
5,5	53,6	4,8	41,2	7,5	19,8	11,9	7,4	1,8	1960	
5,3	54,2	4,6	41,8	7,7	19,5	11,9	7,5	1,6	1961	
4,9	54,4	4,6	42,0	7,7	19,6	11,9	7,6	1,6	1962	
5,0	54,2	4,6	41,9	7,7	19,6	12,1	7,6	1,6	1963	
5,1	55,3	4,5	42,8	7,9	19,1	11,8	7,4	1,5	1964	
4,2	56,1	4,3	43,9	7,8	19,2	11,8	7,3	1,4	1965	
4,2	55,9	4,4	43,6	8,0	19,1	12,0	7,4	1,4	1966	
4,7	54,6	4,2	42,7	7,8	19,1	12,5	7,7	1,4	1967	
4,6	56,0	4,1	44,4	7,5	18,7	12,0	7,4	1,3	1968	
4,1	57,3	4,0	46,0	7,3	18,8	11,6	7,0	1,2	1969	
3,9	57,5	4,2	46,0	7,4	18,8	11,7	7,0	1,2	1970	
3,9	57,2	4,2	45,5	7,5	18,7	11,9	7,1	1,2	1971	
3,8	57,2	4,2	45,4	7,7	18,5	12,1	7,3	1,2	1972	
3,9	57,5	4,2	46,1	7,3	18,3	12,0	7,2	1,1	1973	
4,0	56,9	4,2	46,0	6,6	18,3	12,2	7,5	1,2	1974	[9])
4,1	55,3	4,3	44,6	6,4	18,3	13,1	8,0	1,2	1975	
3,9	57,2	4,3	46,0	6,9	18,3	12,1	7,3	1,2	1971	1. Hj.
4,0	57,2	4,1	45,1	8,1	19,0	11,7	7,0	1,2		2. Hj.
3,7	57,1	4,3	45,6	7,2	18,2	12,4	7,4	1,2	1972	1. Hj.
3,8	57,3	4,1	45,2	8,1	18,7	11,9	7,1	1,1		2. Hj.
3,7	57,6	4,3	46,3	7,0	18,2	12,1	7,3	1,2	1973	1. Hj.
4,0	57,5	4,1	45,8	7,6	18,4	11,8	7,1	1,1		2. Hj.
4,0	57,0	4,3	46,4	6,4	18,1	12,2	7,5	1,2	1974	1. Hj.
4,1	56,7	4,2	45,6	6,9	18,5	12,1	7,4	1,2		2. Hj.
4,1	55,0	4,5	44,4	6,0	18,2	13,3	8,2	1,3	1975	1. Hj.
4,0	55,7	4,1	44,8	6,7	18,5	12,8	7,8	1,2		2. Hj.
3,9	56,1	...	...	...	17,9	13,0	9,1		1976	1. Hj.

[9]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 15*

Sozialprodukt und

Mrd

Zeitraum	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)
	in jeweiligen Preisen						
1950	98,05	+0,05	98,10	8,32	89,78	12,84	76,94
1951	120,01	−0,01	120,00	10,12	109,88	16,64	93,24
1952	136,97	+0,03	137,00	11,55	125,45	19,74	105,71
1953	147,72	−0,02	147,70	11,99	135,71	21,80	113,91
1954	159,06	−0,46	158,60	12,65	145,95	23,42	122,53
1955 [1]	182,00	−0,60	181,40	14,05	167,35	26,37	140,98
1956	200,95	−0,45	200,50	15,79	184,71	28,17	156,54
1957	218,89	−0,39	218,50	17,74	200,76	29,47	171,29
1958	234,37	−0,07	234,30	19,59	214,71	31,43	183,28
1959	255,14	−0,24	254,90	21,47	233,43	34,94	198,49
1960	284,77	−0,07	284,70	24,27	260,43	38,17	222,26
1960	302,55	−0,25	302,30	25,73	276,57	40,87	235,70
1961	333,45	−0,85	332,60	29,26	303,34	45,33	258,01
1962	360,91	−0,81	360,10	33,48	326,62	49,17	277,45
1963	384,77	−0,77	384,00	37,19	346,81	51,05	295,76
1964	422,14	−1,24	420,90	41,17	379,73	55,48	324,25
1965	462,02	−1,62	460,40	46,21	414,19	58,94	355,25
1966	492,10	−1,40	490,70	50,68	440,02	62,93	377,09
1967	496,86	−1,36	495,50	53,80	441,70	65,71	375,99
1968	540,54	−0,54	540,00	57,40	482,60	65,74	416,86
1969	605,68	−0,48	605,20	63,95	541,25	80,60	460,65
1970	686,96	−1,36	685,60	74,78	610,82	81,63	529,19
1971	762,54	−0,64	761,90	85,11	676,79	91,11	585,68
1972	834,63	−0,73	833,90	93,55	740,35	101,16	639,19
1973	928,18	−0,68	927,50	103,09	824,41	109,90	714,51
1974 [2]	999,66	−2,66	997,00	115,75	881,25	114,67	766,58
1975 [2]	1 045,52	−1,92	1 043,60	126,17	917,43	119,89	797,54
1971 1. Hj.	362,68	+0,72	363,40	41,43	321,97	44,23	277,74
2. Hj.	399,86	−1,36	398,50	43,68	354,82	46,88	307,94
1972 1. Hj.	397,91	+0,09	398,00	45,62	352,38	49,17	303,21
2. Hj.	436,72	−0,82	435,90	47,93	387,97	51,99	335,98
1973 1. Hj.	446,18	−0,38	445,80	50,07	395,73	54,34	341,39
2. Hj.	482,00	−0,30	481,70	53,02	428,68	55,56	373,12
1974 1. Hj. [2]	479,07	−1,17	477,90	56,15	421,75	56,14	365,61
2. Hj. [2]	520,59	−1,49	519,10	59,60	459,50	58,53	400,97
1975 1. Hj. [2]	498,83	−1,53	497,30	62,02	435,28	57,35	377,93
2. Hj. [2]	546,69	−0,39	546,30	64,15	482,15	62,54	419,61
1976 1. Hj. [2]	544,98	−0,48	544,50	65,77	478,73	62,63	416,10

[1] Ohne Saarland und Berlin.
[2] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 15*

Volkseinkommen

DM

Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Zeitraum
		in Preisen von 1962			
143,49	+0,11	143,60	12,70	130,90	1950
158,56	+0,04	158,60	13,34	145,26	1951
172,58	+0,12	172,70	14,06	158,64	1952
186,85	+0,05	186,90	14,91	171,99	1953
201,30	−0,50	200,80	15,93	184,87	1954
225,57	−0,67	224,90	17,36	207,54	1955 [1]
241,77	+0,47	241,30	19,00	222,30	1956
255,39	−0,39	255,00	20,69	234,31	1957
264,42	+0,08	264,50	22,37	242,13	1958
283,91	−0,11	283,80	24,25	259,55	1959
309,37	+0,03	309,40	26,51	282,89	1960
328,59	−0,19	328,40	28,09	300,31	1960
347,06	−0,86	346,20	30,65	315,55	1961
360,91	−0,81	360,10	33,48	326,62	1962
373,28	−0,78	372,50	36,36	336,14	1963
398,50	−1,20	397,30	39,35	357,95	1964
421,03	−1,53	419,50	42,66	376,84	1965
433,01	−1,31	431,70	46,05	385,65	1966
432,09	−1,29	430,80	49,11	381,69	1967
462,89	−0,59	462,30	52,20	410,10	1968
500,94	−0,54	500,40	55,84	444,56	1969
530,59	−1,19	529,40	59,73	469,67	1970
545,78	−0,58	545,20	64,08	481,12	1971
564,14	−0,64	563,50	68,42	495,08	1972
592,95	−0,55	592,40	72,70	519,70	1973
597,26	−1,66	595,60	76,58	519,02	1974 [2]
577,78	−1,18	576,60	79,69	496,91	1975 [2]
265,14	+0,46	265,60	31,48	234,12	1971 1. Hj.
280,64	−1,04	279,60	32,60	247,00	2. Hj.
273,60	—	273,60	33,67	239,93	1972 1. Hj.
290,54	−0,64	289,90	34,75	255,15	2. Hj.
290,11	−0,31	289,80	35,82	253,98	1973 1. Hj.
302,84	−0,24	302,60	36,88	265,72	2. Hj.
295,15	−0,75	294,40	37,82	256,58	1974 1. Hj.
302,11	−0,91	301,20	38,76	262,44	2. Hj.
280,52	−0,92	279,60	39,50	240,10	1975 1. Hj. [2]
297,26	−0,26	297,00	40,19	256,81	2. Hj.
296,32	−0,32	296,00	40,97	255,03	1976 1. Hj.

Tabelle 16*

Verteilung des Volkseinkommens

Mrd DM

Zeitraum	Volks-einkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit		Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen				
				insgesamt		der privaten Haushalte [1]	der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit = unverteilte Gewinne [2]	des Staates
		brutto	netto	brutto	netto			
1950	76,94	44,97	35,76	31,97	25,23	26,42	5,04	0,51
1951	93,24	54,53	42,77	38,71	30,90	32,22	5,59	0,90
1952	105,71	60,80	47,31	44,91	34,95	35,75	7,75	1,41
1953	113,91	67,14	52,32	46,77	35,16	36,72	8,55	1,50
1954	122,53	73,37	57,47	49,16	37,21	38,77	8,85	1,54
1955 [3]	140,98	83,67	65,29	57,31	45,26	44,68	10,48	2,15
1956	156,54	93,79	72,91	62,75	49,52	49,22	11,35	2,18
1957	171,29	102,87	79,39	68,42	53,45	53,32	12,49	2,61
1958	183,28	111,63	84,55	71,65	56,66	56,16	12,95	2,54
1959	198,49	119,56	90,92	78,93	61,47	61,99	14,65	2,29
1960	222,26	134,16	100,72	88,10	68,14	68,89	16,47	2,74
1960	235,70	142,83	107,25	92,87	71,98	72,54	17,49	2,84
1961	258,01	160,51	119,92	97,50	73,44	76,46	17,65	3,39
1962	277,45	177,48	132,04	99,97	73,66	79,00	17,39	3,58
1963	295,76	190,44	140,97	105,32	78,01	84,25	17,34	3,73
1964	324,25	208,42	154,19	115,83	87,12	92,70	19,20	3,93
1965	355,25	229,99	171,56	125,26	96,07	102,42	19,03	3,81
1966	377,09	247,56	181,65	129,53	99,32	106,95	18,87	3,71
1967	375,99	247,90	180,78	128,09	98,23	106,95	18,04	3,10
1968	416,86	266,31	190,76	150,55	118,16	123,23	23,70	3,62
1969	460,65	300,14	210,52	160,51	124,42	131,04	25,41	4,06
1970	529,19	353,19	241,65	176,00	141,04	148,26	23,58	4,16
1971	585,68	400,22	267,49	185,46	148,34	159,33	21,38	4,75
1972	639,19	439,15	291,85	200,04	160,42	174,15	22,64	3,25
1973	714,51	498,62	317,98	215,89	166,12	187,61	24,71	3,57
1974 [4]	766,58	546,67	342,95	219,91	168,70	193,05	24,70	2,16
1975 [4]	797,54	569,29	355,43	228,25	179,14	202,79	25,29	0,17
1971 1. Hj.	277,74	191,11	129,25	86,63	68,55	.	.	2,20
2. Hj.	307,94	209,11	138,24	98,83	79,79	.	.	2,55
1972 1. Hj.	303,21	209,30	142,72	93,91	76,41	.	.	1,23
2. Hj.	335,98	229,85	149,13	106,13	84,01	.	.	2,02
1973 1. Hj.	341,39	237,08	154,04	104,31	81,85	.	.	1,40
2. Hj.	373,12	261,54	163,94	111,58	84,27	.	.	2,17
1974 1. Hj.	365,61	261,22	168,08	104,39	79,52	.	.	1,28
2. Hj.	400,97	285,45	174,87	115,52	89,18	.	.	0,88
1975 1. Hj. [4]	377,93	273,49	175,61	104,44	81,87	.	.	0,27
2. Hj.	419,61	295,80	179,82	123,81	97,27	.	.	−0,10
1976 1. Hj.	416,10	290,82	180,95	125,28	98,48	.	.	−0,86

[1] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter; nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.
[2] Wegen Revision der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank sind die Angaben ab 1970 mit denen der vorangegangenen Jahre nicht voll vergleichbar.
[3] Ohne Saarland und Berlin.
[4] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 17*

Volkseinkommen und Produktivität

Zeitraum	Volkseinkommen je Einwohner		Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Abhängigen [1]		Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Abhängigen [1]		Bruttoinlandsprodukt [2] je Erwerbstätigen [3] (Produktivität)		Lohnkosten je Produkteinheit [4]
	DM	1960 = 100	DM	1960 = 100	DM	1960 = 100	DM	1960 = 100	
1950 [5]	1 640	38,5	3 289	46,6	2 615	49,3	7 183	57,1	81,5
1951 [5]	1 967	46,2	3 817	54,1	2 994	56,5	7 737	61,5	87,7
1952 [5]	2 215	52,0	4 121	58,4	3 207	60,5	8 267	65,8	88,6
1953 [5]	2 365	55,5	4 376	62,0	3 410	64,3	8 737	69,5	89,1
1954 [5]	2 515	59,1	4 595	65,1	3 599	67,9	9 168	72,9	89,1
1955 [5]	2 865	67,3	4 969	70,4	3 877	73,2	9 898	78,7	89,3
1956 [5]	3 144	73,8	5 365	76,0	4 170	78,7	10 338	82,2	92,3
1957 [5]	3 396	79,7	5 718	81,0	4 413	83,3	10 694	85,1	95,2
1958 [5]	3 590	84,3	6 138	87,0	4 649	87,7	11 034	87,8	98,9
1959 [5]	3 844	90,3	6 460	91,5	4 912	92,7	11 740	93,4	98,0
1960 [5]	4 259	100	7 059	100	5 300	100	12 571	100	100
1960	4 252	100	7 051	100	5 294	100	12 594	100	100
1961	4 593	108,0	7 743	109,8	5 785	109,3	13 120	104,2	105,4
1962	4 882	114,8	8 439	119,7	6 278	118,6	13 596	108,0	110,9
1963	5 154	121,2	8 957	127,0	6 630	125,2	14 029	111,4	114,1
1964	5 593	131,5	9 701	137,6	7 177	135,6	14 964	118,8	115,9
1965	6 060	142,5	10 571	149,9	7 885	148,9	15 722	124,8	120,2
1966	6 375	149,9	11 374	161,3	8 346	157,7	16 219	128,8	125,4
1967	6 342	149,2	11 774	167,0	8 586	162,2	16 729	132,8	125,7
1968	7 006	164,8	12 572	178,3	9 005	170,1	17 907	142,2	125,5
1969	7 669	180,4	13 798	195,7	9 678	182,8	19 083	151,5	129,3
1970	8 725	205,2	15 877	225,2	10 863	205,2	19 960	158,5	142,1
1971	9 557	224,8	17 856	253,2	11 934	225,4	20 480	162,6	155,9
1972	10 365	243,8	19 574	277,6	13 009	245,7	21 215	168,5	165,0
1973	11 529	271,1	22 098	313,4	14 092	266,2	22 242	176,6	177,7
1974 [6]	12 353	290,5	24 678	350,0	15 482	292,4	22 828	181,3	193,2
1975 [6]	12 898	303,3	26 577	376,9	16 593	313,4	22 834	181,3	208,0
1971 1. Hj.	4 543	213,7	8 564	242,9	5 792	218,8	9 980	158,5	153,4
2. Hj.	5 013	235,8	9 289	263,5	6 141	232,0	10 498	166,7	158,0
1972 1. Hj.	4 924	231,6	9 389	266,3	6 402	241,9	10 334	164,1	162,3
2. Hj.	5 440	255,9	10 180	288,8	6 605	249,5	10 878	172,7	167,3
1973 1. Hj.	5 517	259,5	10 545	299,1	6 852	258,9	10 914	173,3	172,7
2. Hj.	6 011	282,7	11 549	327,6	7 239	273,5	11 327	179,9	182,3
1974 1. Hj. [6]	5 890	277,0	11 740	333,0	7 554	285,4	11 228	178,3	187,0
2. Hj. [6]	6 464	304,0	12 943	367,1	7 929	299,5	11 601	184,2	199,5
1975 1. Hj. [6]	6 104	287,1	12 750	361,7	8 187	309,3	11 058	175,6	206,1
2. Hj. [6]	6 795	319,6	13 830	392,3	8 407	317,6	11 778	187,0	209,8
1976 1. Hj. [6]	6 757	317,8	13 747	389,9	8 554	323,2	11 878	188,6	206,8

[1] Inländerkonzept (nach dem Wohnort).
[2] Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962.
[3] Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort).
[4] Bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit;
berechnet als $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit je beschäftigten Abhängigen (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$.
[5] Ohne Saarland und Berlin.
[6] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 18*

Verwendung des

a) Mrd

Zeitraum	Bruttosozialprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen			Vorratsveränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]
				insgesamt	Ausrüstungen	Bauten				
	in jeweiligen Preisen									
1950	98,10	62,88	14,23	18,74	8,63	10,11	+ 3,60	11,16	12,51	− 1,35
1951	120,00	73,08	17,60	22,90	10,97	11,93	+ 4,30	18,51	16,39	+ 2,12
1952	137,00	81,17	20,77	26,83	12,79	14,04	+ 5,10	21,84	18,71	+ 3,13
1953	147,70	88,74	21,42	30,44	13,78	16,66	+ 1,90	25,08	19,88	+ 5,20
1954	158,60	94,63	22,30	34,09	15,88	18,21	+ 2,60	30,47	25,49	+ 4,98
1955 [3]	181,40	106,09	24,15	42,63	20,06	22,57	+ 4,60	36,23	32,30	+ 3,93
1956	200,50	117,96	25,70	47,38	21,67	25,71	+ 3,00	43,57	37,11	+ 6,46
1957	218,50	128,53	27,86	48,77	21,77	27,00	+ 4,80	51,86	43,32	+ 8,54
1958	234,30	138,40	31,27	52,38	23,44	28,94	+ 3,60	53,46	44,81	+ 8,65
1959	254,90	147,74	34,26	60,07	26,02	34,05	+ 3,70	60,24	51,11	+ 9,13
1960	284,70	161,18	38,28	68,96	30,99	37,97	+ 7,90	69,48	61,10	+ 8,38
1960	302,30	172,43	41,12	72,66	32,54	40,12	+ 8,70	62,67	55,28	+ 7,39
1961	332,60	189,02	46,39	84,05	38,30	45,75	+ 6,60	65,16	58,62	+ 6,54
1962	360,10	205,20	53,47	93,77	41,89	51,88	+ 4,00	68,37	64,71	+ 3,66
1963	384,00	218,20	59,55	99,06	43,06	56,00	+ 2,10	74,49	69,40	+ 5,09
1964	420,90	234,95	62,24	113,49	47,25	66,24	+ 5,20	82,91	77,89	+ 5,02
1965	460,40	258,67	70,03	122,24	52,00	70,24	+10,00	90,87	91,41	− 0,54
1966	490,70	277,85	76,49	126,31	52,62	73,69	+ 3,60	102,29	95,84	+ 6,45
1967	495,50	285,31	81,14	114,43	48,02	66,41	− 1,30	110,12	94,20	+15,92
1968	540,00	301,77	84,34	124,78	52,87	71,91	+11,50	123,83	106,22	+17,61
1969	605,20	333,09	95,12	146,20	66,90	79,30	+16,00	141,85	127,06	+14,79
1970	685,60	369,01	109,04	181,08	82,90	98,18	+15,30	158,58	147,41	+11,17
1971	761,90	410,51	130,63	203,14	91,12	112,02	+ 5,40	174,23	162,01	+12,22
1972	833,90	450,92	146,50	217,41	92,49	124,92	+ 4,40	190,15	175,48	+14,67
1973	927,50	495,67	168,93	228,58	96,45	132,13	+ 9,60	227,36	202,64	+24,72
1974 [4]	997,00	532,95	198,24	223,89	94,75	129,14	+ 2,10	298,82	259,00	+39,82
1975 [4]	1 043,60	580,19	221,20	221,06	100,64	120,42	− 4,10	293,97	268,72	+25,25
1971 1. Hj.	363,40	193,29	60,47	94,25	44,66	49,59	+ 8,60	85,34	78,55	+ 6,79
2. Hj.	398,50	217,22	70,16	108,89	46,46	62,43	− 3,20	88,89	83,46	+ 5,43
1972 1. Hj.	398,00	212,71	68,10	101,71	44,81	56,90	+ 9,30	90,27	84,09	+ 6,18
2. Hj.	435,90	238,21	78,40	115,70	47,68	68,02	− 4,90	99,88	91,39	+ 8,49
1973 1. Hj.	445,80	236,87	77,53	109,38	47,12	62,26	+10,60	108,26	96,84	+11,42
2. Hj.	481,70	258,80	91,40	119,20	49,33	69,87	− 1,00	119,10	105,80	+13,30
1974 1. Hj.	477,90	252,70	90,13	107,20	45,36	61,84	+ 8,20	143,14	123,47	+19,67
2. Hj.	519,10	280,25	108,11	116,69	49,39	67,30	− 6,10	155,68	135,53	+20,15
1975 1. Hj. [4]	497,30	274,03	101,46	102,67	47,07	55,60	+ 4,80	143,24	128,90	+14,34
2. Hj.	546,30	306,16	119,74	118,39	53,57	64,82	− 8,90	150,73	139,82	+10,91
1976 1. Hj.	544,50	298,97	109,50	110,58	52,61	57,97	+13,20	159,86	147,61	+12,25

[1] Waren- und Dienstleistungsverkehr.
[2] Ausfuhr minus Einfuhr.

Tabelle 18*

Sozialprodukts

DM

Brutto-sozial-produkt	Privater Verbrauch	Staats-verbrauch	Anlageinvestitionen insgesamt	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorrats-veränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]	Zeitraum	
in Preisen von 1962											
143,60	80,57	24,73	30,27	12,05	18,22	+ 4,00	15,50	11,47	+ 4,03	1950	
158,60	86,90	27,12	31,86	13,20	18,66	+ 4,00	21,03	12,31	+ 8,72	1951	
172,70	94,92	29,74	34,63	14,13	20,50	+ 5,00	23,73	15,32	+ 8,41	1952	
186,90	105,33	29,82	40,53	15,55	24,98	+ 1,90	27,55	18,23	+ 9,32	1953	
200,80	111,78	30,60	45,63	18,38	27,25	+ 2,70	34,15	24,06	+10,09	1954	
224,90	123,36	32,00	55,12	22,98	32,14	+ 4,70	39,87	30,15	+ 9,72	1955	[3]
241,30	134,25	32,18	59,87	24,21	35,66	+ 3,10	45,95	34,05	+11,90	1956	
255,00	142,64	33,73	59,81	23,66	36,15	+ 4,80	53,30	39,28	+14,02	1957	
264,50	149,87	36,53	62,31	25,12	37,19	+ 3,60	55,88	43,69	+12,19	1958	
283,80	158,41	39,81	69,65	28,13	41,52	+ 3,80	62,93	50,80	+12,13	1959	
309,40	171,14	42,20	76,76	33,07	43,69	+ 8,00	71,14	59,84	+11,30	1960	
328,40	183,15	45,26	80,87	34,72	46,15	+ 8,80	64,11	53,79	+10,32	1960	
346,20	194,70	48,12	88,88	39,64	49,24	+ 6,70	65,97	58,17	+ 7,80	1961	
360,10	205,20	53,47	93,77	41,89	51,88	+ 4,00	68,37	64,71	+ 3,66	1962	
372,50	212,53	57,19	96,04	42,74	53,30	+ 2,10	74,00	69,36	+ 4,64	1963	
397,30	223,51	56,79	107,36	46,45	60,91	+ 5,10	81,82	77,28	+ 4,54	1964	
419,50	238,50	59,53	112,33	49,44	62,89	+ 9,50	87,93	88,29	− 0,36	1965	
431,70	247,39	60,80	113,36	49,01	64,35	+ 3,40	97,36	90,61	+ 6,75	1966	
430,80	249,55	62,71	103,84	44,60	59,24	− 1,20	105,25	89,35	+15,90	1967	
462,30	258,98	62,68	112,10	49,30	52,80	+11,60	119,40	102,46	+16,94	1968	
500,40	279,00	65,76	125,70	60,45	65,25	+15,30	134,45	119,81	+14,64	1969	
529,40	298,45	68,95	140,12	70,53	69,59	+14,20	146,51	138,83	+ 7,68	1970	
545,20	315,14	73,98	146,47	73,91	72,56	+ 4,80	157,02	152,21	+ 4,81	1971	
563,50	328,21	76,88	150,43	73,86	76,57	+ 3,80	169,30	165,12	+ 4,18	1972	
592,40	337,23	80,07	151,35	75,33	76,02	+ 7,90	197,98	182,13	+15,85	1973	
595,60	337,78	83,77	139,05	69,37	69,68	+ 1,50	224,40	190,90	+33,50	1974	[4]
576,60	346,48	87,02	133,28	69,62	63,66	− 2,70	204,94	192,42	+12,52	1975	[4]
265,60	149,64	35,25	69,15	36,54	32,61	+ 7,50	77,52	73,46	+ 4,06	1971 1. Hj.	
279,60	165,50	38,73	77,32	37,37	39,95	− 2,70	79,50	78,75	+ 0,75	2. Hj.	
273,60	156,74	36,87	71,39	36,15	35,24	+ 7,90	80,98	80,28	+ 0,70	1972 1. Hj.	
289,90	171,47	40,01	79,04	37,71	41,33	− 4,10	88,32	84,84	+ 3,48	2. Hj.	
289,80	163,63	38,39	73,62	37,43	36,19	+ 8,70	96,13	90,67	+ 5,46	1973 1. Hj.	
302,60	173,60	41,68	77,73	37,90	39,83	− 0,80	101,85	91,46	+10,39	2. Hj.	
294,40	162,25	39,86	67,64	34,03	33,61	+ 5,80	112,67	93,82	+18,85	1974 1. Hj.	
301,20	175,53	43,91	71,41	35,34	36,07	− 4,30	111,73	97,08	+14,65	2. Hj.	
279,60	165,53	41,52	62,38	32,99	29,39	+ 3,30	100,20	93,33	+ 6,87	1975 1. Hj.	[4]
297,00	180,95	45,50	70,90	36,63	34,27	− 6,00	104,74	99,09	+ 5,65	2. Hj.	
296,00	171,75	42,96	65,98	36,12	29,86	+ 8,70	110,90	104,29	+ 6,61	1976 1. Hj.	

[3] Ohne Saarland und Berlin.
[4] Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 18*

Verwendung des

b) Anteil

Zeitraum	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen insgesamt	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorratsveränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]
	in jeweiligen Preisen								
1950	64,1	14,5	19,1	8,8	10,3	+3,7	11,4	12,8	−1,4
1951	60,9	14,7	19,1	9,1	9,9	+3,6	15,4	13,7	+1,8
1952	59,2	15,2	19,6	9,3	10,2	+3,7	15,9	13,7	+2,3
1953	60,1	14,5	20,6	9,3	11,3	+1,3	17,0	13,5	+3,5
1954	59,7	14,1	21,5	10,0	11,5	+1,6	19,2	16,1	+3,1
1955 [3]	58,5	13,3	23,5	11,1	12,4	+2,5	20,0	17,8	+2,2
1956	58,8	12,8	23,6	10,8	12,8	+1,5	21,7	18,5	+3,2
1957	58,8	12,8	22,3	10,0	12,4	+2,2	23,7	19,8	+3,9
1958	59,1	13,3	22,4	10,0	12,4	+1,5	22,8	19,1	+3,7
1959	58,0	13,4	23,6	10,2	13,4	+1,5	23,6	20,1	+3,6
1960	56,6	13,4	24,2	10,9	13,3	+2,8	24,4	21,5	+2,9
1960	57,0	13,6	24,0	10,8	13,3	+2,9	20,7	18,3	+2,4
1961	56,8	13,9	25,3	11,5	13,8	+2,0	19,6	17,6	+2,0
1962	57,0	14,8	26,0	11,6	14,4	+1,1	19,0	18,0	+1,0
1963	56,8	15,5	25,8	11,2	14,6	+0,5	19,4	18,1	+1,3
1964	55,8	14,8	27,0	11,2	15,7	+1,2	19,7	18,5	+1,2
1965	56,2	15,2	26,6	11,3	15,3	+2,2	19,7	19,9	−0,1
1966	56,6	15,6	25,7	10,7	15,0	+0,7	20,8	19,5	+1,3
1967	57,6	16,4	23,1	9,7	13,4	−0,3	22,2	19,0	+3,2
1968	55,9	15,6	23,1	9,8	13,3	+2,1	22,9	19,7	+3,3
1969	55,0	15,7	24,2	11,1	13,1	+2,6	23,4	21,0	+2,4
1970	53,8	15,9	26,4	12,1	14,3	+2,2	23,1	21,5	+1,6
1971	53,9	17,1	26,7	12,0	14,7	+0,7	22,9	21,3	+1,6
1972	54,1	17,6	26,1	11,1	15,0	+0,5	22,8	21,0	+1,8
1973	53,4	18,2	24,6	10,4	14,2	+1,0	24,5	21,8	+2,7
1974 [4]	53,5	19,9	22,5	9,5	13,0	+0,2	30,0	26,0	+4,0
1975 [4]	55,6	21,2	21,2	9,6	11,5	−0,4	28,2	25,7	+2,4
1971 1. Hj.	53,2	16,6	25,9	12,3	13,6	+2,4	23,5	21,6	+1,9
2. Hj.	54,5	17,6	27,3	11,7	15,7	−0,8	22,3	20,9	+1,4
1972 1. Hj.	53,4	17,1	25,6	11,3	14,3	+2,3	22,7	21,1	+1,6
2. Hj.	54,6	18,0	26,5	10,9	15,6	−1,1	22,9	21,0	+1,9
1973 1. Hj.	53,1	17,4	24,5	10,6	14,0	+2,4	24,3	21,7	+2,6
2. Hj.	53,7	19,0	24,7	10,2	14,5	−0,2	24,7	22,0	+2,8
1974 1. Hj. [4]	52,9	18,9	22,4	9,5	12,9	+1,7	30,0	25,8	+4,1
2. Hj. [4]	54,0	20,8	22,5	9,5	13,0	−1,2	30,0	26,1	+3,9
1975 1. Hj. [4]	55,1	20,4	20,6	9,5	11,2	+1,0	28,8	25,9	+2,9
2. Hj. [4]	56,0	21,9	21,7	9,8	11,9	−1,6	27,6	25,6	+2,0
1976 1. Hj. [4]	54,9	20,1	20,3	9,7	10,6	+2,4	29,4	27,1	+2,2

[1] Waren- und Dienstleistungsverkehr.
[2] Ausfuhr minus Einfuhr.

noch Tabelle 18*

Sozialprodukts

in vH

Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen insgesamt	Ausrüstungen	Bauten	Vorratsveränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]	Zeitraum		
in Preisen von 1962											
56,1	17,2	21,1	8,4	12,7	+2,8	10,8	8,0	+2,8	1950	}	[3]
54,8	17,1	20,1	8,3	11,8	+2,5	13,3	7,8	+5,5	1951		
55,0	17,2	20,1	8,2	11,9	+2,9	13,7	8,9	+4,9	1952		
56,4	16,0	21,7	8,3	13,4	+1,0	14,7	9,7	+5,0	1953		
55,7	15,2	22,7	9,2	13,6	+1,3	17,0	12,0	+5,0	1954		
54,9	14,2	24,5	10,2	14,3	+2,1	17,7	13,4	+4,3	1955		
55,6	13,3	24,8	10,0	14,8	+1,3	19,0	14,1	+4,9	1956		
55,9	13,2	23,5	9,3	14,2	+1,9	20,9	15,4	+5,5	1957		
56,7	13,8	23,6	9,5	14,1	+1,4	21,1	16,5	+4,6	1958		
55,8	14,0	24,5	9,9	14,6	+1,3	22,2	17,9	+4,3	1959		
55,3	13,6	24,8	10,7	14,1	+2,6	23,0	19,3	+3,7	1960		
55,8	13,8	24,6	10,6	14,1	+2,7	19,5	16,4	+3,1	1960		
56,2	13,9	25,7	11,5	14,2	+1,9	19,1	16,8	+2,3	1961		
57,0	14,8	26,0	11,6	14,4	+1,1	19,0	18,0	+1,0	1962		
57,1	15,4	25,8	11,5	14,3	+0,6	19,9	18,6	+1,2	1963		
56,3	14,3	27,0	11,7	15,3	+1,3	20,6	19,5	+1,1	1964		
56,9	14,2	26,8	11,8	15,0	+2,3	21,0	21,0	−0,1	1965		
57,3	14,1	26,3	11,4	14,9	+0,8	22,6	21,0	+1,6	1966		
57,9	14,6	24,1	10,4	13,8	−0,3	24,4	20,7	+3,7	1967		
56,0	13,6	24,2	10,7	13,6	+2,5	25,8	22,2	+3,7	1968		
55,8	13,1	25,1	12,1	13,0	+3,1	26,9	23,9	+2,9	1969		
56,4	13,0	26,5	13,3	13,1	+2,7	27,7	26,2	+1,5	1970		
57,8	13,6	26,9	13,6	13,3	+0,9	28,8	27,9	+0,9	1971		
58,2	13,6	26,7	13,1	13,6	+0,7	30,0	29,3	+0,7	1972		
56,9	13,5	25,5	12,7	12,8	+1,3	33,4	30,7	+2,7	1973		
56,7	14,1	23,3	11,6	11,7	+0,3	37,7	32,1	+5,6	1974	}	[4]
60,1	15,1	23,1	12,1	11,0	−0,5	35,5	33,4	+2,2	1975	}	
56,3	13,3	26,0	13,8	12,3	+2,8	29,2	27,7	+1,5	1971	1. Hj.	
59,2	13,9	27,7	13,4	14,3	−1,0	28,4	28,2	+0,3		2. Hj.	
57,3	13,5	26,1	13,2	12,9	+2,9	29,6	29,3	+0,3	1972	1. Hj.	
59,1	13,8	27,3	13,0	14,3	−1,4	30,5	29,3	+1,2		2. Hj.	
56,5	13,2	25,4	12,9	12,5	+3,0	33,2	31,3	+1,9	1973	1. Hj.	
57,4	13,8	25,7	12,5	13,2	−0,3	33,7	30,2	+3,4		2. Hj.	
55,1	13,5	23,0	11,6	11,4	+2,0	38,3	31,9	+6,4	1974	1. Hj.	
58,3	14,6	23,7	11,7	12,0	−1,4	37,1	32,2	+4,9		2. Hj.	
59,2	14,8	22,3	11,8	10,5	+1,2	35,8	33,4	+2,5	1975	1. Hj.	[4]
60,9	15,3	23,9	12,3	11,5	−2,0	35,3	33,4	+1,9		2. Hj.	
58,0	14,5	22,3	12,2	10,1	+2,9	37,5	35,2	+2,2	1976	1. Hj.	

[3] Ohne Saarland und Berlin.
[4] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 19*

Investitionen

Mrd DM

Jahr	Insgesamt	Ausrüstungsinvestitionen			Bauinvestitionen				Vorratsveränderung
		zusammen	Unternehmen [1]	Staat	zusammen	Unternehmen [1] [2]	Staat	Wohnbauten	
1950 [3]	22,34	8,63	8,26	0,37	10,11	3,47	1,67	4,97	+ 3,60
1951 [3]	27,20	10,97	10,47	0,50	11,93	3,89	1,88	6,16	+ 4,30
1952 [3]	31,93	12,79	12,23	0,56	14,04	4,70	2,00	7,34	+ 5,10
1953 [3]	32,34	13,78	13,17	0,61	16,66	5,51	2,49	8,66	+ 1,90
1954 [3]	36,69	15,88	15,25	0,63	18,21	5,87	3,02	9,32	+ 2,60
1955 [3]	47,23	20,06	19,35	0,71	22,57	7,47	4,11	10,99	+ 4,60
1956 [3]	50,38	21,67	20,89	0,78	25,71	8,92	4,77	12,02	+ 3,00
1957 [3]	53,57	21,77	20,90	0,87	27,00	9,40	4,96	12,64	+ 4,80
1958 [3]	55,98	23,44	22,51	0,93	28,94	9,87	5,18	13,89	+ 3,60
1959 [3]	63,77	26,02	24,94	1,08	34,05	11,50	6,79	15,76	+ 3,70
1960 [3]	76,86	30,99	29,87	1,12	37,97	13,80	7,92	16,25	+ 7,90
1960	81,36	32,54	31,37	1,17	40,12	14,56	8,32	17,24	+ 8,70
1961	90,65	38,30	36,97	1,33	45,75	16,41	9,90	19,44	+ 6,60
1962	97,77	41,89	40,34	1,55	51,88	17,63	12,47	21,78	+ 4,00
1963	101,16	43,06	41,29	1,77	56,00	18,40	14,49	23,11	+ 2,10
1964	118,69	47,25	45,28	1,97	66,24	21,59	17,54	27,11	+ 5,20
1965	132,24	52,00	49,79	2,21	70,24	22,97	17,98	29,29	+10,00
1966	129,91	52,62	50,40	2,22	73,69	24,03	18,80	30,86	+ 3,60
1967	113,13	48,02	45,88	2,14	66,41	21,23	16,29	28,89	− 1,30
1968	136,28	52,87	50,82	2,05	71,91	23,33	18,55	30,03	+11,50
1969	162,20	66,90	64,57	2,33	79,30	26,84	21,05	31,41	+16,00
1970	196,38	82,90	79,94	2,96	98,18	34,49	26,55	37,14	+15,30
1971	208,54	91,12	87,53	3,59	112,02	39,55	27,79	44,68	+ 5,40
1972	221,81	92,49	88,84	3,65	124,92	42,93	27,35	54,64	+ 4,40
1973	238,18	96,45	92,39	4,06	132,13	44,56	28,73	58,84	+ 9,60
1974 [4]	225,99	94,75	89,87	4,88	129,14	42,11	34,38	52,65	+ 2,10
1975 [4]	216,96	100,64	95,62	5,02	120,42	37,13	36,00	47,29	− 4,10

[1] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[2] Ohne
[3] Ohne Saarland und Berlin.
[4] Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 19*

Investitionen

Anteil in vH

Jahr	Insgesamt	Ausrüstungsinvestitionen			Bauinvestitionen				Vorratsveränderung
		zusammen	Unternehmen [1]	Staat	zusammen	Unternehmen [1] [2]	Staat	Wohnbauten	
1950 [3]	100	38,6	37,0	1,7	45,3	15,5	7,5	22,2	+16,1
1951 [3]	100	40,3	38,5	1,8	43,9	14,3	6,9	22,6	+15,8
1952 [3]	100	40,1	38,3	1,8	44,0	14,7	6,3	23,0	+16,0
1953 [3]	100	42,6	40,7	1,9	51,5	17,0	7,7	26,8	+ 5,9
1954 [3]	100	43,3	41,6	1,7	49,6	16,0	8,2	25,4	+ 7,1
1955 [3]	100	42,5	41,0	1,5	47,8	15,8	8,7	23,3	+ 9,7
1956 [3]	100	43,0	41,5	1,5	51,0	17,7	9,5	23,9	+ 6,0
1957 [3]	100	40,6	39,0	1,6	50,4	17,5	9,3	23,6	+ 9,0
1958 [3]	100	41,9	40,2	1,7	51,7	17,6	9,3	24,8	+ 6,4
1959 [3]	100	40,8	39,1	1,7	53,4	18,0	10,6	24,7	+ 5,8
1960 [3]	100	40,3	38,9	1,5	49,4	18,0	10,3	21,1	+10,3
1960	100	40,0	38,6	1,4	49,3	17,9	10,2	21,2	+10,7
1961	100	42,3	40,8	1,5	50,5	18,1	10,9	21,4	+ 7,3
1962	100	42,8	41,3	1,6	53,1	18,0	12,8	22,3	+ 4,1
1963	100	42,6	40,8	1,7	55,4	18,2	14,3	22,8	+ 2,1
1964	100	39,8	38,1	1,7	55,8	18,2	14,8	22,8	+ 4,4
1965	100	39,3	37,7	1,7	53,1	17,4	13,6	22,1	+ 7,6
1966	100	40,5	38,8	1,7	56,7	18,5	14,5	23,8	+ 2,8
1967	100	42,4	40,6	1,9	58,7	18,8	14,4	25,5	− 1,1
1968	100	38,8	37,3	1,5	52,8	17,1	13,6	22,0	+ 8,4
1969	100	41,2	39,8	1,4	48,9	16,5	13,0	19,4	+ 9,9
1970	100	42,2	40,7	1,5	50,0	17,6	13,5	18,9	+ 7,8
1971	100	43,7	42,0	1,7	53,7	19,0	13,3	21,4	+ 2,6
1972	100	41,7	40,1	1,6	56,3	19,4	12,3	24,6	+ 2,0
1973	100	40,5	38,8	1,7	55,5	18,7	12,1	24,7	+ 4,0
1974 [4]	100	41,9	39,8	2,2	57,1	18,6	15,2	23,3	+ 0,9
1975 [4]	100	46,4	44,1	2,3	55,5	17,1	16,6	21,8	− 1,9

[1] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[2] Ohne Wohnbauten.
[3] Ohne Saarland und Berlin.
[4] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 20*

Einkommen und Ersparnis

Mrd

Jahr	Erwerbs- und Vermögenseinkommen insgesamt	Einkommen aus unselbständiger Arbeit	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen [2]	Empfangene laufende Übertragungen [3]	Gesamtes Einkommen (brutto)	Geleistete laufende Übertragungen [4]	Verfügbares Einkommen
1950 [6]	71,48	44,97	26,51	12,19	83,67	14,00	69,67
1951	86,88	54,53	32,35	13,57	100,45	17,22	83,23
1952	96,73	60,80	35,93	15,96	112,69	20,74	91,95
1953	104,11	67,14	36,97	17,70	121,81	23,31	98,50
1954	112,48	73,37	39,11	18,70	131,18	24,57	106,61
1955	128,78	83,67	45,11	20,95	149,73	27,29	122,44
1956	143,51	93,79	49,72	23,34	166,85	30,54	136,31
1957	156,77	102,87	53,90	28,44	185,21	34,27	150,94
1958	168,47	111,63	56,84	32,05	200,52	37,66	162,86
1959	182,33	119,56	62,77	33,08	215,41	41,66	173,75
1960	203,92	134,16	69,76	34,49	238,41	48,45	189,96
1960	216,29	142,83	73,46	40,63	256,92	54,17	202,75
1961	237,94	160,51	77,43	44,43	282,37	62,48	219,89
1962	257,54	177,48	80,06	48,89	306,43	70,36	236,07
1963	275,82	190,44	85,38	52,29	328,11	76,70	251,41
1964	302,36	208,42	93,94	57,73	360,09	83,93	276,16
1965	333,86	229,99	103,87	64,59	398,45	90,75	307,70
1966	356,22	247,56	108,66	70,77	426,99	101,42	325,57
1967	356,43	247,90	108,53	78,02	434,45	103,48	330,97
1968	391,22	266,31	124,91	82,34	473,56	113,83	359,73
1969	433,22	300,14	133,08	89,14	522,36	131,63	390,73
1970	504,63	353,19	151,44	97,49	602,12	159,74	442,38
1971	563,19	400,22	162,97	109,16	672,35	188,02	484,33
1972	617,48	439,15	178,33	124,27	741,75	210,16	531,59
1973	692,13	498,62	193,51	138,35	830,48	254,91	575,57
1974 [7]	746,73	546,67	200,06	157,57	904,30	282,73	621,57
1975 [7]	778,75	569,29	209,46	191,67	970,42	291,49	678,93

[1] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[2] Wegen Revision der F _ _ der Deutschen Bundesbank sind die Angaben ab 1970 mit denen der vorangegangenen Jahre nicht voll vergleichbar.
[3] Leistungen der Sozialversicherung, öffentliche Pensionen, Leistungen der Gebietskörperschaften, laufende Übertragungen von Versicherungsunternehmen und der übrigen Welt.

Tabelle 20*

der privaten Haushalte [1])

DM

Privater Verbrauch	Ersparnis	Nichtentnommene Gewinne der Einzelunternehmen u. ä. [2])	Ersparnis ohne nichtentnommene Gewinne [2])	Sparquote [2]) [5]) (vH)	Empfangene Vermögensübertragungen	Geleistete Vermögensübertragungen	Finanzierungssaldo [2])	Jahr
62,88	6,79	4,71	2,08	*2,99*	0,01	0,09	2,00	1950
73,08	10,15	7,79	2,36	*2,84*	0,02	0,18	2,20	1951
81,17	10,78	6,28	4,50	*4,89*	0,06	0,26	4,30	1952
88,74	9,76	4,05	5,71	*5,80*	0,68	0,39	6,00	1953
94,63	11,98	4,97	7,01	*6,58*	1,34	0,55	7,80	1954
106,09	16,35	9,13	7,22	*5,90*	0,55	0,77	7,00	1955 [6])
117,96	18,35	11,04	7,31	*5,36*	0,47	1,18	6,60	1956
128,53	22,41	10,98	11,43	*7,57*	0,45	1,58	10,30	1957
138,40	24,46	11,30	13,16	*8,08*	0,98	1,94	12,20	1958
147,74	26,01	11,35	14,66	*8,44*	1,22	2,38	13,50	1959
161,18	28,78	13,07	15,71	*8,27*	1,92	2,83	14,80	1960
172,43	30,32	14,21	16,11	*7,95*	2,08	2,91	15,28	1960
189,02	30,87	12,71	18,16	*8,26*	2,48	3,59	17,05	1961
205,20	30,87	11,00	19,87	*8,42*	2,50	4,33	18,04	1962
218,20	33,21	9,33	23,88	*9,50*	2,56	4,74	21,70	1963
234,95	41,21	11,91	29,30	*10,61*	3,10	5,62	26,79	1964
258,67	49,03	13,27	35,76	*11,62*	3,44	6,27	32,93	1965
277,85	47,72	12,68	35,04	*10,76*	3,00	6,94	31,10	1966
285,31	45,66	10,35	35,31	*10,67*	3,58	8,29	30,60	1967
301,77	57,96	16,87	41,09	*11,42*	3,75	9,35	35,49	1968
333,09	57,64	9,90	47,74	*12,22*	4,36	10,07	42,03	1969
369,01	73,37	13,57	59,80	*13,52*	4,70	12,72	51,78	1970
410,51	73,82	8,24	65,58	*13,54*	6,97	15,07	57,48	1971
450,92	80,67	1,47	79,20	*14,90*	7,70	19,09	67,81	1972
495,67	79,90	— 2,16	82,06	*14,26*	8,10	20,26	69,90	1973
532,95	88,62	— 6,61	95,23	*15,32*	8,69	23,73	80,19	1974 [7])
580,19	98,74	—10,17	108,91	*16,04*	8,92	25,24	92,59	1975 [7])

[4]) Direkte Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, Rückerstattungen u. ä., laufende Übertragungen an Versicherungsunternehmen und die übrige Welt; einschließlich Zinsen auf Konsumentenschulden.
[5]) Ersparnis ohne nicht entnommene Gewinne in vH des verfügbaren Einkommens.
[6]) Ohne Saarland und Berlin.
[7]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 21*

Käufe der inländischen privaten
nach Verwen

Jahr	Insgesamt		Nahrungs- und Genußmittel [2]		Kleidung, Schuhe		Wohnungsmieten u. ä. [3]		Elektrizität, Gas, Brennstoffe	
	Mrd DM	vH	Mrd DM	vH	Mrd DM	vH	Mrd DM	vH	Mrd DM	vH
										in jeweiligen
1960	170,18	*100*	64,94	*38,2*	21,84	*12,8*	12,22	*7,2*	5,62	*3,3*
1961	186,44	*100*	69,52	*37,3*	23,88	*12,8*	14,48	*7,8*	6,03	*3,2*
1962	202,38	*100*	73,53	*36,3*	26,00	*12,8*	15,74	*7,8*	7,28	*3,6*
1963	215,24	*100*	76,38	*35,5*	27,08	*12,6*	17,69	*8,2*	8,64	*4,0*
1964	231,97	*100*	80,95	*34,9*	28,97	*12,5*	20,02	*8,6*	8,39	*3,6*
1965	255,51	*100*	86,92	*34,0*	32,28	*12,6*	22,56	*8,8*	9,05	*3,5*
1966	274,46	*100*	91,54	*33,4*	33,94	*12,4*	26,11	*9,5*	9,51	*3,5*
1967	281,84	*100*	92,37	*32,8*	33,86	*12,0*	29,47	*10,5*	10,19	*3,6*
1968	298,00	*100*	94,73	*31,8*	35,15	*11,8*	33,24	*11,2*	11,30	*3,8*
1969	328,59	*100*	101,22	*30,8*	38,24	*11,6*	37,98	*11,6*	12,30	*3,7*
1970	363,84	*100*	109,08	*30,0*	41,55	*11,4*	40,97	*11,3*	13,86	*3,8*
1971	404,50	*100*	118,10	*29,2*	46,95	*11,6*	44,87	*11,1*	15,37	*3,8*
1972	444,86	*100*	128,48	*28,9*	51,67	*11,6*	49,28	*11,1*	17,31	*3,9*
1973	489,18	*100*	140,13	*28,6*	54,41	*11,1*	54,87	*11,2*	21,87	*4,5*
1974 } [5]	526,30	*100*	148,71	*28,3*	57,89	*11,0*	60,52	*11,5*	24,75	*4,7*
1975 } [5]	573,44	*100*	156,84	*27,4*	62,14	*10,8*	66,83	*11,7*	27,81	*4,8*
										in Preisen
1960	180,58	*100*	67,85	*37,6*	22,83	*12,6*	14,00	*7,8*	5,88	*3,3*
1961	192,01	*100*	71,55	*37,3*	24,47	*12,7*	14,88	*7,7*	6,25	*3,3*
1962	202,38	*100*	73,53	*36,3*	26,00	*12,8*	15,74	*7,8*	7,28	*3,6*
1963	209,76	*100*	74,55	*35,5*	26,54	*12,7*	16,63	*7,9*	8,46	*4,0*
1964	220,89	*100*	77,13	*34,9*	28,00	*12,7*	17,67	*8,0*	8,32	*3,8*
1965	235,97	*100*	79,84	*33,8*	30,49	*12,9*	18,77	*8,0*	8,89	*3,8*
1966	244,87	*100*	81,66	*33,3*	31,28	*12,8*	19,91	*8,1*	9,25	*3,8*
1967	247,08	*100*	82,39	*33,3*	30,96	*12,5*	21,13	*8,6*	9,51	*3,8*
1968	256,43	*100*	84,12	*32,8*	32,16	*12,5*	22,32	*8,7*	10,26	*4,0*
1969	276,28	*100*	87,86	*31,8*	34,60	*12,5*	23,46	*8,5*	11,21	*4,1*
1970	295,67	*100*	91,95	*31,1*	36,26	*12,3*	24,44	*8,3*	11,97	*4,0*
1971	312,25	*100*	95,76	*30,7*	38,82	*12,4*	25,35	*8,1*	12,81	*4,1*
1972	325,49	*100*	98,23	*30,2*	40,49	*12,4*	26,43	*8,1*	14,11	*4,3*
1973	334,59	*100*	99,94	*29,9*	39,97	*11,9*	27,73	*8,3*	16,00	*4,8*
1974 } [5]	335,37	*100*	101,68	*30,3*	39,61	*11,8*	29,17	*8,7*	16,01	*4,8*
1975 } [5]	344,31	*100*	101,81	*29,6*	40,49	*11,8*	30,26	*8,8*	16,55	*4,8*

[1] Hauptgruppen des Systematischen Güterverzeichnisses (1963) für den Privaten Verbrauch.
[2] Einschließlich Verzehr in Gaststätten.
[3] Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen.

Tabelle 21*

Haushalte für den Privaten Verbrauch

dungszwecken [1])

Übrige Haushaltsführung		Verkehr, Nachrichtenübermittlung		Körper- und Gesundheitspflege		Bildung und Unterhaltung		Persönliche Ausstattung u. ä. [4])		Jahr	
Mrd DM	vH	Mrd DM	vH	Mrd DM	vH	Mrd DM	vH	Mrd DM	vH		
Preisen											
23,75	*14,0*	15,05	*8,8*	6,84	*4,0*	11,93	*7,0*	7,99	*4,7*	1960	
25,85	*13,9*	17,11	*9,2*	7,44	*4,0*	12,99	*7,0*	9,14	*4,9*	1961	
28,01	*13,8*	19,62	*9,7*	8,00	*4,0*	13,93	*6,9*	10,27	*5,1*	1962	
29,21	*13,6*	21,82	*10,1*	8,59	*4,0*	14,69	*6,8*	11,14	*5,2*	1963	
31,85	*13,7*	24,16	*10,4*	9,49	*4,1*	15,93	*6,9*	12,21	*5,3*	1964	
34,93	*13,7*	27,59	*10,8*	10,52	*4,1*	17,63	*6,9*	14,03	*5,5*	1965	
37,32	*13,6*	30,41	*11,1*	11,38	*4,1*	18,74	*6,8*	15,51	*5,7*	1966	
37,49	*13,3*	30,68	*10,9*	11,97	*4,2*	19,62	*7,0*	16,19	*5,7*	1967	
38,56	*12,9*	33,78	*11,3*	12,82	*4,3*	20,82	*7,0*	17,60	*5,9*	1968	
42,95	*13,1*	38,83	*11,8*	13,88	*4,2*	23,00	*7,0*	20,19	*6,1*	1969	
49,08	*13,5*	45,29	*12,4*	15,21	*4,2*	26,20	*7,2*	22,60	*6,2*	1970	
55,54	*13,7*	50,37	*12,5*	17,37	*4,3*	29,22	*7,2*	26,71	*6,6*	1971	
61,77	*13,9*	54,38	*12,2*	18,96	*4,3*	32,73	*7,4*	30,28	*6,8*	1972	
66,41	*13,6*	60,36	*12,3*	21,02	*4,3*	35,27	*7,2*	34,84	*7,1*	1973	
69,69	*13,2*	63,78	*12,1*	23,30	*4,4*	38,49	*7,3*	39,17	*7,4*	1974	} [5])
75,55	*13,2*	73,13	*12,8*	26,09	*4,5*	41,56	*7,2*	43,49	*7,6*	1975	} [5])
von 1962											
25,71	*14,2*	15,46	*8,6*	7,26	*4,0*	12,80	*7,1*	8,79	*4,9*	1960	
26,91	*14,0*	17,31	*9,0*	7,69	*4,0*	13,38	*7,0*	9,57	*5,0*	1961	
28,01	*13,8*	19,62	*9,7*	8,00	*4,0*	13,93	*6,9*	10,27	*5,1*	1962	
28,74	*13,7*	21,29	*10,1*	8,36	*4,0*	14,43	*6,9*	10,76	*5,1*	1963	
30,86	*14,0*	23,24	*10,5*	8,96	*4,1*	15,26	*6,9*	11,45	*5,2*	1964	
33,12	*14,0*	26,42	*11,2*	9,47	*4,0*	16,37	*6,9*	12,60	*5,3*	1965	
34,53	*14,1*	28,13	*11,5*	9,65	*3,9*	17,04	*7,0*	13,42	*5,5*	1966	
34,62	*14,0*	27,41	*11,1*	9,93	*4,0*	17,46	*7,1*	13,67	*5,5*	1967	
35,41	*13,8*	29,32	*11,4*	10,26	*4,0*	18,25	*7,1*	14,33	*5,6*	1968	
38,78	*14,0*	33,85	*12,3*	10,68	*3,9*	19,97	*7,2*	15,87	*5,7*	1969	
42,58	*14,4*	38,31	*13,0*	11,19	*3,8*	21,68	*7,3*	17,29	*5,8*	1970	
45,73	*14,6*	40,19	*12,9*	11,93	*3,8*	23,12	*7,4*	18,54	*5,9*	1971	
48,44	*14,9*	40,98	*12,6*	12,17	*3,7*	24,97	*7,7*	19,67	*6,0*	1972	
49,55	*14,8*	42,03	*12,6*	12,61	*3,8*	25,77	*7,7*	20,99	*6,3*	1973	
48,56	*14,5*	39,78	*11,9*	12,94	*3,9*	26,27	*7,8*	21,35	*6,4*	1974	} [5])
49,66	*14,4*	43,14	*12,5*	13,47	*3,9*	26,72	*7,8*	22,21	*6,5*	1975	} [5])

[4]) Einschließlich Dienstleistungen der Kreditinstitute, der Versicherungsunternehmen, des Beherbergungsgewerbes u. ä.
[5]) Vorläufige

Tabelle 22*

Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu den anderen

Mrd

Jahr	Einnahmen				
	insgesamt	Steuern u. ä., Vermögensübertragungen [2])	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Gebühren u. ä., Verkäufe von Land und gebrauchten Anlagen	Veränderung der Verbindlichkeiten [3])
					Staat insgesamt (einschließ
1964	166,71	148,52	6,32	5,94	+ 5,93
1965	180,20	159,10	6,51	6,42	+ 8,17
1966	193,11	171,74	7,06	7,16	+ 7,15
1967	205,84	175,89	7,42	7,59	+14,94
1968	218,38	189,73	8,07	8,16	+12,42
1969	244,11	223,57	9,08	8,95	+ 2,51
1970	276,94	248,76	9,91	9,65	+ 8,62
1971	318,75	283,00	11,27	11,04	+13,44
1972	353,68	315,32	10,85	12,74	+14,77
1973	416,05	373,03	12,69	14,20	+16,13
1974 [7])	457,80	404,82	13,01	15,81	+24,16
1975 [7])	514,09	419,30	13,34	18,03	+63,42
					Gebietskör
1964	120,55	103,72	4,03	5,90	+ 6,90
1965	130,01	109,83	4,12	6,38	+ 9,68
1966	137,07	117,26	4,34	7,13	+ 8,34
1967	148,84	119,98	4,62	7,57	+16,67
1968	153,41	128,19	5,36	8,12	+11,74
1969	169,59	152,46	6,22	8,88	+ 2,03
1970	189,84	164,71	6,53	9,58	+ 9,02
1971	219,97	186,40	7,30	10,99	+15,28
1972	240,66	204,30	6,43	12,68	+17,25
1973	282,33	241,34	6,44	14,11	+20,44
1974 [7])	306,50	258,37	6,88	15,77	+25,48
1975 [7])	347,92	258,93	6,84	17,99	+64,16
					Sozialver
1964	46,17	44,80	2,29	0,04	− 0,96
1965	50,19	49,27	2,39	0,04	− 1,51
1966	56,04	54,48	2,72	0,03	− 1,19
1967	57,01	55,91	2,80	0,02	− 1,72
1968	64,97	61,54	2,71	0,04	+ 0,68
1969	74,52	71,11	2,86	0,07	+ 0,48
1970	87,10	84,05	3,38	0,07	− 0,40
1971	98,79	96,60	3,97	0,05	− 1,83
1972	113,02	111,02	4,42	0,06	− 2,48
1973	133,71	131,69	6,25	0,09	− 4,32
1974 [7])	151,30	146,45	6,13	0,04	− 1,32
1975 [7])	166,16	160,37	6,50	0,04	− 0,75

[1]) Dargestellt nach den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die Vorgänge zwischen den einzelnen Gruppen von Gebietskörperschaften des Staatssektors sind im Prinzip ausgeschlossen. Ausführliche Erläuterungen siehe Statistisches Bundesamt, Fachserie N, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1 1975, S. 64.

[2]) Unterstellte Einzahlungen in „Pensionsfonds" für Beamte sind als Einnahmen der Sozialversicherung dargestellt.

[3]) Quelle: Deutsche Bundesbank; revidierte Angaben ab 1970.

Tabelle 22*

Sektoren der Volkswirtschaft und zur übrigen Welt [1])

DM

Ausgaben							
insgesamt	Käufe für laufende Produktionszwecke [4])	Investitionen [5])	Löhne, Gehälter u. ä. [6])	Zinsen auf öffentliche Schulden	Geleistete laufende und Vermögensübertragungen	Veränderung der Forderungen [3])	Jahr
lich Sozialversicherung)							
166,71	34,99	19,71	31,14	2,39	67,78	+10,70	1964
180,20	38,64	20,44	35,46	2,70	76,59	+ 6,37	1965
193,11	41,35	21,33	39,59	3,35	80,87	+ 6,62	1966
205,84	43,91	18,76	42,02	4,32	88,24	+ 8,59	1967
218,38	44,55	20,98	44,83	4,45	95,74	+ 7,83	1968
244,11	49,69	23,84	50,89	5,02	105,16	+ 9,51	1969
276,94	55,20	30,05	59,28	5,75	114,75	+11,91	1970
318,75	66,22	31,97	70,53	6,52	128,54	+14,97	1971
353,68	74,05	31,70	79,51	7,60	147,24	+13,58	1972
416,05	85,03	33,54	91,83	9,12	166,60	+29,93	1973
457,80	100,23	40,02	106,79	10,85	188,20	+11,71	1974 [7])
514,09	115,30	41,73	116,35	13,17	225,41	+ 2,13	1975 [7])
perschaften							
109,63	25,39	19,54	29,38	2,39	25,18	+ 7,75	1964
118,35	27,50	20,28	33,51	2,70	30,36	+ 4,00	1965
124,52	28,15	21,12	37,42	3,35	30,10	+ 4,38	1966
135,12	29,74	18,52	39,71	4,32	31,49	+11,34	1967
139,79	28,92	20,81	42,42	4,45	35,40	+ 7,79	1968
155,65	32,06	23,65	48,17	5,02	38,95	+ 7,80	1969
176,06	35,19	29,88	56,03	5,75	43,68	+ 5,53	1970
205,66	41,74	31,75	66,82	6,52	49,30	+ 9,53	1971
224,15	45,23	31,43	75,38	7,60	57,32	+ 7,19	1972
264,74	50,61	33,00	86,97	9,12	64,71	+20,33	1973
288,56	58,87	39,43	101,05	10,85	69,97	+ 8,39	1974 [7])
323,87	66,04	41,08	109,66	13,17	87,61	+ 6,31	1975 [7])
sicherung							
57,09	9,60	0,17	1,76	—	42,60	+ 2,96	1964
61,85	11,14	0,16	1,95	—	46,23	+ 2,37	1965
68,59	13,20	0,21	2,17	—	50,77	+ 2,24	1966
70,73	14,17	0,24	2,31	—	56,75	− 2,74	1967
78,59	15,63	0,17	2,41	—	60,34	+ 0,04	1968
88,46	17,63	0,19	2,72	—	66,21	+ 1,71	1969
100,88	20,01	0,17	3,25	—	71,07	+ 6,38	1970
113,10	24,48	0,22	3,71	—	79,24	+ 5,45	1971
129,53	28,82	0,27	4,13	—	89,92	+ 6,39	1972
151,30	34,42	0,54	4,86	—	101,89	+ 9,59	1973
169,24	41,36	0,59	5,74	—	118,23	+ 3,32	1974 [7])
190,21	49,26	0,65	6,69	—	137,80	− 4,19	1975 [7])

[4]) Verwaltungsleistungen u. ä.
[5]) Einschließlich Käufe von Land und gebrauchten Anlagen; ohne selbsterstellte Anlagen.
[6]) Entgelte für die beim Staat Beschäftigten.
[7]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 23*

Vermögensbildung, Sachvermögensbildung und Finanzierungssalden

Mrd DM

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Übrige Welt	Finanzielle Sektoren [2]	Insgesamt
	private Haushalte	Unternehmen ohne Wohnungswirtschaft	Unternehmen Wohnungswirtschaft	Unternehmen zusammen [1]	Gebietskörperschaften	Sozialversicherung	zusammen [1]			
					I. Vermögensbildung [3]					
1964	27,32	20,19	5,04	25,23	18,43	4,04	75,02	— 0,08	2,58	77,52
1965	32,75	21,23	5,15	26,38	12,26	3,99	75,38	6,87	3,78	86,03
1966	32,15	19,39	6,46	25,85	14,27	3,78	76,05	— 0,40	3,58	79,23
1967	31,22	17,65	7,12	24,77	10,41	— 0,84	65,56	— 9,88	3,65	59,33
1968	36,99	27,66	8,13	35,79	13,85	— 0,60	86,03	—10,95	3,80	78,88
1969	44,86	25,14	3,99	29,13	25,92	1,44	101,35	— 7,65	4,55	98,25
1970	51,78	32,53	5,04	37,57	22,28	6,86	118,49	— 2,42	5,53	121,60
1971	57,48	23,11	7,81	30,92	21,08	7,65	117,13	— 0,73	7,03	123,43
1972	67,81	25,46	5,09	30,55	15,98	8,60	122,94	— 2,27	7,59	128,26
1973	69,90	25,27	1,02	26,29	26,30	14,26	136,75	— 9,75	8,09	135,09
1974 [4]	80,11	14,40	8,32	22,72	14,86	5,43	123,12	—25,00	12,12	110,24
1975 [4]	92,61	15,68	4,49	20,17	—25,36	— 2,32	85,10	— 9,15	14,84	90,79
1975 1. Hj. [4]	47,42	12,15	2,47	14,62	—13,46	— 0,70	47,88	— 6,49	4,06	45,45
2. Hj. [4]	45,19	3,53	2,02	5,55	—11,90	— 1,62	37,22	— 2,66	10,78	45,34
1976 1. Hj. [4]	40,21	28,72	0,48	29,20	—10,28	— 0,84	58,29	— 3,55	3,27	58,01
					II. Sachvermögensbildung					
1964	—	38,02	20,90	58,92	17,47	0,19	76,58	—	0,94	77,52
1965	—	44,37	22,44	66,81	17,88	0,21	84,90	—	1,13	86,03
1966	—	35,90	23,40	59,30	18,35	0,27	77,92	—	1,31	79,23
1967	—	20,89	21,15	42,04	15,67	0,29	58,00	—	1,33	59,33
1968	—	37,76	21,64	59,40	17,66	0,20	77,26	—	1,62	78,88
1969	—	53,78	22,11	75,89	20,13	0,22	96,24	—	2,01	98,25
1970	—	67,66	25,83	93,49	25,56	0,28	119,33	—	2,28	121,60
1971	—	62,22	31,63	93,85	26,78	0,27	120,90	—	2,53	123,43
1972	—	59,36	40,08	99,44	25,72	0,30	125,46	—	2,80	128,26
1973	—	62,06	42,49	104,55	26,66	0,61	131,82	—	3,27	135,09
1974 [4]	—	39,50	34,39	73,89	32,41	0,58	106,88	—	3,36	110,24
1975 [4]	—	25,65	27,94	53,59	33,62	0,53	87,74	—	3,05	90,79
1975 1. Hj. [4]	—	16,48	12,28	28,76	15,44	0,34	44,54	—	0,91	45,45
2. Hj. [4]	—	9,17	15,66	24,83	18,18	0,19	43,20	—	2,14	45,34
1976 1. Hj. [4]	—	30,05	12,80	42,85	13,87	0,24	56,96	—	1,05	58,01
					III. Veränderung der Forderungen					
1964	28,63	9,82	0,45	9,79	7,88	3,85	49,14	8,12	42,78	100,03
1965	34,60	10,72	—0,04	10,22	4,06	3,81	51,19	10,59	47,76	109,54
1966	32,65	7,95	0,33	7,71	4,69	3,54	47,13	7,85	46,13	101,11
1967	32,47	17,15	0,28	16,92	10,82	— 0,99	57,58	5,00	59,90	122,48
1968	39,95	16,91	0,62	17,25	8,34	— 0,90	65,32	13,61	78,30	157,24
1969	48,79	19,21	—0,32	18,53	7,12	1,15	76,20	12,44	81,13	169,77
1970	55,15	24,09	—0,56	23,29	5,53	6,56	90,35	33,92	102,16	226,42
1971	63,32	30,00	0,11	29,76	9,53	7,46	108,06	22,24	113,27	243,57
1972	76,06	34,79	0,28	34,52	7,19	8,38	124,15	19,48	136,86	280,49
1973	73,79	22,66	0,75	22,89	19,67	13,52	125,97	27,93	130,62	284,51
1974 [4]	79,74	32,41	—0,36	31,65	7,89	4,87	122,61	17,17	115,59	255,37
1975 [4]	97,02	30,53	—0,14	30,20	9,90	— 0,34	130,19	29,10	169,10	328,38

noch Tabelle 23*

Vermögensbildung, Sachvermögensbildung und Finanzierungssalden

Mrd DM

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Übrige Welt	Finanzielle Sektoren [2]	Insgesamt
	private Haushalte	Unternehmen: ohne Wohnungswirtschaft	Unternehmen: Wohnungswirtschaft	Unternehmen: zusammen [1]	Gebietskörperschaften	Sozialversicherung	zusammen [1]			
noch: III. Veränderung der Forderungen										
1975 1. Hj.	48,23	7,59	−0,30	7,19	−2,68	1,48	49,55	10,15	55,36	115,06
1975 2. Hj. [4]	48,79	22,94	0,16	23,00	12,58	−1,81	80,64	18,95	113,74	213,32
1976 1. Hj. [4]	44,63	15,37	0,25	15,51	−7,46	−1,07	55,21	14,30	58,52	128,03
IV. Veränderung der Verpflichtungen										
1964	1,31	27,65	16,31	43,48	6,92	—	50,71	8,20	41,13	100,03
1965	1,85	33,85	17,25	50,64	9,68	0,03	60,71	3,72	45,12	109,54
1966	0,50	24,46	17,27	41,17	8,77	0,03	49,00	8,25	43,86	101,11
1967	1,25	20,39	14,31	34,20	16,08	0,14	50,02	14,88	57,58	122,48
1968	2,96	27,01	14,13	40,86	12,15	−0,10	56,55	24,56	76,12	157,24
1969	3,93	47,85	17,80	65,29	1,33	−0,07	71,09	20,09	78,59	169,77
1970	3,37	59,22	20,23	79,20	8,81	−0,02	91,18	36,34	98,90	226,42
1971	5,84	69,11	23,93	92,69	15,23	0,08	111,82	22,97	108,77	243,57
1972	8,25	68,69	35,27	103,41	16,93	0,08	126,67	21,75	132,07	280,49
1973	3,89	59,45	42,22	101,15	20,03	−0,13	121,03	37,68	125,80	284,51
1974 [4]	−0,37	57,51	25,71	82,82	25,44	0,02	106,37	42,17	106,83	255,37
1975 [4]	4,41	40,51	23,31	63,62	68,88	2,51	132,83	38,25	157,30	328,38
1975 1. Hj.	0,81	11,92	9,51	21,34	26,22	2,52	46,21	16,64	52,20	115,06
1975 2. Hj. [4]	3,60	28,58	13,80	42,28	42,66	−0,00	86,62	21,61	105,10	213,32
1976 1. Hj. [4]	4,42	16,70	12,57	29,16	16,69	0,01	53,89	17,85	56,30	128,03
V. Finanzierungssaldo (= I ⁄ II oder III ⁄ IV)										
1964	27,32	−17,83	−15,86	−33,69	0,96	3,85	−1,56	− 0,08	1,64	—
1965	32,75	−23,14	−17,29	−40,43	− 5,62	3,78	−9,52	6,87	2,65	—
1966	32,15	−16,51	−16,94	−33,45	− 4,08	3,51	−1,87	− 0,40	2,27	—
1967	31,22	− 3,25	−14,03	−17,28	− 5,26	−1,13	7,56	− 9,88	2,33	—
1968	36,99	−10,10	−13,51	−23,61	− 3,81	−0,80	8,77	−10,95	2,18	—
1969	44,86	−28,64	−18,12	−46,76	5,79	1,22	5,11	− 7,65	2,54	—
1970	51,78	−35,13	−20,79	−55,92	− 3,28	6,58	−0,84	− 2,42	3,26	—
1971	57,48	−39,11	−23,82	−62,93	− 5,70	7,38	−3,77	− 0,73	4,50	—
1972	67,81	−33,90	−34,99	−68,89	− 9,74	8,30	−2,52	− 2,27	4,79	—
1973	69,90	−36,79	−41,47	−78,26	− 0,36	13,65	4,94	− 9,75	4,82	—
1974 [4]	80,11	−25,10	−26,07	−51,17	−17,55	4,85	16,24	−25,00	8,76	—
1975 [4]	92,61	− 9,97	−23,45	−33,42	−58,98	−2,85	−2,64	− 9,15	11,79	—
1975 1. Hj.	47,42	− 4,33	− 9,81	−14,14	−28,90	−1,04	3,34	− 6,49	3,15	—
1975 2. Hj. [4]	45,19	− 5,64	−13,64	−19,28	−30,08	−1,81	−5,98	− 2,66	8,64	—
1976 1. Hj. [4]	40,21	− 1,33	−12,32	−13,65	−24,15	−1,08	1,33	− 3,55	2,22	—

[1] Bei der Summenbildung wurden intersektorale Ströme nicht mitaddiert.
[2] Banken, Bausparkassen, Versicherungen.
[3] Ersparnis und Vermögensübertragungen.
[4] Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 24*

Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften

Mio DM

Zeitraum	Einnahmen			Ausgaben					Finanzierungssaldo [6]	Kredite [7] (netto)
	insgesamt [1]	darunter		insgesamt [1]	darunter					
		Steuern [2]	Zuweisungen [3]		Personalausgaben [4]	laufende Zuschüsse [5]	Sachinvestitionen zusammen	Sachinvestitionen darunter Baumaßnahmen		
					Insgesamt [8]					
1966	138 118	112 708	.	146 722	41 075	.	23 117	18 982	− 8 604	.
1967	142 379	114 976	.	155 944	43 649	.	22 642	18 366	−13 565	.
1968	151 811	122 019	.	159 190	46 364	.	23 137	18 694	− 7 379	.
1969	177 191	145 588	.	174 723	52 918	42 971	26 415	21 262	+ 2 469	+ 2 459
1970	188 305	153 850	.	196 330	61 484	46 694	32 315	25 797	− 7 982	+ 6 302
1971	209 819	171 412	.	225 182	73 457	50 827	37 617	30 395	−15 704	+13 711
1972	237 114	195 442	.	251 271	81 974	59 224	39 243	31 929	−14 155	+16 291
1973	268 656	222 747	.	277 665	94 014	64 156	41 427	32 981	− 8 797	+11 391
1974 [9]	285 651	237 120	.	314 093	107 238	71 899	45 719	35 897	−28 288	+22 155
1975 [9]	288 607	236 587	.	354 006	116 364	67 285	46 194	36 210	−65 363	+53 626
1975 1. Vj.	66 518	53 907	.	84 838	28 623	17 916	8 710	6 455	−18 380	+ 9 664
2. Vj.	64 775	53 369	.	83 350	28 826	15 323	9 963	8 073	−18 618	+16 128
3. Vj.	70 882	58 010	.	84 591	27 192	17 272	11 319	9 196	−13 688	+16 609
4. Vj.	86 381	71 447	.	101 215	31 712	16 785	16 199	12 483	−14 709	+11 089
1976 1. Vj.	72 232	57 655	.	89 536	30 999	19 623	7 732	5 882	−17 491	+21 923
2. Vj.	73 194	59 116	.	85 566	29 215	16 191	9 583	7 721	−12 810	+ 4 699
					Bund [10][11]					
1966	65 887	62 253	234	67 961	9 735	23 468	3 487	2 925	− 2 060	+ 1 844
1967	67 148	63 118	224	75 979	10 428	25 718	4 159	3 306	− 8 823	+ 7 754
1968	70 612	66 193	231	75 276	10 915	25 737	3 860	3 138	− 4 664	+ 5 950
1969	83 084	78 587	241	81 380	12 905	30 492	4 457	3 682	+ 1 704	− 517
1970	87 725	83 693	289	86 704	14 614	32 413	4 950	3 895	+ 959	+ 501
1971	96 768	92 226	251	97 534	17 118	34 758	5 899	4 563	− 1 076	+ 1 061
1972	105 792	101 706	302	111 172	19 060	40 354	6 156	4 872	− 5 373	+ 4 496
1973	118 877	114 958	302	121 178	21 385	43 073	5 915	4 658	− 2 119	+ 2 204
1974 [9]	122 839	119 413	163	133 303	24 157	46 897	7 101	5 750	−10 337	+ 9 475
1975 [9][12]	123 226	120 014	198	158 232	25 449	37 443	7 806	5 854	−34 985	+29 924
1975 1. Vj.	27 552	26 529	22	38 812	6 679	10 061	1 064	685	−11 323	+ 6 012
2. Vj.	26 640	26 079	46	37 204	6 322	8 291	1 458	1 206	−10 605	+11 413
3. Vj.	31 984	31 296	59	38 046	5 949	9 918	1 822	1 491	− 6 047	+ 8 408
4. Vj. [12]	37 050	36 109	72	44 170	6 500	9 174	3 462	2 472	− 7 010	+ 4 092
1976 1. Vj.	30 448	29 441	34	41 837	7 046	11 109	684	518	−11 370	+16 992
2. Vj.	31 135	29 817	51	37 699	6 248	8 686	1 344	1 076	− 6 557	− 160

[1] Netto, d. h. Einnahmen und Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge abzüglich der Zahlungen von anderen Verwaltungen.

[2] Einschließlich Lastenausgleichsabgaben; ohne eigene Einnahmen der EG; ab 1974: nach der Vierteljahresstatistik einschließlich der

[3] Ab 1975: einschließlich Zahlungen von Zweckverbänden und Sozialversicherungsträgern.

[4] Bis 1974: einschließlich, ab 1975: ohne Kindergeldzahlungen an Angehörige des öffentlichen Dienstes.

[5] Ab 1975: einschließlich Kindergeldzahlungen an Angehörige des öffentlichen Dienstes und ohne Zahlungen an Zweckverbände und Sozialversicherungsträger.

noch Tabelle 24*

Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften

Mio DM

Zeitraum	Einnahmen			Ausgaben					Finanzierungssaldo [6]	Kredite [7] (netto)
	insgesamt [1]	darunter: Steuern [2]	darunter: Zuweisungen [3]	insgesamt [1]	darunter: Personalausgaben [4]	darunter: laufende Zuschüsse [5]	darunter: Sachinvestitionen zusammen	darunter: Sachinvestitionen darunter Baumaßnahmen		
					Länder					
1966	43 593	36 260	9 243	47 351	21 019	5 463	4 660	3 566	− 3 758	+ 2 622
1967	46 062	37 595	9 397	48 502	22 316	5 625	4 523	3 375	− 3 441	+ 3 884
1968	48 925	40 923	10 811	50 058	23 861	6 680	4 531	3 421	− 1 134	+ 2 269
1969	57 177	48 348	10 801	55 500	26 880	6 129	4 940	3 759	+ 1 677	− 339
1970	61 879	51 978	9 572	64 759	31 649	7 277	6 397	4 930	− 2 956	+ 1 969
1971	68 905	58 563	10 727	74 442	38 076	7 925	6 958	5 274	− 5 569	+ 4 666
1972	80 669	69 226	13 018	82 108	42 380	9 310	6 727	5 059	− 1 445	+ 3 454
1973	91 710	79 217	14 936	93 689	48 940	10 756	7 369	5 297	− 1 956	+ 2 579
1974 [9]	100 062	86 603	16 821	108 928	56 821	12 489	8 261	6 177	− 8 846	+ 7 713
1975 [9]	99 603	84 982	18 418	119 309	60 953	14 392	8 242	6 249	−19 706	+16 964
1975 1. Vj.	23 705	20 771	4 309	27 106	14 900	4 060	1 174	894	− 3 399	+ 2 137
2. Vj.	22 932	19 575	4 563	28 160	15 101	3 402	1 767	1 384	− 5 229	+ 3 632
3. Vj.	22 635	19 201	4 344	28 371	14 123	3 403	1 864	1 492	− 5 735	+ 6 519
4. Vj.	30 274	25 582	4 999	35 664	16 819	3 534	3 434	2 478	− 5 386	+ 4 539
1976 1. Vj.	24 797	21 223	4 547	28 730	16 301	4 018	1 087	796	− 4 150	+ 3 511
2. Vj.	24 850	20 969	4 603	29 392	15 418	3 505	1 672	1 248	− 4 994	+ 3 850
					Gemeinden/Gemeindeverbände					
1966	25 536	12 662	12 262	28 899	10 321	4 172	14 813	12 334	− 3 363	+ 3 317
1967	26 813	12 697	12 770	28 346	10 906	4 333	13 593	11 318	− 1 532	+ 2 497
1968	28 496	13 324	13 322	30 204	11 587	4 353	14 358	11 748	− 1 708	+ 2 401
1969	33 747	17 159	14 144	33 993	13 132	4 729	16 440	13 242	− 246	+ 2 705
1970	35 299	16 597	15 671	40 954	15 221	5 385	20 203	16 207	− 5 652	+ 3 452
1971	40 925	19 183	18 067	49 871	18 264	6 495	24 202	20 000	− 8 946	+ 7 733
1972	47 726	23 130	20 729	54 625	20 534	8 100	25 770	21 409	− 6 897	+ 7 986
1973	55 043	27 275	24 595	59 985	23 689	8 975	27 497	22 381	− 4 942	+ 6 962
1974 [9]	59 544	29 606	26 939	69 136	27 446	11 346	30 357	24 151	− 9 592	+ 5 394
1975 [9]	62 291	30 350	29 951	73 201	29 962	13 769	30 146	24 106	−10 910	+ 6 802
1975 1. Vj.	14 368	6 332	6 259	18 039	7 043	3 249	6 472	4 876	− 3 671	+ 1 121
2. Vj.	14 549	7 408	7 529	17 361	7 403	3 208	6 737	5 484	− 2 812	+ 1 491
3. Vj.	15 333	7 214	8 080	17 433	7 120	3 522	7 633	6 213	− 2 100	+ 1 839
4. Vj.	18 050	9 396	8 082	20 367	8 393	3 793	9 303	7 534	− 2 317	+ 2 351
1976 1. Vj.	16 352	6 712	7 780	18 057	7 652	3 942	5 960	4 569	− 1 695	+ 1 258
2. Vj.	16 574	8 053	7 976	17 671	7 550	3 569	6 568	5 397	− 1 089	+ 1 307

[6] Einschließlich Saldo der Zu- und Absetzungen sowie der Verrechnungen.
[7] Am Kreditmarkt.
[8] Bund, Öffa, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände.
[9] Aus der Vierteljahresstatistik; Beträge der Länder einschließlich der Auslaufperiode; Abweichungen, die sich bei der Zusammenfassung der Vierteljahre gegenüber den Ergebnissen des Rechnungsjahres ergeben, sind auf nachträgliche Umsetzungen der Berichtsstellen zurückzuführen.
[10] Ohne Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen; ab 1974: einschließlich Öffa.
[11] Einschließlich Umsatzsteuereinnahmen, die als Ergänzungszuweisungen des Bundes an Länder gezahlt werden.
[12] Einschließlich 1 901,0 Mio DM Sonderprogramm des Bundes vom September und Dezember 1974 sowie vom August 1975.

Tabelle 25*

Kassenmäßige Steuereinnahmen

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	darunter						
		Lohnsteuer	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Steuern vom Umsatz [1] insgesamt	Steuern vom Umsatz [1] Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	Steuern vom Umsatz [1] Einfuhrumsatzsteuer	Mineralölsteuer
1950 [2]	18 802	1 807	2 087	1 449	4 987	.	.	73
1951 [2]	25 183	2 797	2 303	2 273	7 148	.	.	463
1952 [2]	31 215	3 658	3 925	2 780	8 736	.	.	590
1953 [2]	34 320	3 740	4 870	2 990	9 104	.	.	734
1954 [2]	35 894	3 875	4 588	3 071	9 766	.	.	781
1955 [2]	39 736	4 402	4 352	3 111	11 337	.	.	1 136
1956 [2]	44 530	5 402	4 728	3 637	12 437	.	.	1 415
1957 [2]	47 935	5 289	5 879	4 506	12 882	.	.	1 642
1958 [2]	50 188	5 932	5 473	5 190	13 506	.	.	1 665
1959 [2]	56 644	5 855	7 323	5 118	14 943	.	.	2 145
1960	66 627	8 102	8 963	6 510	16 917	.	.	2 664
1961	76 705	10 453	10 817	7 473	18 670	.	.	3 325
1962	84 480	12 315	12 218	7 790	20 036	.	.	3 699
1963	89 735	13 844	13 451	7 688	20 922	.	.	4 139
1964	98 061	16 092	14 101	8 018	22 845	.	.	6 071
1965	104 460	16 738	14 798	8 170	25 103	.	.	7 428
1966	111 154	19 055	16 075	7 687	25 989	.	.	8 016
1967	113 350	19 558	15 782	7 061	25 628	.	.	9 423
1968	120 378	22 080	16 272	8 553	25 779	18 786	6 994	9 875
1969	146 928	27 057	16 989	10 895	37 141	26 816	10 324	10 601
1970	152 318	35 086	16 001	8 716	38 125	26 791	11 334	11 512
1971	170 811	42 803	18 340	7 167	42 897	30 869	12 028	12 417
1972	195 510	49 770	23 140	8 495	46 981	34 153	12 828	14 227
1973	223 489	61 255	26 452	10 887	49 486	34 922	14 563	16 589
1974	238 179	71 960	26 793	10 403	51 170	32 852	18 317	16 052
1975	241 044	71 191	28 001	10 054	54 082	35 721	18 361	17 121
1975 1. Vj.	54 607	16 150	6 939	2 651	13 936	9 540	4 396	2 832
2. Vj.	54 535	14 413	5 716	2 095	12 726	8 181	4 545	4 236
3. Vj.	59 524	18 065	7 021	2 404	12 812	8 407	4 405	4 410
4. Vj.	72 378	22 562	8 325	2 904	14 609	9 594	5 015	5 643
1976 1. Vj.	58 661	17 636	7 496	2 431	15 346	10 292	5 054	3 048
2. Vj.	60 439	16 855	6 339	2 060	14 259	8 672	5 587	4 395
3. Vj.	...	20 588	7 683	3 064	13 745	8 283	5 462	4 610

[1] Ohne stillgelegte Investitionsteuer (August 1973 bis Dezember 1974).
[2] Ohne Saarland.

Tabelle 26*

Verschuldung der öffentlichen Haushalte [1])

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Insgesamt [2])	nach Kreditnehmern			nach ausgewählten Schuldarten			
		Bund	Länder	Gemeinden	Anleihen [3])	Bankkredite	Darlehen von Nichtbanken	
							Sozialversicherungen [4])	Sonstige
1950	20 634	7 290	12 844	500	—	465	150	140
1951	22 365	8 220	13 294	850	49	745	290	205
1952	24 044	8 897	13 717	1 430	419	1 280	435	335
1953	33 901	16 726	14 563	2 320	1 126	2 120	1 323	657
1954	38 699	17 894	15 018	3 600	1 678	2 880	1 787	1 059
1955	40 943	17 868	15 523	4 670	2 022	3 660	2 019	1 371
1956	41 892	17 614	15 741	5 610	1 726	4 340	2 239	1 623
1957	43 614	19 723	13 963	7 010	1 780	5 410	2 433	1 835
1958	46 122	20 077	14 708	8 370	2 303	7 575	2 483	1 883
1959	49 084	20 986	14 920	9 630	3 058	9 450	2 472	1 998
1960	52 182	22 572	14 695	11 169	3 528	10 600	2 667	2 604
1961	56 564	25 941	13 903	12 805	4 810	11 693	4 687	2 811
1962	59 984	27 256	13 402	15 068	5 700	13 227	4 880	3 235
1963	66 687	30 136	13 329	17 686	7 712	15 582	5 066	4 399
1964	73 107	31 338	14 291	21 264	8 974	19 656	5 657	5 121
1965	82 981	33 017	17 401	25 844	11 195	24 749	6 591	6 339
1966	92 291	35 581	20 328	29 465	12 092	29 519	7 245	7 868
1967	107 175	43 468	24 188	31 986	14 230	34 114	8 387	8 690
1968	115 870	47 192	26 339	34 186	16 074	42 536	6 957	9 221
1969	116 141	45 360	25 771	36 663	16 266	50 051	6 101	9 884
1970	125 890	47 323	27 786	40 295	17 491	59 523	5 725	11 104
1971	140 399	48 764	33 037	47 927	20 249	70 665	6 511	12 592
1972	156 063 a) b)	55 299 b)	36 963 a)	55 984	24 971	81 874 a)	7 374	14 667
1973	163 348 c)	61 356	39 462	55 494 c)	27 377	87 946	7 522	12 824
1974	187 288	72 138	47 323	61 280	30 938	102 946	8 694	14 951
1975	250 820	108 502	67 001	68 841	40 679	144 806	9 718	16 078
1975 Mär	197 296	77 649	50 043	62 700	34 711	106 626	8 291	14 945
Jun	210 957	86 496	53 644	64 400	39 212	113 797	10 528	15 282
Sep	228 533	95 697	60 269	66 300	40 067	126 217	10 157	15 485
Dez	250 820	108 502	67 001	68 841	40 679	144 806	9 718	16 078
1976 Mär	262 964	116 195	69 735	70 400	43 920	154 416	9 557	16 536
Jun	268 205	116 803	73 495	71 500	45 015	159 415	6 383	16 952

[1]) Ohne Verschuldung der Haushalte
[2]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Auftragsfinanzierung Offa, Länder, Gemeinden.
[3]) Ohne die im Bestand der Emittenten befindlichen Stücke,
[4]) Einschließlich Schuldbuchforderungen und Schatzbriefe.
a) Darunter 500 Mio DM statistisch bedingte Zunahme.
b) Nach Einbeziehung der „Auftragsfinanzierung Offa" und der „Krankenhausfinanzierung" in den Bundeshaushalt.
c) Nach Ausschaltung der Verschuldung der kommunalen Eigenbetriebe.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 27*

Konsolidierte Bilanz des

Veränderung gegenüber dem

Zeitraum	I. Bankkredite an inländische Nichtbanken					II. Netto-Forderungen gegenüber dem Ausland [3]			
	insgesamt	durch Deutsche Bundesbank	durch Kreditinstitute [2]			insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute	
			zusammen	an inländische Unternehmen und Privatpersonen	an inländische öffentliche Haushalte			zusammen	darunter mittel- und langfristig
1963	+26,81	+0,98	+25,83	+22,37	+ 3,45	+ 3,30	+ 2,71	+ 0,59	+ 1,25
1964	+30,19	−1,03	+31,22	+25,14	+ 6,09	+ 1,67	+ 0,43	+ 1,24	+ 1,32
1965	+34,17	−0,43	+34,61	+27,54	+ 7,06	+ 0,47	− 1,31	+ 1,79	+ 1,24
1966	+28,20	+0,29	+27,91	+21,56	+ 6,36	+ 3,62	+ 1,90	+ 1,72	+ 1,14
1967	+32,89	+0,67	+32,22	+18,33	+13,89	+ 6,28	− 0,17	+ 6,45	+ 1,62
1968	+40,02	−2,05	+42,06	+30,90	+11,17	+10,93	+ 6,57	+ 4,36	+ 6,76
1969	+53,48	+0,67	+52,81	+51,22	+ 1,59	− 2,45	−10,28	+ 7,83	+12,00
1970	+50,53	−0,24	+50,77	+43,81	+ 6,97	+14,23	+21,60	− 7,36	− 0,29
1971	+69,05	−0,63	+69,68	+59,52	+10,16	+11,52	+15,91	− 4,40	− 3,28
1972	+86,41	−2,07	+88,48	+78,22	+10,26	+ 8,66	+15,49	− 6,83	− 6,39
1973	+67,55	+2,37	+65,18	+54,59	+10,59	+23,48	+26,49	− 3,01	− 7,71
1974	+59,77	−1,48	+61,25	+41,18	+20,07	+13,19	− 1,90	+15,09	+ 5,54
1975	+85,51	+6,62	+78,89	+30,87	+48,02	+16,84	− 2,22	+19,06	+15,90
1972 1. Vj.	+12,78	−2,41	+15,19	+12,78	+ 2,41	+ 7,52	+ 3,18	+ 4,35	− 2,29
2. Vj.	+23,37	+0,01	+23,37	+20,73	+ 2,64	+ 4,56	+ 9,92	− 5,36	− 2,54
3. Vj.	+17,53	−0,16	+17,69	+15,04	+ 2,65	+ 2,99	+ 4,41	− 1,42	− 0,67
4. Vj.	+32,73	+0,49	+32,24	+29,68	+ 2,56	− 6,41	− 2,02	− 4,39	− 0,89
1973 1. Vj.	+15,04	−0,63	+15,67	+12,71	+ 2,96	+12,73	+19,93	− 7,19	− 1,51
2. Vj.	+18,03	+0,44	+17,59	+16,58	+ 1,01	+ 6,14	+ 2,73	+ 3,41	− 2,38
3. Vj.	+13,86	—	+13,86	+12,49	+ 1,36	+ 4,73	+ 8,27	− 3,55	− 2,67
4. Vj.	+20,62	+2,55	+18,07	+12,81	+ 5,26	− 0,12	− 4,45	+ 4,33	− 1,16
1974 1. Vj.	+ 6,03	−1,31	+ 7,34	+ 5,74	+ 1,60	− 0,17	− 0,53	+ 0,36	− 0,09
2. Vj.	+17,15	−1,23	+18,38	+13,59	+ 4,80	+ 5,58	+ 3,43	+ 2,16	+ 0,56
3. Vj.	+14,75	−0,04	+14,79	+ 9,38	+ 5,41	− 1,03	− 6,43	+ 5,40	+ 1,94
4. Vj.	+21,84	+1,11	+20,73	+12,47	+ 8,26	+ 8,82	+ 1,64	+ 7,18	+ 3,13
1975 1. Vj.	+ 4,36	+0,74	+ 3,62	− 1,69	+ 4,31	+ 8,67	+ 4,99	+ 3,67	+ 2,84
2. Vj.	+14,72	−2,13	+16,85	+ 6,60	+10,25	+ 4,94	− 3,95	+ 8,90	+ 4,89
3. Vj.	+21,93	+5,19	+16,74	+ 3,92	+12,81	+ 2,75	− 2,69	+ 5,44	+ 4,73
4. Vj.	+44,50	+2,82	+41,68	+22,03	+19,65	+ 0,48	− 0,58	+ 1,05	+ 3,45
1976 1. Vj.	+ 9,65	−1,61	+11,26	+ 3,70	+ 7,56	+ 5,83	+ 9,78	− 3,95	+ 2,47
2. Vj.	+25,20	−0,30	+25,50	+20,33	+ 5,17	+ 0,83	− 3,58	+ 4,41	+ 1,59
3. Vj.	+23,80	−1,38	+25,17	+15.21	+ 9,96	+ 0,77	+ 3,46	− 2,69	+ 0,85

[1] Kreditinstitute einschließlich Bundesbank.
[2] Einschließlich Wertpapiere.
[3] Einschließlich Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich Entwicklungshilfekredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau.
[4] Ohne Termingelder mit Befristung bis unter 4 Jahren.

Tabelle 27*

Bankensystems (Geldvolumenrechnung) [1])

vorangegangenen Zeitraum in Mrd DM

III. Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten aus inländischen Quellen [4])				IV. Zentralbankeinlagen inländischer öffentlicher Haushalte [8])	V. Sonstige Einflüsse [9]) (einschließlich Guthaben auf Sonderkonten Bardepot)	VI. Geld- und Quasigeldbestände (M2) (Saldo: I + II − III − IV − V)				Zeitraum
insgesamt [5])	darunter					insgesamt	Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren (Quasigeld)		Bargeldumlauf [10]) und Sichteinlagen (Geldvolumen = M 1)	
	Termingelder mit Befristung von 4 Jahren und darüber	Spareinlagen [6])	Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf (netto) [7])				zusammen	darunter unter 3 Monate		
+ 22,85	+ 4,77	+11,55	+ 4,99	−0,61	+ 1,90	+ 5,96	+ 1,56	+ 0,47	+ 4,41	1963
+ 25,63	+ 4,63	+12,53	+ 6,60	−0,85	+ 0,66	+ 6,43	+ 1,03	+ 0,66	+ 5,40	1964
+ 27,82	+ 3,74	+16,26	+ 6,00	−1,11	+ 1,83	+ 6,10	+ 0,53	− 0,07	+ 5,57	1965
+ 24,36	+ 3,22	+16,27	+ 3,28	−0,53	+ 1,49	+ 6,50	+ 5,40	− 0,58	+ 1,09	1966
+ 23,79	+ 2,55	+17,65	+ 1,80	+0,29	+ 0,91	+14,19	+ 5,88	+ 3,22	+ 8,31	1967
+ 30,73	+ 1,49	+22,02	+ 4,65	+1,19	+ 0,88	+18,15	+12,62	+ 1,69	+ 5,53	1968
+ 34,62	+ 5,52	+21,59	+ 4,90	+0,44	+ 1,42	+14,55	+ 8,59	+ 5,24	+ 5,96	1969
+ 35,36	+ 4,26	+20,51	+ 7,90	+4,09	+ 8,91	+16,41	+ 7,72	+13,61	+ 8,69	1970
+ 46,40	+ 7,07	+28,48	+ 8,15	+4,20	+ 5,00	+24,97	+11,72	+ 8,91	+13,24	1971
+ 60,64	+ 8,68	+34,25	+13,49	−3,85	+ 4,78	+33,51	+15,96	+ 6,58	+17,55	1972
+ 47,70	+10,22	+19,57	+14,35	+4,22	+ 7,17	+31,94	+29,37	+22,78	+ 2,57	1973
+ 55,96	+ 7,95	+34,85	+10,09	+0,44	+ 2,88	+13,68	− 1,82	+ 7,30	+15,50	1974
+100,16	+ 9,41	+73,63	+12,93	−3,49	+ 6,07	− 0,40	−21,79	−17,24	+21,40	1975
+ 14,20	+ 1,56	+ 7,41	+ 4,19	+4,44	+ 8,22	− 6,56	− 2,18	− 3,34	− 4,38	1972 1. Vj.
+ 13,40	+ 1,72	+ 6,99	+ 3,37	−2,50	+ 4,51	+12,52	+ 3,77	+ 1,44	+ 8,75	2. Vj.
+ 11,79	+ 1,97	+ 5,32	+ 3,62	−0,72	+ 3,74	+ 5,70	+ 3,50	+ 0,79	+ 2,20	3. Vj.
+ 21,24	+ 3,43	+14,53	+ 2,31	−5,06	−11,69	+21,84	+10,86	+ 7,69	+10,97	4. Vj.
+ 12,19	+ 2,52	+ 3,68	+ 4,76	+5,47	+11,18	− 1,06	+ 4,92	− 8,48	+ 5,98	1973 1. Vj.
+ 8,06	+ 2,19	− 0,93	+ 5,47	+0,05	+ 5,70	+10,36	+10,40	+17,48	− 0,04	2. Vj.
+ 5,26	+ 2,68	− 1,23	+ 3,37	+4,01	+ 4,07	+ 5,25	+ 9,53	+ 4,07	− 4,28	3. Vj.
+ 22,19	+ 2,83	+18,05	+ 0,76	−5,30	−13,77	+17,39	+ 4,52	+ 9,71	+12,87	4. Vj.
+ 7,07	+ 2,52	+ 2,59	+ 1,24	+3,56	+ 5,34	−10,12	− 0,11	+ 7,71	−10,01	1974 1. Vj.
+ 9,30	+ 1,61	+ 3,58	+ 3,17	−0,33	+ 7,29	+ 6,48	− 1,43	− 8,23	+ 7,90	2. Vj.
+ 9,54	+ 2,07	+ 3,75	+ 3,10	+3,65	+ 4,76	− 4,23	− 4,91	− 1,19	+ 0,67	3. Vj.
+ 30,04	+ 1,75	+24,93	+ 2,59	−6,43	−14,51	+21,56	+ 4,62	+ 9,02	+16,94	4. Vj.
+ 23,70	+ 2,83	+14,70	+ 4,92	+1,18	+ 7,63	−19,47	−10,36	−14,50	− 9,11	1975 1. Vj.
+ 25,42	+ 1,85	+19,46	+ 2,43	−2,34	+ 1,87	− 5,29	−16,58	− 9,45	+11,29	2. Vj.
+ 17,05	+ 2,18	+11,78	+ 2,75	+4,71	+ 3,69	− 0,76	− 4,52	− 2,19	+ 3,75	3. Vj.
+ 33,99	+ 2,55	+27,69	+ 2,83	−7,03	− 7,12	+25,13	+ 9,67	+ 8,90	+15,46	4. Vj.
+ 23,46	+ 3,28	+10,00	+ 8,19	+7,78	+ 2,99	−18,75	− 5,65	−10,33	−13,10	1976 1. Vj.
+ 13,70	+ 1,73	+ 5,33	+ 4,76	−6,65	+ 5,00	+13,99	+ 0,63	+ 0,34	+13,36	2. Vj.
+ 13,92	+ 3,03	+ 4,92	+ 4,90	+6,22	+ 2,87	+ 1,57	+ 4,83	+ 2,92	− 3,27	3. Vj.

[5]) Kapital Rücklagen; ohne Gegenwert der Stabilitätsanleihe des Bundes.
[6]) Einschließlich Sparbriefe.
[7]) um den Saldo der Auslandstransaktionen.
[8]) Einschließlich Gegenwert der Stabilitätsanleihe des Bundes.
[9]) Saldo der übrigen Positionen der Konsolidierten Bilanz des Bankensystems.
[10]) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 28*

Zahlungsmittelbestände und Kredite

Mrd DM

Ende des Zeitraumes	Geldvolumen			Termingelder [2]		Kredite der Kreditinstitute an inländische Unternehmen und Privatpersonen			
	insgesamt	Bargeldumlauf [1]	Sichteinlagen	insgesamt	darunter 1 Monat bis unter 3 Monate	insgesamt [3]	kurzfristig [4]	mittel- und langfristig	Wertpapiere
1955 } [5]	31,48	14,04	17,44	11,20	2,01	63,27	.	.	.
1956 } [5]	33,89	14,88	19,01	13,56	2,78	71,23	.	.	.
1957 } [5]	37,81	16,46	21,35	17,13	3,27	78,31	.	.	.
1958 } [5]	42,58	17,94	24,64	17,94	3,19	85,92	.	.	.
1959	47,61	19,34	28,26	19,97	3,31	101,16	.	.	.
1960	51,08	20,83	30,25	21,62	3,61	116,25	.	.	.
1961	58,71	23,20	35,52	23,47	3,94	135,76	.	.	.
1962	63,28	24,25	39,03	25,19	4,10	154,83	.	.	.
1963	67,77	25,51	42,26	26,75	4,57	173,92	.	.	.
1964	73,05	27,89	45,16	27,78	5,23	231,81	60,67	163,74	7,40
1965	78,53	29,65	48,87	28,40	5,16	259,27	67,31	183,91	8,05
1966	79,62	30,88	48,74	33,77	4,58	280,74	72,32	200,35	8,08
1967	87,92	31,51	56,41	39,65	7,80	298,88	74,29	216,18	8,42
1968	93,47	32,59	60,88	48,86	9,58	334,55	81,00	242,80	10,75
1969	99,43	34,69	64,74	57,45	14,82	385,95	101,56	272,35	12,03
1970	108,22	36,89	71,33	65,16	28,43	430,54	113,62	304,10	12,83
1971	121,52	40,29	81,23	77,07	37,34	490,57	131,73	345,43	13,41
1972	139,30	45,77	93,53	93,03	43,92	569,33	155,94	399,66	13,73
1973	141,97	47,51	94,46	122,36	66,74	627,22	165,64	447,00	14,58
1974	158,43	51,52	106,91	121,17	74,30	672,12	179,67	477,82	14,64
1975	183,30	56,48	126,82	100,92	58,60	703,19	171,20	518,98	13,00
1972 1. Vj.	117,18	40,42	76,76	74,89	34,00	503,42	134,98	354,49	13,95
2. Vj.	126,00	42,72	83,28	78,67	35,43	524,33	145,17	365,68	13,49
3. Vj.	128,26	43,33	84,94	82,17	36,23	539,54	146,30	379,76	13,48
4. Vj.	139,30	45,77	93,53	93,03	43,92	569,33	155,94	399,66	13,73
1973 1. Vj.	133,35	44,67	88,68	97,96	35,45	585,12	154,95	416,13	14,05
2. Vj.	133,36	46,23	87,13	108,37	52,94	601,82	159,62	428,44	13,76
3. Vj.	129,10	45,81	83,29	117,82	57,02	614,39	163,08	437,51	13,79
4. Vj.	141,97	47,51	94,46	123,36	66,74	627,22	165,64	447,00	14,58
1974 1. Vj.	132,87	46,22	86,65	122,89	74,79	637,02	169,07	453,90	14,06
2. Vj.	140,80	48,39	92,40	121,43	66,58	650,21	176,74	459,43	14,05
3. Vj.	141,48	49,43	92,05	116,53	65,39	659,62	177,85	467,80	13,97
4. Vj.	158,43	51,52	106,91	121,17	74,30	672,12	179,67	477,82	14,64
1975 1. Vj.	149,34	51,14	98,20	110,81	59,81	670,47	174,97	481,18	14,31
2. Vj.	160,64	52,90	107,74	94,25	50,37	677,12	173,42	488,88	14,82
3. Vj.	164,43	53,59	110,83	89,75	48,20	681,14	166,60	500,71	13,84
4. Vj.	183,30	56,48	126,82	100,92	58,60	703,19	171,20	518,98	13,00
1976 1. Vj.	166,80	54,41	112,39	93,77	46,77	706,91	165,64	526,59	14,69
2. Vj.	180,17	56,96	123,22	94,41	47,12	727,29	174,22	538,43	14,65
3. Vj.	176,92	58,04	118,88	99,09	50,05	742,55	176,45	550,99	15,11

[1] Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.
[2] Mit einer _ bis unter 4 Jahren (Quasigeldbestände).
[3] Einschließlich Bundesbahn und Bundespost. Ausnahme: Zentralbankeinlagen der Bundespost.
[4] Einschließlich Schatzwechsel und U-Schätze der Bundesbahn und Bundespost.
[5] Ohne Saarland.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 29*

Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie [1])

a) Insgesamt (1970 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-
		industrien				industrien		
	Wertindex				Volumenindex			
1962	53,3	56,7	47,0	62,4	57,7	58,6	53,1	66,8
1963	55,9	58,6	50,4	64,7	60,4	61,0	56,8	68,3
1964	64,1	67,8	58,0	72,5	68,2	69,6	64,4	75,1
1965	68,2	69,5	62,8	78,7	71,0	69,6	68,0	80,2
1966	68,1	72,0	61,5	77,6	69,7	71,5	65,1	77,5
1967	67,7	72,1	61,1	76,5	70,4	73,8	65,2	77,2
1968	78,0	80,8	72,7	86,1	85,4	87,8	81,3	91,4
1969	95,4	94,7	95,7	96,0	101,2	99,6	102,9	99,9
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	102,5	101,2	100,0	110,4	98,3	99,5	93,9	106,6
1972	110,6	110,2	107,1	119,6	103,4	107,3	97,7	110,8
1973	128,3	129,2	129,0	125,0	115,0	120,3	113,5	109,8
1974	139,0	153,7	133,8	127,7	109,1	116,0	108,1	100,0
1975	136,1	135,5	140,3	126,9	103,5	104,5	105,3	97,7
1970 1. Vj.	98,0	96,4	101,7	91,7	99,1	96,3	103,6	92,7
2. Vj.	100,3	102,0	98,9	101,5	100,7	101,7	99,5	101,9
3. Vj.	97,5	100,3	97,5	92,9	97,4	100,4	97,4	92,6
4. Vj.	104,1	101,2	102,0	113,9	102,8	101,5	99,5	112,9
1971 1. Vj.	101,3	96,9	103,2	104,2	97,9	95,6	97,9	101,8
2. Vj.	104,9	104,2	101,7	113,7	100,6	101,9	95,7	110,2
3. Vj.	99,9	102,4	97,6	101,2	95,3	100,1	91,2	97,3
4. Vj.	103,9	101,6	97,6	122,6	99,2	100,3	90,9	117,1
1972 1. Vj.	105,6	103,7	102,9	115,1	99,8	102,4	94,4	108,4
2. Vj.	110,3	112,0	105,0	120,1	103,3	109,0	95,7	112,1
3. Vj.	104,8	107,4	101,3	108,9	97,6	103,8	92,2	100,6
4. Vj.	121,8	117,8	119,3	134,1	113,0	113,9	108,5	122,2
1973 1. Vj.	132,4	125,8	137,2	131,9	121,2	121,2	122,4	118,5
2. Vj.	131,6	129,0	134,4	129,2	118,4	121,2	118,3	114,2
3. Vj.	120,9	127,8	121,1	109,2	107,9	118,3	106,1	95,3
4. Vj.	128,2	134,3	123,5	129,6	112,4	120,6	107,5	111,0
1974 1. Vj.	143,6	154,0	141,5	131,5	117,8	123,8	118,4	106,7
2. Vj.	144,1	164,1	135,0	133,1	112,8	122,8	109,3	104,8
3. Vj.	134,9	157,6	128,5	113,1	103,4	115,2	102,3	86,8
4. Vj.	133,6	139,1	130,1	132,9	102,3	102,2	102,4	101,9
1975 1. Vj.	132,2	133,8	136,5	119,4	100,2	100,5	103,6	91,5
2. Vj.	143,0	135,7	153,5	130,1	108,4	103,9	114,9	100,2
3. Vj.	128,7	131,5	133,6	112,4	98,0	102,3	99,7	86,7
4. Vj.	140,4	141,1	137,6	145,8	107,5	111,3	102,8	112,4
1976 1. Vj.	151,4	156,3	150,3	146,1	112,8	118,9	109,5	110,8
2. Vj.	151,4	160,6	146,1	148,7	110,8	119,0	104,9	111,5
3. Vj. [2])	159,2	150,5	177,2	130,8	115,5	110,2	126,6	96,7

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 29*

Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie [1])

b) Inland (1970 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien
	Wertindex				Volumenindex			
1962	57,5	61,2	50,4	65,5	61,4	62,5	55,8	70,3
1963	58,9	61,6	52,4	67,2	62,6	63,2	57,8	71,0
1964	67,8	72,5	60,1	75,3	71,3	73,7	65,8	78,2
1965	72,0	73,2	65,8	81,9	73,8	72,3	70,0	83,3
1966	69,7	73,8	61,3	79,7	70,3	72,3	63,8	79,6
1967	67,2	71,5	58,4	77,7	69,0	72,2	61,6	78,3
1968	77,0	80,4	69,1	86,9	84,3	87,1	77,7	92,5
1969	94,5	95,3	93,3	95,8	100,8	100,9	101,2	100,0
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	102,1	100,6	99,0	110,2	97,7	98,0	92,9	106,2
1972	109,1	107,7	105,0	119,1	101,6	103,3	95,7	110,2
1973	120,4	123,2	117,5	121,9	107,9	113,8	103,8	106,8
1974	124,7	138,7	114,3	123,7	98,2	106,3	92,8	96,6
1975	128,0	126,8	131,2	123,8	97,7	97,7	99,0	95,1
1970 1. Vj.	97,5	95,6	102,1	91,5	98,5	95,7	103,8	92,5
2. Vj.	100,8	102,5	99,1	101,6	101,2	102,4	99,9	102,0
3. Vj.	97,8	101,3	97,5	93,0	97,7	101,4	97,5	92,7
4. Vj.	104,0	100,6	101,3	113,9	102,6	100,5	98,8	112,8
1971 1. Vj.	99,1	93,6	101,1	103,5	95,6	91,9	95,7	101,1
2. Vj.	104,3	103,7	100,2	113,2	99,9	100,7	94,1	109,6
3. Vj.	100,4	103,9	97,1	101,6	95,6	100,7	90,8	97,4
4. Vj.	104,5	101,3	97,5	122,5	99,5	98,8	90,8	116,8
1972 1. Vj.	104,4	100,3	101,9	115,1	98,3	97,8	93,4	108,2
2. Vj.	110,2	111,3	104,4	119,7	102,7	106,5	95,1	111,6
3. Vj.	104,6	106,1	101,2	108,8	97,0	101,0	92,0	100,3
4. Vj.	117,3	113,3	112,4	132,7	108,4	107,9	102,3	120,9
1973 1. Vj.	126,5	121,3	129,0	129,6	115,7	115,4	115,4	116,4
2. Vj.	125,8	125,4	126,5	125,4	113,0	116,5	111,6	110,6
3. Vj.	112,0	122,8	106,0	107,5	99,8	112,5	93,3	93,5
4. Vj.	117,3	123,5	108,4	125,0	103,0	110,8	94,9	106,7
1974 1. Vj.	129,4	137,9	124,6	126,0	106,5	112,2	104,5	101,9
2. Vj.	129,6	147,8	115,7	128,9	101,8	112,2	94,0	101,2
3. Vj.	119,4	141,0	107,5	110,0	92,0	105,2	85,9	84,2
4. Vj.	120,5	128,0	109,6	130,0	92,6	95,6	86,8	99,3
1975 1. Vj.	123,5	123,8	126,8	116,9	93,8	93,4	96,5	89,3
2. Vj.	139,1	127,9	154,0	127,4	105,5	97,7	115,6	97,8
3. Vj.	119,7	124,0	121,3	110,2	91,5	96,3	91,3	84,9
4. Vj.	129,8	131,5	122,3	140,7	100,0	103,6	92,8	108,2
1976 1. Vj.	140,3	142,0	139,4	139,6	105,0	107,6	102,6	105,7
2. Vj.	138,9	147,7	130,7	141,2	101,8	108,8	94,5	105,6
3. Vj. [2])	136,2	140,4	138,6	125,3	99,0	102,3	99,7	92,4

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien; ab 1968 ohne Umsatzsteuer.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 29*

Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie [1])

c) Ausland (1970 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-
	Wertindex				Volumenindex			
	industrien				industrien			
1962	40,0	41,8	39,4	38,3	45,8	45,4	46,9	40,3
1963	46,8	48,5	46,2	45,6	53,6	53,9	54,5	47,7
1964	52,8	52,0	53,1	50,8	59,0	55,5	61,7	52,3
1965	56,3	57,2	56,1	54,6	61,9	60,8	63,4	55,7
1966	63,0	65,8	62,1	61,0	68,1	69,7	68,4	61,4
1967	69,4	74,4	67,5	66,9	75,4	80,5	74,2	68,2
1968	81,2	82,3	81,0	79,4	89,1	90,7	89,5	82,5
1969	98,9	92,8	101,8	97,9	103,3	95,7	107,6	98,8
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	103,4	103,4	102,0	112,1	99,9	105,2	96,0	109,3
1972	115,1	118,6	112,3	123,3	109,4	122,3	102,5	115,8
1973	153,6	149,5	156,2	148,9	138,1	142,7	136,7	133,5
1974	184,5	204,5	179,5	158,1	143,6	147,5	144,5	127,0
1975	162,0	165,0	162,3	151,0	122,2	127,3	120,4	118,6
1970 1. Vj.	99,9	99,3	101,2	93,5	100,8	98,6	102,9	94,2
2. Vj.	98,8	100,6	97,8	100,1	99,0	99,4	98,6	100,5
3. Vj.	97,0	97,0	97,8	92,2	96,9	97,0	97,6	92,0
4. Vj.	104,3	103,2	103,2	114,1	103,3	105,1	100,9	113,2
1971 1. Vj.	108,2	108,1	108,1	108,9	105,1	109,1	103,0	107,0
2. Vj.	106,5	105,8	105,1	117,4	102,8	106,5	99,2	114,7
3. Vj.	97,8	97,3	97,9	98,8	94,0	98,6	91,5	96,1
4. Vj.	101,1	102,5	97,0	123,1	97,7	106,4	90,2	119,6
1972 1. Vj.	109,2	115,0	105,5	115,8	104,8	120,0	96,9	110,9
2. Vj.	110,5	114,6	106,5	123,3	105,3	118,8	97,3	116,9
3. Vj.	105,0	111,3	101,4	109,6	99,8	114,6	92,5	102,6
4. Vj.	135,9	133,3	135,7	144,5	127,9	136,0	123,3	133,0
1973 1. Vj.	151,9	141,2	157,1	149,5	139,5	141,4	139,3	135,6
2. Vj.	150,6	141,2	153,7	158,7	136,3	137,6	134,6	142,9
3. Vj.	149,6	144,8	156,2	121,9	134,2	138,5	136,1	109,6
4. Vj.	162,2	170,8	157,8	165,4	142,3	153,5	136,6	145,9
1974 1. Vj.	188,7	208,6	181,9	174,4	153,8	161,4	151,7	144,8
2. Vj.	189,5	219,0	179,8	165,8	147,6	157,3	145,4	133,1
3. Vj.	184,4	213,6	178,5	136,6	139,9	147,0	141,7	107,5
4. Vj.	175,3	176,7	177,8	155,5	133,2	124,2	139,0	122,8
1975 1. Vj.	160,8	167,6	161,3	138,3	121,2	124,7	121,7	108,6
2. Vj.	155,5	162,1	153,2	151,1	117,6	124,9	114,0	119,1
3. Vj.	157,4	156,6	162,2	129,5	118,5	122,7	119,4	101,4
4. Vj.	174,2	173,9	172,6	185,1	131,4	137,1	126,6	145,4
1976 1. Vj.	187,3	204,6	177,9	196,3	137,4	157,3	126,5	151,3
2. Vj.	191,7	204,7	183,4	206,5	138,9	154,3	129,2	158,0
3. Vj. [2])	236,7	184,7	270,6	173,3	170,8	137,9	190,9	131,0

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 30*

Auftragsbestand in der Verarbeitenden Industrie [1])

Wertindex 1970 = 100

Zeitraum	Verarbeitende Industrie			Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien		
	insgesamt [2])	Inland [2])	Ausland	zusammen [2])	Inland [2])	Ausland
1971	93,7	91,9	100,4	71,5	68,7	82,4
1972	92,3	90,2	100,2	76,5	69,4	104,4
1973	116,1	110,7	136,0	130,7	121,9	176,8
1974	129,4	112,8	189,5	170,3	142,9	312,8
1975	117,1	105,3	159,4	109,2	100,0	156,9
1970 1. Vj.	102,4	102,5	102,1	113,4	113,6	112,8
2. Vj.	104,9	105,5	103,0	109,5	109,3	110,2
3. Vj.	96,6	96,1	98,3	96,7	96,0	97,0
4. Vj.	96,0	96,0	96,6	80,4	80,6	80,1
1971 1. Vj.	93,1	91,6	98,4	79,2	77,1	87,6
2. Vj.	98,4	96,6	104,6	74,5	70,4	90,6
3. Vj.	91,6	89,1	100,9	69,3	66,1	81,9
4. Vj.	91,8	90,2	97,7	63,0	61,4	69,4
1972 1. Vj.	89,4	87,0	98,1	70,2	66,4	85,2
2. Vj.	95,3	94,2	99,3	77,9	72,6	98,7
3. Vj.	89,0	86,7	97,4	78,1	70,0	110,2
4. Vj.	95,6	92,7	105,9	79,7	68,6	123,3
1973 1. Vj.	108,6	105,7	119,6	116,6	110,8	146,9
2. Vj.	121,9	118,9	132,2	133,9	128,3	163,1
3. Vj.	116,9	110,8	139,6	136,2	127,7	180,1
4. Vj.	117,1	107,4	152,5	136,3	120,8	216,9
1974 1. Vj.	125,5	110,6	179,4	165,0	140,1	294,8
2. Vj.	138,2	122,7	194,5	187,3	160,1	328,9
3. Vj.	131,1	112,1	199,9	182,6	149,3	356,0
4. Vj.	122,9	105,7	184,4	146,3	122,2	271,4
1975 1. Vj.	111,4	95,9	167,0	120,5	106,9	190,9
2. Vj.	118,1	106,2	160,5	109,6	101,3	152,7
3. Vj.	118,0	108,3	152,9	104,8	97,2	144,7
4. Vj.	120,9	110,7	157,3	102,0	94,7	139,8
1976 1. Vj.	124,6	113,0	166,1	116,8	111,0	146,7
2. Vj.	132,6	120,6	175,3	127,3	117,0	181,3
3. Vj. [3])	125,8	110,5	179,2	122,8	111,7	180,6

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien.
[2]) Ohne Umsatzsteuer.
[3]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 30*

Auftragsbestand in der Verarbeitenden Industrie [1])

Wertindex 1970 = 100

Zeitraum	Investitionsgüterindustrien			Verbrauchsgüterindustrien		
	zusammen [2])	Inland [2])	Ausland	zusammen [2])	Inland [2])	Ausland
1971	97,9	95,6	103,9	108,2	107,3	115,6
1972	88,8	87,1	93,7	117,3	115,5	132,6
1973	103,5	98,0	117,3	125,0	119,4	172,0
1974	110,7	93,7	150,6	115,4	107,9	178,3
1975	126,5	111,5	161,4	106,2	100,7	152,2
1970 1. Vj.	100,3	100,9	98,8	95,3	94,6	101,1
2. Vj.	101,2	101,5	100,4	108,6	109,1	104,7
3. Vj.	99,7	99,5	100,4	89,4	89,6	87,6
4. Vj.	98,8	98,1	100,4	106,6	106,6	106,7
1971 1. Vj.	100,2	99,8	101,5	91,8	90,7	100,9
2. Vj.	100,6	98,3	106,5	119,0	118,6	121,6
3. Vj.	97,4	94,2	105,9	102,5	101,7	108,6
4. Vj.	93,2	90,0	101,8	119,4	118,0	131,3
1972 1. Vj.	92,5	90,3	98,5	102,9	100,5	122,4
2. Vj.	88,8	87,2	93,6	128,6	127,6	136,8
3. Vj.	85,4	84,1	89,5	108,6	107,2	120,9
4. Vj.	88,3	86,7	93,2	129,3	126,7	150,4
1973 1. Vj.	99,9	97,6	106,0	117,9	113,9	151,3
2. Vj.	105,7	102,0	115,2	142,5	138,2	178,5
3. Vj.	104,4	97,0	122,4	119,2	113,6	165,9
4. Vj.	104,2	95,3	125,5	120,4	111,9	192,2
1974 1. Vj.	109,7	97,2	139,7	106,1	96,1	190,7
2. Vj.	111,7	95,6	149,8	131,0	123,1	196,9
3. Vj.	110,2	91,4	154,3	107,0	100,7	160,3
4. Vj.	111,1	90,8	158,6	117,3	111,6	165,4
1975 1. Vj.	115,4	94,3	164,3	89,1	83,9	132,2
2. Vj.	123,4	106,2	163,4	117,6	112,7	158,6
3. Vj.	135,0	125,2	157,9	96,7	91,6	138,8
4. Vj.	132,1	120,1	159,9	121,5	114,5	179,0
1976 1. Vj.	135,3	120,0	170,9	110,4	102,4	176,9
2. Vj.	130,4	114,9	166,5	145,4	136,3	220,9
3. Vj. [3])	129,5	108,8	176,1	121,2	112,1	197,5

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien.
[2]) Umsatzsteuer.
[3]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 31*

Umsatz in der Industrie [1])

a) Insgesamt

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
				industrien			
1950	80 395	4 573	75 822	22 459	18 348	20 139	14 875
1951	109 908	5 776	104 133	33 372	26 531	26 520	17 708
1952	119 392	6 908	112 484	36 821	31 783	25 013	18 867
1953	126 162	7 321	118 841	36 928	34 147	27 108	20 658
1954	140 943	7 718	133 225	42 197	39 630	29 055	22 343
1955	166 511	8 464	158 048	51 313	49 496	32 713	24 526
1956	185 646	9 452	176 194	56 417	55 471	36 282	28 023
1957	199 551	10 186	189 365	59 639	60 634	39 032	30 060
1958	205 069	9 577	195 493	59 990	65 253	38 726	31 523
1959	223 656	9 400	214 256	67 414	72 168	41 492	33 182
1960	266 373	11 374	254 999	81 585	87 678	48 459	37 277
1961	287 018	11 011	276 007	85 200	98 294	52 347	40 166
1962	304 028	11 123	292 906	87 207	105 652	56 288	43 759
1963	315 309	11 702	303 608	89 446	110 405	57 908	45 848
1964	346 804	11 026	335 779	100 931	121 660	63 656	49 531
1965	374 612	10 606	364 006	108 161	132 714	69 718	53 413
1966	388 029	10 099	377 930	111 592	138 685	72 355	55 299
1967	380 659	9 473	371 186	111 178	133 020	69 012	57 976
1968	405 599	9 565	396 034	122 041	141 806	73 118	59 070
1969	470 537	10 080	460 457	141 145	173 772	82 724	62 815
1970	528 867	11 669	517 198	156 255	203 498	90 056	67 390
1971	563 033	12 105	550 928	159 284	221 074	97 977	72 593
1972	596 014	12 210	583 804	166 947	233 278	106 480	77 099
1973	666 933	13 387	653 546	195 385	258 499	114 199	85 462
1974	749 997	18 532	731 464	243 975	276 104	120 947	90 438
1975	733 856	17 673	716 183	217 865	285 661	117 868	94 789
1973 1. Vj.	159 037	3 235	155 802	45 173	61 491	28 990	20 148
2. Vj.	165 048	3 184	161 864	48 399	64 465	27 837	21 163
3. Vj.	163 257	3 145	160 112	49 383	61 690	27 654	21 385
4. Vj.	179 592	3 824	175 767	52 431	70 853	29 717	22 766
1974 1. Vj.	179 088	4 382	174 707	57 663	65 089	30 279	21 675
2. Vj.	189 101	4 349	184 752	63 213	69 135	29 725	22 679
3. Vj.	186 713	4 651	182 061	63 216	66 742	29 762	22 341
4. Vj.	195 094	5 150	189 944	59 882	75 138	31 181	23 743
1975 1. Vj.	175 136	4 982	170 154	54 336	63 780	29 342	22 696
2. Vj.	181 464	4 264	177 199	54 388	71 203	28 089	23 519
3. Vj.	178 697	3 790	174 908	53 382	68 936	28 825	23 765
4. Vj.	198 559	4 637	193 922	55 759	81 742	31 613	24 808
1976 1. Vj.	192 823	4 480	188 343	57 717	73 914	32 173	24 539
2. Vj.	203 417	4 625	198 792	62 142	79 634	31 157	25 859
3. Vj.	201 478	4 900	196 579	62 142	76 127	32 164	26 146

[2]) 1950 bis 1959

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 31*

Umsatz in der Industrie [1])

b) Inland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
				industrien			
1953 } [2])	110 894	5 729	105 166	32 617	26 591	25 482	20 476
1954	122 424	6 014	116 410	36 985	30 353	26 958	22 113
1955	144 717	6 790	137 927	45 148	38 234	30 297	24 247
1956	159 570	7 639	151 931	48 594	42 030	33 668	27 638
1957	169 166	8 293	160 873	50 518	44 475	36 247	29 633
1958	174 201	7 757	166 445	51 186	48 143	36 064	31 052
1959	189 904	7 689	182 215	57 447	53 595	38 525	32 647
1960	225 616	9 142	216 474	69 191	65 721	44 887	36 676
1961	244 016	8 834	235 182	72 372	74 643	48 676	39 491
1962	259 081	8 947	250 134	74 150	80 477	52 461	43 045
1963	266 359	9 398	256 961	75 379	82 946	53 620	45 015
1964	292 167	8 833	283 334	85 370	90 743	58 643	48 578
1965	315 772	8 426	307 346	90 772	90 779	64 413	52 382
1966	312 720	8 026	313 694	91 897	101 177	66 390	54 229
1967	309 301	7 494	301 807	88 935	93 655	62 553	56 665
1968	325 238	7 458	317 780	98 342	96 190	65 664	57 584
1969	377 570	8 051	369 518	113 945	120 771	73 786	61 016
1970	426 794	9 278	417 516	126 194	145 105	80 741	65 477
1971	453 036	9 541	443 495	128 054	157 239	87 739	70 464
1972	476 612	9 697	466 916	133 227	163 617	95 387	74 685
1973	523 700	10 555	513 145	153 020	176 842	100 951	82 333
1974	568 834	14 169	554 666	181 053	182 160	105 408	86 045
1975	560 954	13 484	547 470	166 028	187 631	103 584	90 227
1973 1. Vj.	125 448	2 560	122 888	35 332	42 344	25 731	19 482
2. Vj.	129 988	2 518	127 470	38 228	44 256	24 591	20 394
3. Vj.	128 884	2 451	126 433	38 999	42 349	24 467	20 618
4. Vj.	139 380	3 025	136 355	40 461	47 892	26 163	21 839
1974 1. Vj.	135 884	3 402	132 481	42 884	42 679	26 208	20 710
2. Vj.	143 270	3 303	139 967	47 063	45 564	25 757	21 583
3. Vj.	142 090	3 497	138 593	46 788	44 606	25 952	21 247
4. Vj.	147 590	3 966	143 623	44 317	49 311	27 490	22 505
1975 1. Vj.	133 590	3 737	129 853	40 549	41 900	25 779	21 625
2. Vj.	138 207	3 239	134 969	41 529	46 301	24 700	22 439
3. Vj.	138 092	2 931	135 160	41 297	45 956	25 307	22 600
4. Vj.	151 065	3 577	147 489	42 652	53 475	27 798	23 564
1976 1. Vj.	146 961	3 632	143 329	43 612	48 561	27 853	23 304
2. Vj.	154 361	3 643	150 718	47 644	51 711	26 820	24 543
3. Vj.	153 055	3 793	149 263	47 819	48 922	27 702	24 819

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 Umsatzsteuer.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

n o c h Tabelle 31*

Umsatz in der Industrie [1])

c) Ausland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
				industrien			
1953 [2])	15 268	1 593	13 675	4 312	7 556	1 626	182
1954 [2])	18 519	1 704	16 816	5 212	9 277	2 096	230
1955 [2])	21 795	1 674	20 121	6 165	11 262	2 416	279
1956 [2])	26 076	1 813	24 263	7 823	13 440	2 614	385
1957 [2])	30 385	1 893	28 492	9 122	16 159	2 784	427
1958 [2])	30 868	1 820	29 048	8 804	17 110	2 662	472
1959 [2])	33 752	1 711	32 041	9 967	18 573	2 966	535
1960	40 757	2 232	38 525	12 395	21 957	3 572	601
1961	43 003	2 177	40 826	12 828	23 651	3 672	675
1962	44 947	2 176	42 772	13 057	25 175	3 827	713
1963	48 950	2 303	46 647	14 068	27 458	4 288	833
1964	54 637	2 192	52 445	15 561	30 917	5 013	953
1965	58 840	2 180	56 660	17 389	32 935	5 305	1 031
1966	66 309	2 074	64 236	19 694	37 508	5 964	1 069
1967	71 358	1 979	69 379	22 243	39 366	6 459	1 311
1968	80 361	2 107	78 254	23 699	45 616	7 454	1 485
1969	92 967	2 028	90 939	27 201	53 001	8 938	1 799
1970	102 073	2 391	99 682	30 060	58 393	9 315	1 913
1971	109 997	2 564	107 433	31 230	63 836	10 238	2 129
1972	119 401	2 513	116 888	33 721	69 660	11 094	2 414
1973	143 233	2 833	140 401	42 366	81 657	13 248	3 130
1974	181 163	4 364	176 800	62 922	93 944	15 540	4 394
1975	172 902	4 190	168 712	51 837	98 030	14 284	4 561
1973 1. Vj.	33 589	675	32 914	9 842	19 147	3 259	666
2. Vj.	35 060	665	34 395	10 170	20 209	3 246	769
3. Vj.	34 372	693	33 679	10 384	19 341	3 187	767
4. Vj.	40 212	799	39 413	11 970	22 961	3 555	927
1974 1. Vj.	43 205	980	42 225	14 779	22 410	4 071	965
2. Vj.	45 831	1 046	44 785	16 151	23 571	3 968	1 096
3. Vj.	44 623	1 155	43 469	16 428	22 136	3 811	1 094
4. Vj.	47 505	1 184	46 321	15 565	25 827	3 690	1 239
1975 1. Vj.	41 546	1 245	40 302	13 787	21 881	3 562	1 072
2. Vj.	43 257	1 025	42 231	12 859	24 902	3 390	1 080
3. Vj.	40 605	859	39 747	12 084	22 980	3 518	1 165
4. Vj.	47 494	1 061	46 433	13 107	28 267	3 815	1 244
1976 1. Vj.	45 861	848	45 014	14 104	25 354	4 320	1 235
2. Vj.	49 057	983	48 074	14 498	27 924	4 337	1 316
3. Vj.	48 423	1 107	47 316	14 323	27 205	4 462	1 327

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ohne Umsatzsteuer.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 32*

Industrielle Produktion [1])

1970 = 100

Zeitraum	Index der industriellen Nettoproduktion								Index der industriellen Bruttoproduktion [2])	
	Industrie insgesamt		Bergbau	Verarbeitende Industrie						
	einschl. öffentliche Energiewirtschaft und Bauindustrie	ohne öffentliche Energiewirtschaft und Bauindustrie		zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien	Nahrungs- und Genußmittelindustrien	Investitionsgüter [3])	Verbrauchsgüter [3])
1962	66,2	66,6	106,7	65,0	58,9	64,2	72,8	72,2	68,6	66,5
1963	68,5	68,7	108,1	67,2	61,1	66,5	74,2	75,7	69,3	69,6
1964	73,9	74,1	108,9	72,7	68,7	71,1	78,9	79,9	73,0	74,8
1965	77,7	78,0	104,4	77,0	72,3	75,9	83,8	83,2	76,9	80,0
1966	78,7	78,8	99,5	78,0	74,3	76,0	84,4	85,9	78,0	79,9
1967	76,5	76,5	92,0	75,9	75,6	71,4	80,1	88,1	73,7	74,7
1968	83,6	83,7	90,7	83,4	85,3	77,9	87,7	92,1	78,2	83,3
1969	94,3	94,4	93,4	94,5	95,1	91,9	97,7	97,0	91,0	95,1
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	101,5	101,2	102,1	101,1	100,7	99,3	103,6	105,2	100,9	102,4
1972	105,9	104,3	93,3	105,2	106,0	102,3	109,6	107,2	104,7	106,5
1973	113,1	111,9	92,3	112,6	116,3	110,3	112,2	111,9	108,7	110,7
1974	111,5	109,9	91,4	110,6	116,0	107,2	107,7	113,7	107,3	102,9
1975	104,5	102,5	84,8	103,2	101,6	102,1	101,9	114,0	103,5	100,1
1972 1. Vj.	100,8	100,1	95,4	100,3	99,2	98,3	106,8	99,8	98,5	107,3
2. Vj.	109,6	108,7	93,4	109,3	109,9	107,4	112,4	109,7	109,2	110,5
3. Vj.	98,9	97,6	86,1	98,1	104,5	91,3	100,2	102,6	95,5	94,5
4. Vj.	114,6	113,2	98,7	113,7	110,9	112,9	119,6	114,9	116,3	115,7
1973 1. Vj.	109,3	108,2	99,8	108,6	111,3	106,4	112,6	102,5	103,3	114,2
2. Vj.	118,3	117,4	90,3	118,4	121,7	116,6	118,7	115,5	114,3	117,7
3. Vj.	105,5	104,1	84,3	104,9	114,5	98,3	101,6	109,0	97,9	96,7
4. Vj.	119,7	118,3	95,0	119,2	118,4	120,8	116,9	118,9	120,4	115,1
1974 1. Vj.	111,1	109,7	97,0	110,2	115,5	107,2	109,7	107,7	103,3	106,8
2. Vj.	119,5	118,4	90,3	119,5	125,4	116,7	116,8	118,3	115,3	111,0
3. Vj.	103,2	101,8	84,3	102,4	114,1	95,3	96,0	108,1	96,5	89,8
4. Vj.	113,1	110,6	94,4	111,2	109,7	111,1	109,8	118,7	115,4	105,3
1975 1. Vj.	103,3	101,0	92,6	101,3	100,5	99,0	103,3	109,8	97,9	100,1
2. Vj.	107,1	105,5	85,6	106,3	103,8	107,3	103,3	114,5	108,2	102,3
3. Vj.	95,4	93,8	76,0	94,5	96,5	90,9	91,6	108,6	93,9	88,0
4. Vj.	112,4	109,8	85,4	110,8	105,9	112,0	110,2	120,8	114,6	110,7
1976 1. Vj.	107,3	104,8	85,9	105,6	105,6	104,2	107,0	108,8	99,5	109,5
2. Vj.	117,3	115,6	80,0	117,0	118,7	115,5	113,8	123,9	111,1	114,8
3. Vj. [4])	103,2	101,3	77,4	102,2	109,8	95,3	97,9	115,0	93,6	95,2

[1]) Von bereinigt.
[2]) Die Zuteilung von Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen zum jeweiligen Güterbereich erfolgt nach der für Kraftfahrzeuge.
[3]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.
[4]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 33*

Beschäftigte

in

Zeitraum	Insgesamt		Bergbau		Ver zusammen	
	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter
1950 } 1)	4 797	4 054	571	528	4 226	3 526
1951	5 332	4 509	593	548	4 739	3 961
1952	5 518	4 633	614	568	4 903	4 066
1953	5 751	4 814	643	591	5 108	4 222
1954	6 062	5 070	642	588	5 420	4 482
1955	6 576	5 498	644	587	5 932	4 910
1956	6 991	5 820	653	594	6 338	5 226
1957	7 221	5 984	668	606	6 553	5 378
1958	7 273	5 979	657	593	6 616	5 385
1959	7 301	5 949	613	549	6 688	5 400
1960	8 081	6 545	616	547	7 465	5 998
1961	8 316	6 674	586	517	7 730	6 157
1962	8 339	6 623	549	481	7 790	6 141
1963	8 264	6 500	517	452	7 747	6 049
1964	8 301	6 491	497	432	7 804	6 059
1965	8 460	6 578	474	410	7 986	6 168
1966	8 385	6 452	435	373	7 949	6 079
1967	7 843	5 927	378	321	7 465	5 606
1968	7 899	5 967	337	285	7 562	5 682
1969	8 308	6 284	318	266	7 991	6 018
1970	8 603	6 471	310	259	8 293	6 211
1971	8 538	6 342	306	254	8 232	6 088
1972	8 340	6 129	283	233	8 058	5 896
1973	8 368	6 117	261	214	8 107	5 903
1974	8 144	5 892	253	207	7 891	5 686
1975	7 616	5 431	254	208	7 362	5 223
1974 1. Vj.	8 250	5 991	252	206	7 998	5 785
2. Vj.	8 188	5 936	251	205	7 937	5 731
3. Vj.	8 145	5 895	253	207	7 893	5 688
4. Vj.	7 991	5 746	255	209	7 735	5 538
1975 1. Vj.	7 769	5 555	254	208	7 515	5 347
2. Vj.	7 641	5 450	254	208	7 387	5 242
3. Vj.	7 570	5 395	255	209	7 316	5 187
4. Vj.	7 482	5 322	253	206	7 230	5 116
1976 1. Vj.	7 389	5 254	249	202	7 140	5 052
2. Vj.	7 401	5 277	247	201	7 154	5 076
3. Vj.	7 460	5 337	246	200	7 214	5 136

1) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 33*

in der Industrie

1 000

arbeitende Industrie								Zeitraum
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien		Investitionsgüterindustrien		Verbrauchsgüterindustrien		Nahrungs- und Genußmittelindustrien		
Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	
1 095	915	1 457	1 186	1 336	1 160	338	226	1950
1 202	1 004	1 679	1 372	1 501	1 303	357	282	1951
1 243	1 030	1 776	1 440	1 508	1 302	376	294	1952
1 248	1 029	1 866	1 503	1 605	1 386	389	304	1953
1 313	1 080	2 020	1 631	1 684	1 457	403	314	1954
1 422	1 170	2 302	1 867	1 787	1 545	421	328	1955 [1]
1 496	1 225	2 522	2 035	1 879	1 622	442	344	1956
1 538	1 254	2 650	2 126	1 906	1 642	458	356	1957
1 539	1 243	2 722	2 168	1 888	1 614	467	360	1958
1 564	1 256	2 793	2 205	1 864	1 583	467	356	1959
1 722	1 379	3 232	2 536	2 005	1 699	506	384	1960
1 784	1 416	3 398	2 641	2 033	1 713	514	387	1961
1 771	1 390	3 462	2 659	2 033	1 702	524	391	1962
1 750	1 358	3 454	2 623	2 015	1 678	528	390	1963
1 770	1 366	3 508	2 648	2 006	1 663	522	382	1964
1 804	1 384	3 629	2 726	2 032	1 680	520	379	1965
1 771	1 339	3 617	2 683	2 040	1 679	521	379	1966
1 670	1 237	3 385	2 461	1 902	1 544	507	364	1967
1 682	1 243	3 466	2 530	1 908	1 549	505	359	1968
1 750	1 288	3 741	2 750	1 990	1 619	510	361	1969
1 810	1 323	3 959	2 901	2 010	1 626	515	361	1970
1 785	1 287	3 957	2 856	1 976	1 586	514	358	1971
1 741	1 243	3 857	2 745	1 953	1 559	506	350	1972
1 747	1 242	3 931	2 789	1 925	1 526	505	346	1973
1 716	1 209	3 892	2 738	1 793	1 406	490	333	1974
1 623	1 123	3 630	2 508	1 647	1 279	461	313	1975
1 718	1 211	3 944	2 787	1 843	1 450	494	336	1974 1. Vj.
1 724	1 218	3 915	2 760	1 811	1 422	487	331	2. Vj.
1 726	1 217	3 892	2 736	1 781	1 397	494	338	3. Vj.
1 698	1 188	3 819	2 667	1 735	1 354	483	329	4. Vj.
1 648	1 144	3 716	2 577	1 687	1 313	464	313	1975 1. Vj.
1 633	1 132	3 642	2 516	1 655	1 285	458	309	2. Vj.
1 617	1 119	3 600	2 484	1 633	1 268	465	317	3. Vj.
1 595	1 098	3 562	2 454	1 614	1 252	459	312	4. Vj.
1 567	1 077	3 529	2 432	1 599	1 242	445	301	1976 1. Vj.
1 579	1 091	3 531	2 440	1 600	1 246	443	300	2. Vj.
1 590	1 103	3 562	2 469	1 608	1 254	453	310	3. Vj.

Tabelle 34*

Geleistete Arbeiterstunden in der Industrie [1])

Mio

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
				industrien			
1950	9 240	1 152	8 088	2 146	2 723	2 594	624
1951	10 218	1 204	9 014	2 348	3 156	2 851	659
1952	10 501	1 203	9 273	2 398	3 317	2 861	695
1953	10 885	1 258	9 627	2 388	3 433	3 085	721
1954	11 516	1 218	10 298	2 541	3 777	3 234	746
1955	12 484	1 213	11 271	2 738	4 319	3 436	778
1956	12 952	1 218	11 734	2 809	4 557	3 560	807
1957	12 624	1 188	11 436	2 714	4 478	3 430	813
1958	12 377	1 134	11 242	2 624	4 545	3 272	801
1959	12 231	1 014	11 217	2 654	4 558	3 221	783
1960	13 393	1 026	12 368	2 900	5 230	3 407	831
1961	13 403	962	12 441	2 923	5 352	3 345	821
1962	12 998	889	12 109	2 802	5 219	3 269	819
1963	12 579	833	11 746	2 713	5 070	3 154	810
1964	12 609	795	11 814	2 758	5 133	3 130	793
1965	12 654	738	11 916	2 764	5 250	3 123	779
1966	12 221	656	11 565	2 632	5 090	3 071	772
1967	10 986	545	10 441	2 391	4 521	2 787	742
1968	11 322	497	10 826	2 444	4 792	2 860	730
1969	11 946	465	11 481	2 546	5 247	2 960	728
1970	12 246	441	11 804	2 590	5 534	2 948	733
1971	11 726	423	11 303	2 448	5 283	2 850	722
1972	11 210	373	10 837	2 351	5 001	2 787	698
1973	11 144	347	10 798	2 345	5 077	2 688	687
1974	10 445	341	10 103	2 223	4 802	2 427	651
1975	9 331	335	8 995	1 942	4 271	2 173	609
1974 1. Vj.	2 711	88	2 623	565	1 255	639	164
2. Vj.	2 638	81	2 557	562	1 222	614	159
3. Vj.	2 522	85	2 438	550	1 146	579	163
4. Vj.	2 573	87	2 486	547	1 179	595	165
1975 1. Vj.	2 358	86	2 272	491	1 077	554	150
2. Vj.	2 350	84	2 267	492	1 082	543	149
3. Vj.	2 257	83	2 174	474	1 026	520	154
4. Vj.	2 366	82	2 283	485	1 087	556	156
1976 1. Vj.	2 345	82	2 263	482	1 080	554	147
2. Vj.	2 343	77	2 266	491	1 084	546	145
3. Vj.	2 279	79	2 200	486	1 036	527	151

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

[1]) Von Arbeitern (einschließlich Auszubildende) geleistete Stunden.

Tabelle 35*

Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde in der Industrie

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt [1]	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
				industrien			
1962	66,0	56,9	66,5	57,2	71,2	68,2	68,4
1963	69,7	61,4	69,9	60,7	74,8	71,4	71,6
1964	75,1	64,6	75,6	67,4	79,4	76,9	77,3
1965	78,5	66,3	79,1	70,2	82,7	82,0	81,8
1966	81,1	70,0	81,6	74,7	84,0	83,3	84,9
1967	85,8	76,5	86,1	82,2	86,7	85,4	89,1
1968	90,8	81,9	91,1	90,7	89,6	90,8	93,7
1969	97,0	89,3	97,2	96,7	96,9	97,3	98,2
1970	100	100	100	100	100	100	100
1971	104,9	105,8	104,9	105,4	103,0	106,8	106,4
1972	112,0	108,6	112,1	114,4	109,8	114,5	111,1
1973	119,3	114,5	119,6	124,6	116,0	120,9	116,5
1974	123,3	115,1	123,7	129,1	117,8	126,6	123,6
1975	127,1	108,5	128,0	126,4	124,5	133,4	132,1
1971 1. Vj.	100,8	107,2	100,5	100,3	100,3	102,6	101,0
2. Vj.	104,7	105,1	104,8	107,2	103,7	105,1	104,0
3. Vj.	105,3	102,9	105,5	107,5	101,6	107,0	107,3
4. Vj.	108,2	108,9	108,2	105,4	106,6	112,9	113,0
1972 1. Vj.	106,9	107,5	106,9	108,2	105,4	110,6	105,8
2. Vj.	111,9	107,1	112,1	114,5	110,2	112,9	111,3
3. Vj.	111,9	105,7	112,3	116,6	107,1	114,3	110,0
4. Vj.	116,9	115,4	117,1	116,5	116,1	120,6	116,3
1973 1. Vj.	115,3	117,2	115,3	119,3	113,0	118,8	110,6
2. Vj.	119,6	112,6	119,9	126,2	116,2	120,9	117,1
3. Vj.	119,2	110,6	119,4	126,9	112,7	120,5	117,0
4. Vj.	122,9	118,5	123,2	124,3	121,9	124,8	120,7
1974 1. Vj.	120,2	117,8	120,3	126,4	115,0	124,5	117,6
2. Vj.	124,7	115,8	125,1	133,2	118,4	127,6	123,0
3. Vj.	124,3	110,8	124,8	133,1	116,5	125,3	124,4
4. Vj.	124,5	117,0	124,7	122,7	121,9	129,4	128,6
1975 1. Vj.	121,5	113,1	121,7	121,8	116,9	129,1	125,3
2. Vj.	126,3	107,8	127,0	125,2	124,7	130,7	130,7
3. Vj.	126,4	102,2	127,4	127,3	121,7	132,7	131,9
4. Vj.	134,2	111,8	135,1	131,0	133,3	141,4	139,3
1976 1. Vj.	131,5	113,1	132,2	131,6	128,5	140,6	133,2
2. Vj.	138,4	109,0	139,5	141,6	133,9	144,1	144,5
3. Vj.	135,9	107,7	137,2	140,8	127,8	143,1	142,8

[1] Ohne öffentliche Energiewirtschaft und Bauindustrie.

Tabelle 36*

Baugenehmigungen

Zeitraum	Genehmigungen für Hochbauten [1])								Öffentliche Aufträge für Tiefbauten
	umbauter Raum [2])				veranschlagte reine Baukosten [3])				
	insgesamt	Wohnbauten	Nichtwohnbauten: Unternehmen, freie Berufe, private Haushalte	Nichtwohnbauten: Gebietskörperschaften [4])	insgesamt	Wohnbauten	Nichtwohnbauten: Unternehmen, freie Berufe, private Haushalte	Nichtwohnbauten: Gebietskörperschaften [4])	
	1 000 cbm				Mio DM				1970=100
1950 [5])	.	140 665	.	.	.	5 243	.	.	.
1951	.	139 448	.	.	.	5 337	.	.	.
1952	230 108	135 652	94 456		9 693	6 216	3 478		.
1953	245 968	163 649	82 319		11 370	7 860	3 510		.
1954	282 134	185 592	96 542		13 375	9 062	4 313		.
1955	309 971	195 519	114 452		15 488	10 063	5 425		.
1956	304 198	180 298	123 900		16 129	10 061	6 060		.
1957	286 391	174 078	88 877	23 436	16 404	10 459	3 877	2 068	.
1958	311 254	193 297	89 514	28 443	19 208	12 386	4 209	2 612	.
1959	343 689	210 904	103 353	29 432	22 136	14 321	4 940	2 875	.
1960	392 427	234 427	124 073	33 927	27 491	17 253	6 624	3 614	.
1961	422 657	248 592	135 029	39 046	31 685	19 851	7 527	4 307	.
1962	427 301	253 459	133 795	40 047	34 675	22 176	7 445	5 055	57,5
1963	383 726	229 774	113 144	40 808	34 189	21 836	6 768	5 586	60,4
1964	429 635	246 181	136 895	46 559	40 738	25 397	8 676	6 665	63,0
1965	441 163	259 257	134 819	47 087	44 879	28 534	9 140	7 205	70,7
1966	421 309	245 143	135 531	40 635	44 680	28 555	9 617	6 508	65,1
1967	378 533	219 319	119 593	39 621	41 483	26 062	8 898	6 523	70,4
1968	400 265	226 408	131 122	42 736	43 187	27 031	9 351	6 805	85,9
1969	470 178	242 236	183 995	43 947	49 521	29 541	12 992	6 988	102,3
1970	497 264	266 573	182 286	48 405	59 058	35 529	14 874	8 655	100
1971	542 783	313 124	178 844	50 815	73 588	47 011	16 620	9 957	88,0
1972	567 237	343 057	176 569	47 611	87 234	57 221	19 421	10 592	107,9
1973	520 450	303 315	171 785	45 350	85 939	55 732	19 362	10 846	111,0
1974	388 207	209 250	122 615	56 342	72 217	41 964	15 128	15 125	125,8
1975	384 504	190 694	139 608	54 201	74 271	40 482	18 371	15 418	127,5
1975 1. Vj.	75 812	39 691	23 886	12 235	14 576	8 243	3 077	3 257	91,1
2. Vj.	91 483	40 019	29 189	13 275	14 994	10 426	3 998	3 570	135,0
3. Vj.	107 658	51 868	40 256	15 535	20 556	11 189	5 062	4 304	142,2
4. Vj.	108 868	49 750	45 849	13 269	20 651	10 618	6 201	3 832	141,6
1976 1. Vj.	90 940	50 117	30 492	10 332	18 001	10 960	4 386	2 655	90,2
2. Vj.	101 190	59 724	32 819	8 646	19 606	13 196	4 110	2 300	117,8
3. Vj.	96 961	54 646	32 566	9 751	18 944	12 087	4 013	2 844	153,8

[1]) Die Vierteljahreszahlen umfassen, da die Meldungen der Baugenehmigungsbehörden teilweise nicht termingerecht eingehen, nicht immer alle Baugenehmigungen des Berichtsvierteljahres.
[2]) Ab 1963 nur Neu- und Wiederaufbau (einschließlich Umbau ganzer
[3]) Alle Baumaßnahmen.
[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[5]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 37*

Auftragseingang und Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe

Wertindex 1971 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau	
				private [1]	öffentliche [2]			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau [2]
				Auftraggeber					
		Auftragseingang							
1972	104,9	109,6	121,4	100,7	99,9	97,1	98,1	96,5	100,7
1973	104,6	108,2	101,2	109,2	122,0	98,4	102,6	96,0	99,1
1974	95,0	92,0	81,5	84,4	129,5	100,0	111,0	93,5	101,1
1975	104,6	100,7	85,7	103,4	128,6	111,2	120,8	105,5	114,1
1973 1. Vj.	102,5	114,0	116,7	114,4	107,6	83,4	74,8	88,6	84,0
2. Vj.	123,7	126,4	126,3	130,0	119,9	119,2	124,2	116,1	116,3
3. Vj.	111,0	111,0	89,8	119,3	142,2	111,0	132,4	98,3	104,7
4. Vj.	81,0	81,5	72,0	72,9	118,5	80,2	78,8	81,1	91,3
1974 1. Vj.	80,3	85,2	78,5	85,9	98,4	72,3	69,1	74,2	72,4
2. Vj.	108,6	103,2	101,0	94,5	124,2	117,7	132,7	108,8	123,0
3. Vj.	104,2	94,3	79,7	80,2	152,5	120,6	145,3	105,9	113,4
4. Vj.	87,0	85,5	66,6	77,1	142,6	89,4	96,8	85,1	95,4
1975 1. Vj.	84,6	84,6	70,7	92,6	100,5	84,4	76,5	89,2	93,7
2. Vj.	120,1	111,1	94,7	112,2	145,4	135,0	148,7	126,9	133,0
3. Vj.	112,1	107,9	89,3	116,8	132,2	119,1	149,9	100,8	109,8
4. Vj.	101,8	99,2	88,2	92,1	136,2	106,1	107,9	105,0	119,8
1976 1. Vj.	88,9	94,6	92,1	92,1	104,5	79,4	72,9	83,2	89,3
2. Vj.	111,0	111,7	100,9	122,1	116,0	110,0	135,3	94,9	100,6
3. Vj.	107,2	99,9	91,1	101,8	115,7	119,3	157,4	96,7	106,6
	Auftragsbestand								
1972	105,0	110,8	126,4	101,0	93,8	93,8	98,8	91,0	88,1
1973	104,6	107,2	114,7	103,2	98,4	99,3	108,8	94,1	92,2
1974	89,7	83,4	70,0	85,3	106,3	102,1	120,2	91,9	96,6
1975	88,1	82,5	64,8	91,2	104,5	99,1	110,5	97,6	99,4
1973 Mär	114,5	122,8	141,6	114,7	97,7	98,5	107,0	93,7	89,9
Jun	114,9	191,1	135,1	112,7	97,1	106,7	115,1	102,1	98,9
Sep	98,7	98,6	98,8	100,0	96,1	98,9	109,6	92,9	89,9
Dez	90,1	88,4	83,1	85,3	102,8	93,2	103,3	87,6	89,9
1974 Mär	89,9	86,2	79,1	83,1	104,0	97,0	110,5	89,5	89,8
Jun	92,7	86,1	72,5	89,4	107,8	105,4	124,6	94,6	99,9
Sep	91,6	82,8	66,7	89,4	104,8	108,6	133,0	94,9	100,5
Dez	84,7	78,3	61,8	79,2	108,5	97,2	112,7	88,5	96,0
1975 Mär	85,3	78,9	57,2	87,6	108,4	97,8	111,2	90,3	96,6
Jun	92,3	85,2	66,7	95,3	107,0	106,0	120,2	98,0	101,9
Sep	88,4	83,6	66,7	94,6	101,0	97,7	112,4	89,4	96,1
Dez	86,4	82,2	68,7	87,1	101,4	94,8	98,3	92,8	103,1
1976 Mär	92,4	87,1	73,4	96,2	101,0	102,6	104,1	101,8	110,3
Jun	92,9	87,5	77,8	99,2	90,2	103,5	110,2	99,7	105,9

[1] Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.
[2] Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbscharakter, sonstige öffentliche Auftraggeber.

Tabelle 38*

Umsatz, Beschäftigung und Produktion im Bauhauptgewerbe [1]

Zeitraum	Umsatz [2] insgesamt	Umsatz [2] Wohnungsbau	Umsatz [2] landwirtschaftlicher und gewerblicher Bau	Umsatz [2] öffentlicher und Verkehrsbau	Beschäftigte [3]	Geleistete Arbeitsstunden [4]	Nettoproduktionsindex [5]
	Mio DM				1 000	Mio	1970 = 100
1950 [6]	6 182	.	.	.	913	1 811	.
1951	7 783	.	.	.	922	1 862	.
1952	9 237	.	.	.	945	1 899	.
1953	10 690	.	.	.	1 051	2 179	.
1954	11 722	5 470	2 827	3 424	1 095	2 262	.
1955	14 172	6 236	3 582	4 354	1 209	2 498	.
1956	15 638	6 695	4 026	4 918	1 217	2 551	.
1957	15 978	6 811	4 078	5 089	1 201	2 379	.
1958	17 172	7 366	4 101	5 705	1 206	2 340	.
1959	21 057	8 479	4 969	7 609	1 287	2 494	.
1960	21 018	9 706	6 411	8 882	1 406	2 604	.
1961	28 650	10 860	7 212	10 564	1 447	2 668	.
1962	33 359	12 149	7 665	13 532	1 526	2 706	76,0
1963	36 420	13 016	7 738	15 654	1 604	2 660	76,7
1964	42 617	15 097	8 872	18 649	1 643	2 908	84,9
1965	44 375	15 906	9 717	18 753	1 643	2 800	86,4
1966	46 878	16 896	10 312	19 670	1 619	2 793	87,2
1967	44 329	16 414	8 921	18 994	1 467	2 475	82,9
1968	28 417	10 391	6 317	11 709	1 487	2 472	86,7
1969	42 751	15 069	9 816	17 866	1 505	2 440	94,8
1970	55 229	18 232	13 441	23 556	1 529	2 526	100
1971	67 034	23 196	17 428	26 410	1 544	2 554	103,0
1972	74 040	28 094	18 165	27 782	1 533	2 524	110,2
1973	77 339	29 912	19 401	28 026	1 508	2 352	111,6
1974	75 356	27 209	18 013	30 134	1 352	2 070	104,1
1975	72 248	24 218	17 120	30 909	1 211	1 830	92,4
1975 1. Vj.	13 999	4 782	3 554	5 664	1 176	389	78,9
2. Vj.	15 682	5 490	3 793	6 400	1 217	485	100,6
3. Vj.	18 111	5 809	4 258	8 044	1 241	493	94,4
4. Vj.	24 455	8 138	5 515	10 802	1 208	464	95,7
1976 1. Vj.	13 377	4 481	3 543	5 354	1 127	339	74,3
2. Vj.	15 804	5 503	4 247	6 054	1 178	478	108,1
3. Vj.	17 804	5 909	4 693	7 202	1 198	474	98,5

[1] Nur Betriebe des Hoch-, Tief- und Spezialbaus, des Stukkateur- und Gipsergewerbes sowie der Zimmerei und Dachdeckerei.
[2] Nur baugewerblicher Umsatz. Ab 1968 ohne Umsatzsteuer; bis 1967 vorwiegend ab 1968 vorwiegend vereinbarte Entgelte.
[3] Ohne mithelfende Familienangehörige.
[4] Von Inhabern, Angestellten und Arbeitern (einschließlich Auszubildende) auf Bauhöfen und Baustellen geleistete Arbeitsstunden; ohne mithelfende
[5] Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.
[6] Ohne Saarland

Tabelle 39*

Einzelhandelsumsatz

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt [1]	darunter Einzelhandel mit								
		Waren verschiedener Art	Nahrungs- und Genußmitteln	Textilwaren und Schuhen	Hausrat und Wohnbedarf	elektrotechnischen und optischen Erzeugnissen, Uhren	Papierwaren und Druckerzeugnissen	pharmazeutischen-, kosmetischen u. ä. Erzeugnissen	Kohle und Mineralölerzeugnissen	Fahrzeugen, Maschinen, Büroeinrichtungen
	in jeweiligen Preisen									
1964	66,6	56,0	70,1	70,6	64,9	66,7	64,4	60,9	72,4	66,7
1965	73,3	65,1	76,0	77,4	70,8	73,8	71,8	67,4	74,7	73,9
1966	77,2	70,9	80,0	80,2	75,8	77,2	77,5	73,6	75,8	74,5
1967	78,1	73,4	82,3	78,8	75,8	75,7	81,6	79,0	77,2	70,3
1968	81,5	80,2	86,1	80,6	77,7	78,6	85,2	85,1	83,8	68,5
1969	89,8	87,2	92,5	89,7	87,4	87,5	93,8	93,6	88,1	84,9
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	110,4	113,4	109,7	111,2	114,9	111,9	110,8	110,3	105,2	106,0
1972	121,0	126,4	120,0	122,7	130,0	126,1	119,9	119,6	107,0	110,9
1973	129,9	137,8	130,1	127,4	138,2	134,5	129,3	130,2	148,9	110,2
1974	136,9	151,5	137,0	134,1	144,5	148,0	141,4	142,3	160,7	103,5
1975	149,2	165,8	147,4	144,5	150,6	155,9	154,2	154,3	164,9	129,2
1975 1. Vj.	131,7	142,3	135,5	123,1	128,9	123,8	133,0	147,6	149,4	112,4
2. Vj.	145,6	153,5	146,6	138,8	141,7	130,6	130,9	151,9	158,5	144,8
3. Vj.	141,8	150,4	146,4	126,4	141,2	139,5	155,2	150,8	172,3	125,5
4. Vj.	177,6	216,2	160,0	189,7	190,7	230,0	198,0	167,2	181,0	134,7
1976 1. Vj.	144,4	151,9	144,8	126,4	136,6	134,0	144,4	154,3	207,7	143,8
2. Vj.	155,6	157,7	158,6	144,0	145,2	134,3	135,3	163,0	173,6	167,6
3. Vj. [2]	150,6	159,4	156,5	132,3	145,0	147,3	156,8	156,6	198,0	135,0
	in Preisen von 1970									
1964	73,0	59,9	75,5	78,1	71,7	68,8	80,5	72,1	90,4	73,9
1965	78,8	68,7	79,8	83,9	76,2	75,7	85,5	78,6	91,0	80,9
1966	81,4	73,8	82,5	84,9	80,1	78,8	88,7	81,6	91,3	80,3
1967	82,0	76,3	84,7	82,7	79,9	78,2	89,6	86,4	90,7	75,5
1968	85,6	83,8	89,6	84,6	82,1	81,1	92,2	91,0	94,6	72,7
1969	93,0	90,2	94,2	93,2	91,6	89,5	98,8	98,3	97,4	89,0
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,1	108,0	105,3	104,8	108,5	108,2	103,4	105,4	97,3	100,2
1972	109,8	115,2	109,7	109,4	118,0	118,7	109,2	109,1	93,4	100,6
1973	110,8	118,2	111,6	105,9	119,1	118,4	112,2	113,6	115,1	95,8
1974	108,4	120,2	110,8	103,7	114,3	119,7	112,2	116,7	105,8	83,4
1975	111,4	124,1	112,1	106,2	112,4	120,3	112,9	119,9	98,0	97,0
1975 1. Vj.	99,9	107,9	105,3	91,7	97,6	96,8	99,1	115,9	89,6	86,0
2. Vj.	108,7	115,4	110,6	102,8	106,3	101,2	96,3	118,2	96,4	108,9
3. Vj.	105,4	112,1	110,7	92,6	105,1	107,3	113,5	117,3	102,9	93,9
4. Vj.	131,2	160,3	121,2	137,7	141,2	176,4	143,2	128,4	104,0	99,9
1976 1. Vj.	105,0	111,7	106,6	91,0	100,5	102,3	103,4	117,6	116,4	106,3
2. Vj.	111,6	115,3	113,5	103,0	105,9	102,1	95,9	124,2	99,0	121,4
3. Vj. [2]	108,3	116,3	113,6	94,1	105,1	111,9	110,2	118,9	111,6	97,3

[1] mit sonstigen Waren.

[2] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 40*

Zahlungs

Mio

Zeitraum	Devisenbilanz [1]	Leistungsbilanz				
		insgesamt	Waren- und Dienstleistungsverkehr			Übertragungsbilanz [4]
			zusammen	Handelsbilanz [2]	Dienstleistungsbilanz [3]	
1950	− 564	− 427	− 2 492	− 3 012	+ 520	+ 2 065
1951	+ 2 038	+ 2 301	+ 772	− 149	+ 921	+ 1 529
1952	+ 2 900	+ 2 478	+ 2 318	+ 706	+ 1 612	+ 160
1953	+ 3 646	+ 3 873	+ 4 324	+ 2 516	+ 1 808	− 451
1954	+ 2 971	+ 3 669	+ 4 143	+ 2 698	+ 1 445	− 474
1955	+ 1 851	+ 2 235	+ 3 069	+ 1 245	+ 1 824	− 834
1956	+ 5 010	+ 4 459	+ 5 680	+ 2 897	+ 2 783	− 1 221
1957	+ 5 122	+ 5 901	+ 7 783	+ 4 083	+ 3 700	− 1 882
1958	+ 3 444	+ 5 998	+ 7 998	+ 4 954	+ 3 044	− 2 000
1959	− 1 692	+ 4 152	+ 7 431	+ 5 361	+ 2 070	− 3 279
1960	+ 8 019	+ 4 783	+ 8 271	+ 5 223	+ 3 048	− 3 488
1961	− 2 297	+ 3 193	+ 7 623	+ 6 615	+ 1 008	− 4 430
1962	− 877	− 1 580	+ 3 630	+ 3 477	+ 153	− 5 210
1963	+ 2 740	+ 991	+ 6 086	+ 6 032	+ 54	− 5 095
1964	+ 435	+ 524	+ 5 835	+ 6 081	− 246	− 5 311
1965	− 1 283	− 6 223	+ 154	+ 1 203	− 1 049	− 6 377
1966	+ 1 952	+ 488	+ 6 783	+ 7 958	− 1 175	− 6 295
1967	− 140	+10 006	+16 428	+16 862	− 434	− 6 422
1968	+ 7 009	+11 856	+19 168	+18 372	+ 796	− 7 312
1969	−14 361	+ 7 498	+16 248	+15 584	+ 664	− 8 750
1970	+22 650	+ 3 183	+12 942	+15 670	− 2 728	− 9 759
1971	+10 989	+ 3 081	+14 578	+15 892	− 1 314	−11 497
1972	+15 194	+ 2 474	+16 483	+20 278	− 3 795	−14 009
1973	+16 149	+11 496	+27 338	+32 979	− 5 641	−15 842
1974	− 9 137	+25 136	+41 489	+50 846	− 9 357	−16 353
1975	+ 3 261	+ 9 477	+26 566	+37 276	−10 710	−17 089
1975 1. Vj.	+ 4 999	+ 5 192	+ 8 957	+10 555	− 1 598	− 3 765
2. Vj.	− 3 953	+ 1 817	+ 5 919	+ 9 208	− 3 289	− 4 102
3. Vj.	− 2 686	− 1 095	+ 3 205	+ 8 270	− 5 065	− 4 300
4. Vj.	+ 4 901	+ 3 564	+ 8 486	+ 9 243	− 757	− 4 922
1976 1. Vj.	+ 9 781	+ 3 395	+ 7 365	+ 8 539	− 1 174	− 3 970
2. Vj.	− 3 581	+ 1 561	+ 6 096	+ 7 671	− 1 575	− 4 535
3. Vj.	+ 3 463	− 552	+ 4 002	+ 8 462	− 4 460	− 4 554

[1] Veränderung der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank einschließlich der deutschen Reserveposition im IWF und der Sonderziehungsrechte (Zunahme: +).
[2] Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik; Einfuhr cif, Ausfuhr fob.
[3] Ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten; jedoch einschließlich des Saldos des Transithandels sowie einschließlich sonstiger, den Warenverkehr betreffender Ergänzungen.
[4] Eigene Leistungen: —.

Tabelle 40*

bilanz

DM

Kapitalbilanz [5]			Saldo der statistisch erfaßten Transaktionen	Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen [6]	Ausgleichsposten zur Auslandsposition der Bundesbank [7]	Zeitraum
Saldo des gesamten Kapitalverkehrs	langfristiger Kapitalverkehr	kurzfristiger Kapitalverkehr				
+ 637	+ 488	+ 149	+ 210	− 774	—	1950
− 543	− 79	− 464	+ 1 758	+ 280	—	1951
+ 6	− 357	+ 363	+ 2 484	+ 416	—	1952
− 698	− 378	− 320	+ 3 175	+ 471	—	1953
− 106	− 438	+ 332	+ 3 563	− 592	—	1954
− 640	− 271	− 369	+ 1 595	+ 256	—	1955
− 162	− 365	+ 203	+ 4 297	+ 713	—	1956
− 2 655	− 390	− 2 265	+ 3 246	+1 876	—	1957
− 2 329	− 1 437	− 892	+ 3 669	− 225	—	1958
− 6 398	− 3 629	− 2 769	− 2 246	+ 554	—	1959
+ 1 272	− 81	+ 1 353	+ 6 055	+1 964	—	1960
− 5 009	− 4 053	− 956	− 1 816	+ 994	− 1 475	1961
− 597	− 183	− 414	− 2 177	+1 300	—	1962
+ 620	+ 1 806	− 1 186	+ 1 611	+1 129	—	1963
− 1 325	− 894	− 431	− 801	+1 236	—	1964
+ 2 142	+ 1 137	+ 1 005	− 4 081	+2 798	—	1965
− 599	− 342	− 257	− 111	+2 063	—	1966
−11 848	− 2 930	− 8 918	− 1 842	+1 702	—	1967
− 6 125	−11 201	+ 5 076	+ 5 731	+1 278	—	1968
−18 679	−23 040	+ 4 361	−11 181	+ 919	− 4 099	1969
+15 113	− 934	+16 047	+18 296	+3 616	+ 738	1970
+10 616	+ 6 293	+ 4 323	+13 697	+2 661	− 5 369	1971
+12 015	+15 551	− 3 536	+14 489	+1 201	− 496	1972
+13 227	+12 950	+ 277	+24 723	+1 705	−10 279	1973
−24 835	− 5 782	−19 053	+ 301	−2 207	− 7 231	1974
−11 708	−16 552	+ 4 844	− 2 231	+ 12	+ 5 480	1975
− 1 427	− 3 285	+ 1 858	+ 3 765	+1 234	—	1975 1. Vj.
− 6 682	− 5 261	− 1 421	− 4 865	+ 912	—	2. Vj.
+ 1 211	− 5 283	+ 6 494	+ 116	−2 802	—	3. Vj.
− 4 809	− 2 722	− 2 087	− 1 245	+ 666	+ 5 480	4. Vj.
+ 6 857	− 870	+ 7 727	+10 252	− 471	—	1976 1. Vj.
− 3 974	+ 220	− 4 194	− 2 413	−1 168	—	2. Vj.
+ 5 197	+ 2 802	+ 2 395 a)	+ 4 645	−1 182 b)	—	3. Vj.

[5] Kapitalexport: —.

[6] Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischen Änderungen des DM-Wertes der Auslandsposition der Bundesbank im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten).

[7] Gegenposten zu Veränderungen der Auslandsposition der Bundesbank, die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Hauptsächlich Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten und Änderungen des DM-Wertes der Auslandsposition der Bundesbank auf Grund von Paritätsänderungen.

a) Ohne Handelskredite.

b) Einschließlich Handelskredite.

Quelle: Bundesbank

Tabelle 41*

Kapitalverkehr

Mio

Zeitraum		Langfristiger Kapitalver							
			privat						
				deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: —)			ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)		
		insgesamt [2]	zusammen [2]	zusammen [2]	Direktinvestitionen und privater Grundbesitz	Kredite und Darlehen, Portfolioinvestitionen	zusammen [2]	Direktinvestitionen und privater Grundbesitz	Kredite und Darlehen, Portfolioinvestitionen
1960		— 81	+ 1 230	— 1 494	— 733	— 783	+ 2 724	+ 807	+ 2 033
1961		— 4 053	+ 1 035	— 1 268	— 1 002	— 268	+ 2 303	+ 1 178	+ 1 253
1962		— 183	+ 1 107	— 1 740	— 1 335	— 374	+ 2 847	+ 1 338	+ 1 541
1963		+ 1 806	+ 3 253	— 1 663	— 1 033	— 633	+ 4 916	+ 1 931	+ 3 009
1964		— 894	+ 421	— 2 377	— 1 372	— 1 022	+ 2 798	+ 2 444	+ 367
1965		+ 1 137	+ 2 428	— 2 199	— 1 448	— 741	+ 4 627	+ 3 557	+ 1 087
1966		— 342	+ 2 189	— 2 815	— 1 616	— 1 187	+ 5 004	+ 3 953	+ 1 064
1967		— 2 930	— 1 440	— 3 663	— 1 502	— 2 150	+ 2 223	+ 3 285	— 1 010
1968		—11 201	— 9 872	—12 223	— 2 185	—10 020	+ 2 351	+ 2 087	+ 323
1969		—23 040	—21 203	—22 706	— 3 142	—19 541	+ 1 503	+ 1 989	— 465
1970		— 934	+ 1 454	— 8 648	— 3 580	— 5 048	+10 102	+ 2 073	+ 8 064
1971		+ 6 293	+ 8 458	— 4 027	— 4 230	+ 219	+12 485	+ 3 827	+ 8 666
1972		+15 551	+17 029	+ 315	— 5 760	+ 6 115	+16 714	+ 6 054	+10 703
1973		+12 950	+15 153	— 710	— 5 186	+ 4 470	+15 863	+ 5 465	+10 411
1974		— 5 782	— 4 905	— 9 484	— 5 482	— 3 918	+ 4 578	+ 6 709	— 2 123
1975		—16 552	—17 714	—21 875	— 5 353	—16 434	+ 4 161	+ 3 286	+ 878
1974	1. Vj.	— 197	+ 13	— 1 985	— 1 288	— 671	+ 1 998	+ 1 459	+ 541
	2. Vj.	— 484	— 161	— 1 874	— 1 185	— 671	+ 1 713	+ 1 664	+ 48
	3. Vj.	— 2 120	— 2 100	— 2 390	— 1 468	— 903	+ 289	+ 1 516	— 1 225
	4. Vj.	— 2 982	— 2 657	— 3 235	— 1 540	— 1 671	+ 578	+ 2 070	— 1 487
1975	1. Vj.	— 3 285	— 2 911	— 4 212	— 1 504	— 2 686	+ 1 302	+ 1 141	+ 161
	2. Vj.	— 5 261	— 5 075	— 5 205	— 1 212	— 3 987	+ 129	+ 906	— 775
	3. Vj.	— 5 283	— 5 346	— 5 612	— 1 174	— 4 411	+ 266	+ 844	— 577
	4. Vj.	— 2 722	— 4 381	— 6 846	— 1 462	— 5 351	+ 2 464	+ 395	+ 2 069
1976	1. Vj.	— 870	— 1 346	— 5 438	— 1 684	— 3 718	+ 4 092	+ 1 423	+ 2 669
	2. Vj.	+ 220	— 652	— 3 524	— 1 437	— 2 062	+ 2 873	+ 731	+ 2 142
	3. Vj.	+ 2 802	+ 926	— 3 406	— 1 764	— 1 616	+ 4 332	+ 931	+ 3 404

[1] Kapitalexport: —.
[2] Einschließlich „sonstige Nettokapitalanlagen".

Tabelle 41*

mit dem Ausland [1])

DM

kehr	Kurzfristiger Kapitalverkehr					Zeitraum	
		privat					
öffentlich	insgesamt	zusammen	Kreditinstitute	Wirtschaftsunternehmen und Private	öffentlich		
−1 311	+ 1 353	+ 2 359	+2 369	− 10	−1 006	1960	
−5 088	− 956	− 735	− 380	− 355	− 221	1961	
−1 290	− 414	− 254	− 259	+ 5	− 160	1962	
−1 447	− 1 186	− 1 177	+ 684	−1 861	− 9	1963	
−1 315	− 431	+ 610	+ 85	+ 525	−1 041	1964	
−1 291	+ 1 005	− 47	− 478	+ 431	+1 052	1965	
−2 531	− 257	− 594	− 574	− 20	+ 337	1966	
−1 490	− 8 918	− 8 557	−4 823	−3 734	− 361	1967	
−1 329	+ 5 076	+ 3 891	+2 455	+1 436	+1 185	1968	
−1 837	+ 4 361	+ 4 390	+4 325	+ 65	− 29	1969	
−2 388	+16 047	+16 344	+7 927	+8 417	− 297	1970	
−2 166	+ 4 323	+ 3 181	+1 174	+2 007	+1 142	1971	
−1 478	− 3 536	− 4 012	− 420	−3 592	+ 476	1972	
−2 203	+ 277	+ 26	−5 149	+5 175	+ 251	1973	
− 877	−19 053	−19 022	−9 733	−9 289	− 31	1974	
+1 162	+ 4 844	+ 4 181	−2 262	+6 443	+ 663	1975	
− 209	− 9 646	−10 066	− 523	−9 543	+ 420	1974	1. Vj.
− 323	− 1 836	− 2 512	−1 553	− 959	+ 676		2. Vj.
− 20	− 5 200	− 4 845	−3 580	−1 265	− 355		3. Vj.
− 325	− 2 371	− 1 599	−4 077	+2 478	− 772		4. Vj.
− 375	+ 1 858	+ 1 768	− 763	+2 531	+ 90	1975	1. Vj.
− 185	− 1 421	− 2 953	−4 113	+1 160	+1 532		2. Vj.
+ 63	+ 6 494	+ 6 821	− 347	+7 168	− 327		3. Vj.
+1 659	− 2 087	− 1 455	+2 961	−4 416	− 632		4. Vj.
+ 476	+ 7 727	+ 7 449	+5 761	+1 688	+ 278	1976	1. Vj.
+ 872	− 4 194	− 5 187	−2 750	−2 437	+ 993		2. Vj.
+1 876	+ 2 395	+ 3 090	+3 549	− 459	− 695		3. Vj.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 42*

Außenhandel (Spezialhandel)

Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte

Zeitraum	Tatsächliche Werte		Volumen [1]		Index der Durchschnittswerte		Terms of Trade [2]
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	
	Mio DM				1970 = 100		
1950 [3]	8 362	11 374	.	.	.	.	.
1951 [3]	14 577	14 726	.	.	.	.	.
1952 [3]	16 909	16 203	20 198	13 620	83,7	119,0	70,3
1953 [3]	18 526	16 010	22 337	14 933	82,9	107,2	77,3
1954 [3]	22 035	19 337	26 725	18 750	83,5	103,1	80,0
1955 [3]	25 717	24 472	30 986	23 346	83,0	104,8	79,2
1956 [3]	30 861	27 964	35 820	25 908	86,2	107,9	79,9
1957 [3]	35 968	31 697	40 706	28 798	88,4	110,1	80,3
1958 [3]	36 998	31 133	42 603	31 341	86,8	99,3	87,4
1959 [3]	41 184	35 823	47 147	37 082	87,4	96,6	90,5
1960	47 946	42 723	53 895	43 155	89,0	99,0	89,9
1961	50 978	44 363	57 063	46 185	89,3	96,1	92,9
1962	52 975	45 498	58 874	52 158	90,0	94,9	94,8
1963	58 310	52 277	63 972	55 381	91,1	94,4	96,5
1964	64 920	58 839	70 659	62 060	91,9	94,8	96,9
1965	71 651	70 448	76 301	71 936	93,9	97,9	95,9
1966	80 628	72 670	84 308	72 304	95,6	100,5	95,1
1967	87 045	70 183	91 465	70 289	95,2	99,8	95,4
1968	99 551	81 179	104 873	82 749	94,9	98,1	96,7
1969	113 557	97 972	116 634	97 971	97,4	100,0	97,4
1970	125 276	109 606	125 276	109 606	100	100	100
1971	136 011	120 119	132 642	121 278	102,5	99,0	103,5
1972	149 023	128 744	144 343	133 471	103,2	96,5	106,9
1973	178 396	145 417	166 995	141 646	106,8	102,7	104,0
1974	230 578	179 733	187 789	139 636	122,8	128,7	95,4
1975	221 589	184 313	168 273	143 283	131,7	128,6	102,4
1975 1. Vj.	52 681	42 126	40 059	33 007	131,5	127,6	103,1
2. Vj.	55 734	46 525	42 323	36 657	131,7	126,9	103,8
3. Vj.	53 019	44 748	40 147	34 853	132,1	128,4	102,9
4. Vj.	60 155	50 913	45 744	38 765	131,5	131,3	100,2
1976 1. Vj.	60 381	51 842	45 627	39 427	132,3	131,5	100,6
2. Vj.	62 840	55 169	47 424	41 830	132,5	131,9	100,5
3. Vj.	63 617	55 155	46 694	40 601	136,2	135,8	100,3

[1] Mengen bewertet mit den Durchschnittswerten des Jahres 1970.
[2] Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.
[3] Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 43*

Aus- und Einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik [1])

Mio DM

Zeitraum	insgesamt [2])	Bergbauliche Erzeugnisse	Erzeugnisse der				Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Investitionsgüter [3])	Verbrauchsgüter [3])
			Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-			
			industrien						
					Ausfuhr				
1963	58 310	2 715	15 167	32 118	5 969	981	596	16 242	8 930
1964	64 920	2 551	17 082	35 576	6 872	1 212	682	17 942	9 989
1965	71 651	2 464	19 272	38 883	7 618	1 504	779	19 863	10 185
1966	80 628	2 361	22 138	43 853	8 589	1 556	783	22 907	10 801
1967	87 045	2 282	24 813	46 434	9 248	1 974	874	24 714	11 039
1968	99 551	2 536	27 840	53 525	10 736	2 385	989	28 338	13 504
1969	113 557	2 416	31 040	61 620	12 753	2 792	1 257	32 531	14 312
1970	125 276	2 839	33 813	67 867	13 993	3 069	1 664	31 746	17 252
1971	136 011	3 008	35 248	75 479	15 581	3 975	1 505	34 877	19 388
1972	149 023	2 964	37 392	82 775	17 261	4 449	1 959	40 165	20 898
1973	178 396	3 308	47 340	96 121	20 705	6 145	2 491	45 527	24 428
1974	230 578	5 243	73 902	113 460	24 350	8 406	2 290	53 706	26 120
1975	221 589	4 903	60 894	118 115	22 774	8 553	2 402	58 526	25 198
1975 1. Vj.	52 681	1 540	15 918	26 383	5 380	2 125	573	12 937	5 537
2. Vj.	55 734	1 192	15 488	30 033	5 510	2 045	523	14 776	6 156
3. Vj.	53 019	1 000	14 098	28 607	5 642	2 058	606	14 581	5 929
4. Vj.	60 155	1 171	15 390	33 092	6 241	2 325	700	16 233	7 575
1976 1. Vj.	60 381	1 019	16 073	32 483	6 763	2 316	787	15 816	7 621
2. Vj.	62 840	1 189	16 767	34 150	6 875	2 067	677	16 420	7 949
3. Vj.	63 617	1 252	16 886	33 955	7 311	2 294	751	16 812	7 905
					Einfuhr				
1963	52 277	5 109	13 422	7 161	6 326	4 763	11 042	3 293	3 431
1964	58 839	6 205	16 518	8 453	7 251	5 023	12 275	3 671	4 271
1965	70 448	6 602	18 905	11 089	9 118	6 245	13 932	4 820	5 892
1966	72 670	6 891	19 343	12 284	9 891	6 603	14 186	5 168	6 992
1967	70 183	7 432	19 406	12 047	8 461	6 328	13 134	5 333	6 433
1968	81 179	8 832	24 503	14 090	10 613	7 015	13 281	5 809	7 879
1969	97 972	9 424	30 346	18 526	13 293	7 968	14 788	7 614	10 250
1970	109 606	10 166	32 824	24 556	14 744	9 034	14 953	9 873	14 576
1971	120 119	11 502	32 244	28 075	17 821	10 169	15 627	11 304	18 602
1972	128 744	11 396	33 756	30 013	21 556	11 481	16 637	11 655	21 349
1973	145 417	13 894	40 911	31 855	23 561	12 951	18 508	11 236	24 940
1974	179 733	29 942	52 985	33 114	25 773	13 335	19 638	11 413	27 772
1975	184 313	27 227	49 183	39 643	28 002	14 106	20 052	13 789	32 521
1975 1. Vj.	42 126	6 130	11 532	8 426	6 760	3 282	4 922	2 862	7 330
2. Vj.	46 525	6 679	12 347	10 247	6 732	3 479	5 439	3 453	7 818
3. Vj.	44 748	6 499	12 135	9 502	7 040	3 394	4 577	3 365	8 446
4. Vj.	50 913	7 919	13 168	11 468	7 470	3 951	5 115	4 109	8 927
1976 1. Vj.	51 842	7 382	13 984	11 118	8 173	3 745	5 519	3 670	9 493
2. Vj.	55 169	7 608	15 568	12 466	7 783	3 975	6 013	4 193	9 229
3. Vj.	55 155	8 630	15 537	11 522	8 265	4 092	5 615	4 070	9 533

[1]) In der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik, ab 1970 nach dem revidierten Stand von 1970.
[2]) Einschließlich Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.
[3]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert; ab 1970 geänderter Warenkorb.

Tabelle 44*

Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	Ernährungswirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950 [2]	8 362	196	8 166	1 168	1 576	5 422	1 862	3 560
1951	14 577	489	14 088	1 318	2 110	10 660	3 678	6 982
1952	16 909	379	16 529	1 281	2 544	12 704	3 488	9 216
1953	18 526	376	18 050	1 488	2 724	13 839	3 384	10 455
1954	22 035	515	21 521	1 694	2 883	16 943	4 109	12 834
1955	25 717	683	25 034	1 568	3 268	20 198	4 769	15 429
1956	30 861	834	29 945	1 715	3 819	24 412	5 945	18 467
1957	35 968	829	35 044	1 939	4 153	28 951	7 135	21 816
1958	36 998	882	35 998	1 710	3 890	30 398	6 769	23 630
1959	41 184	1 005	40 057	1 968	4 309	33 780	7 970	25 810
1960	47 946	1 091	46 696	2 182	5 007	39 506	9 672	29 834
1961	50 978	1 075	49 705	2 175	5 282	42 248	9 731	32 517
1962	52 975	1 143	51 616	2 362	4 982	44 273	9 876	34 397
1963	58 310	1 317	56 742	2 489	5 446	48 807	10 450	38 357
1964	64 920	1 614	63 039	2 518	5 733	54 788	11 847	42 941
1965	71 651	1 981	69 361	2 555	6 254	60 552	13 312	47 240
1966	80 628	1 968	78 301	2 835	7 152	68 314	14 727	53 587
1967	87 045	2 476	84 166	2 880	7 573	73 713	16 570	57 143
1968	99 551	2 985	96 098	3 163	8 563	84 373	18 264	66 109
1969	113 557	3 657	109 308	3 080	8 900	97 328	21 141	76 187
1970	125 276	4 380	120 194	3 188	9 577	107 430	23 034	84 395
1971	136 011	5 097	130 145	3 258	10 480	116 407	23 874	92 533
1972	149 023	5 946	142 184	3 388	10 445	128 351	25 861	102 490
1973	178 396	8 016	169 392	4 071	13 244	152 078	33 334	118 744
1974	230 578	9 953	219 387	5 516	20 596	193 275	51 133	142 142
1975	221 589	10 397	209 784	5 304	16 129	188 350	40 334	148 016
1975 1. Vj.	52 681	2 559	49 792	1 292	4 405	44 095	10 615	33 480
2. Vj.	55 734	2 420	52 969	1 366	3 947	47 657	10 315	37 342
3. Vj.	53 019	2 540	50 150	1 241	3 582	45 327	9 135	36 192
4. Vj.	60 155	2 878	56 872	1 405	4 196	51 271	10 269	41 002
1976 1. Vj.	60 381	2 932	57 105	1 330	4 253	51 521	10 770	40 751
2. Vj.	62 840	2 538	59 963	1 436	4 608	53 918	11 457	42 461
3. Vj.	63 671	2 842	60 428	1 438	4 730	54 260	11 446	42 813

[1] Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2] Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 45*

Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	Ernährungswirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950 [2]	11 374	5 013	6 360	3 368	1 564	1 429	714	714
1951 [2]	14 726	5 876	8 850	5 249	2 012	1 588	848	740
1952 [2]	16 203	6 065	10 138	5 635	2 357	2 146	1 175	970
1953 [2]	16 010	5 852	10 158	5 224	2 438	2 497	1 450	1 046
1954 [2]	19 337	7 151	12 186	5 502	3 476	3 208	1 894	1 314
1955 [2]	24 472	7 635	16 837	7 281	4 916	4 640	2 764	1 876
1956 [2]	27 964	9 162	18 657	8 225	5 236	5 196	2 910	2 286
1957 [2]	31 697	9 975	21 569	9 376	5 741	6 452	3 338	3 114
1958 [2]	31 133	9 408	21 438	7 685	5 252	8 500	3 845	4 655
1959 [2]	35 823	10 731	24 755	7 749	5 977	11 030	4 719	6 311
1960	42 723	11 246	31 076	9 269	8 061	13 746	5 773	7 973
1961	44 363	11 677	32 186	9 095	7 542	15 550	6 028	9 522
1962	49 498	13 684	35 371	8 821	7 863	18 688	6 689	11 999
1963	52 277	12 779	38 987	9 362	8 049	21 575	7 142	14 433
1964	58 839	14 035	44 214	10 916	9 779	23 519	8 548	14 971
1965	70 448	16 852	52 917	11 431	10 807	30 679	10 424	20 256
1966	72 670	17 451	54 425	11 819	10 814	31 792	10 556	21 236
1967	70 183	16 599	52 648	11 828	10 961	29 859	9 454	20 406
1968	81 179	17 083	63 035	13 645	13 630	35 761	12 649	23 111
1969	97 972	19 331	77 404	14 487	16 720	46 196	15 767	30 429
1970	109 606	20 924	87 233	14 809	17 660	54 763	16 999	37 764
1971	120 119	22 829	95 636	15 868	16 327	63 442	18 686	44 755
1972	128 744	24 959	102 162	15 857	16 439	69 865	20 726	49 139
1973	145 417	28 029	115 702	18 754	21 578	75 370	22 873	52 498
1974	179 733	29 348	148 300	34 653	30 406	83 241	25 703	57 538
1975	184 313	31 127	150 746	30 144	27 648	92 953	25 202	67 752
1975 1. Vj.	42 126	7 384	34 240	6 870	6 483	20 887	5 988	14 899
2. Vj.	46 525	8 129	37 795	7 437	6 797	23 561	6 476	17 085
3. Vj.	44 748	7 300	36 820	7 317	6 842	22 661	5 923	16 738
4. Vj.	50 913	8 314	41 890	8 521	7 526	25 844	6 814	19 030
1976 1. Vj.	51 842	8 176	43 049	8 095	8 259	26 695	7 237	19 458
2. Vj.	55 169	8 966	45 414	8 666	8 591	28 157	8 085	20 072
3. Vj.	55 155	8 776	45 726	9 681	8 708	27 338	7 828	19 510

[1] Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2] Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 46*

Warenausfuhr nach Ländergruppen

Verbrauchsländer

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	EG-Länder [2]	EFTA-Länder [2] [3]	Übrige europäische Länder [4]	Staatshandelsländer [5]	Außereuropäische Industrieländer zusammen [6]	Außereuropäische Industrieländer Vereinigte Staaten	Übrige Länder [7]
1950 [8]	8 362	3 102	2 213	703	361	714	433	1 244
1951 [8]	14 577	4 326	4 109	1 190	284	1 611	992	3 027
1952 [8]	16 909	4 782	5 046	1 797	223	1 609	1 048	3 415
1953 [8]	18 526	5 528	5 187	1 449	330	2 028	1 249	3 928
1954 [8]	22 035	6 432	6 381	1 439	430	2 167	1 237	5 053
1955 [8]	25 717	7 409	7 419	1 829	623	2 723	1 625	5 531
1956 [8]	30 861	9 095	8 656	1 930	1 081	3 446	2 089	6 422
1957 [8]	35 968	10 502	9 803	1 954	1 192	4 332	2 521	7 944
1958 [8]	36 998	10 102	10 162	2 145	1 847	4 603	2 699	7 937
1959 [8]	41 184	11 463	11 107	2 477	1 868	5 914	3 835	8 119
1960	47 946	14 148	13 436	2 873	2 255	6 111	3 767	8 979
1961	50 978	16 180	14 422	3 178	2 072	5 875	3 497	9 103
1962	52 975	18 012	14 712	3 367	2 143	6 334	3 858	8 241
1963	58 310	21 754	15 795	3 518	1 813	6 862	4 195	8 383
1964	64 920	23 630	17 686	3 998	2 317	7 873	4 785	9 194
1965	71 651	25 220	19 342	4 779	2 676	9 070	5 741	10 331
1966	80 628	29 281	20 303	5 494	3 309	10 744	7 178	11 245
1967	87 045	32 007	20 623	5 922	4 377	12 191	7 859	11 670
1968	99 551	37 368	22 587	6 154	4 512	15 759	10 835	12 900
1969	113 557	45 177	25 602	7 201	5 081	16 201	10 633	14 037
1970	125 276	50 259	28 344	8 364	5 400	17 747	11 437	14 904
1971	136 011	54 530	30 428	8 988	5 825	19 578	13 140	16 347
1972	149 023	59 441	34 333	10 045	7 660	20 222	13 798	17 004
1973	178 396	84 066	28 062	11 392	10 814	23 174	15 089	20 532
1974	230 578	103 516	34 380	15 513	15 878	28 454	17 343	32 113
1975	221 589	96 542	32 093	15 880	17 411	22 515	13 146	36 457
1975 1. Vj.	52 681	22 952	7 984	3 951	3 935	5 358	3 169	8 337
2. Vj.	55 734	24 307	8 211	4 068	4 463	5 290	2 952	9 228
3. Vj.	53 019	22 837	7 423	3 670	4 263	5 281	3 049	9 372
4. Vj.	60 155	26 447	8 475	4 191	4 750	6 587	3 976	9 520
1976 1. Vj.	60 381	28 511	8 547	3 746	4 413	5 841	3 434	9 160
2. Vj.	62 840	29 338	9 340	3 972	4 223	5 962	3 522	9 837
3. Vj.	63 617	28 304	9 572	4 024	4 367	6 100	3 543	11 019

[1] Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder".
[2] Ab 1973 neuer Gebietsstand.
[3] Ab März 1970 einschließlich Island.
[4] Ohne Staatshandelsländer.
[5] Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Nord-Vietnam, Mongolische Volksrepublik China, Nord-Korea.
[6] Australischer Bund, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.
[7] Außereuropäische Entwicklungsländer.
[8] Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 47

Wareneinfuhr nach Ländergruppen

Herstellungsländer

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	EG-Länder [2]	EFTA-Länder [2] [3]	Übrige europäische Länder [4]	Staatshandelsländer [5]	Außereuropäische Industrieländer zusammen [6]	Außereuropäische Industrieländer Vereinigte Staaten	Übrige Länder [7]
1950 [8]	11 374	3 031	2 390	537	352	2 372	1 811	2 677
1951	14 726	2 986	2 644	1 012	429	3 636	2 722	4 019
1952	16 203	3 686	3 121	1 340	313	3 667	2 507	4 076
1953	16 010	4 027	3 205	1 148	419	2 931	1 658	4 259
1954	19 337	4 724	3 903	1 212	511	3 444	2 237	5 522
1955	24 472	6 317	4 687	1 418	729	4 683	3 209	6 613
1956	27 964	6 590	5 550	1 519	1 117	5 798	3 997	7 351
1957	31 697	7 404	6 019	1 584	1 226	7 789	5 671	7 642
1958	31 133	7 969	6 487	1 597	1 445	6 191	4 219	7 413
1959	35 823	10 334	7 420	1 771	1 647	6 421	4 595	8 193
1960	42 723	12 708	8 392	1 989	1 998	8 034	5 977	9 500
1961	44 363	13 778	8 592	2 249	2 042	8 241	6 100	9 367
1962	49 498	15 966	9 396	2 277	2 159	9 379	7 033	10 235
1963	52 277	17 342	9 646	2 285	2 155	10 206	7 941	10 565
1964	58 839	20 393	10 686	2 612	2 412	10 609	8 066	12 043
1965	70 448	26 648	12 133	2 905	2 917	12 296	9 196	13 451
1966	72 670	27 774	11 955	2 993	3 150	12 576	9 177	14 124
1967	70 183	27 636	10 993	2 694	3 015	12 055	8 556	13 702
1968	81 179	33 453	12 666	3 186	3 410	12 790	8 850	15 582
1969	97 972	42 431	15 222	4 139	3 973	15 115	10 253	16 995
1970	109 606	48 437	16 634	4 422	4 394	17 934	12 066	17 684
1971	120 119	56 017	16 987	4 707	4 767	18 363	12 420	19 151
1972	128 744	62 598	17 669	5 837	5 323	17 569	10 765	19 635
1973	145 417	75 539	12 748	6 657	6 617	19 801	12 223	23 939
1974	179 733	86 147	15 058	7 170	8 403	22 590	13 972	40 193
1975	184 313	91 246	15 981	7 491	8 656	23 864	14 226	36 840
1975 1. Vj.	42 126	20 631	3 696	1 785	1 885	5 677	3 483	8 394
2. Vj.	46 525	23 555	4 002	1 819	2 000	5 976	3 528	9 126
3. Vj.	44 748	22 075	3 872	1 798	2 120	5 758	3 320	9 064
4. Vj.	50 913	24 984	4 411	2 089	2 650	6 452	3 896	10 256
1976 1. Vj.	51 842	25 440	4 402	2 138	2 475	6 862	4 440	10 480
2. Vj.	55 169	27 533	4 953	2 119	2 696	7 048	4 180	10 754
3. Vj.	55 155	26 183	4 732	2 343	2 844	7 020	3 898	11 943

[1] Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder".
[2] Ab 1973 neuer Gebietsstand.
[3] Ab März 1970 einschließlich Island.
[4] Ohne Staatshandelsländer.
[5] Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Nord-Vietnam, Mongolische Volksrepublik, Volksrepublik Nord-Korea.
[6] Australischer Bund, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.
[7] Außereuropäische Entwicklungsländer.
[8] Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 48*

Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

1962 = 100

Zeitraum	Bruttosozialprodukt	Einfuhr [1]	Letzte Verwendung	Ausfuhr [1]	Letzte inländische Verwendung insgesamt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Bruttoanlageinvestitionen zusammen	Ausrüstungen	Bauten
1950 [2]	68,3	109,1	71,3	72,0	71,3	78,0	57,5	61,9	71,6	55,5
1951 [2]	75,7	133,1	79,8	88,0	78,6	84,1	64,9	71,9	83,1	63,9
1952 [2]	79,3	122,1	82,8	92,0	81,5	85,5	69,8	77,5	90,5	68,5
1953 [2]	79,0	109,1	81,7	91,0	80,2	84,2	71,8	75,1	88,6	66,7
1954 [2]	79,0	105,9	81,9	89,2	80,6	84,7	72,9	74,7	86,4	66,8
1955 [2]	80,7	107,1	83,8	90,9	82,5	86,0	75,5	77,3	87,3	70,2
1956 [2]	83,1	109,0	86,3	94,8	84,6	87,9	79,9	79,1	89,5	72,1
1957 [2]	85,7	110,3	89,0	97,3	87,1	90,1	82,6	81,5	92,0	74,7
1958 [2]	88,6	102,6	90,6	95,7	89,4	92,3	85,6	84,1	93,3	77,8
1959 [2]	89,8	100,6	91,5	95,7	90,5	93,3	86,1	86,2	92,5	82,0
1960 [2]	92,0	102,1	93,7	97,7	92,7	94,2	90,7	89,8	93,7	86,9
1960	92,1	102,8	93,6	97,8	92,7	94,1	90,9	89,8	93,7	86,9
1961	96,1	100,8	96,7	98,8	96,4	97,1	96,4	94,6	96,6	92,9
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	103,1	100,1	102,6	100,7	103,0	102,7	104,1	103,1	100,7	105,1
1964	105,9	100,8	105,1	101,3	105,9	105,1	109,6	105,7	101,7	108,8
1965	109,7	103,5	108,7	103,3	109,8	108,5	117,6	108,8	105,2	111,7
1966	113,7	105,8	112,3	105,1	114,0	112,3	125,8	111,4	107,4	114,5
1967	115,0	105,4	113,4	104,6	115,6	114,3	129,4	110,2	107,7	112,1
1968	116,8	103,7	114,4	103,7	117,3	116,5	134,6	111,3	107,2	114,5
1969	120,9	106,1	118,1	105,5	121,5	119,4	144,6	116,3	110,7	121,5
1970	129,5	106,2	124,7	108,2	129,3	123,6	158,1	129,2	117,5	141,1
1971	139,7	106,4	132,5	111,0	138,7	130,3	176,6	138,7	123,3	154,4
1972	148,0	106,3	138,5	112,3	146,5	137,4	190,6	144,5	125,2	163,1
1973	156,6	111,3	145,9	114,8	156,6	147,0	211,0	151,0	128,0	173,8
1974 [3]	167,4	135,7	159,7	133,2	170,3	157,8	236,6	161,0	136,6	185,3
1975 [3]	181,0	139,7	170,6	143,4	180,5	167,5	254,2	165,9	144,6	189,2
1971 1. Hj.	136,8	106,9	130,3	110,1	136,4	129,2	171,5	136,3	122,2	152,1
2. Hj.	142,5	106,0	134,5	111,8	141,0	131,3	181,2	140,8	124,3	156,3
1972 1. Hj.	145,5	104,7	136,2	111,5	143,6	135,7	184,7	142,5	124,0	161,5
2. Hj.	150,4	107,7	140,7	113,1	149,2	138,9	196,0	146,4	126,4	164,6
1973 1. Hj.	153,8	106,8	142,6	112,6	152,8	144,8	202,0	148,6	125,9	172,0
2. Hj.	159,2	115,7	149,1	116,9	160,3	149,1	219,3	153,4	130,2	175,4
1974 1. Hj.	162,3	131,6	154,9	127,0	166,3	155,7	226,1	158,5	133,3	184,0
2. Hj.	172,3	139,6	164,4	139,3	174,1	159,7	246,2	163,4	139,8	186,6
1975 1. Hj. [3]	177,9	138,1	167,9	143,0	177,1	165,5	244,4	164,6	142,7	189,2
2. Hj. [3]	183,9	141,1	173,2	143,9	183,8	169,2	263,2	167,0	146,2	189,1
1976 1. Hj. [3]	184,0	141,5	172,9	144,1	183,9	174,1	254,9	167,6	145,7	194,1

[1] Waren- und Dienstleistungsverkehr.
[2] Ohne Saarland und Berlin.
[3] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 49*

Index der Grundstoffpreise [1])

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse, Erzeugnisse der Energiewirtschaft, Wasser	Grundstoffe des Verarbeitenden Gewerbes							Grundstoffe des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes
			zusammen	darunter						
				Steine und Erden	Eisen, Stahl, NE-Metalle und -Metallhalbzeug	chemische Erzeugnisse	bearbeitetes Holz	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	Textilien	
1964	93,1	91,8	93,1	94,3	84,8	103,3	93,5	95,3	102,5	98,6
1965	95,3	92,6	95,4	95,4	89,7	103,6	95,8	97,2	101,7	102,7
1966	96,5	92,8	97,0	96,2	93,4	102,0	95,0	96,6	101,1	104,1
1967	93,8	94,8	93,1	95,2	87,2	100,9	89,6	95,5	97,7	98,4
1968	93,8	95,1	93,2	93,2	89,1	99,6	87,9	94,2	98,6	94,8
1969	96,0	93,4	96,4	93,6	95,2	99,6	94,0	95,7	99,5	99,3
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	101,5	109,0	99,3	109,6	94,8	100,7	101,3	100,9	99,9	99,3
1972	102,9	110,1	100,5	114,4	94,0	100,0	100,8	96,5	105,5	103,8
1973	113,9	120,0	111,6	118,3	106,5	105,4	120,0	100,1	126,0	116,4
1974	142,3	177,7	132,9	128,5	131,2	137,7	138,2	135,3	137,7	126,6
1975	141,8	195,9	126,6	134,0	118,2	136,8	123,6	152,3	124,8	126,2
1971 1. Vj.	100,8	107,0	99,2	107,0	95,5	100,6	101,5	101,9	99,0	98,2
2. Vj.	102,1	109,8	100,1	109,4	96,5	100,9	101,8	101,4	99,5	98,7
3. Vj.	101,9	110,1	99,4	110,8	94,5	100,8	101,2	100,7	100,3	100,3
4. Vj.	101,0	108,9	98,6	111,3	92,6	100,4	100,6	99,5	100,7	100,1
1972 1. Vj.	101,4	108,9	99,2	112,5	93,1	99,9	99,9	96,8	102,7	100,2
2. Vj.	102,3	109,3	100,0	114,7	93,5	99,8	100,2	96,2	104,0	102,7
3. Vj.	103,2	110,3	100,8	115,2	94,4	99,8	100,6	96,2	105,6	104,7
4. Vj.	104,7	111,7	102,0	115,3	94,6	100,7	102,7	97,0	109,5	107,7
1973 1. Vj.	108,2	113,9	106,0	116,5	99,6	101,7	107,7	98,7	116,4	111,4
2. Vj.	111,3	115,3	109,6	118,2	104,3	102,1	117,3	99,3	123,1	115,2
3. Vj.	114,5	118,2	112,8	119,1	107,3	106,3	125,3	99,7	128,4	118,4
4. Vj.	121,5	132,6	118,2	119,4	114,6	111,6	129,7	102,8	136,0	120,6
1974 1. Vj.	137,3	166,9	129,2	123,4	129,0	128,7	137,8	114,3	141,9	126,4
2. Vj.	143,7	174,6	136,2	128,5	138,7	137,5	142,0	127,5	140,1	124,4
3. Vj.	144,2	182,2	134,2	131,2	130,0	142,5	139,8	147,1	137,1	126,0
4. Vj.	144,1	187,3	132,1	131,0	127,0	142,1	133,0	152,0	131,8	129,6
1975 1. Vj.	142,8	192,9	129,1	132,4	122,8	139,1	127,1	156,5	125,4	124,4
2. Vj.	141,0	192,2	126,8	134,4	118,2	137,8	123,3	154,3	124,1	124,3
3. Vj.	141,2	195,0	125,8	134,8	117,2	135,9	121,7	150,1	123,9	127,5
4. Vj.	142,3	203,4	124,6	134,3	114,3	134,4	122,4	148,3	125,8	128,6
1976 1. Vj.	146,4	209,5	128,3	134,9	119,6	135,7	126,4	145,9	132,2	129,6
2. Vj.	149,6	209,6	133,4	136,1	127,7	137,0	132,8	146,1	137,8	126,5
3. Vj.	151,7	209,5	136,2	137,9	130,0	139,0	136,3	146,4	144,4	127,5

[1]) Grundstoffe industrieller Herkunft aus inländischer und ausländischer Produktion; ohne Umsatzsteuer; umbasiert von Originalbasis 1962 = 100.

Tabelle 50*

Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte

(Inlandsabsatz) [1])

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse	Elektrischer Strom, Gas, Wasser	Erzeugnisse der Verarbeitenden Industrie					Investitionsgüter [2])	Verbrauchsgüter [2])
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-		
1962	89,9	81,3	95,2	89,8	95,0	85,1	87,8	92,1	81,3	90,2
1963	90,3	82,7	95,1	90,2	94,3	85,4	89,3	93,1	82,1	91,2
1964	91,3	82,4	95,9	91,2	95,0	86,5	91,0	93,9	83,6	92,0
1965	93,5	85,8	98,5	93,4	97,0	89,0	93,1	95,2	86,1	94,2
1966	95,1	85,6	99,7	95,1	98,1	90,7	95,5	97,3	88,3	96,3
1967	94,3	85,5	100,7	94,1	95,6	89,8	94,9	98,1	88,1	96,8
1968	93,6	85,6	101,0	93,3	94,4	89,8	94,6	96,9	88,2	95,9
1969	95,3	88,2	99,7	95,2	95,8	92,7	96,4	97,8	91,7	95,8
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	104,3	110,7	103,3	104,2	102,5	106,2	103,8	103,6	107,9	104,7
1972	107,0	117,0	110,3	106,6	102,5	109,1	107,5	107,7	111,9	108,4
1973	114,1	123,1	115,1	113,9	111,5	113,7	115,5	116,6	117,0	116,7
1974	129,4	158,0	124,3	129,1	137,7	124,3	129,0	123,4	127,6	130,4
1975	135,5	197,2	148,3	133,3	136,4	133,4	132,5	128,1	138,6	137,6
1972 1. Vj.	105,8	115,7	108,8	105,3	101,2	108,6	106,0	105,3	111,2	106,9
2. Vj.	106,6	113,7	110,0	106,2	102,6	109,1	107,0	105,7	111,8	108,1
3. Vj.	107,2	118,6	110,5	106,8	102,6	109,3	107,9	107,7	112,2	108,7
4. Vj.	108,5	119,8	111,6	108,0	103,7	109,3	109,1	112,2	112,3	109,9
1973 1. Vj.	111,1	121,4	114,1	110,7	106,4	111,7	112,3	114,5	115,0	113,0
2. Vj.	113,1	119,7	114,6	112,9	109,3	113,5	114,7	116,3	116,9	114,9
3. Vj.	115,1	123,6	115,1	114,9	112,6	114,4	116,7	117,7	117,7	117,7
4. Vj.	117,2	127,8	116,6	117,0	117,8	115,1	118,3	118,0	118,5	121,0
1974 1. Vj.	124,5	134,5	118,4	124,7	132,5	119,9	124,3	121,1	122,9	127,5
2. Vj.	128,8	146,4	121,2	128,9	138,7	124,1	128,0	122,1	127,0	128,8
3. Vj.	131,3	171,0	125,0	130,9	139,7	126,1	131,4	123,6	129,4	131,8
4. Vj.	133,0	180,2	132,5	132,0	139,8	127,3	132,5	126,6	131,3	133,5
1975 1. Vj.	134,6	196,3	139,1	133,0	138,3	131,4	132,8	126,6	136,5	134,9
2. Vj.	135,4	195,1	147,8	133,2	136,3	133,7	132,5	127,2	138,8	136,6
3. Vj.	135,7	197,9	151,2	133,3	135,6	134,1	132,2	128,8	139,4	138,7
4. Vj.	136,1	199,2	155,2	133,5	135,2	134,2	132,6	129,7	139,7	140,0
1976 1. Vj.	138,3	209,4	157,3	135,4	138,5	135,7	134,2	130,6	142,0	140,8
2. Vj.	140,5	210,2	158,3	137,9	142,3	138,0	136,0	131,4	144,7	142,6
3. Vj.	142,0	211,1	158,4	139,4	144,0	138,8	137,9	133,8	145,6	143,5

[1]) Ohne Umsatzsteuer.
[2]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 51*

Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise [1])

1970 = 100

Zeitraum	Neubau						Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden[2])	Baureifes Land
	Bauleistungen am Bauwerk für					Straßenbauleistungen insgesamt		
	Wohngebäude	gemischt genutzte Gebäude	Bürogebäude	gewerbliche Betriebsgebäude	landwirtschaftliche Betriebsgebäude			
1960	57,7	58,4	58,5	58,5	58,7	77,7	.	.
1961	62,1	62,5	62,5	62,2	62,7	81,6	.	.
1962 [3])	67,2	67,5	67,5	66,9	67,6	87,1	.	48,2
1963 [3])	70,7	70,9	70,9	69,9	71,1	90,4	.	55,0
1964 [3])	74,0	74,1	73,9	72,7	74,1	89,6	.	60,1
1965 [3])	77,1	77,2	76,7	75,5	76,8	84,9	.	71,2
1966	79,6	79,8	79,2	77,5	79,3	83,9	.	76,8
1967	77,9	77,8	77,3	73,8	77,5	80,0	.	83,6
1968	81,2	81,1	80,4	77,7	80,7	83,6	85,3	92,3
1969	85,9	85,9	85,4	84,5	85,3	87,3	89,2	97,1
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	110,3	110,1	110,1	110,8	110,5	107,9	110,7	109,2
1972	117,8	117,0	117,2	116,2	118,1	109,3	117,7	130,9
1973	126,4	125,4	125,5	123,2	126,3	112,8	126,1	132,6
1974	135,6	134,0	134,0	130,5	134,9	123,6	138,3	131,2
1975	138,9	137,1	136,8	134,1	137,9	126,5	144,8	140,5
1971 Feb	105,8	105,8	105,5	106,9	105,5	104,2	107,0	109,6
Mai	110,9	110,6	110,8	111,7	111,4	109,6	111,0	108,0
Aug	112,0	111,6	111,7	112,2	112,3	109,3	112,0	109,5
Nov	112,6	112,2	112,2	112,3	112,9	108,5	112,7	114,3
1972 Feb	114,6	114,1	114,1	113,6	114,7	108,1	115,0	128,0
Mai	118,0	117,2	117,4	116,6	118,5	109,6	117,7	126,2
Aug	118,9	118,1	118,3	117,2	119,2	109,7	118,7	130,0
Nov	119,6	118,7	118,8	117,4	119,9	109,9	119,3	136,3
1973 Feb	122,0	121,3	121,2	119,2	121,5	110,1	121,5	132,4
Mai	127,3	126,3	126,5	124,4	127,4	113,7	126,5	138,4
Aug	128,3	127,1	127,3	124,9	128,3	113,9	127,8	122,0
Nov	128,1	126,8	126,9	124,1	127,9	113,3	128,5	124,3
1974 Feb	130,9	129,5	129,5	125,7	130,4	119,9	132,3	123,3
Mai	136,7	135,0	135,1	132,2	136,1	124,5	139,1	127,4
Aug	137,6	135,8	135,9	132,1	136,8	125,2	140,7	127,0
Nov	137,3	135,7	135,6	132,1	136,4	124,7	141,1	136,6
1975 Feb	137,3	135,6	135,4	132,0	136,1	125,2	142,3	128,7
Mai	139,3	137,5	137,2	134,4	138,4	127,3	145,2	140,0
Aug	139,4	137,6	137,3	134,9	138,5	126,9	145,9	140,4
Nov	139,4	137,5	137,2	135,2	138,5	126,6	145,8	152,8
1976 Feb	140,2	138,4	138,1	136,2	139,3	126,8	146,7	147,6
Mai	143,7	141,6	141,5	138,8	143,3	128,7	150,3	...
Aug	145,0	142,9	142,8	141,4	144,7	128,9	151,5	...

[1]) Einschließlich Umsatzsteuer.
[2]) Einschließlich Schönheitsreparaturen.
[3]) Ohne Berlin.

Tabelle 52*

Index der Ausfuhrpreise

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft [1]	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen [1]	Rohstoffe [1]	Halbwaren [1]	Fertigwaren [1]	Investitionsgüter [2]	Verbrauchsgüter [2]
1962	88,2	88,3	88,1	98,2	88,1	87,8	81,9	88,1
1963	88,3	96,7	88,1	99,1	87,0	87,8	82,8	88,6
1964	90,4	97,4	90,1	103,0	90,4	89,7	84,6	90,1
1965	92,4	98,1	92,2	102,8	92,7	91,9	87,3	92,3
1966	94,4	100,5	94,1	102,9	95,2	93,8	89,8	95,5
1967	94,3	98,9	94,1	99,3	95,2	93,9	90,8	96,9
1968	93,3	96,9	93,2	97,7	94,6	92,9	90,3	96,5
1969	97,0	98,8	97,0	98,6	97,1	96,9	95,1	98,2
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	103,4	102,5	103,4	107,3	99,8	103,6	106,8	104,7
1972	105,5	107,4	105,5	112,7	96,3	106,1	111,3	108,0
1973	112,3	119,5	112,1	118,3	113,0	111,8	116,8	113,8
1974	131,4	132,1	131,4	138,4	167,4	127,8	127,1	128,2
1975	136,5	132,2	136,6	158,1	156,8	134,1	138,1	135,8
1972 1. Vj.	104,5	103,2	104,5	110,3	95,5	105,2	110,4	106,8
2. Vj.	105,1	105,1	105,1	110,5	95,2	105,8	111,2	107,5
3. Vj.	105,8	108,3	105,7	112,5	96,4	106,4	111,6	108,4
4. Vj.	106,8	112,8	106,6	117,6	98,0	107,0	112,2	109,4
1973 1. Vj.	109,6	116,4	109,4	119,2	103,7	109,6	115,1	111,8
2. Vj.	111,6	119,3	111,3	116,8	109,3	111,3	116,6	113,3
3. Vj.	112,6	119,9	112,3	117,5	113,4	112,0	117,4	113,6
4. Vj.	115,5	122,6	115,3	119,7	125,5	114,2	118,2	116,3
1974 1. Vj.	125,6	132,6	125,4	125,6	160,5	122,1	122,7	124,9
2. Vj.	130,7	125,3	130,9	133,9	169,9	127,2	126,3	127,7
3. Vj.	134,1	131,2	134,2	144,3	171,4	130,4	128,6	129,1
4. Vj.	135,1	139,0	135,0	149,8	167,7	131,5	130,8	130,9
1975 1. Vj.	135,9	130,6	136,1	155,7	161,2	133,2	135,5	133,7
2. Vj.	136,2	128,8	136,5	157,5	156,6	134,0	137,6	134,6
3. Vj.	136,5	133,5	136,6	158,0	154,2	134,4	138,8	136,5
4. Vj.	137,2	135,8	137,3	161,1	155,3	134,9	140,2	138,5
1976 1. Vj.	140,1	135,4	140,3	167,0	160,2	137,7	144,0	141,1
2. Vj.	141,9	136,0	142,1	169,1	164,1	139,2	145,7	142,9
3. Vj.	142,8	137,8	143,0	171,0	165,5	140,2	146,3	144,0

[1] Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.
[2] Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 53*

Index der Einfuhrpreise

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft [1]	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen [1]	Rohstoffe [1]	Halbwaren [1]	Fertigwaren [1]	Investitionsgüter [2]	Verbrauchsgüter [2]
1962	94,6	94,4	94,5	104,7	84,5	95,8	94,1	97,7
1963	96,4	98,6	95,3	105,2	85,1	96,9	96,4	99,8
1964	98,1	100,0	97,2	106,2	88,2	98,4	97,9	96,4
1965	100,6	104,6	98,6	105,6	92,2	99,4	99,7	94,8
1966	102,3	104,6	101,1	107,3	96,2	101,5	102,6	96,8
1967	100,1	101,1	99,6	104,4	94,7	100,6	101,3	99,6
1968	99,4	97,4	99,9	104,7	96,5	99,6	102,0	101,3
1969	101,0	100,6	101,1	102,8	100,1	101,0	102,3	100,3
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	100,4	98,4	100,9	109,5	93,9	100,8	102,2	103,7
1972	99,8	101,1	99,5	106,4	89,6	100,9	102,0	104,3
1973	112,6	121,7	110,4	125,0	114,5	104,7	102,4	119,7
1974	144,8	132,6	147,8	234,4	161,1	118,0	108,0	137,3
1975	142,3	124,7	146,7	227,1	147,4	123,0	118,6	142,3
1972 1. Vj.	98,5	99,3	98,3	105,2	87,8	99,9	101,4	102,7
2. Vj.	98,8	98,9	98,8	105,5	88,1	100,6	101,5	103,1
3. Vj.	99,2	98,4	99, 4	105,0	89,5	101,2	102,2	104,3
4. Vj.	102,7	107,7	101,5	109,7	93,0	101,9	102,9	107,1
1973 1. Vj.	108,2	118,0	105,8	116,0	100,7	104,6	104,1	112,6
2. Vj.	111,2	125,1	107,7	116,8	108,0	105,0	103,1	115,8
3. Vj.	110,6	120,0	108,2	118,6	112,0	103,8	100,4	116,0
4. Vj.	120,6	123,8	119,9	148,5	137,2	105,5	102,1	134,3
1974 1. Vj.	144,1	137,0	145,9	236,6	164,3	113,1	105,1	140,3
2. Vj.	144,0	128,4	147,9	233,1	166,0	116,9	105,7	135,0
3. Vj.	145,2	129,1	149,2	235,1	160,3	120,3	109,4	136,6
4. Vj.	145,6	135,9	148,1	232,8	153,6	121,5	111,6	137,1
1975 1. Vj.	141,1	127,0	144,6	222,0	143,5	122,4	114,9	135,8
2. Vj.	139,2	120,7	143,8	217,9	143,6	122,2	117,4	138,7
3. Vj.	142,5	124,5	147,0	225,3	150,1	123,1	120,0	145,1
4. Vj.	146,4	126,7	151,3	243,2	152,2	124,2	122,0	149,5
1976 1. Vj.	149,5	133,2	153,6	248,3	152,9	126,2	124,2	148,4
2. Vj.	152,0	135,4	156,2	249,6	159,5	127,8	125,1	149,6
3. Vj.	153,8	138,1	157,6	251,6	161,0	129,1	125,8	150,8

[1] Nach der gruppiert.
[2] Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 54*

Preisindex für die Lebenshaltung

Alte Systematik

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte [1])

1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung einschl. Ernährung	Gesamtlebenshaltung ohne Ernährung	Ernährung	Getränke- und Tabakwaren	Wohnung [2])	Heizung und Beleuchtung	Hausrat	Bekleidung	Reinigung und Körperpflege	Bildung, Unterhaltung und Erholung	Verkehr
1950	64,5	65,7	64,6	103,5	41,4	56,0	84,2	76,4	65,2	55,2	61,2
1951	69,6	70,2	70,6	101,5	42,1	60,6	93,1	84,7	70,1	59,8	68,6
1952	71,0	70,1	73,7	103,1	42,8	65,1	92,3	78,9	69,6	61,4	71,6
1953	69,8	68,8	72,5	96,6	44,3	67,2	87,6	74,8	67,7	60,6	72,2
1954	69,9	68,2	73,4	89,6	44,3	70,9	86,1	73,8	42,1	59,6	72,7
1955	71,0	69,1	74,9	88,8	45,6	72,6	86,7	73,8	43,2	60,9	73,1
1956	72,8	70,7	77,1	88,6	48,6	74,0	88,5	74,5	44,0	62,5	72,4
1957	74,4	72,3	78,4	88,5	49,2	75,9	91,8	77,3	71,6	64,5	73,0
1958	75,9	73,9	80,0	88,3	50,0	79,1	92,3	79,6	73,2	66,2	78,5
1959	76,7	74,2	81,4	87,4	51,3	79,8	91,1	79,3	74,0	67,3	79,7
1960	77,8	75,7	81,9	87,3	54,4	80,7	91,0	80,8	75,1	69,1	80,9
1961	79,6	78,1	82,8	87,3	59,1	82,1	92,9	82,6	77,1	71,6	83,2
1962	81,9	80,1	86,1	88,1	61,1	83,6	94,4	84,8	79,9	74,8	84,2
1963	84,4	82,3	88,9	88,9	64,6	85,8	94,8	86,8	81,8	77,6	87,8
1964	86,4	84,2	91,0	89,5	68,6	87,0	95,5	88,5	83,3	80,2	88,7
1965	89,3	86,5	95,2	89,7	72,6	88,6	97,2	90,9	85,9	83,3	89,6
1966	92,4	90,1	97,5	93,3	79,2	89,7	98,4	93,8	89,7	86,6	93,1
1967	93,8	92,4	96,9	95,9	84,1	90,6	97,8	95,1	91,1	89,6	96,0
1968	95,0	95,0	95,0	97,5	89,5	96,9	96,6	95,1	95,7	93,9	97,9
1969	96,9	96,6	97,7	97,4	96,1	97,1	96,7	96,0	96,9	95,5	97,5
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,1	105,4	104,3	102,5	105,9	103,4	104,1	106,0	105,0	104,4	109,2
1972	110,7	110,9	110,3	108,0	112,1	107,3	107,8	112,5	109,7	108,9	115,9
1973	118,2	118,1	118,5	115,4	119,4	120,1	111,7	121,1	115,0	115,6	123,2
1974	126,3	126,6	125,4	118,2	126,3	137,0	119,5	130,0	122,7	126,3	134,0
1975	134,0	134,4	132,9	121,8	135,8	154,0	125,7	136,6	130,2	135,5	140,9
1975 1. Vj.	131,2	131,7	129,7	119,9	131,0	147,7	125,4	135,1	128,3	132,8	138,7
2. Vj.	133,7	133,7	133,9	120,9	135,7	150,2	125,8	136,1	129,8	134,2	140,6
3. Vj.	134,8	135,2	133,8	122,8	137,7	156,4	125,1	136,8	130,7	136,5	141,5
4. Vj.	136,1	136,7	134,3	123,4	138,9	161,6	126,5	138,2	131,9	138,4	143,1
1976 1. Vj.	138,5	138,3	138,9	123,9	141,0	162,9	128,6	139,5	133,2	139,9	144,6
2. Vj.	140,5	139,7	142,6	124,6	143,1	162,9	129,0	140,6	134,3	140,9	147,4
3. Vj.	140,5	140,5	140,5	126,0	144,1	163,6	128,3	141,4	135,0	142,8	148,2

[1]) Haushalte mit Einkommen des Haushaltsvorstandes.
[2]) Bis einschließlich 1967 bei Neubau-Wohnungen nur sozialer Wohnungsbau.
[3]) Saarland und
[4]) Ohne Berlin.

Tabelle 55*

Preisindex für die Lebenshaltung

Neue Systematik

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte [1])

1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung einschl. Nahrungs- und Genußmittel [2])	Gesamtlebenshaltung ohne Nahrungs- und Genußmittel [2])	Nahrungs- und Genußmittel [2])	Kleidung, Schuhe	Wohnungsmiete [3])	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Haushaltsführung	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Körper- und Gesundheitspflege	Bildung und Unterhaltung	Persönliche Ausstattung u. ä.
1962	81,9	78,9	86,4	85,0	60,7	83,3	89,4	84,1	75,7	82,0	78,4
1963	84,4	81,4	88,9	86,9	64,1	85,5	91,1	87,9	77,9	83,2	81,0
1964	86,4	83,4	90,7	88,6	68,0	86,8	92,4	88,9	80,0	84,8	83,7
1965	89,3	86,0	94,2	91,0	71,9	88,4	94,9	89,8	82,7	87,1	86,1
1966	92,4	89,5	96,8	93,9	78,6	89,6	96,8	93,5	87,2	89,5	88,9
1967	93,8	91,8	96,8	95,3	83,9	90,4	96,8	96,1	89,1	91,5	92,4
1968	95,0	94,6	95,7	95,1	89,5	96,9	96,4	98,0	94,8	94,3	96,3
1969	96,9	96,5	97,6	96,1	96,2	97,1	96,6	97,3	96,2	95,3	98,0
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,1	105,8	103,8	106,1	105,8	103,4	104,6	106,3	105,6	104,7	110,6
1972	110,7	111,3	109,7	112,5	112,0	107,3	108,6	112,9	111,0	108,5	115,8
1973	118,2	118,6	117,7	120,9	119,4	120,4	112,6	120,6	117,5	114,3	122,3
1974	126,3	127,9	123,5	129,9	126,1	137,5	120,8	132,6	126,1	124,3	128,8
1975	134,0	136,3	130,0	136,4	135,7	154,7	127,9	141,1	134,1	132,2	133,2
1972 1. Vj.	108,7	109,6	107,2	110,4	109,6	106,7	108,3	110,5	108,9	107,3	114,5
2. Vj.	109,8	110,6	108,4	111,7	111,0	106,2	108,4	112,2	110,5	108,1	114,8
3. Vj.	111,2	111,7	110,3	112,8	112,7	106,7	107,9	114,2	111,8	108,8	116,5
4. Vj.	113,2	113,4	112,8	115,2	114,8	109,7	109,8	114,8	113,0	110,0	117,5
1973 1. Vj.	115,6	115,7	115,4	117,6	117,0	113,4	112,0	117,1	115,0	112,2	118,6
2. Vj.	117,7	117,3	118,3	120,0	118,6	114,7	112,5	119,4	116,8	113,7	119,1
3. Vj.	118,8	119,3	117,9	121,7	120,1	119,4	111,9	122,5	118,3	114,9	124,9
4. Vj.	120,9	121,9	119,3	124,3	121,7	133,8	114,1	123,2	119,8	116,3	126,2
1974 1. Vj.	123,7	124,7	121,8	126,4	124,1	137,9	117,6	126,8	121,9	120,4	127,3
2. Vj.	125,8	126,8	123,9	129,0	125,6	132,9	119,8	132,2	124,8	123,3	128,2
3. Vj.	126,9	128,9	123,4	130,6	126,8	137,3	120,9	135,5	127,6	125,5	129,4
4. Vj.	128,7	130,9	124,9	133,4	128,0	111,8	124,9	135,8	130,0	128,0	130,4
1975 1. Vj.	131,2	133,6	127,1	134,9	130,9	148,3	127,4	138,6	132,2	130,2	131,3
2. Vj.	133,7	135,7	130,5	135,9	135,5	150,9	127,9	140,8	133,7	131,6	132,0
3. Vj.	134,8	137,1	130,9	136,6	137,6	157,1	127,3	141,8	134,7	132,8	134,2
4. Vj.	136,1	138,8	131,4	138,0	138,8	162,5	129,0	143,3	135,9	134,1	135,5
1976 1. Vj.	138,5	140,5	135,0	139,3	140,9	163,8	131,2	145,4	137,6	135,5	136,0
2. Vj.	140,5	142,0	137,8	140,3	143,0	163,8	131,6	148,7	139,0	136,7	136,4
3. Vj.	140,5	142,7	136,6	141,1	144,0	164,4	131,0	149,5	139,9	137,4	138,6

[1]) Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.
[2]) Einschließlich Verzehr in Gaststätten.
[3]) Bis einschließlich 1967 bei Neubau-Wohnungen nur sozialer Wohnungsbau.

Tabelle 56*

Preisindex für die Lebenshaltung

Neue Systematik

Alle privaten Haushalte

1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung einschl. Nahrungs- und Genußmittel [1]	Gesamtlebenshaltung ohne Nahrungs- und Genußmittel [1]	Nahrungs- und Genußmittel [1]	Kleidung, Schuhe	Wohnungsmiete	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Haushaltsführung	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Körper- und Gesundheitspflege	Bildung und Unterhaltung	Persönliche Ausstattung u. ä.
1962	81,6	79,1	86,0	86,5	61,9	82,4	88,9	84,1	71,0	78,1	84,2
1963	84,0	81,5	88,4	88,4	65,3	85,0	90,6	86,9	73,2	80,3	85,9
1964	85,9	83,5	90,3	89,6	69,0	86,5	91,5	87,8	75,9	83,2	87,3
1965	88,7	85,9	93,6	91,6	72,9	88,2	93,2	88,5	79,7	86,1	89,3
1966	91,9	89,3	96,4	94,0	78,7	89,3	95,2	92,1	84,8	89,0	91,6
1967	93,4	91,9	96,4	95,2	84,0	90,5	95,2	95,0	87,7	92,0	93,8
1968	94,9	94,6	95,5	95,2	90,1	95,8	95,5	97,7	92,5	94,4	96,5
1969	96,7	96,2	97,7	96,2	95,8	95,7	96,0	97,1	94,7	95,4	98,1
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,3	106,0	103,8	105,9	106,1	105,4	105,3	106,7	106,9	104,5	107,3
1972	111,1	111,7	109,7	112,3	112,5	110,1	109,7	114,0	113,8	108,1	111,9
1973	118,8	119,2	118,0	120,7	119,2	128,2	114,3	122,6	121,6	113,7	117,8
1974	127,1	128,9	123,6	129,7	125,1	149,8	123,1	134,9	131,8	123,4	124,4
1975	134,7	137,0	130,1	136,3	133,2	165,5	131,0	143,4	141,3	130,8	129,4
1972 1. Vj.	109,0	109,9	107,1	110,1	110,3	109,4	109,3	110,8	110,9	106,9	110,5
2. Vj.	110,2	110,9	108,7	111,5	111,8	108,7	109,4	112,8	113,0	107,7	110,8
3. Vj.	111,6	112,2	110,5	112,6	113,2	109,1	109,1	115,9	114,9	108,4	112,6
4. Vj.	113,4	113,9	112,7	115,0	114,8	113,1	111,1	116,4	116,3	109,5	113,6
1973 1. Vj.	116,0	116,2	115,6	117,3	117,0	118,1	113,5	119,0	118,6	111,7	114,7
2. Vj.	118,2	117,9	119,0	119,9	118,6	119,8	114,1	121,4	120,8	113,1	115,6
3. Vj.	119,3	119,9	118,3	121,5	119,8	126,7	113,6	124,5	122,7	114,2	119,8
4. Vj.	121,7	122,9	119,0	124,1	121,2	148,3	116,2	125,3	124,4	115,7	121,0
1974 1. Vj.	124,6	125,9	121,8	126,3	123,2	153,2	119,8	129,1	127,2	119,8	122,4
2. Vj.	126,6	127,8	124,2	128,9	124,6	144,4	122,1	134,5	130,5	122,5	123,5
3. Vj.	127,8	129,9	123,6	130,5	125,8	148,6	123,3	138,0	133,5	124,4	125,3
4. Vj.	129,5	131,9	124,7	133,3	126,8	153,2	127,2	137,9	135,9	126,8	126,5
1975 1. Vj.	132,0	134,4	127,1	134,9	129,4	158,2	129,9	140,8	138,4	128,9	127,7
2. Vj.	134,5	136,2	131,0	135,8	132,9	160,1	130,9	143,1	140,7	130,2	128,3
3. Vj.	135,5	137,7	131,1	136,5	134,6	168,1	130,5	144,2	142,2	131,4	130,3
4. Vj.	136,7	139,5	131,1	137,9	135,8	175,4	132,6	145,4	143,9	132,9	131,4
1976 1. Vj.	139,0	141,2	134,7	139,2	137,8	176,3	134,9	147,4	145,8	134,3	132,1
2. Vj.	141,1	142,5	138,1	140,3	139,8	175,6	135,4	150,5	147,7	135,5	132,5
3. Vj.	141,2	143,3	137,0	141,0	140,7	176,5	135,1	151,5	148,9	136,2	134,4

[1] Einschließlich Verzehr in Gaststätten.

Tabelle 57*

Preisindex für die Lebenshaltung

Alte Systematik, Zusatzdarstellung

1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel [1]	Wohnungsnutzung [2]	Dienstleistungen [3]	Sonstige Waren [4]	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel [1]	Wohnungsnutzung [2]	Dienstleistungen [3]	Sonstige Waren [4]
	alle privaten Haushalte					4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte [5]				
1962	81,6	86,9	62,2	71,1	90,0	81,9	87,0	61,0	73,2	88,7
1963	84,0	89,6	65,6	74,7	91,2	84,4	89,9	64,4	76,8	89,9
1964	85,9	91,7	69,3	77,6	92,0	86,4	91,9	68,3	79,5	90,9
1965	88,7	95,6	73,2	80,7	93,2	89,3	96,1	72,2	82,2	92,6
1966	91,9	98,1	79,0	85,9	95,0	92,4	98,3	79,0	86,7	94,7
1967	93,4	97,2	84,2	88,9	96,0	93,8	97,5	84,1	89,2	96,0
1968	94,9	95,0	90,3	93,6	96,8	95,0	95,2	89,8	93,9	96,9
1969	96,7	98,1	95,8	95,6	96,8	96,9	97,9	96,2	95,7	97,0
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,3	104,0	106,0	107,6	104,6	105,1	104,2	105,7	108,1	104,4
1972	111,1	110,2	112,4	115,0	109,3	110,7	110,1	111,8	115,3	109,2
1973	118,8	119,0	118,9	123,1	116,3	118,2	118,3	119,0	123,3	116,2
1974	127,1	125,4	124,8	132,5	126,2	126,3	125,1	125,6	132,7	124,9
1975	134,7	133,1	132,7	141,1	133,1	134,0	132,7	135,0	140,7	132,1
1972 1. Vj.	109,0	107,4	110,2	112,2	107,9	108,7	107,7	109,5	112,9	107,7
2. Vj.	110,2	109,5	111,6	113,4	108,6	109,8	109,1	110,8	113,9	108,4
3. Vj.	111,6	111,2	113,0	116,6	109,2	111,2	110,8	112,4	116,6	109,2
4. Vj.	113,4	112,6	114,6	117,8	111,6	113,2	112,6	114,6	117,8	111,6
1973 1. Vj.	116,0	116,2	116,8	120,1	113,8	115,6	115,6	116,7	120,1	113,6
2. Vj.	118,2	120,7	118,4	121,8	115,4	117,7	119,3	118,3	121,9	115,2
3. Vj.	119,3	119,1	119,6	124,5	117,2	118,8	118,4	119,7	124,9	116,7
4. Vj.	121,7	119,9	120,9	126,1	120,7	120,9	120,1	121,3	126,3	119,4
1974 1. Vj.	124,6	123,7	122,9	128,8	123,6	123,7	123,5	123,6	129,1	121,9
2. Vj.	126,6	126,6	124,3	131,2	125,1	125,8	125,9	125,2	131,4	124,0
3. Vj.	127,8	125,1	125,5	134,2	126,9	126,9	124,7	126,3	134,2	125,8
4. Vj.	129,5	126,3	126,5	135,8	129,2	128,7	126,4	127,5	135,8	128,1
1975 1. Vj.	132,0	129,7	129,0	138,1	131,2	131,2	129,5	130,3	138,0	130,2
2. Vj.	134,5	134,9	132,5	140,2	132,2	133,7	133,8	134,9	139,7	131,4
3. Vj.	135,5	134,2	134,1	142,2	133,5	134,8	133,6	136,8	141,7	132,6
4. Vj.	136,7	133,7	135,4	143,9	135,4	136,1	134,0	138,0	143,3	134,2
1976 1. Vj.	139,0	138,8	137,3	145,6	136,7	138,5	138,8	140,1	145,2	135,5
2. Vj.	141,1	143,4	139,3	147,0	137,8	140,5	142,6	142,2	146,4	136,7
3. Vj.	141,2	140,8	140,2	148,8	138,4	140,5	140,1	143,2	148,2	137,2

[1] Ohne Gaststättenleistungen.
[2] Einschließlich Garagennutzung. Für 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte: Bis einschließlich 1967 bei Neubau-Wohnungen nur sozialer Wohnungsbau.
[3] Einschließlich Reparaturen, Gaststätten- und Beherbergungsleistungen.
[4] Verbrauchs- und Gebrauchsgüter Nahrungsmittel.
[5] Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.

Tabelle 58*

Löhne und Gehälter

1970 = 100

Zeitraum	Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Abhängigen	Bruttostundenverdienste Industrie [1]	Bruttowochenverdienste Industrie [1]	Bruttomonatsverdienste Industrie [1] und Handel [2]	Tarifliche Stundenlöhne Produzierendes Gewerbe [1]	Tarifliche Stundenlöhne gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Tarifliche Wochenlöhne Produzierendes Gewerbe [1]	Tarifliche Wochenlöhne gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Tarifliche Monatsgehälter Produzierendes Gewerbe [1]	Tarifliche Monatsgehälter gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften
1960	44,6	44,3	45,3	48,7	48,6	48,7	53,0	52,8	54,4	55,4
1961	49,2	48,8	49,9	52,9	52,5	52,6	57,1	56,9	59,0	59,7
1962	53,7	54,4	55,0	57,4	58,0	57,9	61,9	61,7	64,0	64,2
1963	57,0	58,5	58,7	61,2	61,8	61,7	65,4	65,2	67,4	67,9
1964	62,1	63,4	63,4	65,2	66,0	65,8	68,6	68,4	70,6	71,0
1965	67,8	69,6	69,8	70,6	71,0	70,9	73,4	73,2	75,4	75,7
1966	72,7	74,2	73,8	75,7	76,0	76,1	78,2	78,2	80,1	80,3
1967	75,1	76,6	73,4	78,7	79,6	79,4	80,6	80,5	82,2	82,8
1968	79,8	80,0	78,4	82,4	83,0	82,7	83,7	83,6	84,9	85,5
1969	87,1	87,1	86,9	88,9	88,4	88,3	89,0	88,9	90,4	90,7
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	111,8	111,0	108,8	110,2	113,0	113,7	112,8	113,2	111,7	111,3
1972	121,8	120,9	117,4	119,9	122,8	124,5	122,5	123,6	120,9	121,0
1973	136,4	133,5	129,7	132,1	134,5	136,9	134,0	135,7	132,4	132,9
1974	151,9 a)	147,1	140,0	145,7	150,4	153,2	149,7	151,4	147,5	148,1
1975	162,6 a)	158,7	146,3	157,5	163,9	167,2	162,9	164,6	160,4	160,4
1973 Jan	130,2	128,2	123,5	126,7	130,2	132,6	129,8	131,5	128,4	128,6
Apr		131,9	128,7	130,8	132,6	135,3	132,1	134,2	131,4	132,8
Jul	142,5	136,6	133,1	134,6	136,9	139,3	136,4	138,0	134,3	134,7
Okt		137,3	133,6	136,1	138,2	140,5	137,6	139,1	135,4	135,3
1974 Jan	144,7 a)	138,7	131,1	137,7	144,5	147,2	143,9	145,7	142,5	142,5
Apr		146,4	139,8	145,1	148,1	151,0	147,5	149,5	146,4	147,5
Jul	159,3 a)	151,6	145,2	149,5	153,8	156,4	153,0	154,7	150,1	150,7
Okt [3]		151,8	143,9	150,3	155,0	158,2	154,2	155,8	151,1	151,5
1975 Jan	156,1 a)	153,5	138,8	152,0	160,4	163,6	159,4	161,1	157,1	156,9
Apr		158,0	145,9	157,4	162,4	165,9	161,4	163,4	159,7	160,3
Jul	169,0 a)	161,5	150,5	160,1	166,2	169,4	165,2	166,9	162,2	162,0
Okt		161,6	150,0	160,5	166,5	169,8	165,5	167,1	162,6	162,3
1976 Jan	167,4 a)	163,3	148,8	162,0	169,3	172,1	168,3	169,3	165,6	163,9
Apr		167,5	157,0	166,5	172,0	175,5	171,0	172,7	169,1	169,1
Jul		171,6	163,1	170,5	175,5	178,9	174,4	176,0	171,5	171,1

[1] Einschließlich Hoch- und Tiefbau.
[2] Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.
[3] Für Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Abhängigen: Halbjahre.
a) Vorläufige Ergebnisse.

SACHREGISTER

(Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Textziffern)

Abschreibungserleichterungen 325 ff.

Agrarpolitik 45 ff., 454 ff.
— in der EG 45 ff.

Aktienmarkt 201

Arbeitskräfte 88 ff.
— Angebot 316 ff.
— ausländische 90

Arbeitslosigkeit 88 ff.
— Dauer der Arbeitslosigkeit 101
— Differenzierung nach Branchen und Personengruppen 100 ff.
— in den wichtigsten Industrieländern 10
— Jugendarbeitslosigkeit 104, 337
— strukturelle 106 ff., 278 ff., 287
— von Ausländern 90, 105
— von Frauen 103
— von Minderqualifizierten 102

Arbeitsmarkt
— Arbeitsmarktpolitik 91 ff.

Arbeitsplatzpotential 95, 288, Anhang VIII

Arbeitsproduktivität 87

Auftragseingang
— aus dem Ausland 61 ff.
— bei den Investitionsgüterindustrien 72 ff.

Ausfuhr 146 ff.
— in den wichtigsten Industrieländern 1
— regionale Unterschiede 147

Ausfuhrpreise 150

Auslandsnachfrage 61 ff.

Auslastungsgrad des Produktionspotentials
s. Produktionspotential

Außenbeitrag 146

Automobilnachfrage 4

Bauwirtschaft
— Nachfrage 77 ff.
— Produktion 83

Belgien 33

Beschäftigung 95 ff.
— Beschäftigungsprämien 330
— bis 1979 96 f.
— in den Dienstleistungsbereichen 97
— in der Industrie 97
— und Lohnniveau 278 ff.
— und Strukturwandel 289 ff.

Binnennachfrage 54 ff.

Bundesbahn 227

Dänemark 32, 250

Direktinvestitionen 162 ff.

Einfuhr 84, 142 ff.

Einfuhrpreise 150

Einkommen
— aus unselbständiger Arbeit 125
— aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 119 ff., 427, Anhang IV
— in der EG 38
— Umverteilung 125 ff.

Einkommenspolitik 12, 361 ff., 420 ff.
— im öffentlichen Dienst 430
— und Geldpolitik 425
— und Lohnstruktur 431
— und Preise 424

Entwicklungsländer 19 ff.

Erwerbspersonenpotential 90, Anhang VIII

Europäische Gemeinschaft 26 ff.
— Geldpolitik 42 ff.
— konjunkturelle Entwicklung 26 ff.
— Stabilitätsgefälle 29 ff.

Existenzgründungshilfen 323

Forschung und Entwicklung 327 ff.

Frankreich 2, 34, 250

Geldbasis
s. Zentralbankgeldmenge

Geldpolitik 172 ff., 309, 406 ff.
— in der EG 42 ff., 467 ff.
— mengenorientierte 173 ff.
— staatliche Schuldenpolitik 192 ff.

Gewinne
— Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer 361 ff.

Globalsteuerung
— und Strukturpolitik 303 ff.

Großbritannien 2, 35, 37, 250

Handelsbilanz 149
— in den wichtigsten Industrieländern 6

Industrieproduktion 81 f.
— in den wichtigsten Industrieländern 1

Inflation
— in den wichtigsten Industrieländern 11, 13 ff.

Innovationen 296 f., 326 ff.

Investitionen
— Erweiterungsinvestitionen 75, 274 ff.
— Investitionsneigung 72 ff.
— Investitionstätigkeit 16
— Rationalisierungsinvestitionen 75, 298 ff.
— und Vollbeschäftigung 321 ff., 404
— und Wachstum 272 ff.
— und Zinsniveau 394

Investitionsförderung 324 ff.

Italien 2, 35 f., 250

Japan 7, 249

Kapitalintensität 300 ff., Anhang VIII

Kapitalmarkt 191 ff.

Kapitalverkehr 166 ff.

Kassenhaltung
s. Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes

Konjunkturelle Entwicklung
— in der Bundesrepublik 53 ff.
— in der EG 26 ff.
— in der Welt 1 ff.
— voraussehbare 238 ff.

Konjunkturverbund 7 ff.

Kreditvergabe der Banken 186
— Konsumentenkredite 66

Lagerzyklus 5, 69 ff.

Leistungsbilanz 152

Liquiditätsreserven der Banken 192, 413

Löhne
— Effektivverdienste 115
— in den wichtigsten Industrieländern 12
— in der EG 28 f., 38
— Lohndrift 115
— Lohnstückkosten 122
— Reallöhne 117
— Tariflöhne 114
— voraussichtliche Entwicklung 262

Lohnpolitik 309, 398, 420 ff., 460

Lohnquote 119

Marktmacht 383 f.

Marktpolitik 310, 380 ff.

Mindestreservepolitik 179

Mobilitätsförderung 331 ff.

Monetäre Politik
s. Geldpolitik

Niederlande 33, 250

Ölpreise 247

Offenmarktpolitik 183, 413

Öffentliche Finanzen 202 ff., 444 ff.
— Ausgaben 203 ff.
— Einkommensteuer 350 ff.
— Finanzierungssaldo 217, 446
— Finanzplanung 221 ff., 348
— Finanzpolitik 309
— Gewerbesteuer 353 ff.
— Grunderwerbsteuer 360
— Haushaltsstrukturgesetz 206
— in der EG 39 ff.
— Investitionen 204
— konjunkturelle Wirkungen 215 ff., 446 f.
— konjunkturneutrales Haushaltsvolumen 217
— Konsolidierung 208, 221 ff., 338 ff., 346 ff.
— Mehrwertsteuererhöhung 340 ff., 448
— Rezessionsbekämpfung 228 ff.
— Schuldenpolitik
s. Geldpolitik
— Steuereinnahmen 211 ff.
— Steuerquote 211, 445
— Steuerreform 349 ff.
— Struktur der öffentlichen Ausgaben 204 ff.
— strukturelles Defizit 339
— voraussehbare Entwicklung 266 ff., 444 ff.

Preisentwicklung
— administrierte Preise Anhang VII
— Ausfuhrpreise 150
— Banken 133
— Dienstleistungen 142
— Einfuhrpreise 150
— Grundstoff- und Produktionsgüter 130
— in den wichtigsten Industrieländern 6
— in der EG 32
— Industrieerzeugnisse 129
— industriell erzeugte Verbrauchsgüter 142
— Investitionsgüter 131
— landwirtschaftliche Produkte 134 ff.
— Nahrungsmittel 143
— Rohstoffe 13 f.
— unvermeidlicher Preisanstieg 224, 410, 445, 488
— Verbraucherpreise 141
— voraussichtliche Entwicklung 265

Produktion
— Gesamtwirtschaft 80
— Industrie 81

Produktionspotential 85, Anhang V
— Auslastung 81, 85, 401
— Wachstum 85, 300, 401

Produktivität 87

Programm, Wachstumspolitik 458 ff.

Reallohnposition 118

Realzins 394

Refinanzierungspolitik 182

Rentenversicherung 432 ff.
— und Krankenversicherung 435 ff.

Rezession
— Schäden der 228 f., 230 ff., 276 f.

Schweiz 15

Sozialversicherung 219
— Krankenversicherung 435 ff.
— Rentenversicherung 432 ff.

Sparquote 65

Staatsverschuldung 217

Stabilisierungspolitik 389 ff.

Strukturpolitik 278 ff., 303 ff.
— zukunftsorientierte 311 ff.

Terms of Trade 118, 150
— in den wichtigsten Industrieländern 6

Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes 185, 409, 492

Verbraucherpolitik 387 ff.

Verbrauchskonjunktur 65 ff.

Vereinigte Staaten 1, 9, 249

Vermögensbildung 361 ff.

Verteilungskampf
— und Investitionen 292

Verteilungsprobleme, weltwirtschaftliche 19 ff.

Vorsorge, wachstumspolitische 283 ff., 303 ff., 396, 458 ff.

Wachstumspolitik 283 ff.

Währungspolitik 416 ff., 467 ff.

Wechselkursentwicklung 18
— in der EG 30 f.
— im Floating-Block 31
— reale Bewertung 29, 153 ff., 291 ff.

Wechselkurspolitik 467 ff.
— Block-Floating 496 ff.
— flexible Wechselkurse 504 ff.

Welthandel 1, 146, 248

Wettbewerbsposition gegenüber dem Ausland 153 ff., 291 ff.

Zahlungsbilanz 149
— der wichtigsten Industrieländer 17

Zentralbankgeldmenge Anhang V
— Bestimmungsgründe 175 ff.
— Expansion 173, 409 ff.
— Steuerung 175 ff., 412 ff., 475 ff.

Zinsen 193 f., 196 f., 198 ff., 394, 412